

**ENZYKLOPÄDIE DER
RECHTS- UND STAATSWISSENSCHAFT**

BEGRÜNDET VON

F. VON LISZT UND W. KASKEL

HERAUSGEGEBEN VON

E. KOHLRAUSCH · H. PETERS · A. SPIETHOFF

ABTEILUNG STAATSWISSENSCHAFT

HERAUSGEGEBEN VON

DR. ARTHUR SPIETHOFF
PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT
BONN

XLVII

WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

VON

HEINRICH SIEVEKING



VERLAG VON JULIUS SPRINGER · BERLIN 1935

WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

VON

HEINRICH SIEVEKING

DR. JUR. ET PHIL.
PROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT HAMBURG



VERLAG VON JULIUS SPRINGER · BERLIN 1935

ISBN 978-3-642-98219-4

ISBN 978-3-642-99030-4 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-642-99030-4

**ALLE RECHTE, INSBESONDERE DAS DER ÜBERSETZUNG
IN FREMDE SPRACHEN, VORBEHALTEN.**

COPYRIGHT 1985 BY JULIUS SPRINGER IN BERLIN.

Vorwort.

Der Verfasser ist von Einzeluntersuchungen ausgegangen, wie über das Seedarlehn des Altertums, das Genueser Finanzwesen, die Entstehung der doppelten Buchführung in Italien, die Verflechtung der Schweiz in die Lawische Krise, die Hamburger Bank. Bei diesen Einzeluntersuchungen kam es jedoch jedesmal darauf an, allgemeine Fragen, wie die des Handels im Altertum, der Entstehung und der Grenzen des Kapitalismus, in konkreten Erscheinungsformen zu erfassen. Zusammenfassend hat sich der Verfasser geäußert in den Grundzügen der neueren Wirtschaftsgeschichte in dem Grundriß der Geschichtswissenschaften, die 1928 in 5. Auflage bei Teubner erschienen, und in der Mittleren Wirtschaftsgeschichte in Teubners Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt“, die 1926 ins Spanische übersetzt wurde. Wenn hier aufs neue eine Zusammenfassung versucht wird, die bis auf die Primitiven zurückgeht, so kam es mir dabei darauf an, einerseits das Problematische allgemeiner Urteile über die Vergangenheit hervorzukehren, andererseits die besondere Bedeutung der wirtschaftlichen Entwicklung herauszustellen. Die Wirtschaftsgeschichte bleibt mit der politischen und der Geistesgeschichte aufs engste verbunden. Es ist nicht möglich, mit Marx aus den Produktionsverhältnissen alles übrige zu erklären, vielmehr ist im Anschluß an MAX WEBER gerade auch der Einfluß der geistigen Bewegung auf die Gestaltung der Wirtschaft zu verfolgen. Gegenüber SCHMOLLER, der von einer politischen Einteilung ausging (Stadtwirtschaft, Territorialwirtschaft, Volkswirtschaft) und BÜCHER, der in seiner Entstehung der Volkswirtschaft einer Seite der Wirtschaft, dem Verkehr, grundlegende Bedeutung zumaß, scheint mir ROSCHERS Auffassung, die auf der verschiedenen Stellung aufbaut, die in den einzelnen Epochen die Produktionsfaktoren einnahmen, fruchtbringender zu sein. Einer Zeit, in der einzig der Bodenbesitz ausschlaggebend war, stellte sich eine andre entgegen, in der auch die Besitzer organisierter Arbeit sich Geltung zu verschaffen mußten. Aus dieser entsprang im abendländischen Mittelalter eine Epoche, in der die Kapitalbesitzer zur Führung kamen. Grundbesitzer und Arbeiter konnten hierbei durch Nutzung kapitalistischer Methoden Einfluß behalten. Unter Kapitalismus versteht der Verfasser rechnende Wirtschaft, die auf Überschüsse sieht. Auch die Bekämpfer kapitalistischer Entartung, der Ausbeutung in jeder Form, möchten diese Überschüsse nicht gern entbehren. Traditionellen Epochen kam es dagegen nur an auf die Deckung des laufenden Bedarfs.

Die vorliegende Darstellung will keineswegs etwas Abschließendes bieten. Sie wendet sich, der Aufgabe dieser Enzyklopädie entsprechend, vor allem auch an die Studierenden. Sie möchte ihnen einen neuen Ansporn geben zu weiterer Forschung.

Hamburg, im September 1935.

HEINRICH SIEVEKING.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

A. Die Wirtschaft von ihren Anfängen bis zum Ausgang der Antike.

I. Die Anfänge der Wirtschaft	
1. Die Geisteshaltung der Primitiven	1
2. Die Wirtschaftsformen der Primitiven	3
3. Die gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrer Beziehung zur Wirtschaft	8
II. Die antiken Hochkulturen	
1. Ägypten und Babylon	12
2. Ausblick auf die chinesische und die indische Wirtschaft	18
3. Die Bedeutung der israelitischen Wirtschaft	25
III. Die Wirtschaft der klassischen Antike und ihr Ausgang	
1. Die Wirtschaft der Hellenen	29
2. Römisches Wirtschaftsleben	35
3. Der Ausgang der Antike. Die Wirtschaft Ostroms und des Islams	41

B. Die abendländische Wirtschaft des Mittelalters.

I. Die agrare Grundlage des Wirtschaftslebens	
1. Die bäuerliche Wirtschaft	52
2. Die Grundherrschaft	54
3. Die agraren Verhältnisse unter dem Einfluß der Verkehrswirtschaft	59
II. Die mittelalterliche Stadt	
1. Die Gründung der Stadt	63
2. Das Wesen der städtischen Wirtschaft	68
3. Kapitalistische Ansätze in der mittelalterlichen Stadt	73
III. Die wirtschaftlichen Grundlagen der Staatsmacht im Mittelalter	
1. Staat und Verkehrswirtschaft im Mittelalter	80
2. Städtische Anleihen und Kapitalmarkt	84
3. Die Verbindung von Staatsmacht und Kredit im 16. Jahrhundert	89

C. Die Epoche des Merkantilismus.

I. Die Grundlagen der neuen Zeit	
1. Das Zeitalter der Entdeckungen und Kolonialgründungen.	92
2. Die Begründung einer staatlichen Wirtschaftspolitik	95
3. Der Einfluß der geistigen Bewegung auf das Wirtschaftsleben der Neuzeit	99
II. Feudalkapitalismus und Zunftkapitalismus	
1. Plantagenbau und Gutsherrschaft	103
2. Die zünftige Gebundenheit	107
3. Der Staat und die Einzelinitiative im merkantilistischen Zeitalter	110
III. Die kapitalistische Rechnung im merkantilistischen Staate	
1. Statistik und Versicherung	115
2. Das Geld und die Handelsbilanz	119
3. Staatsschulden und Kapitalbildung	124

D. Die Entfaltung des Kapitalismus.

I. Die Grundlagen der freien Verkehrswirtschaft	
1. Der Zusammenbruch des Merkantilismus. Die Bildung des Zollvereins	132
2. Die Bauernbefreiung und die Aufhebung der Sklaverei	137
3. Die Aufhebung der genossenschaftlichen Bindungen und die Bildung der Arbeiterklasse	141

II. Der Triumph der Technik	
1. Die Förderung der Landwirtschaft	144
2. Das Eindringen der Maschine in das Gewerbe	147
3. Die Umwälzung der Verkehrsmittel. Die Schaffung des Weltmarktes.	153
III. Die finanzielle Organisation der neuen Zeit	
1. Die Begründung und Aufrechterhaltung stabiler Währung	157
2. Die Ausbildung des Zahlungs- und Kreditverkehrs durch die Banken	162
3. Die Kreditversorgung der Produktion. Die Wirtschaftskrisen	164
E. Der Widerstand gegen die Einseitigkeiten der kapitalistischen Ordnung.	
I. Der nationale Abschluß	
1. Der Aufbau der Wirtschaft durch Erziehungszölle	169
2. Der Erhaltungszoll. Koloniale Gründungen	174
3. Der Abschluß als Dauermaßnahme.	178
II. Die soziale Frage	
1. Die politische Richtung der Arbeiterbewegung. Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung	183
2. Gewerkschaften und Genossenschaften	188
3. Die Betriebsorganisationen	193
III. Das Vordringen monopolistischer Gebundenheit	
1. Die Unternehmerverbände	195
2. Sozialkapitalistische Ansätze	200
3. Der Einfluß der staatlichen Ordnung	203
Sachverzeichnis	207

A. Die Wirtschaft von ihren Anfängen bis zum Ausgang der Antike.

I. Die Anfänge der Wirtschaft.

1. Die Geisteshaltung der Primitiven.

Endlose Zeiten hat der Mensch mit der Natur gerungen, seine Nahrung zu gewinnen. Wieviel auch an hölzernem Gerät verloren gegangen, bewahrt doch die Erde an Werkzeugen aus Stein, später aus Bronze und Eisen, eine solche Menge von Zeugnissen dieses Kampfes, daß es möglich ist, diese Funde in Beziehung zueinander zu setzen und eine bestimmte Reihenfolge unter ihnen aufzustellen.

Indessen bliebe der Phantasie ein allzu weiter Spielraum, wären wir lediglich auf die stummen Zeugen der Vergangenheit angewiesen, hätten wir nicht noch ein anderes Mittel, uns in die Denkart der Primitiven zu versetzen. Nun aber haben sich an einigen Stellen der Erde Völkerschaften erhalten, die über die Stufe der Primitiven nicht herausgekommen sind, wie die Weddahs auf Ceylon, welche die Vettern Sarasin aus Basel beobachtet haben, die Pygmäen im afrikanischen Urwald, Indianerstämme im Innern Brasiliens, die Eskimos am Eismeer und die Buschmänner in der Steppe. Durch die Erforschung ihrer Denkungsart ist uns auch das Verständnis für die Vorläufer unserer Kultur erschlossen, auch für so manche Reste früheren Denkens, die bei uns noch als Aberglaube oder seltsamer Brauch fortleben.

Wir haben gelernt, die Tätigkeit und die Denkart der Primitiven nicht mehr zu unterschätzen, wenn sie auch von dem, was heute geleistet werden kann, durchaus verschieden sind. Der Mensch steht anfangs der Natur unmittelbar gegenüber, aber nicht nur die Unvollkommenheit technischer Hilfsmittel, sondern auch seine eigene Geisteshaltung bringt ihn in ein anderes Verhältnis zu ihr, als wir es haben. Es liegt dem Primitiven fern, planmäßig auf die Natur zu wirken. Er fühlt sich ihr so verbunden, daß er selbst sich als ein Baum oder ein Tier gelegentlich vorkommt. Neben dieser Naturverbundenheit steht bei dem Primitiven die Wandelbarkeit seines Bewußtseins. Zwischen den Bildern des Traumes und der Wirklichkeit wird kaum unterschieden. Langsam erst reift das Selbstbewußtsein des Menschen. Er glaubt mit der Jugendweihe eine neue Seele zu bekommen. Er nimmt wohl einzelne Beziehungen wahr, aber als Hintergrund dieser Beziehungen erscheint ihm noch kein einheitlicher Grund. Die Malaien schrieben sich sieben Seelen zu, die Yoruba drei, eine im Kopf, eine im Magen und eine in der großen Zehe.

Die Wirtschaft wurde nicht als besonderes Tätigkeitsgebiet erfaßt, sondern blieb mit der Gesamtheit des Lebens aufs engste verbunden. Für die Gewinnung des Selbstbewußtseins wurde es für den Menschen bestimmend, daß er lernte, sich Werkzeuge zu schaffen im Kampfe mit der Natur. Diese Werkzeuge wurden aber wieder als Träger geheimer Kräfte angesehen. So sahen nach VON DER STEINEN brasilianische Indianer den Pfeil als das Urbild des Mannes, den Maisstampfer als das Urbild der Frau an.

Dem Menschen ist die Sprache gegeben, um durch Bezeichnungen sich Klarheit über seine Umwelt zu verschaffen; dem Wort aber, mit dem man einen Gegenstand

bezeichnete, wurde magische Kraft zugesprochen, wie dem Werkzeug. Das Wort schien mit dem Wesen des Dinges verbunden. Der Gebrauch des richtigen Wortes verlieh Kraft über die Dinge. Wirksam war der Fluch, wirksam die Beschwörung. Im Märchen vom Rumpelstilzchen klingt auch bei uns dieser Zauber des Wortes nach.

Die Welt wurde als mit geheimen Kräften erfüllt angesehen, die man bemüht war, sich günstig zu stimmen. Der Beeinflussung dieser eingebildeten Mächte wurde fast größere Bedeutung zugemessen, als der Gestaltung der konkreten Bedingungen des Geschehens. Nichts schien die Natur hergeben zu können ohne Zeremonien. Alle Dinge wurden als in einem gewissen Zusammenhange stehend angenommen. „Alles lebt“, sagten die Tschukschen. Der Tanz sollte nicht nur die Jäger und Fischer beeinflussen, indem er sie gespannt auf die Bedingungen des Fanges oder des Schusses achten ließ, sondern er zauberte auch das zu erlegende Wild herbei. Der Tanz half den Pflanzen, zu wachsen. Opfergaben sollten die Geister günstig stimmen. Aber sie mußten in richtiger Form dargebracht werden. Kein Stück der Zeremonie durfte ausgelassen werden, sonst war sie unwirksam. So wurden Erzählungen als ein Ganzes überliefert. Auch bei uns muß einem Kinde eine Geschichte mit genau denselben Ausdrücken wiedererzählt werden, sonst wird sie von ihm nicht als echt anerkannt.

Das Leben der Primitiven ist also durchaus nicht untätig und gedankenlos, sondern nicht nur durch die Unvollkommenheit der technischen Mittel, vielmehr auch durch die Auffassung, die sich der Primitive von der Welt macht, in enge Formen gebannt. Das 18. Jahrhundert nahm an diesen ihm so fern stehenden Mitmenschen zuerst innigen Anteil, weil es in ihnen, im Gegensatz zu der es selbst einengenden Konvention, gerade die Ungebundenheit reiner Menschlichkeit zu finden glaubte. Heute, wo man sich in die Zauberwelt der Primitiven mit ihren starken Bindungen mehr vertieft hat, spricht man nicht mehr von Wilden, sondern eben von Primitiven. Man hat auch den Hochmut verlernt, nur den fortgeschritteneren Völkern Kultur zuzuschreiben. Gewiß ist der Fortschritt der Kultur, wie wir ihn in der archaischen Pflugkultur, dann in der Stadtkultur der Antike, in Ägypten, Mesopotamien, in Indien und China, im Reiche der Inkas und der Azteken finden, nicht zu verkennen, aber indem man bei diesen von einer frühen „Hochkultur“ spricht, wird den Menschen der Vorzeit so gut wie den heute noch lebenden Primitiven der Vorzug einer naturnahen „Grundkultur“ zugesprochen.

Schrifttum.

In der Wirtschaftsgeschichte hat zuerst ADAM SMITH der Primitiven gedacht. Aber in seiner Vorliebe für die Verkehrswirtschaft stattete er sie mit einem „Tauschtrieb“ aus, durch den die Menschen sich von den Tieren unterscheiden sollten. Die Hunde könnten nur durch Schweifwedeln die Aufmerksamkeit ihrer Herren auf sich ziehen. Auch unter den Menschen komme es vor, daß man nur durch knechtisches Betragen sich bemerkbar zu machen wüßte. In einer zivilisierten Gesellschaft jedoch hänge jeder von so vielen anderen ab, daß man sich nicht an ihre Freundschaft, sondern an ihre Eigenliebe wenden müsse. Sogar der Bettler hänge dann nicht ganz von dem Wohlwollen seiner Mitbürger ab; mit dem, was man ihm gäbe, suche er sich das, was er brauche, wie die anderen, durch Vertrag, Tausch oder Kauf, zu verschaffen. Dieser Tauschtrieb führe zu der Mannigfaltigkeit der menschlichen Gesellschaft, in der jeder sein besonderes Talent auf das beste auszubilden bestrebt sei.

In Überspitzung der SMITHschen These ließ RICARDO gar die Urjäger von Bibern und Hirschen ihre Beute nach Prozenten vorgetaner Arbeit berechnen. Allein gerade das stolze Selbstgefühl, von dem SMITH ausging, indem er sich feudaler Gebundenheit gegenüber als Vertreter einer neuanebrechenden Zeit empfand, fehlt dem Primitiven, der sich als mit der Umwelt durchaus verbunden wähnt. Vollends die analytische Abstraktion, die RICARDO an den Anfang wirtschaftlicher Betrachtung setzt, ist erst das Ergebnis spätem, wissenschaftlichen Denkens, während der Primitive sich eine Handlung nur als Ganzes sinnlich vorstellen kann.

Gingen SMITH und RICARDO von der Verkehrswirtschaft als dem Naturgegebenen aus, so schilderte RODBERTUS die „geschlossene Wirtschaft“ als das Erstrebenswerte. Für ihn war der freie Handel nur der Straßenkehrer zwischen einfachen und höheren Formen der Organisation. Die geschlossene Wirtschaft sollte immer weitere Kreise umspannen und ihre Glieder immer fester umfassen. Meisterhaft wußte RODBERTUS die Oikowirtschaft, wie sie am Ausgang der Antike sich herausbildete, als Wirtschaft eines geschlossenen Haushaltes zu schildern. Aber weder

hatte er mit dieser Wirtschaftsform das Wesen der Antike in ihrer ganzen Mannigfaltigkeit erfaßt, noch brauchen wir uns seinem Werturteil über den Fortgang der Wirtschaft anzuschließen. In der Ausbildung der wirtschaftenden Persönlichkeit ist vielmehr auch eine Errungenschaft der Entwicklung zu sehen, und die Aufgabe der Wirtschaft ist es, die Vorzüge der Organisation und der persönlichen Leistung zu verbinden.

BÜCHER machte den Versuch, über die Antike hinaus die Wirtschaft der Naturvölker zu erfassen. Aber während er in seinem schönen Werke über „Arbeit und Rhythmus“ Wesentliches zum Verständnis der Arbeit in ihren früheren Stadien beitragen konnte, verfehlte er die Eigenart der Primitiven durchaus, wenn er ihre Wirtschaft als „individuelle Nahrungssuche“ bezeichnete. Unwirtschaftlichkeit können sich auch die Wilden nicht gut leisten. „Der Naturmensch“, so ist BÜCHER zu entgegenen, „denkt nicht weniger logisch, sondern anders logisch als der Europäer“. Das individuelle Selbstgefühl aber steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Entwicklung. In den ersten Stadien ist das Selbstgefühl mit einem mythisch religiösen Gemeinschaftsgefühl verschmolzen.

Gelegentliche Mitteilungen von Forschern, die auf wirtschaftliche Fragen nicht besonders eingestellt waren, bildeten eine unvollkommene Grundlage der wirtschaftlichen Betrachtung. Erst als die Ethnologen selbst anfangen, die wirtschaftlichen Bedingungen der primitiven Gesellschaft zu studieren, fand man festeren Boden. Über Einzeluntersuchungen konnte man zu zusammenfassenden Darstellungen gelangen, wie sie uns lieferten: HEINRICH SCHURTZ in seiner „Urgeschichte der Kultur“, 1900; M. SCHMIDT in seinem „Grundriß der ethnologischen Volkswirtschaftslehre“, 1920; „Die materielle Wirtschaft bei den Naturvölkern“, 1923; W. KOPPERS in seinen Vorträgen über „Die Anfänge des menschlichen Gemeinschaftslebens im Spiegel der neueren Völkerkunde“, 1921 und in seinem Beiträge zu W. SCHMIDTS großem Werke „Der Mensch aller Zeiten“, Bd. III, 2: „Die menschliche Wirtschaft“, 1924; H. CUNOW in dem ersten Bande seiner „Allgemeinen Wirtschaftsgeschichte“, 1926.

An lebendigen Einzeluntersuchungen sind zu nennen B. MALINOWSKI: *The primitive Economics of the Trobriand Islanders*, *The Economical Journal* XXXI. 1921, und *Argonauts of the Western Pacific*, London 1922; besonders aber RAIMOND FIRTH: *Primitive Economics of New Zealand Maori*. London 1929. Von den wirtschaftlichen Fragen hat vor allem die nach dem Verkehr unter den Primitiven die Forscher beschäftigt; vgl. F. GRÄBNER: *Handel bei Naturvölkern in Andrees Geographie des Welthandels I*. 1921, und ELISABETH HOYT: *Primitive Trade, its Psychology and Economics*, London 1926.

Die neueste Zusammenfassung des reichhaltigen Materials bietet R. THURNWALD in dem 3. Bande seines Werkes über „Die menschliche Gesellschaft in ihren ethno-soziologischen Grundlagen“, „Werden, Wandel und Gestaltung der Wirtschaft im Lichte der Völkerforschung“. Berlin und Leipzig, W. de Gruyter & Co. 1932. Ihm zur Seite steht O. MENGHEIN mit seinem Werke über die „Weltgeschichte der Steinzeit“, Wien: A. Schroll & Co. 1931, das FRITZ KERN in seinem Buche über „Die Anfänge der Weltgeschichte, ein Forschungsbericht und Leitfaden“, Leipzig und Berlin: Teubner 1933, einem größeren Leserkreise mit kritischen Anmerkungen näherbrachte.

Die Denkart der Primitiven hat die psychologische und philosophische Forschung in Zusammenhang mit der Lehre von der Ausbildung des menschlichen Bewußtseins gebracht. WUNDTs „Elementen der Völkerpsychologie“ von 1912 folgte CASSIRERS „Philosophie der symbolischen Formen“, deren 2. Band von 1925 „Das mythische Denken“ behandelt, und H. WERNERS „Einführung in die Entwicklungspsychologie“, 1926. TH. W. DANZEL stellt in seinem Werk über „Magie und Geheimwissenschaft“, 1924, dem magisch handelnden Menschen den technisch handelnden gegenüber, dem „Homo divinus“ den „Homo faber“.

2. Die Wirtschaftsformen der Primitiven.

Anfangs mußte der Mensch sich darauf beschränken, das, was ihm die Natur bot, unmittelbar zu ergreifen. In kleinen verwandtschaftlich zusammengehörenden Gruppen fanden die Menschen in Höhlen oder an Bäumen Schutz und suchten sich ihre Nahrung, indem sie in einem Bezirk, den sie genau kannten, den sie aber doch von Zeit zu Zeit wechseln mußten, sammelten und fingen, die Männer das Getier, die Frauen Früchte und Wurzeln der Pflanzen.

„Wildbeuter“ nannten KERN und THURNWALD diese erste Stufe. Schon auf ihr begegnen wir erstaunlichen Leistungen. Die Naturverbundenheit ließ diese Menschen auf die kleinsten Vorteile achten, die sie Tier und Pflanze gegenüber gewinnen konnten. So lockte man die Elefanten auf eine schiefe Ebene, in der unten vergiftete Pfeile eingesteckt waren. Mit voller Wucht mußte der Elefant auf sie treten. Das Gift tötete ihn bald, und das Riesentier wurde die Beute des kleinen Menschen. Nicht minder bewundernswert ist die Kräuterkunde der Frauen. Sie wissen durch mühevollen Behandlung an sich giftige Pflanzen, wie den Maniok, zur Nahrung zu bereiten.

Der größte Teil der Zeit der Wildbeuter ist mit dem Suchen der Nahrung und ihrer Zucht ausgefüllt. Das Feuer wird geradezu als das den Menschen vom Tier unterscheidende Gut gefeiert.

Die Ausbildung der Methoden des Fanges und der Jagd läßt in ergiebigen Fisch- oder Jagdgründen größere Verbände entstehen. So gingen im Paläolithikum die europäischen Höhlenbewohner auf die Bärenjagd. Als Angelegenheit des Stammes wird von den Sioux die Büffeljagd betrieben. Die ergiebige Jagdbeute gestattet, Vorräte zu sammeln, und es bleibt für außerwirtschaftliche Betätigung mehr Zeit. Die Knabenweihe begegnet schon auf der früheren Stufe. Bei den höheren *Jägern* schließen sich die Männer in Gemeinschaftshäusern zusammen, in denen Stammesagen vorgetragen werden und eine äußerst komplizierte Heiratsordnung gepflegt wird. Die magischen Vorstellungen werden weiter ausgesponnen. Man denkt sich die Kräfte der Natur belebt, und das Werden, dem man sich gegenüber sieht, wird in phantasievolem Mythos weiter gedacht. Entsprechend findet man in der älteren Steinzeit naturnahe Zeichnungen von Tieren und Menschen in lebhafter Bewegung, während in der späteren Steinzeit der nachdenklicher gewordene Mensch Gefäße und Geräte mit geometrischen Ornamenten ziert.

Die Frauen gehen von dem Sammeln der Pflanzen zu ihrer Anpflanzung über, besonders von Wurzelgewächsen im *Hackbau*. Der Hackbau findet sich vom Süden Asiens bis nach Westafrika verbreitet. Man hat geglaubt, ihn mit dem Vorkommen der Banane, dem Baum des Paradieses, in Verbindung bringen zu können.

Das schwierigste Problem der Vorzeit ist, die Stellung der *Nomaden* zu erklären. Die Menschen bleiben im magischen Denken befangen. THURNWALD spricht von einer zauberischen Vorstufe der Tier- und Pflanzenzucht.

Die frühere Auffassung sah in dem Nomaden den Vorläufer des Ackerbauers. Erst die neuere Forschung wies auf die Schwierigkeit des Übergangs von der Jagd zur Viehzucht hin. HUMBOLDT zeigte, daß sich in Amerika und in China hochentwickelte Gartenkultur ohne die Vorstufe der Viehzucht fand. Es war das Verdienst HAHNS, den Hackbau, in dem vor allem Frauen sich betätigten, der Pflugkultur, bei der das Gespann vom Manne gelenkt wird, entgegenzusetzen. Die Züchtung des Rindes erklärte er aus religiösen Vorstellungen. In seinem Gehörn sah man das Zeichen der Mondsichel. Der Mond aber zeigte in seinen Phasen die Fruchtbarkeit an. Daher hielt man das Rind für heilig. Man bemerkte, daß die Milch der Kühe zu verwenden sei, die zunächst nur den Göttern und ihren Priestern dargebracht wurde. Ein spielender Priester mochte auf die Drehung des Rades gekommen sein, in dem man das Widerspiel des Ganges der Sonne und der Gestirne sah. Das Rad wurde die Grundlage des Götterwagens, auf dem das Bild des Gottes oder der Göttin der Fruchtbarkeit auf einem Throne sitzend feierlich herumgefahren wurde. Neben dem Wagen entwickelte sich der von heiligen Tieren, den Ochsen, gezogene Pflug, bei dem der Schoß der Erde aufgewühlt wurde, um sie fruchtbar zu machen.

HAHN erklärt also die Pflugkultur nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus magischen Erwägungen und läßt sie dem Hackbau folgen. Erst nachdem in Mesopotamien diese Stufe erreicht, hätte sich an die Zähmung des Rindes die Zähmung weiterer Tiere angeschlossen. Das Nomadentum wäre also erst nach der Pflugkultur entstanden, ja es müßte sich in seiner Einseitigkeit immer an die Pflugkultur anlehnen. Der Nomade sei der geborene Händler, da er die ihm notwendige Pflanzennahrung gegen die Produkte seiner Wirtschaft eintausche oder auch raube.

Diese These wurde von Männern wie WUNDT und SCHMOLLER angenommen und von HETTNER seiner Stufenfolge zugrunde gelegt. Gegen sie erhob sich von zweierlei Seiten Widerspruch. Man konnte einerseits gegen den sakralen Ursprung der Pflugkultur ihre Entstehung aus Gründen der Nützlichkeit behaupten und die Viehzucht statt an den Hackbau, an die Jagd der Tiere anknüpfen. Man konnte andererseits nicht das Rind, sondern ein anderes Tier als Ausgang der Zähmung ansehen. So

behauptete die Wiener Schule, im Gegensatz zu HAHN, nicht das Rind, sondern das Renntier sei das erste gezähmte Tier von Wichtigkeit gewesen. Nicht auf heilige Gebräuche sei die Kastration zurückzuführen, sondern man habe sie vorgenommen, um bequemer anspannen zu können.

Der Einfluß magischer Vorstellungen auf den Fortschritt von Tier- und Pflanzenkultur bleibt immerhin bestehen. Bei den Chinesen wurde die Nutzung von Schiff und Wagen aus religiösen Bräuchen abgeleitet. Das „Sonnenboot“ und das „Sonnenrad“ wurden von sakralen Gegenständen zu solchen des alltäglichen Gebrauches¹. FLORE selbst, der HAHNS These ablehnt, gibt eine Rinderhirtenkultur unter ackerbauenden Pflanzern zu, die das Rind aus lunar-mythologischen Gründen verehrten. Aber er läßt sie jünger sein. Nicht dort, wo im Süden Jäger und Pflanzler zum Tierkult kamen, in totemistischen Vorstellungen sich selbst wohl gar als zu einer bestimmten Tiergruppe gehörend oder doch von ihr abstammend empfanden, sondern dort, wo man dem Tier kälter gegenüber stand, in Sibirien, hätte der Mensch Ren und Pferd in seinen Dienst gezwungen. Mutterrechtliche Pflanzler hätten den Hund verehrt, er wäre bei ihnen zum Exponenten einer exaltierten Dämonenwelt geworden, der Samojede aber hätte ihn vor seinen Schlitten gespannt. Dem Hunde, dem Renntier sei das Pferd gefolgt in Fortsetzung arktischer Jagdgewohnheiten.

Wie dem auch sei, stellt die *bäuerliche Kultur* zwischen der vorwiegend pflanzlichen Nahrung der Hackbauer und der vorwiegend tierischen nördlicher Jäger und Hirten eine Verbindung der Nutzung von Tier und Pflanze dar, wie sie den gemäßigten Breiten entspricht. Neuere Funde machen es wahrscheinlich, daß nicht die Tiefebene Mesopotamiens das Ursprungsland dieser Kultur ist, sondern vielleicht Oasen der Hochebene, von denen sie sich dann in dem Tiefland ausbreitete.

Wir sehen, wie stark hier noch mit Hypothesen gearbeitet werden muß. Je nach seinem Forschungsgebiete schiebt der eine dies, der andere jenes Argument in den Vordergrund. So stehen sich Historiker, Sprachforscher und Paläontologen in der Frage der Verbreitung der Kulturen vielfach entgegen. Aber nicht nur der Stoff, auch die Art seiner Behandlung ist verschieden. Naturwissenschaftliche und kulturhistorische Methode ringen miteinander. Jedenfalls ist der einfache Entwicklungsgedanke, der in jedem Übergang den Fortschritt zu einer höheren Stufe sah, mit Recht verlassen. Bei scheinbar primitiven Verhältnissen kann es sich auch um die Rückbildung früher ausgebildeterer Formen handeln. So läßt bei den Australiern vieles darauf schließen, daß sie aus reicherer Umwelt eingewandert sind und durch die Kümmerlichkeit des Bodens zu den Einschränkungen gezwungen wurden, in denen wir sie heute finden.

Wenn auch anzunehmen ist, daß an verschiedenen Punkten eine ähnliche Umwelt zur Ausbildung ähnlicher Organisationen führt, so ist doch auch mit einer weiten Verbreitung der Errungenschaften der Kultur zu rechnen. Ist doch heute der Zusammenhang der Besiedlung Amerikas mit den asiatischen Völkerschaften so gut wie allgemein angenommen.

Der Übergang vom Sammeln zum Anbau der Pflanzen mag an manchen Lagerplätzen vor sich gegangen sein; die *Pflugkultur*, die Verbindung von Viehzucht und Landbau, wird sich wahrscheinlich an einer Stelle Vorderasiens ausgebildet haben. Von dort verbreitete sie sich weithin ost- und westwärts, doch ohne daß jeweils alle Zweige dieser Kultur übertragen wurden. So spannt der Chinese den Ochsen vor den Pflug, aber er weiß die Milch der Kühe nicht zu schätzen, der Afrikaner bedient sich der Milch und des Fleisches der Rinder, gebraucht sie aber nicht zum ziehen. Nach Europa ist die Pflugkultur nicht nur vom Osten eingedrungen, donau-aufwärts nach Mitteleuropa, sondern sie hat sich auch vom Süden aus verbreitet und hat von Nordafrika aus über Spanien und Frankreich Norddeutschland und die nordischen

¹ WILHELM: Geschichte der chinesischen Kultur, S. 51.

Länder erfaßt. Dabei sind nicht alle Teile der Zeremonie mitgewandert, z. B. findet sich bei den Germanen wohl das Fahren des heiligen Wagens, aber nicht das Götterbild in diesem Wagen.

Die einzelnen Kulturen durchdringen sich. Der Hackbau gewährt Überschüsse, die von einer Herrschicht verwertet werden können. Diese mag sich aus Jägern, später aus Nomaden zusammensetzen. Die Gliederung des Herrenvolkes überträgt sich auf die Unterworfenen, aber vieles von den Sitten dieser kann auch die Herrschicht beeinflussen und verändern. Kriegerische Nomaden dringen in Vorderasien wiederholt ein und unterwerfen sich Hackbauern, Pflugbauern, ja städtische Wirtschaft. Die Neugestaltung ist nicht immer einfach aus den Komponenten der Vergangenheit zu erklären. Ebenso schwer ist es, bei Neuschöpfungen die entscheidende Tat dem einen oder dem anderen Faktor zuzuschreiben. „Kulturen“, sagt WILHELM¹, „entstehen wie alles Leben aus einer Kreuzung von Rassen und ihren Seelen“.

Bei den *Indo-Germanen* steht neben der Frage ihrer Herkunft die wichtigere nach ihrer Eigenart. Die These MEITZENS, die Indo-Germanen seien Nomaden gewesen, wird heute in dieser Einfachheit nicht mehr angenommen. Es bleibt aber das Zeugnis der Schriftsteller, daß sie ein Reitervolk waren, das in den Herden sein wichtigstes Besitztum sah. Die Funde beweisen, daß diese Haltung eine Schätzung des Ackerbaues nicht ausschloß. Aber legten die Indo-Germanen selbst auf diesen Ackerbau das Hauptgewicht, oder ließen sie nicht zunächst andere für sich pflügen? Mit dem seßhaften bäuerlichen Charakter steht der weithin strebende Eroberungsdrang, der sie auszeichnete, im Gegensatz. Wir müssen also den Pferdebesitz der Indo-Germanen als wesentlich für ihre allgemeine Stellung ansehen. Die besondere Ausbildung der einzelnen indo-germanischen Völker könnte sich durch die Verbindung erklären, die sie mit den verschiedenen Völkerschaften eingingen, auf die sie stießen. So bildeten sich die Germanen durch die Verbindung mit dem kräftigen Bauernstande, der sich durch die Steinsetzungen der früheren Zeit im heutigen Nordwestdeutschland auszeichnete. Vom Norden drangen die Germanen südwärts vor. Ist damit auch schon die Bewegung der Indo-Germanen entschieden? ist ihr Aufenthalt in den südrussischen Steppen, in denen sie offenbar als Reiter sich ausbildeten, nur sekundär oder als Ursprung der ganzen Völkergruppe anzusehen? Die Entscheidung über diese Frage wird davon abhängig gemacht, ob ein Wort sich in der Sprache erhalten hat oder nicht. Mir scheint der Verlust der Ausdrücke für Meer und Wasser bei den östlichen Ariern doch darauf zu deuten, daß sie vielleicht nicht vom Meere kamen. Gewiß kann sich auch aus dem Bauerntum eine Herrschicht entwickeln, aber der andere Prozeß, daß Reiter ansässig werden, ist häufiger. Zusammenhänge der Indo-Germanen mit asiatischen Reiterstämmen sind vorhanden. Sekundär oder primär? Müssen wir, wenn sich bei den Polynesiern ähnliches Gerät findet, wie bei den Wikingern, daraus schließen, daß es sich um indo-germanische Einflüsse handelt?

Wirtschaftliche Beziehungen werden durch kriegerische beeinflußt. Bei den früheren Sammlern wird ihr friedlicher Charakter betont. Sie haben sich vor dem stärkeren Drängen der höher Entwickelten zurückgezogen in Wälder und unwirtsame Gegenden. Jäger kämpfen miteinander um ihre Jagdgründe. Zu Pflanzern werden nicht nur die Frauen, sondern auch unterworfenen Männer herangezogen. Das Pflanzertum kann sich ausbilden zu intensiver Gartenkultur mit Terrassen und Berieselungssystem. Das Hirtentum ist besonders mit Raub und kriegerischer Ausbreitung verbunden. In derselben Gegend aber können sich nebeneinander die verschiedensten wirtschaftlichen Kulturen befinden. So haben offenbar im Osten Deutschlands lange noch Wildbeuter sich behauptet. Die Stärke der Germanen bildete ihre enge Verbindung mit dem Bauerntum, die archaische Kultur, die schon

¹ WILHELM: Geschichte der chinesischen Kultur, S. 45.

die jüngere Steinzeit vor den Primitiven auszeichnete, aber neben dem Bauern stand der Wiking. Wie vordem in Vorderasien das Rind aus einem heiligen Tier zu einem Zugtier geworden war, so wurde im zweiten Jahrtausend vor Christus in Norddeutschland das heilige Pferd auch vor den Pflug gespannt.

Schrifttum.

Eine eigenartige Hochschätzung des Nomadentums findet sich im Alten Testament. Der Hirt steht Jahve näher als der Ackerbauer. Abels Opfer ist Gott angenehm, „aber Kain und sein Opfer sah er nicht gnädiglich an“. Die Sekte der Rechabiten fand, daß der Ackerbau zur Üppigkeit verführte, während die Enthaltensamkeit vom Wein ihrer Frömmigkeit einen besseren Boden böte.

Aristoteles hingegen, der als Erster eine Stufenfolge nach technischen Gesichtspunkten aufstellte, erschienen die Hirten als träge, die Ackerbauer als die eigentlichen fleißigen Pfeiler der Wirtschaft. Der Händler aber überschritt nach seiner Meinung mit seinem ungemessenen Streben nach Geld die Grundsätze der Natur. An die aristotelische Reihe: erst Hirten und Jäger, dann Ackerbauer, knüpfen noch SMITH und LIST an. Sie ist durch HAHN endgültig erschüttert.

Läßt EDUARD HAHN (vgl. bes. „Von der Hacke zum Pflug“, 1914) das Rind als erstes wichtiges Tier gezüchtet werden, so geht F. FLOR: Haustierte und Hirtenkulturen, Wiener Beiträge zur Kulturgeschichte und Linguistik I, 1930, vom Rentier aus. Er läßt die Hirten auf die Jäger folgen, HAHN erst auf die Ackerbauer. M. SCHMIDT betont die Zusammenhänge zwischen Sammelwirtschaft und Bodenkultur, bei welcher er neben dem Hackbau auf das in Amerika geübte Auftragen fruchtbarer Erde auf unfruchtbaren Boden hinweist (Moundkultur). So gäbe es auch Übergänge zwischen Jagd und Viehzucht. Die Peruaner trieben die Wildtiere (Vicufñas) zusammen und ließen sie nach Scheren ihrer Wolle frei. Aus diesen Beziehungen sei das gezähmte Lama hervorgegangen. So hätte man in Assam, im östlichen Vorderindien, die Rinder in der Nähe der wilden Tiere geweidet und diese durch Salz an die Menschen gelockt. Gegen die auch von KOPPEBS vertretene Auffassung eines Überganges von den Jägern zu Hirten hebt KRAUSE: Das Wirtschaftsleben der Völker, 1924, die verschiedene Einstellung von Jägern und Hirten dem Tier gegenüber hervor. Nach ihm aber könnte die Viehzucht schon an den Hackbau sich anknüpfen. In Schafen und Ziegen sieht er den ersten Herdenbesitz. Schweine, Hühner und Gänse konnten schon früher von Pflanzern gezüchtet werden. In China züchtete die Frau das Schwein, der Mann das Schaf. In Turkestan habe man das Kleinvieh zuerst des Fleisches wegen gezüchtet, dann auch für die Gewinnung von Milch und Wolle. In dem „Reallexikon der Vorgeschichte“, Bd. XIV, „Wirtschaft“ schließt sich WAHLE im wesentlichen der HAENSCHEN These an, während THURNWALD das Ren als erstes gezähmtes Tier und einen Übergang von der Jagd zur Viehzucht annimmt. OPPENHEIMER läßt in seinem „System der Soziologie, IV, Abriß einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte I, Rom und die Germanen“, entgegen HAHN und HETTNER die Nomaden Rad und Rind in die wirtschaftliche Kultur bringen. Die Hirten entwickelten das „politische Mittel“, die Aneignung fremder Arbeit durch Unterwerfung. Sie sind ihm damit die ersten Bildner des Staates, den es nach ihm nur bei solchem Zusammentreffen von Herrschern und Besiegten geben soll. MENGHIN stellt in seiner „Weltgeschichte der Steinzeit“ 1931 die „Klingenkultur“ der höheren Jäger, die „Faustkeilkultur“ der Pflanzler und die „Knochenkultur“ der Hirten nebeneinander, läßt sie aber früh schon sich überschneiden.

In seinem Buche über „Waldbäume und Kulturpflanzen im germanischen Altertum“ hatte HOOPS 1905 den Stammsitz der Indo-Germanen nach Norddeutschland und Dänemark verlegt, weil das Wort „Buche“ den indo-germanischen Sprachen gemein sei. Das „Reallexikon der germanischen Altertumskunde“ (3. 1915/16), an dem auch HAHN mitarbeitete, vertritt diese Auffassung, während SCHRADER in dem „Reallexikon der indo-germanischen Altertumskunde“ an der Einwanderung aus dem Osten festhielt. SCHRADERS Artikel über die Urheimat wurde auch in der 2. von NEHRING 1929 besorgten Auflage wieder abgedruckt. Im „Reallexikon der Vorgeschichte“, Bd. 6, 1926, tritt S. FEIST für die Herkunft der Indo-Germanen aus Vorderasien ein. Er weist auf den dunklen Typus der Meder und Perser hin. Das Pferd ist nach ihm für die Indo-Germanen ebenso charakteristisch, wie der Esel für die Semiten. MENGHIN: Weltgeschichte der Steinzeit, 1931, findet das südrussische Hirtentum der Indo-Germanen (ebenso wie OPPENHEIMER) sekundär, weist aber bei der nordischen Urheimat der Bauern Indo-Germanen, die er annimmt, auf den Anteil „miolithischer Knochenkultur“ (Althirten Nordasiens) hin (S. 555). KERN sieht in der westjütischen Gruppe, die die Megalithsitte, die großen Steinsetzungen, ablehnte, den Kulturkreis der Indo-Germanen. Für die westlichen und nördlichen Ränder des Schwarzen Meeres als Heimat der Indo-Germanen spricht sich F. BEHN in der „Propyläen-Weltgeschichte“ I, S. 139, aus. Der Engländer P. GILES: Cambridge History of India, 1922, S. 69, denkt an Böhmen und Ungarn wegen ihrer weiten Flächen. Die Inder finden naturgemäß, daß die Indo-Germanen aus Indien stammen müssen. SCHUCHEARDT, C.: Vorgeschichte von Deutschland, 2. Aufl., 1934, läßt dagegen die Indo-Germanisierung selbst Griechenlands von den Schnurkeramikern Thüringens ausgehen. Von der „außerordentlichen Kompliziertheit, Man-

nigfaltigkeit und inneren Ungleichmäßigkeit des Aufbaus des Proto-Indo-Germanentums“, wie es die sprachwissenschaftliche Analyse ergäbe, spricht auch FLOER, S. 191.

Die Berichte Cäsars glaubte A. HELBOK: Zur Frage der germanischen Wirtschaftskultur, Viertelj. f. Soc. u. Wg. 1929, dadurch erklären zu können, daß dabei an die primitivere Kultur der „Silva herkenia“ gedacht sei. KOSSINNA, G.: Die Herkunft der Germanen, 1911; Die Indo-Germanen, 1921, schließt sich an HOOPS an. Kulturgebiet und Völkerstamm läßt er allzu unbedingt sich decken, da doch, wie die Sprache, auch Gerätebestand und Sitte von einem fremden Volke übernommen werden können.

Die Ergebnisse der Funde, der Sprachforschung und der schriftlichen Überlieferung sucht R. WAHLE in seinem Werk über „Deutsche Vorzeit“, 1932, zu verbinden. Nach ihm erklären sich die Eigenarten der einzelnen indogermanischen Völker durch die Verbindung der neuen Einwanderer mit den Kulturen, auf die sie stießen. Die Germanen bildeten sich über dem Bauernadel, der in den norddeutschen Steinkisten sich ein Denkmal geschaffen, während Kelten, Italiker und Illyriker sich über andere Kulturschichten legten. KERNS Widerspruch gegen WAHLE (Die Anfänge der Weltgeschichte, 1933, S. 137) scheint mir nicht durchschlagend; denn auch er spricht von den „verwickelten Kulturgrundlagen des vorindogermanischen nordischen Kulturkreises“ und MENGHN selbst (cit. S. 132) hebt den engsten Zusammenhang mit den nord- und innerasiatischen Nomadenkulturen hervor. Die „frühe Überschneidung der Kulturkreise“ macht eben das Problem so sehr verwickelt.

3. Die gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrer Beziehung zur Wirtschaft.

Bei den Sammlern oder Wildbeutern konnten nur kleine Gruppen sich bilden. Größere Verbände begegnen erst bei den Jägern, die sich nach ihren Tierahnen gliederten. Diese totemistischen Gruppen fühlten sich in ihrem Totemtier dargestellt, das sie entweder als Tabu verehrten oder dessen Kräfte sie sich durch gemeinsamen Genuß seines Fleisches zu verschaffen suchten.

Der Hackbau verlieh den Frauen ein Übergewicht. Was sie erarbeiteten, gehörte ihnen, sie vererbten es. Nicht der Vater, sondern der Bruder der Mutter nahm bei dieser „mutterrechtlichen“ Ordnung die wichtigste Stellung ein, wie etwa noch Karl d. Gr. seinem Neffen Roland, nicht seinem Sohne, gegenübersteht oder wie Tristan der Neffe des Königs Marke ist. Mutterrechtliche Ordnung kann zur Herrschaft der Frauen führen. Die Männer können sich aber auch in ihrem Männerhause ein starkes Gegengewicht schaffen und die Frauen in Abhängigkeit halten. Die Stellung der Männer verstärkt sich, wenn Jäger und Hackbauer zusammenkommen.

Bei den Hirten bildet sich die vaterrechtliche Großfamilie aus. Wo sie erobernd vordringen, verbreitet sich das Vaterrecht und drängt das Mutterrecht zurück.

Der Einfluß der Wirtschaft auf die gesellschaftliche Organisation liegt in diesen Fällen auf der Hand. Es herrscht aber gleichwohl keine volle Parallelität beider, noch ist gesagt, daß die Wirtschaft immer das Treibende sei. Die Überschichtung der Kulturen führt im einzelnen zu den mannigfachsten Verbindungen. —

Die Erweiterung der wirtschaftlichen Organisation erfolgt in den beiden Grundformen: einerseits durch Ausbau, Ausdehnung und weitere *Gliederung der wirtschaftlichen Einheit*, wie sie verbesserte Technik und soziale Schichtung gestatten, andererseits durch den *Verkehr* mit anderen Wirtschaften. Beides läßt sich früh nachweisen. Schon die Steinzeit zeigt Hofanlagen, deren Bewirtschaftung nur mit abhängigen Kräften möglich gewesen ist. Ebenso weist das Vorkommen seltener Steine oder Muscheln, später des Kupfers und des Eisens an entfernten Fundorten auf frühe Anfänge des Verkehrs hin. In gleicher Weise sehen wir bei den heute noch zu beobachtenden Primitiven die Häuptlingsmacht größere Gruppen zusammenfassen und auf der anderen Seite einen Verkehr entwickelt, der namentlich zwischen Küstenbewohnern und im Inlande Wohnenden die verschiedenen Erzeugnisse austauscht.

Die *Maoris* von Neu-Seeland leben nach Mutterrecht. Aber die Männer haben sich bestimmte Gewerbe, wie den Kanubau, vorbehalten. Die Macht des Häuptlings beruhte auf seinen vielen Frauen. Deren Brüder waren gehalten, für den Mann ihrer Schwester zu sorgen. Darüber hinaus organisiert der Häuptling die Wirtschaft.

Magie durchdringt das ganze Wirtschaftsleben. Der Kuckuck ruft im Frühling zum Pflanzen. Im Winter versammeln sich die Männer im Lernhaus. Eine gewisse Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern ist festgehalten. Was die Männer erjagen, kocht die Frau. Im Felde roden die Männer, die Frauen pflanzen. Das Haus baut der Mann, die Frau deckt es. Die gemeinsame Arbeit gestattet größere Leistungen. An tausend Mann finden sich in ihren Kanus zum Fischfang zusammen. Auch der Vogelfang und der Feldbau wird gemeinsam betrieben. Bei besonderen Arbeiten, wie Bau von Kanu oder Gemeindehaus, stiftet der Häuptling die Nahrung, sonst hat jeder sich selbst mit Nahrung und Werkzeug zu versehen. Der Häuptling leitet die Arbeit selbst oder durch einen Magier. Die Früchte werden von den Familien gesammelt und in feierlichem Zuge der Gesamtheit zur Verfügung gestellt. Sie werden nach Bedarf verteilt. Doch wird der Fleißige, „die nasse Haut“, bevorzugt. Wer mit zu wenig gefülltem Korbe ankommt, wird verlacht und muß wohl selbst dran glauben.

Bei dem Häuptling sammeln sich im Vorratshaus Überschüsse. Aber sie sind nur dazu da, von ihm ausgegeben zu werden. Wer am meisten schenkt, hat das größte Ansehen. Nicht Erwerb, sondern Glanz ist das Ziel der Wirtschaft. Feste werden gefeiert bei Geburt, Heirat und Tod, bei der Ernte und der Eröffnung des Hauses des Lernens, bei friedlicher Verbrüderung und bei großen Unternehmungen, wie Bau neuer Kanus oder Rodung neuer Felder.

Zwischen den Stämmen findet ein Wettstreit des Festglanzes statt. Ein Stamm lädt dem anderen ein. Dabei versammeln sich vier- bis fünftausend Menschen. Die Nahrungsmittel für solche Menge werden kunstvoll aufgebaut und restlos verzehrt. In wenig Stunden geht so die Arbeit langer Zeit darauf. Man hat wohl im Hinblick auf dieses Fest ein besonderes Feld neugeordnet, einen besonderen Fischfang ausgerüstet, ein bestimmtes Waldrevier durch Vogeljagd ganz erschöpft. Aber nicht nur das Ergebnis früherer Arbeit wird in solchen Augenblicken des Genusses verbraucht, auch die künftige Arbeit wird erschwert. Sind die Vorräte erschöpft, so heißt es jetzt, krummliegen. Ja, ein Stamm, der sich nicht in der Lage sieht, ein glänzendes Fest, das ihm ein anderer gegeben hat, ebenso zu erwidern, ist wohl gezwungen, durch Landabtretung seiner Verpflichtung nachzukommen¹.

Ein eigenartiger *Verkehr* ist von den Einwohnern der *Trobriand-Inseln* östlich von Neu-Guinea ausgebildet. Unter großen Zeremonien ziehen sie mit ihren Kanus aus, die Nachbarstämme zu besuchen und mit ihnen rote Muschelhalbänder gegen weiße Armبänder zu tauschen. Jeder sucht dabei die schönsten Stücke zu gewinnen. Aber diese Errungenschaften werden nicht behalten, sondern müssen im nächsten Jahre bei dem zu erwartenden Gegenbesuche wieder getauscht werden.

Wie hier die Tauschenden sich gleichstehen, findet unter Brüdern, unter Genossen zuerst Tausch statt. Man scheut sich, dem Fremden eine Sache zu geben, weil dadurch magische Gewalt auf ihn übergeht. Ein Stückchen des Hingegebenen wird behalten, etwa vom Fisch eine Flosse, um dies zu verhindern. Im übrigen gelten feststehende Austauschverhältnisse, etwa 10, 20 oder 40 Kokosnüsse gegen eine Holzschale. Im Zweifelsfalle tritt ein Vermittler ein, dessen Rolle, namentlich wenn die Tauschenden sehr verschieden sind, wohl gar verschiedene Sprachen sprechen, sehr bedeutend werden kann.

Während im ganzen auf Gleichheit der Gaben gesehen wird, so müssen im Falle einer ungleichen Stellung der Tauschenden auch die Gaben verschieden ausfallen. Der Mächtige im Stamm ist zwar auch zu Gaben verpflichtet, aber ihm selbst kann man nur mit größeren Gaben nahen. So wird der mächtigere Stamm von dem schwächeren eine Leistung verlangen, die weniger einem Geschenk als einem Tribute gleicht.

Nicht nur Tausch, auch Leihe kommt unter den Primitiven vor. Wer etwa

¹ FIRTH S. 328.

heiraten will, leiht sich auf den Karolinen die zur Hochzeitsgabe nötigen Perlen und verspricht dafür, das Geliehene mit Zins zurückzuzahlen.

Voraussetzung solchen Verkehrs sind bestimmte *Eigentumsverhältnisse*. Der Gedanke, am Anfang seien Güter und Frauen allen gemein gewesen, entspricht einem Wunschbild, nicht dem tatsächlich überlieferten. An dem selbstgeschnitzten oder gehämmerten Werkzeuge besitzt man Eigentum, das wohl durch eine Marke ausgezeichnet wird. Freilich kann man nicht frei über das Ergebnis der Jagd verfügen. Unter Umständen müssen zuerst die Schwiegereltern bedacht werden. Die Fernhaltung Unberechtigter wird durch Weihung des zu Schützenden erreicht. Unter Tabu stehen die Bäume des Waldes, der Werkplatz bei Haus- oder Kanubau, das Feld während des Reifens. Der Fortschritt der Wirtschaft wird durch Enthaltsamkeit ermöglicht. Eine strenge Erziehung verhindert, die Pflanzen, wie es dem Sammler naheliegt, ehe sie reif sind, auszureißen. So stellen die totemistischen Jäger komplizierte Eehindernisse durch Verwandtschaftsgrade auf.

Der Primitive ist, wie das Kind, zunächst offen und neugierig dem Fremden gegenüber. So werden uns die Insulaner der Südsee bei ihrer ersten Begegnung mit den Europäern geschildert. Aber wie das Kind, dem die Umwelt rau oder verständnislos gegenübertritt, sich scheu in sich zurückzieht, so werden Stämme, die unter der Überlegenheit der Fremden gelitten haben, den Verkehr mit ihnen abbrechen. Die Abgeschlossenheit, die wir vielfach beobachten können, ist also nicht etwas Anfängliches, sondern zumeist erst nach schmerzlichen Erfahrungen eingeführt. Aus dem Altertum berichtet Herodot von dem *stummen Handel* der Karthager an der afrikanischen Küste. Sie legten ihre Waren an bestimmter Stelle hin und warteten, bis die Eingeborenen soviel von ihren Erzeugnissen daneben gelegt hatten, wie ihnen angemessen schien. Dann nahm jeder, was er eingetauscht hatte, hinweg. Herodot wundert sich, wie dieses System funktionierte. Es findet sich heute z. B. bei den Weddahs auf Ceylon, die in solchem stummen Verkehr von den Singhalesen eiserne Pfeile eintauschen. Hier gerade sehen wir den Hintergrund dieses Verhältnisses: die Tauschenden sind ungleich an Macht, und der Schwächere getraut sich nicht, dem anderen nahezukommen. Wird das Vertrauen, das dem stummen Tausche zugrunde liegt, getäuscht, so bricht die alte Feindschaft neu heraus. Den Singhalesen, der etwa die Gabe des Weddah ohne Gegengabe wegnehmen würde, trifft der vergiftete Pfeil des Weddah aus dem Hinterhalt.

Streitigkeiten der Stämme führen dazu, daß man die *Märkte* an einen befriedeten Grenzplatz verlegt. Es ist möglich, daß auch hier noch Gewalt im Hintergrunde lauert. So tauschen in Neu-Guinea die Frauen, während sich die Männer im Busch versteckt halten. In Nigieren tauscht man von Boot zu Boot, um bei Streitigkeiten rasch entkommen zu können. In Ostsibirien reichen Tschuktschen und Eskimos sich das zu Tauschende auf Lanzenspitzen. Wo aber der Friede gesichert ist, wie auf den Märkten des Sudan, beziehen die Fremden mit ihren Waren, Nahrungsmitteln oder Geräten, bestimmte Stände, und nicht nur Güter werden hier ausgetauscht, sondern in lebhafter Rede die Neuigkeiten des Tages.

Schon unter den Primitiven lassen sich die beiden Grundformen menschlicher Gliederung wahrnehmen: auf der einen Seite das *genossenschaftliche Nebeneinander* der Brüder und Altersgenossen, auf der anderen die *Unterordnung der Jüngeren unter die Älteren*. Die Kenntnis der Zeremonien verleiht den Älteren ein Übergewicht. Die Herrschaft kann durch Gewalt von außen errungen sein. Erobernde Jäger oder Hirten unterwerfen sich Hackbauern oder Pflugbauern unter Führung des Tüchtigsten. Es läßt sich aber auch denken, daß friedlich Gesiedelte zur Abwehr sich zusammenschließen und einen Führer erwählen. Für seine Wahl wird nicht nur Körperkraft, sondern mehr noch geistige Überlegenheit entscheidend sein. Neben der persönlichen Fähigkeit wird bald auch der größere Besitz, die Möglichkeit ein größeres Gefolge zu unterhalten, ins Gewicht fallen.

Bei Feldfrüchten geht die *Vorratsbildung* zunächst nicht über das Jahr hinaus, die Wirtschaftsperiode von einer Ernte zur anderen. Anders ist es bei Tieren, deren Bestand andauernd vermehrt werden kann. Je größer die *Herde*, je wertvoller die Tiere, um so größer das Ansehen. Neben dem reichen Kamelbesitzer steht später der ärmere Schafbesitzer. Hier zuerst wird genauer geschätzt. Die Herde erscheint nicht wie der Haufe von Wurzeln oder Getreide als ein Ganzes, sondern man kennt genau die einzelnen Stücke und kann nach dem Wurf den Zuwachs berechnen. Daher wird hier genauer gewirtschaftet. Freilich wächst zugleich die Versuchung, nicht nur durch Regelung des eigenen Betriebes zu gewinnen, sondern auch durch Benachteiligung der anderen, deren Errungenschaften man sich durch List oder Gewalt zu verschaffen sucht. Noch heute ist bei Rossen das Tauschen oft mit dem Täuschen verbunden, und der Hirt ist nicht nur Händler, sondern auch Räuber.

Stoffveredelnde Tätigkeit, wie das Schnitzen, wurde früh allgemein geübt. Die Pflugkultur, bei der dem Manne die Bodenbestellung zufiel, bot die Grundlage für weibliche Handfertigkeit im Spinnen und Weben. Der Töpfer aber und der Schmied sonderten sich früh ab als besondere Berufe, die ihre Handfertigkeit mit den dabei als notwendig angesehenen Zeremonien als Geheimnis betrieben und vererbten. Sie mochten am Rande des Dorfes ansässig sein, wie in Indien, oder wandern, wie die afrikanischen Schmiede, wie in Rußland viele Gewerbe bis in die Neuzeit hinein im Wandern betrieben wurden, wie es bei uns heute noch die Kesselflicker tun.

Im Anschluß an den bäuerlichen Betrieb konnte der *Bergbau* sich entwickeln, z. B. bei der Gewinnung der Feuersteine, dann von Salz und Eisen, wie wir davon Spuren in den österreichischen Alpen verfolgen können.

Neben den zerstreuten Siedlungen begegnen früh große *Zufluchtsstätten*, in die der Stamm im Falle der Not sich zurückzog, deren natürliche Lage auf einer Höhe oder in einem Sumpfe mit starken Befestigungen geschützt wurde.

Ein stattlicheres Haus wurde zuerst der Gottheit errichtet. Um den *Tempel*, um den *Palast* des Herrschers schloß sich eine größere Siedlung an. Hier sammelten sich die Abgaben. Hier wurden Tempeldiener und das Gefolge des Herrschers unterhalten. Hier wurden in ihrem Dienste die mannigfachsten Gewerbetreibenden beschäftigt. Der Häuptling konnte den Verkehr mit der Außenwelt als sein Vorrecht beanspruchen. Jeder Durchziehende mußte sowieso seinen Schutz erwerben, ihm zuerst seine Ware anbieten. Es kam vor, daß ein entwurzelter Stamm selbständig wandernd bestimmte Gewerbe ausübte oder fremde Waren anbot, wie die Zigeuner.

Der Unsicherheit, der diese Wandernden ausgesetzt waren, stand der Schutz gegenüber, den städtischen Mauern den um Herrscherburg oder Tempel Angesiedelten gewährten.

Schrifttum.

Der Urkommunismus, wie er von ENGELS in seiner Schrift über „den Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, 1884, angenommen wurde, ist heute allgemein aufgegeben; diese Lehre ist nicht nur von KOPPERS widerlegt, sondern auch von CUNOW (Allg. WG. I, S. 78, IV S. 415). ENGELS Einteilung in die Stufen von Wildheit, Barbarei und Zivilisation hat ihr Vorbild bei FOURIER. Dieser unterscheidet (Le nouveau monde industriel et sociétaire, 1829, S. XI) drei Perioden, die erste ohne Industrie, die zweite mit zersplitterter Industrie und die dritte mit „Industrie sociétaire“. In der ersten gibt es drei Gruppen, die erste ohne Menschen, dann die primitive, genannt Eden, und die wilde oder faule. Im zweiten Zeitalter folgt das Patriarchat mit kleiner Industrie, die Barbarei mit mittlerer Industrie und die Zivilisation mit großer Industrie. Auch ENGELS macht für jede seiner drei Epochen drei Unterabteilungen. So soll die Unterstufe der Barbarei mit der Töpferei beginnen, die Mittelstufe mit der Zähmung von Haustieren und Rieselkulturen, die Oberstufe mit dem eisernen Pflug. Die höchste Blüte der Oberstufe der Barbarei soll uns nach ihm in den homerischen Gedichten entgegentreten!

Gegen ROUSSEAU, der in der Okkupation des Bodens den Anfang des Eigentums sah, hat E. HAHN die Entstehung des Eigentums aus der Arbeit verfochten. (Die Entstehung der wirtschaftlichen Arbeit, Heidelberg 1908.)

BACHOFEN erschloß 1861 aus der griechischen Mythologie das Mutterrecht. Aber er ging von einer allgemeinen Promiskuität aus, die im Mutterrecht ihre erste Formung gefunden habe.

Er fand in der Gynaiokratie das Prinzip allgemeiner Freiheit und Gleichheit. In Hellas habe Apoll das Vaterrecht nicht voll zum Siege gebracht. Dionysos mit seinem Wein hätte einen Rückfall von der apollinischen Klarheit bedeutet. Erst die römische Paternität habe das tellurische Mutterrecht voll überwunden. So fruchtbar sich BACHOFENS Hypothese für die Kenntnis der Primitiven erwies, ist man seiner Auffassung der Urzeit mit Recht entgegengetreten. Die von ihm als urzeitlich geschilderten Verhältnisse können ebensogut als unter bestimmten kultischen Voraussetzungen entstandene Entartungen gedeutet werden. Ebenso wenig braucht jedes Volk durch die Stufe des Mutterrechts hindurchgegangen zu sein. Für die Indo-Germanen hat besonders SCHRADER durchgehendes Vaterrecht erwiesen. Heute erkennt man Höhepunkte der Kultur besonders dort, wo eine Schicht mit Vaterrecht, erobernde Hirtenkrieger etwa, sich auf mutterrechtliche Kulturen, Pflanzenbauer, setzte, wie in Hellas und Rom.

M. SCHMIDT hat gefunden, daß bei den Indianern Mittelamerikas ein prinzipieller Unterschied zwischen Vaterrecht und Mutterrecht nicht gemacht wird. Der wirtschaftlich stärkere Teil, sei es die Sippe des Mannes oder die der Frau, zöge dort den Schwächeren an sich.

In seinem „Weltbild der Primitiven“ legt F. GRÄBNER 1924 mit Recht das Hauptgewicht auf das Denken der Primitiven; denn was sie waren und was sie sind, ist uns wichtiger als das, was sie hatten und was sie haben. B. LAUM zeigt in seiner „Geschlossenen Wirtschaft“, 1933, wie magische Vorstellungen von der Wirkung des Analogiezaubers die Speisesitten beeinflussen können. So soll man Schweinefleisch meiden, um nicht zu kleine Augen zu bekommen, Schildkröten, um nicht zu schwerfällig zu werden, hingegen bei der Hochzeit Hühnchen essen, um recht lebhaft zu werden. Warum dieses den modernen Menschen zur Rückkehr zur Primitivität (früher sagte man, zur Natur) veranlassen soll, ist freilich nicht recht einzusehen. LAUM selbst muß zugeben, daß auch der Trieb nach Ausdehnung beim Primitiven sich findet. In seiner „Urgeschichte der Menschheit“ (Gesch. d. führenden Völker. Freiburg i. B. 1931) weist HUGO OBERMAYER, S. 335 darauf hin, daß der Kulturstillstand, den wir im europäischen Norden der vorchristlichen Eisenzeit beobachten können, darauf zurückzuführen sei, daß die Kelten um 600 den Norden von seiner Verbindung mit dem Süden abriegelten.

II. Die antiken Hochkulturen.

1. Ägypten und Babylon.

Vor größere Aufgaben sah sich die Wirtschaft gestellt, als es galt, durch Bewässerung und Entwässerung weitere Gebiete zu gewinnen. Eine umfassend gegliederte Organisation, bei der der Herrscher offenbar zuerst vor allem auf seine geistige Überlegenheit sich stützte, die Kenntnis des Laufes der Gestirne und eine göttliche Hoheit, ließ dem Boden größere Beträge abgewinnen, die die Grundlage einer höheren Kultur werden konnten. Die Zusammenfassung der Kräfte ermöglichte Überschüsse, die einer weiteren Ausdehnung des Bedarfes und einer starken Sicherung seiner regelmäßigen Befriedigung dienen konnten. Neue Ziele und Aufgaben vermochte damit die Menschheit sich zu stellen.

In Mesopotamien, dem Niltal, am Indus, am Hoangho, in den Hochebenen Mexikos und Perus fand solcher Aufbau statt. Babylon, Ägypten, die Reiche der Inder und Chinesen, aber auch die der Azteken und der Inkas bieten uns Beispiele solcher Hochkulturen.

In der Oase organisierte der Tempel die sich zusammengdrängende Bevölkerung zu ergiebigerer Arbeit. Der Sitz des Herrschers wurde zur Stadt, die durch Mauern oder Wasser geschützt war. Kleinere Herrensitze wurden von einer Seite unterworfen, die sich zum Mittelpunkt eines ganzen Landes aufschwang. So sehen wir zwischen Euphrat und Tigris Kisch, Ur, Lagasch und Uruk blühen, bis Babylon sich zum Haupt des Landes aufschwingt. Ebenso werden die lokalen Gewalten in Ägypten zusammengefaßt; die Verbindung von Ober- und Unter-Ägypten zeigt sich darin, daß der Pharao eine doppelte Krone trägt.

Die Überlieferung wird jetzt sehr viel reicher, da nicht nur der Kult weit glänzender in Tempeln, Bildern und Statuen gepflegt wird, sondern auch die Schrift die Erinnerung festhält. Seit der Stein von Rosette den Schlüssel zum Lesen der Hieroglyphen lieferte, seit es gelang, die Keilschrift zu entziffern, ist uns eine neue Welt aufgegangen.

Die Grundlage der Wirtschaft war der *Boden*, den Bauern bebauten. Aber diesen Bauern gehörte der Boden nicht immer. Der König und die Tempel, dazu die Großen des Landes, hatten ihn inne, früher selbständige Herrscher oder im Dienst des Herrschers emporgekommene Familien. Auch der freie Bauer war zu starken Abgaben verpflichtet. Nicht bei ihm, sondern bei den Herrschern, allenfalls auch bei den Großen des Landes, sammelten sich die Überschüsse der Wirtschaft.

Die Abgaben wurden von einer *Beamten-schicht* erhoben, die schreiben und rechnen konnte. Eine Einteilung nach Mondphasen und Jahreszeiten war auch den Primitive geläufig. Jetzt galt es, den Eintritt des Wassers bei den Überschwemmungen des Nils und des Euphrats genauer zu berechnen. Die Ägypter konstruierten daher das abstrakte Sonnenjahr, dessen Einteilung sich an die wirklichen Mondphasen nicht mehr kehrte. Ihre Kalenderrechnung, die Cäsar übernahm, liegt unserer Zeitrechnung zugrunde. Mannigfache Darstellungen zeigen uns die ägyptischen Beamten bei der Erhebung und Registrierung von Abgaben. Der Papyrus war das Abzeichen des ägyptischen Nordreiches. In Babylon und in Assur ritzte man Keilzeichen in Ton. Wichtigere Inschriften wurden in Stein gemeißelt.

Auf einem Bewässerungssystem, einer Terrassenkultur beruhte auch die frühe Blüte der Staaten des südlichen Arabiens.

In späterer Zeit gewann die militärische Ordnung des Reiches größere Bedeutung, so in Ägypten im Neuen Reich. In Mesopotamien blieb Babylon der Mittelpunkt priesterlicher Überlieferung, während Assyrien der erobernde Kriegerstaat wurde, der sich schließlich sogar Ägypten unterwarf. (671 eroberte Assarhaddon Memphis).

Die Dienste der Bevölkerung konnten in der Zeit, in der sie zum Ackerbau nicht gebraucht wurden, zu anderen Zwecken verwandt werden. Die in *Arbeitshäufung* gegliederten Massen konnten Leistungen vollbringen, die selbst der modernen Technik schwer fallen würden. Das Staunen der Jahrhunderte rufen die Bauten jener Zeit hervor. Die ägyptischen Herrscher des Alten Reiches wandten auf ihre Grabkammern mehr Sorgfalt als auf ihren Palast. Wir wissen heute, daß die Pyramiden nicht in ihrer ganzen Größe von Anfang an geplant waren. Nur in einer langen Friedenszeit konnte ein zunächst kleiner gedachter Bau zu immer größeren Dimensionen aufwachsen. Zwanzig Jahre hindurch sollen 100 000 Menschen an dem Bau der Pyramide des Cheops beschäftigt gewesen sein. Die Bewältigung und Zusammenfügung der gewaltigen Steinmassen setzt eine genau berechnete und exakt durchgeführte Arbeit voraus. Bilder zeigen uns die bei der Fortschaffung der Steinmassen tätigen Arbeiterscharen in langen Reihen unter Aufsehern gegliedert. Wir müssen sie uns nach musikalischem Takte in rhythmischer Bewegung schaffend denken.

Neben diesen Werken der Gemeinschaft weist auch das *Gewerbe* der einzelnen Handwerker Leistungen von höchster Feinheit auf. Die Stoffveredelung wurde im Dienste des Herrschers oder des Tempels betrieben. Von der Bearbeitung des Steines ging man zu der von Metallen über. Die ägyptischen Herrscher beuteten in der Sinai-Halbinsel Kupferminen aus. Hauptfundort des Kupfers wurde die Insel Cypern. Gold und Silber wurden gewogen und in bestimmte Form gegossen. Neben seltenen Steinen wurden sie als Schatz aufbewahrt. Spät erst taucht das Eisen, besonders in kleinasiatischen Fundstätten auf.

Ägypten stellt den am straffsten geordneten Beamtenstaat dar. Die Natur des Landes, das schmale Flußtal, rings von Wüste umgeben, erleichterte eine solche Organisation. Freilich bedurfte es auch hier hervorragender Herrscher, diesem Gefüge Gestalt zu geben und es zu erhalten. Im *Alten Reiche*, das zuerst das ganze Land ein Jahrtausend hindurch (3400—2475) vereinigte, stand dem Herrscher die Fülle der sakralen Macht zur Verfügung. Mit ihrem Verblässen, mit dem Erschlaffen der alle zu gemeinsamen Zwecken einigenden Gesinnung zerfiel das Reich. In erschütternden Worten sind uns die Folgen dieses Zusammenbruches geschildert. Der

Neuaufbau erfolgte von den lokalen Gewalten aus. Das Mittlere Reich, in dem *Theben* an Stelle von Memphis zum Vorort wurde, trägt einen mehr föderalistischen Aufbau. Unter den Hyksos mußte Ägypten die Herrschaft der Fremden ertragen. Zu ihrer Verdrängung schloß sich das *Neue Reich* im 16. Jahrhundert vor Christi Geburt auf das straffste zusammen. Man übernahm von den Eroberern den Streitwagen, und die militärische Ordnung gestattete den Pharaonen nicht nur die einheitliche Beherrschung des Reiches, sondern auch seine Ausdehnung nach Syrien bis zum Euphrat hin.

Im Neuen Reiche wurde der Boden des Landes als dem Pharao gehörend bezeichnet. Der Haushalt des Herrschers umspannte mit seinen Beamten das ganze Land. Wie der Herrscher die Produktion seiner Untertanen regelte, ihren Überschuß abhob und in seinen Schatzhäusern lagerte, so hatte er auch für ihren Unterhalt zu sorgen. Wir verstehen, wie den freischweifenden Nomaden der Umgegend die Eingliederung in diese Wirtschaft als ein furchtbarer Zwang erscheinen mußte. Als „*Diensthaus*“ bezeichnen die Israeliten Ägypten.

Selbständiges Denken konnte in der allgemeinen Verbundenheit des Kultus nur der Herrscher sich leisten. Aber der Versuch Echnatons, der 1370 zur Regierung kam, in Tell Amarna dem Sonnendienst einen neuen Kultus aufzubauen, wurde von seinem Nachfolger Tut-anch-amun vollständig unterdrückt. Die Priesterschaft des Ammon erwies sich als mächtiger. Die Herrscher mußten Rücksicht nehmen auf die Bewahrung des alteingelebten Kultus.

Wenn auch in Ägypten der Staat das ganze Wirtschaftsleben umspannte, blieb doch für einen gewissen *Verkehr* unter den Untertanen noch Raum. Die Bildwerke des Alten Reiches zeigen uns den Austausch von Erzeugnissen des Gartenbaues und des Gewerbes. Für die Zusammenfassung der Abgaben richtete der Staat einen Bootsverkehr auf dem Fluß ein. Die Staatsmacht trug den Verkehr über die Grenzen des Reiches; teils durch Plünderungen, teils durch Tauschverkehr wurde aus Nubien Gold gewonnen und aus Syrien Holz.

In Vorderasien waren die Ägypter durch ihre Eroberungen mit anderen Reichen in Verbindung gekommen. In Tell Amarna fanden sich Briefe von den Herrschern dieser Reiche in Keilschrift an den Pharao gerichtet, die uns ein lebendiges Bild davon geben, wie sich im 14. Jahrhundert v. Chr. der Verkehr zwischen diesen Herrschern abspielte. In Asien kamen damals die Reiche von Babylon, Assyrien, das Reich der Mitani und das der Hethiter in Kleinasien in Betracht, dazu Cypern. Von den Ägyptern erbat man sich vor allem Gold. Aber der Pharao wahrte in diesem *Geschenkhandel* seine Überlegenheit.

Babylons König beschwerte sich ihm gegenüber über den Ausfall einer Sendung von Gold: „Da man 20 Minen in den Ofen legte, kamen nicht 5 Minen heraus.“ Als Gegengabe sandte der babylonische Herrscher neben Gespannen und Steinen (Lapis lazuli) seine Tochter. Der Pharao dachte aber nicht daran, dem Babylonier eine seiner Töchter zu geben. Da meinte dieser, er wäre auch mit einer anderen schönen Ägypterin zufrieden: „Wer wird denn sagen können, sie sei keine Prinzessin?“

Die Wege waren keineswegs sicher. Die Briefe klagen über Beraubung durch die Beduinen. Der König von Babylon verlangt Bestrafung und Schadensersatz, da seine Händler in Kanaan, das damals ägyptischer Boden war, überfallen und geplündert seien.

Der König von Cypern hält Kupfer bereit, aber er will es erst absenden, wenn er der Gegengabe des Pharaos gewiß ist: „Deinen Boten mit meinem Boten sende schnell, und all das Kupfer, um das du gebeten hast, mein Bruder, werde dann ich dir übersenden. Mein Bruder bist du: mir wird mein Bruder doch Silber in großer Menge übersenden. Gib mir Göttersilber. So werde auch ich für meinen Bruder all das, worum du gebeten hast, mein Bruder, dir übersenden. Ferner, Bruder, den Ochsen, um den mein Bote gebeten hat, gib du mir, mein Bruder! Und von Öl, das gut ist,

mein Bruder, sende mir, o mein Bruder, zwei Nöpfe! Und einen Adler-Beschwörer sende du mir!“¹

Der Herrscher der Hethiter entschuldigt sich später Ramses II. gegenüber (13. Jahrhundert), es sei eine ungünstige Zeit, Eisen zu machen. Er bittet, vorläufig mit einer Dolchklinge zufrieden zu sein.

Neben fremden Kostbarkeiten waren auch Sonderbarkeiten begehrt. Am Hofe des Pharaos herrschte große Freude, als es einem Karawanenführer gelang, aus dem Innern Afrikas einen Zwerg mitzubringen. Dem König von Assyrien schickte der Pharaos Affen und Krokodile. Auch Heilmittel und Amulette wurden getauscht. Der Lapis lazuli galt als Mittel gegen den bösen Blick.

Die Macht des Pharaos wurde später durch übergroße Schenkungen an die Tempel und das Selbständigwerden der fremden Söldnerscharen geschwächt. Dieser Niedergang zeigte sich darin, daß es einem Gesandten Ramses XII. nicht gelang, mit einem Ammon-Amulett von den mittlerweile in ihrer Selbständigkeit erstarkten Phönikern das gewünschte Holz zu bekommen. Der Herrscher von Byblos wollte ihn erst gar nicht vorlassen und gewährte seine Bitte erst, als ihr mit nachgesandten silbernen und goldenen Gefäßen, mit Leinen und Papyrus, Ochsenfellen und Schiffstauen Nachdruck verliehen war.

Auch in *Babylon* war die Macht des Königs als Vertreters der Stadtgottheit ausschlaggebend. Der Turm zu Babel, dessen Ziegel später für einen Dammbau verwandt wurden, ist von den Zeitgenossen nicht weniger angestaunt als die Pyramiden. In sieben Stockwerken erhob sich dieser „Tempel des Grundsteins von Himmel und Erde“ zur Höhe von 90 m. Groß war die Wirtschaft der Tempel, die mit feststehenden Lieferungen rechnen konnten.

Allein wie Mesopotamien dem Eindringen neuer Stämme von dem iranischen Hochland oder von Westen her stärker ausgesetzt war, als das leichter abzuschließende Ägypten, lag es auch dem *Verkehr* vom Persischen Golfe bis nach Syrien und Kleinasien hin offener. Wir sehen daher im Handel der privaten Initiative der Großen einen weiteren Spielraum gewährt und Fremde bereitwilliger zugelassen. Hier kamen alle Sprachen zusammen, und diese Mannigfaltigkeit des Marktes ließ Babylon den Juden als „die große Hure“ erscheinen.

Dementsprechend wurde im Zweiströmland das *Verkehrsrecht* ausgebildet. Die Urkunden zeigen sogar Kreditverkehr in erstaunlicher Klarheit und in bestimmten Formen sich abwickeln. Kauf und Darlehen, Pacht und Miete mußten vor Zeugen bestätigt werden. Während in Ägypten Dienstpflicht und Unterstützung das Wirtschaftsleben regierten, bildete Babylon die Anfänge eines Handelsrechts aus. Die ägyptische Verwaltung fand in dem *Abrechnungswesen der Schatzhäuser*, in einem in den Staatsspeichern konzentrierten Korngiroverkehr ihren Höhepunkt, die babylonischen Tonzyylinder aber enthalten daneben auch zahlreiche Zeugen privaten Schuldrechtes.

In den Gesetzen Hammurabis (um 2000 v. Chr.) werden Darlehen in Geld und Getreide erwähnt. Die Getreidedarlehen sind nach der Ernte zurückzugeben und mit einem Drittel des Geliehenen zu verzinsen. Großgrundbesitzer haben das Land verpachtet. Getreide, Datteln, Wolle, Kupfer, Öl werden gehandelt.

Dem Reichtum des von Kanälen durchzogenen Landes an Getreide, Wolle und Öl stand die Notwendigkeit gegenüber, Holz, Steine und Metalle einzuführen. Babylon vermittelte früh zwischen Ost und West. Neben dem Herrscher senden hier auch Private Karawanen aus. Der Karawanenführer steht in einem Geschäftsverhältnis zu dem daheim bleibenden Ausrüster der Karawane, wie es später in der *Commenda* der italienischen Seestädte ausgebildet wurde. In der Schifffahrt wurden in Babylon Schiffsbesitzer, Schiffer und befrachtender Kaufmann unterschieden. Meist teilten sich zwei Kaufleute in den Frachtraum. Von Assyrien wurden nach dem östlichen

¹ SCHAAL, H.: Vom Tauschhandel zum Welthandel, S. 73.

Kleinasiens zu Anfang des 2. Jahrtausends Handelskarawanen ausgesandt. In Kanes hatten sie eine Faktorei. Sie handelten besonders Kupfer ein und brachten von Assur Stoffe und Blei. Auch hier begegnen *Kreditgeschäfte*, die nach der Ernte und der Weinlese fällig sind. Die Sicherheiten für diese Kreditgeschäfte und die Zinsen werden geregelt.

In Babylon wurden Gold und Silber mit Getreidekörnern zuerst genau gemessen. Das Gewicht von 180 Körnern war ein Schekel (8,42 g). Davon das Sechzigfache, soviel man noch in die Hand nehmen konnte, eine Mine, davon das Sechzigfache, soviel man noch schleppen konnte, ein Talent¹. Die Herrscher griffen mit Preisfestsetzungen ein. So bestimmte im 3. Jahrtausend ein König von Uruk, daß man für 1 Schekel Silber 3 Gur Korn oder 30 Ka Öl, 12 Minen Wolle oder 10 Minen Kupfer haben solle. Auch die Gesetzgebung Hammurabis legt Preise und Löhne offenbar zugunsten der Ärmern gegen die Bedrückung der Mächtigen fest. Die Handwerker, besonders die Töpfer, wurden geschätzt; für Ärzte, Baumeister, Schiffsbaumeister und andere Handwerker wurden bestimmte Löhne festgesetzt. In Ägypten stand anfangs Silber höher im Kurse als Gold. Zur Zeit Hammurabis galt der Schekel Goldes 6 Schekel Silber. Für einen Schekel Silber konnte man haben vier Schekel Blei, 8 Schekel Eisen und 130 Schekel Kupfer. Die Preistarife zeigen uns ein Teurerwerden des Getreides. Im einzelnen waren die Preise durch die politische Lage bedingt. Der Einbruch der Kassiten führte im 18. Jahrhundert v. Chr. zu einem Rückgang des Geldgebrauchs, und erst das neubabylonische Reich der Chaldäer wies um 600 wieder so günstige Verhältnisse auf, wie in den Tagen Hammurabis.

Aus späterer Zeit sind auch private Archive erhalten. In Krügen wurden Ton tafeln, die Tonumschlag tragen konnten, aufbewahrt. Das „Bankhaus“ Egi in Babylon wies bei der Teilung 517 einen reichen Besitz an Häusern (13), Sklaven (96) und Geld (6 Minen) auf. Ein babylonischer Händler kaufte den Krieger des Kambyses die in Ägypten erbeuteten Sklaven ab. In Nippur sind die Geschäftsurkunden der Firma Muraschu & Söhne aus der Zeit Artaxerxes I. und Darius II. gefunden. Vieh stellte aber offenbar den wichtigsten Teil des Besitzes dar. Sanherib zählt auf, was er bei der Eroberung Babylons an Pferden und Maultieren, Eseln und Kamelen, Rindern und Kleinvieh erbeutete.

Indessen dürfen wir uns das Leben der Ägypter und Babylonier nicht allein mit wirtschaftlichen Sorgen erfüllt denken. Die *magische Gebundenheit*, die ihr Denken von den Primitiven übernahm, wuchs vielmehr gerade unter den günstigeren wirtschaftlichen Bedingungen zu grotesken Formen an. Nicht wirtschaftlicher Verbesserung, sondern der Sicherung vor den überirdischen Mächten widmeten Ägypter und Babylonier den größten Teil ihrer Mühe. Die eigentümliche Verbindung der Anfänge rationalen Denkens mit dem Totenkult in Ägypten und mit dem Sternenglauben in Babylon kennzeichnet ihr Leben. Dem Totenkult wurden die größten Opfer gebracht. Wie in Ägypten dem Herrscher der Ausbau seiner Totenkammer vor allem am Herzen lag, suchte ein jeder sich mit dem heiligen Skarabäus zu versehen, der ihn beim Totengericht vor verräterischem Erröten schützte. Noch sah man in den Tieren Götter verkörpert und verlieh den Darstellungen der Götter Tierform oder wenigstens Tierkopf.

Die Priester wußten die Magie systematisch auszubauen. Die Bestimmtheit des astronomischen Geschehens wurde als die Grundform des Göttlichen erkannt und eine zusammenfassende Religion der heiligen Plätze, der heiligen Zeiten und der heiligen Zahlen aufgestellt. In Babylon, in Ägypten, aber auch in China erschien die Ordnung des Himmels zugleich als das Recht der Menschen. Ihr Tun wurde an den Kalender gebunden. Für jede Verrichtung war ein bestimmter Tag vorgeschrieben. So wurde auch alles in einen bestimmten Raum versetzt. Den sieben Planeten entsprachen sieben Todsünden. Der Bau noch des römischen Lagers so gut wie die

¹ RIDGEWAY, W.: The Origin of Metallic Currency and Weight Standards, S. 254ff.

römische Landmessung wurde nach den vier Himmelsrichtungen bestimmt, so wie bis heute der Kirchenbau bei uns orientiert wird.

Bei solcher Einstellung kam alles auf Erhaltung des Bestehenden an. Die ägyptische Religion wollte durch die Mumifizierung das körperliche Dasein festhalten. Alle Lebensenergie mußte darauf verwandt werden, die einmal festgelegte Ordnung durchzuführen. Für die Astrologie war alle Neubildung nur Schein. Rückwärts war ihr Auge gerichtet. Daher die eigentümliche Erscheinung, daß in diesen Kulturen der Höhepunkt am Anfang ihres Auftretens liegt. Alle spätere Zeit scheint nur die Aufgabe zu haben, dem in dieser verklärten Anfangszeit Erreichten nachzueifern, es noch einmal zu verkörpern. Wohl können neue Völker auftauchen, wie sich in Babylon auf die sumerische Urschicht eine semitische Einwanderung der Akkader legt, oder wie das Bergvolk der Assyrer im 8. Jahrhundert erobernd vordringt, wie später die Meder und die Perser erscheinen. Aber sie alle werden in den Bann des magischen Denkens geschlagen. Ihr höchster Ehrgeiz ist, die von ihnen übernommene Kultur in gleichem Sinne würdig fortzusetzen, ihre Urform zu erneuern.

Bei der großen Ausdehnung des *Perserreiches* mußte den Satrapen größere Selbständigkeit gelassen werden, wie ja auch die Perser den Unterworfenen ihre Kulte ließen. Die wirtschaftliche Zusammenfassung der Kräfte des ungeheuren Reiches wurde durch die Organisation eines alle seine Teile verbindenden Postdienstes erstrebt.

In ähnlicher Weise wie in Ägypten und Babylon baute sich später in Amerika die Wirtschaft *Perus* und *Mexikos* auf. Auch hier finden wir zuerst kleinere Mittelpunkte und eine Organisation, die vor allem auf der Kenntnis des Kalenders und der Ausbildung eines Bewässerungssystems beruht. So begegnet nördlich von Lima an der peruanischen Küste und in den Wäldern Mittelamerikas eine hohe Kultur, die dann von militärischen Eroberern zusammengefaßt wird. Den erfindungsreichen Tolteken der mexikanischen Hochebene folgten die kriegerischen Azteken.

Der Schwerpunkt des Reiches der *Inkas* lag auf der Hochebene. Von hier drangen sie (1400 n. Chr.) erobernd an die Küste vor. Die Kultur der Täler wurde durch riesige Terrassenbauten ermöglicht. Über den alten Geschlechter-Genossenschaften errichteten die Inkas einen Staat, der die straffste Zusammenfassung des ganzen Landes bedeutete. Die Familien bekamen ihr Land vom Staate angewiesen, der Staat gebot über die Ordnung der Arbeit, und ihre Produkte gehörten ihm. Er hatte für die gleichmäßige Verteilung der Nahrung zu sorgen. Bei dieser Ordnung war für einen selbständigen Handel kein Platz. Anders im Reiche der *Azteken*. Auf der mexikanischen Hochebene wurde der Anbau durch die Entwässerung der in Frage kommenden Gebiete gefördert. In Mexiko gab es einen Stand der Kaufleute, deren Karawanen, bald in friedlichem Verkehr, bald plündernd, bis nach Mittelamerika hin den Austausch der Produkte des Landes besorgten.

Die Knotenschnüre der Peruaner kennzeichnen bestimmte astronomische Verbindungen, ohne daß in ihrem Aufbau ein Ansatz zu Verallgemeinerungen erkennbar wäre. Sie wurden den Toten mitgegeben. Eine Erhaltung der Leichen ermöglichte das Klima hier, wie in Ägypten. Die Mexikaner zeichneten sich, wie die Babylonier, durch exakte Beobachtung der Gestirne aus. Indem sie das Venusjahr mit berechneten, wies ihr Kalender sogar besondere Feinheiten auf. Dadurch, daß sie mit der Rechnungseinheit 20 angingen, konnte ihr Zahlensystem schnell zu den höchsten Summen führen. Auf der anderen Seite brachte die magische Gebundenheit ihres Denkens die Notwendigkeit blutigster Opfer mit sich; denn grausam stellten die Mexikaner ihre Götter sich vor.

Schrifttum.

Grundlegend MAX WEBER: Agrargeschichte (Altertum), Hdwtb. d. Staatswissenschaften, 3. Aufl., 1909, jetzt: Agrarverhältnisse im Altertum in den Gesammelten Aufsätzen zur Sozial- u. Wirtschaftsgeschichte. Hierzu ALFRED WEBER: Kulturosoziologische Versuche: Das alte Ägypten und Babylonien. Archiv f. Sozialwissenschaft u. Sozialpolitik 55, 1, 1926. Kulturgeschichte als

Kultursoziologie 1935. Hier schließt sich WEBER den Wienern W. SCHMIDT und KOPPERS an und sieht in dem Pferdenomaden den ersten Herrenmenschen, den ersten Rationalisten und Staatsbildner. Doch waren die Pyramiden von den ägyptischen Herrschern gebaut, die das Pferd noch nicht kannten. Erst im Dritten Reich übernahmen sie es von den Hyksos. Über die Bedeutung der Astrologie besonders gut CASSIRER: Philosophie der symbolischen Formen II, Das mythische Denken. Im einzelnen EDUARD MEYER: Geschichte des Altertums. — KEES, H.: Ägypten, Kulturgeschichte des Alten Orients I, 1933. — GÖTZE, A.: Kleinasien. — CHRISTENSEN, A.: Die Iranier, ebenda III, 1. — DELITZSCH, F.: Handel und Wandel in Alt-Babylonien, 1910. — MEISSNER, B.: Babylonien und Assyrien, 1920. — SCHNEIDER, A.: Die Anfänge der Kulturwirtschaft, die sumerische Tempelstadt. (PLENGE, Staatswissenschaftl. Beiträge IV, Essen 1920) betont im Gegensatz zu OPPENHEIMER die Entwicklung der wirtschaftlichen Gliederung ohne auswärtige Einflüsse. — SCHWENZNER, W.: Zum Altbabylonischen Wirtschaftsleben. Mitteilungen d. Vorderasiatischen Gesellschaft, 1915. Das geschäftliche Leben im alten Babylonien nach den Verträgen und Briefen dargestellt, 1916. — UNGER, E.: Babylon die Heilige Stadt nach der Beschreibung der Babylonier, 1931. — SCHAAL, HANS: Vom Tauschhandel zum Welthandel, 1931. — KÖSTER, A.: Schiffahrt und Handelsverkehr, Beiheft z. Alten Orient, I. — RIDGEWAY, W.: The origin of metallic currency and weight standards. Cambridge 1892. Etwas phantastisch E. REVILLOUT: La créance et le droit commercial dans l'antiquité, 1897 und Précis du droit Egyptien comparé aux autres droits de l'antiquité, II. Paris 1903. Immerhin finden auch I. KOHLER und F. E. PEISER „Aus dem babylonischen Rechtsleben“ in Babylon „Geldgeschäfte der subtilsten Art“ und „Gesellschaftsverhältnisse der interessantesten Weise“, abstrakte Schuldscheine und den Ursprung der Commenda. EILERS, W.: Gesellschaftsformen im altbabylonischen Recht, Leipziger rechtswissenschaftl. Studien 1931, behandelt neben der kommerziellen Form der „Tappūtum“, dem Silber der Gemeinschaft, die agrare, das Feld der Gemeinschaft. — LUTZ, H.: Price fluctuations in ancient Babylonia; Babylonian Partnership. Journal of Economic and Business History 1932, stellt S. 349 wie A. SCHNEIDER der „kommunistischen“ Tempelwirtschaft eine allmählich vordringende auf individuellen Profit bedachte „kapitalistische“ gegenüber. — SPIEGELBERG, W.: Arbeiter und Arbeiterbewegung im Pharaonenreich unter den Ramessiden (1400—1100 v. Chr.), Straßburg 1895, schildert, wie unter Ramses III. die Arbeiter der thebanischen Nekropole, da sie ihre Rationen nicht mehr richtig erhielten, zum Aufstand übergingen und sich später durch Plünderung der Gräber schadlos hielten.

HETTNER, A.: Der Gang der Kultur über die Erde, 1923. Der amerikanischen Kulturen kann hier nur andeutungsweise gedacht werden. Vgl. Th. W. DANZEL: Handbuch der Präkolumbischen Kulturen in Lateinamerika, 1927. — SAPPER, K.: Der Kulturzustand der Indianer vor der Berührung mit den Europäern und in der Gegenwart. Verh. des XXIV. Internationalen Amerikanisten Kongresses. Hamburg (1930), 1934. Encyclopädia Britannica, 1929: Central America, Archaeology und South America Archaeology.

2. Ausblick auf die chinesische und die indische Wirtschaft.

Der Raum, der der ägyptischen und der babylonischen Kultur zur Grundlage diente, war beschränkt. Auf viel größere Gebiete konnte sich die chinesische und die indische ausdehnen. Aber auch hier finden wir eine machtvolle Organisation der Arbeit, die den Boden durch Regelung der Wasserverhältnisse gewinnt.

In China begegnet von 2000—200 v. Chr. eine feudale Epoche. Die einzelnen Reiche bekämpfen sich, bis eine Zusammenfassung des Reiches unter dem Kaiser gelingt, der als Sohn des Himmels verehrt wird. Der Kaiser darf sich als Hoherpriester fühlen. Ein besonderes Priestertum läßt er nicht aufkommen. Der Ahnenglaube hält die Sippe zusammen. Während im Westen durch die Zertrümmerung der Sippeneinheit Staat und Individuum die Träger auch der Wirtschaft werden, behält in China die Familie ihre Bedeutung, und der Kaiser wird als Vertreter der gesamten Menschheit gegenüber den göttlichen Mächten aufgefaßt.

Es gelingt dem Kaisertum, sich von den feudalen Gewalten unabhängig zu machen und auf ein Beamtentum zu stützen, das sich aus allen Schichten als eine Elite der Intelligenz herausbilden kann.

Wie es in der feudalen Epoche nicht an heroischen Kämpfen fehlt, wie nach dem Niedergang einer Dynastie eine neue um die Zusammenfassung des Reiches ringen muß, so weist das chinesische Leben damals regste geistige Bewegung auf. Konfuzius bildet eine Lehre aus, die sich durchaus an den Verstand wendet. Alles Orgiastische, aber auch das Heldenhafte wurde zurückgedrängt. Anpassung an die Gesetze der Welt, die mit denen des Himmels übereinstimmten, erschien als die Aufgabe des

Weisen. Zurückhaltung, die Dinge aus sich sich entwickeln lassen, wurde als höchste Regierungskunst gefeiert. Die Welt wurde bejaht, wie sie war. Auch bei dem Einzelnen gab es keine Sünde, sondern nur Geschmacklosigkeit. Das Ziel dieser Lehre war der vollkommene *Weltmann*, wie ihn etwa auch die Renaissance und das 18. Jahrhundert im Westen ausbildete.

Konfuzius war ein Verehrer der alten Überlieferung. Die Sprüche der Weisen wurden gesammelt. Im Tempel des Konfuzius sind keine Bilder, aber auf Stein eingegraben die vier Bücher des Wissens und die fünf Klassiker. Wie Plato die homerischen Gedichte aus dem Unterricht der Hellenen verbannen wollte, so bekämpfte Konfuzius die Heldenlieder. Die Bildung wurde eine rein literarische, sie beschränkte sich auf das Auswendiglernen langer Texte mit Fabeln und Sentenzen.

Gegen das *Li*, die Schicklichkeit, bei Konfuzius setzte *Laotse* das Wuwei, das Nichtstun. Aber die Mystik des Tao, der Lehre, war bald mit Magie verbunden. Die Lehre des Konfuzius hatte sich gegen die Hofmagier durchzusetzen. Die Taoisten hielten es erst mit dem Adel, später mit den Eunuchen des Hofes gegen die Literaten. Ihre aliterarische Irrationalität verschärfte den Traditionalismus.

In der Lehre des *Mo Ti* wurde rationale Ordnung der Gesellschaft verlangt. Nicht als natürliches Gefühl, sondern als religiöse Pflicht wurde die Liebe zu den Menschen verlangt. Nicht ein blindes Schicksal, sondern der bewußte Wille eines persönlichen Gottes wurde als Herrscher der Welt anerkannt. Aber diese Richtung, deren Ähnlichkeit mit der christlichen Lehre man später erkannte, wurde von Konfuzius als Ketzerei bekämpft, und sie spielt in der Herausbildung des chinesischen Wesens eine geringere Rolle. Gegen den offiziell gewordenen Konfuzianismus sind Taoisten wohl aufgetreten mit der Forderung unmittelbarer Beziehung zur Natur. Der Weise sollte sich von der Gesellschaft zurückziehen und ganz der inneren Erleuchtung leben. Allein diese Richtung konnte nur beschränkte Kreise beeinflussen. Der spätere Konfuzianismus nahm Züge des Taoismus und des aus Indien eingedrungenen Buddhismus in sich auf. Das Ideal des Weltweisen konnte doch nur eine kleine Oberschicht erfüllen, und auch für sie erstarrte die Forderung der Schicklichkeit in dem Formelwesen einer Überlieferung, deren Daten man sich in einer endlosen Fülle von Examen aneignen mußte. Die Masse der Bevölkerung blieb *magisch gebunden*. Auch der Weise schien durch seine Haltung nur in den Besitz überirdischer Kräfte zu gelangen. Er wurde zum Zauberer.

So erschien die Welt dem Chinesen wie ein Zaubergarten. Eine Systematisierung magischer Einflüsse suchte sich darin zurecht zu finden. Nur an bestimmten Tagen durfte etwas unternommen werden. Gegen Krankheit und böse Geister half der Taoist mit seiner Beschwörung. Bei Neubauten oder bei Erdbewegungen, die das Bild der Landschaft veränderten, hatten die Geomanten gegen hohe Sporteln die Geister zu beschwichtigen.

Die Eigenart der chinesischen Entwicklung erklärt sich einerseits durch diese Geisteshaltung, andererseits durch die natürlichen Bedingungen, unter denen die chinesische Wirtschaft arbeiten mußte. Die Ehrfurcht vor der Erde führte zu dem Satze, der Erde dürfe man wohl ihre Haare ausreißen, aber nicht ihre Eingeweide. Ackerbau also durfte man treiben, aber das tiefere Hineingehen in Bergbau wehrten die Geister. Die dichte Bevölkerung zwang zu intensivstem Anbau, aber das *Arbeitsmittel* fand *keine Ausbildung*. In China wurden die Wassermühlen, die im Abendland später von so besonderer Bedeutung für den technischen Fortschritt werden sollten, verboten, weil sie das Berieselungssystem störten.

Die chinesische Wirtschaft entfaltete sich zuerst auf den Lößgebieten des oberen Hoangho. Mit dem Eindringen in die östliche Ebene wurden gewaltige Wasserbauten nötig. Der Gelbe Fluß führt, wie sein Name andeutet, große Schlammassen mit sich, mit denen er sein Mündungsgebiet überschwemmt. Nur durch seine Eindämmung gelingt es, dem Sumpfe weite Gebiete abzugewinnen.

Kleinere Arbeiten, wie die Berieselung durch Brunnen oder kürzere Dämme, konnten den lokalen Gewalten überlassen bleiben. Die großen Dämme aber vermochte nur einheitliche Leitung aufzuführen und instand zu halten. Das tat der Einheitsstaat, der mit einem schreibkundigen Beamtenapparat die Masse der kleinen Landbauer in Ordnung hielt.

Für die Vermessung spielte das Brunnensystem eine große Rolle. Von einem in neun gleichmäßige Quadrate geteilten Felde sollten acht Teile einzelnen Familien überwiesen werden, während das mittelste neunte Feld für öffentliche Aufgaben vorbehalten blieb. An Stelle dieses die Feudalzeit beherrschenden Systems gab der Kaiser den Bauern Privateigentum.

Nordchina arbeitet mit Rind und Pflug, aber den Milchgenuß meiden die Chinesen. Neben Hirse und Weizen werden Bohnen angebaut. Seit dem 2. Jahrhundert v. Chr. drang die Besiedlung südwärts vor in das Tal des Yangtsekiang, das fruchtbarer, aber wegen seiner Dschungeln schwerer zu besiedeln ist. Hier wurde der im Gartenbau gewonnene Reis zur Hauptnahrung. Ein mühsam aufgeführtes und instand gehaltenes Netz von terrassenförmiger Berieselung gestattet doppelte Ernte im Jahr. In wundervoller Anpassung an Boden und Wetter wird schon vor der Ernte in neuer Furche eine Zwischenpflanze vorbereitet. Sorgfältig sammelt der Chinese den Dünger, auch den menschlichen Abfall, und führt ihn nicht der Fläche, sondern der einzelnen Pflanze zu.

Die Herrschaft über den *Boden* gebührte letzten Endes dem Kaiser. Unter Wang Mang, der 9 v. Chr. zur Regierung kam, wurde alles Land als Königsland erklärt, wie es in Ägypten unter dem neuen Reich geschehen war. Mit dem Zerfall des Reiches im dritten Jahrhundert n. Chr. kamen noch einmal die großen Grundbesitzer auf. Unter den Tang, die 618—907 regierten, erreichte das Einheitsreich der durch Verschmelzung mit westlichen Nomaden sich ausbildenden chinesischen Nation seine höchste Blüte. Damals wurde das Prüfungswesen für die Beamten ausgebildet. Nicht dem Glanz der Familie, sondern dem Bestehen der Prüfungen sollte die Stellung verdankt werden. Im 11. Jahrhundert wurden durch Wang An Schi die Finanzen geordnet. Die Frondienste wurden durch eine Kopfsteuer abgelöst, bei der sich 1066 29 Millionen Pflichtige ergaben, die 1075 nach Einführung der Selbsteinschätzung auf 23,8 Millionen zurückgingen¹. 1090 wurde der über 1000 Mou (56 ha) große Grundbesitz enteignet, China sollte ein Bauernland bleiben.

Die Regierung wußte auch so moderner Mittel sich zu bedienen, wie des *Papiergeldes*, das namentlich unter der Mongolenherrschaft eine große Bedeutung erlangte. Bei den Schwierigkeiten des Transportes des schweren Kupfergeldes erfreute sich dieses „fliegende Geld“ großer Beliebtheit, allein 1378 mußte die übermäßige Fülle des ausgegebenen Papiers gerügt werden. Man fand, das Münzgeld müsse als die Mutter des Geldes angesehen werden, das Papier nur als ihr Sohn².

Man kann nicht allgemein sagen, wie SCHMOLLER es annahm, daß die Vermehrung der Bevölkerung aus sich heraus zu einer ergiebigeren Wirtschaftsverfassung drängte. In China sehen wir vielmehr, wie der Druck der Bevölkerungsvermehrung nur zu äußerster Anspannung der *Arbeitskraft* bei schärfster Einschränkung des Bedarfs und zu intensivster Nutzung des Bodens durch die hineingesteckte Arbeit führte. Ebenso wenig kann man sagen, daß die Verkehrswirtschaft an sich höhere Leistungen bedingte, wie dies CUNNINGHAM in seinem Werke über „Western Civilisation“ (1911) und KEYNES in seinem „Treatise on Money“ (1930) annehmen. China ist ein Beispiel dafür, daß mit dem Geldwesen nicht notwendigerweise eine rationale Berechnung verbunden ist. Arbeitete doch auch das Beamtentum Chinas nicht wie im Westen auf solche rationale Regelung hin. Wie sein Wissen allgemeine literarische Bildung, keine Fachkunde erstrebte, so wurde im Abgabenwesen nicht mit dem geringsten

¹ WILHELM: Gesch. d. chin. Kultur, S. 254.

² CHEN HUAN CHANG: S. 443.

Mittel der größte Erfolg für die Gesamtheit das Ziel, sondern ein umständliches Umrechnungsverfahren diente vor allem dazu, möglichst viele Pfründenansprüche zu befriedigen.

Ein langes Studium, dessen Kosten die Familie trug, war nötig, um nach schweren *Examen* in eine Beamtenstellung zu rücken. Die Regierung befristete die Stellung, um die Beamten nicht zu selbständig werden zu lassen. Manchmal in drei Jahren mußten die Kosten für Erhalten und Behaupten der Stellung aufgebracht werden. Den Oberen mußten Geschenke gewährt werden. Da der Mandarin in der Provinz, in die er geschickt wurde, fremd war, waren seine durch Lokalkenntnisse ausgezeichneten Unterbeamten schwer zu kontrollieren. So schollen die Kosten der Lokalverwaltung an, und nur ein Teil der Steuer wurde nach der Zentrale abgeliefert. Die Beamten machten dabei durch wiederholte Umrechnung stattliche Gewinne. Es fehlte an einer einheitlichen Rechnungsgrundlage. Neben dem umlaufenden Kupfergelde setzte sich seit dem Eindringen des auswärtigen Handels im 16. Jahrhundert das Silber, das gewogen wurde, für größere Zahlungen durch. Aber der *Tael* wurde für jede Verwendungsart verschieden gewogen. An manchen Plätzen gab es Dutzende verschiedener Taels, und der Regierungstael war nur eine Sorte unter vielen. Dadurch erklären sich die Umrechnungsgebühren der Beamten, die namentlich bei Versendung an verschiedene Plätze anschwollen mußten. Die Beamtenstellen wurden als Pfründen angesehen, die alle miteinander zusammenhingen. Ein Eingriff in dieses Pfründenwesen verletzte so viele Interessen, daß er an dem einmütigen Widerstand der Beamtenschaft scheitern mußte. So geschah es später mit dem Versuche, den Tribut der Provinzen statt auf den altertümlichen Kähnen des Kaiserkanals mit dem billigeren Bahntransporte zu befördern.

Aus der traditionellen Gesamthaltung des chinesischen Wirtschaftslebens verstehen wir es, wie in ihm wohl das Handwerk blühen und auch der Handel seinen Platz finden konnte, ohne daß jedoch von diesen Kräften eine Umwälzung des wirtschaftlichen Lebens ausging.

Neben der Masse der kleinen Bauern stand ein ausgebildetes *Handwerk*, dessen Entwicklung jedoch gehemmt wurde durch die Konkurrenz bäuerlichen Hausfließes und einer Hausindustrie, neben der einige größere Manufakturbetriebe ausgebildet wurden, wie bei der Gewinnung von Kohle, der Bearbeitung des Eisens und der Herstellung von Porzellan. Die Billigkeit der Arbeitskräfte ließ hier, wie in der Landwirtschaft, die Hauptleistung auf der Ausbildung der menschlichen Arbeit und ihrer Geschicklichkeit ruhen. Die sie entlastenden Arbeitsmittel blieben primitiv. Wohl erfanden die Chinesen das Papier, den Kompaß und das Schießpulver. Schon im 10. Jahrhundert gelang ihnen der Druck ihrer Klassiker mittels Holzplatten. Allein die Erfindungen, wie sie z. B. in hervorragender Feinheit in der Lackbereitung gemacht wurden, blieben als Familiengeheimnis behütet und konnten daher bei Katastrophen, wie sie Krieg oder Rebellion brachten, auch wieder mit ihren Kennern verloren gehen. Die Billigkeit der Arbeitskräfte ließ selbst den Bergbau nicht an Verbesserung der Fördermittel denken. Hatte man doch für das Auspumpen des Wassers Menschen zur Verfügung, die ihre Freiheit verspielt hatten, die sog. Wasserfrösche. Um die Stollen niedrig halten zu können, wurden mit Vorliebe Kinder im Bergbau, soweit er vorhanden war, beschäftigt. Die Landarbeit hieß im Frühling die Bergwerke stilllegen.

Der *Handel* wurde von einigen, wie von Laotse, nicht geschätzt. Er war gleichwohl weit ausgedehnt und reich gegliedert. Der mangelnde Rechtsschutz, der ein Handelsrecht sich nicht ausbilden ließ, brachte gerade es mit sich, daß man im Verkehr alles auf die Zuverlässigkeit der Handeltreibenden abstellen mußte. Im Verkehr mit dem Auslande genossen die chinesischen Kaufleute des Rufes großer persönlicher Zuverlässigkeit. Die Seide Chinas gelangte auf den Straßen des Innern Asiens über das Tarimbecken in der römischen Kaiserzeit nach dem Westen. Auch zur See

stand China mit dem Auslande in Verbindung. Am Ende der Tangzeit 876 werden bei der Verwüstung von Kanton dort handeltreibende Mohammedaner und Mazdäer, Juden und Christen als mitbetroffen erwähnt. Auch das Bankwesen bildete sich aus. Im Anschluß an den Salz- und Eisenhandel wurde es von Schansi aus verbreitet und auf eine bemerkenswerte Höhe der Entwicklung im Zahlungs- und Kreditwesen gebracht.

Der Staat hatte Regierungswerkstätten für Seidenzeug in Hangtschou. Kapitalistische Ansätze finden sich besonders bei der Salzgewinnung. Der Salzsee in Tschansi wurde von Genossenschaften ausgebeutet, die Lohnarbeiter beschäftigten. Bei der Steinsalzgewinnung in Szetzschan finden wir neben den Besitzern der Salzbrunnen die Eigentümer der Rohrleitungen zu den Siedeschuppen, die Besitzer der Siedehäuser und Großhändler in Salz. Der Verlag war weitverbreitet.

Die reiche Ausbildung der chinesischen Wirtschaft erregte das Staunen der Abendländer. *Marco Polo* fand sie im 13. Jahrhundert der abendländischen überlegen, und noch im 18. Jahrhundert glaubten die Physiokraten, in dem „*Empire fixe et durable*“ Chinas ihr Ideal zu finden. Indessen fehlte der chinesischen Wirtschaft ein Antrieb zu weiterer Ausbildung. Alles blieb in den mit Einführung des Einheitsstaates eingelebten Geleisen. Eine flächenhafte Ausdehnung des Staates, namentlich südwärts, war möglich. Neue Völker, wie die Mongolen und die Mandschus, überannten den Staat, aber sie wurden in seine Ordnung mit eingeschmolzen. Die Starrheit der chinesischen Wirtschaft hängt zusammen mit der geistigen Haltung des Volkes bis zu der letzten Umwälzung.

Alte Ansätze des Mutterrechts, wie sie sich namentlich im Süden weiter verbreitet finden, sind durch die strenge vaterrechtliche Ordnung der chinesischen Gesellschaft zurückgedrängt. Die Ahnenverehrung hält die Sippe zusammen. Als erste Pflicht des Sohnes gilt die Ehrfurcht gegen seinen Vater, und sein Hauptziel ist, selbst einmal als Vater von einem Sohne verehrt zu werden. Die persönlichen Beziehungen durchdringen das ganze Leben des Chinesen. Wohl schließen sich die Berufsgenossen in Handlungsgilden und Gewerbezünten zusammen, aber ihr Wirkungskreis ist kein gesetzmäßig festgelegter. Die Staatsmacht verbietet die Anerkennung selbständiger Gewalten unter der ihrigen. Wohl gibt es in China Städte. Aber ihre Mauern gewähren nur Schutz vor Feinden und Räubern. Hinter ihnen bildet sich keine selbständige Gemeinde aus. In der Stadt waltet die Willkür des nur für kurze Jahre ernannten *Mandarinen*, auf dem Lande herrscht der *Geschlechterverband*.

Vergebens hat die Taiping-Revolution 1850—64, vom Christentum beeinflusst, sich gegen Magie und Idolatrie gewandt. Die Boxer waren wieder magisch und rituell eingestellt.

Im Gegensatz zu China stützte das alte *Japan* sich auf die Ausbildung einer feudalen Organisation. Nicht wie dort die Literaten, sondern die Krieger wurden die Grundlage der Herrschaft. Fischfang und Reiskultur auf nassen Feldern, in Terrassen aufgebaut, sorgten für den Unterhalt. An den Höfen der Feudalherren fand das Wirtschaftsleben seinen Mittelpunkt. In ihrem Dienst wurde ein reich ausgebildetes Gewerbe beschäftigt.

Unter den *Tokugawas* wurde der Kaiser 1603 auf eine religiöse Stellung beschränkt, die tatsächliche Gewalt von dem Shogun, einer Art Hausmeier, übernommen. Den Lehnsherren, den Daimios, wurden keine Lehngüter, wie im Abendlande, überlassen, sondern sie erhielten eine Reisrente. Dadurch wurden sie in scharfer Abhängigkeit von der Zentrale gehalten.

Diese strenge und rationale Zusammenfassung der nationalen Kräfte erleichterte Japan den Übergang zu den modernen Formen der Wirtschaft, als in der Umwälzung von 1868 der *Mikado* die Herrschaft wieder an sich nahm. Der Zusammenhalt der Familie und die Verehrung des über die Menge erhabenen Herrschers bilden die

Grundlage des japanischen Lebens. Ein Einschlag des Magischen darf auch bei der Masse der japanischen Bevölkerung nicht verkannt werden, er steht aber der Benutzung der Mittel modernster Technik durch die Führenden nicht im Wege. —

Indien sah schon vor dem Eindringen der Arier eine mütterrechtlich geordnete Kultur, die sich am Indus ausbreitete. Gewaltige Bauten wurden zum Schutz gegen Überschwemmungen errichtet. Im Unterschied von den Bauten des Niltals und Mesopotamiens treten hier Tempel und Paläste weniger hervor, dagegen sind die Einzelhäuser der Stadt besser gebaut, und große Badeanlagen, wie im späteren Rom, deuten auf eine der Masse der Bürger mehr entgegenkommende Wirtschaft. Es zeigen sich Anfänge der Bilderschrift. Neben der Töpferei wird gesponnen und gewebt; aber nicht aus Linnen, wie in Ägypten, sondern aus Baumwolle wurde in Indien die Kleidung hergestellt.

Die Arier brachten das Vaterrecht und eine strenge Scheidung der Stände. Priester und Herrscher fielen bei ihnen nicht mehr zusammen. Die *Bramahnen* bildeten einen selbständigen Stand aus, der sich als „menschliche Götter“ über die anderen erhob. Während Konfuzius die Gleichheit der Menschen anerkannte, betonten die Bramahnen ihre Ungleichheit. Neben den Bramahnen standen die *Ritter* (Kshatriyas) und die *Vaishyas*, die *Gemeinfreien*. Zu den unterworfenen Stämmen gehörten die *Dschudras*, die an der vedischen Überlieferung keinen Teil hatten. Sie waren Knechte, Bauern oder Gewerbetreibende, wie die Dorfschmiede oder Handwerkergruppen in der Stadt. Noch unter ihnen standen die *Parias*, die keiner Kaste angehörten, und deren Berührung befleckte.

Indien ist das Land der Kasten. Jede Kaste hat ihre besondere Berufsordnung, an die der einzelne erblich gebunden ist. Es herrscht Exogamie der Familien, aber Endogamie der *Kasten*. Die einzelnen Kasten bleiben auch in der Stadt nebeneinander bestehen, ohne daß es zu einer Verbrüderung in der Stadtbürgerschaft kommt. Diese scharfe Gliederung der Bevölkerung wird durch die Lehre von der Vergeltung aufrecht erhalten (Karma). Der Glaube an die Seelenwanderung (Samsara) läßt den einzelnen in das Rad der Wiedergeburten verflochten sein. Man kann auf einer höheren Stufe wiedergeboren werden, aber auch auf einer niedrigeren, zum Gott aufrücken, aber auch zum Tier erniedrigt werden. Höchstes Ziel ist daher, schließlich zum Bramah zu werden, höchste Angst, herabzusinken, wohl gar bis zum Wurm im Darm des Hundes. Ein Aufrücken wird aber nur dem gewährt, der die ihm durch seine Geburt angewiesene Stellung nach allen Richtungen, die ihm ein festes Zeremoniell (Dharma) vorschreibt, ausfüllt. Diese Gebundenheit hindert den einzelnen, irgend eine Änderung seiner wirtschaftlichen Tätigkeit vorzunehmen, weil er dadurch sich verunreinigen könnte. Das indische Leben ist daher mit einer Fülle ritueller Vorschriften erfüllt, über Essen und Waschen, Nichttöten auch der kleinsten Tiere und Nichtberühren des Unreinen. Damit ist es streng gefesselt an das Festhalten der einmal erreichten Wirtschaftsstufe.

Wie FORKE die chinesische Philosophie als eine vorzügliche Einführung in das primitive Denken bezeichnet, welches der exakten Wissenschaft vorangeht, so findet HEIMANN, die indische Philosophie gäbe ein Bild des Primitiven in einem Stadium der Höchstkultur, wie wir es nirgendwo, außer eben in Indien, feststellen könnten.

Die indische Kultur hat sich zuerst im Gebiet des oberen Indus entfaltet und ist dann in das reichere Gangestal hinübergegangen, in dem die Bewässerungsanlagen ein tropisches Gebiet höchster Ergiebigkeit schufen. Die orgiastischen Kulte hielten sich besonders im Süden der Halbinsel.

Eine Zeitlang konnten Gilden der Kaufleute in den Städten den Herrscher, der ihre Finanzkraft für seine Kriege in Anspruch nahm, darauf hinweisen, die Aufgabe (das Dharma) des Fürsten sei nicht, Krieg zu führen, sondern den Frieden und die friedliche Wohlfahrt der Bürger zu schützen. Doch siegte das patrimoniale Fürsten-

tum. In jener Erzählung versetzte der König die widerspenstigen Händler unter die tieferstehenden Dschudras.

Auf die Geisteshaltung der Bevölkerung übten die Bramahnen den entscheidenden Einfluß. Der Bramahne verschmähte, wie der chinesische Literat, die Orgiastik, aber er pflegte durch Enthaltung von Fleisch und Alkohol die Askese. Der Yoga suchte durch Beherrschung des Leibes, unter anderem in bestimmten Atemübungen, Befreiung von der Last des Lebens. Ihm wuchsen dadurch magische Kräfte zu, die ihm eine Herrschaft über die Laien verschafften.

Wie das chinesische Denken, hat auch das indische im 7. Jahrhundert v. Chr. eine wunderbare Höhe erreicht. Aber der freudigen, weltzugewandten Art des Konfuzius steht in Indien die Frage nach Überwindung der Welt gegenüber. Der einzelne durchbricht in der Heilsuche die Sippengebundenheit und den Ahnenkult. Durch Beobachtung des Innern gelingt es ihm, Distanz zu gewinnen zu dem eigenen Leben. Man fühlt sich nicht mehr verstrickt in seinen Strom, sondern sieht ihn unter sich rauschen. Das kann zu heldenhaftem Handeln führen, wie in der *Bhagavadgîtâ*, wo der Führer kämpft, ohne sich in seine Handlungen zu verstricken. Er kann dadurch Besseres leisten, da er über dem Ganzen steht. So soll ja auch der Christ, der sich als Bürger einer anderen Welt fühlt, handeln, „als handelte er nicht“. In Indien jedoch siegte gegenüber dieser heldenhaften Haltung das Ziel der vollständigen Abkehr von der Welt für den Erlösten.

Die Sekte der *Jainas* lehnte die bramahnischen Riten ab, aber sie pflegte dafür um so mehr die Askese. Die Jainas widmeten sich, wie die Parsen, dem Handel, weil bei ihm keine Tiere zu töten waren. Durch ihre Redlichkeit gewannen sie allgemeines Vertrauen und wurden reich.

Buddha wurde der Schöpfer einer Heilslehre, die sich an den Intellekt wandte. Er predigte das Wissen vom Leiden und seine Überwindung. Die Kühle des Nirvana, zu der man sich emporschwingen sollte, stillte den Lebensdurst. Aber „einsam wie ein Nashorn“ stand der gläubige Buddhist da.

In ihrer Reinheit konnte eine solche Lehre nur einer geistigen Oberschicht genügen. Hauslos, ohne Gemeinschaft, wanderte der Mönch: „Wer schöne Taten verrichten will, werde kein Mönch.“ Indessen paßte sich die Lehre der Welt an, indem sie missionierend auch Laienkreise umfaßte und auf die ökonomischen Unterlagen des Lebens der in Klöstern sich organisierenden Mönche ihre Aufmerksamkeit wandte. Die Laien sahen in den Mönchen Heilige, die ihnen helfen konnten. Damit wurde die magische Beschwörung auch in den Buddhismus aufgenommen, und das Ergebnis war schließlich auch in den Ländern, wo der Buddhismus sich behauptete, die *magische Bindung der Massen*.

Die Lehre Buddhas fand bei der vornehmen intellektuellen Schicht der Ritter und Bürger Anklang. Der Adel begrüßte die Befreiung von dem bramahnischen Ritual. Zu einer Stärkung der Königsmacht, auch den Großen gegenüber, wurde der Buddhismus unter dem König *Asoka*. Nach dem Einfall Alexanders hatte sich in Indien unter Candragupta ein großes Reich gebildet mit der Hauptstadt Patalipûtra. Asoka hatte (270 v. Chr.) seine Regierung Feinden gegenüber zu behaupten. Nach ihrer Besiegung wandte er sich ganz religiösen Bestrebungen zu. Er erhob den Buddhismus zur Staatsreligion und förderte in seinem Namen die Wohlfahrt seiner Untertanen. Er sorgte zugleich für die Propaganda der Lehre westwärts bis nach Ägypten; ostwärts breitete sie sich später über China bis nach Japan und Korea aus. In Ceylon, Hinterindien und Tibet blieb der Buddhismus herrschend. In Indien selbst aber wurde der Buddhismus im 8. Jahrhundert n. Chr. wieder verdrängt, und so kräftig wußte die bramahnische Restauration das Andenken Asokas zu vertilgen, daß man seine Spuren, ebenso wie die des ägyptischen Religionsstifters Echnaton, im 19. Jahrhundert wieder neu entdecken mußte.

Die Erneuerung der bramahnischen Lehre unter *Sankara* wurde getragen von

einer starken Organisation des Mönchswesens. Als „Gurus“ regelten die Bramahnen das religiöse Verhalten der Laien.

Die indische Wirtschaftslehre legt auch heute weniger Wert auf die Beherrschung der Natur, als auf die Haltung des Menschen. Sie möchte den Ausgleich zwischen Bedarf und Erzeugung lieber in der Enthaltbarkeit, in der Einschränkung des Konsums, als in der Steigerung der Produktion suchen. Sie findet, daß die Entfesselung der Produktivkräfte unter der heißen Sonne Indiens zu einem Ausbruch der Leidenschaften führen müßte. Ihre Bändigung erscheint dem indischen Weisen als das wichtigste Ziel.

So unendlich weiter, reicher und dauerhafter das chinesische und das indische Leben sich entwickelte, als das ägyptische und babylonische, blieb doch auch hier die Geisteshaltung dem Leben gegenüber magisch gebunden und hielt damit das Wirtschaftsleben bei der Erhaltung des einmal Erreichten fest, allen Neubildungen und Neuorganisationen aus der Wirtschaft heraus feindlich sich entgegenstellend.

Schrifttum.

MAX WEBER hat in seiner „Religionssoziologie“, 1920/21, den Einfluß der religiösen Lehre auf das Wirtschaftsleben schildert. Ihn beschäftigte vor allem die Frage, warum trotz ähnlicher Ansätze in den hohen Kulturen des Ostens das Arbeitsmittel und die Kapitalbildung dort keine solche Bedeutung gewinnen konnten wie im Abendlande. Vgl. dazu die kritischen Bemerkungen von A. v. ROSTHORN: „Religion und Wirtschaft in China“ in der Erinnerungsgabe für Max Weber II, 1923. K. A. WITTFOGEL geht in seinem Werke über Wirtschaft und Gesellschaft Chinas I, 1931, von den natürlichen Grundlagen der „Asiatischen Wirtschaft“ im Sinne MARXENS aus. Vgl. weiter R. WILHELM: Geschichte der chinesischen Kultur, 1928; Chinesische Wirtschaftspsychologie, 1930. — FORKE, A.: Das chinesische Finanz- u. Steuerwesen. Mitt. d. Seminars f. orient. Sprachen. Berlin 1900 u. 1901. Geschichte der alten chinesischen Philosophie. Hamburg 1927. CHEN HUANG-CHANG: The economic principles of Confucius and his school. New York Columbia Un., 1911. Nach FELDHAUS: Die Technik der Antike und des Mittelalters. Museum der Weltgeschichte 1931, S. 40, erwiderte dem Schüler des Konfuzius Dschuang Dei, der um 340 v. Chr. lebte, ein alter Gärtner, als ihm zur Erleichterung seiner Arbeit ein Ziehbrunnen empfohlen wurde: „Ich habe meinen Lehrer sagen hören: wenn einer Maschinen benutzt, so betreibt er all seine Geschäfte maschinenmäßig; wer seine Geschäfte maschinenmäßig betreibt, der bekommt ein Maschinenherz. Wenn aber einer ein Maschinenherz in der Brust hat, dem geht die reine Einfachheit verloren. Bei wem die reine Einfachheit hin ist, der wird ungewiß in den Regungen des Geistes. Ungewißheit in den Regungen des Geistes ist etwas, das sich mit dem wahren Weltprinzip nicht verträgt. Nicht, daß ich solche Dinge nicht konnte: ich schäme mich, sie anzuwenden.“ Der Weise errötete und wußte nichts darauf zu antworten. — Während die Japaner seit 1872 sich der Eisenbahn zu bedienen wußten, zerstörten die Chinesen 1877 die erste in ihrem Lande 1876 von Shanghai aus gebaute Bahn.

RATHGEN, K.: Die Japaner und ihr Wirtschaftsleben, 1905. — TOKUZO FUKUDA: Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in Japan, 1900 bezeichnet die Tokugawa-Zeit geradezu im Gegensatz zu der früheren Feudalzeit als die des „absoluten Polizeistaates“. — LEDERER: Japan-Europa, Wandlungen im fernen Osten, 1929. — ASAKAWA: The documents of Iriki, illustrative of the development of the feudal institutions of Japan, New Haven, Yale Univ. Press 1929 hebt den Gegensatz zwischen europäischer und japanischer Feudalität hervor. Während bei uns das Treueverhältnis auf einer gegenseitigen Verpflichtung von Herrn und Vasall beruhte, galt in Japan nur disziplinierte Loyalität.

MARSHALL, J.: Mohenjo-Daro and the Indus Civilisation. London 1931. — BADEN-POWELL, B. G.: The origin and growth of village communities in India, 1899 — RHYS-DAVIDS, T. W.: Buddhist India, 1903. — RAPSON: The Cambridge history of India, I, 1922, darin RHYS-DAVIDS: Economic Conditions according to early buddhist literature. — HEIMANN, B.: Studien zur Eigenart indischen Denkens. Tübingen 1930. Die Inder erfanden als gute Mathematiker das Schachspiel. Ihnen verdanken wir die sog. „arabischen“ Zahlen und bezeichnenderweise die 0. Das indische Handwerk arbeitete noch im 19. Jahrhundert mit sehr einfachen technischen Hilfsmitteln.

3. Die Bedeutung der israelitischen Wirtschaft.

Zwischen den Reichen Ägyptens und Mesopotamiens gelang es in den Zeiten ihrer Schwäche Syrien, den phönikischen Städten und Palästina, selbständige Bedeutung zu gewinnen.

Während die Überlieferung Ägyptens und Babyloniens verschüttet wurde, lebte

die israelitische, in den heiligen Büchern zusammengefaßt, weiter und wirkte, beständig auch in christlichen Kreisen gelesen, stark auf das Abendland. Wohl wurde der wirtschaftlichen Verhältnisse in diesen Schriften nur gedacht, insofern sie die geistige Haltung beeinflußten, aber eben für die geistige Haltung des Abendlandes auch der Wirtschaft gegenüber gewann das Alte Testament entscheidende Bedeutung.

Die Tradition läßt die Israeliten in Kanaan eingewandert sein. In den Patriarchengeschichten wird eine Einwanderung aus Mesopotamien, aus Ur in Chaldäa angenommen; die definitive Besitznahme des Landes aber erfolgte von der südlichen Wüste her, wo Israel sich von ägyptischer Herrschaft freigemacht hatte. Auf der Sinai-Halbinsel, auf der Kupferbergbau betrieben wurde, gab es Gemeinschaften der Keniter, an die das Volk unter Moses Anschluß fand.

Eine der frühesten Quellen, das Lied der Deborah nach dem Siege über die eingefallenen Midianiter, zeigt uns die Israeliten als *Bauernvolk* in der Ebene Jesreel. Die Behauptung gegen feindliche Überfälle zwang zur Zusammenfassung unter einer Königsherrschaft, die unter dem Bauernsohne Saul und unter dem Hirten David begründet wurde und schon unter Salomon einen hohen Glanz erreichte. Die Lasten, mit denen diese Organisation verbunden war, führten zum Abfall des Nordreiches von Jerusalem, doch mußten auch die zehn Stämme sich wieder unter einer Königsmacht sammeln, die unter dem Hause Ahabs in Samaria kräftiger war als die des Südstaates in Jerusalem.

Das Nordreich wurde von den vordringenden Assyrern zerstört, das Südreich von dem Herrscher Babylons Nebukadnezar. Aber trotz des Unterganges der politischen Organisation, trotz der Verpflanzung und Zerstreuung nach Babylon und Ägypten, ging das jüdische Volk nicht unter, weil es durch seine Religion zusammengehalten wurde. Die Perser, die überall die nationalen Kulte erhielten, gestatteten den Israeliten die Rückkehr nach Palästina und den Neubau ihres Tempels. Die Erhebung gegen die Syrer unter den Makkabäern verschaffte den Juden noch einmal politische Selbständigkeit, bis die Römer sie endgültig zerstörten.

Die Israeliten hatten zuerst in den Berggegenden des Landes Platz gefaßt, waren dann in die Ebene gedrungen und hatten erst spät der Städte des Landes sich bemächtigt. So war zunächst das ländliche Leben für den Israeliten maßgebend gewesen, das höchste Ziel des Volkes war, daß ein jeder ruhig unter seinem Weinstock und Feigenbaum sitzen konnte. Dann aber begünstigte der Tempelkult das *städtische Leben*. Der Landmann konnte nicht so regelmäßig, wie der Städter, den Tempel besuchen. Lokale Kulte machten ihn des Abfalls von Jahve verdächtig.

Nach der Zerstörung Jerusalems durch die Römer blieben die Juden als Handwerker und Händler in die Städte des Reiches verteilt. In den größten, wie in Alexandrien und Rom, waren ihre Gemeinden, die auch weiter durch das religiöse Band zusammengehalten wurden, besonders zahlreich.

Die Schicksale des Volkes Israel sind uns aus der historischen Zeit in besonders lebensvoller Schilderung erhalten. RANKE fand, die Bücher Samuelis, in denen der Übergang von einer patriarchalischen Theokratie zu dem weltlichen *Königtum* dargestellt wird, böten ein Muster der Darstellung. Deutlich werden uns hier die Gründe, die das Volk zu diesem Entschluß bewegten, aber auch der Widerstand, den die Priesterschaft ihm entgensetzte. Noch die Propheten finden das Beamtentum schlechthin verwerflich. Ihnen sind die Richter Steppenwölfe oder reißende Löwen. Einer späteren Zeit freilich erscheint das davidische Königtum als ein Höhepunkt, zu dem man sich zurücksehnt. Alles hofft auf die Wiederkehr des frommen Herrschers. So wandelt sich auch die geistige Haltung der Wirtschaft gegenüber. Entgegen der Hochschätzung des wandernden Nomaden, der wir im Anfang begegnen, wird später der seßhafte Bauer vor allem gewürdigt. Kein größeres Verbrechen kann das Königtum begehen, als daß der König Ahab seiner Frau zu Liebe dem Naboth seinen Weinberg nimmt. Einige Stämme, wie Benjamin, machten Gewinne durch

Geleit und gelegentliche Beraubung von Karawanen. Aber *Handel* treibt zunächst nur der Herrscher, König Salomo im Anschluß an das Beispiel der mit ihm befreundeten phönikischen Stadtkönige. Noch Jesus Sirach erscheint der Handel als verdächtig. Erst durch das Exil wurden die Juden zu einem Handelsvolk, wie im Osten die Parsen. Dabei kam ihnen zustatten, daß sie sich über die rituellen Bindungen, die andere hinderten, hinwegsetzen konnten.

Wichtiger, als die äußeren Schicksale des Volkes wurde die innere Wandlung, welche bei den Juden die religiöse Idee erfuhr. Gewiß fehlte es auch bei ihnen nicht an orgiastischer Ekstase. Die Juden tanzten um das goldene Kalb; David vor der Bundeslade. Aber die Priesterschaft drängte dergleichen zurück. Sie begünstigte nicht, wie anderwärts, magische Bindungen und das Orakelwesen, sondern schärfte statt dessen einfach menschliche Gebote ein. Im Gegensatz zu den Fruchtbarkeitsgöttern, den Baalim, ist Jahve ein Gewittergott, unberechenbar in seinem Grimm, aber der Dienst, den er von seinen Anhängern verlangt, besteht nicht in Zeremonien, sondern in der Reinheit des Wandels. Dazu hat sich das ganze Volk Israel durch einen *Bund* mit Gott verpflichtet. Einige Tatsachen der Geschichte zeigten den Israeliten, daß ihr Gott sie entgegen überragenden äußeren Machtmitteln ihrer Feinde durch außergewöhnliche Ereignisse retten konnte. So schützte er sie vor den Ägyptern durch das Heranbrausen der Fluten im Schilfmeer, so schirmte er Jerusalem vor dem Ansturm des allmächtigen Sanherib durch den Ausbruch der Seuche in seinem Heere. Jahve war es, der durch Cyrus dem Volke Israel die Rückkehr aus dem Exil gewährte. Das ließ die Juden sich als das auserwählte Volk fühlen. Ihr Gott war nicht nur nationaler Kriegsgott, sondern Schöpfer der Welt und Herrscher der Völker. Gerade durch das Leid, das er über sein Volk verhängte, wollte er es zu seinem Dienste erziehen. Umsonst waren die Götterbilder und die Zeremonien, mit denen die anderen Völker ihre Götter feierten. Jahve, der sich in keinem Bilde verherrlicht sehen wollte, der sich in der Wolke verbarg, war schließlich mächtiger, als sie alle. Ihm war der einzelne unmittelbar verantwortlich. Er aber half denen, die seine Gebote hielten.

Die *Propheten* wandten sich gegen den offiziellen Kult, als dieser im Nordreich wieder in Äußerlichkeiten erstarrte. Die unmittelbare Eingebung, deren sie sich bewußt fühlten, riß sie zu den kühnsten Sprüchen hin. Aber auch bei dieser Bewegung war die Äußerlichkeit des Auftretens, so seltsam sie anmutete, nicht das Entscheidende. Die Propheten nahmen vielmehr die Forderung des Gesetzes auch als die ihrige auf: Gottesliebe ohne äußere Zeremonien, und Nächstenliebe als ihre Bewährung.

Damit war der *magische Bann*, der auch die Israeliten in seiner Macht zu halten drohte, wie er es im Nordreich wirklich tat, grundsätzlich *gebrochen*. Unmittelbar sollte der Mensch Gott gegenüber treten; damit wurde ein neues Selbstgefühl gewonnen, das sich im ganzen Leben des Frommen äußern mußte. Die Umwelt verlor den Zauber, mit dem sie bis dahin in das Leben des Menschen eingeströmt war. Er sah sie jetzt außer sich, seiner Einwirkung offen. Die magischen Bindungen, die bis dahin die Wirtschaft wohl geregelt, aber auch gehemmt hatten, konnten dahinfallen. Rein sachlich stand man ihren Fragen gegenüber.

Auch als das Prophetentum von den Weisheitslehrern als Schwärmerei abgelehnt wurde, vernichtete man ihre Schriften nicht. Die einfache Lehre des Gesetzes und der Propheten blieb die Unterlage der Unterweisung, an die Jesus nur zu erinnern brauchte.

Die bisher betrachteten Lehren der Ägypter und Babylonier, aber auch der Chinesen und Inder, ließen den Blick rückwärts wandern. Vor allem bezog der Ausbau der Astrologie alles nur auf die alteingerichteten Ordnungen. Jeder Impuls zu neuem wurde damit der Wirtschaft genommen. Ganz anders der Ruf der Propheten, der nach vorwärts drängte. Eine neue Ordnung wurde verlangt, auf die ein jeder sich vorbereiten sollte.

Wie der einzelne neuen Lebenslagen gegenüber neu sich einstellen durfte, sachlich die neuen Bedingungen nutzend, so wurden die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht einfach hingenommen; sie sollten so geordnet werden, daß sie die Gerechtigkeit verkörperten. Das Schuldrecht führte auch in Israel schließlich zur Versklavung. Unter den Volksgenossen aber sollte es keine dauernde Unterwerfung der Art geben. Es ist zweifelhaft, ob der Plan des Jubeljahres je durchgeführt ist, immerhin wurde dieser Entwurf in die Heiligen Schriften aufgenommen. Er verlangte, daß alle 50 Jahre die in die Sklaverei geratenen Volksgenossen freigelassen werden sollten. Damit wurde eine Neuordnung allzusehr differenzierter Besitzverhältnisse, die anderswo, in Babylon, in China, in Hellas, gelegentlich einmal erfolgte, als regelmäßig wiederkehrende Maßnahme vorgeschlagen. Eine rationelle Regelung der Wirtschaftsordnung wurde damit als Aufgabe gestellt.

Die Pharisäer haben später die Juden bestimmten rituellen Vorschriften, wie den Speisegeboten, der Sabbathheiligung, unterworfen, durch die sie von der Umwelt abge sondert wurden. Das Christentum machte sich unter Paulus von solchen Bindungen frei. Selbst im Christentum fehlt es nicht an Rückfällen in magisches Denken. ALFRED WEBER spricht von dem „ideellen Magismus“ in den Dogmenstreitigkeiten der Konzilien. Man erinnere sich der Hexenprozesse, die auch in protestantischen Kreisen betrieben wurden. Aber indem das Reich Gottes als ein Reich des Geistes der Welt gegenüber gestellt wurde, verlor grundsätzlich alles Dingliche seine Macht und wurde zum Objekt menschlicher Betätigung, auch in der Wirtschaft.

Schrifttum.

Unter den Deutschen hat LUTHER vor allem die Psalmen geschätzt. Er rühmt in seiner „Vorrede auf den Psalter“ die Unmittelbarkeit des religiösen Gefühls, der die Psalmen Ausdruck verleihen, und seine schönsten Kirchenlieder sind Umdichtungen von Psalmen. („Ein feste Burg ist unser Gott“, Psalm 46. „Aus tiefer Not“, Psalm 130.) HERDER lehrte uns in seinem „Geist der hebräischen Poesie“ die Schönheit des israelitischen Mythos verstehen. Die Neueren, wie GUNKEL (Die Propheten, 1917) feierten besonders die Weissagungen der Propheten.

MAX WEBER widmete den dritten Band seiner „Gesammelten Aufsätze zur Religionssoziologie“ dem „Antiken Judentum“. SOMBART möchte in seinem Buche „Die Juden und das Wirtschaftsleben“ 1911, die Eigenart des Volkes Israel aus dem Klima erklären. Sie seien ein in naßkalte Gegenden verschlagenes Wüstenvolk. Dabei übersieht SOMBART, daß die Juden zum Volk als ansässige Ackerbauer wurden. Den Übergang von heißer Steppe zum heutigen Naßkalten hat gerade auch das nördlich der Alpen liegende Europa durchgemacht. Nicht die Äußerlichkeiten des Milieus, sondern die innerliche Art, in der ein Volk sein historisches Schicksal trägt, ist bestimmend für seinen Charakter. In seinem „Bourgeois“, S. 126, 1913 spricht SOMBART mit mehr Recht davon, daß der „kaufmännische“ Geist sich zuerst und am reinsten seit dem Mittelalter zur Blüte entfaltet habe bei den Florentinern, den Schotten und den Juden. Unter den neueren Juden stellt der Rationalismus nur die eine Seite ihres Geistes dar. Er findet sich vor allem in Händlerkreisen verbreitet. Bei den im Osten zahlreichen Handwerkern ist auch das mystische Element stark vertreten. Neben der rationalen Lehre stehen Kabbala und Volkssage. Mit der chassidischen Strömung hat uns M. BUBER (Geschichten des Rabbi Nachman, 1772—1810, 1906, Die Legende des Baalschem, 1907) bekannt gemacht. Für die spätere Zeit vergleiche G. CARO: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Juden, 1908, 1918. — OPPENHEIMER, F.: Sozial- und Wirtschaftsgesch. Europas III, 1935. — SAYOUS, A.: Les Juifs. Revue économique internationale, 1932 wendet sich scharf gegen die „Legende“ Sombarts und entwirft an der Hand weitgehender Archivstudien ein Bild der Entstehung des Kapitalismus, das sich im wesentlichen mit unseren späteren Ausführungen berührt. H. S. REIMARUS, der den Juden die Originalität absprach, hatte im 18. Jahrhundert darauf hingewiesen, daß sie den Unsterblichkeitsglauben erst im Exil, also durch die Perser, angenommen hätten. ALFRED WEBER hebt in seiner „Kulturgeschichte als Kultursoziologie“ den Kampf ZOROASTERS gegen die Magier hervor. Auch im Parsismus habe sich die Forderung des Kampfes für das Gute als etwas Neues, Dynamisches, gestellt. Nach S. B. WEINRYB: Neueste Wirtschaftsgeschichte der Juden in Rußland und Polen I, Das Wirtschaftsleben der Juden in Rußland und Polen von der 1. polnischen Teilung bis zum Tode Alexanders II. (1772—1881). Hist. Untersuchungen 12, Breslau 1934, beruhte die Stellung der Juden in Polen darauf, daß sie in einer im wesentlichen naturalwirtschaftlich gebundenen Wirtschaft als Agenten des Adels usw. die Vermittler waren. Als mit der Bauernbefreiung in den 60er Jahren die kapitalistische Wirtschaft einsetzte, wurden dort die Juden weniger ihre Vertreter als vielmehr ihre Opfer.

III. Die Wirtschaft der klassischen Antike und ihr Ausgang.

1. Die Wirtschaft der Hellenen.

Die Griechen fanden nicht so günstige Bedingungen für wirtschaftliche Betätigung vor wie die Ägypter und die Babylonier, keine weiten Flächen, die einheitliche Ordnung gestatteten, vielmehr kleinere Ebenen, durch Gebirge getrennt, aber überall in Verbindung mit dem Meere. Ihre Wirtschaft war daher dezentralisiert, ein Nebeneinander von Burgen und Städten, wie Tiryns, Argos und Mykene, Athen, Ägina und Megara, die alle ihre Selbständigkeit zu behaupten suchten.

Wir verstehen daher das Staunen, mit dem die Hellenen auf die ägyptische Ordnung und die unter den Persern zusammengefaßte Macht des Orients blickten. Um so bewundernswerter, daß es ihnen durch ihre Verfassung gelang, nicht nur in schweren Kämpfen gegen diese Macht ihre Unabhängigkeit zu sichern, sondern schließlich sogar erobernd gegen sie vorzugehen.

Kretas Kultur, die von 2000—1400 blühte, beruhte auf dem Mutterrecht und der Herrschaft der Frauen. Zu sorgfältigem Bodenanbau trat ein hochausgebildetes Handwerk, dessen Leistungen wir an den seit 1898 aufgedeckten Ruinen von Knossos, Mallia und Phaistos bewundern können. Das Vorkommen von Obsidian aus Melos, von ägyptischem Gold und Elfenbein, von zyprischem Kupfer in diesen Funden deutet auf einen regen, von Kreta gepflegten Seeverkehr hin. Bronzene Beile von bestimmter Größe sind wie ein Schatz aufgehäuft. Das Vorkommen kupfernen Geräts im gleichen Gewicht bis weit nach den Pfahlbauten des Westens hin scheint zu erweisen, daß Kreta der Pflege des Handels mit Kupfer- und Bronzegerät einen großen Teil seines Reichtums verdankte. Seine schön ausgeführten Töpfereien finden sich an den Küsten der Ägeis, in Ägypten, Palästina und Sizilien.

Als erste Einwanderung der Hellenen, die vaterrechtlich organisiert mit Rossen und Streitwagen auftraten, erscheint die der Ionier 1700 v. Chr. Ihnen folgten 1400 die Achaier, welche die kretische Macht vernichteten, die Ionier nach Attika und den Inseln abdrängten und in Tiryns und Mykene die Burgen errichteten, in deren Schmuck die kretische Geschicklichkeit sich dem Bedarf der neuen, Jagd und Krieg pflegenden Herrschicht anpaßte.

Man hat die *Phöniker* lange als die ältesten Seefahrer bezeichnet. Noch BRENTANO findet in ihnen die erste Inkarnation des kapitalistischen Geistes am Mittelmeer. Heute wissen wir, daß sie erst nach der kretischen Seeherrschaft zu Bedeutung gelangten. Immerhin waren ihre Leistungen und ihr Einfluß nicht gering. Sie waren besonders geschickt in der Bearbeitung des Eisens. Die Ausdehnung der Eisenzeit, die allmählich die Bronze verdrängte, mag ihnen zugeschrieben werden. Deutlich unterscheiden sich ihre hochgebauten Handelsschiffe von den flachen Fahrzeugen der Kreter. In Glasbereitung und Purpurfärberei waren sie, wo nicht Erfinder, doch Fortbildner der Kunst. Vor allem wurden sie in der Weiterbildung der Schrift aus Wortbildern zum Alphabet zu Lehrmeistern der Hebräer und der Hellenen. In Phönizien endeten die Landwege Vorderasiens. Die Phöniker erstreckten ihre Fahrten bis nach Spanien. Die „Tarschisch“-Schiffe brachten ihnen das spanische Silber. Karthago wurde im Westen als Pflanzstadt von Tyrus gegründet. Über die Säulen des Herkules hinaus fuhren die Karthager an die afrikanische Westküste und suchten im Norden den direkten Weg zu dem englischen Zinn.

Den Glanz der Kronenspenderin Tyrus singt Jesaias 23: „Ihre Kaufleute sind Fürsten, und ihre Krämer die Herrlichsten im Lande.“ Sidonische Künstler galten bei Homer als die besten. Aber auch bei den Phönikern stand der Landbau in Blüte. Die Umgebung ihrer Städte war ein Garten. Die Karthager bauten den Plantagenbau mit Sklaven systematisch aus.

Den Phönikern traten im östlichen, dann auch im westlichen Mittelmeer die Hellenen entgegen. In den westlichen Tälern Kleinasiens hatten sich die *Ionier* aus

gebreitet. Das Vordringen der Lyder im 7. Jahrhundert warf sie auf die Küste zurück. Hier nahm Milet die Flüchtigen auf und verschaffte ihnen durch eine großartige Kolonisation, die von den Küstenplätzen, besonders des Schwarzen Meeres, ausging, neues Land. Südwärts vermittelte Naukratis den Verkehr mit dem wieder selbständig gewordenen Ägypten. Im Westen gründeten die Phokäer Marseille. Gallien und Nord-Spanien wurden griechischem Einfluß geöffnet. Als aber die aus ihrer Heimat geflüchteten Phokäer sich auch auf Korsika festsetzen wollten, wurden sie durch Etrusker und Karthager daran gehindert. (Schlacht bei Alalia 540 oder 537 v. Chr.)

Karthager und Hellenen standen sich auch auf Sizilien gegenüber. Süd-Italien jedoch wurde zu einem Groß-Griechenland. Die weiteren Flächen dieses Landes gestatteteten reicheren Anbau und ergiebige Viehzucht. Wenn die hellenische Stadt der Wohnsitz von Bauern und größeren Grundbesitzern war, so dürfen wir aus dem, was uns über die Üppigkeit der süditalienischen Griechenstädte berichtet wird, schließen, daß hier der große Grundbesitz stark vertreten war.

Die kleinen, mit Wagen kämpfenden Stadtfürsten lebten vor allem von der Landwirtschaft, wie sie uns Homer auf dem Hofe des Odysseus schildert. Abgaben der Untertanen füllten den Schatz. Untereinander wechselten die Herrscher Geschenke, Rosse, Dreifüße und Waffen. Als Diomedes vor Troja in Glaukos einen Gastfreund erkannte, tauschten sie ihre Rüstungen miteinander. Der Hellene freute sich, dabei für seine eherne, die nur neun Rinder wert war, eine goldene im Werte von 100 Rindern zu erhalten. Seehandel und Seeraub ergänzten den Gewinn, aber sie konnten auch zu Verlust und zu Versklavung führen.

Hesiod zeigt uns, wie der Adel seine Macht zur Unterdrückung der Bauern mißbrauchte. Ein drückendes Schuldrecht kam ihm dabei zugute. Dem Bauern blieb, wenn sein Acker ihm nicht genügend Nahrung bot, die Seefahrt als Zuflucht offen.

Die *dorische Einwanderung* warf das griechische Gewerbe von der in mykenischer Zeit erreichten Blüte zurück. Langsam arbeitete es sich zu neuer Höhe und selbständiger Verarbeitung orientalischer Einflüsse empor. Der Handwerker wurde geehrt. In Athen begegnen Demiurgen als Archonten. Wie in Israel der Töpfer als Abbild des den Menschen schaffenden Gottes genommen wurde, so war später den Hellenen der Demiurg der Schöpfer der Welt. Man bewunderte den Künstler. Aber das Vorhandensein unfreier Arbeit neben freier, wie es uns bei dem Bau des Parthenon, aber auch sonst im Gewerbe bezeugt wird, ließ in Hellas die Handwerker trotz ihrer Vereine nicht zu einem wirkungsvollen Zusammenschluß kommen.

Das Königtum der früheren Zeit wurde durch die Macht des Adels beschränkt und auf sakrale Funktionen zurückgedrängt. In Sparta sehen wir die in kriegerischem Lagerleben zusammengefaßten Grundherren über die unterworfenen Landbebauer, die Heloten, und die zu Abgaben verpflichteten Umwohner, die Periöken, herrschen. In schweren Kämpfen unterwarfen die Spartaner außer der Ebene von Lakedämon auch Messenien und behaupteten durch ihre straffe aristokratische Organisation die Hegemonie unter den Hellenen.

In den Hafenzustädten Ioniens und des Festlandes, wie Korinth und Athen, vermochte der grundbesitzende Adel die Herrschaft nicht zu behaupten. Tyrannen, die sich auf die unteren Volksschichten, kleine Bauern und Landarbeiter, stützten, rissen hier die Herrschaft an sich.

Die hellenische Kultur war *Laienkultur* und damit grundsätzlich von der orientalischen geschieden. Träger des Staates wurde das *Hopliten-Heer*, die Masse der bewaffneten, grundbesitzenden Bürger. Ihre Organisation bestimmte auch die Staatsverfassung. In Athen wurden die alten Geschlechterverbände in der Reform des Kleisthenes verdrängt durch nachbarliche lokale Organisationen. Schon Solon hatte die Stände unterschieden nach dem Besitz. Die Masse der Bauern bildete das Fußvolk. Die reicheren hatten ein Reitpferd zu stellen. Von ihnen wurde einer

Oberschicht der „Fünfhundertscheffler“ allein Zutritt zu den höchsten Ämtern gewährt. Die unterste Schicht der nichtbesitzenden Bürger hatte zunächst nur Anteil an der Volksversammlung. Das Ziel blieb auch in Athen, jedem Bürger ein Ackerlos zu verschaffen. Dazu sollten die Kolonien, reichte der Boden Attikas nicht aus, verhelfen.

In Hellas gewann der Mensch seiner Umwelt gegenüber *Selbstbewußtsein*. Nicht mehr als Tiere oder Gestirne erschienen dem Hellenen die Götter, sondern als in den Olymp erhobene Wesen mit menschlichem Empfinden, aber übermenschlichen Kräften. Die Helden Homers machten aus ihren Leidenschaften kein Hehl, waren aber auch bereit, ihre Folgen zu tragen. Bei den Tragikern steht, wie bei den Propheten, der Mensch seinem Schicksal unmittelbar und verantwortlich gegenüber. Solches Selbstbewußtsein gewährte Abstand von den Dingen. Das Menschenschicksal schien nicht mehr an den Lauf der Gestirne gebunden; die Berechnung ihrer Bahn diente dem Menschen. Unberechenbar kam dem Israeliten Jahves Blitz aus der Wolke. Von dem ionischen Philosophen Thales aber erzählte man sich, daß er aus der Witterung auf das Kommen einer ungewöhnlich großen Olivenernte geschlossen habe, deren Ausfall er sich durch rechtzeitige Pachtung aller erreichbaren Ölpresen zunutze machte. Ihm wird auch schon die Voraussage einer Sonnenfinsternis zugeschrieben. Während sonst Sonnenfinsternisse als Zeichen einer Abkehr der Götter die Menschen entmutigten, wußten die Heerführer Alexanders dadurch, daß sie ihren Truppen das Eintreffen dieses Ereignisses voraussagten, ihren Mut und das Vertrauen zu ihrer Führung in besonderem Maße zu stärken.

Unter den Tyrannen traten die *Weisen* auf, die nicht auf die Vergangenheit, noch in eine ungewisse Zukunft ihren Blick wandten, sondern sich bewußt dem Augenblick, der Ordnung der gegenwärtigen Verhältnisse, hingaben. So entstand der Staat als ein Kunstwerk durch den Ausgleich der Kräfte. Der Schrift gelang die Auflösung des Wortbildes in einzelne Lautbilder, und aus diesen Buchstaben wurde dann wieder Wort und Satz zusammengefügt. In Lydien sollen zuerst *Münzen* geprägt sein, aber die hellenische Wirtschaft wußte sich der Münzen als eines Mittels der Schätzung zu bedienen, durch das die Verkehrswirtschaft einen großen Aufschwung nehmen konnte.

Die ersten Prägungen brachten aus Gold und Silber gemischte Stücke größeren Umfangs hervor. Bei ihnen mochte das irrationale Moment bedeutungsvoll gewesen sein. LAUM deutet in seinem „Heiligen Geld“ an, daß die Priester zuerst in den genau abgemessenen Münzen einen Ersatz für die Natural-Abgaben forderten. Die Münzen seien wie die Medaillen als Ehrengabe zuerst geprägt. Er spricht von der magischen Macht des vom Herrscher verteilten Münzgeldes. Das hindert nicht, daß später gerade die Münzen dem Verkehr zu einem Mittel rationaler Rechnung wurden. Wir hätten daher hier noch einmal den Fall, wie bei der Einführung des Pfluges und des Wagens, daß eine aus religiösen Zusammenhängen heraus gemachte Erfindung später wesentlich zum Nutzen der Wirtschaft verwandt wurde. HEICHELHEIM wies darauf hin, daß erst mit der Prägung kleinerer Münzen der innere Verkehr die geldwirtschaftliche Rechnung sich zunutze machen konnte. Die Münzfunde zeigen, daß auch der Fernverkehr dadurch eine wesentliche Förderung erfuhr. Ägina ging im 7. Jahrhundert durch die Prägung der Münzen, die das Zeichen der Schildkröte tragen, voran. Korinth und Athen folgten. Im 6. Jahrhundert schien die hellenische Wirtschaft durchgehends am Gelde orientiert. Gleichzeitig begegnet eine starke Ausfuhr von Vasen, in der neben Lakonien und Korinth auch Athen hervortritt. Bei den athenischen Produkten findet sich die Werkstatt angegeben, oft auch die von ihr beschäftigten Künstler. In diesen Krügen wird das Öl Attikas versandt worden sein. In Hellas und in Rom wurde anstatt der Butter und des Bieres, die in Babylon, aber auch im europäischen Norden geschätzt wurden, Öl und Wein verwandt. „Bacchusgabe“ sagt HEHN, „verdrängte das alteinheimische, aus Körnerfrüchten gekochte

trübe Getränk, und Minervens Geschenk trat an die Stelle des Fettes, das der Hirte aus der Milch der Schafe, Rinder und Pferde abgeschieden hatte.“

Das Eindringen der *Geldwirtschaft* verlieh der hellenischen Wirtschaft größere Mannigfaltigkeit und Gliederung, wodurch sie sich vor der Ordnung der großen Reiche auszeichnete.

Wenn auch Hellas die Heimat *wissenschaftlichen Denkens* ist, so entstand doch damals noch nicht eine besondere Wissenschaft von der Wirtschaft. Die „*Oikonomia*“ befaßte sich vielmehr ganz allgemein mit der Verwaltung des Hauswesens, auch mit der Kinderzucht und der Haltung der Sklaven.

Ein Grund dafür, daß es noch nicht zur Erkenntnis des besonderen wirtschaftlichen Problems kam, mag darin liegen, daß auch in Hellas der Staat durch die Ausübung von Hoheitsrechten weitgehend für seine Bürger sorgte. Die Beherrschung des Meeres gestattete *Tribute*, wie sie Athen nach Besiegung der Perser von seinen Bundesgenossen erheben konnte. Diese Mittel dienten nicht nur zur Bestreitung der Verwaltungsausgaben, sondern ermöglichten auch jedem Athener den Besuch des Theaters. Der Staat sorgte für die Nahrung der Stadt, indem er die auslaufenden Schiffe verpflichtete, mit Getreide beladen heimzukehren. Die Beherrschung des Hellesponts, der Zufahrt zum Schwarzen Meere, an dessen Küsten Getreideüberschüsse erzeugt wurden, war eine Lebensfrage für Athen. Aber auch in Ägypten und auf Sizilien suchte die Stadt für die Sicherung ihrer Getreideversorgung Fuß zu fassen. Attikas Boden war nicht besonders ergiebig. Durch die Seeherrschaft wurde es unter Perikles den Athenern möglich, ihre Stadt zu der am reichlichsten versorgten zu machen (autarkestate, Thukydides).

Auf der anderen Seite wurde ein großer Teil der wirtschaftlichen Arbeit auf *Sklaven* abgewälzt, die meist durch Kriege gewonnen waren. Während der Bürger sich dem Staate und den Wissenschaften widmen konnte, verachtete er als Banausen den, der auf seiner Hände Arbeit angewiesen war. Die Erhaltung des Ererbten, nicht die Gewinnung von Überschüssen, wurde als wichtigstes Ziel der Wirtschaft bezeichnet.

Und doch gab es Überschüsse. Im *Handel* konnte man aus kleinen Anfängen mit Hilfe des Kredites reich werden. Das *Seedarlehen*, wie es uns in den Reden des Demosthenes entgegentritt, bemaß den Zins nach der Dauer der Seefahrt. Es stellte dem die Seefahrt Unternehmenden die Mittel daheimbleibender Vermögenger zur Verfügung und erfüllte zugleich die Aufgaben, die später die Versicherung und der Wechsel übernahmen. Schriftlich, in einer Syngraphe, wurden die näheren Bedingungen der Fahrt, ihre Richtung, die Menge des Mitgegebenen und die Höhe des Zinses festgelegt. Neben dem Schiffer und dem Fernhändler stand auf dem Markte der Kleinhändler, mannigfach gegliedert nach seiner Ware. Aus dem Handel bildete sich das Bankwesen heraus. Der Trapezit, so genannt nach seinem Tische, nahm Depositen auf und vermittelte Zahlungen in die Ferne, behielt aber dabei auch das Warengeschäft. An all diesen Geschäften betätigten sich in dem Seehandel Athens vorzugsweise die Metöken, die nur zur Niederlassung, nicht aber zur Teilnahme an der Volksversammlung zugelassenen Fremden.

Die Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes wurde durch die Ausbildung des Hypothekenrechtes gesichert. Gelegentlich wurde der Überschuldung durch Schuldenerlaß entgegengetreten, wie in Solons Seisachtheia. Die Kriege verwüsteten die Äcker. So gingen im peloponesischen Kriege durch die Einfälle der Lakedämonier die attischen Bauern zugrunde.

Das Gewerbe wurde nicht nur von selbständigen Handwerkern getrieben, sondern auch von Sklaven, deren Dienste ihr Herr selbst verwenden, oder auch vermieten konnte. Mehrere abhängige Kräfte wurden in Werkstätten (Ergasterien) zusammengefaßt, wie z. B. für die Herstellung von Töpfen, von Lampen, von Schwertern und von Bettgestellen.

Wenn in Athen der Handel im Vordergrund stand, so war in Megara das Gewerbe die Grundlage des Wohlstandes, besonders die Verarbeitung der Schafwolle. Ähnlich wurde neben der Handelsstadt Korinth Sikyon als erste Stätte der Metallarbeit gefeiert. Der einzelne Töpfer, Schneider, Bäcker, Müller konnte es zu Wohlstand bringen.

Die Erträge der Silberbergwerke von Laurion halfen den Athenern bei dem Bau ihrer Flotte gegen die Perser, und mit dem makedonischen Golde konnte König Philipp Thebens Mauern ersteigen. Die *Staatswirtschaft* gewann neben den Zöllen weitere Mittel durch die Monopolisierung gewisser Geschäftszweige, und den Reichen wurden als Leiturgien bestimmte Aufgaben, wie die Ausrüstung der Trieren, die Stellung des Chores im Theater, übertragen.

Die Ägypter gaben die im Leben des Herrschers gesammelten Schätze dem Toten mit. In mykenischer Zeit war dieses auch in Griechenland Brauch. Später, seit Solon, aber vertrauten die Hellenen ihre Schätze den Tempeln an, und diese wußten sie zu nutzen. Der Tempel von Delos lieh vom 5. bis zum 2. Jahrhundert Gelder aus, meist an Kommunen, dann aber auch an Private. Den Schatz der Bundesgenossen führte Perikles von Delos nach Athen. Hier diente er der Stadt als Rückhalt ihrer Ausgaben, der Bauten des Friedens und der Schiffsrüstung des Krieges.

Die *Polis* umspannte das ganze gesellschaftliche Leben der Hellenen. Neben dem engeren Kreise des Hauses bestimmten ihre Maßnahmen auch die Wirtschaft. Durch die Eroberungen *Alexanders* erweiterte sich der Blick. Der Unterschied zwischen Hellenen und Barbaren verwischte sich, und es kam der Begriff einer die ganze bewohnte Welt, die *Oikumene*, umfassenden Wirtschaft auf. Freilich zerfiel das Reich *Alexanders* nach seinem Tode in die Reiche der Diadochen. Neben den großen Reichen Ägypten, Syrien und Makedonien standen kleinere, wie Pergamon, und freie Städte, wie Rhodos. Zwischen ihnen behauptete sich ein Verkehr, der die Gemeinsamkeit der Interessen nicht vergessen ließ. Aber wie schon im Perserreich neben der Zentrale die Satrapen eine selbständige Stellung eingenommen hatten, so wurden jetzt die Reiche, die *Basileiai*, Träger der Wirtschaftspolitik. So erfaßte schon das Altertum die verschiedenen Stufen der Hauswirtschaft, der Stadtwirtschaft, der Staatswirtschaft, ja der Weltwirtschaft.

Der Überschuß der hellenischen Bevölkerung hatte bisher im Solddienst der Orientalen Unterkunft gefunden. Jetzt wurde er in Städten angesiedelt unter griechischem Recht. Alexandrien wurde die bedeutendste dieser Siedlungen. Dadurch, daß die von den Makedonen erbeuteten Schätze der Perser verteilt wurden, gewann der Orient die bisher nur in der hellenischen Welt ausgebildeten Vorzüge der Geldwirtschaft. Die Länder der hellenistischen Welt standen in regem Verkehr miteinander und mit ihrer Umwelt. Bis nach Indien, den Ländern der Skythen, nach dem westlichen Mittelmeer und südwärts nach den Oasen der afrikanischen Wüste strahlte hellenisches Wesen aus.

Die ägyptischen Papyri unterrichten uns über die Wirtschaft dieser Zeit besonders gut. Die *Ptolemäer* übernahmen die Nachfolge der Pharaonen. Das Land gehörte dem König. Er konnte davon an Tempel, Große und Soldaten verleihen, aber auch dann blieb die Bestellung der Anordnung des Königs unterworfen. Nur in den Griechenstädten Alexandria, Naukratis und Ptolemais gab es freies Eigen. Der König nutzte die Erträge, indem er auch die Verarbeitung und den Verkauf monopolisierte. Wir finden ein ausgebildetes Monopol im Anbau, der Verarbeitung und in dem Absatz des Öles. Die Preise für die Abnahme des Öles und den Verkauf bei den Kleinhändlern am Platze und den Wiederverkäufern in Alexandrien wurden festgelegt. Die Arbeiter wurden durch Beteiligung am Gewinn angespornt. Der Staat verpachtete seine beim Anbau, der Ernte, der Verarbeitung und dem Verkauf zu erwartenden Einnahmen. Ebenso war die Salzgewinnung und die Bierbrauerei monopolisiert. Mit

Staatsgerste belieferte Lohnwerker hatten in Ergasterien eine bestimmte Menge herzustellen, die in staatlichen Bierausschankstellen vertrieben wurde. Etwas weniger streng war das Monopol bei der Herstellung des Papyrus, im Bekleidungs- und im Bankwesen geordnet. Neben den staatlichen Stellen, deren Ergebnisse gauweise verpachtet wurden, duldeten man die Papyrusproduktion der Tempel. Bei der Verarbeitung von Flachs, Wolle und Hanf standen neben den staatlichen Manufakturen Tempelwerkstätten für Spezialprodukte und private, die konzessionspflichtig und zu bestimmten Abgaben an den Staat verbunden waren. Die staatliche Zentralbank in Alexandrien monopolisierte das Sortengeschäft und die Darlehn. Ein Netz von königlichen Banken, die unter der Kontrolle der Banken der Gauhauptstädte standen, war über das Land verbreitet. Sie waren zugleich die Kassen des Staates, an die die Steuerpächter ihre Zahlungen abzuführen hatten. Unter bestimmter Kontrolle, Zinsvorschriften bei Darlehn, waren beschränkt Privatbanken zugelassen.

Auf dem Hintergrund dieser staatlichen Wirtschaft entfaltete sich *Alexandrien* zum Welthandelsplatz. Alexanders Statthalter Kleomenes nutzte die Getreideüberschüsse des Landes zu einem Ausfuhrmonopol, das auch die auswärtigen Konsumenten auf den Inseln und in Alt-Hellas ihm tributpflichtig machte. Kleomenes hatte dabei in allen wichtigen Mittelmeerhäfen seine Agenten, die ihm über die dortigen Vorräte und Preise berichteten. Unter Ptolemäus II. beherrschte sein Finanzminister Apollonios neben dem Binnenverkehr den Verkehr Ägyptens mit Palästina und Kleinasien. Von seinem Agenten Zenon hat sich ein reiches Archiv erhalten, das ihn uns als Stadtgründer, Steuerpächter, Händler, Geldverleiher, Gutsbesitzer und Grundstücksverwalter zeigt. Zenon dehnte seine Handelsbeziehungen auch nach dem Weihrauchlande Arabien aus.

Die erhaltenen Papyri lassen uns nicht nur Einzelheiten, sondern den ganzen Gang der wirtschaftlichen Entwicklung erkennen. Wir sehen, wie ein Land dem anderen hilft. Bei einer Hungersnot in Griechenland verschiffte 330 v. Chr. Kyrene aus Afrika 805 000 Medimnen Getreide dorthin. Bei einem Erdbeben in Rhodos, 227 v. Chr., wurde der Stadt von allen Seiten Hilfe gebracht. Die ägyptischen Könige nannten sich gern Euergetes, Wohltäter, da sie für den Unterhalt ihrer Untertanen aufkommen mußten. Das Verhältnis zwischen Gold und Silber, das vorher 1:13 und 1:14 gestanden hatte, ging durch das makedonische Gold auf 1:10, betrug später aber wieder 1:13 $\frac{1}{3}$. Silber und Gold wurden durch Alexander wohlfeiler. Hatte früher das Silber zum Kupfer gestanden wie 1:120, so wurde das Verhältnis jetzt 1:60. Die Wanderung der Griechen nach dem neugewonnenen Lebensraum zeigt sich im 3. Jahrhundert darin, daß die Löhne in Delos sinken, in Ägypten steigen. Der Blüte Ägyptens im 3. Jahrhundert folgt jedoch ein Rückgang im 2. und 1. Jahrhundert v. Chr. Unter den Römern weist das 1. und 2. Jahrhundert n. Chr. einen Aufstieg auf, das 3. Jahrhundert zeigt den allgemeinen Zusammenbruch, dem aber im 4. Jahrhundert n. Chr. ein neuer Anstieg folgt, bis das 5. Jahrhundert n. Chr. mit der Feudalisierung Ägyptens den endgültigen Abstieg bringt. Bei all diesen Bewegungen geht der Anstoß nicht aus Veränderungen in der wirtschaftlichen Verfassung hervor, sondern ist durch politische Ursachen bedingt.

Als in hellenistischer Zeit Alexandrien und Antiochien Athen auch als Mittelpunkt der Kultur zurückdrängten, änderte sich die geistige Haltung der Hellenen. Orientalisches Denken gewann auf sie immer größeren Einfluß. Eine Fülle des Wissens wurde in Alexandrien aufgehäuft, aber mit der politischen litt auch die geistige Freiheit. Traumbücher und Mysterienkulte breiteten sich von Ägypten aus. Dionys mit seinem orientalischen Kult hatte in Hellas selbst den klaren Apoll zurückgedrängt. Der Blick blieb nicht mehr auf eine sonnige Gegenwart geheftet. Unter dem Vordringen der Astrologie wandte er sich wieder der Vergangenheit als dem unerreichten Ziel zu oder suchte unter Hingabe an ein Erlöserheil in eine bessere Zukunft zu dringen.

Schrifttum.

Wie KINGSLEY in seiner „Hypatia“ uns das Alexandria des 5. Jahrhunderts n. Chr. fast wie das moderne London schilderte oder EBERS in seinem Romane das Leben der alten Ägypter uns bürgerlich nahe zu bringen suchte, fehlten auch manche Historiker darin, daß sie das antike Wirtschaftsleben allzusehr mit den Augen des modernen Europäers sahen. Wo von Gewerbe die Rede war, baute man straks Fabriken; der Hinweis auf Handelstätigkeit zauberte gleich ein Bild modernen Verkehrs hervor. Gegen diese Auffassungsweise wandte sich scharf SALIN: Platon und die griechische Utopie, 1921; Staat und Handel in Hellas in archaischer und klassischer Zeit. Z. f. d. ges. Staatsw. 1930; Der Sozialismus in Hellas, Gothein-Festgabe 1923.

Allzu einfach sah BÜCHER im Anschluß an ROBERTUS das ganze Altertum nur als Verkörperung der Oikewirtschaft, der geschlossenen Hauswirtschaft. Der Mannigfaltigkeit des antiken Wirtschaftslebens wurde MAX WEBER dadurch gerechter, daß er den Begriff der Patrimonialwirtschaft, wie sie besonders in Ägypten durchgeführt war, einführte.

In der 3. Auflage von PÖHLMANN: Geschichte der sozialen Frage und des Sozialismus in der antiken Welt, bringt F. F. ÖRTTEL 1925 einen Anhang, in dem er mit Recht das antike Gewerbe als handwerklich, in Werkstätten betrieben, schildert. Damit ist dem Vergleich der antiken sozialen Gegensätze mit den heutigen, wie ihn PÖHLMANN vornimmt, eigentlich die Grundlage entzogen. Vgl. über griechisches Gewerbe H. FRANCOU: L'industrie dans la Grèce ancienne. Brüssel 1900/1. — GUIRAUD, P.: La main d'oeuvre industrielle dans l'ancienne Grèce. Paris 1900. — GLOTZ, G.: Le travail dans la Grèce ancienne, Histoire économique de la Grèce depuis la période homérique jusqu'à la conquête romaine. Paris 1920.

Von A. ANDREADES: Geschichte der Griechischen Staatswirtschaft ist der 1. Band „Von der Heroenzeit bis zur Schlacht bei Chaironeia“ in deutscher Übersetzung von E. MEYER, München 1931, erschienen. Er behandelt im 1. Buche die homerische Staatswirtschaft, im 2. die der Spartaner. Es wird darauf hingewiesen, daß im 2. Abschnitt des peloponnesischen Krieges persisches Geld den Spartanern half, auch zur See den Athenern entgegenzutreten. Im 3. Buche wird im Anschluß an die dem Aristoteles zugeschriebenen Oikonomia die Finanzwirtschaft des Großkönigs, der Satrapen, der hellenischen Tyrannen und der Stadtstaaten besprochen. Das 4. Buch ist der Staatswirtschaft der Athener gewidmet. In warmen Worten wird hier des bahnbrechenden Werkes von A. BOECKH gedacht: Die Staatshaushaltung der Athener. Berlin 1817, 3. Aufl. von M. FRÄNKEL, 1886.

Im Anschluß an BÜCHER hat HASEBROEK: Staat und Handel im alten Griechenland 1928; Griechische Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte bis zur Perserzeit, 1931, für die ältere Zeit mit Recht die Bedeutung des Bodenbesitzes hervorgehoben. Den Hellenen war es bei ihrer Kolonisation nicht um Verkehrsmittelpunkte, sondern um das Land beherrschende Plätze zu tun. Aber sie wußten dabei die Verkehrslage zu schätzen, und HASEBROEK geht zu weit, wenn er auch die spätere Zeit für die Ausbildung der griechischen Handelstechnik und der vom Handel bewältigten Umsätze als unbedeutend hinstellt. Hier ist ihm mit Recht von ZIEBARTH entgegengetreten: Beiträge zur Geschichte des Seeraubs im alten Griechenland. Hamburg 1929; Der griechische Kaufmann im Altertum, 1934. — F. HEICHELHEIM hob in seinem Aufsatz: Die Ausbreitung der Münzgeldwirtschaft und der Wirtschaftsstil im archaischen Griechenland, Schmollers Jahrbuch 1931, die Bedeutung der Münzprägung für die hellenische Wirtschaft hervor. — HEHN, V.: Kulturpflanzen und Haustiere in ihrem Übergang aus Asien nach Griechenland und Italien, sowie in das übrige Europa, 1870, 8. Aufl., herausgeg. v. O. Schrader 1911. — WILCKEN, U.: Alexander der Große und die hellenistische Wirtschaft, Schmollers Jahrb. 1921, vergleicht die Wirtschaft der Ptolemäer mit der späteren merkantilistischen. — BETHE, E.: Tausend Jahre altgriechischen Lebens, 1933. — HEICHELHEIM: Monopole, Pauly-Wissowa 1933; Wirtschaftliche Schwankungen der Zeit von Alexander bis Augustus, Beiträge zur Erforschung der wirtschaftlichen Wechsellagen, herausgeg. von Spiethoff, III, 1930. In seinen „Welthistorischen Gesichtspunkten zu den vormittelalterlichen Wirtschaftsepochen“ gibt H. einen Abriss der von ihm geplanten Wirtschaftsgeschichte der alten Welt vom Paläolithikum bis zur Völkerwanderung und zum Islam.

2. Römisches Wirtschaftsleben.

Nachdem NIEBUHR den sagenhaften Charakter der römischen Überlieferung erkannt hatte, ist uns durch archäologische Forschungen die Frühgeschichte Roms auf einen ganz neuen Boden gestellt.

Reste von Entwässerungsanlagen machen es wahrscheinlich, daß bei der ersten Besiedelung grundherrliche Geschlechter im Vordergrund standen. Dieses wären die *Patrizier* mit ihren Klienten. Neben ihnen standen freie *Bauern* mit sehr kleinem Ackerlos. Erst bei der Eroberung Vejis wurde dieses Los von zwei auf sieben Morgen erhöht. Bei Aussterben eines Geschlechtes wurden seine Klienten frei und schlossen

sich den Plebejern an. Wir brauchen deswegen aber nicht mit NEUMANN anzunehmen, daß alle Plebejer aus einer Art Bauernbefreiung hervorgegangen seien.

Der städtische Zusammenschluß erfolgte vielleicht durch die Etrusker, die spät erst durch die Unterwerfung von Latium ihre Herrschaftsgebiete von Etrurien und Campanien verbanden. Der etruskische Charakter der tarquinischen Könige des 6. Jahrhunderts klingt sogar noch in der Sage nach. Man nimmt an, daß die Etrusker eine Herrschicht waren, die aus Kleinasien kam und erobernd in Italien sich verbreitete.

Nach der Vertreibung der Könige begegnet aus dem Jahre 509 v. Chr. ein Handelsvertrag Roms mit Karthago, der andeutet, daß Rom als Handelsplatz Bedeutung hatte, wenn auch die Römer selbst in diesem Handel keine führende Rolle einnahmen.

Die Oberhoheit über Latium, von der dieser Vertrag spricht, konnte das republikanische Rom zunächst nicht aufrecht erhalten. Sie mußte erst in schweren Kämpfen wieder errungen werden. Zugleich mit diesen äußeren Kämpfen ging im Innern das Ringen zwischen Patriziern und Plebejern um die Gleichberechtigung im Staate. Die Patrizier waren durch die nach den drei Stämmen geordneten *Curiat-Comitien* vertreten. Die Plebejer hatten in den *Tribut-Comitien* ihr Organ. Ihren Schwerpunkt aber fand die römische Verfassung in den *Centuriat-Comitien*, in denen, abgestuft nach dem Vermögen, das Heer, wie in Sparta und Athen, auf dem Marsfeld zusammentrat. Das bäuerliche Fußvolk bildete den Kern der Legionen. Eine Oberschicht der Ritter, denen ihr Reichtum das Halten eines Pferdes gestattete, umfaßte 18 Zenturien, die mit den 80 der ersten Klasse die Mehrheit der Stimmen ausmachten. Die übrigen vier Klassen hatten nur 95 Stimmen. In einer letzten Zenturie wurden die Nichtbesitzenden zusammengefaßt. Durch die Licinischen Gesetze von 366 v. Chr. erlangten die Plebejer die Gleichberechtigung mit den Patriziern in der Besetzung der Ämter, vor allem im Konsulat.

So neugestärkt wandten sich die Römer, 343 v. Chr. von den Campanern zur Hilfe gerufen, gegen die Gebirgsstämme der Samniten. Ihrer Unterwerfung schloß sich die der Griechenstädte des südlichen Italiens an.

Durch die *punischen Kriege* verschob sich das Gleichgewicht des erobernden Bauernvolkes. Sizilien wurde als eroberte Provinz behandelt, deren Steuern dem römischen Volke zugute kamen. Der hannibalische Krieg vernichtete die Kraft des römischen Bauerntums, wie der dekeleische Krieg die attischen Bauern zerrieben hatte. Nach schließlich errungenem Siege fehlte es an Siedlern, denen das eroberte Land hätte ausgeteilt werden können. So wurde es den Großen überlassen, die es zur Weide benutzten. Das Licinische Gesetz, nach dem niemand mehr als 500 Morgen des Ager Publicus besitzen durfte, geriet in Vergessenheit. Vergebens versuchten später die *Gracchen* seine Einschärfung. Von den römischen Bauern behauptete sich nur ein Teil auf dem Lande. Selbst diese wurden später zu Pächtern. Ein großer Teil wandte sich in die Stadt, wo öffentliche Getreidespenden aus den unterworfenen Provinzen für sie sorgten.

Den Latifundien-Besitzern standen für die Bewirtschaftung *Sklaven* zur Verfügung. Auch in der Stadt Rom wurden die Sklaven ein wichtiges Bevölkerungselement. Die Römer waren freigiebig in dem Erlaß der Sklaverei. So konnten sich später die römischen Bürger aus Freigelassenen ergänzen. FRANK nimmt an, daß die „Römer“, die nach den Eroberungen im Osten dort als Kaufleute auftauchten, meist süditalienische Griechen gewesen wären. Nach den Bürgerkriegen schmolz die Zahl der Römer noch mehr zusammen. In der Kaiserzeit waren 90% der Insassen der Stadt fremden Ursprungs. Nach den Inschriften erscheinen in Rom selbst 70% als Griechen, in Latium 64%, sogar im cisalpinischen Gallien noch 46%. Die nordischen Sklaven kamen mehr auf das Land, wo ihnen keine Ehe gewährt wurde, oder in die Gladiatorenschulen. Cäsar berichtet, daß die gefangenen Cimbern dem Sklaven-

aufstand des Spartakus sich anschlossen und bei dessen Niederschlagung ihren Untergang fanden.

Die 12 Tafeln zeigen uns ein strenges *Schuldrecht*. Dem ins Feld ziehenden Bauern drohte, auch wenn er glücklich heimkehrte, die Gefahr, sein durch seine Abwesenheit vernachlässigtes Anwesen nur durch Verschuldung gegenüber den Großen wieder aufzurichten zu können. Mißernten und Viehsterben trafen ihn besonders. Er sah sich daher, wie in Hellas, der Ausbeutung durch die „kapitalkräftigeren“ Großgrundbesitzer ausgesetzt.

Den führenden Schichten brachte neben der Pachtung des Ager Publicus die Übernahme öffentlicher Arbeiten, wie der Bau der Straßen und Wasserleitungen, Gewinn. Zu diesen „Munera“ trat als dritte Erwerbsquelle die Steuerpacht. Durch sie bekam der Staat bestimmte Beträge gesichert, aber die Eintreibung der Steuer durch die „Publicani“ setzte die Pflichtigen der schärfsten Bedrückung aus. Wie stark die private Finanzkraft unter diesen Verhältnissen sich entwickelte, zeigt sich darin, daß die Entscheidung des ersten punischen Krieges durch eine von Privaten erbaute Flotte herbeigeführt wurde.

Nach den punischen Kriegen und den Eroberungen im Osten erreichte diese „kapitalistische“ Wirtschaft in Rom ihren Höhepunkt. Die Schätze des Orients strömten nach Rom, und in der Ausbeutung der Provinzen fanden die herrschenden Geschlechter eine Anlage ihres Vermögens. Besonders litt unter solcher Ausbeutung die Provinz *Asien*, deren Einkünfte Gajus Gracchus den Rittern ausgeliefert hatte, um dadurch die Mittel zu seiner Agrarreform zu gewinnen. Als die Provinz zu Mithridates abgefallen war und dann von Sulla wieder erobert wurde, legte der siegreiche Feldherr ihr einen Tribut von 20 000 Talenten auf. Diese Summe wuchs in den 14 Jahren von 88—74 v. Chr. bei der Unmöglichkeit der Pflichtigen, zu zahlen, und der dadurch hervorgerufenen Notwendigkeit, sich zu Wucherzinsen zu verschulden, auf das Sechsfache, auf 120 000 Talente an. Lucullus machte sich dadurch bei den römischen Gläubigern unbeliebt, daß er die Zinsen, die das Kapital überstiegen, strich und 12% als Zinsmaximum einführte. Dadurch wurden Zinsen, die gelegentlich bis zu 48% gestiegen waren, praktisch bis auf 6% gedrückt. So hoffte man, in vier Jahren bei Einführung kräftiger Steuern, die bis zu einem Viertel der Ernte ausmachten, die Schuld getilgt zu sehen. Durch Ciceros Reden ist es bekannt, wie *Verres* 73—70 v. Chr. Sizilien als Statthalter ausplünderte.

Immerhin dürfen wir trotz dieser „kapitalistischen“ Ansätze die damalige Wirtschaft noch nicht als eine durchaus kapitalistische bezeichnen. Wie die menschliche Natur überall von gleichen Grundbedingungen ausgeht, hat es auch früh schon das Bestreben gegeben, seinen Besitz als Erwerbsvermögen zu nutzen. THURNWALD erscheint schon bei Jägern und Sammlern, dann bei den meisten Feldbauern die Frau als die älteste Form des „fruchtbringenden Kapitals“¹. Pater SCHMIDT spricht von dem „natürlichen und darum immerhin erträglichen Herden- und Bodenkapitalismus der Nomadenvölker“, den er dem „unnatürlichen und deshalb unerträglichen Geldkapitalismus des modernen Industrialismus und Bankentums“ entgegensetzt². In der Tat bietet die Herde mit ihrem Wurf sinnfällig die Möglichkeit der Zählung des Vermögens und der Berechnung seiner Vermehrung. (Griechisch Tokos = Zins.)

Wie nicht nur mit eigenem, sondern auch mit geliehenem „Kapital“ eine Vermögensbildung möglich ist, zeigt uns die Geschichte Jakobs. WILHELM, S. 126, spricht von „Staatlichem Kapitalismus“ in naturalwirtschaftlicher Zeit anlässlich des Monopols von Eisen und Salz, das der Teilstaat Tsi vor Gründung des chinesischen Einheitsstaates einrichtete. HEICHELHEIM selbst sieht mit dem Eindringen der Bauernwirtschaft den Faktor Kapital von Bedeutung werden. OPPENHEIMER möchte dem „feudalen Kapitalismus“ der späteren Zeit der römischen Republik das Wieder-

¹ Wirtschaft, S. 156.

² Ges. u. Wirtsch. d. Völker, S. 370.

aufleben des „hellenischen Stadtkapitalismus“ in der Kaiserzeit entgegensetzen. Aber er muß zugestehen, daß auch hier, wie z. B. in Pompeji, es sich um Grundbesitzer, wenn auch um kleinere, handelt. BRENTANO findet kapitalistische Wirtschaft bei Assyriern, Babyloniern und Phönikern. In dem Darlehnsverkehr, wie er in Babylon von den städtischen Besitzern dem bedürftigen Landmann gegenüber geübt wurde, wie er dann in der hellenischen und in der römischen Welt weiter begegnet, dürfen wir gewiß Ansätze des Kapitalismus finden, zumal hier die Forderung einen abstrakten, in Geld geschätzten Charakter gewonnen hat. Städtischer Hausbesitz war eine riskante, aber bei der steigenden Bevölkerungszahl Roms sehr gewinnbringende Anlage. Crassus verdankte seinen Reichtum Spekulationen in Grundbesitz. Brutus und Atticus, Ciceros Freund, liehen den Kommunen der Provinzen zu hohen Zinsen. Allein es fehlt doch an wesentlichen Momenten, um die ganze damalige Wirtschaft als eine kapitalistische zu bezeichnen.

In einer Finanzwirtschaft, die zuerst in der Hauptsache auf persönliche Leistungen angewiesen war, in der später die Tribute eine Hauptrolle spielten, bei der man äußersten Falles auf Konfiskationen zurückgriff, konnte sich das nicht ausbilden, was später eine wesentliche Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft werden sollte, die Benutzung der Anleihe durch den Staat und die damit zusammenhängende Entwicklung eines Kapitalmarktes. Den Staatskredit konnte und brauchte die damalige Wirtschaft nicht zu benutzen, wenngleich man über die Bedingungen, unter denen er nur möglich war, eine richtige Auffassung besaß. So sagt Demosthenes: „Ich bete vor allem zu den Göttern, daß wir viel Geld besitzen möchten, wenn aber das nicht, daß wir weiter für vertrauenswürdig und zuverlässig gelten möchten“ (geg. Leptines 25, 355 v. Chr.).

Einzig der *Boden*, der ja auch politisches Ansehen verschaffte, erschien als eine sichere Anlage des Vermögens. So drängte auch etwa im Handel erworbenes Vermögen zur Anlage im Bodenbesitz. Über die Bewirtschaftung des Bodens haben wir daher auch in Rom die älteste eigentlich wirtschaftliche Literatur. *Cato der Ältere* faßte die damals herrschende Praxis zusammen in seiner Abhandlung „De Agri Cultura“ oder „de Re Rustica“. Er meint, Geld erwerben könne man auch durch Handel und Leihe, aber der Landbau sei die sicherste und ehrenwerteste wirtschaftliche Betätigung.

Cato wirtschaftet selbst. Er hat in Italien Besitzungen, die ihm gestatten, sich voll dem politischen Leben in Rom zu widmen. Überschüsse soll seine Wirtschaft bringen, aber diese Überschüsse sollen vor allem dazu dienen, ihm einen standesgemäßen Unterhalt zu sichern.

Der Römer wirtschaftete mit einem Heer von *Sklaven*. In der villa urbana, dem Stadthause, herrschte weitgehende Arbeitsteilung. Da fehlte nicht der Grieche, der als Pädagoge den Kindern feinere Bildung beizubringen hatte. Ein Sklave begleitete den Herrn bei seinem Ausgehen, um ihn darauf aufmerksam zu machen, wen er feierlich zu grüßen habe. Auf dem Lande, in der villa rustica, waren die Sklaven straff zusammengefaßt in gemeinsamem Raum. Cato hielt nur männliche Sklaven. Sie waren dem Römer „instrumentum vocale“, nur mit der Stimme begabtes Vieh. Alte Sklaven verkaufte er. In Eigenwirtschaft wurde vor allem Wein- und Ölbau betrieben. Der Getreidebau wurde Pächtern überlassen. Wie der Gutsbetrieb Öl und Wein verkaufte, war er darauf angewiesen, manches, wie Töpfer- und Metallwaren, aber auch Mäntel und Tuniken der Sklaven, von städtischen Handwerkern zu erwerben. Cato riet, stärker im Verkaufen als im Kaufen zu sein. Eine geschlossene Wirtschaft stellte auch sein Betrieb nicht dar.

Die späteren Schriftsteller, wie *Varro* und *Columella*, der zur Zeit Neros schrieb, haben nicht mehr den selbstwirtschaftenden Gutsbesitzer vor Augen, wie Cato, sondern einen Latifundien-Besitzer, wie ihn schon die Carthager kannten, dem es lediglich um eine Rente aus diesem Besitz zu tun ist. Indem sich der Grundbesitz

in der Hand Weniger zusammenballt, entvölkert sich das Land; in den Gutsbetrieben gewinnt neben der Öl- und Weinkultur die Weidewirtschaft steigende Bedeutung.

Cato legt aber auch einen Teil seines Vermögens im *Handel* an, und er rät, nicht einem Schiffe alles anzuvertrauen, sondern seine Anlage durch Verteilung zu sichern. Römische Kaufleute füllten neben römischen Kriegern die Lande. Nach der Sicherung des Friedens gewann im Römerreiche Handel und Verkehr einen mächtigen Aufschwung. Aus der hellenischen Welt wurden die Betriebsformen des Handels, wie das Seedarlehn, übernommen. Auch das Bankwesen blühte. Aber es blieb mit anderen Geschäften verbunden. Der römische Bankier war vielfach zugleich Auktionator, wie jener Jucundus aus Pompeji, dessen Büste und Archiv uns erhalten ist und der dabei noch Steuerpächter war. Die Ausdehnung des Verkehrs fand in der Ausbildung des *römischen Rechts* eine starke Stütze.

Zu der Brechung der magischen Gebundenheit durch die jüdische Religion, zu der Begründung der Wissenschaft durch die Hellenen fügten die Römer die Organisation des Rechtes. Der Verkehr mit den Fremden nötigte den *Prätor*, bestimmte Formeln für die Klagen aufzustellen. Die objektiven Merkmale, die ihnen zugrunde lagen, führten dazu, den einzelnen Fall weniger nach seiner Besonderheit der willkürlichen Entscheidung des Richters zu überlassen, als vielmehr ihn der größeren Gruppe einzuordnen, auf die die Formel Anwendung finden konnte. Damit waren für den privaten Verkehr des Handels und des Besitzes der Grundstücke bestimmte Regeln aufgestellt, nach denen der Wirtschaftende sich richten konnte. Neben dem nur für den römischen Bürger geltenden Recht entwickelte sich ein solches für alle Teilnehmer der Verkehrsgemeinschaft, das *jus gentium*, bei dem man gezwungen war, auf die allen gemeinsame Rechtsüberzeugung zurückzugehen, das daher gegenüber sonderndem Brauch als das „natürliche“ erschien. Die Rechtsgutachten der Juristen halfen später unter dem Einfluß der stoischen Philosophie die einzelnen Fälle zu systematisieren, so daß in der späteren Kaiserzeit in Rom eine *Rechtswissenschaft* entstand. Die Verordnungen der Cäsaren bildeten diese Wissenschaft weiter. Zu dem Edikt des Prätors traten die Digesten, die später unter Justinian gesammelten Auszüge aus den Rechtsgutachten, und zu ihnen der Codex.

Die Römer übernahmen die von den Orientalen und den Hellenen ausgebildete *Technik*. Im Schiffbau war man in Syrakus zuerst von den Trieren zu fünf Ruderreihen übergegangen. Nach dem Muster einer gestrandeten karthagischen Pentere bauten die Römer ihre ersten Kriegsfahrzeuge. Das Mittelmeer war später von einem regen Schiffsverkehr erfüllt. War doch Rom auf die Getreidezufuhr zuerst von Sizilien, später von Ägypten, angewiesen. Von Alexandria fuhren die Getreideschiffe vor allem nach Puteoli. Bewundernswert waren die Straßen, mit denen die Römer ihr Reich durchzogen, großartig die überall errichteten öffentlichen Bauten.

Zur Ausbildung der Technik hätte die griechische Wissenschaft die Grundlage geboten. In der Herstellung von Sonnen- und Wasseruhren kam in der Tat ein rationales Moment zur Geltung. Indessen hinderte das Vorhandensein der billigen menschlichen Arbeitskraft die Fortführung solcher Ansätze. Es fehlte der Anlaß, durch Ausbildung der Technik einen Ersatz für Arbeitskräfte zu finden. Wie verschwenderisch man mit der menschlichen Arbeitskraft umging, zeigen die Spuren alter Bergwerke in Spanien, in denen die über den Erzen liegende Tonschicht offenbar mit den Händen abgekratzt ist. Stollen und Gänge sind so niedrig wie möglich gehalten. Irgendeine Rücksicht auf das Leben der in diesen Bergwerken Beschäftigten brauchte nicht genommen zu werden.

Gegenüber der Verstärkung der Mauern wurden auch die Belagerungswerkzeuge verbessert, und aus Bogen und Schleuder wurden komplizierte Wurfmaschinen. Im ganzen dienten die Erfindungen mehr der Spielerei als praktischen Zwecken. Der Metallguß behielt seinen mystischen Charakter.

Während das Spinnen und Weben zumeist im Hause betrieben wurde, Freie und

Sklaven in einer Reihe von Handwerken tätig waren, wie Walker, Färber, Schmiede, Bäcker, Töpfer, begegnen vereinzelt *Großbetriebe* auf kapitalistischer Basis, so bei der Herstellung der rot glasierten Tonware von Arezzo, Puteoli und dem Tale des Po, während bei der Lampenherstellung lokaler Kleinbetrieb herrschte; ferner finden wir Großbetriebe bei der Herstellung von Ziegeln, von Glas, von Bronze- und Kupferware in Capua. Bei einer mit vielen Sklaven betriebenen Werkstätte aus Arezzo sind 40 Zeichner nachzuweisen, bei andern 20. Sie lieferten nach allen Gegenden des Reiches.

Zwischen dem *Osten* und dem *Westen* des Römerreiches macht sich ein bemerkenswerter Unterschied geltend. Die dichte Bevölkerung des Ostens bot so viel Arbeitskräfte dar, daß von ihrer besonderen Bindung nicht die Rede zu sein brauchte. Anders im dünner besetzten Westen. Hier standen wenigen Besitzern Scharen von Sklaven gegenüber. Die *Sklavenfrage* hatte schon in Hellas eine Rolle gespielt. Im dekeleischen Kriege entliefen den Athenern Tausende von Sklaven, besonders aus den Bergwerken von Laurion, und gingen zu den Lakedämoniern über. Den Römern entstand durch den Aufstand, den 135 v. Chr. der Syrer Eunus in Henna in Sizilien entfachte, eine ernsthafte Gefahr, und auch der Thraker Spartakus, der 73 v. Chr. aus der Gladiatorenschule von Capua nach dem Vesuv entwich, wußte sich mehrere Jahre gegen die römischen Heere zu behaupten.

Nach zwei Richtungen wurden die kapitalistischen Ansätze, welche die römische Wirtschaft in der späteren Zeit der Republik aufwies, unterbunden.

Mit der Errichtung des *Prinzipats* fand die Ausbeutung der Provinzen, wie sie ein Verres in Sizilien ausüben konnte, ein Ende. An die Stelle der Steuerpacht und der Vergebung der öffentlichen Arbeiten trat die eigene Verwaltung des Fiskus, welche die Cäsaren mit ihrer familia, ihren Sklaven und Freigelassenen besorgten. Die nicht unter dem Senat, sondern vom Cäsar Augustus eroberte Provinz Ägypten bildete die Grundlage der kaiserlichen Macht und das Vorbild ihrer Verwaltung.

Auf der anderen Seite mußte der *große Grundbesitz* sich anders einstellen, als die Sklavenzufuhren nach der Befriedigung des Reiches aufhörten. Die Grundbesitzer überwachten ihre Sklaven selbst nicht mehr dauernd. Bei der Größe und der Entfernung ihrer Güter mußte den Sklaven ein größerer Spielraum gewährt werden, wenn ihre Arbeit ergiebig bleiben sollte. Dazu kam, daß dem Sklavenmarkt, auf den die Kriege der beiden letzten Jahrhunderte v. Chr. ein Massenangebot geworfen hatten, sein wichtigstes Rekrutierungsgebiet durch die Schlacht am Teutoburger Walde verschlossen wurde. Jetzt mußte den Grundherren daran liegen, die Arbeitskräfte, die sie auf dem Markte nicht neu auffüllen konnten, auf ihren eigenen Gütern zu ergänzen. Den Sklaven wurde daher ein selbständiger Haushalt gewährt, und die Sklavin als Fortsetzerin des Geschlechtes anders geschätzt als zu Catos Zeit. Aber auch in der Wirtschaft mußte den Sklaven größere Freiheit gelassen werden. Längst waren die Sklaven, die Handel und Gewerbe im Dienste ihres Herrn besorgten, selbständiger gestellt gewesen. Sie konnten in dem „peculium“ eigenes Vermögen erwerben. Jetzt wurden die Landarbeiter vielfach zu Colonen, zu Unfreien, an die Scholle gebundenen Arbeitskräften, die aber nicht sowohl zu Diensten, als zu Abgaben verpflichtet waren.

Die Einführung des Colonats ließ den Eigenbetrieb des Gutsherrn zurücktreten. Für den „Villicus“, den Aufseher des Gutes, wurde jetzt das Eintreiben der Abgaben wichtiger als die Beaufsichtigung der unfreien Arbeitskräfte. Die Ausbildung des Colonats vollzog sich in den einzelnen Provinzen des Römerreiches verschieden. Darf man dabei einen Aufstieg der arbeitenden Klasse von der Sklaverei zur Hörigkeit sehen, so sanken andererseits die freien Pächter, die Nachfahren der kleineren römischen Bauern, zu Colonen herab. Sie wurden, um ihren Abgaben genügen zu können, schollenpflichtig, „glebae adscripti“, und verloren ihre Unabhängigkeit.

Das Römerreich war durch seine Eroberungen zum Erben der hellenistischen

Reiche geworden. Es nahm ihre Tradition auf, verfiel aber auch ihrer geistigen Haltung. Mit der Herrschaft des Augustus schien ein Höhepunkt erreicht, den spätere Herrscher höchstens wieder herzustellen, nicht zu übertreffen wagen konnten. Wohl wurde durch die Römer die antike Stadtkultur über einen weiten Kreis verbreitet, westwärts nach Spanien, Gallien und Britannien, nordwärts nach Germanien, Pannonien und Dacien. Allein es fehlte dieser Kultur eine selbständige Fortbildungsmöglichkeit. Kopien der Alten füllten die Fora. Wie stationär die mechanischen Künste bei den Römern blieben und wie fern ihnen die Natur als Objekt verständiger Forschung lag, lehrt nach HEHN insbesondere die Geschichte der römischen Seefahrt und des römischen Ackerbaues. Winde, Wellen und Jahreszeiten wurden mythisch angeschaut: der Schnabel des Schiffes war zierlich und künstlerisch geschnitzt, das Schiff selbst aber unvollkommen konstruiert. Dünger und Fruchtwechsel waren bekannt, wurden aber nicht nach Gebühr gewürdigt und nicht in ihren Konsequenzen entwickelt. Die Zauberkulte des Ostens drangen immer mehr in den Westen ein. In den Inschriften und Bauten zeigt sich ihr Einfluß, der unter dem Kaiser Elagabal seinen Höhepunkt erreichte. Aber schon unter Septimius Severus wurde am Südwestabhang des Palatin das „Septizonium“ errichtet, ein Bau, der die sieben Planeten darstellte, eine Art „öffentlicher Wochentagskalenderuhr“. Unter dem Sonnengott stand eine Kolossalstatue des Kaisers. „Da tronte er unterhalb der Planetengotttheiten gleichsam im Mittelpunkt des Kosmos, wie etwa einst bei den alten Babylonern der Gott im himmelhohen Gipfelheiligtum der Zikkurat (Tempelturm) . . . als Herr der sieben Weltgegenden.“

Schrifttum.

FRANK, T.: An economic history of Rome, 2. Aufl. Baltimore 1927 verbindet ausgebreitete Kenntnis der Ausgrabungen mit scharfem Blick für die wirtschaftlichen Zusammenhänge. — WEBER, MAX: Agrargeschichte des Altertums. Handwörterb. d. Stw. 3. Aufl. 1909, I. — K. J. NEUMANN behandelt in seiner Straßburger Rede von 1900 über „Die Grundherrschaft der römischen Republik, die Bauernbefreiung und die Entstehung der servianischen Verfassung“ die Verhältnisse allzusehr nach dem Knappschen Schema. Gegen BÜCHERS in seiner „Entstehung der Volkswirtschaft“, erstmalig 1893 vertretene Auffassung von der Herrschaft der geschlossenen Hauswirtschaft im Altertum, vgl. H. GUMMERUS: Der römische Gutsbetrieb als wirtschaftlicher Organismus nach den Werken des Cato, Varro und Columella, 1906. — CARL, G.: Die Agrarlehre Columellas, Vierteljahrschr. f. Soz. u. Wirtsch. Gesch. XIX. — SALVIOLI, J.: Der Kapitalismus im Altertum, deutsch 1912, hebt, obgleich er sich als Anhänger des ökonomischen Determinismus oder der materialistischen Geschichtsauffassung für die Neuzeit bekennt, die Bedeutung der Staatsgewalt für das Wirtschaftsleben im Altertum hervor (S. 269). — KÖSTER, AUGUST: Das antike Seewesen, 1923, läßt das phönikische Schiff aus dem ägyptischen entstanden sein. Unter den späteren Leistungen dürfte die Verschiffung der Obelisken nach Rom die bemerkenswerteste sein. Nach FELDHAUS: Die Technik der Antike und des Mittelalters. Museum der Weltgeschichte 1931 sollen unter Caligula zur Aufrichtung des heute (seit 1586) auf dem Petersplatz stehenden Obelisken 20 000 Menschen beschäftigt gewesen sein. Als Vespasian eine Erfindung zur Erleichterung von Säulentransporten angeboten wurde, verbot er ihre Bekanntmachung, „da das arme Volk etwas verdienen müsse“. Unter Nerva rühmte Frontinus die Nützlichkeit der Wunderbauten der 10 Wasserleitungen Roms gegenüber der müßigen Pracht der Pyramiden und selbst den gefeierten Werken Griechenlands. — MILTNER, F.: Seewesen. Pauly-Wissowa Supplement 1931. — DIELS, H.: Antike Technik, 2. Aufl. 1920. — NEUBURGER, A.: Die Technik des Altertums, 1919. — SPECK, E.: Handelsgeschichte des Altertums, 1900. — BÜCHER, K.: Die Aufstände der unfreien Arbeiter 143—129 v. Chr., 1874. — WEBER, MAX: Die sozialen Gründe des Unterganges der antiken Kultur. Die Wahrheit 1896. — LAUM, B.: Entstehung der öffentlichen Finanzwirtschaft (Altertum und Frühmittelalter). Handb. d. Finanzwissensch. I, 1926. Eine glänzende Schilderung der Wirtschaftsblüte des Römerreiches bietet auf Grund der Fülle von Ausgrabungen M. ROSTOVZJEFF: Gesellschaft und Wirtschaft im Römischen Kaiserreich, deutsch von L. Wickert, 1929. — DOMBART: Septizonium. Pauly-Wissowa, Neue Bearb. 1923.

3. Der Ausgang der Antike. Die Wirtschaft Ostroms und des Islam.

Hinter der chinesischen Mauer, die um 200 v. Chr. gebaut wurde, konnte sich die chinesische Kultur, wenn auch, nicht ohne Rückschläge, bis in die Neuzeit be-

haupten. Der Limes aber, den die Römer zwischen Rhein und Donau gegen die Germanen errichtet hatten, mußte im 3. Jahrhundert n. Chr. aufgegeben werden, und die neue Befestigung, welche die Römer in einzelnen Kastellen am Rhein um 300 errichteten, wurde im 5. Jahrhundert überrannt.

Der Untergang der antiken Kultur und Wirtschaft war weder ein allgemeiner noch ein plötzlicher. Vieles von der antiken Überlieferung lebte in den Klöstern fort und wurde von der Kirche in das Mittelalter übernommen. Die Kaiser des Abendlandes fühlten sich als Erneuerer des Reiches der Cäsaren und Augusti. Aber der Gedanke, daß die alte Welt abgeschlossen, erfüllte doch die Gemüter. Der entscheidende Einschnitt erfolgte im 3. Jahrhundert. Das Römerreich selbst, das nach diesem Zusammenbruch erneuert wurde, trug wesentlich veränderte Züge. Das Aufhören der abendländischen Kaisermacht im 5. Jahrhundert war weniger entscheidend. Traten doch die Gothen in Italien als Beauftragte des oströmischen Kaisers auf.

Pirenne möchte den Einschnitt später ansetzen. Noch die Merowinger seien als Erben der Antike anzusehen, während erst durch die Abdrängung des Frankenreiches vom Mittelmeer durch das Vordringen der Araber eine neue binnenwirtschaftlich eingestellte Zeit, das Mittelalter, die alte abgelöst habe. Möglich, daß man den Pergamenen der Karolinger zu viel Ehre angetan hat gegenüber den verloren gegangenen Papyri der merowingischen Zeit, aber wenn *Pirenne* aus der Schreibfreudigkeit der Merowinger, auf die er hinweist, ihre Überlegenheit der späteren Zeit gegenüber folgert, so widersprechen dem die erhaltenen Nachrichten zu sehr. Man darf auch nicht mit *Dopsch* die Kontinuität der Wirtschaft allzusehr unterstreichen. Tatsächlich lag im Mittelalter ein anderes Wirtschaftsdenken vor, als in der Antike, und auch die Grundlagen der Wirtschaft hatten sich verschoben. Die verschiedene Entwicklung aber, die Osten und Westen des Römerreiches nahmen, und die Abkehr dieser Entwicklung von der antiken wurden entscheidend beeinflusst durch die Ereignisse des 3. Jahrhunderts.

Ausgrabungen haben uns die Blüte der römischen Provinzstädte in Nordafrika, in den asiatischen und den europäischen Grenzländern im 2. Jahrhundert n. Chr. gezeigt. Die Trierer Arena faßte 14 000 Besucher. Reliefs aus der Neumagener Stadtmauer zeigen uns Zahlungen an die Grundherren in Geld und Naturalien und Verfrachtungen von Weinfässern und Tuchballen. Gegen Bernstein, Pelze, Frauenhaar und Sklaven tauschten die Germanen Wein, Trinkgeschirre, Gläser und Schmuck ein. Am Nil war Koptos ein Mittelpunkt des Handels nach dem Roten Meer und weiter. In Indien haben sich römische Münzen besonders aus der Zeit des Augustus bis in die des Vespasian gefunden. Unter dem Kaiser Marc Aurel gelangte eine römische Gesandtschaft auf dem Seewege bis nach China. Im 2. Jahrhundert v. Chr. hatte die chinesische Han-Dynastie durch Eroberungen im Westen auch den Landweg durch Innerasien über das Tarimbecken erschlossen, auf dem chinesische Seide bis zu den Römern kam.

Der Wohlstand der Städte des Römerreiches beruhte auf dem Grundbesitz der Bürger in Verbindung mit dem Handelsverkehr. Wichtiger als der Vertrieb von Luxusgütern für die Reichen war der Handel mit Getreide, Wein und Öl zur Versorgung des Heeres. Die Höhe der Transportkosten wies dem örtlichen Gewerbe eine wachsende Bedeutung zu. Es versuchte sich, wenn auch nicht immer gleich glücklich, in der Nachbildung klassischer Werke. In der späteren Kaiserzeit litten die Gewerbe Campaniens dadurch, daß die Werkstätten zur Ausrüstung des Heeres an den Grenzen aufblühten. Das römische Bürgerrecht war nicht nur auf Italien ausgedehnt, auch in den Provinzen saßen viele Römer. Die Munizipalverfassung ließ selbst kleinere Städte mit ihren Foren, ihren Theatern, Triumphbögen, Tempeln und Wasserleitungen ein Abbild der Hauptstadt werden. Die Bauten etwa unter Trajan und Hadrian übertreffen die der klassischen Zeit an Üppigkeit. In jeder Stadt sehen wir neben der öffentlichen Hand Private durch reiche Stiftungen sich auszeichnen.

Im 3. Jahrhundert versiegen diese Stiftungen. Die Bauten geraten allmählich in Verfall. Was hat man nicht alles als Grund dieses Versagens der antiken Wirtschaftskraft angegeben! Tatsache ist, daß, während in der ersten Kaiserzeit der Geldgebrauch weit verbreitet war, mit der Erneuerung des Reiches zu Ausgang des 3. Jahrhunderts der Staat sich weniger auf Steuern als auf Dienstleistungen stützen mußte. Das *Schrumpfen der Verkehrswirtschaft* zeigt uns die Taxordnung Diokletians. Die Besoldung der Beamten erfolgte in natura. Die Handwerker waren zumeist auf den Lohn für ihre Arbeit angewiesen. Nur einige von ihnen, wie besonders die Lederarbeiter, erwarben den Rohstoff selbst und waren als Preiswerker im BÜCHERSCHEN Sinne an dem Preise ihrer Produkte interessiert. Die diokletianische Taxordnung setzte Preise fest gegen die daherschäumende Habsucht der Menschen. Vor allem mußte die Versorgung der Hauptstadt anders geordnet werden. Hatte man sie bisher dem freien Verkehr überlassen können, der in Puteoli bei Neapel auch für Rom den Haupteinfuhrhafen benutzte, so glaubte man jetzt, sie durch obrigkeitliche Bindung sichern zu müssen. Die Schiffer wurden in den Dienst des Staates gestellt. Ebenso wie sie wurden die Bäcker und andere Handwerker in Kollegien organisiert mit staatlichen Aufträgen. Diese neue Organisation arbeitete wesentlich schwerfälliger als die frühere. So berechnete man im Codex Theodosianus die Zeit, in der die Schiffe aus Afrika die Getreidetransporte herbeibrachten und wieder zurückfuhren, auf zwei Jahre.

Das 3. Jahrhundert sah eine starke Münzverschlechterung im Römerreich. Von 88 Pfennig ging der Denar auf einen Edelmetallgehalt von 1,788 Pfennig zurück. War Mangel an Edelmetall der Grund solchen Niederganges? So hat man allen Ernstes behaupten wollen. Die Silbergruben Spaniens hätten versagt, und es wären nach dem Osten durch eine ungünstige Handelsbilanz jährlich Millionen abgeflossen. Allein diese Geldentwertung war doch nur das Zeichen einer allgemeinen Zerrüttung. Gleichzeitig ging die Bevölkerung, die im 1. Jahrhundert n. Chr. wohl 70 Millionen betragen hatte, auf 50 Millionen zurück.

MOMMSEN hat die Änderung in der Verfassung des Reiches scharf hervorgehoben. Das Prinzipat des Augustus ließ die alte römische Verfassung formell bestehen. Der Senat amtete weiter. Die Herrscher jedoch, die das Römerreich seit Ausgang des 3. Jahrhunderts erneuerten, Aurelian, Diocletian und Constantin standen auf einem anderen Standpunkte, nicht nur faktisch, sondern auch rechtlich betonten sie ihre Selbstherrlichkeit und umgaben sich mit dem Zeremoniell der orientalischen Fürsten. In der Mißachtung des Senats, wie sie nach den Severen unverhüllt getrieben wurde, sieht FERRERO den Anlaß des Zusammenbruchs. Allein wodurch erklärt sich diese Mißachtung? Wie hing die politische Verschiebung mit wirtschaftlichen Änderungen zusammen?

MAX WEBER hat dem Versagen der Sklavenzufuhr den Hauptanteil an dem Schrumpfen der antiken Verkehrswirtschaft zugeschrieben. Danach wäre ein politisches Ereignis, die Niederlage gegen die Germanen, ausschlaggebend gewesen. ROSTOVZEFF weist auf die großen Lasten hin, die die Heeresverwaltung seit dem 2. Jahrhundert erforderte. Nicht nur waren die Grenzen immer schwerer zu verteidigen; auch die Kämpfe der einzelnen Heerführer um die Kaiserwürde erschöpften die Mittel. Ging doch der Limes verloren, weil für solche Kämpfe die Truppen von der Grenze zurückgezogen wurden. Die Truppen machten in den Kämpfen der Prätendenten während des 3. Jahrhunderts nicht mehr Halt vor der Selbstverwaltung der Städte, wie sie noch im 2. Jahrhundert geblüht hatte. Mit ihren Anforderungen zerstörten sie die wirtschaftliche Grundlage der Städte. Ein Überkonsum, der die in langer Friedenszeit aufgehäuften Güter verschlang, ohne daß ihm eine Steigerung der Produktion hätte entsprechen können, wäre also schließlich die Ursache des Zusammenbruchs gewesen.

Genauer weiß HEICHELHEIM die Phasen der Geldzerrüttung des 3. Jahrhunderts

zu schildern. Er betont, daß uns die Verschlechterung des Metallgehaltes der Münzen allein noch kein richtiges Bild gäbe. Man müsse auch sehen, inwiefern ihr eine Preisveränderung entspräche. Unter Commodus läßt sich in den Jahren 180—190 n. Chr. eine solche nachweisen, und ihr Grund kann in der Erhöhung der Soldzahlungen gefunden werden. Schon Domitian hatte das Stipendium von 225 Denaren auf 300 D. gesteigert, Commodus erhöhte es auf 375 D. Unter Septimius Severus erreichte das Stipendium 500 D., unter Caracalla 750 D. Damals hätten es nach der gesunkenen Kaufkraft schon 800 D. sein müssen. Diese Solderhöhungen fielen bei einem Heere von 400 000 Mann wohl ins Gewicht. Die Preise waren bis Diocletian um das Zwanzigfache gestiegen.

Nach ROSTOVZEFF fand die entscheidende Wendung unter den Severen statt. Bis dahin hatten die Städte ihre Selbstverwaltung zu schützen gewußt. Jetzt erklärte Caracalla, niemand solle Geld haben als er selbst, um es den Soldaten geben zu können. Die Kaiser fingen an, neben dem Heere auf die Landbewohner sich zu stützen, aus denen das Heer sich rekrutierte. Wohl heißen die großen Juristen unter den Severen Rücksicht nehmen auf die Schwächeren. Stärker noch prägen sich nach dem Übertritt der Cäsaren zum Christentum in der Gesetzgebung soziale Rücksichten aus. Im ganzen jedoch bestätigt sich die Auffassung, der schon ROBERTUS Ausdruck gegeben hatte, die Kultur der Antike sei dadurch zugrunde gegangen, daß sie von einer zu kleinen Schicht getragen wurde, der es nicht gelang, sich die Massen zu assimilieren.

Auf die Unterhöhnung der Bevölkerung des alten Rom legen FRANK und SEECK das entscheidende Gewicht. Die Aufgaben seien im 3. Jahrhundert n. Chr. nicht schwerer gewesen als bei der Bedrohung durch die Cimbren. Aber es hätten die Männer gefehlt, dem Verhängnis zu steuern. An Stelle der alten Römer hätten die Nachkommen der Freigelassenen gestanden.

Seit dem 4. Jahrhundert war das Heer weitgehend aus Germanen zusammengesetzt. Die Völkerwanderung war nach ALFRED WEBER im Westen letztlich nichts anderes, als die Ergreifung der Macht durch dieses Heer.

Der Druck der öffentlichen Verwaltung zeigte sich darin, daß die städtischen Ämter, die sonst eine Ehre gewesen waren, deren man sich in den Inschriften rühmte, nun zu einer Last wurden, der man sich am liebsten durch die Flucht entzog. Hafteten doch die Vorsteher für das Steueraufkommen der Stadt. An öffentlichen Wegen zu wohnen, galt nicht als Vorzug. Denn die mit den Truppendurchzügen verbundenen Anforderungen erschöpften selbst den Wohlhabendsten. Die Dienste der Handwerker wurden zu erblichen Leistungen an den Staat erklärt. Wir wiesen daraufhin, daß dabei von ihnen nicht so viel verlangt werden konnte, wie in der freien Verkehrswirtschaft. Überall trat ein Rückgang des Geleisteten ein. Auch der Colone, der hörig geworden war und zumeist die Hälfte des Rohertrages seiner Arbeit abgeben mußte, hatte kein Interesse an der Steigerung dieses Ertrages. Die Grundherren mußten das prunkvolle Leben in der Stadt aufgeben und auf ihre Güter ziehen, um dort den Überschuß der Produktion ihrer Colonen zu verzehren.

Die Städte, bis dahin die Mittelpunkte der Verwaltung, verödeten, weil die Grundherren, die Possessores, es erreichten, daß ihre Gutsbezirke für Steuererhebung und Rekrutenstellung maßgebend wurden.

Die Provinzen hatten als Verwaltungsbezirke eine gewisse Selbständigkeit erlangt. Die Reichseinheit war durch Teilungen, wie sie schon Diocletian, wenn auch unter prinzipieller Festhaltung der Einheit, vorgenommen hatte, bedroht. Nach Theodosius I. schieden sich Ostreich und Westreich endgültig. Diese Trennung war nicht nur eine politische, die beiden Reiche gingen auch in ihrer Wirtschaftsverfassung verschiedene Wege.

Im Westreich zerfiel die Macht der Zentrale. Einzig die Kirche hielt den Zusammenhang des Abendlandes aufrecht. Auch in den neu sich bildenden Staaten der

Germanen blieb die königliche Macht verhältnismäßig schwach. Die Grundherrschaft, wie sie sich zu Ausgang des Römerreiches gebildet hatte, blieb nicht nur die Grundlage der Wirtschaft, sondern auch der Verwaltung. Wohl wurde unter Karl d. Gr. das Kaisertum des Abendlandes erneuert. Aber so sehr er selbst die staatlichen Einrichtungen zu beleben wußte, beruhte der Schwerpunkt der Macht der Fürsten darauf, daß sie zugleich die größten Grundherren waren.

Während im Westen die Antike in eine *Naturalwirtschaft der großen Güter* ausmündete, wurden die Kräfte des Ostens in einer *Staatwirtschaft* der obersten Behörde zusammengefaßt.

Seit Konstantin die Hauptstadt des Reiches nach Byzanz verlegt hatte, fand die zentrale Verwaltung hier immer mehr ihren Mittelpunkt. In Konstantinopel sammelten sich die Steuern des Reiches. Hier wurde ein großer Teil von den Einkünften des Reiches für den Hofstaat und die Beamten ausgegeben. Der Glanz Konstantinopels war so groß, daß es den Auswärtigen als die „Kaiserstadt“ schlechthin erschien.

Die Traditionen der ägyptischen Wirtschaft, die das römische Kaisertum übernommen hatte, lebten in Byzanz weiter. Alle wirtschaftlichen Überschüsse wurden durch die Grundsteuer, die Diocletian neu ordnete, erfaßt und flossen in der Staatskasse zusammen. Zu Ausgang des 4. Jahrhunderts hatten unter Theodosius I. die Gesamteinnahmen des Reiches 10 Millionen Solidi = 154 Millionen Goldfranken betragen, von denen etwa zwei Drittel auf die Osthälfte des Reiches entfielen. Unter Justinian betragen im 6. Jahrhundert die Einnahmen 7 Millionen Solidi, von denen 5 Millionen auf das Heer verwandt wurden, 1 Million auf die Verwaltung, $\frac{3}{4}$ Million auf den Hof; $\frac{1}{4}$ Million waren als Jahrgelder an die Barbaren zu zahlen. Die ordentliche Verwaltung sollte Überschüsse ergeben, um einen Schatz zu speisen. Außerordentliche Aufwendungen, wie der verunglückte Zug gegen den Vandalenkönig Geiserich 468, der 130 000 Pfund Goldes erforderte, warfen das finanzielle Gleichgewicht auf längere Zeit um. 518 jedoch soll der Schatz 23 Millionen Solidi oder 320 000 Pfund Goldes = 355 $\frac{1}{2}$ Millionen Goldfranken enthalten haben.

Durch diesen Staatschatz hatte Byzanz eine große Überlegenheit gegenüber seinen Nachbarn. Justinian wußte diesen Schatz geschickt zu nutzen. Er warb mit ihm die fremden Söldnerscharen, die ihm Afrika und Italien wieder erobern halfen. Auch der Beistand auswärtiger Fürsten, wie der Franken, die ihm gegen die Gothen Hilfe leisteten, konnte damit erkaufte werden. Als dauerndes Zeichen seiner Macht errichtete Justinian das gewaltigste Bauwerk dieser Epoche, die Sophienkirche. Allein diese Betätigung erschöpfte auch den Schatz des Kaisers, und nach seinem Tode mußten Maßnahmen zum Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen ergriffen werden.

Der Nachfolger Justinians weigerte sich, die den Avaren und Persern schuldigen Tribute zu zahlen. Bei den folgenden erbitterten Kämpfen gegen die Perser mag es sich nicht nur um die ihnen jährlich zu zahlenden 30 000 Solidi gehandelt haben, sondern ebenso sehr um das armenische Rekrutierungsgebiet, da die Möglichkeit, anderswoher Söldner zu beziehen, für Byzanz versiegte. Immerhin erschien Prokop im 6. Jahrhundert eine Erhöhung der Steuereinnahmen der Präfektur des Orients um 3000 Pfund Goldes, also um 3,33 Millionen Franken, als eine gewaltige Bedrückung.

Es gelang noch wiederholt, den Schatz aufzufüllen. 856 wird er uns mit 13 681 000 Solidi, 190 000 Pfund Gold und 300 Pfund Silber, gleich 211 Millionen Goldfranken, im Jahre 1025 mit 200 000 Pfund Gold, also 222 Millionen Franken angegeben. Neben dieser staatlichen „Kapitalbildung“ trat jedoch die private Wirtschaft im Byzantinerreich zurück. Nicht die Griechen selbst, sondern auswärtige Händler spielten in den Grenzstädten und in der Hauptstadt selbst die größte Rolle.

Um die persische Vermittlung in dem Verkehr nach dem Osten zu umgehen,

wandten sich die Byzantiner an die Äthiopier im Süden und die Türken im Norden. Normannen aus Kiew lagerten mit ihren Handelskarawanen vor den Toren Konstantinopels. Auch im inneren Verkehr und im Verkehr mit dem Westen zeigten sich damals Syrer und Juden regsamer als die Griechen.

Die Organisation des Römerreiches bewies in Byzanz eine große Widerstandskraft und Assimilierungsgabe. Durch stets erneuerte Völkerstürme wurde das Reich von allen Seiten bedroht. Perser und Avaren schienen ihm zu Ausgang des 6. Jahrhunderts den Garaus machen zu wollen. Dann kamen die Araber. Zu ihren Angriffen von Süden und Osten traten die Bulgaren im Westen. Aber immer gelang es, die Feinde von den festen Mauern der Stadt fern zu halten und wenigstens die Kernlande, die Balkanhalbinsel und Kleinasien dem Reiche wiederzugewinnen. Justinian hatte sich nach der Zerstörung der Reiche der Vandalen und der Ostgothen als Erneuerer des Gesamtreiches fühlen können. Damals standen Italien und Afrika unter byzantinischer Verwaltung, und bis nach Spanien herrschten seine Truppen. Später gingen durch die Araber allerdings Ägypten und Syrien dauernd dem Reiche verloren, und die Slaven drangen im 8. Jahrhundert bis in den Peloponnes ein. 1014 vermochte indeß Basilius II. durch die Zertrümmerung des Bulgarenreiches den Balkan noch einmal zu unterwerfen. Erst zu Ausgang des 11. Jahrhunderts wurden das Vordringen der seldschuckischen Türken in Kleinasien und die Angriffe der Normannen im Westen dem Reiche verhängnisvoll. Kleinasien mußte den Türken überlassen bleiben, und gegen die Normannen konnte sich Byzanz nur dadurch behaupten, daß es die Hilfe der Venetianer mit einem Handelsprivileg erkaufte, der Goldbulle des Kaisers Alexius von 1082, durch die den Venetianern Zollfreiheit im griechischen Reiche gewährt wurde. Immerhin gelang es durch geschickte Diplomatie Byzanz, noch 1180 unter Manuel dem Komnenen eine Vormachtstellung im Osten zu behaupten.

Dabei fochten fremde Söldner die Schlachten von Byzanz aus. Den Herrscher umgab eine Leibwache der Waräger, der Normannen, die den Dnjestr abwärts gekommen waren. Die Kaiser selbst waren durchaus nicht immer alten Geschlechts. Justinian und Basilius I. stammten aus slavischem Blut. Der Verteidiger Konstantinopels gegen die Araber war Leo der Isaurier. Aber sie alle fühlten sich als Erben der Römer. Latein wurde noch von Justinian als Sprache der Gesetze anerkannt. Dann aber drang das Griechische als Sprache der „Romäer“ durch. Gestärkt wurde die Stellung der oströmischen Kaiser dadurch, daß sie als die Schützer der christlichen Kirche auftraten, deren Dogmen die Konzilien unter ihrem Einfluß festgelegt hatten.

Im Gewerbeswesen gelang es, die Seidenzucht aus dem fernen Osten in das byzantinische Reich zu verpflanzen. Justinian ordnete die Verarbeitung der Seide in Staatswerkstätten an. Diese hatten vor allem für den Hof und die von ihm Begünstigten zu liefern. Seidene Gewänder waren die Ehrengeschenke an heimische und auswärtige Große. Dem Volke war es verboten, sie zu tragen. Später trat an die Stelle der kaiserlichen Seidenspenden ein obrigkeitlich regulierter Handel; gewisse Seiden wurden freigegeben, aber die Purpurfärberei dem Staate vorbehalten.

Die *Bodenfrage* blieb auch im Byzantinerreich die wirtschaftlich wichtigste. Auch der Osten entging der Gefahr einer Schwächung der Zentrale durch das Aufkommen mächtiger Grundherrschaften nicht. Zwischen dem Westen und dem Osten mag insofern ein Unterschied festgestellt werden, als im Westen die Grundherren häufiger aus alteingesessenen Familien bestanden. Aus ihnen mußten in Italien die Beamten genommen werden. Im Osten wurden den Beamten bestimmte Bezirke zur Erhebung von Steuern und zur Gestellung von Soldaten übergeben mit der Folge, daß sie diesen Bezirk immer mehr als ihre Domäne ansahen. Trotz der verschiedenen Grundlage war also das Ergebnis im Osten vielfach dasselbe wie im Westen. Mochten Pronoia und Beneficium aus verschiedener Wurzel stammen, im Ergebnis kamen diese

Formen der Übereignung von Ländereien und Einnahmequellen mit der schwer zu kontrollierenden Verpflichtung zu öffentlichen Diensten auf eine Schwächung der Zentralgewalt durch die Feudalisierung hinaus. Gerade in Ägypten und Syrien, die den Arabern so schnell erlagen, wurde das Selbständigwerden der lokalen Gewalten dem Reiche verhängnisvoll.

Gegen diese Gefahren suchten die Kaiser Ostroms sich durch Beförderung des kleinen Grundbesitzes zu schützen. Aus Afrika herbeieilend hatte Heraklius zu Beginn des 7. Jahrhunderts die Hauptstadt entsetzt und die Perser in das Innere ihres Landes verfolgt. Unter ihm wurde die Themenverfassung durchgeführt. Wenn bisher an den Grenzen Soldaten, die *Milites limitanei*, angesiedelt gewesen waren, so wurden nun im ganzen Lande, besonders in Kleinasien, Soldatengüter gebildet. Damit war nicht nur eine festere Grundlage der Wehrverfassung, sondern auch eine Erleichterung der Finanzen gewonnen. Man kam jetzt mit der Hälfte der früheren Ausgabe für das Heer, mit 2 bis 3 Millionen *Solidi* aus. Den 150 000 Kriegerern des 6. Jahrhunderts gegenüber sollten es jetzt 120 000 Mann sein, die aber weit zuverlässiger waren. Nicht auf Handel und Gewerbe, sondern auf dieser Einrichtung der Soldatengüter beruhte die Widerstandskraft des byzantinischen Reiches in den späteren Jahrhunderten. Nach dem *Nomos Georgikos* Justinians II. war die Lage der Bauern im 8. Jahrhundert weit günstiger als zu Ausgang des Altertums. Die Bauern kamen für die Rekrutierung des Heeres und für den ihm zu zahlenden Sold auf. Es gab freie Bauern, die von den Grundherren angesiedelt waren und ihnen dafür als Pacht ein Zehntel bis ein Halb des Ertrages schuldeten, daneben freie Gemeinden, die das Land an ihre Mitglieder verteilten.

Wir sehen jedoch, wie die Unsicherheit der Lage, die den Bauernstand zu allen Zeiten bedrohte, auch jetzt wieder dazu führte, daß die großen Grundbesitzer durch Vorschüsse ihn von sich abhängig machten. Im 10. und 11. Jahrhundert standen die Kaiser in heftigem Kampf gegen diese Entwicklung. 922 untersagt der Kaiser Romanus den Reichen den Erwerb von Gütern der Armen und Soldaten. Die Hungersnot von 928 scheint zu zahlreichen Übertretungen dieses Verbotes geführt zu haben, das 935 neu eingeschärft werden mußte. Doch sollten die Neuerwerber, also die Großen, die sich die Konjunktur zunutze gemacht hatten, nur gegen Rückzahlung des Preises und Entschädigung etwaiger Verbesserungen ihr Gut zurückzugeben brauchen. Später wird die Rückgabe ohne Entgelt verlangt. Doch wird wiederholt über Übertretungen dieser Gesetze geklagt. Basilius II., der Vernichter des Bulgarenreiches, erneuerte die Gesetze seiner Vorgänger 996 und wachte scharf auf ihrer Durchführung.

Das 11. Jahrhundert ließ die Kaiser in dieser Politik erlahmen. Die siegreichen Generale, aus deren Kreise die Kaiser entstammten, verlangten eine Berücksichtigung ihrer Interessen. So kam man dem großen Grundbesitze wieder entgegen. Unter den Komnenen beschränkte sich der Staat darauf, Ländereien und Einnahmequellen den Mächtigen in *Pronoia* zu geben, mit der Pflicht, ihm Abgaben und Soldaten zu stellen. So entging Byzanz schließlich doch nicht dem Schicksal der auf wesentlich agrare Grundlage gestellten Reiche.

Die Goldmünze von Byzanz, die vom 4. bis zum 11. Jahrhundert ihre Stabilität gewahrt hatte, wurde jetzt geschwächt. Mit dem Verlust Kleinasien war Ostrom ein wesentliches Gebiet seiner Macht entzogen. Die erste Eroberung der Stadt aber erfolgte von Westen. Vergebens hatten die Kaiser gegen die merkantile Übermacht der Venetianer ihre Rivalen aufgerufen. Als nach einem Angriff der Venetianer auf das genuesische Quartier 1171 die Venetianer gefangen gesetzt waren, rächten sie sich dadurch, daß sie im 4. Kreuzzuge die Kreuzfahrer veranlaßten, sich Konstantinopels zu bemächtigen. Die Stadt fiel 1204 in die Hände der Abendländer. Ein fränkischer Graf, Balduin von Flandern, erhielt die Kaiserkrone, und das Reich wurde unter die Feudalherren des Kreuzzugsheeres verteilt. Venedig fiel mehr als

ein Viertel des Reiches mit den wichtigsten Häfen zu. Bei dieser Eroberung erschien Konstantinopel den Abendländern noch einmal als der Inbegriff von Reichtum und Pracht. Der Chronist Villehardouin wird nicht müde, ihre Schätze zu schildern, die ja auch in der Sage von Abendland und Morgenland noch fortleben.

Wenn später, 1261, die Griechenkaiser noch einmal in Konstantinopel einzogen, und sich hier noch 200 Jahre behaupteten, so verdankten sie dieses letzte Aufflackern ihrer Macht der Hilfe der Rivalen der Venetianer, der Genuesen, denen dafür die größten Vorrechte im Reiche gewährt wurden. Pera, auf der Nordseite des Goldenen Hornes, wurde das Quartier der Genuesen. Ihr Turm bezeichnet die Zeit des überwiegenden Einflusses der Seestädte des Abendlandes in diesen Gebieten.

Schrifttum.

MOMMSEN, TH.: Abriß des römischen Staatsrechts, 1893. — SEECK, O.: Geschichte des Untergangs der antiken Welt, 1901. — FERRERO, G.: Der Untergang der Zivilisation des Altertums; deutsch von E. Kapff, 1922, 2. Aufl. 1923. — HEICHELHEIM, F.: Zur Währungskrisis des römischen Imperiums im 3. Jahrhundert n. Chr., Klio 26, S. 96 ff. — PIRENNE, H.: Le Commerce du Papyrus dans la Gaule Mérovingienne. Académie des Instructions & Belles-Lettres. Paris 1928. — DOPSCH, A.: Wirtschaftliche und soziale Grundlagen der europäischen Kulturentwicklung aus der Zeit von Cäsar bis auf Karl den Großen. Wien 1918. — BÜCHER, K.: Die diokletianische Taxordnung vom Jahre 301. Z. f. d. ges. Staatsw. 1894. In dem Überwiegen des Lohnwerks, wie es in der Taxordnung hervortritt, glaubte B., die „Eierschalen der autonomen Hauswirtschaft“ zu sehen, während es sich tatsächlich um den Ausdruck einer Zusammenschumpfung der Verkehrswirtschaft handelte. — BRENTANO: Byzantinische Volkswirtschaft, 1917, sah in der byzantinischen Wirtschaft lediglich eine Fortsetzung des Kapitalismus der alten Welt und eine Vorstufe des abendländischen Kapitalismus. Seine Gegenüberstellung der byzantinischen Wirtschaft als kapitalistischer gegen die feudalistische des Perserreiches ist nicht richtig gesehen. Beide Reiche beruhten auf den gleichen wirtschaftlichen Grundlagen. — HARTMANN, L. M.: Ein Kapitel vom Spät-Antiken und Früh-Mittelalterlichen Staate, 1913, hebt gut den Unterschied der abendländischen Wirtschaft von der des Ostrreiches hervor. — STÖCKLE, A.: Spät-römische und byzantinische Zünfte, Untersuchungen zum sog. Eparchikon Biblion Leos des Weisen. Klio, 9. Beiheft. Leipzig 1911. — SEECK in Pauly-Wissowas Realenzyklopädie der klassischen Altertumswissenschaft, Artikel Capitatio, Collatio lustralis und colonatus. — GELZER, M.: Studien zur byzantinischen Verwaltung Ägyptens, 1909. — STEIN, E.: Vom römischen zum byzantinischen Staate, 1928; Studien zur Geschichte des byzantinischen Reiches, 1919. In der byz. Zeitschr. XXIV wendet sich STEIN gegen die übertriebenen Schätzungen des byzantinischen Budgets von ANDREADES: „Le montant du budget de l'empire byzantin.“ Revue des études grecques, 1921. — DREHL, CH.: Justinien, 1901. Byzance, Grandeur et Decadance. Paris 1919. — BURY, I. B.: A history of the Eastern Roman Empire, 802—867. London 1912. — NEUMANN, C.: Die Weltstellung des byzantinischen Reiches vor den Kreuzzügen, 1894. — OSTROGORSKY, G.: Die Entwicklungsgrundlagen des byz. Reiches. Viertelj. Schr. f. Soc. u. Wg. 22, 1929. — VASILIEV, A.: Economic relations between Byzantium and old Russia. Journal of Ec. and Business History, 1932.

Das oströmische Reich sah in dem 224 n. Chr. begründeten *Perserreich* der *Sassaniden* seinen schärfsten Rivalen. Die Ordnung dieses Reiches, das an seinem Hofe eingeführte Zeremoniell, diente den römischen Kaisern bei der Erneuerung des Reiches unter Diokletian zum Muster.

Als Erbe der alten Kulturen waren die *Perser* auf die Einkünfte aus dem Boden Mesopotamiens angewiesen. Aber sie suchten auch die Handelsstellung ihres Landes zu nutzen. Nur gegen hohe Zwischengewinne ließen sie die Seide des Ostens den Römern zukommen. Wie in Byzanz sammelten sich unter hartem Steuerdruck Schätze an dem Hofe des Königs in Ktesiphon. Nach Berichten der Geschichtsschreiber waren diese sogar größer als in Byzanz, 300 bis 360 Millionen Franken zu Beginn des 7. Jahrhunderts, ja, Summen von 200 000 Beuteln Geld gleich 700 Millionen Franken, und sogar das Doppelte davon, werden uns genannt. Allerdings werden dieses Renommierzahlen sein. Werden doch auch dem Hofe des Chosrau Parwéz 12 000 Frauen und Mädchen, 999 Elefanten und 50 000 Reit- und Lasttiere zugeschrieben. Bei solchem Glanze unterlag das Perserreich, in dem der Adel der Beritte-

nen eine größere Rolle spielte, als in Byzanz, doch auch der Gefahr einer Selbständigmachung der großen Grundherren, die nur durch machtvolle Herrscher im Zaum gehalten werden konnten.

Da Perser und Ost-Römer in ihren Kämpfen sich gegenseitig erschöpft hatten, wurde den Arabern im 7. Jahrhundert ihr Vordringen erleichtert. Sie vernichteten das Perserreich und nahmen den Byzantinern ihre schönsten Provinzen, Syrien und Ägypten. Durch Nord-Afrika drangen sie in Spanien ein und vernichteten das Westgothenreich. Erst Carl Martell setzte mit seinen Franken ihnen im Westen eine Grenze, wie es im Osten Leo der Isaurier in der Verteidigung von Byzanz tat. Aber auch dann noch bedrohten die Araber Süd-Italien, ja Süd-Frankreich und nahmen die griechischen Inseln.

Die Araber setzten sich als eine Erobererschicht über die beherrschten Völker, die sie in ihrer Wirtschaft bestehen ließen. Wie sie, nach ihren Geschlechtern geordnet, gezeltet hatten, so ließen sie sich in den eroberten Städten nieder. Es konnte aber nicht ausbleiben, daß dort, wo die neue Lehre allgemein angenommen wurde, auch die ihr neu Gewonnenen sich wieder Geltung verschafften. So setzten sich unter den Abbassiden die alten städtischen Interessen gegen den unter der Herrschaft der Ommajaden zusammengefaßten arabischen Geschlechteradel durch. In dem Kampfe von Kufa gegen Damaskus klang es bei den mit Keulen ausziehenden Gewerbetreibenden wie das Walken in der Werkstätte.

Wohl war mit den Arabern ein neuer Stamm auf die Weltbühne getreten. Aber die Kultur, die ihre Reiche ausbildeten, nahm ebenso wie ihre Wirtschaft die wesentlichen Züge des bisherigen in sich auf. Der Islam mit seiner Betonung des Monotheismus und der Verbannung aller Bilder erscheint als eine durchaus rationale Religion. Sie verfolgt damit ähnliche Tendenzen, wie die bilderfeindlichen byzantinischen Kaiser oder wie die späteren Calvinisten. Der nüchterne Ernst der Moscheen weckt bei den verschiedensten Betrachtern den Vergleich mit den Puritanern. Allein es war dem Islam nicht um rationelle Durchdringung des Wirtschaftslebens zu tun. Es fehlte ihm die Strenge des römischen Rechts, aber die Weisungen der griechischen Philosophen, besonders die Lehre vom mittleren Preise, lebten in seinem Geschäftsverkehr fort. Unter arabischen Philosophen konnte die Frage auftauchen, ob die Preise von Allah stammten, oder von der Übereinkunft der Menschen.

Die Araber erhoben die Grundsteuer nach dem Schreibwerk der Perser, das sie vorfanden. Ebenso ließen sie die Verkehrsabgaben bestehen. Der Handel blühte in ihren Reichen. Mohammed selbst war ein Kaufmann. Von dem Gelegenheitshandel der Karawanen erzählen uns die Geschichten aus 1001 Nacht. Zwischen Kairo, Damaskus, Aleppo und Bagdad bestanden Geschäftsverbindungen. Reisen um des Gewinnes willen bildeten den Ruhm der Söhne der Kaufleute, und auch des Kredites wußte man sich hierbei zu bedienen.

Im 8. Jahrhundert gewann Bagdad, als Hauptstadt des Reiches der Abbassiden begründet, eine beherrschende Stellung. Die Einnahmen des von Nordafrika bis nach Indien sich erstreckenden Reiches erbrachten unter Harun al Raschid (780 bis 809 n. Chr.) etwa das Fünffache des damaligen byzantinischen Budgets, 530 Millionen Dirhems, etwa 21 Millionen £ St., die im 9. Jahrhundert allerdings auf die Hälfte herabgingen und im 10. bis auf 24 Millionen Dirhems, ein Zwanzigstel des früheren, sanken.

Wir sehen aus dem von KREMER mitgeteilten Einnahmenverzeichnis, daß es sich hierbei auch um in Geld geschätzte Naturallieferungen handelte wie Feldfrüchte (87,78 Millionen Dirhems). An weiteren Naturalabgaben begegnen uns Zucker, Honig, Rosinen, Datteln, Teppiche, Gewänder, Sklaven, Falken, Maultiere, Pferde, Elefanten.

In der Verwaltung mußten trotz des religiösen Verbotes auch Nicht-Moslem zugelassen werden. Im 10. Jahrhundert begegnen Christen als Sekretäre und Ärzte,

Juden als Bankiers, Wechsler, Färber und Gerber. Das Haus Joseph ben Phineas und Aaron ben Amram durfte sich als Hofbankier bezeichnen. Es verwaltete das Vermögen der Veziere und besorgte Überweisungen aus den Provinzen, Ägypten und Persien, nach Bagdad. Die Überweisungsanweisungen, Suftajas, können als Vorläufer des Scheck angesehen werden. Es gewährte schließlich auch Anleihen auf später eingehende Steuern. Dem Wechsel der Veziere unter dem Kalifen Al Mugtadir stand der durch Generationen gefestigte, auch über die politischen Grenzen hinaus wirksame Kredit des Bankhauses gegenüber.

In Bagdad gab es einen Bazar für chinesische Waren. An anderer Stelle konnte man Pelze, Bernstein, Sklaven aus dem Norden erwerben, wie denn arabische Münzen aus dieser Zeit in Rußland bis nach Schweden hin gefunden sind. Die Araber vervollkommneten und verbreiteten die von den Chinesen übernommene Herstellung des Papiers. In der Mathematik wußten sie die von den Indern erfundene Null systematisch zu verwerten; ihre Ziffern erleichterten das Rechnen. In Astronomie und Chemie knüpfte das Abendland seit dem 13. Jahrhundert an die arabischen Forschungen an.

Der Staat ließ dem Geschäftsleben größere Freiheit als im Ost-Römerreiche. Ibn Khaldun, ein nordafrikanischer Staatsmann des 14. Jahrhunderts, fand, daß der Staat mit seinen Ausgaben zwar der gewaltigste Markt sei; bei aller Betonung der politischen Voraussetzung wirtschaftlicher Blüte redete er aber doch einer Arbeitsteilung zwischen Wirtschaft und Staat das Wort. Der Staat müsse Rücksicht nehmen auf die Steuerkraft seiner Untertanen. Diese könne er durch Armensteuer, Grund- und Kopfsteuer nutzen. Bei gesteigertem Aufwand müsse der Herrscher in den Städten auch zu Zöllen greifen. Er dürfe diese aber nicht zu sehr erhöhen oder gar zu Monopolen übergehen; denn der Handel der Herrscher schade dem Untertanen und verdürbe die Steuern.

Die Araber wußten sich die Beherrschung der Zufahrtsstraßen des Ostens nach dem Westen zunutze zu machen. Die alten Formen des Handels wurden auch von ihnen angewandt. Ausdrücke wie Gabelle, Tarif, Douane, Fondaco übernahm das Abendland aus dem Arabischen.

Ein reich gegliedertes Gewerbe fand in den Bazaren unmittelbaren Absatz bei den Kunden. Für Lederbearbeitung, Schmiede, Textilien, Töpfereien, Körbe, Salben usw. gab es besondere Straßen. Die Macht des Stadtherrn aber war zu groß, als daß die Gewerbetreibenden dauernd eine selbständige Stellung in der Ordnung des Wirtschaftslebens erreichen konnten. Die Aufgabe der Herrscher war es nach Ibn Khaldun, in den Städten die Feindschaft der Menschen untereinander dadurch abzuwehren, daß sie die ihnen unterstehende Menge am Handeln hinderten.

Gewaltige Bauten zeugen von der arabischen Macht. Nichts Stattlicheres und nichts Zarteres als das Rote Schloß am Fuße der Sierra Nevada: Granada. Nicht nur als Händler der Wüste, auch durch ihre Berieselungsanlagen haben die Araber in Afrika und Asien ihre Spur hinterlassen. Dennoch sind sie weniger durch eigene Neuerungen groß als dadurch, daß sie antikes Gut hüteten. Fühlen wir uns nicht an die Wirtschaft des älteren Cato erinnert, wenn wir von dem Sohne eines Beamten hören, daß er eine ihm gewordene Erbschaft von 40 000 Dinar folgendermaßen anlegte: 20 000 Dinar verwandte er zum Ankauf eines Landgutes, von dessen Ertrag er lebte. 2000 Dinar gab er einem zuverlässigen Kaufmanne in das Geschäft, 8000 Dinar steckte er in den Ausbau seines Hauses und seine Ausstattung. Zehntausend Dinar vergrub er als Schatz für unvorhergesehene Fälle.

Mit den Osmanen kam noch einmal eine Herrschicht auf, die nur von den Tributen der Unterworfenen leben wollte und ihnen die Wirtschaft überließ. Der ragende Bau ihrer Moscheen beherrscht heute das Stadtbild von Konstantinopel.

Schrifttum.

NÖLDEKE: Tabari, Geschichte der Perser und Araber zur Zeit der Sassaniden, 1879, besonders S. 353 ff.; 376 ff.; 453 ff. — WELLHAUSEN: Die religiös-politischen Oppositionsparteien im alten Islam. Göttingen 1901. Das arabische Reich und sein Sturz, 1902. In einer Besprechung meiner „Mittleren Wirtschaftsgeschichte“ von 1921 hat von BELOW in Viertelj. Schr. f. Soc. und Wg. 1923 Bedenken geäußert gegen die Vergleichung von Islam und Calvinismus. Sie findet sich aber nicht nur bei SPENGLER und KEYSERLING, sondern auch bei TÖNNIES: Kulturbedeutung der Religionen. Schmollers Jahrbuch 1924, und bei CARTHILL: Lost Empire. — BECKER, C. H.: Steuerpacht und Lehenswesen. Der Islam 1914; Beiträge zur Geschichte Ägyptens unter dem Islam, 1902/03; Das türkische Bildungsproblem, 1916. — RITTER, H.: Ein arabisches Handbuch der Handelswissenschaft, 1915. — v. KREMER: Kulturgeschichte des Orients unter den Chalifen. Wien 1875; Über das Budget der Einnahmen unter der Regierung des Hârûn alraşîd. VII. Orientalisten Congress v. 1886. Wien 1888, Semitische Section. — FISCHEL, W.: The Origin of Banking in Mediaeval Islam. The Journal of the Royal Asiatic Society 1933. — HELL, J.: Die Kultur der Araber, 2. Aufl. 1919. — HARTMANN, M.: Die islamitische Verfassung und Verwaltung. Die Kultur der Gegenwart II, 1. — ROSENTHAL, E.: Ibn Khalduns Gedanken über den Staat. Beiheft der Hist. Zeitschrift 25, 1932. — BJÖRKMAN: Kapitalentstehung und -anlage im Islam. Mitteil. des Seminars für Orient. Sprach. Berlin 1929.

B. Die abendländische Wirtschaft des Mittelalters.

I. Die agrare Grundlage des Wirtschaftslebens.

1. Die bäuerliche Wirtschaft.

Die bäuerliche Wirtschaft, welche die Grundlage der städtischen Kultur des Altertums gebildet hatte, blieb auch nach dem Verfall der Städte erhalten, ja, sie wurde der eigentliche Träger der weiteren Entwicklung.

Alt war die bäuerliche Kultur der Germanen. Wenn uns über die frühere Zeit im wesentlichen die Ergebnisse dieser Kultur, die Funde in Gräbern und Wohnstätten, Zeugnis geben, so liegt für das Mittelalter eine reichere Überlieferung vor. Die Einteilung des Bodens, wie sie noch bestand, als im 18. und 19. Jahrhundert neue landwirtschaftliche Methoden eingeführt wurden, geht im wesentlichen auf die Siedungsverhältnisse zu Beginn des Mittelalters zurück. In den Flurkarten, wie sie namentlich MEITZEN veröffentlichte, haben wir daher eine wichtige Quelle der Agrargeschichte vor uns. Dazu treten die Aufzeichnungen von Übertragungen von Grundbesitz. Allerdings ist diese Quelle etwas einseitig, da es sich vor allem um Übertragungen an geistliche Grundherrschaften handelt. Ebenso treten bei den Aufzeichnungen über die dem Grundherrn zu leistenden Dienste, den Urbaren, die geistlichen Grundherren neben den Landesherren sehr stark hervor. Allein wenn auch für den freien bäuerlichen Besitz naturgemäß die selbständigen Quellen seltener sind, so geht gerade aus gelegentlichen Anführungen in den grundherrlichen Aufzeichnungen seine Bedeutung hervor. Für die spätere Zeit sind die Weistümer, in denen die bäuerlichen Genossen ihre Rechte und Bräuche aufzeichneten, von großem Werte. In diesen Urkunden zeigt sich das dem Abendlande eigentümliche Bestreben nach sicheren, nicht willkürlich zu ändernden Rechtsverhältnissen am Boden.

Die germanische Siedlung hat im wesentlichen auf den eroberten Gebieten den von den Römern genutzten Boden weiter bearbeitet. Indessen ließ man die römischen Siedlungen verfallen und baute sich oft daneben neu an. Vor allem wurde die Einteilung der Flur eine andere.

Die germanischen Siedlungen des frühen Mittelalters kennzeichnen sich als Haufendörfer. Nicht straßenweise nebeneinander, wie in den romanischen Siedlungen, sondern in buntem Durcheinander steht im Dorfe jedes Haus für sich.

Im Häuserbau weisen die einzelnen Stämme Verschiedenheiten auf. Das niedersächsische Haus und wiederum das allemannische, faßt unter einem Dache Wohnung und Stallungen zusammen. Das fränkische weist auf einem mit dem Hof Tore geschlossenen Hofe neben dem Wohnhause Stallung und Wirtschaftsgebäude auf. Die Bauart der siebenbürgischen Dörfer erinnert an die Dörfer am Rhein, wie denn auch die Mundart der Siebenbürger „Sachsen“ die an der Mosel gesprochenen Dialekte wiedergibt.

Die erste Bewirtschaftung des Bodens erfolgte in der Form der sog. „wilden Feldgraswirtschaft“. Bei diesem Feldsystem wird nur ein bestimmter Teil des Gebietes unter den Pflug genommen und Jahr für Jahr bis zur Erschöpfung bestellt. Dann kommt eine andere Fläche daran. Es ist genug Land vorhanden, das so neu in Angriff genommen werden kann, während man das alte liegen läßt. (Arva per annos mutant

et superest ager, Tacitus, Germania.) Für diese Kultur wird die Ackerfläche dadurch vorbereitet, daß auf dem Gelände befindliches Gebüsch oder die Oberfläche des Moores abgebrannt wird. Solche *Brennwirtschaft* oder *Moorwirtschaft* steht nicht nur am Anfang der Entwicklung, sondern hat sich in abgelegenen Gegenden, wie im bayerischen Walde oder den niederdeutschen Mooren, bis zur Gegenwart erhalten.

Im 8. Jahrhundert sehen wir ein anderes Feldsystem im Vordringen, das das ganze Mittelalter hindurch ausschlaggebend wurde, die *Dreifelderwirtschaft* oder das System der *ewigen Weide*: Um den Hof herum befindet sich eingezäuntes Gartenland, in dem vor allem die Frau tätig ist. Abgesondert sind auch eingezäunte kleinere Flächen (Beunden) für Spezialgewächse, wie Hanf, und die Wiesen. Im übrigen findet eine Trennung zwischen bebautem und nicht bebautem Lande statt. Die Ackerflur wird dauernd für den Anbau benutzt, während der Rest der Dorfmark, zunächst der größere Teil ihrer Fläche, dauernd als Weide dient, daher System der „ewigen Weide“.

Die Flur ist in verschiedene Gewanne geteilt, je nach der Lage des Bodens, etwa am Bach oder auf der Höhe. Durch Neurodungen kann die Zahl der Gewanne gemehrt werden. An den Namen der Gewanne erkennt man die Zeit ihrer Inangriffnahme, das Vordringen der Feldbestellung von der Nähe des Dorfes nach den Außenschlägen. Der einzelne Hof hat seinen Besitz verteilt in den verschiedenen Gewannen. Daß die Besiedlung gemeinsam erfolgte, durch die Sippe, zeigt sich noch in den Namen dieser ersten Siedlungen, besonders den Ortschaften auf „ingen“ und „heim“. Wie die erste Inangriffnahme der Gewanne eine gemeinsame war, bedingte die Gemengelage der einzelnen Grundstücke eine gemeinsame Bewirtschaftung der Flur. Es fehlte an Wegen zu den einzelnen Grundstücken. Der einzelne Besitzer konnte zu seinen Parzellen nur über die Grundstücke der Nachbarn gelangen. Das hatte die Notwendigkeit zur Folge, für das Pflügen, das Säen, das Ernten von der Gemeinde aus bestimmte Zeiten für die Feldarbeit anzugeben, nach denen alle sich richten mußten. Der Feldbesitz des einzelnen stand also unter Flurzwang. Nach der Ernte wurde das Stoppfeld als Weide von der Gesamtheit benutzt. In England wurde dies System daher „Open field system“ genannt.

Gemeinbesitz war die Weide. Hierhin wurden in Wald und Heide Schafe, Rinder, Gänse, Schweine, denen die Eichelmast zugute kam, unter den Gemeindegewannen getrieben. Aus dem Walde der Allmende durfte der Dorfgenosse sich Brennholz und Bauholz holen. Hier schwärmten die Bienen. Anfangs schien dieser Rückhalt der Wirtschaft unermesslich. Beliebig konnten Teile der Allmende zur Rodung freigegeben werden, sei es für neue Gewanne der alten Dorfflur, sei es für neue Dorfsiedlungen. In Namen, wie „Neubruch“ für einen Gewinn oder „Bruchhausen“ für ein Dorf, zeigt sich diese Entwicklung. Mit dem 15. Jahrhundert jedoch ergab sich die Notwendigkeit, mit den Schätzen der Allmende sparsamer umzugehen. Jetzt verlangte die Gemeinde, daß Bäume nur unter ihrer Genehmigung geschlagen werden durften. Jung Verheiratete mußten durch Neupflanzungen für die Erhaltung des Baumbestandes sorgen. Die Anzahl der Schafe, die der einzelne auf die Weide treiben durfte, wurde beschränkt.

Neben der dem einzelnen Dörfe gehörenden Allmende gab es „Gemeine Marken“, die mehreren Dörfern gemeinsam gehörten. Teils mochte es sich bei diesen „Gemeinen Marken“ um bei der gemeinsamen Besitznahme des Landes unverteilt gebliebene Strecken handeln, teils waren es Grenzgebiete, die bei der unbestimmten Festsetzung der Grenze als beiden Anliegern gehörig galten. Wälder bildeten die Grenzen der Gauen und der neu sich bildenden Territorien.

Je nach der Fruchtbarkeit des Bodens wird die Bewirtschaftung eingerichtet. Auf besonders fruchtbarem Boden, wie im Niltal, kann derselbe Boden jedes Jahr Ernte tragen. Den kargen Boden Schottlands muß man jedes zweite Jahr ruhen lassen: Dort spricht man von Einfeldwirtschaft, hier von Zweifelderwirtschaft. Bei

der *Dreifelderwirtschaft* wird die Flur in drei Teile geteilt, von denen jeweils einer mit Winterkorn, Weizen oder Roggen, bestellt wird, der zweite mit Sommerkorn, Gerste oder Hafer, während der dritte brach liegt. Nach der Brache wurde der entsprechende Flurteil das nächste Jahr wieder mit Winterkorn, im darauffolgenden Jahre mit Sommerkorn bestellt. Im späteren Mittelalter ging man in der Nähe der Städte, in Flandern und am Rhein, dazu über, bei häufigerer Wendung der Brache auf ihr Futterkräuter anzupflanzen. Diese intensivere Kultur nannte man „Besömmerung der Brache“. Die Düngung kam den Außenschlägen weniger zugute als den näher gelegenen Gewannen. Sie wurde besonders eingeschränkt in den Weinbergen.

Neben den Haufendörfern und der Gewanneinteilung der Flur finden wir *Einzelhöfe* mit Schlägen, die ohne genossenschaftliche Bindung um diesen Einzelhof herumliegen. Die Einzelhofsiedlung ist technisch rationeller, weil bei ihr die Wege der einzelnen Grundstücke zum Hofe kürzer sind. Sie setzt aber befriedete Verhältnisse und ein hohes Maß technischer Ausrüstung des einzelnen Betriebes voraus. Wir finden heute die Dorfsiedlung in Rußland, die Einzelhofsiedlung in Nordamerika. MEITZEN versuchte, die Einzelhöfe durch Stammeseigentümlichkeit zu erklären. Sie erschienen ihm als Zeichen keltischer Besiedlung. Mit Recht hat KNAPP gegen diese Auffassung sofort Stellung genommen, denn Einzelhöfe begegnen auch auf durchaus germanischem Boden, wie in Norwegen oder dem allemannischen Siedlungsgebiet der Schweiz. Sie erklären sich durch die Besonderheiten des Geländes. Auf schwierigerem Boden, der nur extensive Bewirtschaftung gestattete, war der Einzelhof angebracht. Wir finden ihn daher neben den Dörfern von dem gleichen Volksstamm dort eingerichtet, wo diese Voraussetzungen vorlagen. Schon MEITZEN war die Verschiedenheit in der Besiedlung Westfalens aufgefallen: Dörfer auf dem Hellwege, im übrigen Vorherrschen des Einzelhofes. Die neuere Forschung hat nun gezeigt, daß diese Einzelhöfe auf die spätere Besiedlung des Landes, die sich auf das ungünstigere, sumpfige Gelände erstreckte, zurückzuführen sind.

Das, was eine bäuerliche Nahrung ausmachte, bezeichnete man als eine *Hufe*. Es gehörte dazu der Hof mit seinem eingezäunten Garten, der Anteil an der Flur, der unter dem Zwange der gemeinschaftlichen Bewirtschaftung stand, und das Nutzungsrecht an der Allmende. Je nach der Güte des Bodens war die Hufe verschieden groß. Durch Teilung wurden aus einer Vollhufe Halbhufen, Viertelhufen usw. Andererseits konnte der Adel mehrere Hufen besitzen. Besonders weit ging die Zersplitterung in den Weinbergen. Dort kommen später Stücke von halben und viertel Morgen vor. Selbst in einem Dorfe war das Ausmaß der einzelnen Hufen keineswegs ein gleiches. So gab es im 14. Jahrhundert in einem Dorfe, das zum Kloster Bebenhausen bei Tübingen gehörte, sieben Höfe, die 20, 27, 28, 38 $\frac{1}{2}$, 41, 42 und 96 Morgen groß waren. Die Königshufen, nach denen neu zu besiedelndes Land ausgetan wurde, umfaßten das Vierfache der gewöhnlichen Hufen, etwa 120 Morgen. Größeres Ausmaß bekamen später Klosterhöfe, auf denen Schafzucht betrieben wurde. Hier begegnen Güter von 230—480 Morgen.

Neben den vollberechtigten Bauern gab es im Dorfe andere Siedler, die vielleicht neben ihrer Kathe nur einen Garten und Anteil an der Allmende hatten. Sie waren auf die Bezahlung ihrer Dienste angewiesen. Unter ihnen war der Schmied am angesehensten. Über dieser bäuerlichen Grundlage stand die Grundherrschaft.

2. Die Grundherrschaft.

Man hat früher einer Epoche der selbständigen freien Bauerngemeinde eine andere entgegengesetzt, in der die Grundherrschaft ausschlaggebend gewesen wäre. In den Tagen Karl Martells, als es galt, den Arabern ein Reiterheer entgegenzustellen, habe man zur Ausrüstung dieses Heeres den Rittern die Dienste der Bauern zugesprochen. Neben der weltlichen habe sich die geistliche Grundherrschaft ausgedehnt, teils gewaltsam, indem man die frommen Seelen mit Höllestrafen ängstigte,

teils freiwillig, da gegenüber den weltlichen Grundherren der Grundsatz galt, „unter dem Krummstab ist gut leben“. Dieser Auffassung gegenüber hat namentlich WITTICH die Grundherrschaft als eine altgermanische Einrichtung hingestellt; bei den Maßnahmen Karl Martells wären nur kleinere Grundherren in größere Grundherrschaften zusammengefaßt. Von anderer Seite wurde der Zusammenhang der mittelalterlichen Grundherrschaft mit der Grundherrschaft der ausgehenden Antike betont. Bei der Inbesitznahme des Landes hätten die germanischen Eroberer sich einfach an die Stelle der römischen Possessoren gesetzt. Vom Westen aus hätte sich dann die Grundherrschaft über das ganze Frankenreich verbreitet.

Wir dürfen uns die Gleichheit der früheren Gemeindegossen als keine allzu schematische vorstellen. Im Gegenteil weisen gleiche Maße der Hufen zumeist auf spätere rationelle Einteilung durch die Grundherrschaft oder den Staat. Schon Tacitus spricht von einer Verteilung des Landes „secundum dignitatem“. So konnten von vornherein dem Adel, der sein Land im Gemenge der Dorfflur liegen hatte, größere Anteile verliehen sein, das Doppelte oder das Vierfache des einfachen Bauernloses; ferner konnten ihm in der Allmende besondere Vorrechte zustehen.

Schon in der Antike konnten wir die große Bedeutung des Adels wahrnehmen, aber auch bei den später in das Licht der Geschichte tretenden Völkern des Ostens, den Slaven, Letten und Esthen, läßt sich eine frühe Grundherrschaft nachweisen. Sie ist im Baltikum nicht erst durch die Deutschen eingeführt. So gab es bei den alten Germanen eine Grundherrschaft. Ihre Bedeutung wurde aber in der Karolingerzeit gewaltig gesteigert. Dabei ist nicht nur auf den Einfluß der ritterlichen Lehen hinzuweisen. Auch die Klöster lassen in ihrer Verfassung antike Traditionen, Erinnerungen an die ägyptische Tempelwirtschaft erkennen. Diese Ansätze gewannen indes in dem Abendland eine neue Bedeutung. Nicht nur erhielten sich neben der Grundherrschaft freie Bauern, die Grundherrschaft selbst mußte den ihr hörigen Bauern, mochten diese sich aus alten Unterworfenen oder neu sich in Abhängigkeit Begebenden bestehen, besondere Rechte verleihen. In der Verfassung der Höfe gewann die Gemeinschaft der Arbeitenden, eben die abhängigen Bauern, selbständige Rechte. Wenn in den späteren Quellen von Schöffen oder Beamten, wie Hirten oder Flurschützen, die Rede ist, muß im Einzelfall untersucht werden, ob es sich hier um Einrichtungen des Hofes oder der Gemeinde handelt.

Im übrigen weist die Grundherrschaft in den verschiedenen Zeiten und den verschiedenen Gegenden verwandte Züge auf. Wenn wir die Briefe lesen, die der Papst Gregor d. Große um 600 über die Verwaltung des Kirchengutes besonders in Sizilien geschrieben hat, so finden wir darin Anklänge sowohl an die Verwaltung der früheren kaiserlichen Domänen, wie auch an das karolingische „Capitulare de villis“.

So wie der Kaiser Commodus einst auf dem Saltus Burunitanus in Afrika seine Colonen gegen die Übergriffe des Conductor, seines Beamten, schützen mußte, nimmt sich auch Gregor seiner Bauern in Sizilien an. Ihre Abgaben sollen mit gerechtem Maß gemessen werden. Bei Hochzeiten sollen sie nicht mehr als einen Solidus zu zahlen haben; womöglich soll bei ihrem Tode der Hof an ihre Kinder gehen. Die eigene Wirtschaft der Grundherren beschränkte sich auf Weidewirtschaft durch grundherrliche Hirten. Schollenpflichtig waren nicht nur die Colonen, sondern auch die Beamten, die Defensores. Sie durften ihre Frau nur aus der Massa, in der sie geboren waren, nehmen. Die einzelnen Güter waren in die Verwaltungsbezirke der „Massae“ zusammengefaßt; über den „Conductoren“ der „Massae“ standen die „Rectoren“ der „Patrimonia“. Der große Besitz der Kirche wurde in Kleinbetrieben verwertet. Die Überschüsse der Getreidewirtschaft Siziliens ließ Gregor, wie zu den Zeiten der alten Römer, nach Rom bringen.

Das „Capitulare de villis“ ist nicht, wie man früher annahm, eine allgemeine Ordnung des königlichen Grundbesitzes, sondern ein Idealplan, vor allem für die königlichen Tafelgüter. Auf Grund der Verhältnisse des im nördlichen Westfranken-

reich besonders ausgedehnten königlichen Besitzes wurden, wie DOPSOH zuerst nachwies, besondere Vorschriften für Aquitanien erlassen, die dann aber wieder, wie TH. MAYER nachweisen konnte, für das ganze Reich Geltung haben sollten. In ähnlicher Weise hat man in St. Gallen einen idealen Bauplan entworfen, dessen Ausführung in den einzelnen Klöstern nur mit großen Einschränkungen erfolgen konnte.

Von den Römern hatten die Germanen besonders den Obstbau und die bessere Bewahrung der Güter gelernt. Die Ausdrücke für Kirsche, Pfirsich, Weinbau, Keller, Küche, Fenster erinnern an diese Entlehnungen. In dem „Capitulare de villis“ wird dem Obst und dem Gemüse besondere Sorgfalt gewidmet. Auch der Heilkräuter wird gedacht. Diese Dinge wurden dann in den Klostergärten weitergepflegt. Die einzelnen Höfe sollten nach dem Capitulare de villis provinzweise in Fiscis zusammengefaßt werden. In den Pfalzen hielt der König Hof. Dort, wo die Überschüsse der Verwaltung sich bildeten, mußten sie wegen der Schwierigkeit der Transportverhältnisse auch verzehrt werden. Wir sehen daher Karl d. Gr. besonders in den Gegenden Hof halten, wo die königlichen Güter lagen. Zu Ende seiner Regierung wurde Aachen fast zu seinem ständigen Aufenthalt. Zu einer eigentlichen Residenz haben es aber später zunächst weder die Kaiser noch die aufkommenden Territorialherren gebracht. Ansätze dazu finden wir in dem Goslar der Salier und in dem Prag der Luxemburger.

Der König war der größte Grundherr, ihm gehörte das eroberte Land, so weit es nicht einzelnen seiner Großen zufiel. Er hatte in dem herrenlosen Gebiete zu bestimmen, in den Wäldern, die vor allem an den Grenzen sich ausdehnten. Freilich war dieser Grundbesitz das wichtigste Mittel, mit dem der Herrscher sich Dienste sichern konnte. Auch wenn das königliche Gut nur zu Lehen gegeben wurde, das beneficium verbunden blieb mit der Person des durch den Treueid dem Herrscher verbundenen Vasallen, so machte doch die tatsächliche Verfügung über den Grundbesitz die Lehnsträger bald selbständig. Neue Dienste zu gewinnen, mußten daher neue Vergabungen erfolgen, so daß wir einer ständigen Minderung des Königsgutes gegenüber stehen, der nur gelegentlich entgegengetreten wird durch den Heimfall von Lehen oder durch Säkularisierung von Kirchengut. Eine solche, freilich nicht die einzige, fand vor allem statt, als Karl Martell sein Heer gegen die Araber rüstete. Gegen diesen Verlust wurde der Kirche später der Zehnte verliehen, eine Steuer auf den Rohertrag der Wirtschaft, die zehnte Garbe, die zehnte Frucht, den zehnten Wurf. Besonders stark waren die Vergabungen an die Kirche in neubesetzten und neubekehrten Landen. So wurden den in Germanien gegründeten Bistümern starke Dotationen ausgesetzt; die Klöster erhielten ausgedehnte Ländereien für ihre Rodungen. Noch unter Otto dem Großen bezeugen 238 Schenkungen, durch die 41 Königshöfe und 796 kleinere Güter und Hufen vergeben wurden, unter Otto II. 107 Schenkungen mit 62 Königshöfen und 29 kleineren Gütern.

Die christliche Religion war keine Herrenreligion, sondern sie wurde ursprünglich von dem Erlöserglauben der Unterdrückten getragen. Der Armen nahm sich daher die Kirche besonders an. Nach den Vorschriften Gregors d. Gr. sollte von ihren Einkünften ein Viertel der Unterstützung der Armen dienen, ein Viertel war für den Bauaufwand bestimmt; ein Viertel hatte der Bischof, ein Viertel der Klerus zu beanspruchen. Eine entsprechende Vorschrift findet sich bei der Einrichtung des Zehnten. Auch hier ist ein Viertel für die Armen bestimmt, ein Viertel für den Kirchenbau, ein Viertel für den Pfarrer, ein Viertel für die oberen Instanzen. Zur Durchführung ihrer Aufgaben erwartete die Kirche Spenden von ihren Mitgliedern, wie sie ihr in reichem Maße nicht nur von den Fürsten und Großen des Landes, sondern auch von den einfachen Bauern gegeben wurden. Dabei förderte die Kirche bewußt ihren Grundbesitz. Sie bekämpfte die alte Sippenbindung und trat für Freiheit der Verfügung von Todes wegen ein.

Das Mönchtum pflegte die Askese. Aber mit seiner Ausbreitung wurde die Frage seiner Unterhaltung wichtig. Säulen-Heiliger konnte man in Hellas und

Syrien, aber nicht in Nordfrankreich sein. Das Klima ließ das nicht zu. Während die Mönche des Ostens das beschauliche Leben in den Vordergrund stellten, konnte im Westen und Norden in dieser naturalwirtschaftlichen Zeit das Mönchtum sich nur durch Selbstversorgung aus seinem Besitze behaupten. Daher verlangte die Regel des heiligen Benedikt: „Bete und arbeite“. Durch eigene Arbeit, durch Roden und Landbau, mußten die Brüder sich ihren Unterhalt erwerben.

Durch die Schenkungen erlangten die geistlichen Stiftungen eine weitverbreitete Grundherrschaft. Aber wie der einzelne Bauer seinen Besitz in den verschiedenen Gewannen zerstreut hatte, so zeichnete auch die großen geistlichen Grundherrschaften, über die wir genauere Überlieferung besitzen, der Streubesitz aus. Bald in diesem, bald in jenem Dorfe besaß die Grundherrschaft eine oder mehrere Hufen. Eine gewisse Zersplitterung erschien der Grundherrschaft nicht ungünstig, weil sie dadurch an Gütern verschiedener Produktionsbedingungen teilhaben konnte. So erwarben auch entfernt liegende geistliche Herren Weingüter in günstiger Lage am Rhein oder an der Donau. Die Reichenau suchte auf der Fahrt nach Rom möglichst eigene Höfe als Herbergen zu benutzen. Auf der anderen Seite bedeutete freilich die Zersplitterung des grundherrlichen Besitzes eine große Schwierigkeit für die Verwaltung. Es bestand immer die Gefahr, daß allzu entfernt gelegene Höfe oder Hufen sich selbständig machten. Die Klagen über solche Entfremdung geistlichen Gutes sind zahlreich. Das Streben nach Arrondierung durch Tausch oder Kauf wurde dort erfolgreich unterstützt, wo in einem Dorfe dem Grundherrn auch obrigkeitliche Gewalt, die Gerichtshoheit, zustand.

Die Bewirtschaftung erfolgte so, daß ein Teil des Landes, die terra dominicata, das Saalland, in eigener Bewirtschaftung des Grundherrn stand, während das übrige Land selbständigen Wirten ausgeteilt war, die teils frei, teils hörig, nur zu Abgaben und Diensten verpflichtet waren. Für die Abtei Werden a. d. Ruhr hat KÖTZSCHE folgende Daten gefunden: Das Saalland umfaßte 607 Morgen, etwa das Zwanzigfache einer Bauernhufe mit durchschnittlich 30 Morgen. Mit diesen etwa 150 Hektar bildete das Herrenland aber nur ein Sechstel des gesamten dem Kloster gehörigen Bauernlandes, das 119 Hufen mit 3645 Morgen umfaßte. Nach einer Schätzung von 818 gehörten zu einer reichen Grundherrschaft 3000—8000 Hufen, zu einer ärmeren 200—300 Hufen. Benediktbeuern klagte 1032 über 1250 entwendete Hufen und wies bei 60 villae nur mehr 100 Hufen auf. St. Emmeran in Regensburg hatte 850 Hufen, St. Ulrich in Augsburg 500, Gernrode 400 an 60 Orten, Nienburg 1650 Hufen in 155 Ortschaften. Im 12. Jahrhundert hatte St. Maximin bei Trier noch über 1000 Hufen, ebenso Bamberg. Der zum Kloster Lorsch gehörige Hof Flagestadt hatte 1000 Morgen. Von 27 Dominikalhöfen des Bistums Chur hatten nach von INAMA-STERNEGG drei zwischen vier und 600 Morgen, drei unter 100 Morgen; die übrigen standen in der Mitte.

Zwischen den geistlichen Grundherrschaften zeigt sich eine verschiedene Entwicklung. Die reich gewordenen Benediktiner entwickelten in dem Kloster eine Hofhaltung. Sie legten Wert auf den Ausbau ihrer Landesherrschaft. Ihre Mittel gestatteten es ihnen, Ritter zu belehnen und selbst sich der Pflege der Wissenschaften zu widmen. Demgegenüber betonte der heilige Bernhard v. Clara Vallis die Einfachheit des Lebens und die eigene Landarbeit der Brüder. Die Zisterzienser widmeten sich in härtester Zucht selbst dem Landbau. So wurden ihre Siedlungen Mustergüter. Von Eberbach im Rheingau ging der Weinbau auf den bisher vernachlässigten Terrassen aus. Zisterzienser und Premonstratenser halfen nicht nur Sumpf- und Waldgebiete im Inneren Deutschlands in fruchtbaren Boden zu verwandeln, sie trugen auch wesentlich dazu bei, in den seit dem 12. Jahrhundert im Osten neu gewonnenen Gebieten die landwirtschaftliche Kultur zu verbreiten. Bis nach Schlesien, der Mark und in Mecklenburg wurde, wo sie hinkamen, gerodet, wurden Fischteiche angelegt und die Tierhaltung gepflegt. Dabei wurde den Patronen, wie in

Bebenhausen den Pfalzgrafen von Tübingen, später den Württemberger Grafen, die öffentliche Vertretung überlassen und ihnen und ihrem Gefolge, etwa bei Jagden, Herberge und Atzung gewährt.

Die Zisterzienser verwalteten ihre Höfe selbst. Wir können verfolgen, wie sie gelegentlich, z. B. in Schulpforta und Bebenhausen, Bauern legen, um ihre Höfe zusammenzulegen, dort, wo der Betrieb einer Schäferei ergiebiger erschien. Im Anschluß an das Kloster wurden Handwerker als Laienbrüder angesiedelt. Vieles aber bauten und arbeiteten die Mönche selbst.

Über die weltlichen Grundherrschaften sind wir besonders dort unterrichtet, wo sie sich zu Territorialherrschaften ausbildeten. Das Habsburger Urbar zeigt uns die Mannigfaltigkeit der Rechte, auf Grund deren Abgaben zu beanspruchen waren. Neben grundherrlichen Rechten stehen gerichtsherrliche, und die Ausübung der Vogtei, des Blutbannes für die geistlichen Herrschaften, war eine besondere Einnahmequelle der weltlichen Herren. Dadurch, daß nicht nur die größeren Lehen, sondern später auch die kleineren, von diesen wieder abhängigen, erblich wurden, zersplitterte sich der weltliche Grundbesitz, ähnlich wie der geistliche oder der königliche solchen Tendenzen unterworfen war. Das Streben der Grundherren ging vielfach weniger auf Ausdehnung ihres Grundbesitzes, als auf Ausdehnung ihrer Territorialhoheit. Diese stieß im Innern Deutschlands auf starke Gegentendenzen. Geistliche und weltliche Herren standen sich gegenüber, wie etwa die Mainzer und die Hessen. Durch Teilungen wurde jede Arrondierung wieder aufgehoben. Dagegen konnten sich größere Territorien auf den eroberten Gebieten des Ostens bilden.

Die Grundherrschaft konnte durch die Zusammenfassung der Kräfte eine reichere Wirtschaft entfalten, als es dem einzelnen Bauern oder auch der Bauerngemeinde möglich war. Bei ihr wurde das Zuchtvieh gehalten. Sie verfügte über Mühle, Backhaus, Brauhaus und Kelter. Dadurch, daß sie nicht nur Lebensmittel, sondern auch etwa Gewebe oder Geräte als Abgaben verlangte, förderte sie die Spezialisierung der Arbeit. Vor allem nahm die Grundherrschaft planmäßig die Gewinnung neuen Bodens in die Hand. Die ihr zur Verfügung stehenden Frondienste der abhängigen Bauern erleichterten ihr die Rodung. Die bisher als unwirtlich gemiedenen Wald- und Sumpfbgebiete wurden nun auch unter den Pflug genommen. Der Prozeß dieser Siedlung, der in den deutschen Waldgebieten begann, setzte sich bis ins 13. Jahrhundert nach Osten hin fort, bis nach den Karpathen und den Sumpfbgebieten Ostpreußens. Die neuen grundherrlichen Siedlungen unterscheiden sich von den alten Niederlassungen der Gemeinden nicht nur durch ihren Platz, sondern auch durch die Art ihrer Anlage. Es sind zerstreutere kleine Gruppen von Höfen oder Einzelhöfe. Auch in den Namen dieser Siedlungen, die besonders auf —weiler, —villare, lauten, erkennt man ihren grundherrlichen Ursprung.

Wenn wir auch vom 9. bis zum 12. Jahrhundert die überragende Bedeutung der Grundherrschaft feststellen müssen, so haben wir uns diese doch nicht als Großbetrieb zu denken. Vielmehr nutzten die großen Grundbesitzer den Boden weitgehend durch die Leihe. Es konnte vorkommen, daß diejenigen, die der Kirche ihren Besitz übergaben, dafür das Doppelte als Leihe bekamen.

In unsicheren Zeiten konnte die Übergabe des Besitzes an einen geistlichen, durch das Recht der Immunität geschützten Herrn, der ihn dem Schenkenden nur mit einer geringen Abgabe belastet wiedergab, geradezu als eine Form der Sicherung des „Eigentums“ gelten. Über den Umfang der Beleihungen bietet uns die Überlieferung des mittelitalienischen Klosters Farfa ein besonders reiches Material. Neben der Leihe kleinerer Güter (Livellum = durch Urkunde belegter Vertrag, Precarium = auf Bitte hin gewährte Überlassung) begegnet besonders im Bistum Lucca die Emphyteuse, Erbpacht großer Güter, häufig auf drei Leben mit Meliorationsverpflichtungen.

Um die Gleichmäßigkeit der Abgaben zu sichern, konnten die Grundherren

Geschlossenheit der Güter verlangen. Diese ist aber durchaus nicht immer, wie BRENTANO wollte, auf grundherrlichen Einfluß zurückzuführen. Im Schwarzwalde beruhte sie, wie GÖTHEIN nachwies, auf der Initiative der Bauern, die wegen der Ungunst der Bodenverhältnisse durch Zersplitterung der Höfe die Grundlage ihrer Ergiebigkeit gefährdet sahen. Die Grundherrschaft konnte der Zersplitterung der Höfe dort, wo fruchtbarer Boden sie erleichterte, ruhig zusehen, wenn ihre Verwaltung, der Rest- oder Stadelhof, für das Eingehen der Abgaben sorgte. Ja, sie hatte ein gewisses Interesse an der Beweglichkeit des Bodens, indem sie bei jeder Änderung Abgaben verlangte. Wo viele Erben waren, der Erbfall also auch häufiger eintrat, konnten auch mehr Erbsteuern eingetrieben werden, wie sie in der Forderung des Besthaupt, des besten Stückes Vieh, oder des besten Gewandes, bestanden. In Sachsen trat der Landesherr gegen die freie Teilbarkeit auf.

Bei der planmäßigen Besiedelung von Neuland bildeten sich seit dem 12. Jahrhundert neue Formen des Dorfes aus. In dem eingedeichten Lande, wie es zuerst 1106 der Erzbischof von Bremen niederländischen Siedlern in den Wesermarschen vergabte, finden wir die Höfe in langer Linie hinter dem Deiche. Jedem ist sein Land in langen Streifen, die senkrecht zu dem Deiche stehen, angewiesen. Ähnlich lagern sich in den Waldtälern des inneren Deutschlands die Höfe in der Talsohle, so daß man hier wohl von Fadendörfern spricht. Die Marschhufe und die Waldhufe unterliegt nicht dem Flurzwang. Selbständig kann sie der einzelne Landwirt für sich bewirtschaften.

Die Bodenbesitzverhältnisse sind überall durch Machtverhältnisse bedingt. Auf erobertem Gebiete bildeten sich größere Besitzungen, so als die Normannen England eroberten und als die Deutschen über Saale und Elbe erobernd voringen. Im deutschen Osten gestalteten sich die Rechte der neu dort angesiedelten Bauern zunächst besonders günstig, mußte man sie doch durch solche Rechtslage heranziehen und war andererseits auch den slawischen Herren, wie den Mecklenburgern, den Pommern, den Schlesiern, nur durch die intensive Nutzung des Bodens, wie sie die neuen Siedler brachten, es möglich, aus ihm eine Einnahmequelle zu gewinnen.

Die älteren Siedlungen des Ostens sind Runddörfer; um einen großen Platz in der Mitte sind die Höfe im Kreise geordnet. Die neueren Siedlungen tragen häufig die Form des Straßendorfes. Die Ansiedlung erfolgte meist so, daß der Grundherr mit einem Locator abschloß, der dann das Dorf einrichtete und etwa als Erbschulze eine bevorrechtete Stellung bekam. Das deutsche Recht wurde vielfach auch den alten slawischen Siedlern verliehen.

Die Grundherrschaft konnte aber nicht nur fördernd vorgehen. Es war möglich, daß die Fehden der Grundherren das Land verwüsteten. So sehen wir im 14. Jahrhundert, als das Papsttum in Avignon war, die Fehden der römischen Geschlechter die Campagna verwüsten. Die Bauern mußten sich in die Berge flüchten. Erst seit dieser Zeit verfiel die Campagna der extensiven Weidewirtschaft, aus der sie erst in neuester Zeit wieder zu intensiverer Kultur gelangen konnte. Ähnliche Verhältnisse können wir für diese Zeit in Sizilien feststellen.

In der weiteren Entwicklung wurden die agraren Verhältnisse wesentlich durch das Aufkommen der Städte und das Eindringen der Geldwirtschaft bestimmt.

3. Die agraren Verhältnisse unter dem Einfluß der Verkehrswirtschaft.

Südfrankreich und *Norditalien*, in denen das Städtewesen im 12. Jahrhundert einen großen Aufschwung nahm, bildeten auch eine besondere Form der agraren Wirtschaft aus. Die adligen Herren gingen teils in die Städte über, teils wurden sie von städtischen Geschlechtern verdrängt, wie wir das besonders in Toscana beobachten können. Die alte Hörigkeit verschwand, aber der Boden blieb den neuen städtischen Herren. Die Bauern wurden als Halbpächter eingesetzt, die die Hälfte des Rohertrages den Herren zu liefern hatten.

Dieses System der Halbpacht (*Métayage* oder *Mezzadria*) bietet unter stabilen Verhältnissen, wie sie im Mittelalter vorherrschten, beiden Teilen große Vorzüge. Faßt man den Bauern als landwirtschaftlichen Arbeiter auf, so ist seine Lage unter diesem Halbpachtsystem dadurch eine günstige, daß er voll an dem Ertrage der Landwirtschaft beteiligt ist. Der Grundherr seinerseits kann mit ziemlich gleichbleibenden Erträgen rechnen und danach seinen Boden als Erwerbsvermögen einschätzen. Freilich zeigen sich dadurch, daß jede neue Investition das Verhältnis zwischen Verpächter und Pächter verschieben würde, die Grenzen dieses nur den Rohertrag, nicht den Reinertrag, berücksichtigenden Systems, sobald eine eigentlich kapitalistische Auswertung des Bodens in Frage kommt.

Ganz anders gestalteten sich die agraren Verhältnisse in *Spanien*, wo mit dem Fortschreiten der christlichen Eroberung der Schafbesitz der großen Grundherren ausschlaggebend wurde. Die Schafherden wurden je nach der Jahreszeit in verschiedene Gebiete getrieben. Bei diesen Wanderungen hatten die bäuerlichen Siedler, die durch den Krieg schon mitgenommen waren, zu leiden. Die Gesetzgebung nahm sich ihrer nicht an, weil der Staat in der Besteuerung der Wanderherden eine Haupteinnahmequelle hatte. Im 16. Jahrhundert betragen die Einnahmen aus der „Mesta“:

	1513	5,7 Millionen Maravedis,
	1543	10,4 „ „
und	1563	19,6 „ „

Die spanische Wolle genoß zu Ausgang des Mittelalters einen großen Ruf. Wir sehen sie nach Toscana und nach Flandern, den Sitzen der Wollindustrie, exportiert. Eine ähnliche Bedeutung erlangten die Wanderherden in Süd-Italien.

In *England* war zwar der Boden durch die normannische Eroberung den neuen Grundherren zugefallen. Die Lage der Bauern gestaltete sich jedoch im 13. und 14. Jahrhundert nicht ungünstig. Weitgehend gaben die Grundherren die Eigenwirtschaft auf und beschränkten sich auf Abgaben der Bauern. ROGERS hat auf den Einfluß der Bevölkerungsverminderung durch den schwarzen Tod auf die englischen Agrarverhältnisse hingewiesen. Es stellte sich ein Mangel an Arbeitskräften heraus. Gegenüber den erhöhten Lohnforderungen wurden gesetzmäßig Höchstlöhne verordnet und verboten, die Hörigen sich abspenstig zu machen. Die Grundherren versuchten, ihre alten Rechte wieder zu betonen. Dagegen wandte sich der Aufstand Wat Tylers 1381, der zwar keinen Erfolg hatte, dessen Niederschlagung aber auch die Entwicklung nicht wesentlich hemmte. Die Grundherren gingen zu Ausgang des Mittelalters dazu über, die Allmende einzuhegen. Die Wollpreise machten die Schafhaltung besonders rentabel. Die bäuerliche Wirtschaft, der mit der Allmende eine wesentliche Grundlage ihres Betriebes genommen war, schrumpfte zusammen. Ein Teil der Bauern konnte als Pächter in die Stellung kapitalistischer Unternehmer einrücken. Andere blieben als Landarbeiter zurück. Ein großer Teil wanderte in die Städte ab.

In *Frankreich* ging die Krone mit der Aufhebung der Hörigkeit voran. Wir sehen hier aber ganz deutlich, daß diese Aufgabe von Rechten eines naturalwirtschaftlichen Zeitalters dem Staate Gewinn bringen sollte. Der Erlaß Ludwig X. von 1315 spricht zwar von dem Naturstande der Freiheit, der großen Gnade des Königs und dem Vorteile des Ediktes für die Bauern, aber er gewährt die Freiheit nur gegen eine Summe von 200 L. Der Anlaß der Maßnahme bestand darin, daß der König für seine Kriegführung Mittel gebrauchte. Der Bauer blieb der Träger der Landwirtschaft, aber er suchte sich gegen die Bedrückung durch die mannigfachsten Abgaben, wenn auch vergebens, in dem Aufstande der *Jacquerie* 1358 zu wehren.

In *Deutschland* ging im 12. und 13. Jahrhundert die Eigenwirtschaft der Grundherren zurück. Der „*Villicus*“, der Meier, sieht sich vielfach auf das Einsammeln der Abgaben beschränkt. Der Fronhof, einst der Mittelpunkt der grundherrschaftlichen

Wirtschaft, bleibt nur mehr die Stätte der Aufbewahrung dieser Abgaben. So wie früher schon ein großer Teil des grundherrlichen Gebietes in freier Leihe ausgetan war, wird dieses System jetzt auch ausgedehnt auf den bisher noch von den Grundherren selbst bewirtschafteten Teil des Gebietes. Auch hier sehen wir, wie die Zerschlagung der Salhöfe in bäuerliche Zinsgüter in der Hoffnung der Grundherren auf größeren Ertrag erfolgte.

Der Bauer fand sich in Deutschland den mannigfaltigsten Abgaben gegenüber. Neben dem, was er dem *Grundherrn* als Zins zu zahlen hatte, stand unter Umständen bei Unfreien eine dem *Leibherrn* zu schuldende Abgabe, schließlich verlangte auch der *Gerichtsherr* sein Rauchhuhn und andere Gebühren. Dadurch, daß die Bauern in den neu aufgekomenen Städten Absatz für ihre Produkte fanden, waren sie in der Lage, alle diese Renten abzuführen. Im westlichen Deutschland kam es ihnen zustatten, daß Grundherr, Leibherr und Gerichtsherr häufig auseinanderfielen. Auch die sich anbahnende Territorialhoheit war äußerst zersplittert. Gar nicht selten war in einem Dorfe die Gerichtshoheit geteilt. Neben dem Gerichtsherrn standen in den Dörfern häufig noch verschiedene grundherrliche Höfe.

Ein Vordringen der Grundherrschaft war nur dort möglich, wo der Grundherr als Obermärker Vorrechte in der Allmende besaß. Gegen diese und gegen die Höhe der Abgaben, welche namentlich die entstehenden Territorialherren einführten, richtete sich im wesentlichen der deutsche Bauernkrieg von 1525, dessen Niederschlagung gleichwohl die Bauern als Träger des landwirtschaftlichen Betriebes bestehen ließ.

An den Grenzen hatte auch das Frankenreich den Siedlern besondere Freiheiten gewährt. Gleichwohl begegnen auch in der Schweiz im 13. Jahrhundert Ansätze zur Bildung einer Territorialherrschaft. Es gelang den Bauern, diese Lasten abzuschütteln, ja, sich von den grundherrlichen Lasten zu befreien dadurch, daß die grundherrliche Macht der Habsburger die Kaiserwürde nicht zu behaupten wußte. In Uri, Schwyz und Unterwalden übernahmen die Gemeinden die Gerichtshoheit, die grundherrlichen Lasten wurden einzeln abgelöst. In Glarus wurden die Rechte des Klosters Säkingen 1352 nach dem Siege bei Näfels kollektiv abgelöst. Als die Appenzeller sich gegen ihren St. Galler Abtsherrn erhoben, war von einer Entschädigung nicht mehr die Rede. Dieses Schweizer Beispiel wirkte auf die deutschen Bauern: „Wir wollen alle Appenzeller werden“, so hieß es im 15. Jahrhundert in Süddeutschland.

Auch in Deutschland erwarben Städte und städtische Stiftungen Grundbesitz. Grundbesitz und grundherrliche Rechte konnten nicht nur veräußert, sondern auch verpfändet werden. Bei der Verpfändung erhielt der Pfandgläubiger die Nutzung des Pfandes. Häufig war eine langjährige Verpfändung der Vorläufer eines Besitzüberganges. Die Abgaben von Grund und Boden konnten als dauernde Nutzung eines in den Boden gesteckten Kapitals betrachtet werden. Da aber die Kirche den Zins verbot, wurde die Form des *Rentenkaufes* gewählt. Gegen die Hingabe einer bestimmten Summe erwarb ihr Besitzer das Recht einer dauernden Rente vom Boden. Solcher Rentenkauf bildete nicht nur eine Anlagemöglichkeit. Er konnte von dem Landwirt, den Steuern bedrückten oder Viehsterben und Mißernte in Verlust gebracht hatten, als Mittel des Kredites benutzt werden.

Die Fülle der Ortschaften, die bis ins 13. Jahrhundert auf deutschem Boden gegründet wurden, hat sich nicht erhalten. Manche Gründung erwies sich als ungünstig. Die *Wüstungen*, von denen schon am Ausgange des Mittelalters berichtet wird, erklären sich aber auch durch Zusammenlegung der Fluren. Manches größere Dorf, manche kleinere Stadt konnte, wie im Altertum, durch Synoikismos, durch Zusammenrücken der Bevölkerung in den Schutz der Mauern entstehen. Größere Sicherheit im Lande machte umgekehrt eine Auflockerung der Dörfer für bequemere Bodenbebauung wünschenswert. Bei dem Ausbau der Höfe wurde die Flur neu aufgeteilt, um gegenüber zu großer Zersplitterung abgerundete Grundstücke zu

gewinnen, wie es bei der „*Vereinödung*“ im Allgäu geschah. Bei den Zisterziensern selbst sehen wir den Eigenbetrieb zurücktreten. In Eberbach wurde 1242 zuerst ein Hof verpachtet, 1500 standen immerhin noch 14 Höfe, zwei Fünftel des Ganzen, in Eigenwirtschaft, 1600 war alles verpachtet. Im Rheinlande finden wir Pachthöfe, die zunächst gegen Abgabe der Hälfte des Rohertrages in natura ausgetan sind, während später feste Pachtsätze in Geld begeben.

Eine eigenartige Richtung nahm die Entwicklung in *Nordwestdeutschland* im Zeitalter der Kreuzzüge. Die Grundherren sahen ihre Einnahmen schwinden, weil ihnen die Beaufsichtigung ihrer Güter erschwert wurde. Sie verwandelten daher die Stellung ihrer Meier aus der ihnen zu Abgaben verpflichteter Beamter in die von Pächtern. Damit erhielten die Grundherren eine feste Summe. Der Meier blieb insofern von ihnen abhängig, als er den Hof nur als Ganzes bewirtschaften durfte und ihn ungeteilt auf einen seiner Söhne übergehen lassen mußte. Bisher hatten zu einem Meierhof etwa vier abhängige Latenhufen gehört. Die Dienste dieser Laten brauchte der Grundherr nicht mehr. Er ließ nun die Laten frei und schlug je vier Latenhufen zu einem neuen Hof zusammen, den er nach Meierrecht verpachtete. Aus dieser Änderung erklärt sich das Vorherrschen größerer bäuerlicher Betriebe in Nordwestdeutschland, in Westfalen und Hannover. Wo aber blieben die Laten? Der eine oder andere mochte auf dem Lande bleiben als Meier oder als Landarbeiter, als Kätner. Die übrigen wanderten ab. Die Expansionskraft des deutschen Volkes, die im 13. Jahrhundert die Städte aufblühen ließ und Scharen von Siedlern in den neugewonnenen Osten entsandte, erklärte sich zum Teil aus dieser Verschiebung der Agrarverhältnisse durch die Ausbildung des Meierrechts.

Zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands machte sich schon zu Ausgang des Mittelalters die verschiedene Dichte der Besiedlung geltend. Während im *Westen* die Städte dichter lagen, so daß der Bauer in ihnen seinen regelmäßigen Absatz fand und der Grundherr sich im wesentlichen auf den Bezug von Renten beschränken konnte, war im *Osten* eine Verwendung der Überschüsse der Wirtschaft nur durch Versendung in weitere Ferne möglich. Die an der Mündung der Ströme gelegenen Seestädte wurden die Träger eines Exportes von Getreide, Holz, Wachs u. dgl., der seewärts, nach dem Westen, nach den Niederlanden und nach England ging.

Die *Ritterorden* waren im Mittelalter Hauptträger eines rationalen Ausbaus der Grundherrschaft. In den Kreuzzügen wurde die Feudalverfassung Westeuropas in das gelobte Land übertragen. Später, nach 1204, fand sie auch im oströmischen Reiche Anwendung. Die Ritterorden wußten die Verkehrswirtschaft zu nutzen. Der Templerorden sammelte Schätze, die er durch Ausleihen verwertete. Sie reizten den König von Frankreich, Philipp den Schönen, zur Aufhebung des Ordens. Später gingen die Einkünfte der spanischen Ritterorden auf die Krone über und bildeten im 16. Jahrhundert eine wichtige Grundlage des Kredites der spanischen Herrscher.

Der *Deutsche Orden*, der sich anfangs in Siebenbürgen festsetzen wollte, fand später in Preußen ein dauerndes Feld seiner Betätigung. Er organisierte das Land als Grundherr und als Territorialherr. Die landwirtschaftlichen Überschüsse sammelten sich bei den Schäfereien in Marienburg und in Königsberg. Diese Großschäfer hatten ihre Bevollmächtigten, ihre Lieger, im Auslande, um die heimischen Erzeugnisse, wie Bernstein, Pelzwerk, Getreide, Wachs, Honig, Teer, Holz, Fische über Lübeck und Brügge abzusetzen und dafür auswärtige Waren, vor allem flandrisches Tuch, einzukaufen. Aus dem Ausgange des 14. Jahrhunderts sind uns die Rechnungen der Großschäfer zu Marienburg (1399—1418) und zu Königsberg (1400—1423) erhalten, sowie die flandrischen Liegerbücher (1391—1434), die die Mannigfaltigkeit der Geschäftsbeziehungen des Ordens zeigen. Der Orden war in der Lage, den Herzogen von Pommern und Geldern, den Erzbischöfen von Riga und Gnesen und anderen Fürsten, Bischöfen und Städten auszuleihen.

Schrifttum.

BRÄUER, K.: Kritische Studien zur Literatur und Quellenkunde der Wirtschaftsgeschichte. Festgabe für W. Stieda, Leipzig 1912. — KÖRTZSCHKE, R.: Deutsche Wirtschaftsgeschichte bis zum 17. Jahrhundert. Grundriß der Geschichtswissenschaft II, 1. Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters, 1924. — KULISCHER, J.: Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, 1928. — WEBER, MAX: Wirtschaftsgeschichte, 1923. — MAYER, TH.: Deutsche Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters, 1928. — HÄPKE, R. Wirtschaftsgeschichte, I, 2. Aufl. 1928. — HOLM, A.: Geschichte Siziliens im Altertum, III, 1898. — SOMBART, W.: Die römische Campagna, 1888. — KLEIN, J.: The mesta, 1273—1836, Harvard 1920. — INAMA-STERNEGG: Deutsche Wirtschaftsgeschichte, 1879 f. — LAMPRECHT, K.: Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter, auf Grund der Quellen, zunächst des Mosellandes, 1885—86. — MEITZEN, A.: Siedlung und Agrarwesen, 1895. — KNAPP, G. F.: Grundherrschaft und Rittergut, 1897. — WITTICH, W.: Die Grundherrschaft in Nordwestdeutschland, 1896. — CARO, G.: Beiträge zur älteren deutschen Wirtschafts- und Verfassungsgeschichte, 1905. — Neue Beiträge, 1911. — BEYERLE, K.: Ergebnisse einer allemannischen Urbarforschung, Festgabe für Dahn, 1905. — STUTZ, U.: Das karolingische Zehntgebot 779, 1908. — DORSCH, A.: Die Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit, vornehmlich in Deutschland, 1912, bespr. von Haff. Z. d. Savignystiftung 33 u. 35. — AUBIN, H.: Maß und Bedeutung der römisch-germanischen Kulturzusammenhänge im Rheinland, 1922; Agrargeschichte, Geschichte des Rheinlandes, 1922 II, 3. — KNAPP, TH.: Gesammelte Beiträge zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte, vornehmlich des deutschen Bauernstandes, 1902; Neue Beiträge, 1919. — RACHFAHL: Zur Geschichte des Grundeigentums. Jb. f. Nö. u. St. 3. F. Bd. 19, 1900, bes. Exkurs II: Zur Entstehung des Grundeigentums bei den Slaven. Im heutigen Sachsen standen neben den Edlen, den Supani, die Smurden, die Stinkenden. — DORN, H.: Die Vereinödung in Oberschwaben, 1904. — DORN, A.: Italienische Wirtschaftsgeschichte, 1934. — LIPSON, E.: An Introduction to the Economic History of England, I, 1915. — Nach M. BLOCH: Les caractères originaux de l'histoire rurale française, Institutet for sammenlignende kulturforskning, Oslo 1931, herrschte im Süden Frankreichs das Zweifeldersystem, im Norden, im Gebiete des Räderpfluges (charrue) die Dreifelderwirtschaft. Die Halbpacht breitete sich besonders seit der Geldentwertung des 16. Jahrhunderts aus. — SÄTTLER: Handelsrechnungen des Deutschen Ordens. Publ. d. Vereins für Geschichte von Ost- und Westpreußen, 1887. — AUBIN, G.: Zur Geschichte des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses in Ostpreußen von der Gründung des Ordensstaates bis zur Steinschen Reform, 1910. Nach der Niederlage des Ordens 1410 trat das Exportinteresse der Gutsherren stärker hervor.

II. Die mittelalterliche Stadt.

1. Die Gründung der Stadt.

Die Kontinuität der Entwicklung ist auch im städtischen Leben durch die Völkerwanderung nicht vollständig abgebrochen worden. Man hat in humanistischer Zeit den Zusammenhang mit dem Altertum gern betont. Mancher Name, wie der der Consuln, knüpft bewußt an die antike Überlieferung an. Dennoch kam in der mittelalterlichen Stadt seit dem 12. Jahrhundert etwas durchaus Neues auf. War die antike Stadt durch das Zusammenrücken der Grundherren entstanden, bildete sie den Mittelpunkt des Konsums erobernder Reiche, so trat die Stadt im Mittelalter auf als eine Gemeinde, die sich ihr Recht im Gegensatz zu den feudalen Gewalten erkämpfte und Handel und Gewerbe in ihren Mauern eine selbständige Verfassung gewährte.

Das ausgehende Altertum kannte nicht nur städtische Selbstverwaltung, sondern auch zünftigen Zusammenschluß der Handwerker. Aber wie wenig entsprechen die gedrückten Verhältnisse des Altertums dem Selbstbewußtsein der Städte und Zünfte, die im Mittelalter ihr Schicksal selbst zu bestimmen suchten. Gewiß ragten landesherrliche, ja auch grundherrliche Rechte in die mittelalterliche Stadt hinein. Allein es ist verfehlt, ihre Entwicklung aus dem Hofrecht abzuleiten. Die Gründung der Städte erfolgte durch den Stadtherrn. Noch mochte der Verkehr sich in naturalwirtschaftlichen Bahnen bewegen. Bei dem Zoll erhob beispielsweise der Zollherr aus einem Korbe voll Fische eine Handvoll oder von einem Dutzend Schwerter das zwölfte Stück. Wenn wir nun nach dem ältesten Straßburger Stadtrecht die Handwerker ihrem Bischof zu Naturalabgaben verpflichtet finden, wenn ihn bei der Hoffahrt die Pelzer, die Schmiede, die Schuster, die Handschuhmacher, die Sattler, die Schwert-

feger usw. ausrüsten müssen, so sind ihm diese Abgaben nicht als Grundherrn, sondern als Stadtherrn geschuldet. Aus der alten Königsstadt der Langobarden, Pavia, wird uns berichtet (*Liber honorantie civitatis Papie*), daß dort die Handwerker mit ihren magistris unter dem Camerarius standen und, ähnlich wie in Straßburg, Trier, Basel, zu bestimmten Dienstleistungen verpflichtet waren. Mit Recht sieht DOREN in diesen Abgaben eine Ausnutzung öffentlicher herrschaftlicher Rechte. Es handelte sich um einen Übergangszustand, in dem der Herrscher sich nicht aus seinen eigenen Domänen versorgte, aber auch noch nicht an den freien Markt sich zur Deckung seines Bedarfs wandte.

Auch in der Zeit, in der die Grundherrschaft das Wirtschaftsbild bestimmte, fehlte es nicht an Verkehr. Wanderhändler brachten gelegentlich Schmuck ins Leben. Der kirchliche Kultus verlangte Weihrauch und Festgewänder, die nur aus dem Osten kommen konnten. Unter den fremden Händlern sehen wir daher zu Beginn des Mittelalters Syrer und Juden, die schon zu Ausgang des Römerreiches hervorgetreten waren, eine große Rolle spielen. Jüdische Händler brachten kriegsgefangene Sklaven von der Slavengrenze bis an die Höfe Spaniens. Wie einst die Phönizier und die Hellenen zur Zeit des Odysseus traten die Wikinger bald als Händler an fernen Küsten auf, bald, wenn sie die Schwäche der Fremden erkannten, als Seeräuber. Die Wikinger waren Bauern, die unter ihren Führern auch erbernd vordrangen. So zogen sie in der Ostsee stromaufwärts nach Rußland, wo sie das Reich von Kiew gründeten, von dort ging es stromabwärts bis nach Byzanz. Im Westen setzten die Normannen sich nicht nur in Frankreich fest und eroberten von der Normandie aus England, sondern sie fuhren ins Mittelmeer und eroberten von Salerno aus Süditalien und Sizilien. Neben den Normannen treten die Friesen als bäuerliche Händler auf, wohl schon mit Textilwaren als Erzeugnissen bäuerlichen Hausfließes.

Fremde Händler spielten bei den ersten Städtegründungen eine große Rolle. In den rheinischen Städten wurden den Juden, den Lombarden und den Friesen besondere Viertel eingeräumt, ebenso in Regensburg. „*Mercatores, id est Iudei et ceteri mercatores*“ so heißt es zu Beginn des 10. Jahrhunderts in dem Weistum von Raffelstetten. Zu diesen Fremden, die weniger durch ihre Zahl, als durch die besondere Art ihres Geschäftes als Händler und Wanderhandwerker bedeutungsvoll waren, trat bald die größere Masse Einheimischer. In Westfalen können wir das Herkommen der Händlerschaft aus den Dörfern verfolgen.

Wir haben es also hier mit einer Bevölkerungsschicht zu tun, die nicht in den festen Rahmen der bäuerlichen und grundherrlichen Siedlung eingeschlossen war. Haben wir uns deswegen die Vorfahren des Bürgertums, wie PIRENNE es will, als Vagabunden und Abenteurer vorzustellen? Gewiß, Vermögen brauchten sie nicht zu haben. Ich glaube nicht, daß in den Stürmen der Völkerwanderung große Schätze aus dem Altertum gerettet wurden. Dazu wurden die Juden zu oft geplündert, und auch die Venetianer, die sich auf ihre Inseln retteten, konnten froh sein, mit dem Leben davon gekommen zu sein.

Es ist richtig, daß sich Überschüsse nur aus der Bodenbearbeitung bilden konnten. Aber es ist damit nicht gesagt, daß die Grundherren allein diese Überschüsse im Handel verwerten konnten. Dem standen vielmehr im Mittelalter ständische Vorurteile entgegen. Wohl wußten die Geistlichen zu rechnen. Wir sehen das Kloster Eberbach seinen Wein in Köln verkaufen. Auch die Leihe war den geistlichen Herren nicht fremd. Prinzipiell jedoch stellte die Kirche sich gegen das Zinsnehmen feindlich. Die Kurie selbst überließ die Eintreibung ihrer Steuern und die Deckung ihres Bedarfes den Kaufleuten. Gewiß konnten hier große Gewinne erzielt werden, und zu den Kaufleuten der Kurie, *Mercatores Romanam curiam sequentes*, zu gehören, war das erstrebenswerteste Ziel, aber nicht Rom, sondern Piacenza, Siena und Florenz blühten durch diese Geschäfte auf.

Ebenso war der weltliche Grundherr durch das ritterliche Leben verhindert, selbst

dem Handel sich zu widmen. Die Überschüsse, die bei ihm sich bildeten, zur Deckung eines Bedarfs zu verwenden, der nur von auswärts befriedigt werden konnte, wurde den Händlern überlassen. Diese konnten sich dadurch, daß sie den Kredit der Grundherren benutzten, von Beauftragten dieser Herren zu selbständig Wirtschaftenden aufschwingen, die schließlich selbst über Mittel verfügten, die sie ihrerseits dem Grundherrn zur Verfügung stellen konnten, wenn dieser etwa durch Hoffahrt, Heirat der Kinder oder Gefangenschaft außerordentlichen Ausgaben sich gegenüber sah. Solches Aufkommen aus den einfachsten Verhältnissen wird uns in dem Leben des heiligen Godric aus Walpole in Norfolk um 1100 geschildert. Durch Ausnutzung der örtlichen Preisunterschiede schwang er sich vom wandernden Hausierer zum Schiffsbesitzer auf, der von Schottland bis Dänemark und Flandern fuhr, bis er sein Vermögen den Armen gab und sich in die Einsiedelei von Finchale in Northumberland zurückzog.

Der Gegensatz der Weltanschauung des Kaufmanns und des Ritters tritt uns deutlich in dem Leben des heiligen Gerald, Grafen von Aurillac entgegen. Der Graf hatte auf einer Pilgerfahrt in Rom Einkäufe gemacht. Auf der Rückkehr lagerte er bei Pavia. Da machten sich venetianische und andere Kaufleute aus der Stadt auf, ihre Waren anzubieten. Die gewöhnlichen Kaufleute trieben sich zwischen den Zelten herum, die vornehmen erlangten eine Audienz beim Grafen. Dieser erklärte, er hätte sich in Rom schon versehen, fragte aber, ob er mit den Gewandungen, die er dort erworben, einen guten Kauf gemacht habe. Als ihm ein Venetianer erwiderte, in Konstantinopel selbst hätte man mehr dafür geben müssen, erschrak der Graf und sandte dem Verkäufer die Differenz zwischen dem, was er gezahlt, und der Schätzung des Venetianers durch einen Rompilger zu.

Der neue Stand der Händler konnte sich nicht nur aus bäuerlichen Kreisen, sondern ebenso aus adeligen ergänzen. Ja, wir dürfen in den jüngeren Söhnen der Adligen ein wesentliches Element des neu sich bildenden Standes sehen. Der Kämmerer des Bischofs, oder wer sonst für Fürst oder Grundherrn Ein- und Verkauf zu besorgen hatte, wird häufig sich aus dem Lehnsnexus befreit haben, um zu selbständigen Geschäften überzugehen. In solchen Ministerialen sieht KUSKÆ eine wichtige Gruppe des neuen Standes. Auch UNWIN weist auf die Möglichkeit einer Abspaltung aus dem Adel hin. In dem Hause Hirzel von Zürich läßt sich dieser Übergang nachweisen.

Amalfi nahm vor den Kreuzzügen als Glied des byzantinischen Reiches bis zu seiner Unterwerfung unter die Normannen 1073 im Levantehandel eine beherrschende Stellung ein. Seine Bürger Maurus und dessen Sohn Pantaleon treten in der Überlieferung als vornehme Kaufleute auf. Sie haben ein Haus in Konstantinopel und stiften Herbergen in Antiochien und Jerusalem. Pantaleon weiht der Kirche seiner Heimatstadt und S. Paolo fuori le mura in Rom prachtvollere Türen, die byzantinische Erzgießer verfertigen. Über Amalfi versah sich damals Rom mit den kostbaren Stoffen und Geräten des Orients.

In Venedig herrschte der alte Adel der ersten Einwanderer. In Genua sehen wir die Spinula aus den alten Vizegrafen, Beamten des Stadtherrn, zu Beauftragten der Gemeinde werden. Die Doria waren aus der Provence eingewandert. Auch die deutschen Kaufleute, die die Ostseestädte gründeten, standen als waffenfähige Freie zunächst über unfreien Rittern.

Der Kaufmann mußte auf seinen Reisen bewaffnet auftreten, ja für die Handelszüge tat man sich zusammen, um gemeinsam die Gefahren der Reise zu bestehen. Land- und Seewege wurden in Karawanen zurückgelegt. Wie hier ein genossenschaftlicher Zusammenschluß der Händler begegnet, so schließt sich die Stadtgemeinde als Bruderschaft, Fraternitas, zusammen, um sich gegen die feudalen Gewalten zu behaupten.

Auch in der durch die Grundherrschaft im wesentlichen bestimmten Zeit fehlte es

nicht an einer Regelung des Verkehrs. Das beweist die Neuordnung des Münzwesens unter Karl dem Großen. Die Merowinger hatten noch Goldmünzen nach römischem Vorbilde geprägt. Byzanz und die arabischen Staaten fuhren in dieser Prägung fort. Karl d. Gr. aber stellte die Währung des Abendlandes auf das Silber. Das Münzpfund Silber teilte er in 20 Schillinge, diese in je 12 Denare. Diese Einteilung ist für die ganze spätere Zeit maßgebend geblieben. Geprägt wurden zunächst nur die Denare oder Pfennige. Dabei kam das Geld nicht nur als Zahlungsmittel, sondern auch als Rechnungsgrundlage in Betracht. Wenn wir die Abgaben in Geld berechnet sehen, so ist damit nicht gesagt, daß sie auch in Geld gezahlt wurden. Alarich hatte von der Stadt Rom Gold, Silber, seidene Gewänder und Pfeffer verlangt. Im Frankenreich konnte man die drei Pfund für den Heerbann in Gold und Silber, aber auch in Waffen, Tuchen oder Vieh zahlen. Bei Grundstückskäufen wurde in Geld gezahlt oder in Ware, in Waffen, Kleidung oder Pferden. Eine Steuer, die 860 die Normannen verlangten, sollte aus dem Kirchenschatz, dann von dem Grundbesitz, nach Hufen veranlagt, gezahlt werden, aber auch von den Händlern, so arm sie wären. Haus und Geräte sollten dabei eingeschätzt werden. Ein Tribut von 4000 Pfund, der 866 eingetrieben wurde, konnte in Silber oder in Wein entrichtet werden.

Daß man auch in naturalwirtschaftlichen Zeiten ohne Leihgeschäfte nicht auskam, beweisen die Maßnahmen Karls d. Gr. von 806 gegen den Wucher, unter dem auch damals wieder die Bauern litten. Er verbot, von ihnen Geld- und Getreidezins zu nehmen.

Dem bis dahin spärlich vertretenen Handel suchten Könige und Landesherren im 11. und 12. Jahrhundert dadurch größere Bedeutung zu verleihen, daß sie den *Mercatores* zu fester Ansiedlung in den *Städten* verhalfen. Durch den Markt zeichneten sich die neuen Siedlungen vor den anderen aus. Die Stadt war kein Dorf, wenn auch unter Umständen die Verleihung des Stadtrechtes nicht zu dem gewünschten wirtschaftlichen Aufschwung verhalf. Das Areal, welches in den Städten den Siedlern zugesprochen wurde, war wesentlich kleiner als eine Bauernhufe. Wohl hatten die Städte Gemeindeland, Gemeindewald und Gemeindeweide. Die Schweinehaltung war auch für den bürgerlichen Haushalt wichtig. Es konnte vorkommen, daß die Stadt so viel ländlichen Grundbesitz erwarb, daß die Ackerndahrung für sie ausschlaggebend wurde. Solche Ackerbauerstädte bildeten aber nicht das Wesen der mittelalterlichen Stadt, in der vielmehr Handel und Gewerbe die wichtigsten Nahrungszweige waren.

Die Stadt konnte an eine Burg oder einen Bischofssitz sich anschließen, sie war aber etwas anderes als eine Burg oder ein Kloster. In einigen Stadtplänen sehen wir noch heute die Bürgergemeinde von der Burg durch besondere Mauern geschieden, wie etwa in Friedberg, in Nürnberg und in Reval. Ebenso haben Bischofssitz und bürgerliche Siedlung oft ihre eigene Geschichte, wie in Konstanz, Chur, Hildesheim, Lübeck und Hamburg.

Den wandernden Kaufleuten war zuerst ein Jahrmarkt gewährt, an dem unter Königsfrieden man für einige Tage im Jahre zusammenkam. Jetzt wurde in der Stadt ein ständiger Markt begründet. Jederzeit konnte man sich in den Buden der Handwerker oder der Krämer mit dem, was man wollte, versehen. Die Stadt richtete von sich aus Wochenmärkte ein, in denen die Produkte des umliegenden Landes mit den Gewerbecprodukten der Stadt getauscht wurden. Dabei konnten die jährlichen Zusammenkünfte weiter bestehen bleiben. Wenn sie größere Bedeutung erlangten, nannte man sie Messen. Eine an sich kleinere Stadt, wie das Frankfurt des Mittelalters, oder seit dem 16. Jahrhundert Leipzig, sah dann während der Messen viel fremdes Volk in ihren Mauern.

Auch wo die Stadt an alte Siedlungen anknüpfte, wurde den Händlern für ihre Zwecke ein besonderes Quartier angewiesen, wie in Köln die Martinstadt am Rhein. Bei den Neugründungen im Osten wurde von vornherein eine planmäßige Siedlung

um den Markt herum vorgesehen. Rathaus und Marktkirche standen im Mittelpunkt der Stadt, wie etwa in Lübeck oder in Breslau.

Manche Städte mochten als Grenzplätze oder als Sitze der Verwaltung vorgesehen sein und dementsprechend eine Besiedlung mit Rittern erhalten. Neben der Ritterstraße deutet dann die Reichenstraße auf die Siedlung der Kaufleute, während Pelzerstraße, Schmiedestraße, Bäckerstraße, Knochenhauerstraße die Siedlung der Handwerker bezeichnet.

Dem Stadtherrn wurden Zoll, Münze und Gericht verliehen. Der Staat begünstigte die Stadtgründungen, um aus dem reger werdenden Verkehr Geldabgaben zu ziehen, die verwendungsfähiger waren, als die Naturalabgaben der Grundherrschaft. Der Zoll wurde als Geleitsgeld erhoben, als eine Vergütung für den Rechtsschutz, den der Stadtherr gewährte. Ebenso wurde die Wahrung des Rechtsfriedens in dem Marktgericht zu einer Quelle von Einnahmen. Der Marktherr hatte für gerechte Waage zu sorgen und für eine Münze, die alle Verpflichtungen mit gleichem Maß zu erfüllen gestattete. Dieses Münzrecht nutzte der Münzherr aber dadurch aus, daß er etwa für jeden Jahrmarkt nur Benutzung seiner Münzen verlangte.

Neben den Bischöfen zeichneten sich in Deutschland weltliche Herren als Stadtgründer aus. Heinrich der Löwe gründete Lübeck, München und die Neustadt von Braunschweig. Die Zähringer gründeten Freiburg im Breisgau, Bern und Freiburg im Üchtland. Auf die Dauer jedoch suchte die Stadtgemeinde sich von dem Stadtherrn unabhängig zu machen, ihre eigene Verwaltung einzurichten, die Rechtsprechung, die Steuer, den Zoll, die Münze selbst in die Hand zu nehmen.

Den Städten gelang es, in Italien und in Deutschland dadurch zu selbständiger politischer Macht zu gelangen, daß die Zentrale gespalten war. In den Kämpfen zwischen Kaiser und Papst wandten sich die deutschen Städte gegen ihre geistlichen Herren und wurden zu Reichsstädten. Der Bischof von Straßburg nahm in Zabern seine Residenz, der Erzbischof von Köln in Bonn. In Italien fanden umgekehrt die Städte gegenüber den kaiserlichen Beamten in der Kurie ihren Haupthelfer. Dort, wo die Staatsmacht erstarkte, wandte sie sich gegen die städtische Selbständigkeit. Wäre Friedrich II. der Ausbau seines Reiches gelungen, so wäre von städtischer Selbständigkeit nicht mehr viel übrig geblieben. Unter den schwächeren Anjous konnte Florenz in Neapel die größten Vorrechte erwerben.

Zu dem Kampfe gegen den Stadtherrn trat der Versuch, das umliegende platte Land der Stadt wirtschaftlich zu unterwerfen. Es mußte der Stadt daran gelegen sein, die zu ihr führenden Wege frei zu wissen. So wurden die Burgen der diesen Verkehr hindernden Ritter gebrochen. Freiburg i. Breisgau erzwang sich den Zugang zum Höllental. Die Ulmer erwarben die Grafschaft Helfenstein. Hamburg sicherte sich gegen Sachsen-Lauenburg die Mündung der Elbe, und im Bunde mit Lübeck die Vierlande. Dabei suchte die Stadt das Land auf die Erzeugung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu beschränken. Kein Markt durfte in der Umgegend der Stadt gehalten werden. Die gewerbliche Tätigkeit, wie z. B. das Bierbrauen, durfte nur in den Mauern der Stadt betrieben werden.

Bei solchen Bestrebungen konnte es nicht ausbleiben, daß die Städte über die Ausdehnung ihres Wirkungsbereiches mit den Nachbarstädten in die heftigste Fehde gerieten. Solche Fehden begegnen überall, besonders heftig in Italien, man denke an die Kämpfe zwischen Florenz und Siena, Mailand und Como, Venedig und Genua, aber auch zwischen Goslar und Braunschweig bestand heftigste Rivalität, und die Lübecker haben im 13. Jahrhundert das Aufkommen von Stralsund durch Zerstörung der Stadt zu hindern gesucht. Das Ergebnis dieser Kämpfe konnte dazu führen, daß, während anfangs der Umfang der Handelsbeziehungen eines Platzes sich weithin erstreckte, es später auf engeren Umkreis beschränkt wurde. So haben die Mainzer anfangs bis zur See gehandelt, bis die Kölner die Weiterfahrt stromabwärts sich vorbehielten. Ebenso haben die Regensburger im frühen Mittelalter weit nach

Osten hin ihre Fahrten ausgedehnt, bis Wien durch sein Stapelrecht sie zwang, in seinen Mauern Halt zu machen, und den Handel mit Ungarn als sein Vorrecht behauptete. Es war aber auch möglich, daß einige Städte die weite Fahrt aufrecht zu erhalten wußten. Dieses gelang vor allem den Seestädten. Venedig hat im 13. Jahrhundert seine Rivalen an der Adria, wie Ravenna und Ferrara, zurückgedrängt und sich den Fernhandel mit der Levante vorbehalten. Ebenso erhob Genua den Anspruch, daß an der ligurischen Küste die Fahrt über Korsika hinaus nur über seinen Hafen ginge. Im Norden behaupteten die zur Hanse zusammengeschlossenen Städte das Vorrecht auf der westöstlichen Fahrt von ihren Stapelplätzen in Brügge und in Nowgorod. Diese Beziehungen wurden durch Stützpunkte in den fremden Ländern gefördert. Durch den fremden Herrschern geleistete Dienste wußten die Städte Privilegien zu erlangen, die sie sogar vor den Einheimischen begünstigten. Venedig hat so durch die Byzanz gegen Longobarden und Normannen geleisteten Dienste 922 und 1082 im Griechenland die größten Vorrechte erlangt. Im Norden und Osten erlangten die deutschen Kaufleute ähnliche Vorrechte, wie sie früher die auswärtigen Kaufleute in den deutschen Städten erlangt hatten. Wisby wurde der Sitz der „Genossenschaft der Kaufleute des römischen Reiches, welche Gotland besuchen“, und in Stockholm bestand die Hälfte des Rates aus Deutschen.

2. Das Wesen der städtischen Wirtschaft.

Nicht Rom, das im Mittelalter als Konsummittelpunkt der weiten geistlichen Herrschaft die Traditionen der Antike fortsetzte, sondern Florenz, Venedig und Genua erscheinen uns als die wichtigsten Repräsentanten städtischen Lebens im Mittelalter. Neben Paris behaupten die flandrischen Städte im Mittelalter ihre Selbständigkeit. Die englische Königsmacht läßt wie die französische zwar den Städten geringere Freiheit. In den Kämpfen mit den Baronen erringt aber auch London größere Selbständigkeit, die es durch dem Herrscher geleistete Dienste sich bestätigen läßt. Die deutschen Städte schließen sich im 13. Jahrhundert zu Bündnissen zusammen, unter denen der rheinische und der schwäbische Bund, vor allem die Hansa, hervorrangen, die etwa 90 Städte von Dinant bis Krakau umfaßte. In allen diesen Plätzen spielt der Fernverkehr eine große Rolle, und es ist nicht möglich, das Wesen der mittelalterlichen Stadt, wie es BÜCHER tat, nur in der Landstadt zu sehen, die sich auf ihre Kirchturmsinteressen beschränkt. Dieser Verkehr schuf sich bestimmte Normen und Rechtssätze, die von der Gesamtheit der Kaufleute getragen wurden. Die städtische Freiheit kam dieser Entwicklung dadurch entgegen, daß der Rat der Städte zum Rückhalt und zum Fortbildner dieser Rechtssätze wurde. Wenn die einzelne Stadt ihre Handelswege zu monopolisieren suchte, so blieben die Städte doch auf Zusammenarbeit angewiesen. Venedig selbst, das den Seehandel für sich beanspruchte, überließ den Landhandel den oberdeutschen Städten. Die italienischen Kaufleute trafen sich mit den flandrischen auf den Messen der Champagne, die besonders im 12. und 13. Jahrhundert blühten. Unter dem Schutze der Grafen der Champagne brachten nach Lagny, Bar, Provins und Troyes die Flamen ihre Tuche, die Italiener die Spezereien des Orients. Diese Messen wurden nicht nur ein Mittelpunkt des Warenverkehrs, sondern auch des Zahlungsverkehrs. Kreuzfahrer, denen in den Hafenstädten die Mittel ausgingen, nahmen in ihnen Gelder auf, die die Verwalter ihrer Burgen auf einer der nächsten Messen der Champagne zahlen sollten.

In diesem Verkehr spielten die Seestädte die größte Rolle. Man kann nicht sagen, daß die mittelalterliche Wirtschaft sich als Binnenwirtschaft von der des Altertums unterscheidet. Vielmehr hat Deutschland, dem durch das Vordringen der Sarazenen die Handelsstraße über Arles verschlossen wurde, im 10. Jahrhundert den Weg nach Venedig gesucht. Seit die Pisaner und Genuesen die Sarazenen durch die Eroberung von Korsika und Sardinien aus dem Tyrrhenischen Meer vertrieben hatten, als in den

Kreuzzügen neben den Amalfitanern und Venetianern auch Genuesen und Pisaner in die Osthälfte des Mittelmeeres drangen und an den syrischen Küstenplätzen sich festsetzten, wurde das Mittelmeer zum Träger des italienischen Handels, an dem sich in bescheidenerem Maße auch Plätze, wie Marseille und Barcelona, beteiligten. Genuesen, Venezianer und Pisaner erwarben vor allem in den Kreuzfahrerstaaten selbständige Quartiere der Handelsstädte. In Accon, Beirut und Tripolis standen sie unter ihren eigenen Konsuln, hatten ihr eigenes Rathaus, ihre Kirche, ihren Markt und ihr Bad. Auch in Konstantinopel wußten im 12. Jahrhundert Genuesen und Pisaner neben den Venetianern Vorrechte zu erringen. Selbst vor dem Verkehr mit den Ungläubigen scheute man nicht zurück. In Alexandrien hatten vor allem die Venetianer, aber auch die Genuesen und Pisaner, ihre Niederlassung, die sich freilich von den dortigen Machthabern größere Einschränkungen und höhere Zölle gefallen lassen mußte. Der Seeverkehr der Italiener dehnte sich im 13. Jahrhundert in das Schwarze Meer aus, wo namentlich Kaffa ein Mittelpunkt der genuesischen Kolonien wurde. An diesen Seeverkehr schloß sich zu Ausgang des 13. Jahrhunderts ein Landverkehr, der einige Italiener unter der Herrschaft der Mongolen bis nach China führte.

Nach dem Verlust des gelobten Landes wurde Cypern zu einem Mittelpunkte des Levantehandels. Hier erlangten in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts die Genuesen entscheidenden Einfluß, später die Venetianer. Im Ägäischen Meer hatten die Venetianer nach der Eroberung Konstantinopels durch das Haus Sanudo von Naxos aus die Cykladen inne. Die Genuesen setzten sich im 14. Jahrhundert auf Chios fest. Um Tenedos entbrannte der Entscheidungskrieg zwischen Venedig und Genua, in dem Venedig Sieger blieb.

Über die Straße von Gibraltar hinaus fuhren im 14. Jahrhundert die Galeeren der Venetianer und Genuesen nach Brügge und London. In Brügge fand im 14. Jahrhundert, nachdem die Messen der Champagne zurückgegangen waren, der italienische Verkehr sich mit dem der Hansen zusammen.

Ähnlich wie für die Italiener das Mittelmeer, bildete für die Hansen die Ostsee den wichtigsten Schauplatz ihres Verkehrs. An den südlichen Küsten der Ostsee waren mit den Städtern Ritter, Geistliche und Bauern zugleich vorgedrungen. Im Osten, in Kurland, Livland und Esthland fehlte die deutsche bauerliche Siedlung. Als Händler und Herren kamen hier die Deutschen ins Land, und es fehlte nicht an Streitigkeiten zwischen ihnen. In Riga bekämpften sich der Orden und die Bürger. Neben den deutschen Städten, wie Riga, Reval und Dorpat, gewann der hansische Handel in dem Hofe von Nowgorod am Wolchow, bis wohin die Schiffe kommen konnten, einen Stützpunkt. Hier wurden die Produkte des Ostens, vor allem Pelze, eingehandelt, die auf der ostwestlichen Route nach Brügge gebracht wurden, während flandrisches Tuch von dem Stützpunkt der Hansen in Brügge seinen Weg nach dem Osten fand. Hierbei wurde die Straße von Hamburg nach Lübeck bevorzugt, bei der man von Oldesloe aus die Trave benutzen konnte. Auf Schonen, das damals zu Dänemark gehörte, trafen sich die Bürger der westlichen und der östlichen Hansestädte zum Einsalzen und Verschicken des dort gefangenen Herings. Von Bergen aus wurden Stockfische bezogen und Bier und Getreide dorthin gesandt. In London hatten schon im 12. Jahrhundert die Kölner Privilegien erlangt. Im 13. Jahrhundert setzten sich auch hier die Lübecker an die Spitze der Hansen. Die Hansen hatten in London ein besonderes Quartier, den Stahlhof, in dem die englischen Tuche markiert wurden. Von 1282 bis 1461 hatten die Hansen in London das Bischofsfor zu bewachen.

In Brügge fand sich nicht nur der hansische und der italienische Handel, sondern auch die Engländer brachten ihre Tuche dorthin. Schotten, Franzosen und Spanier trafen sich hier. Durch dieses Zusammentreffen der auswärtigen Händler, welche der Graf von Flandern vor den Einheimischen begünstigte, wurde Brügge zu einem Mittelpunkt, man darf sagen, des mittelalterlichen Welthandels.

Wenn auch der Fernhandel in einigen Städten vor allem seine Träger fand, so suchten namentlich im Anfange auch weitere Kreise sich an ihm zu beteiligen. Auch in den Binnenstädten wurde der Fernhandel gepflegt. In Riga waren es die Häuser von Soest und Münster, die von der großen und der kleinen Gilde übernommen wurden. Köln mochte im Mittelalter als Seestadt gelten. Aber auch von den Bodenseeplätzen, unter denen Konstanz hervorragte, wurde bis nach Spanien hin Handel getrieben. Im 14. Jahrhundert gewann eine Straße, die von Nürnberg über Leipzig ostwärts durch die Lausitz führte, steigende Bedeutung. Dabei handelte es sich nicht nur um einzelne hochwertige Gegenstände, die, wie die Spezereien und die Seide des Orients, auch die höchsten Transportkosten tragen konnten. Vielmehr waren die südlichen Seestädte, wie Genua, für ihre Versorgung auf die Zufuhr von Getreide, das sie aus dem Schwarzen Meer bezogen, angewiesen. Auch im Lübecker Verkehr spielte das Getreide eine sehr wichtige Rolle. Dazu kamen die Seefische, die überall als Fastenspeise begehrt wurden. Flandrisches Tuch, ebenso Florentiner Tuch, fand weithin seinen Absatz. Das Schweizer Vieh bekam in Mailand seine Abnehmer. Polnische Ochsen wurden im 15. Jahrhundert von Nürnberger Kaufleuten bis nach Frankfurt hin spedit. Jütische Ochsenherden wanderten bis zum Rhein. In Frankfurt und Köln spielte der Weinhandel eine große Rolle. Aus den norddeutschen Städten, wie Hamburg und Wismar, wurde Bier nach Westen und Norden ausgeführt. Aus Schweden brachten die Hansen Kupfer. Der Silberbergbau Deutschlands lieferte im Mittelalter Europa ein wesentliches Mittel zur Bezahlung seiner Bezüge aus dem Orient.

Die Städte des Mittelalters zeichnen sich vor denen des Altertums dadurch aus, daß in ihnen der Handel nicht mit dem Grundbesitz, sondern mit der gewerblichen Arbeit verbunden war. Allerdings spielt der Grundbesitz auch in der mittelalterlichen Stadt eine Rolle. Grundbesitz in der Stadt ist eine Grundlage des Bürgerrechts. Nur wer sein Erbe in der Stadt hatte, wurde in Hamburg noch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts zur Bürgerschaft zugelassen. Aber es handelte sich hier um eine städtische Wohnstätte. Der Grundbesitz, den die Kaufleute auch außerhalb der Stadt erwarben, diente ihnen als Grundlage ihres Kredites. Bei auswärtigen Forderungen hatte der Gläubiger die Sicherheit, daß er wußte, der Rat der Stadt würde ihm die Vollstreckung in den Grundbesitz seines Schuldners gewähren, wie wir das in Florenz im 14. Jahrhundert deutlich verfolgen können.

Der Ausdruck Mercator, mit dem die städtischen Siedler des Mittelalters bezeichnet werden, umfaßt Händler und Handwerker. Der städtische Handwerker kämpft um das Recht, die von ihm verfertigte Ware auf dem freien Markte abzusetzen. Gewiß behauptet sich in gewissen Zweigen, wie vor allem im Bauwesen, in der Müllerei, aber auch in der Bäckerei, das Lohnwerk, bei dem der Gewerbetreibende fremden Rohstoff bearbeitet. Bei den Bäckern werden gelegentlich die beiden Gruppen unterschieden, die einen, die das ihnen von den Bürgern gelieferte Mehl verarbeiten, die anderen, die etwa unter der Rathauslaube Brote feilhalten. Aber es ist nicht richtig, wenn BÜCHER, dem wir die Ausdrücke des Lohnwerkes und des Preiswerkes verdanken, behauptet, erst in der Stadt habe sich das Preiswerk aus dem Lohnwerk entwickelt. Schon vor der Ansiedlung in der Stadt konnte der Gewerbetreibende nicht nur seine Dienste, sondern auch die Produkte seiner Arbeit anbieten. Von den Schustern, die in der Koblenzer Zollrolle von 1104 begegnen, heißt es, daß sie von der Ferne kommen und nach Zahlung des Zolles ihre Schuhe verkaufen dürfen. Es sind also auch wandernde Preiswerker, die ansässig werden, und sie beschränken ihren Absatz nicht auf den heimischen Markt. Wir hören, wie die Handwerker von Worms auf die Jahrmärkte der Umgegend ziehen. Später besuchen auswärtige Handwerker die Messen von Frankfurt. Wir finden sie später auch auf den Leipziger Messen.

Die Bürger suchen den städtischen Markt für sich freizuhalten. Sie haben diesen

Anspruch gegen Versuche der Grundherren, auch ihre Gewerbecprodukte feilzubieten, zu verteidigen. Ganz gelingt ihnen das nicht immer. In Lübeck behaupten die Insassen des Magdalenenklosters wenigstens das Recht, für eigenen Bedarf brauen zu dürfen. Die einzelnen Handwerke werden zünftig zusammengefaßt. Die Organisation der Handwerker, welche die Bedingungen des Gewerbebetriebes für ihre Mitglieder regelt, sucht alle Gewerktreibenden in der Stadt zu umfassen. Dieser Anspruch gelingt ihr nur, wenn die öffentliche Gewalt ihre Statuten bestätigt. Gelegentlich finden die Handwerksordnungen in dem Stadtrecht ihre Stelle. Meist aber entwickeln sich selbständige Rechtssätze für die einzelnen Zünfte.

Es fehlt nicht an Streitigkeiten zwischen den einzelnen Zünften. Diese bilden sich aber erst mit der stärkeren Spezialisierung des Gewerbes heraus. Diese Spezialisierung der Berufe ist das eigentliche Kennzeichen des mittelalterlichen Gewerbes. Ihr liegt die Absicht zugrunde, daß womöglich jede Aufgabe die Grundlage einer selbständigen Existenz, einer bürgerlichen Nahrung, wird. Wenn im Anfang wenige Handwerke begegnen, so wächst ihre Zahl durch immer feinere Gliederung. Neben den Schweine Metzger tritt der Ochsen Metzger. In der Lederbearbeitung scheiden sich Schuster, Sattler und Gürtler. Besonders fein sind die Spezialisierungen im Schmiedehandwerk. Zu dem Nagelschmied, dem Blechschmied und dem Hufschmied, dem Messerschmied treten die Sporer, die Klingenschmiede, die Schwertfeger, die Haubenschmiede und die Harnischmacher, und diese scheiden sich wieder in solche, die Plattenharnische und solche, die Ringharnische machen. In der Regel soll ein Gewerbetreibender den ganzen Produktionsprozeß vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt beherrschen. Es läßt sich aber nicht vermeiden, daß bei einigen Gewerben schon im Mittelalter eine Produktionsteilung eintritt. So, wenn der Gerber dem Schuster und Sattler gegenübersteht, oder der Schwertfeger den vorbereitenden Gewerben. Besonders die Textilindustrie sah solche Arbeitsteilung zwischen Spinern, Webern, Walkern und Färbern.

Für den Handel blieb der Absatz im kleinen auf dem heimischen Markte das Wichtigste. Es konnte nicht fehlen, daß sich hier Konflikte zwischen Handel und Handwerk ergaben, so, wenn die Gewandschneider neben dem Absatz des fremden Tuches im kleinen auch den Absatz des heimischen Tuches beanspruchten, wogegen die Weber sich wehrten. Den Absatz von auswärts eingeführter Ware besorgten die Krämer, die sich zünftig gegen die Handwerker abschlossen. Auf den Jahrmärkten und den Messen blieben auch fremde Kaufleute und Handwerker zugelassen. Während der Messen in Westminster mußten sogar die Londoner Händler ihre Läden schließen, und ähnliches verlangte der Bischof von Winchester während seiner Messen von den Bürgern von Southampton.

Schärfer als der Gegensatz zwischen Fremden und Einheimischen zeichnete sich der Gegensatz zwischen Fernhändlern und Handwerkern in der Verfassung der Städte ab. Führend waren bei der Erringung der städtischen Selbständigkeit die Interessen des Fernhandels gewesen. Sie behaupteten das Übergewicht dort, wo die Fernhändler, gestützt auf ihren Grundbesitz, die Ratsstellen dauernd besetzten. Diese Teilnahme am Regiment sonderte die Patrizier, den Stadtadel, von der Masse der Bürger, zu denen nicht nur die Handwerker, sondern auch neu aufkommende Kaufmannsgeschlechter gehören konnten. Im 13. Jahrhundert kämpft in den italienischen Städten das Volk gegen den Adel, das 14. Jahrhundert ist in Deutschland die Zeit der Zunftkämpfe.

Dort, wo der Fernhandel ausschlaggebende Bedeutung behält, vermögen sich die Zünfte nicht durchzusetzen. Dieses gilt für die Seestädte, aber auch für Nürnberg und die Handelsstadt Lyon. Wo die Zünfte siegen, geschieht dieses oft mit Hilfe des Landesherrn, und wir sehen dann den auswärtigen Verkehr zusammenschrumpfen. Die Stadt wird zur Landstadt. Ihre Bürger beschränken sich darauf, mit ihren Gewerbeerzeugnissen das umliegende platte Land zu versorgen, wie wir das beson-

ders deutlich in Freiburg i. Breisgau verfolgen können. Aber auch Zürich weist im 15. Jahrhundert eine ähnliche Entwicklung auf. Für die Händler bestand die Gefahr, daß sie als Rentner später ihr Ziel nur darin sahen, es dem ländlichen Adel gleich zu tun. Viele süddeutsche Geschlechter sind so aus städtischem Reichtum entstanden. Selbst Lübeck sah im 17. Jahrhundert seine Geschlechter als holsteinische Grundbesitzer in Gegensatz zu den städtischen Interessen treten. Florenz, das im Mittelalter durch sein Gewerbe und seinen Handel geblüht hatte, ist im 18. Jahrhundert im wesentlichen an ländlichen Verbesserungen interessiert.

Solcher Reagrarisierung zum Trotz hat die mittelalterliche Stadt doch etwas Neues gebracht, das als Ganzes nicht verloren gehen konnte. Neben der auf dem Lande vorherrschenden unfreien Arbeit wurde in der Stadt der freien Arbeit eine Zuflucht gewährt. Dieses war nur dadurch möglich, daß die Genossenschaft der Stadtbürger und der Zunftgenossen sie schützte. Es gab, namentlich in italienischen Seestädten, auch Unfreie, aber sie durften nur im Haushalt verwandt werden. Damit war dem Altertum gegenüber etwas Neues erreicht. Der Kampf um den Boden war früher allein ausschlaggebend gewesen. Jetzt kämpfte man um den Nahrungsspielraum, den die Güte der Arbeit gewährleistete. Die Zunftvorschriften und die städtischen Ordnungen sahen darauf, daß nur gute Ware in den Handel gelangte. Dieses geschah namentlich bei Lebensmitteln im Interesse der städtischen Konsumenten, bei den ausgeführten Waren, wie den Tuchen, jedoch, um das Ansehen der städtischen Arbeit im Auslande zu wahren.

Gegenüber der Verachtung der Arbeit, wie sie das Altertum aussprach, wie sie noch Cicero vertrat, hatte wohl schon Epiktet die Arbeit als des Weisen nicht unwürdig bezeichnet. Auch der Islam ließ der Arbeit größere Wertschätzung angedeihen. Ganz anders aber wußte sie sich dort zu behaupten, wo sie, wie in den Städten des Abendlandes, organisiert auftrat. Der Handel des Altertums war mit dem Grundbesitz aufs engste verbunden. Die in ihm gemachten Gewinne suchte man sogleich in Grundbesitz anzulegen, um soziales Ansehen zu erlangen. Im Mittelalter fand der Handel durch seine Verbindung mit der Arbeit Anerkennung. Wohl übernahm man die Lehren des Aristoteles, dem die Hirten als träge erschienen, die Ackerbauer als fleißig, der Gelderwerb der Händler wider die Natur. Bei den Kirchenvätern konnte der Satz aufkommen, ein Kaufmann vermöge Gott kaum oder niemals zu gefallen. Augustin dagegen erklärte, es könne auch gottlose Bauern und Handwerker und fromme Kaufleute geben. In Thomas von Aquino begegneten sich die Lehren der Kirchenväter mit denen des Aristoteles. Seine Welt ist ständisch aufgebaut. Aber kräftig klingt bei ihm das Lob der Arbeit als der Grundlage der Wirtschaft.

Dieses wirkt sich auch in einem anderen Verhältnis des Handwerkers zu seinem Arbeitsmittel aus. In der antiken Welt und im Orient wurde „aus freier Hand“ gearbeitet. Gewiß erbt sich eine hohe Geschicklichkeit und eine Kenntnis naturwissenschaftlicher Zusammenhänge als Geheimwissen fort. Im Abendlande traten im 13. Jahrhundert mit ROGER BACON und ALBERTUS MAGNUS Männer auf, die an dieses Geheimwissen selbständig anknüpften. Sie erschienen ihrer Zeit noch als Zauberer verdächtig. Der technische Fortschritt ging nicht nur von solchen Männern aus, die Kriegsmaschinen erfanden und Automaten zur Belustigung der Höfe, sondern wurde vor allem dadurch geweckt, daß das Handwerk selbst bei gesteigerter Nachfrage Hilfsmittel erforderte, die die Hand entlasteten. Wir können dieses in Nürnberg deutlich verfolgen auf Bildern, die aus einer Stiftung für altgewordene Handwerker stammen und uns die einzelnen Handwerker in ihrer verschiedenartigen Tätigkeit zeigen. In Nürnberg wurden 1363 50 Handwerksgruppen mit 1260 Meistern erwähnt. Von diesen entfiel ein Drittel der Gruppen und ein Viertel der Meister auf das, wie erwähnt, so reichgegliederte Metallgewerbe.

Die Chinesen kannten das Pulver als Sprengmittel. Als solches war es auch dem Abendlande im 13. Jahrhundert bekannt. Das 14. Jahrhundert aber brachte die

Entwicklung des Schießpulvergeschützes, eine Kunst, die zu Ausgang des Jahrhunderts Berthold Schwarz verbessert haben soll. 1405 behandelte Konrad Kyeser von Eichstädt in einer Bilderhandschrift im 8. Buche das „Feuer für den Krieg“, im 9. „die Verwendung des Feuers im Frieden“. Er konnte rühmen, daß Deutschland hervorleuchte durch seine freien Künste, geehrt werde wegen seiner mechanischen Kenntnisse, sich auszeichne durch vielerlei Gewerbe. Um die Mitte des 15. Jahrhunderts gelang dem Mainzer Gutenberg der Druck mit gegossenen Lettern. 1456 erschien die erste gedruckte Bibel.

Zu Ausgang des 15. und zu Beginn des 16. Jahrhunderts beschäftigte sich Leonardo da Vinci mit technischen Entwürfen. 1481 trat er in die Dienste des Mailänder Herzogs, später arbeitete er am Hofe des Papstes und in seiner Vaterstadt, zuletzt wandte er sich an den französischen Hof. Die Dichtung des Mittelalters hatte Alexander nicht nur die Welt erobern, sondern mit Zaubermitteln auch in die Wassertiefe und in die Lüfte dringen lassen. Leonardo plante Flug- und Tauchapparate. In seinen Zeichnungen begegnet der Entwurf zu Windmühlen mit beweglichem Dach und eine Skizze zu einer Drehbank, eine Wasseruhr zum Wecken, aber auch ein Spinnrad mit Garnverteiler, eine Maschine für vier Tuchscheren, von der wir erst 1758 in England wieder hören, und eine Nadelmaschine, die 1496 40 000 Nadeln in der Stunde, 480 000 am Tage liefern sollte, während die 10 in Arbeitsteilung einander in die Hand arbeitenden Arbeiter bei Adam Smith es doch nur auf 48 000 Nadeln am Tage brachten. Leonardo verlangte Experimente und die Anwendung mathematischer Wissenschaft. Allein seine Anregungen blieben zumeist in seinen Manuskripten vergraben. Erst eine spätere Zeit sah die systematische Ausbildung der Technik.

3. Kapitalistische Ansätze in der mittelalterlichen Stadt.

Wenn die rechnerische Durchdringung des Wirtschaftsprozesses ein wesentliches Element des Kapitalismus ist, so sehen wir dieses in der mittelalterlichen Stadt systematisch sich ausbilden.

Aufzeichnungen über Geschäfte sind alt. Bei den von Klöstern und geistlichen Stiftungen geführten handelt es sich zumeist um Vermögensverwaltung. Auch die ersten Rechnungen von Geschäftsleuten betreffen im wesentlichen den Haushalt. RÖRIG macht darauf aufmerksam, welche Bedeutung die Schriftlichkeit des Verkehrs unter den mittelalterlichen Kaufleuten hatte. In der Schreibkammer war das eigentliche Herz des Geschäftes. Während auf Wisby die Kaufleute persönlich miteinander verhandelten, wurde es durch die Schriftlichkeit des Verkehrs Lübeck möglich, das Netz des Verkehrs weiter zu spannen und dadurch sich zum Mittelpunkt des Ostseehandels aufzuschwingen.

Veranlassung zur Rechnungslegung war dort gegeben, wo man für einen anderen oder in Gesellschaft mit einem anderen tätig war, sowie dort, wo nicht sofort Barzahlung erfolgte, sondern der Kaufpreis gestundet wurde. Manche Handlungsbücher befassen sich nur mit Kreditgeschäften.

So wie der Mönch nicht für sich, sondern nur für sein Kloster arbeitete, sonderte sich allmählich von der Hauswirtschaft der Familie der Geschäftsbetrieb. Die Firma oder die Ratione, die Rechnung, mußte vor allem günstig stehen. Diese Scheidung von Haushalt und Firma setzt sich freilich erst allmählich durch. Noch in den Handlungsbüchern der Medici finden wir Zuckergebäck als Heilmittel erkrankter Handlungsdienner verrechnet.

Bei den Kreditgeschäften wurde dem einzelnen Kunden eine Rechnung, ein Conto, eröffnet. In dem Handlungsbuch der Nürnberger Holzschuher von 1304 bis 1307 sind diese Kunden ständisch gegliedert. Den adligen Kunden ist das meiste Tuch verkauft, es folgen die geistlichen und die bürgerlichen Abnehmer. Zunächst wurden Abzahlungen und Abrechnungen chronologisch hintereinander unter der

ersten Eintragung vermerkt. Erledigte Posten wurden, wie es heute noch beim Einzelhändler vielfach der Fall ist, einfach durchgestrichen.

Ein wesentlicher Fortschritt wurde dadurch erzielt, daß nicht nur den Kunden Conten eröffnet wurden, sondern auch den Waren und einzelnen Geschäftshandlungen. Damit konnte der ganze Geschäftsprozeß in seine einzelnen Teile zerlegt werden und die einzelnen Conten konnten durch Übertragung einzelner Posten von dem einen auf das andere Conto miteinander in Beziehung gesetzt werden. So, wenn der Kasse ein Posten entnommen wurde zur Ausrüstung einer Handelsfahrt (Reise nach Syrien), die zum Ankauf von Waren verwandten Summen von der Reise auf das Warenconto übertragen wurden, auf dem dann später die Abnehmer der einzelnen Posten vermerkt wurden.

Mit der Bildung dieser sachlichen Conten war eine Analyse des gesamten Prozesses möglich geworden, aber noch keine Übersicht über das Ganze. Auf diesem Wege half eine scheinbar ganz äußerliche Einteilung, indem man nämlich auf venezianische Art Soll und Haben nicht untereinander, sondern nebeneinander schrieb. Hier lag es nahe, die linke und die rechte Seite auszugleichen. Diese Saldierung des Contos erfolgte durch das Gewinn- und Verlustconto. Dieses wiederum wurde auf das Kapitalconto bezogen.

Diese doppelte Buchführung, bei der jedes Geschäft doppelt, einmal im Soll, das andere Mal im Haben erscheint, sehen wir in Italien im 14. Jahrhundert allmählich sich ausbilden. In ihrer Art kann diese Errungenschaft in ihrer Bedeutung für den Aufbau des kaufmännischen Geschäftes durchaus verglichen werden mit der mechanischen Zerlegung des Produktionsprozesses, die später von so großer Wirkung werden sollte. Freilich war es nicht leicht, von der Analyse zur Synthese fortzuschreiten. Eine gute Bilanz aufzustellen, ist auch heute noch eine schwierige Arbeit. In den uns erhaltenen Handelsbüchern fehlt es an regelmäßigen Inventuren. Die Bilanzen sind nur Rohbilanzen. Der Abschluß der Bücher erfolgte höchst unregelmäßig, wenn ein Foliant vollgeschrieben war oder eine Erbengemeinschaft sich auflöste. Immerhin finden wir bei der Commune Genua, deren Bücher von 1340 das erste erhaltene Beispiel ausgebildeter doppelter Buchführung bilden, jährlichen Abschluß, und bei den Florentiner Compagnien war zweijährige Abrechnung üblich. Der Mangel eines Abschlusses erklärt sich vielfach dadurch, daß die Buchhaltung eigenen Buchführern überlassen wurde und die Geschäftsherren sich den Abschluß der Bücher vorbehielten. Das *libro segreto*, wie wir es bei den Medici kennen lernen, ist also nötig zum Verständnis des Ganzen.

BÜCHER hat den mittelalterlichen Handel als durchaus unbedeutend hinzustellen versucht. Als wesentlich erschien ihm für die mittelalterliche Stadt der unmittelbare Verkehr zwischen Produzent und Konsument. Einen solchen suchte die Stadt allerdings besonders in der Lebensmittelversorgung durchzuführen. Der Landmann hatte auf dem Wochenmarkt seine Ware zuerst dem Bürger anzubieten. Erst wenn dieser Bedarf gedeckt war, durfte der Höker den Rest erwerben. Streng wurde gegen den Fürkauf vorgegangen, der bestrebt war, die Agrarprodukte vor der Beschickung des Marktes zu erwerben. SOMBART leugnete das Vorhandensein von mittelalterlichen Händlern nicht, aber er sprach ihnen die Möglichkeit ab, durch Gewinne es zu Vermögen zu bringen; es habe nur handwerksmäßiger Handel vorliegen können, bei dem der einzelne froh sein konnte, wenn er seine Nahrung gewann. Handlungsbücher und Geschäftspapiere geben uns ein wesentlich anderes Bild, sie gestatten uns, die stattlichen Gewinne zu erkennen, die der mittelalterliche Handel abzuwerfen vermochte, ja, sie auf bestimmte Kapitalsummen zu beziehen.

Im einzelnen bleibt unsere Überlieferung lückenhaft. Wir hören von Handelsbeziehungen, wenn sie gestört werden durch Beraubungen od. dgl. So sind manche Handlungsbücher nur dadurch erhalten, daß die betreffenden Firmen liquidieren mußten. Immerhin hat sich eine Übersicht über die Handlungsrouten und die

Handelsbräuche der verschiedenen Plätze, die an ihnen gehandelten Waren und gebräuchlichen Münzen erhalten. Pegolotti von der Florentiner Compagnie der Bardi beginnt bald nach 1335 seine „Pratica della Mercatura“ stolz mit der Schilderung der Route nach China und erwähnt, man müsse beim Betreten des chinesischen Reiches sein Bargeld abgeben und sich mit dem in China damals unter der Mongolenherrschaft allein gestatteten Papiergeld versehen. Ein vollständiges Kaufmannsarchiv ist in den Papieren des Francesco Datini aus Prato erhalten. Aus einfachen Verhältnissen stammend, kam dieser in Avignon durch in Gesellschaft mit Anderen betriebene Geschäfte zu Wohlstand, den er dann in seiner Vaterstadt zum Ausbau eines großen Betriebes benutzte. Er wurde Mitglied der Florentiner Wollen- und der Wechslerzunft. Er hatte Filialen in Pisa und Genua und gründete eine weitere in Barcelona zum Einkauf der spanischen Wolle. Seit 1393 ist in seinen Büchern die doppelte Buchführung durchgeführt. Neben der Fülle der Bücher aus den einzelnen Filialen ist auch die Handelskorrespondenz erhalten. Sozietätsverträge, Transportverträge, Versicherungsverträge, Wechsel und Schecks zeigen uns die Grundlage und den Gang des Geschäftes.

Kreditgeschäfte wurden öffentlich beglaubigt. Wir finden daher in den Notariatsakten des Südens und in den Stadtbüchern des Nordens eine reiche Übersicht über ihre Anwendung. Dabei ging man bei diesen Geschäften von einer festen Summe aus, die Gewinn bringen sollte. In Genua begegnen seit der Mitte des 12. Jahrhunderts Sozietäts- und Commenda-Verträge zwischen daheimbleibenden Kapitalgebern und hinausziehenden Unternehmern. Im ersten Falle war auch der Hinausziehende mit Kapital beteiligt, wenn auch in geringerem Maße, mit einem Drittel, und der Gewinn wurde dann zur Hälfte geteilt; bei der Commenda wurde das ganze Kapital von dem zu Hause Bleibenden vorgeschossen, der dafür drei Viertel des Gewinnes beanspruchen konnte. Dadurch, daß der einzelne Vermögende an mehreren solcher Commenden beteiligt war, und auch der Hinausziehende eine Reihe solcher Verträge eingehen konnte, sowie dadurch, daß diese Verträge regelmäßig sich wiederholten, wurden sie über ein Gelegenheitsgeschäft hinaus zur Grundlage regelmäßiger Geschäfte. Auf dem nordischen Gebiete spielen Sendeve, bei der dem Ausziehenden Gut anvertraut wurde, und Wedderlegginge eine ähnliche Rolle.

Der steigende Verkehr kam mit den Denaren, die immer schlechter geprägt wurden, nicht aus. Man begann die Grossi zu prägen, eine Silbermünze, die dem Solidus entsprach. 1252 entschloß sich Florenz, auch das Pfund als eine Goldmünze auszuprägen. Diese mit der Lilie gezierte Münze, die in ihrem Edelmetallgehalt gleich blieb, wurde zur Grundlage des Handelsverkehrs. Dem Florentiner Gulden oder Fiorino schlossen sich der mit dem Bilde des Dogen geprägte venetianische Dukaten und andere dementsprechende Goldmünzen an.

Die Übertragung von Münzen auf andere Plätze wurde durch die Unsicherheit des Verkehrs, vor allem durch Geldausfuhrverbote der einzelnen Städte erschwert. Es bildete sich daher die Abrechnung durch Wechselverkehr aus. Der Wechsel wurde im Mittelalter zu einem Instrument des Handels von solcher Wichtigkeit, daß ein Schriftsteller meinte, er sei das Meer, ohne das sich das Schiff der Handlung nicht hätte bewegen können.

An Anweisungen und Schuldverschreibungen hat es auch früher nicht gefehlt. Das Wesentliche des Wechsels war die Strenge der Forderung und die Schnelligkeit, mit der der fällige Wechsel eingetrieben werden konnte. Der Aussteller eines Wechsels verpflichtete sich zur Zahlung einer bestimmten Summe schlechthin, ohne daß Einreden über den Ursprung des Geschäftes stattgegeben wurde. Zu dieser Verpflichtung des Wechsels durch den Aussteller trat die Anweisung an den Geschäftsfreund auf einem anderen Platze, für ihn zu zahlen. An Stelle des „zahle ich“ trat nun das „zahlen Sie“. Der Berechtigte, der etwa dem Trassanten Geld gegeben hatte, oder dem dieser sonst schuldete, sandte den Wechselbrief seinem Geschäftsfreunde an dem

Platz des Trassaten. Wir finden im Mittelalter beim gezogenen Wechsel also vier Personen neben dem Trassanten den Remittenten und den Präsentanten. Erst im 16. Jahrhundert gewann der Wechsel durch die Möglichkeit der Übertragung in dorso, das Indossament, größere Beweglichkeit. Dadurch aber, daß auf bestimmten Plätzen und zu bestimmten Terminen die Wechsel zusammenströmten, konnte durch sie schon im Mittelalter eine große Ersparung von Bargeld eintreten. Von dem Umfange dieses Wechselverkehrs geben uns die in Genua anlässlich des Kreuzzuges Ludwigs des Heiligen ausgestellten Verpflichtungen ein anschauliches Bild. Genua finanzierte durch solche Wechsel seinen Tuchimport von den Messen der Champagne.

Neben dem Wechselverkehr bildete sich im 14. Jahrhundert das Versicherungsgeschäft aus. Beide Geschäfte wurden noch nicht zur Grundlage eines selbständigen Berufes. Der einzelne Kaufmann betrieb sie neben seinem Warengeschäft. Aber dadurch, daß das, was im Altertum das Seedarlehn geleistet hatte, jetzt zwei verschiedenen Geschäftsarten überlassen werden konnte, wurde eine große Verbesserung der Handelsmethoden erzielt. Durch die Versicherung konnte sich der Kaufmann gegen die Gefahren von Unwetter und Seeraub schützen, die seine Ware bedrohten. Der Wechsel diente seinem Kredit, er wurde in der Regel von Messe zu Messe genommen, also, da die Messen in vierteljährlichem Abstand sich folgten, auf drei Monate. In dieser Zeit konnte der Kaufmann hoffen, durch Weiterveräußerung seiner Ware zu Gelde gekommen zu sein. Die Versicherung schützte ihn gegen die Möglichkeit der Nichterfüllung. So ergänzten sich die beiden Geschäfte.

Dem Händler mußte an dem Absatz seiner Ware im Kleinen gelegen sein, da erst dann der Gewinn des Geschäftes vollendet war. Der Fernhändler war also an dem Detailabsatz interessiert. Der Einzelhandel in seiner Heimatstadt erschien als sein wichtigstes Privileg, wie bei den Gewandschneidern; aber auch in der Ferne suchte man sich dieses Privileg gegen den Widerstand einheimischer Händler zu erkämpfen, wie es die Hansen in ihren Niederlassungen taten. Auf die Dauer freilich sonderte sich der Betrieb des ansässigen Kleinhändlers von dem auf den Fernhandel sich beschränkenden Großhandel. RÖRIG kann uns diesen Prozeß im 14. Jahrhundert für die lübeckische Tucheinfuhr im einzelnen nachweisen. In Florenz betätigten sich die Bardi und Perruzzi, die Woll- und Tuchhandel im großen betrieben, nicht mehr am Kleinverkehr. Ein Gleiches gilt von der großen Ravensburger Gesellschaft, die im 15. Jahrhundert aus der Bodenseegegend Leinwand bis nach Spanien exportierte und Saffran aus Spanien und Italien bis nach Polen hin vertrieb.

Als Wesen kapitalistischer Denkungsart sehen wir den kühnen Wagemut, der seit der Kreuzzugszeit vordringt und, wie er China auf dem Landwege erreichte, auch schon eine Umschiffung Afrikas plant. Aber dieser Wagemut ist mit kühler Rechnung verbunden. Träger dieser Verbindung sind vielfach die vom Stadtregiment ausgeschlossenen Schichten: In Asti die aus der Stadt vertriebenen Adligen, die als Steuerpächter, Münzer und Pfandleiher weithin Verbreitung finden. Sie sind es, die als Caorsini besonders als Wucherer gelten. In Genua sind es die von der Dogenstelle seit 1339 ausgeschlossenen Adligen, die besonders das Bankgeschäft treiben. Auch Cosimo de Medici hat während seiner Verbannung in Venedig die Grundlage zu dem Anwachsen des Familienvermögens gelegt.

Die Mannigfaltigkeit der Geschäftszweige kann man bei den Florentiner Firmen besonders gut verfolgen. Selbstverständlich suchte man sich die mächtigsten Kunden durch gute Lieferung und durch Vorschüsse zu sichern. So halfen dem Hause Medici die dem Papste Johann XXIII, aber auch seinen Nachfolgern geleisteten Dienste. Wir finden die Medici als Hoflieferanten in Mailand und in Brügge. Sie haben in London und in Lyon ihre Filialen. Dabei sind sie am Seehandel Pisas beteiligt und unterhalten Werkstätten für Wollentuch und Seidentuch in Florenz.

Kann man dem Handel des Mittelalters kapitalistische Züge nicht abstreiten, so zeigen sich diese besonders in seinen Beziehungen zum Gewerbe.

Die Idee der Zunft war die, dem einzelnen Meister eine selbständige Stellung zu gewähren. Die Zunft verlangte ein durchschnittliches Können, das durch eine lange Lehrzeit bis zu sieben Jahren zu erlangen war. Der Lehrling wurde nach Vollendung dieser Lehrzeit zum Gesellen, d. h. zu einem Manne, der sein Handwerk verstand, der aber zunächst noch im Haushalte des Meisters verblieb. Auch das Gesellentum war nur ein Übergang. Der Geselle durfte hoffen, mit seiner Heirat als selbständiger Meister sich niederlassen zu können. Die Zunft suchte den Nahrungsspielraum, den sie für ihre Mitglieder erkämpfte, ihnen möglichst gleichmäßig auszuteilen. So sollte der Rohstoff nicht einzelnen zugute kommen, die Zunft besorgte ihn wohl gemeinsam und gewährte ihren Genossen das Einstandsrecht, der Teilnahme an einem großen Auftrage, der etwa einem Einzelnen zugefallen war. Ebenso sollten die Chancen des Absatzes gleichmäßig verteilt sein. Der Eckplatz wechselte, und die einzelnen Verkäufer sollten nicht aus ihren Buden hervortreten, um die Käufer ihrem Nachbarn abspenstig zu machen. Vor allem sollten die Produktionsmittel gleichmäßig verteilt bleiben. Dem einzelnen Weber wurden höchstens zwei Webstühle gestattet.

Dieses Idealbild der Zunft wurde doch nicht überall erreicht. Die Pariser Steuerlisten zeigen zu Ausgang des 13. Jahrhunderts große Unterschiede in den Einkommen der Handwerker. Wir können uns vorstellen, wie etwa ein Hutmacher, der dem Hof oder dem Adel lieferte, sich günstiger stand als seine bescheideneren Genossen. In Görlitz besaß im 15. Jahrhundert nur der dritte oder vierte Teil der Tuchmacher Schranstellen, die übrigen waren von ihnen im Kleinverkauf abhängig.

Zu dieser Differenzierung in der Zunft trat die verschiedene Stellung, die den einzelnen Zünften im Gewerbeprozess zuteil wurde. Dort, wo Produktionsteilung vorlag, wie in der Textilindustrie, hatten diejenigen, die am Anfang oder am Ende des Prozesses standen, durch die unmittelbare Verbindung mit dem Markte ein Übergewicht über die anderen. So machten die Wollhändler die Spinner von sich abhängig. Die Weber hatten eine günstigere Position als die Spinner, die meist auf dem Lande verteilt waren. Noch günstiger standen die Färber da, die dem Tuche den letzten Glanz gaben. Aber sie alle waren in Gefahr, von dem Tuchhändler abhängig zu werden, der den Absatz des Tuches in der Hand hatte. Besonders dort, wo dieser Absatz in die Ferne ging, hatte der Kaufmann eine Überlegenheit über den Handwerker durch seine Marktkenntnisse, und hier wurde er häufig zum „Verleger“ des Gewerbes.

Dieser Übergang war ein allmählicher. Die Zunft, die sich anfangs vor allem gegen feudale Einflüsse gewehrt hatte, stellte sich dieser „kapitalistischen“ Entwicklung mit wechselndem Erfolge entgegen. Dem Kaufmann selbst war es zunächst nicht an einem festen Verlagsverhältnisse gelegen. Er konnte suchen, von Fall zu Fall die gewerbliche Produktion abzunehmen. So ist es bei dem russischen Kustargewerbe der Fall. Ähnlich sehen wir in Douai den Jehan Boine Broke durch den Verkauf der Wolle und den Ankauf des Tuches seine Geschäfte machen.

Das Eindringen des Verlages läßt sich besonders gut in der Genueser Seidenindustrie verfolgen. Mittelpunkt der Seidenproduktion war im 13. Jahrhundert Lucca gewesen. Als die politischen Wirren unter dem Castruccio Castracane den Bürgern den Aufenthalt in ihrer Stadt verleideten, zogen sie mit ihrer Gewerbekenntnis in andere Städte bis nach Paris und London. In Genua hatte es auch schon Seidenweber gegeben. Die neu Ankommenden organisierten sich 1432 als Verlegerzunft. Es gelang ihnen aber nicht, auf allen Gebieten ihre Ansprüche durchzusetzen. Die Spinner freilich, vielfach Frauen in den Vororten, erlangten erst 1598 beschränkte Rechte. Die Weber aber behaupten das Recht, an zwei Stühlen für eigene Rechnung arbeiten zu dürfen, in civitate civibus, also für den inneren Markt, während für den auswärtigen Absatz das Vorrecht der Verleger zugestanden wurde. Die Färber vollends setzten ihre Statuten auch den Verlegern gegenüber durch. Die wichtige Rotfärberei untersagten sie den Verlegern.

Wir sehen hier, wie die Zunft den Handwerkern, auch wenn sie nicht mehr unmittelbar an den Kunden liefern, sondern an einen Unternehmer, eine günstigere Stellung verschafft. Das Gleiche läßt sich in der Lausitz beobachten, wo Rat und Zunft den Leinwebern und Tuchmachern bei dem Abschluß von Kollektivverträgen mit Nürnberger Verlegern den Rücken stärken. Zu Ausgang des 15. Jahrhunderts verlegte das Augsburger Haus der Welser die Tuchproduktion der Stadt Freiburg in der Schweiz.

Der Gegensatz zwischen Tuchern und Webern erfüllte im 14. Jahrhundert die deutschen Städte, wie Straßburg und Köln. 1396 siegten in Köln die Weber, und ein Teil der Tucher wanderte nach Aachen aus. In Frankfurt finden wir im 14. Jahrhundert handwerklichen Handel und Handel der Handwerker. Die Wollweber setzten ihre Waren selbst ab. Der Viehhandel liegt in der Hand der Metzger. Im 15. Jahrhundert tritt ein durch Gesellschaften betriebener Fernhandel auf, besonders in Wolle und Waid, der die Handwerker von sich abhängig macht.

Scharf waren die sozialen Gegensätze in Flandern. Die Oberschicht der Städte hielt es zu Ausgang des 13. Jahrhunderts mit dem fernerem Herrn, dem König von Frankreich. Der Graf von Flandern konnte sich auf die Weber stützen. In der Schlacht bei Courtrai wurde 1302 die Macht des Patriziats gebrochen. Es hing damit zusammen, daß der Graf den fremden Kaufleuten den Hafen von Brügge öffnete. Aber die Weber konnten sich auch jetzt nicht als selbständige Meister behaupten. Ihre dahin gehenden Versuche schlugen fehl. Später sehen wir vielmehr den Grafen im Bunde mit den Tuchern, welche die Weber der Landschaft bevorzugen, während die Weber der Städte Ypern, Gent und Brügge, welche das Gewerbe auf die Städte zu beschränken suchten, schließlich unterlagen.

Die Zunft, die ursprünglich die Meister eines bestimmten Gewerbes umfaßte, gewann ein anderes Aussehen dort, wo die Zünfte politischen Einfluß erlangten. Bei der verschiedenen Stärke der einzelnen Gewerbe mußten sich nun oft ganz verschiedenartige Berufe zusammenschließen, um einen politischen Körper zu bilden, der für die Wahlen, für die Steuer und das militärische Aufgebot eintrat. Wo die Zünfte keine politischen Rechte erlangten, finden wir ihrer sehr viele, dort, wo sie politische Verbände wurden, sind es weniger, ein Dutzend bis zwei Dutzend. In Genua begegnen zu Beginn des 15. Jahrhunderts 80 Zünfte, in Paris über 100, dagegen waren es in Zürich nur 13, in Straßburg 20. In Florenz erlangten 1282 die sog. sieben großen Zünfte das Stadtrecht, zu ihnen traten 1284 die fünf mittleren und 1288 die neun *arti minori*. Wie stark die wirtschaftlichen Unterschiede unter den Zünften waren, zeigt sich darin, daß bei einer Besteuerung im Jahre 1321 die Florentiner Wollenzunft 4300 fl. zahlen mußte, während die nächste Zunft von Porta St. Maria, in der die Seidenweber waren, nur 850 fl. aufzubringen hatte, und die Pelzer nur 150 fl.

Florenz zeigt wieder eine andere Ausbildung der Zunft. Während in den *Arti minori* Handwerker und Kleinhändler vertreten waren, stellten die großen Zünfte eine Vereinigung von Händlern und Verlegern dar. Der Ausdruck *Mercator* bekam eine neue Bedeutung. Er wurde jetzt für Händler und Verleger gebraucht im Gegensatz zu den Arbeitern. Auch in Genua standen sich so bei den Goldarbeitern *Mercatores* und *Laboratores* gegenüber. Anfangs hatte Florenz aus Frankreich flandrisches Tuch eingeführt. Die Händler mit diesem Tuch nannten sich nach der Straße, in der sie ansässig waren, *Calimala*. Neben ihnen gewann im 13. Jahrhundert die Zunft der Verleger in der Wollentuch-Industrie (*Mercatores artis lanae*), die auswärtige, zumeist englische Wolle verarbeiteten, steigende Bedeutung. Die Seidenindustrie war mit anderen Gruppen in der Zunft *Porta Santa Maria* zusammengefaßt; weiter gehörten zu den großen Zünften die Pelzer, die Ärzte und Spezereihändler, die Wechsler und die Richter und Notare.

Die Florentiner Wollenzunft war eine Verlegerzunft, welche ihre Rechte ihren Arbeitern gegenüber rücksichtslos durchführte. Sie hatten keine selbständige Rechte

und waren nur sottoposti der Verlegerzunft. Das wirtschaftliche Übergewicht der Verleger wurde also durch diese politische Macht noch unterstützt. Eigenartig ist die Gegenwirkung gegen diesen Zustand. In dem Aufstand der Ciompi von 1378 verlangten die Wollkratzer und die Färber, daß ihnen auch Zunftrechte und damit Anteil an der Staatsgewalt gegeben würden. Es wurden in der Tat drei neue Zünfte errichtet, von denen aber die der Wollkratzer sich nur kurze Zeit behaupten konnte und die Färber auch nur drei Jahre. Gegenüber den Sklavenaufständen des Altertums zeigt dieser Aufstand die besondere Form der Arbeiterbewegung des Mittelalters.

Kapitalistische Ansätze finden wir nicht nur in der Tuchindustrie, sondern auch im Seewesen. Aus der Gemeinschaft der Seefahrer bildet sich die Herrschaft des Kapitäns über das Schiffsvolk heraus. Ihnen stehen die Eigentümer des Schiffes, die Rheder, gegenüber. Um das nötige Kapital aufzubringen, findet sich auch hier die Gesellschaftsform. Der Schiffsbesitz zerfällt in ideelle Anteile, in Genua Loca genannt, im Norden Schiffsparten. Ein Mittel der Verleger oder Rheder, ihre wirtschaftliche Macht auszunutzen, bestand darin, daß sie die Löhne in der sich verschlechternden kleinen Münze auszahlten. Hiergegen erhob 1339 sich der Widerstand der Schiffsmannschaft auf der Flotte, welche Genueser Admirale dem König von Frankreich zur Verfügung gestellt hatten. Dieser Aufstand pflanzte sich auf das Genuesische Territorium fort und führte zum Sturz des adeligen Regiments. Freilich gelangten auch hier nicht Handwerker und Arbeiter, sondern die neu aufgekommenen Schichten des Fernhandels zur Herrschaft. Wie bis dahin den ghibellinischen Doria und Spinola die guelfischen Fieschi und Grimaldi gegenüber gestanden hatten, so waren es jetzt die Adorni und Fregosi.

Ein weiteres Gebiet, auf dem kapitalistische Gegensätze sich bildeten, war die Salzgewinnung und das Bergwesen. Ursprünglich waren hier die Berechtigten zugleich die Arbeitenden gewesen. Dann aber ließen die Berechtigten durch fremde Arbeitskräfte ihr Recht ausüben. Diese Rechte wurden übertragbare Kapitalanteile. Geistliche, Hamburger und Lübecker Domherren, erwarben die Pfännereirechte an der Lüneburger Saline, während die Sülzmeister die Salzgewinnung besorgten. Unter ihnen standen die Sülteknechte. In der Berggemeinde, der der Grundherr oder der König das Recht zu schürfen verliehen hatte, sonderten sich die Gewerken mit ihren Anteilen an der Gewerkschaft von den Knappen. So übten auch die Brauerben, die Bürger, deren Häuser das Vorrecht des Bierbrauens besaßen, dieses nicht selbst aus, sondern ließen es durch die Brauerknechte besorgen. In den Organisationen solcher Arbeitenden haben wir eher als in den sich bildenden Gesellenverbänden die Anfänge einer Arbeiterbewegung zu sehen.

Schrifttum.

Vergleiche hierzu die glänzenden Schilderungen von RÖRIG: Die europäische Stadt, und STRIEDER: Geldwirtschaft und Frühkapitalismus im 4. Bande der Propyläen Weltgeschichte, in denen mit erdrückendem Material Stellung genommen wird gegen die einseitige Auffassung von BÜCHER: Entstehung der Volkswirtschaft, wie sie noch LAUM in seiner „Allgemeinen Geschichte der Wirtschaft“ vertreten hatte, und gegen SOMBARTS Auffassung des Mittelalters in seinem „Modernen Kapitalismus“. VON BELOW hat sich in seinen „Problemen der Wirtschaftsgeschichte“ besonders mit der Entstehung der Stadtwirtschaft befaßt. In seiner Schilderung der späteren Stadtwirtschaft hat er sich aber zu sehr durch die späteren süddeutschen Kleinstädte beeinflussen lassen. Wenn BECHTEL in seinem Werk über den „Wirtschaftsstil des deutschen Spätmittelalters“, 1930, für die Zeit von 1350—1500 die kapitalistischen Ansätze gegen BÜCHER und SOMBART betont, so hat er damit für das Nürnberger Wirtschaftsgebiet durchaus recht. Andere Städte aber, wie Ypern und Siena, auch Florenz in seiner Wollindustrie, sahen gerade zu Ausgang des 13. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts vor den Verheerungen der großen Pest ihre höchste Blüte. Im einzelnen vergleiche GANSHOF: Note sur un passage de la vie de Saint Géraud d'Aurillac; Mélanges Iorga. Paris 1933. — WEISZ, L.: Aus dem Leben des Bürgermeisters S. Hirzel, S. 5. Zürich 1930. „Das Amt, als sichere wirtschaftliche Basis, ermöglichte es der Familie, sich mit der Zeit auch auf dem Gebiete des an ihrem Sitz vorbeiziehenden Handels zu betätigen.“ — PIRENNE: Geschichte Belgiens. — ESPINAS, G.: La Vie Urbaine de Douai au moyen age. Paris 1913. Les origines du capitalisme I, Sire Jehan Boine-

Broke, Patricien et drapier Douaisien. Lille 1933. — SCHMOLLER und STIEDA: Die Straßburger Tucher- und Weberzunft. — RÖRIG, F.: Hansische Beiträge zur deutschen Wirtschaftsgeschichte, 1928. — KOPPE, W.: Lübeck-Stockholmer Handelsgeschichte im 14. Jahrhundert, 1933. — Die in meinem Aufsätze über „Die mittelalterliche Stadt“, Vierteljahrsschrift f. Sozial- u. Wirtschaftsgesch. II, 1904 hervorgehobene Bedeutung des Kredits für den mittelalterlichen Handel hat F. EULENBURG: Ideen und Probleme in der deutschen Handelsgeschichtsforschung; Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert, 1908 bestritten. B. KUSKE hat meine Auffassung in seinem Aufsätze über Die Entstehung der Kreditwirtschaft und des Kapitalverkehrs. Kölner Vorträge, Bd. I, 1927 mit sehr reichem Material aus den Kölner Akten bestätigt. Vgl. dazu POSTAN: Credit in Medieval Trade. Economic History Revue, 1928. Versuche zur Einführung der Barzahlung, wie sie 1430 und 1442 in England, 1390 in Deutschland und von den Hansen in ihrem Nowgoroder Kontor gemacht wurden, konnten nicht durchgeführt werden. — KUSKE, B.: Quellen zur Gesch. des Kölner Handels u. Verkehrs im Mittelalter, 4 Bde, 1918—1934. — LAW, ALICE: The English Nouveaux Riches in the 14. century. Transaction of the Royal Historical Society, 1895, verfolgt für England die Entwicklung von „peddling traders“ zu einer Plutokratie. Im 14. Jahrhundert gelangten die englischen Händler dadurch in den Vordergrund, daß sie die bisher den Italienern überlassene Steuerpacht zu gewinnen wußten, den Wollausfuhrzoll. — HÄPKE, R.: Brügges Entwicklung zum mittelalterlichen Weltmarkt, 1908. — RÖRIG, F.: Mittelalterliche Weltwirtschaft. Kieler Vortr. 1933. — VAN DILLEN: Het economisch Karakter der middeleeuwschen Stad. Amsterdam 1914. — GÖTHEIN: Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes. — DAVIDSOHN: Geschichte von Florenz, IV, 2, 1925. — DOREN: Die Florentiner Wollentuchindustrie, 1901. — AUBIN, G.: Aus der Frühzeit des Kapitalismus (Der kollektive Lieferungsvertrag). Ztschr. f. d. ges. Handelsrecht, 1921. — JECHT, H.: Beiträge zur Geschichte des ostdeutschen Waidhandels und Tuchmachergewerbes, 1923. — AMMANN, H.: Freiburg und Bern und die Genfer Messen, 1921. — WEGE, E.: Die Zünfte als Träger wirtschaftlicher Kollektivmaßnahmen. Beiheft 20 Vierteljahrsschr. f. Soz. u. Wirtschaftsgesch. 1930. — KELTER, E.: Die Wirtschaftsgesinnung des mittelalterlichen Zünftlers. Schmollers Jahrb. 1932 hebt das Gewinnstreben des Zünftlers im 12. u. 13. Jahrhundert hervor. — BASTIAN, F.: Das wahre Gesicht des „vorkapitalistischen“ Kaufmanns, Vierteljahrsschr. f. Soz. u. Wirtschaftsgesch. 1931, betont an der Hand des Regensburger Runtinger Buches die Rechenhaftigkeit auch des deutschen Kaufmanns zu Ausgang des 14. Jahrhunderts. — SCHULTE, A.: Geschichte des mittelalterlichen Handels und Verkehrs zwischen Westdeutschland und Italien, 1900; Geschichte der großen Ravensburger Handelsgesellschaft, 1380—1530, 1923. — HEYD, W.: Geschichte des Levantehandels im Mittelalter. — SCHAUBE, A.: Handelsgeschichte der romanischen Völker des Mittelmeergebiets bis zum Ende der Kreuzzüge, 1906. — CHROUST, A. und H. PROESLER: Das Handlungsbuch der Holzschuher in Nürnberg von 1304—1307, 1934. — PENNDORF, B.: Geschichte der Buchhaltung in Deutschland, 1913; Luca Pacioli, Abhandlung über die Buchhaltung 1494, 1933. — SAPORI, A.: Una compagnia di Calimala ai primi del Trecento. Biblioteca storica toscana VII, Firenze 1932, weist an Hand des Buches der Firma Francesco del Bene e compagni 1318—21 nach, daß in Florenz schon vor Einführung der doppelten Buchführung bei Abschluß der Gesellschaft Inventur aufgenommen und danach saldiert wurde. Vgl. desselben Forschers stattliche Edition der Peruzzi-Bücher: I libri di commercio dei Peruzzi. Pubblicazioni della Direzione degli Studi Medievals I, Milano, Treves, 1934. Statt „interesse“ finden sich hier die Ausdrücke: „costo di danari“, „merito di danari“, „tempo di danari“, „dono di tempo“, „ristoramento di tempo“. — DE ROOVER, R.: Le livre de comptes de Guillaume Ruyelle, Changeur à Bruges 1369. Annales de la société d'Emulation de Bruges, 1934. — SCHLLING, O.: Reichum und Eigentum in der altkirchlichen Literatur, S. 116, Anm. 12, 1908. Der Satz „Homo mercator vix aut numquam potest deo placere“ stammt nicht von Chrysostomos, Hochschätzung der Arbeit bei Chrysostomos und Augustin, S. 183, 212. Bei Thomas ist die Arbeit die Grundlage des Wertes. — SCHREIBER, E.: Die volkswirtschaftlichen Anschauungen der Scholastik seit Thomas von Aquin, S. 87, 1913. Vgl. hierzu auch ONCKEN: Geschichte der Nationalökonomie, S. 131, 367, I, 1902. — FELDHAUS, F.: Die Technik der Antike und des Mittelalters. Museum der Weltgeschichte, 1931. — Nach LEFÈVRE DES NOETTES „La force motrice animale à travers les âges“, 1924 ermöglichten im 10. Jahrhundert das Kummel und der Hufbeschlag die Beförderung größerer Lasten. Die bessere Ausnutzung der Pferdekraft wäre nach ihm eine der Grundlagen der mittelalterlichen Kultur, besonders ihrer Bauten gewesen. — WISSELL, RUD.: Des alten Handwerks Recht und Gewohnheit, 1929.

III. Die wirtschaftlichen Grundlagen der Staatsmacht im Mittelalter.

1. Staat und Verkehrswirtschaft im Mittelalter.

Die überragende Kraft Karls d. Gr. hatte der Staatsmacht überall Geltung verschafft. Das Reich wurde in Gaue zerlegt, denen die Grafen als staatliche Beamte

vorstanden. Allein unter den Thronstreitigkeiten seiner Nachfolger zerfiel die Macht der Zentrale. Die Lehnsträger betrachteten ihr Recht als ein erbliches, über das sie auch sonst frei verfügen konnten. Dadurch, daß der König die Quelle des Einkommens, mochte es sich um Grund und Boden oder um ein nutzbares Recht, wie die Gerichtsbarkeit oder einen Zoll, handeln, aus der Hand gab, war der Beliehene in die Lage versetzt, zu entscheiden, ob sein Dienstfall gekommen sei. Aus den Beamten des Königs wurden die Grafen zu Territorialherren, die mit Hilfe der öffentlichen Rechte und der privaten Besitzungen, die sie in ihre Hand zu bringen wußten, ihr Gebiet ausdehnten.

Gegen diese Feudalisierung der öffentlichen Gewalten suchte das Königtum verschiedene Mittel anzuwenden. Es schien am nächsten zu liegen, wenn die großen Lehen den Mitgliedern der Familie gegeben wurden. Allein gerade unter den Verwandten entspann sich der größte Haß. Nicht nur in Deutschland trat sogar der Sohn gegen den Vater auf. In Frankreich waren die Häuser Orléans und Burgund zeitweise mächtiger als die Krone selbst. England sah den Kampf der weißen und der roten Rose.

Gegenüber der Gefahr des Erblichwerdens der Lehen stützten sich die deutschen Kaiser auf die Kirche, da sie bei der Neubesetzung der Bistümer und Abteien das Recht der Investitur hatten. Allein hier trat ihnen die Kirchenreform Gregors VII. entgegen, der die freie Wahl der Kapitel verlangte und dem Papste die Entscheidung bei zwispältiger Wahl zusprach. Die Gegnerschaft zwischen Kaiser und Papst wurde seit dem Investiturstreit bestimmend.

Wir verstehen es, wie unter diesen Umständen die Kaiser sich nach neuen Hilfsquellen umsahen. Die Städte brachten neue und sicherere Einnahmemöglichkeiten. Heinrich IV. begünstigte sie in Deutschland. Die Hohenstaufen jedoch suchten in Italien ihre Macht im Kampf mit den Städten zu behaupten. Sie stützten sich dabei auf ihre Dienstmannen, die Ministerialen des immer noch bedeutenden Königsgutes.

So, wie dem König seine Vasallen Treue gelobt und dafür als Lohn dieser Treue das „Beneficium“, das Lehen, erhalten hatten, standen unter diesen großen Lehnsträgern ihre Untervasallen und so fort bis zum letzten Ritter. Der Gliederung nach dem Heerschild entsprach das Ansehen der einzelnen Gruppen. Gegen die Übermacht der großen Vasallen hatten schon die Salier sich auf die unter ihnen stehenden kleineren zu stützen versucht und ihnen die Erbllichkeit ihrer Lehen zugestanden. Friedrich Barbarossa sah sich Heinrich d. Löwen, dem Inhaber des sächsischen und des bayrischen Herzogtums, gegenüber. Heinrich d. Löwe weigerte dem Kaiser auf seinem Romzuge die Heeresfolge, weil dieser ihm als Preis dieses Dienstes die Kaiserstadt Goslar nicht zugestehen wollte. Durch die Vollstreckung der Reichsacht gegen den Herzog gewann doch nicht die Reichsmacht, sondern eine Reihe kleinerer Territorialherren das Feld.

Die Möglichkeit, die eindringende Geldwirtschaft durch Steuern zu nutzen, führte in England und Frankreich zu einer wesentlichen Stärkung der Königsmacht. In Deutschland war es nicht das Reich, dem dieser Vorteil zugute kam, sondern er fiel hier den Territorialherren zu. Unter Friedrich II. wurden durch die „Conföderatio cum principibus ecclesiasticis“ von 1220 und das „Statutum in favorem principum“ von 1232 die wichtigsten Rechte des Staates den geistlichen und weltlichen Großen überlassen.

Friedrich II. versuchte in seinem sizilischen Reich einen Staat aufzubauen, der in der Zusammenfassung aller Kräfte das byzantinische Vorbild aufnahm: „In deinem Staate“, warf ihm der Papst vor, „wagt niemand auch nur einen Fuß zu rühren, ohne Deinen Willen“. Das byzantinische Vorbild war von den Arabern aufgenommen worden, aber auch von dem Schreibwerk der Kirche. Die Normannen zeichneten sich nicht nur in Sizilien, sondern auch in England durch die straffe Organisation der Finanzen aus. Diese Traditionen wurden aber von Friedrich II.

schöpferisch weitergebildet. Insonderheit suchte er die Getreideausfuhr aus seinem Reiche für seine Finanzen zu nutzen.

Der Ausbau der Staaten auf der neuen geldwirtschaftlichen Grundlage vollzog sich nicht ohne Reibung. Die Steuer ließ sich vielfach nicht durchführen, ohne daß den zu besteuern den Grundherren und Städten besondere Rechte bei der Erhebung und der Verwendung der Steuern zugestanden wurden. So, wie in England das Königtum den Ständen 1215 durch die Magna Carta das Recht der Bewilligung außerordentlicher Hilfsgelder zugestand, mußten in Deutschland die Territorialherren ihren Ständen, den Geistlichen, Rittern und Städten, ähnliche Rechte bewilligen. Man suchte zwar der neuen Verwaltung den Amtscharakter zu wahren, aber es bestand die Gefahr, daß die Territorialgewalten ebenso der Auflösung verfielen, wie das Reich. Bezeichnend für diese Entwicklung ist, daß 1120 in Trier der Kämmerer und Burggraf den erzbischöflichen Palast und seine Einkünfte als sein Lehen beanspruchte, von dem er nur Tag für Tag dem Erzbischof und seinen Kaplänen die Verpflegung zu reichen habe¹.

Die Städte selbst, denen es gelang, den Territorialherren gegenüber ihre Selbständigkeit zu behaupten, richteten die Verwaltung ihres Landgebietes auf feudaler Grundlage ein. Sie traten an die Stelle der von ihnen überwundenen Grundherren. So verschaffte sich Rotenburg unter einem genialen Bürgermeister ein größeres Territorium. So dehnte Bern seine Herrschaft über das Oberland aus, dessen Bauern mit ihren Tellen sich nicht gegen einen Landesherrn, sondern gegen die städtischen Herren in Bern wandten. Venedig verwaltete Candia mit seinen Vasallen wie ein großes Lehen. Ebenso verfuhr Genua auf Korsika und in den Kolonien der Krim.

Im 13. Jahrhundert behaupteten die zentrifugalen Kräfte das Feld. Friedrichs II. Pläne scheiterten nach gewaltigen Anläufen. Der Annalist Genuas, seines großen Gegners, schrieb bei seinem Tode, ihm hätte, so lange er lebte, niemand widerstehen können. Die schwächeren Staaten sahen sich, wenn die ordentlichen Einnahmen versagten, angewiesen darauf, außerordentliche Mittel flüssig zu machen. Aus einer gelegentlich bittweise erhobenen Abgabe war die Bede (*petitio*) zu einer regelmäßig geforderten geworden. Die größeren Ausgaben, welche der Ritterschlag des Sohnes oder die Hochzeit der Tochter, Hoffahrt oder gar Gefangenschaft des Herrschers veranlaßten (*trinoda necessitas*), wurden ohne weiteres bewilligt. Um sich aber weiteren Einsprüchen der Stände, die mit neuen Bewilligungen regelmäßig verbunden waren, nicht auszusetzen, wandten die Herrscher ein anderes Mittel an. Sie benutzten die Möglichkeit, welche fremde Händler ihnen boten, Anleihen bei ihnen zu erheben.

Die Kirche verbot den Zins. Aber dieses Verbot darf nicht als Ausdruck eines naturalwirtschaftlichen Zeitalters aufgefaßt werden, sondern bedeutete eine Reaktion gegen eingerissene Mißstände. Der Satz, daß Geld kein Geld erzeugen könne, wandte sich gegen die Form des verzinslichen Darlehns. Sobald die Hingabe des Geldes mit einem Risiko verbunden war, schien eine entsprechende Vergütung gerechtfertigt. Ferner durfte Zins gefordert werden, wenn die Rückgabe des Darlehns nicht rechtzeitig erfolgte. Der Kapitalverkehr entwickelte sich trotz des Zinsverbotes dadurch, daß man, statt von einer verzinsbaren Anleihe, von einem Rentenkauf sprach. Solcher Rentenkauf war nicht nur zur Begründung des Bodenkredites, sondern auch des Staatskredites möglich. Die Gläubiger des Staates gewährten dem Staate nicht eine Anleihe, sondern einen Rentenkauf (*Compera*). In Genua stellte man diese Anleihen, um ganz sicher zu gehen, noch unter den Schutz eines Heiligen.

Die Kirche selbst konnte durch ihr Schreibwerk die direkte Steuer, wieden Kreuzzugszehnten, am besten ausbilden. Bei der Erhebung dieser Steuer sah sie sich indes auf die Dienste der Kaufleute angewiesen. Als später der König von Frankreich den Zehnten für sich beanspruchte, bildete die Kurie andere Einnahmequellen aus.

¹ AUBIN, H: Geschichte des Rheinlandes, II, „Verfassung und Verwaltung“.

Die neugewählten Kirchenfürsten hatten ihr für die Bestätigung ihrer Rechte die Einkünfte des ersten Jahres in ihrem Sprengel zu überlassen. Bei zwiespältigen Wahlen wurden kostspielige Prozesse an der Kurie nötig. Die Kirchenfürsten konnten solche Lasten nur aufbringen, wenn ihnen die italienischen Kaufleute Vorschüsse gewährten. Durch solche Vorschüsse gerieten sie aber in gefährliche Abhängigkeit von ihren Gläubigern. Die Kurie zögerte nicht, diesen geistliche Strafen bei der Eintreibung ihrer Forderungen zuzugestehen. Damit wurde die Kirche zu einem Haupthebel der kapitalistischen Entwicklung im Mittelalter. Sie förderte das Aufkommen der italienischen Geldmächte, die ihre Steuern eintraben und ihre Schuldner bevorschußten. Im 13. Jahrhundert begegnen zuerst Placentiner und Siensesen auf diesem Gebiete, während dann die Florentiner Firmen in den Vordergrund treten. Als päpstliche Steuererheber kamen die Florentiner zuerst nach England. Um die Zinsen für die von ihnen eingegangenen Anleihen zu bestreiten, richteten die Kirchenfürsten und andere Landesherrn Steuern ein, die ihre Untertanen zwangen, ihre Wirtschaft auf den Erwerb der dafür nötigen Mittel einzustellen.

Die Italiener, unter ihnen wieder besonders die Florentiner, waren es auch, die den weltlichen Landesherrn und den Großen des Landes bei außerordentlichem Geldbedarf die nötigen Mittel vorstreckten. So wurde Neapel unter der Herrschaft der Anjous ein Ausbeutungsgebiet der Florentiner. Sie gewannen jetzt an den Getreideexporten, die Friedrich II. der Staatskasse hatte vorbehalten wollen. Ebenso wurde Frankreich ein Feld ihrer Tätigkeit, nicht minder England. In Deutschland errangen sie in Tirol eine ähnliche Stellung. Ihnen wurde Münze und Zoll überlassen. Die Einnahmen, welche der Kirche in natura zuflossen aus der Wolle der englischen Klöster, nutzten die Florentiner, indem sie diese Wolle zur Grundlage ihrer eigenen Tuchindustrie machten. Es ist selbstverständlich, daß die Umwandlung der in natura oder in fremden Geldsorten eingehenden Einnahmen in das, was die Kurie gebrauchte, nicht ohne große Gewinne vor sich ging.

Die Stellung der Darlehenden, der „Lombarden und Caorsini“ war durchaus keine sichere. Gelegentlich erinnerte sich der Landesherr des Wucherverbotes und ließ die landfremden Darleiher unter solchem Verdachte verhaften. Zu solchem Eingriff wußten die Francesi Philipp d. Schönen gegen ihre Konkurrenten zu veranlassen. Florenz sah 1343 und 1346 den Bankrott der Häuser Peruzzi und Bardi, der das ganze Wirtschaftsleben erschütterte, da diese Häuser weitgehend mit fremden Mitteln gearbeitet hatten. Sie hatten besonders dem König von England geliehen. Bei der Zahlungseinstellung Eduards III., die durch die Erschöpfung seiner Mittel im Kriege gegen Frankreich hervorgerufen war, wurden sie jedoch ausgenommen. Es wurde ihnen vielmehr zum Verhängnis, daß Florenz, das sonst immer die Sache der Guelfen vertreten hatte, einen Augenblick auf die Seite Ludwigs des Bayern zu treten schien und daraufhin die guelfischen Deponenten ihre Gelder zurückzogen. Florenz sah sich bei dem Zusammenbruch dieser großen Firmen Repressalien gegenüber, die von Gent, Ypern, Mailand, Neapel, Nîmes und Montpellier ausgingen. Der Grundbesitz der Firmen gestattete immerhin, die Gläubiger mit 37 und 48% zu befriedigen. Besonders gut schnitt die Armenverwaltung ab. Das Konto des lieben Gottes (Dominiddio), das, so lange die Firma blühte, nicht immer regelmäßig saldiert war, bekam von der Konkursverwaltung die besten Grundstücke zugewiesen, welche die Compagnia von Or San Michele ihrer ursprünglichen Bestimmung gemäß verwandte.

Welche Gefahren Anleihen an Fürsten mit sich brachten, hatten die Florentiner auch später zu erfahren. Der Konsul der Seidenzunft Gregorio Dati klagt 1427, daß seine Geschäfte mit dem König von Castilien ihn um sein Vermögen gebracht hätten. Bei der Steuererklärung von 1427 weisen die Panciatighi darauf hin, daß sie den größten Teil ihres Handlungskapitals bei dem Kaiser Sigismund in Buda stehen hätten. Die Steuerbeamten, meinen sie, wußten ja, was das für ein schlechter Zahler

sei. In Frankreich hatte Jacques Coeur unter Karl VII. den Staatsfinanzen große Dienste geleistet. Mit sieben Schiffen beteiligte er sich am Levantehandel. Silber- und Kupferbergwerke hatte er sich bei Lyon überweisen lassen. Aber auch sein Vermögen wurde 1451 eingezogen. Entsprechend diesem Risiko waren die Zinsen sehr hoch, so daß man hier mit Recht von Wucherkapitalismus sprechen kann.

Die Juden treten bei dieser Entwicklung immer mehr zurück. Im Anschluß an die Kreuzzugsstimmung waren im 12. Jahrhundert die ersten Judenverfolgungen erfolgt. Im 13. Jahrhundert wurden die Juden aus England und Frankreich vertrieben. Im 14. Jahrhundert erfolgten in Deutschland die heftigsten Judenverfolgungen, weil man ihnen die Verwüstungen der Pest Schuld gab, deren Keime doch durch genuesische Schiffe nach dem Abendland gekommen waren. Die Juden wurden besonders in den Reichsstädten, wie in Nürnberg, vertrieben. Sie konnten sich aber in den Territorien, besonders im reichsritterschaftlichen Gebiet, behaupten. Bei ihrer Auswanderung nach dem Osten verbreiteten sie die deutsche Sprache dorthin. Bei der Niederschlagung der Judenforderungen, 1348, sollte doch den Schuldnern nicht der ganze Vorteil zufallen. Karl IV. erließ 1350 in Nürnberg die den Juden geschuldeten Summen, wenn man 10—15% des Betrages an die königliche Kammer zahlte. Die Geschäfte der Juden wurden dadurch eingeschränkt, daß sie von dem Leben der christlichen Gemeinde und der Zünfte ausgeschlossen waren. Man wollte sie damals auf Bargeschäfte beschränken. Dieses ließ sich nicht durchführen. Die Pfandleihe blieb ihr wichtigstes Geschäft, an dem die Staatsgewalt durch regelmäßige Besteuerung oder außerordentliche Eingriffe ihren Anteil forderte. Gelegentlich wurden die Juden privilegiert, weil sie sich verpflichteten, geringeren Zins zu nehmen (25%), als die christlichen Pfanddarleiher, die meist $33\frac{1}{3}\%$ nahmen. Zu Ausgang des Mittelalters gingen kirchliche Kreise selbst gegen die Mißbräuche der Pfandleihe vor, indem sie die „Montes pietatis“ gründeten, bei denen ein geringerer Zins erhoben wurde, der als Ersatz der Verwaltungskosten seine Rechtfertigung fand.

2. Städtische Anleihen und Kapitalmarkt.

Die Städte wußten sich durch den Bau ihrer Mauern zu schützen. Das städtische Aufgebot wurde durch auf der Landschaft geworbene Ritter verstärkt. Hauptsächlich jedoch erwiesen sich die Städte durch ihre Finanzkraft den feudalen Gewalten überlegen. Wenn auch frühere Abgaben in der Hand des Stadtherren oder seiner Nachfolger bleiben mochten, so suchte die Stadt die Ausbildung des Verkehrs und die damit mögliche Steigerung der Einnahmen ihren Finanzen zugute kommen zu lassen. Die Städte bildeten vor allem die indirekten Steuern aus, das Ungeld. Der Verzehr an Salz, Wein oder Bier und auch an Brot wurde durch die Steuer getroffen. Wenn damit der regelmäßige Bedarf seine Deckung fand, so sollte die direkte Herdsteuer, Kopfsteuer und Vermögenssteuer dem außerordentlichen Bedarf dienen.

Die Finanzen der Städte wurden durch den außerordentlichen Bedarf in stärkstem Maße beeinflußt, da die Stadt ständig auf die Behauptung ihrer Unabhängigkeit durch kriegerische oder diplomatische Mittel bedacht sein mußte. Die Ablösung stadtherrlicher Rechte, der Erwerb von Privilegien und die Ausdehnung des Territoriums waren ohne große Mittel nicht durchzuführen. Daher mußte auch in den Städten zur Steuer die Anleihe treten.

Bei solchen Anleihen konnte die Stadt sich an ihre vermögenden Mitbürger wenden. Die Bankiers, die Depositen annahmen und an den mannigfaltigsten Geschäften sich beteiligten, werden in Venedig im 12. Jahrhundert als die Stützen des Staates bezeichnet. Sie blieben in Genua dadurch für den Staat wichtig, daß die Steuerpächter bestimmte Banken als Bürgen für die Einhaltung ihrer Verpflichtungen stellen mußten.

Die direkte Steuer konnte den Grundbesitz schärfer erfassen. Das Handlungskapital wurde durch den Zoll getroffen, dem unter Umständen bei den Umsätzen an

der Waage der Stadt eine Umsatzsteuer zur Seite trat. Die Daten über den Zoll, die seit dem 14. Jahrhundert reichlicher erhalten sind, gewähren uns eine Übersicht über den Umfang des Handels der einzelnen Plätze. So erhoben die Hansen in den Kriegen gegen König Waldemar 1361 und 1368 einen Pfundzoll von dem Werte von Schiffen und Waren. In Genua begegnen die Denarii maris (ein Denar aufs Pfund, also $\frac{1}{240}$ des Wertes). Diese Steuer wurde zu einer regelmäßigen Abgabe, deren Sätze beständig erhöht wurden. An ihren schwankenden Erträgen zeichneten sich die Gefahren des genuesischen Handels ab, der starke Niedergang durch die Bürgerkriege in den ersten Jahrzehnten des 14. Jahrhunderts und in den 20er Jahren des 15. Jahrhunderts durch auswärtige Bedrohung. Die Daten des Landverkehrs, wie sie etwa der Zoll von Como und der Rheinzoll bei Oberlahnstein widerspiegeln, zeigen wesentlich geringere Umsätze.

Das Gesamtvermögen konnte nur unvollkommen geschätzt werden. Dabei spielte die Zusammensetzung der Schätzungskommission eine große Rolle. Politische Gegner wurden durch starke Einschätzung geschädigt, politische Freunde durch Milde begünstigt. Der Palast Pitti in Florenz ist aus den Geldern erbaut, welche die Medici dem Luca Pitti für seine milde Steuereinschätzung bewilligten. Eine Schätzung des Vermögens der mittelalterlichen Städte ist daher schwer möglich. In Italien finden wir, daß bei milder Einschätzung um so höhere Sätze erhoben werden mußten. Nur so erklärt sich die ungeheure Belastung, der das Florentiner Vermögen in manchen Kriegsjahren ausgesetzt war.

Bei der starken Belastung, der das Vermögen durch die Steuer unterlag, glaubte man, ihre Erhebung nur dadurch möglich machen zu können, daß man den Steuerzahlern eine Rückzahlung versprach oder wenigstens, wenn diese nicht möglich war, ihnen ihre Einzahlung verzinstete. Nach dem Steuerkataster erhobene Zwangsanleihen wurden in den italienischen Städten des Mittelalters zu den wichtigsten Finanzmitteln.

In den deutschen Städten hat man eine Tilgung der Schulden dadurch zu erreichen gesucht, daß man Leibrenten abschloß, deren Beträge mit dem Tode der Gläubiger dahinfliegen. Immerhin sehen wir auch in ihnen die Ewigrenten im 15. Jahrhundert vordringen, wie wir das besonders in Köln im 15. Jahrhundert beobachten können. In Italien gewann die stehende Schuld in Genua schon im 13. Jahrhundert, in Florenz im 14. Jahrhundert, eine dauernde Stellung im Finanzsystem der Stadt. Wir dürfen in ihrer Entwicklung ein wesentliches Element der Ausbildung des Kapitalismus im Mittelalter erkennen. Schon hier zeigen sich auch die Gefahren, welche diese Entwicklung mit sich bringen kann.

Genua gewährte der privaten Initiative ein größeres Feld als Venedig. Aber auch hier stand der Staat hinter seinen Bürgern. Auf der einen Seite sorgte das *Officium robarie* dafür, daß von einzelnen Genuesen Geschädigte, die nicht zu den Feinden der Kommune gehörten, selbst wenn es sich um Juden und Sarazenen handelte, Ersatz erhielten. Auf der andern verhalf Genua seinen eigenen Bürgern zum Schadensersatz bei draußen erlittener Unbill. So waren Genuesen bei Kämpfen um Ceuta beraubt worden. Da rüstete Genua 1235 eine Flotte aus, die von dem Sultan Schadensersatz erreichte. In der „Maona“ von Ceuta waren die Berechtigten verzeichnet. Sie konnten ihre Ansprüche übertragen, so wie auch die Anteile an Zollrechten und Anteile an der Staatsschuld umgeschrieben werden konnten. Den Aufwand für die Flotte hatte man durch eine Anleihe aufgebracht, die man durch eine auf das Salz gelegte Abgabe in zehn Jahren zu tilgen hoffte. Genauer sind wir über die Maonen des 14. Jahrhunderts unterrichtet. Eine Flotte von 29 Galeeren, die 1346 gegen die abtrünnigen Grimaldi von Monaco ausgerüstet war, benutzte diese Rüstung, nachdem die Rebellen beim bloßen Erscheinen der Flotte sich ergeben hatten, dazu, die Insel Chios den Griechen zu entreißen. Ähnlich, wie die Maona von Chios bildeten sich 1374 die Maona von Cypern und 1378 die von Korsika. Aus den Einkünften dieser

Inseln sollten die Kapitalsummen der Einlieger und die Ersatzansprüche verzinst und getilgt werden. Die Maona von Chios wurde 1373 ausgekauft durch die Maona nova, die aus den Steuerpächtern bestand, deren Rechte nicht auf ein festes Kapital bezogen, sondern in zwölf ideelle Anteile, Karati genannt, geteilt wurden.

Wenn hier die Eroberung zu einer dauernden Einkommensquelle wurde, so blieb dem Staate bei unglücklichem Ausgange seiner Unternehmungen eine dauernde Belastung. Dieses war besonders in Genua der Fall, wo bereits 1274 den Gläubigern bestimmte Rechte eingeräumt werden mußten, die im Laufe der Zeit stark ausgebaut wurden, so daß die Organisation der Staatsgläubiger selbständige Bedeutung neben der Staatsverwaltung erlangte. In Venedig und in Florenz hat man die direkten Steuern viel stärker erhoben. 1377 bis 1381 zog Venedig während des Entscheidungskrieges gegen Genua von seinen Bürgern 107% des im Estimo verzeichneten venezianischen Vermögens ein. Nach dem erlangten Siege gelang es Venedig, zu Beginn des 15. Jahrhunderts große Beträge seiner Staatsschuld zu tilgen. Auch Florenz, das 1345 seine Schulden in den 5proz. Monte von 505 044 fl. konsolidierte, hat 1427 mit seinem Kataster eine besonders genau eingeschätzte direkte Steuer eingerichtet. Genua jedoch verzichtete 1490 ganz auf dieses Mittel und baute seinen Finanzhaushalt auf die Steigerung des mit indirekten Steuern zu verzinsenden Kapitals der Zwangsanleihen auf.

1274 hatte Genua seine Schulden unter Anweisung der Einnahmen aus der Salzsteuer konsolidiert. Zu dieser Compera salis traten 1305 die im Kriege gegen Pisa aufgenommenen Schulden und 1332, nach Beendigung des Bürgerkrieges, die Compera pacis. In den von den Teilhabern gewählten Protektoren der Compere erlangten 1323 die Staatsgläubiger eine selbständige Verwaltung. Der Aufstand von 1339 richtete sich auch gegen die Staatsgläubiger, deren Bücher verbrannt wurden. Mochten anfangs alle Bürger an den Zwangsanleihen beteiligt gewesen sein, so suchten die kleinen Teilhaber ihre Beträge möglichst bald zu realisieren, indem sie von dem ihnen gebotenen Recht der Übertragung ihrer Anteile Gebrauch machten. Die Anteile der Staatsschuld sammelten sich also in den Händen der Vermögenden. Dadurch, daß die Verzinsung angewiesen war auf die Einkünfte aus den indirekten Steuern, die mit ihrer Belastung des notwendigen Bedarfs die unteren Schichten besonders stark trafen, verschärfte sich der soziale Gegensatz. Allein schon 1340 erkannte der populare Doge die Ansprüche der Staatsgläubiger wieder an. Sie wurden in den Compere capituli zusammengefaßt. Es zeigte sich, daß zu ihrer Verzinsung alle genueser Steuern ihnen angewiesen werden mußten. Aus der Verwaltung dieser Steuern sollten sie gehalten sein, dem Staate jährlich 20 000 Lb. zur Bestreitung seiner ordentlichen Ausgaben zu überweisen. Damit hatten die Staatsgläubiger in Genua eine ähnliche Stellung erlangt, wie die weltlichen Lehnsträger einst ihren geistlichen Herren gegenüber.

Dem Staate blieb das Mittel, neue Steuern auszuschreiben, und neue Zwangsanleihen zu begründen. Er machte von diesem Mittel kräftig Gebrauch, besonders in dem Kriege gegen Venedig. In ihm begegnet am 15. September 1379 eine 8proz. durch Wein- und Fleischsteuer zu verzinsende Anleihe von 150 000 Pfund zur Bezahlung des Soldes der Galeeren in der Adria, damit sie den letzten und triumphalen Sieg erlangten, der dann freilich ausblieb. 1381 mußte Genua die Schulden dieses Krieges mit 1 200 000 Lb. konsolidieren als „mutua seu compere nove S. Pauli“.

1407 wurde die Gesamtheit der neuen Schulden Genuas mit 2 646 109 Lb. 9 S. 4 ½ d. in der Casa di S. Giorgio konsolidiert. Die Gläubigerorganisation besetzte den alten Palast des Dogen am Meere. Wichtiger war, daß sie eine Verfassung erhielt, die genau der staatlichen nachgebildet war. Wie der Stadtgemeinde, so war hier der Gesamtheit der Teilhaber die letzte Entscheidung bei wichtigen Angelegenheiten zugesprochen. Aber wie der Rat der Stadt in den Einzelheiten der Verwaltung nicht beschränkt war, so lag die eigentliche Verwaltung der Staatsschuld bei den Protec-

toren. 1444 wurde eine den Visitatoren der Staatsverwaltung entsprechende Kontrollinstanz eingerichtet. Als Staatsgläubiger waren in der Casa di S. Giorgio auch die Adligen vertreten, die von 1339 bis 1529 vom Stadregiment ausgeschlossen waren. Die Casa di S. Giorgio hat nicht nur die Staatsschulden verwaltet, sondern hat auch weitere staatliche Aufgaben übernommen, so nach der Eroberung Konstantinopels die Verwaltung der Kolonien in der Krim, später Korsika und Teile Liguriens, wie Ventimilia und Sarzana.

Der Staat sah sich nicht in der Lage, für eine regelmäßige Zinszahlung zu sorgen. Er mußte zu seiner Behauptung in die Rechte der Gläubiger eingreifen. Die angewiesenen Steuern gewährten also der Casa nur einen wechselnden Zins, der zudem nicht regelmäßig ausgezahlt werden konnte. Dafür hatten die Berechtigten die Möglichkeit, so wie über ihren Anteil auch über die Zinsen durch Übertragung zu verfügen. Es bildeten sich Kurse der Anteile, der Loca zu 100 Lb., aus, in denen sich die politischen Schicksale widerspiegelten.

Im 15. Jahrhundert konnte die Genueser Regierung sich an den Kapitalmarkt wenden, indem sie neu eingerichtete Loca mit den entsprechenden Anweisungen zur Versteigerung brachte. Die 1401 in Barcelona eingerichtete „Taula de Cambi“ nahm Depositen an, die der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt wurden. Ebenso sollte der 1415 in Florenz gegründete „Monte deposito“ der Schuldentilgung dienen.

Einen wie starken Anteil die Staatsschulden in dem Vermögen der Bürger einnahmen, zeigt sich darin, daß 1458 das Handlungskapital der Medici auf 42 200 fl. geschätzt wurde, ihr Grundbesitz auf 59 000 fl., während ihr Anteil am Monte, an der Staatsschuld, 220 000 fl. betrug, die allerdings nur 20 % des Nominalwertes galten. Immerhin bildeten die Anteile an der Staatsschuld die Grundlage eines sich entwickelnden Kapitalverkehrs.

Zu einem regeren Verkehr hatte der Staat dadurch Anlaß gegeben, daß er ihn im Interesse seiner Abgaben an bestimmte Zeiten und Plätze durch die Marktprivilegien band. Wir wissen, daß dieser Verkehr nur zum Teil mit Geld beglichen wurde. Wir denken des Abrechnungsverkehrs durch den Wechsel. Daneben fanden viele Umsätze durch Warentausch statt (baratto). Bei diesen Baratto-Geschäften konnte man in den Preisen den Zins, ebenso wie beim Wechsel verschleiern. Die starken Schwankungen der Warenpreise, wie sie durch den Ausfall der Ernten oder kriegerische Behinderung der Zufuhr hervorgerufen wurden, erwähnen die Chroniken. In Florenz können wir durch die Aufzeichnungen des Getreidehändlers Lenzi für die ersten Jahrzehnte des 14. Jahrhunderts die Schwankungen der Preise im einzelnen verfolgen. Den Einfluß der Konjunkturen nehmen wir in Venedig wahr, wenn dort berichtet wird, daß, wenn die Abfahrt der staatlichen Galeeren nach Brügge, Alexandrien oder Konstantinopel bevorstand, ein Geldmangel sich einzustellen pflegte.

Zum Wesen des Kapitalismus gehört nicht nur in Geld schätzbares Erwerbvermögen, sondern auch die Möglichkeit, über dieses zu verfügen. Der *Kapitalmarkt* ist ein wesentlicher Teil der kapitalistischen Wirtschaft. In ihm wird nicht Geld oder Ware, sondern eine künftige Chance gehandelt. Die Einkünfte der Staatsgläubiger wurden durch die Unsicherheit des Betrages ihrer Eingänge zu einem ersten Gegenstand solchen Verkehrs. Wir sehen diesen Verkehr um 1400 so organisiert, daß nicht nur gekauft wird in der Hoffnung künftiger Preissteigerung, sondern auch verkauft werden kann in der Hoffnung, sich billig eindecken zu können. Auswärtige suchten Anteile an der Staatsschuld der italienischen Kommunen als Vermögensanlage zu erwerben. Sie wurde ihnen als besonderes Privileg gewährt.

Davon, daß in Staatsschulden auf Zeit spekuliert werden konnte, haben wir aus Venedig und aus Genua bestimmtere Nachrichten. In Venedig beklagte man sich 1425, daß auf Kriegsgerüchte hin Anteile der Staatsschuld auf Zeit à la baisse verkauft seien und erließ Gesetze dagegen. Der Jurist Bartholomäus de Bosco spricht 1428 in Genua von Zeitverkäufen bei dem täglich wechselnden Kurse der Loca.

Klerikern sei es verboten, hieraus Gewinne zu ziehen, Laien aber gestattet. Gerade die Zeitgeschäfte, die in der Hoffnung auf spätere Deckungsmöglichkeit geschlossen würden, dürfe man nicht beschränken. Das sei gegen die natürliche Freiheit und den Nutzen der Gesamtheit, den das Geschäft der Stadt Genua bringe. Die Unruhen des Jahres 1506 wurden von einigen denjenigen zugeschrieben, die zur Zahlung von Staatsschuldanteilen und Zinsen verpflichtet waren und hofften, sich bei einem durch politische Unruhen gedrückten Kurse billiger eindecken zu können.

Die Zerstörung des Staatskredites, wie sie Bologna erleben mußte, wurde fast mit dem Verlust der politischen Selbständigkeit gleichgeachtet. Die Kontinuität des Schuldendienstes, die wir in Genua durch mehr als ein halbes Jahrtausend verfolgen können, bedeutet ein stärkeres kapitalistisches Element, als es selbst die römischen Steuerpächter in den letzten Jahrhunderten der Republik darstellten.

Auf einem Gebiete betätigte sich kapitalistisches Denken damals sogar stärker als in späterer Zeit. Die Städte hatten sich gewöhnt, ihre Kriege durch Söldnerheere auszufechten. Die Führer dieser Heere, die Condottieri, faßten ihr Menschenmaterial und ihre Ausrüstung als ein Kapital auf, das sie möglichst hoch zu verwerten suchten, aber ungern gefährdeten. Daher erklärt sich die Art ihrer Kriegführung, die mehr auf die Kunst, den Gegner durch Gewinnung günstiger Stellungen in Schach zu halten, abstellte, als auf unterschiedenes Draufgehen. Die Condottieri, wie ein Franz Sforza in Mailand, konnten es zur Herrschaft über die Kommune bringen. Auch Schiffe konnte man so den Kriegführenden zur Verfügung stellen. Andrea Doria rühmte sich, bald Admiral des Papstes, bald des Königs von Frankreich, schließlich des Königs von Spanien gewesen zu sein. In der Schlacht bei Lepanto fiel es auf, daß die Genuesen den Türken nur durch Manövrieren beizukommen suchten, während die Venezianer, deren Flotte um die Lebensinteressen des Staates kämpfte, ihnen ganz anders zu Leibe gingen.

Schrifttum.

SCHMOLLER: Straßburgs Blüte und die volkswirtschaftliche Revolution im 13. Jahrhundert; Straßburg zur Zeit der Zunftkämpfe und die Reform seiner Verfassung und Verwaltung im 15. Jahrhundert, 1875. Der Ausgleich der ständischen Gegensätze schien in Straßburg so gut gelungen, daß Erasmus die Stadt als das Ideal einer Republik pries. — VON BELOW, G.: Vom Mittelalter zur Neuzeit, 1924. — SPANGENBERG, H.: Territorialwirtschaft und Stadtwirtschaft, 1932. — SCHNEIDER, G.: Die finanziellen Beziehungen der florentinischen Bankiers zur Kirche von 1285—1304, 1899. — SIEVEKING, H.: Genueser Finanzwesen, 1898 u. 1899, dazu UNWIN: Studies in economic history, 1927. — RAFFAËLE DE TUCCI: Documenti inediti sulla spedizione e sulla mahona dei Genovesi a Ceuta. Atti della Società Ligure di Storia Patria, LXIV, 1935 führt Dokumente an, nach denen in der „Mahona“ die Schadenersatzberechtigten zusammengefaßt waren. Daneben gab es ein Anleihen der Kommune und eine Schuld des Sultans. — SOMBART möchte in seinem Buch über die Juden, 1911, den Terminhandel als eine Erfindung der Juden hinstellen. Er übersieht in seiner Anmerkung 219 die entscheidenden Stellen, Genueser Finanzwesen II, S. 30 u. 234, das Gutachten des Juristen Bartholomeus de Bosco und den Bericht des Annalisten Giustiniano. — FANFANI, A.: Cattolicesimo e Protestantismo nella formazione storica del Capitalismo, 1934 spricht S. 112 von „una sfrenata speculazione . . . sul corso delle scritture di banco a Venezia“ im 16. Jahrhundert. F. betont den Gegensatz der katholischen Doktrin und des kapitalistischen Geistes. Der auswärtige Kaufmann sah sich nach ihm zuerst in der Lage, mit der Tradition zu brechen. Der von SOMBART in seinem „Bourgeois“ als Vertreter kapitalistischen Geistes zitierte Florentiner Alberti ist für ihn weniger der fromme Katholik als der freigesinnte Humanist. — Das Wucherverbot galt auch für die Juden. Das Gutachten des Rabbiners Jehiel Nissim von Pisa zeigt, wie die Juden noch 1559 Bedenken gegen den trockenen Wechsel hatten während die Genuesen behaupteten, durch päpstliche Erlaubnis befugt zu sein, diese Form des Darlehns Herrschern wie Karl V. gegenüber anzuwenden. Während den Juden Versicherungen von Livorno nach Neapel, Palermo oder Alexandrien erlaubt waren, durften sie sich auch des Handelswechsels bedienen. Für Toskana war damals Lyon Mittelpunkt des Wechselverkehrs. Es galt dort der Scudo, von dem 65 auf die Mark Goldes gerechnet wurden. HAYEM, I.: Mémoires et documents pour servir à l'histoire du commerce et de l'industrie en France VII, S. 269 ff. Paris 1922: „La lettre de change.“ Die Auffassung, daß die Juden den Wechsel erfunden hätten, geht auf Montesquieu zurück. — SAXOUS, A.: Un marché de valeurs au XIII. s. La „Compera salis“ de Gènes, Annales d'histoire économique et sociale. Paris 1932.—

DAVIDSOHN: Forschungen zur Geschichte von Florenz, IV, 1908, S. 307: Die Getreidepolitik der Kommune. — SAPORI, A.: La Crisi delle Compagnie Mercantili dei Bardi e dei Peruzzi, 1926; La Beneficenza delle Compagnie Mercantili dei Trecento, 1925. — LUZZATTO, G.: Sull'attendibilità di alcune statistiche economiche medievali. Giornale degli Economisti, 1929; Medieval economic history in Italia. Journal of ec. and business history, August 1932. — BUSSE, K.: Der Pitti-Palast. Jahrb. d. preußischen Kunstsammlungen, 1930. Über die großen Schwankungen des Wirtschaftslebens, den Niedergang der Florentiner Wollindustrie in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts und die ungeheuren Bevölkerungsverluste der Städte durch die Pest vergleiche DAVIDSOHN: Blüte und Niedergang der Florentiner Tuchindustrie. Zeitschr. f. d. ges. Staatswissensch. 1928.

3. Die Verbindung von Staatsmacht und Kredit im 16. Jahrhundert.

Schon im Mittelalter begegnen Versuche der Staatsgewalt, durch monopolistische Beherrschung von Produktionsstätten Gewinne zu erzielen. 1301 wurde ein Vertrag zwischen dem dem König Karl II. von Neapel in der Provence gehörenden Salinen, deren Pächter die Florentiner Bardi waren, und den Salinen des Königs von Frankreich in Aiguesmortes, deren Pächter die Francesi waren, über gemeinsamen Salzverkauf geschlossen. Ähnlich suchte Pisa die Eisengewinnung von Elba zu nutzen. 1462 wurde in Tolfa im Kirchenstaat Alaun gefunden, durch dessen Gewinnung man von dem Bezug des Alauns von Chios, das mittlerweile unter türkische Herrschaft geraten war, frei zu werden hoffte. Der Papst gedachte, mit diesen Einnahmen einen Kreuzzug zu finanzieren. Paul II., ein Venetianer, verbot den orientalischen Alaun. Wegen zu hoher Preise des Monopols ließ Karl der Kühne in Burgund auch anderen Alaun zu. Gegen den Bezug orientalischen Alauns, mit dem die Flamen sich über England versahen, schleuderte Julius II. 1506 den Bannfluch.

Die Macht der *Habsburger* konnte sich auf das in Tirol gefundene Silber stützen, auf dessen Gewinnung hin Augsburger Häuser ihr Vorschuß gewährten. Der Bergbau verlangte bei dem Eindringen in größere Tiefen starke Mittel, welche die Gewerke zu leisten nicht imstande waren, die nur das Handlungskapital liefern konnte, welches den Absatz des Silbers übernahm. In diesen Geschäften erlangte das Haus *Fugger* eine führende Stellung. Die *Fugger* begegnen im 15. Jahrhundert im Textilhandel. Jacob *Fugger* organisierte den Silberkauf im großen, z. T. mit fremden Mitteln. Bis 1494 waren dem tirolischen Landesfürsten 624 000 fl. geliehen und rd. 400 000 fl. Gewinn gemacht. Zu dem Silber trat das Kupfer. In Verbindung mit dem Krakauer *Thurzo* wußte Jacob *Fugger* sich die Produktion des oberungarischen Kupfers zu sichern und den gesamten Kupfermarkt zu beherrschen. Ein großer Teil dieses Kupfers ging nach Antwerpen. Die Dienste, welche das Haus *Fugger* Karl V. bei seiner Kaiserwahl und bei dem Abfall Moritz v. Sachsen leisten konnte, waren so bedeutende, daß *Ehrenberg* geradezu von einem Zeitalter der *Fugger* spricht. Zur Deckung der Kosten der Kaiserwahl wurde ihnen die Pacht der spanischen Ritterorden übertragen, zu deren Gütern die Quecksilbergruben von *Almadén* gehörten. Da die Augsburger *Höchstetter* die Quecksilbergruben von *Idria* beherrschten, lag der Gedanke eines Quecksilbermonopols nahe, dem jedoch Anton *Fugger* sich versagte, was 1529 zum Zusammenbruch des Hauses *Höchstetter* führte. Später haben die *Fugger* durch den Augsburger *Conrad Mayer* ein Monopol des böhmisch-sächsischen Zinnhandels zu erreichen gesucht, was ihnen jedoch unter großen Verlusten mißlang, da die sächsischen Zinnproduzenten sich weigerten, sich an die böhmischen anzuschließen.

Durch die Verbindung mit der spanischen Weltmacht gelangten die oberdeutschen Häuser, vor allem die Augsburger und Nürnberger, an die führende Stelle des Wirtschaftslebens und drängten sogar die Italiener zurück. Den *Fuggern* überließ der Papst die Eintreibung der Ablaßgelder, die den Bau von St. Peter finanzieren sollten. Die Oberdeutschen vermochten auch an den Fahrten in die neu entdeckten Gebiete teilzunehmen. Deutsche Häuser finanzierten die Indienfahrt *Francesco d'Almeidas* 1505. Die *Welser* suchten in Venezuela 1528 ein eigenes Reich zu gründen.

Im Gegensatz zu der Ravensburger Gesellschaft, die genossenschaftliche Züge aufweist, führten die Fugger einen monarchischen Betrieb durch. Durch genaue Buchführung und eifrige Korrespondenz wurden die Angestellten des Hauses in ständiger Kontrolle durch den Leiter des Ganzen gehalten. Der Kredit der Fugger war so groß, daß ihnen viele Depositen anvertraut wurden und ihre Briefe überall gern genommen waren. Bei den späteren Bergwerkunternehmungen jedoch wurde das nötige Kapital durch Gesellschaften aufgebracht, bei denen der Staat und Staatsbeamte starke Anteile stellten. Die Fugger selbst taten ihre Bergwerksinteressen 1565 mit den Firmen Haug und Katzbeck zur Jenbacher Gesellschaft zusammen. „Hoffnung und Einigkeit“, so meinte noch Mitte des 17. Jahrhunderts der Fugger-Faktor Ulrich Truefer, „bauen Bergwerke“. Man mag in den Organisationen der Leobener und Steyrer Eisenhandelskompagnie, der Iglauer Tuchhandels Compagnie, den Gesellschaften des Amberger und des sächsischen Zinnhandels Ansätze zur Aktiengesellschaft sehen, doch liegt noch keine feste Umgrenzung der Kapitalsumme vor, noch auch die beschränkte Haftung der Teilhaber. Immerhin entwickelte sich in den Anteilen am Bergwerk, den Kuxen, ein lebhafter Handel. Das Auf und Ab ihrer Kurse gab Anlaß zur Spekulation.

Auf hansischem Boden erstrebte das Haus Loitze aus Stettin eine Monopolstellung durch die Beherrschung des Salzes, das für die Versorgung der an die Ostsee grenzenden Staaten in Frage kam.

Gegen die Monopolstellung der großen Häuser wandte sich der Reichstag 1512 und 1522. Aber der Kaiser, der sie brauchte, schützte sie 1523.

Der Handel des Abendlandes fand in *Antwerpen* seinen Mittelpunkt, das die Stelle des wegen Versandung seines Hafens zurückgetretenen Brügge übernahm. Hier verkaufte der König von Portugal den aus Ostindien herbeigebrachten Pfeffer. Neben den Spaniern und Italienern hatten die Hansen in Antwerpen ihr Haus. Die englischen Merchant adventurers machten Antwerpen zum Stapelplatz der Ausfuhr englischer Tuche. Hier fand oberdeutsches Messing seinen Absatz, das vielfach in die Kolonien ging. Antwerpen war aber nicht nur ein Mittelpunkt des Warenhandels. Auch die Kreditgeschäfte der Fürsten wurden auf seiner Börse verhandelt. In ihnen nahmen die oberdeutschen Häuser eine hervorragende Stelle ein. Noch 1572 wendet sich der König Philipp II. von Spanien an die Fugger mit der Bitte, ihren Faktor in Antwerpen zu veranlassen, der Krone Spaniens einen Kredit bis zur Höhe von 1 Million Dukaten zu gewähren, die der König zur Niederwerfung des Aufstandes gebrauchte.

Die Oberdeutschen liehen nicht nur den Habsburgern, sondern auch ihren Gegnern, den Königen von Frankreich. Während das Haus Fugger der katholischen Sache treu blieb, lag den evangelischen Häusern die Unterstützung der Franzosen näher. Wie der Nürnberger Lazarus Tucher in Antwerpen, so wußte „der gute Deutsche“ Hans Kleberg in Lyon das größte Ansehen zu gewinnen.

Als Frankreich durch den hundertjährigen Krieg mit England verwüstet wurde, hatten die Genfer Messen unter dem Schutz Savoyens der Vermittlung zwischen Nord und Süd gedient. Bei dem Wiedererstarken der französischen Königsmacht wurde Lyon gegen Genf ausgespielt. Die französischen Könige wußten italienische Seidenweber nach *Lyon* zu ziehen und die Seidenindustrie hier heimisch zu machen. Durch seine Messen wurde Lyon ein Mittelpunkt des Warenhandels, auf dem Oberdeutsche und Schweizer sich mit den Italienern begegneten. Hier konnte der König von Frankreich seine Darlehn aufnehmen.

Gegenüber Lyon richtete Karl V. in *Besançon* Messen ein, auf denen vor allem die Genuesen vertreten waren. Diese Messen zeichneten sich dadurch aus, daß der Warenhandel bei ihnen ganz zurücktrat. Hingegen sammelten sich hier die Wechselforderungen des weiten Habsburgischen Wirtschaftsgebietes. Die Messen dienten nicht nur dem Abrechnungsverkehr. Auf ihnen konnte auch die spanische Krone den

Wechselkredit benutzen. Die Messen wurden ihr unentbehrlich, um die Mittel, die ihr aus der neuen Welt und aus ihren Einkünften in Spanien und in Italien zuflossen, auf dem flandrischen Kriegsschauplatze zu nutzen. Die Kurse, die in diesen Messen, die sich in dem Markenscudo eine feste Währung gegeben hatten, berechnet wurden, waren für das ganze Wirtschaftsleben bestimmend. Nur Lyon war in der Lage, demgegenüber einen eigenen Kurs festzuhalten. In diesen Messen, die später nach Piacenza verlegt wurden, sieht EHRENBURG die letzte Blüte der mittelalterlich-romanischen Handelstechnik.

Die Städte stellten ihre Finanzkraft den Fürsten zur Verfügung: Genua, seit Andrea Doria sich für die spanische Sache entschieden, den Spaniern, Florenz den Franzosen; von den Augsburgern halfen die Fugger den Spaniern, die Neidhardt den Franzosen. Allein die Kriege der Häuser Habsburg und Bourbon verschlangen mehr, als diese Mittel vermochten. 1557 stellten sowohl die Spanier als die Franzosen ihre Zahlungen ein. Man arrangierte sich, die Spanier verwandelten ihre kurzfristigen Verbindlichkeiten in Renten, Juros, die freilich nur schwer abzusetzen waren und gering im Kurse standen. 1575 erfolgte ein neuer Bankrott Spaniens. Damals konnten die Fugger durch neue Anleihen noch sich behaupten, bei dem Bankrott von 1607 wurden sie auf das schärfste mitgenommen. Der Bergsegen versiegte, die staatlichen Forderungen wurden kassiert. Als reiche Grundbesitzer, die sogar die Reichsunmittelbarkeit erlangten, lebten die Fugger weiter. Ein ähnliches Geschick traf die anderen oberdeutschen Häuser.

Die Messen von Besançon konnten dadurch blühen, daß der Franche Comté durch ihr Bündnis mit Freiburg in der Schweiz Neutralität und Sicherheit gewährt wurde. Als Philipp II. in religiösem Eifer dieses Bündnis löste, wurde die Freigrafschaft zum Schauplatz der wildesten Kämpfe, die sie vollständig verwüsteten. So vollendeten die Niederwerfung Antwerpens durch die Spanier, schließlich die Schrecken des 30jährigen Krieges in Deutschland den Niedergang der Wirtschaft, der durch die Überspannung der politischen Mittel hervorgerufen war.

Der Schwerpunkt des wirtschaftlichen Lebens verschob sich von der Mitte Europas an die atlantische Küste. Gewiß handelte es sich hierbei nicht nur um ein durch die Entdeckungen hervorgerufenen geographisches Faktum. Den westlichen Staaten war es gelungen, ihre politische Kraft zu einigen, während die dahingehenden Versuche in Deutschland und in Italien gescheitert waren. Schon im Mittelalter waren Brügge und Antwerpen Mittelpunkte des Verkehrs gewesen, aber ausschlaggebend waren auf diesen Plätzen die Fremden gewesen, erst die Italiener und die Hansen, dann die Oberdeutschen und auch schon die Engländer. Wenn jetzt Amsterdam die Führung übernahm, so setzte es sich doch nicht nur an die Stelle von Antwerpen, sondern die Holländer, die von der Schifffahrt zum Eigenhandel übergegangen waren, übernahmen dadurch, daß sie in die Ostsee und in das Mittelmeer eindrangten, auch das Erbe der Italiener und der Hansen.

Schrifttum.

EHRENBURG, R.: Das Zeitalter der Fugger, 1896. — HAEBLER: Die überseeischen Unternehmungen der Welser und ihrer Gesellschaft, 1903. — HÜMMERICH, F.: Die erste deutsche Handelsfahrt nach Indien, 1505/6, 1922. — STRIEDER, J.: Studien zur Geschichte der kapitalistischen Organisationsformen, 2. Aufl. 1925; J. Fugger der Reiche, 1926. Hatte Ehrenberg vor allem die privaten Archive der großen Firmen studiert, so ergänzte Strieder seine Studien durch die Durchforschung der staatlichen Archive. — MÜLLER, K. O.: Welthandelsbräuche (1480—1540), 1934. Wie Pegolotti in seinen Handelsbräuchen von der Fahrt nach China berichtet, so erwähnt der Verfasser dieser Handelsbräuche, Hans *Paumgartner* der Jüngere aus Augsburg, neben den italienischen Plätzen, den französischen, englischen, besonders die portugiesischen Kolonien, die Preise der Spezereien in Indien. — HAUSER H.: Spéculation et spéculateurs au XVI^e siècle, in *Travailleurs et marchands dans l'ancienne France*. Paris 1929. — GORIS: *Etude sur les Colonies marchandes méridionales (Portugais, Espagnols, Italiens) à Anvers de 1488 à 1567*, 1925. — STRIEDER, J.: Aus Antwerpener Notariatsarchiven, 1930. — SCHEUERMANN, L.: Die Fugger als Montanindustrielle in Tirol und Kärnten, 1929.

C. Die Epoche des Merkantilismus.

I. Die Grundlagen der neuen Zeit.

1. Das Zeitalter der Entdeckungen und Kolonialgründungen.

Die Neuzeit machte sich im Wirtschaftsleben auf drei Gebieten geltend. Zuerst wurde das Wirtschaftsgebiet des Abendlandes ausgedehnt auf die überseeischen Länder. Zweitens trat die staatliche Wirtschaftspolitik an die Stelle der städtischen. Drittens ging die Führung des Wirtschaftslebens von den südlichen Gebieten an die evangelischen Seemächte, Holland und England, über.

Betrachten wir zuerst die wirtschaftliche Expansion des Abendlandes.

Die Kreuzzüge hatten die Seeherrschaft der Araber im westlichen Mittelmeerbecken gebrochen und den italienischen Städten den Weg nach der Levante freigemacht. Allein in Südspanien und in Afrika behaupteten sich die Araber, und im 15. Jahrhundert nahm das Vordringen der Türken den Italienern die Vorzugsstellung, die sie bis dahin in der Levante besessen hatten. Der vereinigten Anstrengung von Aragon und Kastilien gelang es 1492, das letzte Araberreich in Spanien, Granada, zu erobern, aber die Expeditionen nach Nordafrika hatten keinen nachhaltigen Erfolg, ja, die dortigen Machthaber vermochten dauernd die See zu beunruhigen.

Da die Araber, später die Türken, den direkten Zugang zu den Schätzen des Orients sperrten, suchte man ihre Stellung zu umgehen. Wie im 13. Jahrhundert die Genuesen versucht hatten, über die Straße von Gibraltar hinauszudringen, unternahmen im 15. Jahrhundert die *Portugiesen* Entdeckungsfahrten an der Westküste Afrikas. Heinrich der Seefahrer organisierte seit 1438 von dem Observatorium auf dem Vorgebirge von Sagres an der Südwestspitze Portugals aus Fahrten, die bis zu seinem Tode, 1460, sich bis nach Guinea erstreckten, von wo Sklaven und Goldstaub nach Portugal gebracht wurden. 1486 gelang es Bartolomeu Dias, das Kap der Guten Hoffnung zu umsegeln. Damit war der Weg nach Indien gewiesen. 1498 landete Vasco da Gama in Calicut an der Westküste Vorderindiens. Bei der zweiten Fahrt nach Indien entdeckte Cabral 1500 westwärts Brasilien, das nach dem geschätzten Farbholz, das man dort in Massen fand, seinen Namen erhielt. 1502 schufen sich die Portugiesen an der Ostküste Afrikas Stützpunkte. Sie hatten die Machtstellung der Araber im Indischen Ozean zu bekämpfen. Deswegen bemächtigten sie sich nicht nur Mozambiques und Sofalas, sondern traten den Arabern in Indien und auf den Wegen durch den Persischen Golf und durch das Rote Meer entgegen. 1505 wurde Francisco d'Almeida zum Vizekönig von Indien ernannt. Er schlug die Flotte der Araber, mit der der Sultan von Ägypten und indische Fürsten sich verbunden hatten, 1509 bei Diu. D'Almeidas Nachfolger, Affonso d'Albuquerque, eroberte 1510 Goa, das zum Mittelpunkt der Besitzungen der Portugiesen an der indischen Westküste wurde, die sie von Bombay bis Ceylon beherrschten. Ihre Macht drang nicht ins Innere, denn es kam ihnen nur darauf an, den Handel mit den indischen Waren, die indische Händler ihnen brachten, in ihrer Hand zu behalten. Ormus, am Eingang zur Persischen Straße, wurde 1515 gewonnen. 1524 unterwarf sich der Emir von Aden der portugiesischen Oberhoheit. Damals wurden auch Beziehungen zu Abessinien aufgenommen, die jedoch ohne weitere Folgen blieben.

Albuquerque drang 1511 auch nach Hinterindien vor, wo er Malakka eroberte. Die Portugiesen setzten sich auf den Molukken fest. Ein erster Versuch einer Niederlassung in China hatte keinen Erfolg, doch erhielten sie 1557 für die Unterstützung der Regierung gegen Seeräuber die Erlaubnis einer Niederlassung in Macao, ja, 1542 konnten sie in Japan Handels- und Missionsniederlassungen errichten, die allerdings bei Erstarkung der Zentralgewalt des Schoguns zu Ausgang des Jahrhunderts wieder aufgegeben werden mußten.

Unter der Herrschaft der Mongolen hatten die Italiener auf dem Landwege bis nach China vordringen können. Im 15. Jahrhundert hatte *Rußland* sich selbständig gemacht. Durch die Eroberung von Nowgorod und die Zulassung der Engländer in Archangelsk nahm es die Beziehungen zum Westen auf. Die Eroberung des Chanats Sibir erschloß ihm im 16. Jahrhundert die östlichen Handelswege.

Im Wettbewerb mit Portugal wollte *Spanien* Indien auf dem westlichen Wege gewinnen. Kolumbus entdeckte bei diesem Versuche 1492 Westindien. Es stellte sich heraus, daß es sich hier um einen neuen Erdteil handelte, dem man nach dem italienischen Geographen Amerigo Vespucci den Namen Amerika gab.

Die Entdeckung des Seeweges nach Ostindien verschaffte den Portugiesen die Handelsgewinne dieses Verkehrs, die bisher den Arabern und den Italienern zugeflossen waren, dabei konnten die ostindischen Gewürze in Europa wesentlich billiger angeboten werden. In der Neuen Welt gelangte Balboa 1513 an das Ufer des Stillen Ozeans. 1519 fuhr Cortez von Kuba nach *Mexiko*. Das Reich der Azteken war durch innere Kämpfe zerrüttet. Cortez erschien den unterdrückten Völkern als der wieder-gekehrte weiße Toltekengott, Quetzalcoatl. So gelang es ihm mit nur 400 Spaniern im Bündnis mit den Tlaxcala, welche die Azteken vergebens zu unterwerfen gesucht hatten, 1521 die rings von Wasser umgebene, nur auf Dämmen zugängliche Hauptstadt Mexiko zu erobern. Auch das Reich der *Inkas* war durch einen Thronstreit zwischen den Brüdern Huascar und Atahualpa, den Atahualpa gewonnen hatte, zerrüttet, als 1531 Pizarro in Peru landete. Durch die Gefangennahme Atahualpas gelang es den Spaniern, die Indianer in Verwirrung zu setzen. 1533 wurde Cuzco, 1534 Quito besetzt, 1535 die neue Hauptstadt Lima begründet.

Auf den Inseln hatten die Spanier Gold gefunden, reichere Schätze gewannen sie bei der Eroberung der großen Reiche der Inkas und der Azteken. Die Überführung dieser Schätze nach dem siegreichen Spanien kann an die Eroberung der Schätze des Perserreiches durch Alexander oder an die Erbeutung der Schätze des Orients durch die Römer erinnern. Die Neue Welt wurde jedoch für Europa von größerer Bedeutung, weil es sich bei diesem *Edelmetallzufluß* nicht nur um die einmalige Verteilung langsam aufgehäufter Schätze handelte, sondern die Spanier in stande waren, durch die Gründung von Bergwerken, zuerst in Peru, dann besonders in Mexiko, dauernd größere Massen von Silber nach Europa zu führen. Durch die Verwendung von Quecksilber, das die Spanier selbst besaßen, war es möglich, dem Silbergestein größere Mengen reinen Metalls abzugewinnen. Die Menge des Edelmetalls, die nach Europa strömte, fand z. T. wieder Abfluß nach Ostindien zur Bezahlung der dortigen Produkte, die nur zum kleinsten Teil mit europäischen Waren beglichen werden konnten; der größere Teil der nach Europa verbrachten Mengen blieb jedoch dort und verbreitete sich von Spanien aus über die anderen Länder Europas. Die größere Geldmenge führte zu einer Steigerung der Preise, die dem aufkommenden Unternehmertum überall zugute kamen.

Die Spanier verzichteten nicht auf den Versuch, auch über Amerika hinaus nach dem eigentlichen Indien vorzudringen. Magalhães gelang es, die Südspitze Amerikas zu umschiffen und die ostasiatischen Inseln zu erreichen. 1521 trafen sich die Reste der Magalhães-Expedition mit den Portugiesen auf den Molukken. Eine Teilung der Welt zwischen Spaniern und Portugiesen schien nötig. Schon 1493 hatte Papst Alexander VI. den Spaniern die westliche und südliche Route, den Portugiesen die

östliche zugesprochen. 1529 suchten Spanier und Portugiesen im Vertrage von Saragossa eine Grenzlinie festzusetzen, deren Bestimmungen allerdings durch die Unvollkommenheit der geographischen Messungen höchst ungenau waren. Hat doch erst Humboldt z. B. die Lage Mexikos genau festgelegt. Die Neue Welt wurde neben der Edelmetallgewinnung für Europa dadurch wichtig, daß man dort anfang, die bisher aus dem Osten bezogenen Produkte selbst anzubauen. Die Kolonialwaren, Zucker, Kaffee und Baumwolle, dazu die erst aus der Neuen Welt bekannt gewordenen, Tabak und Kakao, wurden seit dem 17. Jahrhundert zu immer gesuchteren Gegenständen des europäischen Bedarfes. Ihren Anbau förderten die Spanier vor allem auf den Westindischen Inseln, aber auch auf dem Festlande, die Portugiesen in Brasilien.

In der wirtschaftlichen Ausnutzung des neugewonnenen Machtgebietes schloß sich Portugal der von den Venezianern im Mittelalter geübten Politik an. Der König von Portugal konnte bei seinen ersten Fahrten auswärtiges Kapital nicht entbehren. Die Gewinne der ersten Fahrten setzten ihn jedoch in den Stand, die weiteren Fahrten nach Indien mit eigenen Mitteln zu unternehmen. So wie die Galeeren der Republik Venedig im Mittelalter regelmäßig nach Konstantinopel, nach Beirut, Alexandrien und nach Brügge gefahren waren, wurden jetzt die Schiffe des Königs von Portugal nach Ostindien abgefertigt. Die von dort heimgebrachten Waren wurden in Lissabon gelagert. Auf der Börse von Antwerpen bestimmte der Faktor des Königs von Portugal den Preis des Pfeffers.

In Spanien nahm die Regierung die Schifffahrt nicht selbst in die Hand, regelte sie aber auf das genaueste mit Hilfe der im Jahre 1503 gegründeten Casa de contratación in Sevilla. Die Fahrt nach Amerika, von der Ausländer ausgeschlossen waren, beschränkte sich auch in Spanien auf eine kleine Gruppe großer privilegierter Häuser in Sevilla. Nur unter dem Schutz staatlicher Schiffe durften ihre Fahrzeuge ausfahren. 1543 wurde festgesetzt, daß mindestens 10 Schiffe zu einer Expedition beisammen sein müßten, darunter keines unter der allerdings noch reichlich kleinen Größe von 100 Tonnen. Seit 1564 gingen regelmäßig zwei Flotten im Jahr hinaus, die erste im April nach den Inseln und nach Mexiko, die zweite im August nach Cartagena und Panama. Auf den Messen von Jalappa, landeinwärts von Veracruz, für Neuspanien und in Portobello bei Panama für Peru, wickelte sich der Verkehr der Neuen Welt mit dem Mutterlande ab. Auf der Rückfahrt sollten sich die beiden Flotten in der Havana treffen und von dort im März nach Sevilla zurückfahren. Bei der Rückfahrt konnte die Flotte kleiner sein. Denn während damals nach Amerika Lebensmittel, aus Spanien besonders Wein und Öl, gebracht wurden, dazu Textilien, bildeten die Rückfracht vor allem die wenig Raum beanspruchenden Edelmetalle. Dafür war dieser Transport der Silberflotte aber auch besonders gefährdet. Seeräuber aller Nationen lauerten ihr auf. Die Kaperung der spanischen Silberflotte war ein Hauptziel der englischen Seehelden, und die holländisch-westindische Compagnie verdankte erfolgreichen Unternehmungen gegen diese Schiffe den größten Teil ihre Gewinne.

Im Gegensatz zu der portugiesischen Praxis überließen die nordischen Seemächte, darin mehr den Genuesen folgend, privaten *privilegierten Korporationen* den Verkehr mit den Kolonien. In Holland wurde 1602 die Ostindische Compagnie gegründet, 1621 die Westindische, die 1636—1645 auch in Brasilien herrschte. Schon 1600 war die Englisch-Ostindische Compagnie gegründet. Auch die nordamerikanische Küste wurde 1606 Kompagnien zugeteilt, der Londoner im Süden, in Virginien, der Plymouther im Norden, wo 1630 durch einen neuen Freibrief von den Puritanern Massachusetts mit dem Mittelpunkt Boston gegründet wurde und 1643 sich die Kolonien gegen die Indianer als „Neuengland“ zusammenschlossen. 1664 regte Colbert in Frankreich entsprechende Gründungen an. Diese Politik befolgten auch die anderen Mächte, sofern sie Anteil an dem überseeischen Geschäft zu gewinnen suchten. Holländer wußten Schweden zu einer Niederlassung an der nordamerikanischen Küste

zu gewinnen. Erfolgreich baute Dänemark seine Stützpunkte in Ostindien, in Guinea und auf den Antillen aus. Auch der Große Kurfürst versuchte es mit Kolonialgründungen in Guinea. Erfolgreicher setzte sich der Herzog von Kurland auf Tobago fest. Eine Zeitlang, 1722—1731, gelang es einer in Ostende mit Hilfe von englischen Flüchtlingen unter kaiserlicher Flagge gegründete Kompagnie, am Ostindienhandel teilzunehmen. Immer schien es darauf anzukommen, einerseits direkte Fahrt mit Ostindien zu betreiben, sodann mit europäischen Metallwaren u. dgl. in Guinea Sklaven zu erwerben für amerikanische Plantagen und von dort die Kolonialwaren nach Europa zurückzubringen. Noch Nettelbeck finden wir in diesem Verkehr tätig. Er fährt von Amsterdam nach Guinea, schildert dann sehr lebendig die Überfahrt der dort eingehandelten Neger nach dem holländischen Guyana, von wo er mit Zucker und Kaffee beladen zurückfährt.

In Rußland hatten zuerst Private die Ausdehnung nach dem Osten betrieben. Die aus Nowgorod stammende Firma Stroganow suchte ihren besonders dem Pelz- und dem Salzhandel dienenden Betrieb auszudehnen. 1558 wurde ihr eine koloniale Konzession gegeben. In ihrem Auftrage eroberte 1579—81 Jermak *Sibirien*. Er entriß den Tataren ihre Hauptstadt Sibir am Tobol, an dessen Stelle sich später Tobolsk erhob. 1586 jedoch wurden diese Eroberungen dem Zaren übergeben. Wie in Kanada die Pelzhändler der englischen Hudson-Kompagnie, so drangen in Sibirien Pelzhändler und Regierungsposten immer weiter vor. Ihnen folgten Ansiedlungen in Stadt und Land. Nach Peking zogen seit dem Vertrage mit China von 1653 Kronkarawanen, die nach fünfjähriger Unterbrechung 1727 wieder zugelassen wurden. So gelangte der chinesische Tee nicht nur über Kanton etwa durch die Englisch-Ostindische oder die Holländisch-Ostindische Kompagnie nach Europa, sondern auch durch die russischen Karawanen.

Schrifttum.

LUZZATTO, G.: *Storia Economica. L'Eta Moderna*, 1934. — HARING, H.: *Trade and Navigation between Spain and the Indies*. Harvard Press 1918. — SUPAN, A.: *Die territoriale Entwicklung der europäischen Kolonien*, 1906. — SCHÜCK: *Brandenburg-Preußens Kolonialpolitik unter dem Großen Kurfürsten und seinen Nachfolgern*, 1889. — ECKARDT, W.: *Kurland unter dem Einfluß des Merkantilismus, Ein Beitrag zur Staats- und Wirtschaftspolitik Herzog Jacobs von Kurland, 1642—1692*. Riga 1927. — DE ROOVER, R.: *L'organisation administrative et commerciale de la Compagnie d'Ostende*. Bulletin d'Etudes et d'Informations de l'Institut supérieur de Commerce St. Ignace, Antwerpen 1934. — KUSKE, W.: *Die weltwirtschaftlichen Anfänge Sibiriens*. Schmollers Jahrbuch 1922.

2. Die Begründung einer staatlichen Wirtschaftspolitik.

Das zweite Kennzeichen der neuen Zeit liegt darin, daß, während bisher die wirtschaftliche Initiative vor allem von den Städten geregelt wurde, jetzt der *Staat* an ihrer Stelle selbständig in die Wirtschaft eingreift. Wir erwähnten, daß schon bei der Gründung der Städte, sodann bei der Nutzung ihrer Finanzkraft das staatliche Interesse an der Verkehrswirtschaft sich geltend machte. Jetzt aber ging der Staat von der mehr passiven Haltung der früheren Zeit dazu über, die Förderung der Wirtschaft selbst in die Hand zu nehmen. Er bedurfte dazu der Ausbildung eines besoldeten *Beamtentums*.

Im Zeitalter der Feudalität war der Dienst Ehrenpflicht gewesen, die mit dem Besitz des Lehens verbunden war. Auch in den Städten waren die Ämter Ehrenämter. In ihnen bildete sich in den Schreibern und Rechtsberatern dieser Ämter langsam ein ständiger Beamtenstab aus. Von vornherein jedoch wahrte die Stadt, da alle entscheidenden Handlungen in ihrem Namen stattfanden, den Dauercharakter ihrer Rechte und Verpflichtungen, während das Verhältnis des Fürsten zu seinen Dienern höchst persönlich blieb und bei seinem Tode von dem Nachfolger erneuert werden mußte. Das absolute Herrschertum suchte daher vor allem die Kontinuität der Thronfolge zu sichern. „Der König ist tot, es lebe der König“, hieß es jetzt.

Das Söldnerwesen wurde zuerst im Heere angewandt. Allein die Heerführer dieser Soldtruppen standen dem Staate gelegentlich wie selbständige Unternehmer gegenüber. Ihnen überließ der Staat zunächst die Sorge um die Aufstellung und den Unterhalt der Truppe. Damit waren vielfach auch die politischen Entscheidungen in die Hand der Heerführer gegeben, wie es sich noch bei der Restauration der Stuarts in England zeigte. Es mußte die Aufgabe des Staates sein, an Stelle der großen Condottieri an die Spitze des Heeres wirkliche Beamte des Staates zu setzen. So gelangte Wallensteins Armee nach seiner Ermordung unter die Führung kaiserlicher Generale. So wurden die Truppen Bernhards von Weimar in das französische Heer übernommen, das dann unter Turenne seine Siege erfocht.

Mit ihren Räten, die im 16. und 17. Jahrhundert festere Geschäftsordnungen erhielten, errichteten die Herrscher ihre Zivilverwaltungen. Dabei leistete den protestantischen Fürsten die Säkularisierung des Kirchenguts wesentliche Dienste. Die Pfarrer übernahmen in der unteren Instanz staatliche Aufgaben, wie die Armenverwaltung, die soziale Fürsorge. Dieses war der Grundgedanke der englischen Armengesetzgebung unter der Königin Elisabeth. Aber er begegnet auch in den Ordnungen der deutschen Fürsten, z. B. in Hessen, Sachsen und Preußen. Noch Friedrich der Große ließ, als er den Anbau der Kartoffel in seinen Landen gefördert sehen wollte, die Geistlichen über ihren Nutzen predigen und die Gendarmen ihren Anbau kontrollieren.

Zur Durchführung seiner Pläne mußte der Staat die *Sondergewalten*, die sich in seinem Reiche ausgebildet hatten, zu *beseitigen* suchen. So wurden in Spanien zu Beginn der Regierung Karls V. die Städte ihrer Selbständigkeit beraubt. Aber auch den Granden gewährte der neue Herrscher keinen Einfluß auf die Staatsgeschäfte. Die Kirche selbst mußte ihre Mittel dem Staate dienstbar machen. Der Staat zog die Güter der großen Ritterorden ein, um selbst über sie zu verfügen, und sogar die Inquisition wurde in seiner Hand ein Mittel, jeden Widerstand gegen die Fürstenmacht zu brechen. Frankreich vernichtete die Selbständigkeit des Adels, indem es ihn an den Glanz des Hofes von Versailles fesselte. In seinen Intendanten schuf es einen mustergültigen Beamtenapparat. Ganz freilich vermochte das französische Königtum die Selbständigkeit der Provinzen nicht zu brechen. Colbert konnte 1664 die Vereinheitlichung der Zölle voll nur für die dem König unmittelbar unterworfenen Provinzen durchführen. In ihnen wurden die Steuern in fünf großen Abschnitten verpachtet, sie hießen daher „Pays des cinq grosses fermes“. Neben diesem Kern Frankreichs standen die Gebiete mit selbständiger Provinzialverwaltung, die „pays d'états“. Zu ihnen gehörten der Süden, Languedoc, im Westen die Bretagne, im Osten die Franche Comté. Das Elsaß war bis zur französischen Revolution als „Étranger effectif“ von der französischen Zollgrenze ausgeschlossen.

In England war die Macht der Städte nie sehr groß gewesen. Die Selbständigkeit der Barone war in den Rosenkriegen vernichtet. Dadurch, daß das Königtum sich ganz der Förderung der Verkehrswirtschaft des Landes widmete, konnte es unter der Königin Elisabeth zu einer Macht werden, die sogar den überwältigend scheinenden Hilfskräften Spaniens erfolgreich Trotz bot.

Versuche des Kaisers, in Deutschland eine ähnliche Stellung zu erringen, scheiterten in 30jährigen Kriege, da nicht nur die evangelischen Stände dem widerstrebten, sondern auch die katholischen, wie Bayern, ihre Selbständigkeit zu wahren suchten. Der Schwerpunkt der staatlichen Wirtschaftspolitik entfiel auf die Territorien. Zur Regelung des Gewerbes hatte England 1562 das „Statute of Artificers“ erlassen. Ebenso hatte 1581 die französische Krone die Autonomie der Zünfte beseitigt. In Deutschland erfolgte erst 1731 ein entsprechendes Reichsgesetz, dessen Durchführung jedoch den Verordnungen der großen Territorien, wie Preußen und Österreich, überlassen blieb.

Der Staat setzte die Wirtschaftspolitik der Städte fort, indem er seine Haupt-

plätze entsprechend zu begünstigen suchte. So hatten schon im Mittelalter die Herrscher von Böhmen und Ungarn ihre Hauptstädte Prag und Buda zu *Hauptstapelplätzen* des Landes gemacht. Der Verkehr Norwegens sollte in Bergen seinen Mittelpunkt finden. Ebenso suchten zu Beginn des 17. Jahrhunderts die Schweden den auswärtigen Verkehr ihres Landes auf Stockholm zu konzentrieren. Peter der Große ließ die von ihm erbaute Hauptstadt zum Stapelplatz seines Reiches im Verkehr durch die Ostsee werden. Wie die Spanier den Überseeverkehr auf Sevilla, die Portugiesen auf Lissabon festlegten, machten die Franzosen Marseille zum Stapelplatz ihres Levantehandels. In Deutschland hatten die Hohenzollern schon im 15. Jahrhundert ihre Städte der Hansa entzogen. Hinter den Kampf Frankfurts und Stettins um den Oderhandel stellten sich im 16. Jahrhundert die Herrscher Brandenburgs und Pommerns. Nicht überall gelang es, die Städte in die Gewalt der Herrscher zu bringen. Während Ludwig XIV. als Landgraf des Elsaßes sich Straßburgs bemächtigte, wußte Hamburg der Macht des dänischen Königs als Grafen von Holstein zu trotzen. Wenn die Einverleibung alter städtischer Mittelpunkte nicht gelang, gründeten die Landesherren neben ihnen neue Städte, die durch die größere Freiheit, die sie den sich Ansiedelnden gewährten, starken Zuzug fanden. So entstanden neben den alten Städten am Rhein Mannheim durch neue Besiedelung, neben Frankfurt Hanau und Offenbach, neben Nürnberg Fürth, neben Hamburg Altona.

Um die Mittel für stehendes Heer und Beamtentum zu erhalten, mußte der Staat Steuern erheben, deren Leistung nur möglich war durch Hebung der *Verkehrswirtschaft*. Der Staat hätte diese Mittel wohl auch dadurch bekommen können, daß er selbst allein Überschüsse sammelte, wie das im alten Ägypten oder in Byzanz geschehen war. Er glaubte aber, seine Rechnung besser zu finden, wenn er die selbständigen Energien der Unternehmer aufrief. So wurde der Staat gegenüber mittelalterlicher Bindung zum Förderer des freien Unternehmers, ja der kapitalistischen Entwicklung.

Der Schatz der fürstlichen oder städtischen Kammer sollte wohlverstanden sein; denn die Verfügung über wirtschaftliche Mittel wurde als eine Hauptstütze der Staatsmacht erkannt. „Der Handel“, so sagte COLBERT, „ist die Quelle der Finanzen, und die Finanzen sind der Lebensnerv des Krieges“. Zur Ausbildung von der Finanzverwaltung dienenden Beamten errichtete Friedrich Wilhelm I. zuerst besondere Lehrstühle der *Kameralistik*. Ihm folgte das josephinische Österreich. Die deutschen Kameralisten trieben vor allem Finanzwissenschaft. Ein *Justi* hat geradezu diese Wissenschaft systematisch begründet. Unter den Einnahmen des Staates standen damals die aus seinen Domänen an erster Stelle. Der Bewirtschaftung des eigenen Vermögens, z. B. an Forsten und Bergwerken, wurde die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Dieser Verwaltung mußte der Amtmann gewachsen sein. In der damaligen Kameralwissenschaft stecken daher auch die Anfänge der heutigen Betriebswissenschaft.

Unter den Steuern wurde im 17. Jahrhundert auf die Verkehrssteuern das größte Gewicht gelegt. In der Akzise, die an den Toren der Städte erhoben wurde, glaubte man eine Goldgrube entdeckt zu haben. Um jedoch diese Steuern möglichst ergiebig zu gestalten, mußten alle Glieder des Staates in die Verkehrswirtschaft hineingezogen werden. Das war der Sinn des *Merkantilismus*. Alle sollten „Mercatores“, d. h. Kaufleute, werden. Der Landwirt sollte nicht nur an seinen und seines Grundherrn Unterhalt denken, sondern Überschüsse seiner Wirtschaft zum Verkauf stellen, um damit das Rad des Verkehrs in Gang zu bringen. Der Handwerker sollte nicht nur auf seine Nahrung sehen, sondern seine Produkte dem Verleger überlassen, der mit ihrem Vertrieb in die Ferne Überschüsse erzielte, aus denen neue Arbeit finanziert werden konnte. Die Regelung dieses Verkehrs ließ sich der Staat angelegen sein. So spricht SONNENFELS in seinen „Grundsätzen der Polizei, Handlung und Finanzwissenschaft“, die er Joseph II. widmete, im zweiten Bande, in der „Handlungs-

wissenschaft“, zuerst von „der Landwirtschaft“ und den „Manufakturen“. Die Maßnahmen, die in den einzelnen Staaten zur Förderung dieses Gedankens ergriffen wurden, mußten nach Lage der Länder verschieden ausfallen. In Holland stand das Interesse des Handels an erster Stelle, in Frankreich und anderen Ländern des Kontinents die Förderung der Industrie. England konnte daneben auch Schifffahrt und Landwirtschaft einheitlich regeln. Es ist jedoch nicht richtig, nur diese Besonderheiten der praktischen Politik als Ausdruck des Merkantilismus zu betrachten. Das Streben nach einer *Förderung der Verkehrswirtschaft unter staatlicher Leitung* verleiht allen diesen Einzelmaßnahmen einen gemeinsamen Grundgedanken.

War bisher der Verkehr auf die Städte beschränkt, so sollte nunmehr *das ganze Land* in die Verkehrswirtschaft hineingezogen werden, also *wie eine Stadt* dastehen. Dazu war es nötig, die einzelnen Teile des Landes durch Ausbildung der Verkehrsmittel enger miteinander zu verbinden. In Holland kam die Art der Besiedlung diesem Streben entgegen. Durch seine Kanäle wurden die einzelnen Landesteile so eng miteinander verbunden, daß die sieben Vereinigten Provinzen, trotz mannigfacher Verschiedenheiten, wie eine Einheit wirkten. Durch die Ausbildung des Kanalnetzes suchten andere Länder ähnliches zu erreichen. *Colbert* ließ durch einen Kanal Atlantischen Ozean und Mittelmeer verbinden, der Große Kurfürst die Oder mit der Elbe. Die Mannigfaltigkeit der Handelsbräuche faßte *Colbert* 1673 in dem „Code de Commerce“ zusammen, der für das ganze Reich einheitliche Grundsätze festlegte.

Das Vorrecht der Städte, daß nur in ihren Mauern das Gewerbe betrieben werden durfte, wurde vielfach durchbrochen. So blühten in Flandern neben den alten Städten Ypern, Brügge und Gent die Orte der Landschaft durch die Tuchindustrie auf. Die Wollindustrie verbreitete sich in England weithin auf dem Lande. Selbst dort, wo die Städte das Land in Abhängigkeit hielten, gewann die Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land unter dem Einfluß der Entwicklung des Gewerbes neue Formen. Nur die Leitung der gewerblichen Produktion und entscheidende Abschlußprozesse behielt sich die Stadt vor, während die Masse der Arbeit auf das Land ausgliedert wurde. So vergaben Genfer Uhrmacher die Herstellung von Schalen und Ketten für die Uhren in die Dörfer des Jura, während die Zusammenstellung der Uhr zunächst der Stadt verblieb. In Zürich ließ man Spinnen und Weben der Seide auf dem Lande zu, während die Färberei und der Verlag in der Stadt ihren Sitz haben mußten.

Das städtische Ideal der Wirtschaft lebte jedoch in neuer Form als staatliche Aufgabe wieder auf. *Colbert* suchte sein Land zur *Werkstatt der Welt* zu erheben. So, wie bis dahin die Stadt dem platten Lande gegenübergestanden hatte, sollte jetzt ganz Frankreich als Sitz des Gewerbes die übrige Welt mit Produkten des Gewerbefleißes beglücken, während die anderen Länder ihm dafür Rohstoffe oder Geld dazubringen hatten. Die Seidenindustrie von Lyon war schon in früheren Jahrhunderten gefördert worden. Jetzt sollte die französische Mode ausschlaggebend werden. Von Venedig hatten die französischen Gesandten Meister in der Spitzenindustrie und in der Glasbläserei nach Frankreich zu locken. In der Tat gelang es, in solchen Luxusindustrien Frankreich die Führung zu verschaffen. Die französischen Spiegel konnten ganze Wände bedecken. Französische Gobelins, französische Spitzen suchte jeder kleine Hof zu erwerben.

Allein der Anspruch Frankreichs blieb nicht unbestritten. Durch die Vertreibung der Hugenotten setzte Ludwig XIV. selbst andere Länder in den Stand, im Gewerbe es Frankreich gleich zu tun. Durch die Aufnahme der Hugenotten wurde Berlin im Laufe des 18. Jahrhunderts eine Weberstadt. Friedrich Wilhelm I. förderte die Wollentuchindustrie, zu deren Abnehmern er durch diplomatische Beziehungen auch das russische Heer zu gewinnen wußte. Friedrich d. Gr. ließ sich die Förderung der Seidenindustrie angelegen sein, deren Absatz in Polen ein diesem Reich abgewonnener besonders niedriger Zollsatz erleichtern sollte. Ähnlich versuchte Karl VI., dem

österreichischen Gewerbe im türkischen Reiche eine Vorzugsstellung zu verschaffen. England förderte seine Kolonien als Rohstofflieferanten, während es das Gewerbe dem Mutterlande vorbehalten wissen wollte.

Schrifttum.

RANKE, L.: Fürsten und Völker von Südeuropa im 16. und 17. Jahrhundert, I., Hamburg 1827. — SCHMOLLER, G.: Umriss und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte, besonders des Preussischen Staates im 17. und 18. Jahrhundert, 1898. Schmoller hebt in seinem Aufsatz über „den deutschen Beamtenstaat vom 16. bis 18. Jahrhundert“ hervor, wie wichtig es für die Bildung eines unabhängigen Beamtenstandes war, Auswärtigen den Dienst anzuvertrauen. Schweizer Landsknechte nahmen die Fürsten in ihren Sold. Eine ähnliche Stellung, wie die Hugenotten in Berlin, erhielten die Italiener am Wiener Hofe. Die russische Flotte hatte noch in der Schlacht bei Navarin 1827 holländisches Kommando. — HECKSCHER, E.: Der Merkantilismus, deutsch von G. Mackenroth, 1932. — SÉE, H.: Französische Wirtschaftsgeschichte, 1930. — MARTIN, G.: La grande Industrie sous le Règne de Louis XIV. Paris 1899. — LIPSON, E.: The Economic History of England, II. The Age of Mercantilism. London 1931.

3. Der Einfluß der geistigen Bewegung auf das Wirtschaftsleben der Neuzeit.

Die Besonderheit der neueren Wirtschaft ist nicht nur durch die Erweiterung der wirtschaftlichen Grundlage und die Festigung der staatlichen Organisation bestimmt, sondern steht auch unter dem vielleicht entscheidenden Einfluß der Bewegung, die wir unter dem Namen der Reformation zusammenfassen.

Die religiöse Erneuerung stellte sich zunächst nicht nur der Organisation der Kirche, sondern auch der Wirtschaft, wie sie sich zu Ausgang des Mittelalters ausgebildet hatte, durchaus kritisch gegenüber. Wenn die Bekämpfung des Wuchers im 15. Jahrhundert an Kraft nachgelassen hatte, ja, die Kirche selbst mit ihrem Finanzwesen, das dem Ausbau weltlicher Pracht diente, den Frommen Anstoß bot, so nahmen gerade die Reformatoren die Erneuerung der kanonischen Vorschriften in der Bekämpfung des Wuchers mit dem größten Ernste auf. Luther eiferte gegen die Fugger nicht weniger als gegen den Papst, und Frankfurt mit seinen Messen war ihm das große Geldloch, durch das Deutschland jährlich bei dem Bezug ausländischer Luxuswaren an Mitteln verlor. Ebenso wandte sich Calvin gegen das Treiben an den großen Handelsplätzen Venedig und Antwerpen. Allein, wie die Kirche selbst in dem „Bete und Arbeite“ des heiligen Benedikt gerade auch in den Mönchsorden eine positive Stellung zum Wirtschaftsleben gefunden hatte, wurde die Betonung der Tugenden, auf die die Reformatoren ihre Anhänger hinwiesen, zur Grundlage einer neuen Einstellung zum Wirtschaftsleben.

Die Reformation beseitigte die Sonderstellung der Klöster, aber sie verlangte von ihren Bekennern die gleiche Strenge, die den Mönchen in der Abgeschiedenheit von der Welt geboten war, nunmehr in den Geschäften der Welt. Diese „*innerweltliche Askese*“ machte den einzelnen nur seinem Gott gegenüber verantwortlich, zwang ihn aber, seine Lebenshaltung ganz nach dem Willen Gottes einzurichten. Die guten Werke, die nach katholischer Lehre eine Bedingung der Erlösung darstellten, wurden in dieser Bedeutung von den Reformatoren verworfen, aber sie gewannen als Zeichen der Bekehrung unter den Gläubigen eine neue fast noch stärkere Schätzung. Die traditionellen Bindungen des Herkommens wurden als Menschensatzung verworfen. Eine neue rationale Ordnung, die größeren Erfolg versprach, wurde als von Gott gewollt gefordert.

Die einzelnen Konfessionen sind in ihrer Stellung zu dem Überkommenen verschieden vorgegangen. Gegenüber dem mystischen Zuge, der die lutherische Lehre vom Abendmahl auszeichnet, betonten die Reformierten die nüchterne Auffassung des Gedächtnismahls. Die Täufer vollends legten den Sakramenten als solchen keine Bedeutung bei und ließen nur das „innere Licht“ gelten. Dementsprechend fand sich das Luthertum fast wie die Lehre des Thomas von Aquino mit der Gliederung der Stände ab. Anders der Calvinismus, dem ein Berufswechsel nichts ausmachte und

der dadurch eher in der Lage war, neu sich bietende Bedingungen auszunutzen. Den Täufern war es ernst mit der Bruderschaft aller Menschen, und die Quäker redeten Hoch und Niedrig mit „du“ an. Der Puritaner wurde zum Gegenbild des frommen Hindu, für den das Beharren in dem ererbten Berufe die Vorbedingung der Erlösung war.

Durch die Unterdrückung der reformierten Lehre in den spanischen Niederlanden und Frankreich wurden viele zur Auswanderung in solche Länder gezwungen, in denen sie ihrem Glauben treu bleiben konnten. Aber auch wenn man den Glaubensbrüdern ein Asyl gewährte, wurden sie damit doch nicht ohne weiteres zu vollen Bürgern des neuen Gemeinwesens. Man hielt sie nicht nur von der Teilnahme an der Regierung fern, sondern erschwerte ihnen auch die Betätigung in den herkömmlichen zumtümlich gebundenen Gewerben. Damit schon waren die Neuankömmlinge gezwungen, neue Erwerbsmöglichkeiten aufzusuchen. Diese boten sich ihnen durch die Ausnutzung ihrer alten Verbindungen. Die Glaubensgenossen bildeten eine weit hinaus verstreute Gemeinde. Weiter konnten sie neue Verfahrensarten einführen, die neben den althergebrachten der Zünfte eine Stelle fanden.

Wir wiesen darauf hin, welche Bedeutung schon im Mittelalter die Fremdkaufleute und die Verbannten spielten, im Anfang des Mittelalters Syrer und Juden, später Italiener und Deutsche im Norden und Osten. PETTY ging so weit, daß er den *Ketzern* überhaupt den wirtschaftlichen Aufschwung, wo immer er sich im 17. Jahrhundert zeigte, zuschrieb. Zu solchen Verbannten gehörten auch die zu Ausgang des 15. Jahrhunderts aus Spanien, später auch aus Portugal vertriebenen *Juden*. SOMBART möchte ihnen einen wesentlichen Einfluß auf die Entstehung des modernen Kapitalismus zusprechen; ja, die rationale Geisteshaltung der Siedler der Neuen Welt sei im wesentlichen auf sie zurückzuführen. Der größte Teil der Auswanderer begab sich nach Nordafrika und dem türkischen Reiche, Gegenden, die man doch nicht als das Kernland des modernen Kapitalismus bezeichnen kann. Einige wandten sich nach Südfrankreich. Ihnen war der regere Verkehr zuzuschreiben, der sich zwischen Languedoc und Marokko entwickelte. Andere zogen nach Norden und fanden zuerst in Antwerpen, dann in Holland, Hamburg, später auch in England eine neue Heimat. Man kann aber nicht die Wirtschaft Hollands oder gar Englands deswegen als eine jüdische bezeichnen.

WÄRTJEN weist darauf hin, daß die Juden erst 1657 in den Generalstaaten als Untertanen und Einwohner anerkannt wurden. Erst damit konnten sie auch im holländischen Handel sich lebhafter beteiligen. Wir finden sie daher seitdem am Besitz der Aktien der Ostindischen Kompagnie stärker beteiligt. Aber auch dann blieben sie von der Leitung der Kompagnie ausgeschlossen. So kann man auch nicht sagen, daß die Juden an der Gründung der Bank von Hamburg beteiligt gewesen wären. Zu ihrer Gründung gaben vielmehr die Engländer Anlaß, die ihre Niederlassung in Hamburg an bestimmte Bedingungen knüpfen konnten. Aber auch sie standen hinter den Holländern zurück, die neben den Einheimischen an Anzahl der Einleger und Größe der eingezahlten Summen durchaus im Vordergrund waren. Die Holländer hatten am Getreidehandel und am Holzhandel, die auch in Hamburg im 17. und 18. Jahrhundert das wichtigste Geschäft ausmachten, durch ihre Beziehungen nach dem Osten und dem Süden starken Anteil.

In dem holländischen Kolonialreich in *Brasilien* nahmen die Juden in den 30er und 40er Jahren des 17. Jahrhunderts eine wichtige Stellung ein. Wir hören, daß unter Johann Moritz von Nassau ein Israelit in Pernambuco, Pinto, neun Zuckermühlen besaß, 370 Sklaven und 1000 Zugochsen. Allerdings erfahren wir dieses nur durch den Umstand, daß 1645 nach dem Fortgang des Johann Moritz von Nassau „Neuholland“ sich in schwerer Krise befand und Pinto bei einer Schuldenlast von über 90 000 Gulden um finanzielle Hilfe nachsuchte. Die Zuckervirtschaft war, wie wir noch sehen werden, für den Aufbau der Kolonien von grundlegender Bedeutung.

Man hat bisher angenommen, daß jüdische Unternehmer 1492 auf San Thomé zuerst den Zucker im großen angebaut hätten. Es stellt sich aber heraus, daß die Juden auf diese afrikanische Insel nicht als Unternehmer, sondern als Hörige gebracht wurden, die dort zum großen Teil dem Klima erlagen. Als die Portugiesen den Holländern ihr Reich entrissen, mußten die Juden fliehen. Sie haben dann den Anbau des Zuckers vor allem nach Curaçao verbreitet, aber auch nach Barbados und von da nach Jamaika. Geduldet wurden die Juden auch auf den Inseln des französischen Westindiens. In Nordamerika wurden sie von den Holländern zugelassen, als New York noch Neu-Amsterdam hieß. In den Neu-England-Staaten jedoch und in den südlichen englischen Kolonien Virginien und Carolina spielten sie keine Rolle.

Die Tatsache, daß die vom Regiment ausgeschlossenen Kreise im Wirtschaftsleben sich besonders betätigten, in Holland also auch die Lutheraner und die Mennoniten, erklärt nur die negativen Gründe der Erscheinung. Es ist doch so, daß die wirtschaftlichen Bedingungen, auf die eine Menschengruppe angewiesen ist, auch ihren Charakter bestimmen. So sind die Nachkommen der Holländer, die mit ihrem Vieh in die Trockengebiete des südafrikanischen Feldes gezogen sind, ein besonderer Menschenschlag geworden, der durchaus nicht mehr an die kühnen Seefahrer erinnert, sondern die Eigentümlichkeit der Hirten aufweist, wie sie uns im alten Testament geschildert werden. So zeigt GOTHEIN in seiner „Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes“, daß der positive Vorzug, den Hugenotten oder Juden gegenüber der ansässigen Bevölkerung hatten, darauf beruhte, daß sie als *Hausierer* weit herumgekommen waren und sich dadurch eine umfassendere Kenntnis von Menschen und Verhältnissen erworben hatten. In solcher Lage befanden sich die um ihres Glaubens willen nach den evangelischen Kantonen der Schweiz geflüchteten *Locarner*. Sie behielten die Verbindung nach Italien und nach Frankreich und konnten die Züricher darauf aufmerksam machen, welchen Vorteil es ihnen gewährte, daß sie nach den Bestimmungen des ewigen Friedens von 1516 in Lyon geringere Zölle zu zahlen brauchten. Damit waren sie in der Lage, das Verlagssystem in der Tuchindustrie, das die Welser in Lugano im Beginn des 16. Jahrhunderts ausgebildet hatten, am Schlusse dieses Jahrhunderts nach Zürich zu verpflanzen. Dadurch, daß sie für den Absatz der Textilwaren zu sorgen wußten, machten sich die Juden den Hohenzollern Friedrich Wilhelm I. und Friedrich d. Gr. bei ihrer Förderung der Woll- und der Seidenmanufaktur unentbehrlich. Die gleiche Geschicklichkeit konnten aber auch andere Volksgruppen entfalten. An der ostindischen Kompagnie, die unter Karl VI. von Ostende aus ihre Fahrten unternahm, waren englische Flüchtlinge, Anhänger des katholischen Prätendenten, stark beteiligt. Italienische Händler wußten sich im 18. Jahrhundert im südlichen Schwarzwald festzusetzen. GOTHEIN schildert uns, wie eine der großartigsten Wirtschaftsorganisationen von den Schwarzwälder Bauern selbst aufgebaut wurde, die in ihren Mußestunden mit dem Schnitzen von Uhren sich beschäftigten. Überallhin wanderten sie mit ihren einfachen Uhren. In Paris lernten sie, das Uhrwerk zu verbessern. Die Ausbildung von Spielwerken aber dankten sie dem Musikunterricht, den die Klöster des Schwarzwaldes ihnen erteilten. So zogen sie aus, nicht nur nach Italien; selbst den Hof des Sultans wußten sie mit ihren Kuckucksuhren zu beglücken. Einen Hauptabsatz fanden sie später in Amerika, wo die Auswanderer in ihrer Schwarzwälderuhr ein Stück Heimat in der Fremde bewahrten.

Allein dieses Hausierertum erklärt doch nur das Eindringen wirtschaftlicher Rechnung in einzelne Kreise des Wirtschaftslebens. Jetzt aber wurden ganze Völker von ihr erfaßt. Das Freiwerden der wirtschaftlichen Energie hängt mit der Eringung *politischer Selbständigkeit* zusammen. Die Ausdehnung des italienischen und des deutschen Handels im Mittelalter hätte niemals so nachhaltig wirken können, wenn seine Träger nicht durch die Freiheit gestützt worden wären, die sie

in ihren Städten zu erringen gewußt hatten. So belebte der Widerstand gegen die spanische Unterdrückung die wirtschaftliche Ausdehnung der Holländer. Sie waren es zufrieden gewesen, in Lissabon sich mit den Waren des Orients zu versehen. Als aber die Spanier nach dem Aussterben des portugiesischen Königshauses auch zu Herren Portugals geworden waren und den Holländern in Lissabon Schwierigkeiten machten, durchbrachen sie kühn das Vorrecht der Portugiesen. Sie nahmen selbst die Fahrten nach Ostindien auf und gründeten auf den hinterindischen Inseln ein größeres Reich als die Portugiesen es je besessen hatten.

So gewann das englische Wirtschaftsleben erst durch die *Revolution* gegen die Stuarts seinen besonderen Charakter. Die Puritaner wandten sich gegen die Monopole, die die Krone verliehen hatte. Sie beseitigten aber auch die patriarchalische Fürsorge, die das Königtum den Schwächeren hatte angedeihen lassen. Der Grundsatz der Dissenters war es, jeden Kunden gleichmäßig zu bedienen, mochte er auch politisch oder kirchlich ganz anders stehen. Damit waren erst die Grundlagen eines freien Marktes geschaffen. An sich hätte die Revolution auch zu einer obrigkeitlichen Organisation der Wirtschaft führen können, und es fehlte nicht an solchen Bestrebungen, wie sie die Leveller vertraten. Es siegte aber die Auffassung, die dem einzelnen alle Verantwortung auch im Wirtschaftsleben zuwies, und Freiheit und Eigentum wurden die Grundlagen, mit denen die englische Wirtschaft im 18. Jahrhundert sich auszeichnete.

In *Deutschland* wurden die Gebiete der calvinistischen Diaspora die Sitze kapitalistischer Entwicklung. Eine erste Schicht von Einwanderern kam im 16. Jahrhundert aus den südlichen Niederlanden. Sie brachte nach Frankfurt und Hamburg Bankverbindungen und neue Industrien. Die zweite Welle erfolgte, als Ludwig XIV. 1685 das Edikt von Nantes aufhob, das den französischen Hugenotten die Ausübung ihres Glaubens gewährt hatte. Der große Kurfürst erwiderte mit dem Edikt von Potsdam, das ihnen in seinen Staaten eine neue Heimat verschaffte.

Wie geistliche Erweckung mit wirtschaftlichem Rationalismus zusammengehen kann, zeigt sich besonders deutlich in der Entwicklung der Herrnhuter Handlung, wie sie Abraham Dürninger 1747 aufbaute. Er organisierte den direkten Export der Lausitzer Leinwand, die vor allem nach den amerikanischen Kolonien ging. Er hielt sich nicht an das Vorkaufsrecht der Städte, und erschien diesen daher als ein Störer ihrer Nahrung. Er ließ sich auch nicht Einsprüche der Gemeinde gefallen, sondern hielt sich für allein dem „Herrn“ verantwortlich. Dabei baute er das Geschäft auf so soliden Grundlagen auf, daß durch die Retouren, die von Übersee eintrafen, Herrnhut auch zu einem Mittelpunkt des Kolonialwarenhandels wurde. Die Gewinne kamen der Gemeinde zugute, diese durfte das Geschäft aber nicht darüber hinaus in Anspruch nehmen. Die Verbindung von Geschäftstüchtigkeit und Frömmigkeit, deren Möglichkeit die Kirchenväter wohl angezweifelt hatten, fand hier eine ideale Verwirklichung.

Später wurde das, was im Anfang nebensächliche Bedeutung gehabt hatte, zur Hauptsache. So wie der Forscher anfangs in der Natur nur die Weisheit des schöpferischen Gottes ergründen wollte, ihm jedoch später diese Forschung zum Selbstzweck wurde, so wurde dem Wirtschaftler der Gewinn seines Geschäftes, der ursprünglich nur das Zeichen der Bewährung sein sollte, zur Hauptsache. Der eiserne Wille und die systematische Vernunft des Puritaners wurden als nützliche Vorbedingungen geschäftlicher Wirksamkeit gewertet. Der Erwerb, einst geduldet, wurde jetzt gepriesen, er war nicht heillos sondern Heilsgewißheit.

Schrifttum.

WEBER, MAX: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, 1905, jetzt in den Gesammelten Aufsätzen zur Religionssoziologie, I, 1920. — SOMBART: Der moderne Kapitalismus, 2. Aufl. Bd. I, 1916. — HASHAGEN: Der Rheinische Protestantismus und die Entwicklung der

rheinischen Kultur, 1924. — TAWNEY: Religion and the Rise of Capitalism, 1926. — FANFANI, A.: Cattolicesimo e Protestantismo nella formazione storica del Capitalismo. Biblioteca dell' Unione Cattolica per le Scienze Sociali, 3., Mailand 1934. — GÖTHEIN: Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes, 1892. — WEISS, L.: Die Locarner in Zürich. Neue Zürcher Zeitung 1934. — WÄTJEN, H.: Das Judentum und die Anfänge der modernen Kolonisation, 1914. — WAIBEL, L.: Probleme der Landwirtschaftsgeographie, 1933. — WAGNER, H.: Die Handlung Abraham Dürninger & Co. in den Jahren 1747—1833. Herrnhut 1934. — AUBIN, G.: Der Einfluß der Reformation in der Geschichte d. deutschen Wirtschaft. Halle 1929.

II. Feudalkapitalismus und Zunftkapitalismus.

1. Plantagenbau und Gutsherrschaft.

Als Übergangszeit bewahrt der Merkantilismus neben dem Neuen, das er bringt, auch eine Reihe von Einrichtungen des Alten. HECKSCHER, der die englische und die französische Wirtschaft dieser Epoche besonders ausführlich behandelt, zeigt, daß selbst hier die Tendenz zur Vereinheitlichung des Wirtschaftsgebietes sich nicht voll durchsetzen konnte. Als Reste der feudalen Welt, die in die neue Zeit hineinragten, sieht er vor allem die Sondergewalten, die gegenüber der Macht der Zentrale sich behaupteten. SOMBART weist auf die innere Wandlung hin, welche die Feudalherren im 17. und 18. Jahrhundert durchmachten. Neue Schichten drangen aus dem reichgewordenen Bürgertum oder aus dem neugeschaffenen Beamtentum in den Adel ein. Dieser selbst wurde durch den gesteigerten Aufwand am Hofe gezwungen, genauer zu rechnen. Das heraufkommende Neue läßt SOMBART von einer Zeit des „Frühkapitalismus“ sprechen. Mir scheint es wichtig, die Tatsache hervorzuheben, daß die sich herausbildende Verkehrswirtschaft durchaus nicht immer zu einer Lockerung der alten Bindungen führte, sondern im Gegenteil auf einigen Gebieten mit ihrer Verschärfung oder gar Neubegründung verbunden war. An der Peripherie der abendländischen Wirtschaft genoß nur die Oberschicht die Vorteile des neu sich anbahnenden Verkehrs, während unter ihr die Masse der Bevölkerung in stärkste Abhängigkeit gestürzt wurde. Gerade das 16. Jahrhundert sah in der neuen Welt die Sklavenwirtschaft und im europäischen Osten die Leibeigenschaft entstehen.

Die italienischen Städte des Mittelalters hatten die *Haussklaverei* gekannt. Sklaven aus dem südlichen Rußland waren ein wichtiger Handelsartikel gewesen, mit dem sie die Höfe der arabischen Herrscher versorgten. Dabei führten sie auch ihren Häusern diese Arbeitskräfte zu. Das Los der Haussklaven war kein ungünstiges. Nach treu geleisteten Diensten erlangten sie häufig die Freilassung. Anders war es dort, wo die Sklaven zu landwirtschaftlicher Arbeit herangezogen wurden. Dieses geschah auf der iberischen Halbinsel mit dem im Kampf erbeuteten Ungläubigen. Allein die Sklaverei gewann eine durchaus andere Bedeutung, wenn sie dort benutzt wurde, wo der Anbau von Produkten für den Erwerb betrieben wurde. Hier wurde der Sklave zu einem *Produktionsinstrument*, aus dem man möglichst hohe Erträge herauszupressen versuchte. Dieses geschah vor allem durch den Anbau des Zuckerrohres und die Gewinnung festen, versandfähigen Zuckers.

Das Zuckerrohr ist in Bengalen heimisch. Ein Anbau für den Versand erfolgte, wie schon RITTER nachwies, wahrscheinlich zuerst in der persischen Provinz Chusistan, dem alten Susiana, etwa um 900 n. Chr. Andere Kolonialprodukte, wie Pfeffer, konnten von den Kleinbetrieben der Eingeborenen unmittelbar den Händlern übergeben werden. Anders dort, wo das Produkt der Landwirtschaft, ehe es versandfähig wurde, einem komplizierten technischen Prozeß unterzogen werden mußte, wie beim Zucker. Der Anbau des Zuckers lohnte sich nur im großen und in Verbindung mit den Zuckermühlen. Die Plantagenwirtschaft stellte sich also als eine Verbindung von landwirtschaftlicher und gewerblicher Tätigkeit dar, die ein größeres Kapital verlangte und dazu arbeitsintensiv war. Im Mittelalter verbreitete sich die Zuckerproduktion über die Gestade des Mittelmeeres nach Cypern, Sizilien, und dann

nach Südspanien. Einen großen Aufschwung nahm sie auf den westafrikanischen Inseln. Hier wurden Negerklaven verwandt. Durch ihren Erwerb und die Besorgung der Einrichtung wurde der Plantagenbau zu einem kapitalistischen Unternehmen, das eine der ersten Übertragungen des Handelskapitals in Produktionskapital im großen ausmachte. Auf den Kanarischen Inseln und auf Madeira mußte das Zuckerrohr, ebenso wie im Mittelmeergebiet, künstlich bewässert werden, dieses fiel in den Tropen fort. In Westindien und Brasilien konnte daher der Zucker unter wesentlich günstigeren Bedingungen produziert werden. In seinem Anbau fanden Spanier und Portugiesen bald die ergiebigste Ausnutzungsmöglichkeit des Bodens der neuen Welt.

Auch die Indianer wollte man, wie die Neger der afrikanischen Westküste, als Sklaven benutzen. Es zeigte sich aber, daß bei ihnen, die teilweise noch auf der Stufe der Sammler und Jäger, allenfalls des Hackbaus standen, der Übergang zu intensiver Kultur nur unter den größten Verlusten für ihr Volkstum möglich war. Unter der Knute der Spanier starben die Indianer der Inseln dahin. Die Dominikaner, vor allem der edle Las Casas, traten für den Schutz der Eingeborenen ein. Die Regierung erließ 1543 ein entsprechendes Gesetz. Freilich war es weder ihr noch ihren Vizekönigen selbst möglich, jeder Ausbeutung der Indianer entgegenzutreten. Den Conquistadoren wurden bestimmte Gebiete angewiesen, aus deren Abgaben sie ihren Unterhalt bestreiten sollten. In solchen Encomiendas befanden sich die Indianer in einer Art Hörigkeit. Auch zur Arbeit in den Bergwerken wurden sie herangezogen. Für die *Plantagenarbeit* jedoch wurden die widerstandsfähigeren *Neger* eingeführt. Mit dem 16. Jahrhundert setzten die Sklaventransporte ein, die bis ins 19. Jahrhundert dauern sollten, und etwa 15 Millionen Neger gewaltsam nach der neuen Welt versetzten.

Die Sklaven wurden an der afrikanischen Westküste erworben, an der die beständigen Kämpfe der Eingeborenen den Siegern immer neue Sklaven lieferten. Die Portugiesen brachten auf ihren kleinen Karawellen bis zu 500 Schwarze unter. Zusammengepfercht, unter ungünstigen hygienischen Bedingungen, waren sie einer großen Sterblichkeit ausgesetzt. Trotz des durch solche Sterbefälle vergrößerten Risikos wurde der Sklavenhandel zu einem der einträglichsten Geschäfte, an dem auch die Krone ihren Anteil hatte. Spanien erlaubte den Negerhandel nur gegen eine bestimmte Lizenz, die sog. Assientos. Im 16. Jahrhundert gelangten etwa 4000 jährlich herüber. 1528 verpflichtete sich das Haus Welser, in 4 Jahren 4000 Neger nach den spanischen Kolonien zu überführen. Außer ihnen sollten 50 deutsche Bergleute als Lehrmeister und Vorarbeiter angeworben werden. Genauer sind wir über die Einfuhr nach dem holländischen Kolonialreich in Brasilien unterrichtet. Es wurden dorthin von 1636 bis 1645 23 000 Neger befördert, die zum Preise von 6,7 Millionen Gulden verkauft wurden.

Neben dem Zucker wurde der Kaffee und der Tabak ein wichtiger Artikel der Plantagenkultur. Die Engländer bauten in Virginien einen Tabak an, der es zwar nicht mit dem der spanischen Kolonien aufnehmen konnte, aber dadurch, daß er das Monopol des englischen Absatzes gewann, zur Grundlage der wirtschaftlichen Blüte der Kolonie wurde. In puritanischer Strenge hatte man zuerst den „unheiligen Rauch“ ganz verbieten wollen, allein die nationalwirtschaftliche Rücksicht auf die Siedler überwog. Erst im 18. Jahrhundert gewann der Anbau der Baumwolle in den Südstaaten der Vereinigten Staaten größere Bedeutung. Bis dahin war er besonders auf der Insel Tobago gepflegt.

Auf der anderen Seite führte im *russischen Reiche* die Ausdehnung der Herrschaft nach Osten und Süden zu einer Einschränkung des freien Bauernlandes und zum Untergang der Freiheit der Bauern. Die Eroberungen hatten seit dem Ausgange des 15. Jahrhunderts dem Moskowiterreiche so große Flächen zugewiesen, daß die Bevölkerung zu einer regelmäßigen Besiedlung nicht ausreichte. Der Abzug der

Bevölkerung in die neugewonnenen Gebiete hatte eine Entvölkerung des alten Landes zur Folge. Dazu kam, daß der Fürst seine Lehnleute mit Land ausstattete, dessen Bewohner dem Grundherrn pflichtig wurden. Im 16. und 17. Jahrhundert fielen das schwarze Land der Bauerngemeinden und die Staatsländereien dem auf Lebenszeit verliehenen Dienstbesitz, der sog. Pomestje, zur Beute. Im Gebiete von Nowgorod nahmen diese Dienstgüter in den 80 er Jahren des 16. Jahrhunderts zwei Drittel der Fläche ein. Auch im Süden war ihr Umfang sehr groß. Etwas stärker war der Anteil der freien Bauern im Zentrum. Im Moskauer Gebiet stand der geistliche Grundbesitz an erster Stelle. Nur der Norden und Nordosten blieben von der Ausbildung der Dienstgüter unberührt.

Das Reich der Moskowiter stützte sich auf die mit Dienstlehen ausgestatteten Kreise. Ihnen wurden die Bauern unterworfen. So wenig, wie sich für die Einführung des römischen Kolonates ein bestimmtes Datum angeben läßt, kann man dieses für die Entstehung der russischen Leibeigenschaft. Wesentlich war, daß der Bauer der Gerichtshoheit des Lehnsherrn unterstand. Ihm hatte er seine Abgaben zu entrichten. Auch hier sehen wir ein Vordringen der Geldwirtschaft: naturale Abgaben wurden in Geld verwandelt. Dazu gesellten sich aber Frondienste, die ungemessen waren. Entscheidend war, daß den Bauern die Freizügigkeit genommen wurde. Bei der Seltenheit der Arbeitskräfte suchte ein Gut dem anderen die seinigen abspenstig zu machen. Gerade die kleineren Grundherren litten unter den Gefahren solcher Abwanderung. In ihrem Interesse wurde die Fesselung der Bauern an die Scholle durchgeführt. Schon 1497 wurde die Abzugsfrist der Bauern beschränkt. 1607 wurde bestimmt, daß die seit 1592 in den Grundbüchern eingetragenen Bauern kein Abzugsrecht hätten, sondern zu dem betreffenden Gutsbesitz gehörten.

Ähnlich war die Entwicklung in *Polen* und im *deutschen Osten*. Hier wurde der Gewinn einer Verschiffung von Getreide nach Westeuropa zum Anlaß, daß der Grundherr nicht mit den hergebrachten Abgaben seiner Bauern zufrieden war, sondern durch eigene Bewirtschaftung seines Gutes ihre Dienstpflicht zu steigern suchte. Die Möglichkeit hierzu wurde dem Adel dadurch gegeben, daß ihm die Gerichtsbarkeit über die Bauern zustand. Damit war er in der Lage, die Frondienste der Bauern ins Ungemessene zu steigern. Obgleich die Lage der deutschen Bauern im Osten während des Mittelalters eine günstigere gewesen war als im Westen, konnten sich somit jetzt im Osten beim Eindringen der Verkehrswirtschaft neue Formen der Abhängigkeit bilden. Der Bauer hatte nur einen Teil seiner Arbeitszeit zur Verfügung für seine Tätigkeit als selbständiger Landwirt. Einen großen Teil mußte er den Diensten für den *Gutsherrn* widmen. Und dieser Anteil wurde immer größer. Die Entvölkerung des Landes durch den 30jährigen Krieg, dann auch durch den nordischen Krieg, gab dem Gutsherrn Anlaß, das Hoffeld zu erweitern durch Einziehung verödeten Bauernlandes. Damit wurden die Dienste der übrigbleibenden Bauern immer drückender. Mit ihrem Gespann hatten sie sich dem Gutsherrn oder seinem Aufseher zur Verfügung zu stellen für die Bearbeitung des Hoffeldes.

Die jugendlichen Arbeitskräfte hatten anfangs nur zuerst sich dem Hofe des Gutsherrn als Knechte und Mägdle anzubieten brauchen. Im Laufe der Zeit wurde daraus ein *Gesindezwangsdienst*. Da Frondienste und Gesindezwangsdienste manchen zur Flucht vom Lande veranlaßten, trat nun auch im deutschen Osten die Bindung des Bauern an die Scholle ein. Fronnen, Gesindezwang und *Schollenpflicht* machten die *Erbuntertänigkeit* aus, die den ostdeutschen Bauern fesselte, während im Westen die alte Leibeigenschaft zu einer bloßen Rentenverpflichtung geworden war. Die Lage der Bauern wurde dort eine besonders schlechte, wo man über sie unmittelbar, auch ohne ihre Bindung an den Boden zu berücksichtigen, verfügen durfte. Das geschah in Rußland im Zeitalter der Katharina. Aber auch in Deutschland glaubte 1590 Huanus, die Sätze des römischen Rechts über die Sklaverei auf die abhängigen Bauern anwenden zu können. Indessen bot das gleiche

römische Recht im Westen, in Hessen, den Juristen die Möglichkeit, die Lage der Bauern dadurch zu verbessern, daß man sie nach dem Recht der Emphyteuse behandelte.

Im einzelnen wirkte sich je nach der Dichte der Besiedlung und der Verkehrslage die Entstehung der Gutsherrschaft im Osten verschieden aus. Die eigene Wirtschaft veranlaßte die Gutsherrn im Nordosten dazu, ihr Hoffeld möglichst auszudehnen; sie hatten das größte Interesse daran, die Ansprüche der Bauern an das Land zu bestreiten. Im 16. Jahrhundert gaben die schwachen Hohenzollern die Besitzrechte der Bauern dem Adel preis. Anders suchten die großen Herrscher des 18. Jahrhunderts einen Bauernschutz durchzuführen, wie er in Mecklenburg oder in Holstein, wo der Adel ausschlaggebend war, nicht möglich war. In *Böhmen* ließ die Seltenheit der Arbeitskräfte die Gutsherren ihren Bauern gerade besonders günstige Besitzverhältnisse gewähren, während sie zu starken Abgaben verpflichtet blieben. Die Herrschaft suchte den Bauern in seiner Verbindung mit der Verkehrswirtschaft auszunutzen. Nur ihr durfte er seine Überschüsse zu weiterer Verwertung zur Verfügung stellen. Nur von ihr durfte er seinen weiteren Bedarf, z. B. bei Kindelbier, beziehen.

Im deutschen *Nordwesten* wäre nach dem 30jährigen Kriege eine Zerschlagung der Meiergüter möglich gewesen, die Territorialherren legten jedoch Wert darauf, leistungsfähige größere Höfe zu erhalten, da auf ihnen die Steuerpflicht beruhte. Sie verlangten daher in der „Redintegrationsgesetzgebung“ die Wiederherstellung der Meierhöfe. Deswegen zeichnet sich dort in den welfischen Landen die Agrarwirtschaft noch heute durch das Überwiegen großbäuerlicher Betriebe aus.

Im deutschen *Süden* hatten die Bauern versucht, nach dem Beispiel der Schweizer, die Abgaben ihrer Grundherren abzuschütteln. Der deutsche Bauernkrieg wandte sich vor allem gegen die Erhöhung der Forderungen, welche geistliche Territorialherren verlangten. Die Niederschlagung des Bauernkrieges verhinderte solche Wünsche; vor allem als Obermärker durch seine Herrschaft über Wald und Allmende machte sich der Grundherr der bäuerlichen Wirtschaft unbequem bemerkbar. Allein die bäuerliche Wirtschaft als solche blieb im deutschen Westen, ebenso wie in *Frankreich*, unangetastet. Sie litt unter grundherrlichen Abgaben, die ihr eine zeitgemäße Entwicklung erschwerten, aber die Ausdehnung der Eigenwirtschaft des Gutsherrn war ihr hier minder gefährlich als im Osten.

In Mitteldeutschland spielt die Grundherrschaft die entscheidende Rolle. Die Landesherren verhinderten eine Entwicklung zur Gutsherrschaft, wie sie sich im Osten vollzog. Gegenüber dem Südwesten zeichnete sich Mitteldeutschland durch das Fehlen der Leibeigenschaft aus. Hier saßen freie Bauern auf grundherrlichem Boden. Der Grundherr aber gab seinen eigenen Betrieb nicht auf, wie vielfach im Westen, sondern baute, von vornherein mit reichlicherem Besitz ausgestattet, häufig durch Pachtung die Gutswirtschaft aus. Der Mangel an Arbeitskräften, die günstigere Aussichten in die Heimindustrie verlockten, führte 1651 in Sachsen zum Gesindezwangsdienst. 1766 wurde für die auf dem Lande geborenen ein vierjähriger ländlicher Arbeitszwang verordnet, der bis 1833 bestand.

In *England* hatte die Revolution alle feudale Bindung der Menschen beseitigt. Auch der Boden wurde zu freiem Eigentum. Gegen die Einhegungen, wie sie das Vordringen der Schafwirtschaft seit Ausgang des 15. Jahrhunderts mit sich brachte, hatten die Könige die Bauern zu schützen gesucht. Jetzt fiel diese Schranke fort. Die Einhegungen wurden gerade von dem kräftigen Bauernstande gefordert, der den Kern des revolutionären Heeres ausgemacht hatte. Durch die Aufteilung der Allmende und die Auflösung der alten Feldgemeinschaft konnte der einzelne seinen Besitz arrondieren und einheitlich verwalten. Indessen sehen wir gerade im 18. Jahrhundert die kleineren Besitzer dahinschwinden. Die Einhegungen, die bis dahin nur einige Teile Englands ergriffen hatten, wurden jetzt namentlich auch in der Mitte

des Landes allgemeiner, und sie kamen im wesentlichen dem großen Grundbesitze zugute. Dieses hing damit zusammen, daß man in der Landwirtschaft den produktionstechnischen vor dem bevölkerungspolitischen Gesichtspunkt betonte. Die Landwirtschaft sollte nicht bloß dem Unterhalte der landwirtschaftlichen Bevölkerung dienen, sondern, wie ARTHUR YOUNG ausführte, ein Gewerbe sein, das dem Staate möglichst hohe Erträge lieferte. Die Konjunktur begünstigte bei dem Ansteigen der Getreidepreise den Großbetrieb. Aber der Großbesitz, der sich mit ihm bildete, wurde auch ungeteilt zusammengehalten. Das freie Erbrecht wurde dadurch beschränkt, daß dem Besitzer die Möglichkeit gegeben wurde, nicht seinen Sohn, sondern seinen Enkel als Erben einzusetzen, während dem Sohne nur das Nutzungsrecht zuteil wurde. Solche *Entails* wirkten dadurch, daß sie ständig erneuert wurden, wie ein Fideikommiß. Der Grundbesitz blieb auf die Erstgeborenen der Familien beschränkt. Damit war auch in England, wo sonst die größte Freiheit der Person und des Eigentums galt, gerade für den Bodenbesitz eine neue feudale Bindung eingeführt.

Schrifttum.

KNAPP, G. F.: Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit, 1891. — WAIBEL, L.: Probleme der Landwirtschaftsgeographie, II, Die Wirtschaftsform des tropischen Plantagenbaus, 1933. — WÄTJEN, H.: Der Negerhandel in Westindien und Südamerika. Hansische Geschichtsblätter 1913. — KULISCHER, J.: Russische Wirtschaftsgeschichte, 1925. — STARK, W.: Ursprung und Aufstieg des landwirtschaftlichen Großbetriebes in den böhmischen Ländern, 1934. — LÜTGE, F.: Die mitteldeutsche Grundherrschaft, 1934. — Nach M. BLOCH bildete sich in Frankreich neben dem bäuerlichen Besitz seit dem 16. Jahrhundert ein Großgrundbesitz durch Ausnutzung der Rechte auf die Allmende und den Zusammenkauf verschuldeter Parzellen seitens des „Capitalisme seigneurial et bourgeois“. — BRENTANO, L.: Eine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands, II. Die Zeit des Merkantilismus, Kap. 21, 1927.

2. Die zünftige Gebundenheit.

Holland, die im Merkantilismus zuerst führende Macht, bewahrte doch starke Züge städtischer Gebundenheit. Die sieben Provinzen konnten als eine Vereinigung von Städten betrachtet werden. So stark machte sich namentlich der Einfluß Amsterdams geltend. Und wie die mittelalterliche Stadt für sich die Wege des Verkehrs möglichst weit freihalten wollte, andere aber ungern zu diesen Wegen heranließ, wehrten die Holländer ihren Nachbarn den Anteil an der Ausnutzung ihrer Verkehrsstellung. So sperrte Holland, als *Antwerpen* in die Hände der Spanier gefallen war, die Mündung der Schelde; nicht minder wandte es sich gegen *Emden*, das zu Ausgang des 16. Jahrhunderts eine Zeit großer Blüte erlebt hatte. Holland sollte der Stapel des Rheins gebühren. Auch in der Einrichtung des Gewerbes ging Holland in nichts von den stadtwirtschaftlichen Beschränkungen ab. Der holländische Kapitalismus fand ausschließlich in den Städten seine Entwicklung.

Die französischen Heere versuchten 1672 die holländische Handelsmacht zu unterwerfen. Die Herrschaft der Patrizier brach damals freilich zusammen, aber es gelang Wilhelm von Oranien die Unabhängigkeit Hollands zu behaupten. Der französische Markt blieb durch die Maßnahme Colberts von 1667 den Holländern weitgehend verschlossen. Die *französische Regierung* jedoch ordnete das Gewerbe in ihrem Reiche im Rahmen der Zunft. Die Zünfte sollten nicht nur in allen Städten, sondern auch auf dem Lande eingerichtet werden. Französische Forscher haben nachgewiesen, daß dieser Gedanke der Ordnung von 1675 nicht überall ausgeführt werden konnte. Es gab sogar Städte, in denen die Gewerbe keine Zunftverfassung aufwiesen, vor allem stieß ihre Ausbildung auf dem Lande auf Schwierigkeiten. Immerhin wurden den Zunftmeistern wichtige Aufgaben zuerteilt; sie hatten vor allem über die Güte der Arbeit zu wachen. Die Aufnahme der Meister war weitgehend in ihre Hand gegeben. Damit setzte der Staat sich der Gefahr aus, daß diese Organe der Selbstverwaltung doch wieder lokalen Sonderinteressen allzu großen

Raum gaben. Der Staat stellte ihnen in den „Inspecteurs des manufactures“ staatliche Beamte an die Seite, deren einige, wie Vater und Sohn Savary, oder Vaucanson, der durch seine Verbesserungen der Seidenindustrie bekannt ist, sich um die Förderung des Gewerbes verdient machten.

Die französische Industrie arbeitete vor allem für den Luxusabsatz der höheren Klassen. Sie wandte sich gegen Neuerungen, die billigere Ware an den Markt brachten. Zu Ausgang des 17. Jahrhunderts kam der Kattundruck in Europa auf, zuerst in Amsterdam. Der erbitterte Kampf, den Frankreich 1686—1749 gegen diesen neuen Gewerbszweig führte, wurde der Ausbildung seiner Industrie verhängnisvoll. Der Kattundruck wanderte in die Nachbarländer ab, in die Schweiz, nach Genf, Neuenburg, Mülhausen und Glarus, nach Augsburg und Hamburg, und als der Widerstand gegen die Kattundruckereien, die den Aufstieg der Baumwollindustrie vorbereiteten, aufgegeben wurde, wurde es Frankreich schwer, den Vorsprung der Nachbarländer einzuholen.

Im Pariser Gewerbe sehen wir, wie die großen Handelszünfte, ähnlich wie einst in Florenz, sich aus der Masse der Berufsorganisationen erheben. Die sechs „Corps“ der Tucher, Gewürzkrämer, Seiden- und Schnittwarenhändler (Merciers), der Pelzer, Hutmacher und Goldschmiede, denen sich die Weinhändler vergebens anschließen suchten, betrachteten sich als die Vertreter der gewerblichen Interessen der Hauptstadt.

Das Verlagssystem breitete sich auf dem Lande aus, besonders in der Textilindustrie. Im Durchschnitt mochten zehn Meister von einem Verleger beschäftigt werden. Es gab aber auch weit größere Unternehmungen. In Lyon traten den „Maîtres Marchands“ die „Maîtres Ouvriers“ gegenüber, wie es ähnlich schon in den italienischen Städten des Mittelalters geschehen war. Eine kapitalistische Entwicklung konnte sich auch im Rahmen der Handwerkszünfte zeigen, so, wenn in der Pariser Metzgerzunft die Inhaber der beschränkten Anzahl von Fleischbänken diese als ein nutzbares Recht betrachteten, dessen Ausübung sie vielleicht lediglich Metzgerknechten überließen.

Ebenso führte in *Preußen* die Ausführung des Reichsedikts gegen die Autonomie der Zünfte nicht zu ihrer Aufhebung, sondern zu ihrer obrigkeitlichen Regulierung. So wurde das Tuchgewerbe einer einheitlichen Regelung mit zünftiger Ordnung unterworfen. Ähnlich verfuhr auch die anderen deutschen Staaten. Dort, wo die Städte ihre Selbständigkeit behaupteten, hielten sie auch an ihren wirtschaftlichen Vorrechten fest. So verlangten die Berner von ihrem Oberland, daß ihnen die Milchwirtschaft ihre Butter liefere, und wandten sich gegen das „feiste Käsen“, d. h. gegen die Herstellung von Käse für die Ausfuhr. In Zürich bildeten die Zünfte die Grundlage der Verfassung. Aber dadurch, daß die kaufmännischen Familien in die verschiedenen Zünfte aufgenommen werden konnten, gewann diese zünftige Verfassung, wie einst in Köln, gleichwohl aristokratischen Charakter. Die „kaufmännischen Direktorien“, wie sie 1662 in St. Gallen und Zürich begründet wurden, waren gildenartige Organisationen der Kaufleute und Verleger, die gemeinsame Angelegenheiten, wie Post und Wechselrecht, besorgten und für ihre Privilegien in der Ferne, besonders in Lyon, eintraten. Gewerbe, die im 16. Jahrhundert noch frei betrieben wurden, fielen im 17. unter den Zunftzwang, also auch hier „Zunftkapitalismus“.

In *England* hatte das „Statute of Artificers“ von 1562 nur allgemein die Londoner Lehrzeit auf das ganze Land ausgedehnt. Die Friedensrichter sollten über die Innehaltung der Gewerbeordnung und über die Festsetzung der Löhne, die sich nach den Lebenshaltungskosten zu richten hatten, wachen. Sie blieben jedoch in vielen Fällen auf die Mitwirkung der Zünfte angewiesen.

Im 17. und 18. Jahrhundert breitete sich das Verlagssystem, vor allem in der Wollenindustrie, auf dem Lande aus. In London können wir einerseits eine große Spezialisierung des Gewerbes verfolgen. In den Hauptstädten fanden neue Erfin-

dungen, wie z. B. die Uhren, lohnenden Absatz. Das 18. Jahrhundert sah in London allein 29 Arten des Schmiedehandwerks. Auf der anderen Seite verwandelte sich die Zunft aus gleichberechtigten Arbeitsgenossen in eine Oligarchie von Kapitalisten. So nahmen die Lederhändler die Weißgerber, Handschuhmacher und Taschenmacher in sich auf, die Kurzwarenhändler die Hutmacher, Kappenmacher und Nadler, die Tuchmacher die Walker und Tuchscherer. Von den 111 Zünften Londons sonderten sich die zwölf „Livery Companies“ ab, die sich durch ihre besondere Tracht auszeichneten. Solche Tracht konnten nur die Reichen tragen. Unter ihnen standen die kleinen Meister, die householders, und die Arbeiter.

Auch der Außenhandel wurde in England gildenmäßig organisiert. Die Fahrt nach bestimmten Richtungen wurde einer Gruppe von Kaufleuten als ausschließliches Recht verliehen. Dafür hatten sie der Krone Abgaben zu leisten. Diese Handlungsgilden wurden zu einem wichtigen Pfeiler des englischen Finanzsystems unter der Königin Elisabeth, so wie bis ins 18. Jahrhundert in Frankreich die Besteuerung des Gewerbes durch die Zünfte erfolgte.

Unter den englischen Handlungsgilden standen die *Merchant Adventurers* voran. Im Mittelalter hatten die englischen Kaufleute vor allem Wolle exportiert. Der Wollstapel in Calais war ihr Ausfallstor. Der Export der Tuche lag weitgehend in der Hand der Ausländer, besonders der Hansener. Jetzt drangen die Engländer in das Monopolgebiet der Hanse ein, indem sie ihren Stapel von Antwerpen nach mannigfachen Kämpfen schließlich nach Hamburg verlegten. Die englischen Tuche wurden von den „merchant adventurers“ nach Hamburg auf den deutschen Markt gebracht. Bei diesen „wagenden Kaufleuten“ könnte man an Einzelunternehmer denken. Allein auch sie standen unter strengen Zunftregeln. Die Zahl der Lehrlinge, die sie halten durften, war beschränkt, ebenso das Höchstmaß der zu exportierenden Stoffe, der sog. „Stint“. Wie in den Zünften finden wir auch hier eine Differenzierung unter den Teilnehmern. 1622 waren unter 3 bis 4000 Mitgliedern 40 bis 50 kapitalkräftigere maßgebend.

Der Handel nach der Ostsee wurde der *Eastland Company* übertragen, die nach Elbing die englischen Tuche brachte. Die „*Russische Compagnie*“ genoß die Privilegien, welche der Zar den Engländern in Archangelsk gewährte. Die *Levante Compagnie* hatte den Verkehr des Mittelmeers in der Hand. Die *afrikanische Compagnie* brachte Gold von der Guineaküste, die *Hudsonbay Company* Pelze aus Nordamerika.

Ein Teil dieser Kompagnien überließ die Geschäfte den einzelnen Teilnehmern, während nur die allgemeinen Bedingungen der Fahrt geregelt wurden, man nannte sie „*Regulated Companies*“. Das waren vor allem die „merchant adventurers“. Andere schlossen sich zu gemeinsamer Führung der Geschäfte zusammen; sie brachten zu diesem Zwecke Kapital auf. Die Gewinne wurden an die Anteilseigner dieses Kapitals verteilt. Man nannte sie „*Joint Stock Companies*“. Die russische Kompagnie wurde 1555 als solche „Aktiengesellschaft“ gegründet. Gelegentlich wurde das gemeinsame Kapital nur für eine Fahrt aufgebracht und nach ihrer glücklichen Beendigung wieder aufgelöst. Solcher Wechsel zwischen „joint stock“ und „regulated company“ kann bei der afrikanischen und der Levante Compagnie beobachtet werden.

Die 1600 gegründete *Ostindische Compagnie* war zunächst eine „regulated company“. Das Kapital wurde nur für eine Fahrt zusammengebracht, später für mehrere, 1613 z. B. für vier Reisen. Erst 1657 erlangte die Kompagnie eine stabilere Finanzgebarung. Die Holländisch-Ostindische Compagnie war 1602 mit einem festen Kapital von 6½ Millionen Gulden begründet, die Holländisch-Westindische Compagnie 1621 mit einem Kapital von 7 Millionen Gulden. Gerade die Holländisch-Ostindische Compagnie spiegelt in ihrer Organisation die städtische Verfassung wider. Sie zerfiel in sechs Kammern, deren jede eine gewisse Selbständigkeit bewahrte, wenn auch unter ihnen die Amsterdamer Kammer mit der Hälfte des gesamten

Anteils überwog. Delft, Rotterdam, Horn und Enkhuizen stellten je $\frac{1}{16}$, Seeland ein weiteres Viertel. Wie der Rat in der Stadt regierte, so leiteten die Kompagnie die „17 Herren“, ein Ausschuß der großen Teilhaber, der „Bewindhebber“. In der Westindischen Compagnie hatten die Aktionäre und der Staat einen größeren Einfluß auf den „Rat der 19“. Sie hatte fünf Kammern; auf Amsterdam entfielen $\frac{4}{9}$, auf Middelburg $\frac{2}{9}$, die übrigen drei auf das Maasquartier (Rotterdam, Dortrecht, Delft), auf das Nordquartier (Horn und Enkhuizen) und auf Groningen. Das Handelsmonopol der Westindischen Compagnie wurde 1634 für Brasilien durchbrochen und 1638 auf die Einfuhr von Negern und Kriegsmaterial und auf die Ausfuhr von Brasilholz beschränkt, da für die Versorgung Neu-Hollands der freie Handel notwendig schien.

In den joint stock companies, die wir in England auch im Bergbau finden, haben wir gewiß die Vorläufer des Aktienwesens zu sehen. Auf der anderen Seite ist aber zu betonen, daß jede dieser Aktiengesellschaften ihre Stellung einem besonderen Privileg, das ihr ausschließliche Rechte gewährte, verdankte. ADAM SMITH ging so weit, daß er glaubte, nur solchen Privilegien verdankten die Großbetriebe ihre Konkurrenzfähigkeit.

Die privilegierten Gesellschaften, wie wir sie besonders im deutschen Bergbau im 16. Jahrhundert, dann in England im 17. Jahrhundert finden, weisen doch noch nicht die Einheitlichkeit der Organisation auf, wie sie in den neueren Gesellschaften ausgebildet ist. Das zeigt sich vor allem in der Unvollkommenheit ihrer Buchführung. Die Ausschüttung von Gewinnen erfolgte durchaus nicht immer im Verhältnis zu dem eingezahlten Kapital, sondern man scheute sich nicht, auch das Kapital zu solchen Dividenden heranzuziehen. Die Privilegien, die einer bestimmten Gruppe gewährt waren, machten die durch sie geschaffenen Organisationen eher zu Vorläufern der modernen Unternehmerverbände. Dieses tritt besonders in der Organisation des Newcastler Kohlenhandels hervor.

In *Newcastle* wußten die „Hostmen“ das Geschäft in ihre Hand zu bringen. Als Besitzer der Kohlengruben diktierten sie die Löhne, als Organisatoren des Handels die Kohlenpreise. 1603 begegnet die „Limitation of the vend“. 29 Teilhaber setzten die Menge der zu fördernden Kohlen fest. Dieser Organisation entsprach in London eine Regulierung des Absatzes. Dadurch, daß die Produzenten auf dem laufenden gehalten wurden über die Absatzbedingungen, konnten sie ihre Produktion nach den zu erwartenden Preisen regulieren. Diese Herrschaft des Newcastler Kohlenverbandes bestand, bis in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts sich die Konkurrenz anderer Kohlen, die dem Londoner Markt nunmehr durch die Eisenbahnen zugeführt wurden, geltend machte.

Schrifttum.

BAASCH: Holländische Wirtschaftsgeschichte, 1927. — WÄTJEN, H.: Das holländische Kolonialreich in Brasilien, 1921. — MARTIN SAINT-LÉON, E.: Histoire des Corporations de Métiers. Paris 1909. — GEEHING, Tr.: Die Entwicklung des Zeugdrucks im Abendlande seit dem XVII. Jahrhundert. Vierteljahrschr. f. Sozial- u. Wirtschaftsgesch. I, 1903. — UNWIN, G.: Industrial organisation in the 16th and 17th centuries, 1904. — SCOTT, W.: The Constitution and Finance of English, Scottish and Irish Joint Stock Companies to 1720, 1910—12. — LIPSON: The Economic History of England, The age of Mercantilism (2 u. 3), 1931.

3. Der Staat und die Einzelinitiative im merkantilistischen Zeitalter.

Die staatliche Organisation erstrebte die Beseitigung der Selbständigkeit herrschaftlicher oder genossenschaftlicher Bindungen. Am liebsten hätte sie sich einer gleichförmigen Masse von Untertanen gegenüber gesehen. Es fragte sich aber, wem in dem Verhältnis zwischen Staat und Einzelnen die Führung in wirtschaftlichen Dingen zufallen sollte.

Dort, wo der Staat aus städtischen Kommunen zusammengewachsen war,

konnte man *privater Initiative* die Versorgung durch den Markt anvertrauen. So hatte schon im 16. Jahrhundert Amsterdam sich gegen die Beschränkungen des Getreidehandels ausgesprochen. Nicht dadurch, daß man die Ausfuhr beschränkte, sondern dadurch, daß man sie freiließ, würde am besten für die Beschickung des Marktes gesorgt. Man rechnete Ende des 17. Jahrhunderts, daß von 76 000 Last Getreide, die nach Amsterdam kamen, etwas mehr als die Hälfte in Amsterdam und den übrigen Niederlanden blieb, während 43 % weiter ausgeführt wurden. Dadurch, daß Holland den zu ihm Flüchtenden freie Ausübung des Gewerbes gewährte, glaubte es dem Wirtschaftsleben besser zu dienen als durch Reglemente. In der Gewissensfreiheit und in der Sicherheit der Verkehrsordnung erblickte PERRY die Grundlagen des holländischen Aufschwungs. Die religiösen Bedenken, die früher den Handel beschränkt hatten, traten zurück. „Frei muß der Handel sein, überall, bis in die Hölle“ so lautete ein kaufmännischer Kernspruch jener Tage. Wohl hatten schon im 16. Jahrhundert Calvin und der französische Jurist Molineus die prinzipiellen Bedenken gegen den Zins fallen lassen, indem sie auf die Gleichheit des Zinses vom Geldkapital mit der Rente eines in Häusern oder in Äckern angelegten Kapitals hinwiesen. Allein die positive Berechtigung des Zinses brachten doch erst die Schriften des Holländers Salmasius. Gegen die einschränkenden Ansprüche der Spanier, aber auch der Engländer schrieb HUGO GROTIUS 1609 sein Werk vom „Mare liberum“.

Anders in *Frankreich*, wo Colbert Handel und Gewerbe nur durch strengste Regelung auf die Höhe zu bringen suchte. Es gab bestimmte Gewerbe, in denen die Krone selbst eingriff, wie in der Gobelin-Manufaktur. Einzelnen Unternehmern wurden bestimmte Privilegien gegeben. In der Hauptsache erfolgten jedoch Verfügungen, die die Produktion namentlich der Textilindustrie bis ins einzelne regelten. SOMBART weist mit Recht darauf hin, daß der Luxus-Bedarf des Hofes und die Versorgung des Heeres die Hauptförderer der damaligen Produktion waren. So entstanden auch an deutschen Höfen Unternehmungen mit staatlicher Unterstützung unter staatlicher Leitung, wie Porzellanfabriken, Geschützgießereien oder auch Tuchmanufakturen.

Ein *Wallenstein* verpflichtet in seinem Herzogtum Friedland Landwirte und Handwerker zu bestimmten Lieferungen in Getreide und Tuch und verlangt von den Bürgern Abnahme des überschüssigen Getreides zu bestimmtem Preise. Er fördert den Wohnungsbau, will aber von Klagen, wenn die Bürger nicht fertig werden, nichts hören. „Sonst wollen Ihr Fürstliche Gnaden ihnen lassen die Köpfe wegschlagen.“

In *Preußen* suchte Friedrich Wilhelm I. das heimische Tuchgewerbe dadurch zu fördern, daß er verlangte, daß alle seine Truppen in heimisches Tuch gekleidet werden sollten. Auch an den Adel des Landes stellte er die gleiche Forderung. Das Berliner Lagerhaus, das er einrichtete, beschäftigte die 54 Meister des Berliner Tuchmachergewerbes und an 150 Kirseystühlen Gesellen unter Aufsicht eines Werkmeisters. Ähnliches hatte BECHER in den österreichischen Staaten vorgeschlagen.

Die Reglementierung war als eine Erziehungsmaßnahme gedacht. *Colbert* sprach von „Krücken“, die die Unternehmer noch brauchten und die fortfallen könnten, wenn sie allein zu gehen gelernt hätten. Immerhin blieb dieser Antrieb ein ziemlich gewalttätiger. *Friedrich der Große* drohte einer Witwe, die nach dem Tode ihres Gemahls das Geschäft schließen wollte, mit der Einquartierung von Dragonern, wenn sie es nicht fortsetzte. Die sächsischen Damastweber, die er während des 7jährigen Krieges zwangsweise in Schlesien angesetzt hatte, konnte er freilich beim Wechsel des Kriegsglückes nicht halten. Angesichts der Fülle der Reglemente muß darauf hingewiesen werden, daß sie zum großen Teil einen vergeblichen Kampf gegen Mißbräuche, die namentlich die schwer zu kontrollierenden Hausindustriellen mit den ihnen anvertrauten Rohstoffen vornahmen, darstellten.

Neben dem regulären Handel blühte der *Schmuggel*. Auf der Antillen-Insel Tortuga nisteten sich die Flibustier ein, französische, holländische und englische Seeräuber, die den Schiffen der Spanier auflauerten. An der französischen Ostgrenze konnte sich der Schmugglerführer Mandrin 2 Jahre lang gegen die Steuerpächter, die Fermiers, behaupten. Ganze Warenzüge von Tabak und den in Frankreich verbotenen Stoffen, den Indiennes und Mousselinen, schmuggelte er von der Schweiz und von Savoyen aus herüber. Nur mit großem Aufgebot gelang es, den verwegenen Führer 1755 zu fangen.

Die Mannigfaltigkeit der verschiedenen Territorien gewährte in Deutschland dem Wirtschaftsleben eine gewisse Freiheit. Dabei wußten neben den staatlichen Mittelpunkten auch manche Handelsstädte ihre Bedeutung zu wahren und zu steigern. Es ist nicht richtig, wenn SCHMOLLER nur den Residenzstädten in jener Zeit ein Aufblühen zuschreibt. Rostock blieb wichtiger als Schwerin. Neben Dresden entwickelte sich *Leipzig* durch seine Messen zum Mittelpunkt des osteuropäischen Verkehrs. *Frankfurt* wurde zum Kapitalmarkt des deutschen Südwestens. *Hamburg* erlebte im 18. Jahrhundert eine große Blüte; neben dem Zwischenhandel nach dem Norden wurde es der Ausfuhrplatz für die sächsische und schlesische Leinenindustrie. Der günstige Standort als Einfuhrplatz ließ in Hamburg, wie in Holland, die Zuckersiederei aufblühen, dazu die Bekleidungsindustrie. Die Schweizer Städte sahen einen großen Aufschwung ihres Gewerbes. Basler Band, St. Galler Baumwolle, Züricher Wolle und Seide fanden einen weiten Markt. Die Residenzstädte dagegen litten unter der Ungewißheit der Fortdauer der Gunst der Dynastie. So mußte die herrliche Bildersammlung des Pfälzer Hauses wandern von Düsseldorf nach Mannheim und von dort nach *München*.

In *England* stand unter den Stuarts die königliche Initiative, wie in dem Frankreich Ludwigs XIV., im Vordergrund. Die Krone verlieh Monopole, bei denen es sich gelegentlich um die Einbürgerung neuer Verfahren handeln mochte. Von den kleinen Gewerbetreibenden und Kaufleuten wurden diese Monopole jedoch lediglich als fiskalische Ausbeutung empfunden. So hatten in Deutschland die Reichstage sich gegen die Übermacht der großen Gesellschaften zu wehren gesucht. Sie wurden jedoch vom Kaiser gestützt, der ihre finanzielle Hilfe nicht entbehren konnte. 1614 hatten sich auch die französischen Generalstände vergebens gegen die Monopole der Krone gewandt. Dagegen gelang es dem englischen Parlament schon zu Beginn des 17. Jahrhunderts, sich gegen die Monopole zu wenden. Mit seinem Siege über die Krone beseitigte es 1640 endgültig ihre Möglichkeit. Die Freiheit der Wirtschaft wurde zu einem Grundsatz des englischen Rechtes. Es kam hinzu, daß auch die Anwendung der Gesetze der Elisabeth eingeschränkt wurde; sie sollten nur für die damals bestehenden Gewerbe, nicht für neu eingeführte Geltung haben. Ihre Durchführung wurde zudem durch die Revolution gelockert. Wohl erließ später auch England im Interesse seiner Wollindustrie, ähnlich wie Frankreich, Verordnungen gegen den Kattendruck. Die bereits im Lande eingeführte Industrie konnte sich jedoch trotzdem in England besser halten. Damit gewann England, als die Baumwollindustrie in Europa möglich wurde, einen Vorsprung vor Frankreich.

Der englische Merkantilismus gewährte jedoch keineswegs völlige Freiheit des Verkehrs. Er war vielmehr mit einer starken Begünstigung der heimischen Produktivkräfte verbunden. Einst hatte England Wolle ausgeführt, dann halbfertige Tuche; durch die Zuwanderung der flandrischen Emigranten war es gelungen, auch das fertige Produkt in aller Feinheit in England herzustellen. Die *Wollindustrie* galt als die wichtigste des Landes. Zu ihren Gunsten wurde 1660 das Verbot des Exportes von Wolle verfügt. Dagegen sollten auswärtige Wollwaren nicht eingeführt werden. Ähnlich hat Friedrich Wilhelm I. durch ein Wollausfuhrverbot die sächsische Industrie geschädigt und die des eigenen Landes gefördert. In England sollte jeder Engländer in Wolle beerdigt werden.

Der Landwirtschaft, die unter dem Sinken der Wollpreise litt, sollte eine Entschädigung gewährt werden durch bessere Getreidepreise. In Preußen wurde die Einfuhr fremden Getreides verboten. Nur der König selbst kaufte das billigere polnische Getreide ein und füllte damit seine Magazine. Auch den heimischen Landwirten nahm Friedrich der Große in den günstigen Erntejahren das Getreide ab und festigte damit den Getreidepreis. Dafür konnten die preußischen Magazine in Hungerjahren das Getreide zu billigeren Preisen abgeben und die Versorgung der Soldaten und der Armen sicherstellen. Anders sah das englische *Korngesetz* von 1689 eine Förderung der heimischen Produktion durch Beeinflussung der Marktpreise vor. Bei günstigen Ernten und damit gesenkten Preisen sollte dem englischen Getreide eine Ausfuhrprämie gewährt werden. Damit hoffte man, die Produktion so zu fördern, daß auch in ungünstigen Jahren der Konsument reichlich versorgt bliebe.

Der britische Merkantilismus fand in der *Navigationsakte* des Jahres 1651 seinen kräftigsten Ausdruck. Nach dieser sollte die Küstenfahrt und die Fischerei in den englischen Gewässern der englischen Flagge vorbehalten bleiben. Weiter sollten europäische Produkte nur in Schiffen des Ursprungslandes oder in englischen Schiffen zugelassen sein. Ausfuhr nach Europa war auf englische Schiffe oder Schiffe des Bestimmungslandes beschränkt. Der Verkehr mit den überseeischen Kolonien sollte einzig den Schiffen Englands oder seiner Kolonien zustehen. Diese Maßnahme richtete sich gegen die Suprematie der Holländer, deren Fischerei auch in die von England beanspruchten Gewässer übergriff und deren Zwischenhandel auch den englischen Markt versorgte. Sie war nur durch einen Krieg mit Holland durchzuführen. Die Navigationsakte mutete nicht nur dem englischen Konsumenten, sondern auch dem englischen Handel große Opfer zu. Weil die englische Marine nicht über genügend Schiffe verfügte, mußte der englische Handel namentlich im Verkehr mit Norwegen, dem Eismeer und der Ostsee zurücktreten. Gleichwohl nennt selbst ADAM SMITH dieses Gesetz eines der weisesten, die je erlassen, denn Verteidigung sei wichtiger als Reichtum. Und seiner Flotte, deren Ausbau das Gesetz begünstigte, dankte England die Sicherheit seiner Wirtschaft.

Die Navigationsakte wurde von der Restauration nicht aufgehoben, sondern ausgebaut. Nach einem Gesetz von 1660 durften die eigentlichen Kolonialprodukte: Zucker, Tabak, Baumwolle, Schiffsbauholz, Indigo, Ingwer, Kattun, die sog. „enumerated articles“ nur auf den Markt des Mutterlandes gebracht werden, während andere Artikel, die der heimischen Produktion hätten Konkurrenz machen können, wie Korn, Spittirus, Pökelfleisch, überall hingeführt werden durften. Sie fanden in Südeuropa ihre Abnehmer. 1663 wurde die Versorgung der Kolonien mit europäischen Waren dem Mutterland vorbehalten.

Die Navigationsakte ist, wie das Korngesetz und das Wollausfuhrverbot, eine Maßnahme schärfsten Protektionismus. Gleichwohl erschienen Navigationsakte und Korngesetz den Zeitgenossen als *freiheitliche Maßnahmen*, weil sie nicht eine besondere Gruppe privilegierten, sondern allen Volksgenossen zugute kamen, die sich diese Bestimmungen zunutze machen konnten. ADAM SMITH bekämpfte das Korngesetz als einen Eingriff in die freie Marktwirtschaft. Die Physiokraten jedoch verlangten für Frankreich eine ähnliche Gesetzgebung, die ihnen rationeller erschien als die in Frankreich von Fall zu Fall erlassenen Ausfuhrverbote, die nicht nur für das ganze Reich, sondern auch von Provinz zu Provinz den Verkehr hemmten.

Auf dem Kontinent fiel es besonders schwer, solche Freiheit des Verkehrs dem *Getreidehandel* zu gewähren. Die lokalen Gewalten hielten an der mittelalterlichen Marktordnung fest, nach der ein unmittelbarer Absatz vom landwirtschaftlichen Produzenten an den städtischen Konsumenten erfolgen sollte. Erst nach der Befriedigung des städtischen Bedarfes durfte der Händler den Rest des Angebotes übernehmen. Ein Vorkauf dagegen wurde mit allen Mitteln unterdrückt. Dabei

behauptete sich indessen ein illegaler Zwischenhandel in Getreide. Mit dem Aufkommen der Großstädte konnte man einen selbständigen Getreidehandel nicht mehr entbehren und mußte ihn schließlich als berechtigt anerkennen. Zur Versorgung von Paris und Lyon wandten sich die Händler, unter Umgehung der Provinzmärkte, direkt an die Produzenten. Bäcker und Getreidehändler der Hauptstadt hatten ihre Aufkäufer auf dem Lande. Während bisher nur die Produzenten oder die Städte das Getreide aufgestapelt hatten, bildeten sich jetzt Getreidelager beim Handel. Durch diese Getreidelager wurde es dem Handel möglich, Preisunterschiede in Raum und Zeit auszunutzen, damit aber zugleich der Teuerung und Hungersnot entgegenzuwirken.

Auf diesem Gebiete entspricht das von BÜCHER in seiner „Entstehung der Volkswirtschaft“ entworfene Schema den Tatsachen, ebenso wie wir in der Brotbereitung den von ihm geschilderten Übergang vom „Lohnwerk“ zum „Preiswerk“ verfolgen können. Der Bürger versah sich mit Getreide, das er dem Müller gegen Mahllohn zum Mahlen und dem Bäcker gegen Backlohn zum Backen übergab. Der Feilbäcker, der seinerseits Getreide kaufte, um es für sich vermahlen zu lassen, und das fertige Brot zum Verkauf stellte, gewann immer mehr an Boden. Den Müller freilich suchte man vom Getreidegeschäft auszuschließen und auf der Stufe der Lohn-Müllerei festzuhalten. Indessen übersah BÜCHER, wie wir dieses in der Schilderung der Stadtwirtschaft ausführten, daß auf anderen Gebieten, wie z. B. in der Töpferei, im Eisengewerbe, dann auch in der Tuchindustrie, von vornherein das Preiswerk eine größere Rolle spielte, und daß der Handel, der nach seinem Schema ja erst in der Volkswirtschaft auftreten sollte, schon in der mittelalterlichen Stadt, in den Seestädten auch für die notwendigen Lebensmittel, wie Getreide, Fische, Wein, das Rückgrat der Wirtschaft bildete. Die österreichische Wirtschaftspolitik unterschied im 18. Jahrhundert zwischen *Polizeigewerben*, in denen man für die Sicherstellung der Versorgung an obrigkeitlicher Regulierung festhielt, und *Kommerzialgewerben*, denen Freiheit des Absatzes gewährt wurde. Zu ihnen gehörten vor allem die Textilgewerbe, und ihr Umkreis nahm im 18. Jahrhundert ständig zu.

Während der Merkantilismus den inneren Verkehr förderte, zerschnitt er durch den Abschluß der Landesgrenzen manche Beziehungen, in denen sich der mittelalterliche Verkehr der Städte weiter ausgedehnt hatte. Die Kolonialmächte, die ihren Wirkungskreis über die ganze Welt auszudehnen suchten, schlossen doch andere von dem durch sie beherrschten Gebiete aus. Die Unvollkommenheit der Verkehrsmittel erleichterte solchen Abschluß. Indessen behaupteten sich doch als Mittelpunkte internationalen Verkehrs einzelne Plätze. Im Mittelmeer wurde *Livorno* als Freihafen zu einem Hauptstapelplatz der levantinischen Waren. Im Norden nahm *Hamburg* eine ähnliche Stellung ein. Durch seine Messen wurde *Leipzig* zum Vermittler zwischen Osten und Westen. Hierher sandte der Westen seine Seiden und Tuche, die von Leipzig aus in die östlichen Staaten gingen, die, wie Polen und das osmanische Reich, noch nicht daran denken konnten, durch Sperrung der Grenzen eine eigene Industrie zu fördern. Dafür brachten sie ihre Pelze und Lederwaren.

Schrifttum.

ZIMMERMANN, A.: Blüte und Verfall des Leinengewerbes in Schlesien, 1885. — HINRICHS, C.: Die Wollindustrie in Preußen unter Friedrich Wilhelm I. Acta Borussica 1933. — HINTZE, O.: Die preußische Seidenindustrie im 18. Jahrhundert und ihre Begründung durch Friedrich d. Großen. Acta Borussica 1892. — v. RUNDSTEDT, H. G.: Die Regelung des Getreidehandels in den Städten Südwestdeutschlands und der deutschen Schweiz im späteren Mittelalter und im Beginn der Neuzeit. Beiheft 19 zur Vierteljahrschr. f. Sozial- u. Wirtschaftsgesch. 1930. — KELLER, J.: Kornhaus und Kornmarkt in Rorschach unter den Fürststäben des Klosters St. Gallen. Beilage z. Bericht d. thurgauischen Kantonsschule 1925 u. 26, Frauenfeld. — NAUDÉ, A.: Die Getreidehandelspolitik der europäischen Staaten vom 13. bis zum 18. Jahrhundert. Acta Borussica, Getreidehandelspolitik I, 1896; II, „Die Getreidehandelspolitik und Kornmagazinverwaltung Brandenburg-Preußens bis 1740“, 1901; III, „1740—1756“ (SCHMOLLER, NAUDÉ,

SKALWEIT) 1910; IV. SKALWEIT, A.: 1756—1806, 1931. — RACHEL, H.: Das Berliner Wirtschaftsleben im Zeitalter des Frühkapitalismus, 1931. — BÜSCH, I. G.: Versuche einer Geschichte der hamburgischen Handlung, 1797. — DIETZ, A.: Frankfurter Handelsgeschichte, II u. III, 1921. — HASSE, E.: Geschichte der Leipziger Messen, 1885. — FUNCK-BRENTANO, F.: Mandrin et les Contrebandiers. — CUNNINGHAM, W.: The Growth of English Industry and Commerce in modern times, The Mercantile System. Cambridge 1903. — MICHAEL, W.: Cromwell, 1907. — USHER: The History of the Grain Trade in France. Harvard Studies IX. Cambridge 1913. — GRAS, N. S. B.: The Evolution of the English Corn Market from the 12th to the 18th century. Harvard Studies XIII, 1915. — BÜCHER: Die Entstehung der Volkswirtschaft, 1. Aufl. 1893. — PRIEBRAM, K.: Geschichte der österreichischen Gewerbepolitik von 1740—1860, 1907.

III. Die kapitalistische Rechnung im merkantilistischen Staate.

1. Statistik und Versicherung.

Unter Kapitalismus möchte ich die rechnerische Durchdringung der Wirtschaft verstehen. Ansätze hierzu konnten wir schon im alten Babylon, dann im klassischen Altertum und in der zweiten Hälfte des Mittelalters verfolgen. Aber immer wurde hier nur eine Seite der Wirtschaft kapitalistisch erfaßt. Ausschlaggebend war anfangs der Besitz des *Bodens* und blieb es, so lange unfreie Arbeitsverhältnisse bestanden. Den Bodenbesitzern gegenüber konnte im Mittelalter die organisierte *Arbeitskraft* selbständige Bedeutung gewinnen. Im Handel hatte sich die Besonderheit der kapitalistischen Wirtschaft, rechenhafte Bewertung jedes einzelnen Vorganges, Zusammenfassung in der Leitung der Unternehmung, die an den Preisen des Marktes sich orientiert, zuerst ausgebildet. Das Handlungskapital war die erste Form des Kapitals, d. h. eines bestimmten Vermögens, das in Geld geschätzt wurde und das einen Gewinn bringen sollte, der auf dieses Kapital bezogen werden konnte. Das, was bisher auf einem beschränkten, wenn auch wichtigen Gebiete der Wirtschaft sich entwickelt hatte, wurde nun für das ganze Wirtschaftsleben maßgebend. Bedarf und Produktion wurden gleichmäßig hineingezogen in die kapitalistische Organisation.

Damit war zunächst nur ein neuer Rahmen für die Wirtschaft gefunden. Man kann nicht sagen, daß das Kapital als dritter Produktionsfaktor neben Boden und Arbeit getreten sei. Wohl aber ergab sich durch die kapitalistische Rechnung eine Übersicht über das Ganze, die zu neuen Dispositionen anreizte und eine gewinnbringende Ausnutzung der Produktivkräfte ermöglichte. Für die Klassiker war der Kapitalismus eine gegebene Naturform. MARX wies auf seine historische Bedingtheit hin; er sah in dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit das Wesen des Kapitalismus. Nur dadurch, daß man dem Arbeiter keinen Besitz an den Produktionsmitteln gewährte und ihn damit der Ausbeutung preisgab, schienen ihm die Gewinne der kapitalistischen Wirtschaft möglich. Indessen steht am Anfang der kapitalistischen Entwicklung noch nicht die Arbeiterfrage, sondern der für den Markt arbeitende selbständige Unternehmer, einerlei, ob er für sich arbeitet oder mit der Zuziehung fremder Arbeitskräfte, der kleine selbständige Landwirt und der nicht auf seine Nahrung, sondern auf den Erwerb bedachte Handwerker. Das Vermögen, das diese Gruppen als Betriebskapital brauchten, konnte ihnen durch den Kredit verschafft sein. So spricht CANTILLON von einem Landarbeiter, der sich selbständig macht, und von einem Hutmachergesellen, der ein eigenes Geschäft auf tut. Beiden würde wegen des großen Risikos nur zu hohem Zins, zu 20—30%, geliehen. Aber sie könnten mit Geschick und Glück solche Gewinne erzielen, daß dieser Kredit ihnen zur Selbständigkeit verhilfe. In der Tat wurden von Verwandten und von älteren Meistern, die sich zurückzogen, gewiß billigere Kredite gegeben. Auf der anderen Seite lastete gerade die Zinsverpflichtung auf solchen Gruppen, die zu ungünstiger Zeit sich selbständig gemacht hatten, besonders schwer.

Der Zins ist nur durch Überschüsse der Wirtschaft möglich. Er bedeutet einen Abzug von dem Gewinn, der dem Besitzer des Kapitals gegeben wird dafür, daß mit

Hilfe dieses Kapitals der Gewinn erzielt ist. In seiner Form jedoch stellt der Zins eine feste Verpflichtung dar, die unter allen Umständen zu zahlen ist. Wenn beim Eingang der Zinsverpflichtung die Hoffnung auf den Gewinn sie als unbedeutend erscheinen ließ, kann Unglück oder Ungeschick, das den Gewinn in Verlust verwandelt, die Zinsverpflichtung zu einer drückenden Last werden lassen. Daher die Notwendigkeit, den Zins immer dem Gewinne anzupassen. Die Zeit des 16. bis 18. Jahrhunderts sah nun durch Erweiterung der Handelsbeziehungen und Verbesserung der Verfahrensarten so große Gewinnchancen vor sich, daß die kapitalistische Rechnung alle Kreise erfaßte.

Der Boden selbst wird in der Verkehrswirtschaft zu Kapital, wenn man ihn frei veräußern, verschulden oder verpachten kann. Wir sahen, wie in der englischen Wirtschaft der Boden zumeist gebunden blieb. Aber man konnte ihn verpachten. Der kapitalistische Pächter ist für die Physiokraten, aber auch für ADAM SMITH, ja noch für RICARDO der Typ des kapitalistischen Unternehmers. Der „Fermier“, der mit Pferden arbeitet und auf die intensivste Nutzung seines Betriebskapitals bedacht ist, kann, nach Auffassung der Physiokraten, allein die Überschüsse bringen, auf die die Volkswirtschaft für ihr Weiterkommen angewiesen ist, im Gegensatz zu dem „Métayer“, dem Halbpächter der Kleinkultur mit Ochsen, dem es nur darauf ankommt, nach Väterart für seinen und seines Grundherrn Unterhalt zu sorgen. Sosteht neben dem Handwerksmann der alten Zeit, der nur auf seine Arbeitskraft vertraut, wie „Johann der muntre Seifensieder“, der rechnende, seine Überschüsse wieder als Betriebskapital nutzende Geschäftsmann, der „small tradesman“ des ADAM SMITH.

Die kapitalistische Wirtschaft wurde nicht nur durch das Geschäftsleben gefördert, der Staat selbst suchte sich ihrer als wichtigsten Mittels zur Steigerung seiner Macht zu bedienen. Nicht nur die Einnahmen und Ausgaben der Staatsverwaltung galt es zu übersehen, sondern man wollte die gesamten Kräfte der Volkswirtschaft erfassen. Dieses Streben hängt mit der Ausbildung der *Naturwissenschaften* seit dem Zeitalter der Renaissance zusammen. So, wie man in dem Laufe der Gestirne eine bestimmte Gesetzmäßigkeit erkannt hatte, glaubte man, auch in den irdischen Verhältnissen, die man bisher als göttliche Schickung hingenommen hatte, von Gott verordnete Gesetze erkennen zu können.

Es mußte dem Herrscher darauf ankommen, die Stärke des Aufgebotes und die Grenzen der Steuererhebung in seinem Lande zu erfahren. Im 16. Jahrhundert bildete sich die *Statistik* als Landesbeschreibung heraus. Bei dieser Landesbeschreibung kam es aber schon auf Gewinnung eines möglichst exakten Zahlenmaterials an. In Deutschland war der Sohn des Landgrafen Philipp von Hessen, Wilhelm IV., nicht nur im Aufbau astronomischer Instrumente bahnbrechend tätig, er veranlaßte auch eine Art statistischer Aufnahme seines Landes. Mit Recht wurde der Band, in dem die Daten des Forstbuches, der Dorfordnung und des landgräflichen Haushaltes verzeichnet waren, wie ein Kleinod des Hauses Hessen gehütet. Noch im 16. Jahrhundert suchte der Kurfürst August von Sachsen sein Land kartographisch zu erfassen und durch eine Getreideordnung eine regelmäßige Versorgung sicherzustellen. Ein Wallenstein wußte die Wirtschaftskraft seines Herzogtums Friedland bis ins einzelne zu organisieren. Die Wirtschaftsordnung von 1628 geht so weit, die von jeder Henne jährlich abzuliefernden Eier zu berechnen und von jeder Kuh die zu erwartende Milchmenge nebst den aus ihr zu gewinnenden Mengen von Butter und Käse. Nach dem 30jährigen Kriege gab SECKENDORFF in seinem „Teutschen Fürstentum“ zunächst eine genaue Landesbeschreibung. In Österreich verlangten BECHER, HÖRNIGK und VON SCHRÖDER eine Gewerbestatistik. Das „Manufakturinventarium“ sollte nach VON SCHRÖDER die Kosten jedes Gewerbes, seinen Absatz und seine Gewinne erfassen. Aus dem Inventarium sollten sich die vorhandenen Mängel und Beschwerden ergeben, durch deren Beseitigung eine Steigerung der Gewinnmöglichkeit erhofft wurde. Genaue Übersichten verlangten die großen Hohenzollern Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. von ihren Beamten.

Im Mittelalter waren die Leibrenten der Städte ohne Rücksicht auf die zu erwartende Lebensdauer ausgegeben. Die Leibrente bedeutete für die Stadt nur insofern eine günstige Form der Schuldaufnahme, als die von der Stadt bei dieser Schuldaufnahme übernommene Rentenpflicht mit dem Tode des Berechtigten erlosch, also für eine Tilgung der Schuld gesorgt war. Im 17. Jahrhundert jedoch begann man, die *Wahrscheinlichkeitsrechnung* auf diese Frage anzuwenden. Wenn auch im Einzelfalle der Tod dem Zufall überlassen blieb, gestattete doch die Sammlung einer genügend großen Zahl von Fällen der Vergangenheit, Schlüsse auf die voraussichtliche spätere Lebensdauer zu ziehen. Der Astronom HALLEY verschaffte sich aus den Kirchenbüchern Breslaus die Daten über die städtische Bevölkerungsbewegung, aus der er 1692 die Wahrscheinlichkeit der Lebensdauer für die verschiedenen Altersklassen errechnete. SÜSSMILCH hat später auch für die ländliche Bevölkerung aus den Kirchenbüchern der Kurmark ähnliche Berechnungen angestellt. Dieser Feldprediger ließ 1741 in Berlin sein Werk über „Die göttliche Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts aus der Geburt, dem Tode und der Fortpflanzung desselben erwiesen“ erscheinen. Im Zeitalter der Aufklärung verblaßte der theologische Hintergrund dieser Untersuchung. Die Freude an der Ordnung als solcher überwog. Man glaubte aber an eine Harmonie auch in den menschlichen Verhältnissen. Hatte man doch eine solche nicht nur im Laufe der Gestirne, sondern auch im Kreislauf des Blutes entdeckt. Ein Forscher, dem es nicht nur um die genaue Schilderung der bestehenden Wirtschaft, sondern auch um die Klarlegung der Tendenzen ihrer Entwicklung zu tun war, PERRY, schrieb so seine „Anatomie Irlands“ und seine „Politische Arithmetik“.

Für die riskanten Geschäfte des Überseehandels hatte man sich stets schon zusammengetan. Um weitere Kreise am Geschäft zu interessieren, veranlaßte man sie, nur mit einem Teil ihres Vermögens an bestimmten Unternehmungen sich zu beteiligen. Die *Aktiengesellschaft* bot dazu den gewünschten Rahmen. Im 17. Jahrhundert wurde die Aktiengesellschaft weniger als ein Anlaß zu sicherer Anlage von Kapitalien betrachtet, sondern vielmehr als eine Gelegenheit, mit einem bestimmten Einsatz sich an dem gewagten Spiel um hohe Gewinne zu beteiligen. Das Abenteuer reizte die Menschen. Es gab nicht nur „Merchant Adventurers“, sondern auch „Planters Adventurers“, die sich in der Urbarmachung von Mooren oder in Kolonialgründungen betätigten. Allein all diesen Unternehmungen lag doch eine bestimmte Rechnung zugrunde, und gegen allzuhohe Risiko suchte man sich zu versichern.

Die *Versicherung* war im 14. Jahrhundert als Transportversicherung aufgekommen. Das 17. Jahrhundert sah ihre Verbreiterung, besonders in der Feuerversicherung. Nach dem großen Brande in London 1666 richtete *Barbon*, der Sohn eines besonders frommen Independenten, in London eine Feuerversicherung ein. Eine ähnliche Einrichtung hatte schon länger in Hamburg, zunächst für die Brauhäuser, bestanden. Durch die Versicherung seines Hauses war der Geschäftsmann eher in der Lage, eine Hypothek auf dasselbe aufzunehmen, die ihm die Mittel für die Ausdehnung seines Betriebes verschaffen konnte. Seit dem Ausgang des 17. Jahrhunderts wurde auch die Lebensversicherung als Geschäft gepflegt. Planmäßig konnte der einzelne nicht nur für die Gegenwart, sondern für eine fernere Zukunft sorgen. Wenn sonst dieses nur durch das Sammeln toter Schätze möglich war, oder im Notfalle zur Verschuldung bei anderen gegriffen werden mußte, gewährte die Versicherung die Möglichkeit der Kapitalerhaltung. Durch die Summen, die sich bei ihr sammelten, wurde sie auch zu einem wichtigen Faktor der Kapitalbildung.

Schrifttum.

CANTILLON, R.: *Essai sur la nature du commerce en général*, traduit de l'Anglais, 1755, deutsch von H. Hayek, Sammlung sozialwissenschaftl. Meister, Bd. 25, Jena 1931, II, 9: „Über den Zins des Geldes und seine Ursachen.“ Dem Pächter wird der erfahrene Hutmachergesell an die Seite gestellt. Man denke an Jeremias Gotthelf: „Uli der Knecht“, der „Uli der Pächter“ wurde. —

MARX, K.: Das Kapital, I. Hamburg 1867. Von der kapitalistischen Produktion ausgehend, vermag Marx weder den Gewinn des Handels, noch den des Handwerks zu erklären. So sagt auch SOMBART: Der moderne Kapitalismus, 2. Aufl. I, 1916, 39. Kap. „Die Vermögensbildung in der handwerksmäßigen Wirtschaft“: „Die geschichtliche Wirklichkeit stimmt nicht überein mit den Ergebnissen, zu denen uns unsere theoretischen Erwägungen geführt haben.“ Auch OPPENHEIMER, der Marx und Sombart das Ungenügende einer Theorie vorwirft, bei der Kapitalismus nur bestehen soll, wenn freie Arbeiter den Besitzern von Produktionsmitteln gegenüberstehen, wobei also der mit unfreien Arbeitern wirtschaftende Agrarkapitalismus und das Verlagssystem, sofern es den Arbeiter gerade durch seinen Besitz am Produktionsmittel (dem Webstuhl) oft in besonders mißlicher Lage zeigt, nicht mit einbegriffen werden, haftet doch selbst an der Erklärung nur durch den Produktionsprozeß. Nach seiner Auffassung beruht der Kapitalismus auf einer Ausbeutung der Arbeiter, die nur durch das politische Mittel, die Bodensperre, herbeigeführt wird. „Wo freie Konkurrenz besteht, kann es auf die Dauer und im Durchschnitt keinerlei Mehrwert geben“, „die Waage des Marktes zeigt richtig, Leistung und Gegenleistung sind gleichen Gewichts. Erst durch das Monopol, das auf die Sperre des Bodens durch die Herrschenden zurückzuführen ist, wird die Waage unrichtig“ (Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas, III, 1935, S. 1033 ff., u. S. 1140 ff.). Der Handelsgewinn erklärt sich jedoch gerade durch die Differenz zwischen Gebrauchswert und Kostenwert (vgl. meine „Grundzüge der Wirtschaftslehre“, 1925). Der II. Band des Oppenheimerschen Werkes schildert den Feudalismus in seinen mannigfachen Erscheinungen. Unterdrückung im Innern und Anarchie nach außen sind seine Kennzeichen, also im Grunde das, was Marx im „Kommunistischen Manifest“ dem Kapitalismus vorgeworfen hatte. Bei Marx selbst erscheint im „Kapital I“ das eine Mal der Kapitalismus nur als Feudalismus in neuer Verkleidung, dann aber wird doch von ihm das Handelskapital als die älteste Form des Kapitals bezeichnet. Oppenheimer will die Gewinne der Genuesen durch Sklavenarbeit auf den Galeeren erklären. Gerade in der Schifffahrt aber können wir, ebenso wie im Bergbau, die Verdrängung genossenschaftlicher Organisationen durch kapitalistische Differenzierung verfolgen. Wir sahen, wie die Genueser Revolution von 1339 durch den Widerstand der Schiffsmannschaft gegen die Bezahlung in schlechtem Gelde hervorgerufen wurde. Auch Oppenheimer, der sich so heftig gegen die „Kinderfibel der ursprünglichen Akkumulation“, die Bildung von Überschüssen in der Wirtschaft selbst, wendet, läßt harmonische Genossenschaften disharmonisch werden, die reine Ökonomie der früheren Stadtwirtschaft erlebt ihre Transformation durch den kapitalistischen Geist. Die Bodensperre führt zur Sperre der Zünfte. Es ist darauf hinzuweisen, daß der Übergang vom Handwerk zum Verlag nicht immer für den Arbeiter einen Niedergang zu bedeuten brauchte (P. MASSLOW: Die Theorie der Volkswirtschaft, deutsch von M. Nachimson, 1912). O. erwähnt S. 1227 im französischen Bergbau hochbezahlte Ingenieure und gutbehandelte Bergleute und meint, das sei nicht „kapitalistisch“ im strengen Sinne. O., der das politische Mittel so sehr verabscheut, meint doch S. 1110, ein starkes Fürstentum, wie es in England bestanden, hätte es nicht zu dem Mißbrauch der Adelsrechte und der Entartung der Zünfte, so wie in Deutschland, kommen lassen. Daß der Bodenbesitz in der kapitalistischen Wirtschaft eine besondere Bedeutung gewinnt, hoben wir selbst hervor. Der abendländische Kapitalismus unterscheidet sich aber von den Ansätzen des Altertums dadurch, daß er nicht auf der Grundherrschaft, sondern auf der organisierten freien Arbeit der Städte „primär“ sich aufbaute. Erscheinungen, wie die gutsherrlichen Fabriken in Rußland oder grundherrlich-kapitalistische Ansätze in der schlesischen Industrie sind nicht entscheidend. Mit Recht nennt ALFRED WEBER den italienischen Stadtstaat das Ursprungsgehäuse des abendländischen Kapitalismus. Vgl. hierzu meinen Aufsatz: „Der Gebrauchswert bei Marx“, Schmollers Jahrbuch XLVI, 1, 1922, und meine Rektoratsrede: „Entstehung und Entwicklungstendenzen des Kapitalismus“, Hamburg 1928. — WESTERFIELD, R. B.: Middlemen in English Business, particularly between 1660 and 1760. Transactions of the Connecticut Academy of Arts and Sciences XIX, New Haven 1915, S. 370: „Before the industrial revolution the merchant and not the manufacturer represented the most advanced stage of capitalism.“ Nach W. beruhen 1745 zwei Drittel, gelegentlich vier Fünftel des englischen Geschäftes auf Kredit. — Nach DAVENANT stieg das Einkommen vom Land in England von 6 Mill. £ 1600 auf 14 Mill. £ 1700, „through the help of that Wealth, which has flowed into us by our Foreign Trade“. So sagt auch HAUSER: Les débuts du capitalisme, 1927: „C'est par le commerce que s'est opérée la concentration des premiers capitaux.“ — Nach SAVARY: Le parfait négociant, 1674, deutsch: Der vollkommene Kauff- und Handelsmann, Genf 1676, 2. Teil, war für den „Commerce en gros“, den „Handel gantzer Stücke“ wegen seiner Schwierigkeit die Gesellschaftsform erwünscht. — MAGNAGHI, A.: Le „Relazioni universali“ di G. BOTERO (Vollständige Ausgabe 1596) e le origini della Statistica e dell'Antropogeografia, Turin 1906. In Deutschland las HERMANN CONRING 1660 in Helmstedt eine „notitia rerum publicarum“. 1749 veröffentlichte ACHENWALL in Göttingen seine „Staatsverfassung der vornehmsten europäischen Reiche und Völker im Grundriß“. — ZIMMERMANN, L.: Der Ökonomische Staat Landgraf Wilhelm IV. Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen und Waldeck, XVII, 1. Marburg 1933. — ERNSTBERGER, A.: Wallenstein als Volkswirt im Herzogtum Friedland. Prager Studien 19, 1929. — ZIELENZIGER, K.: Die alten deutschen Kameralisten, 1914. BECHER verlangte in seinem „Politischen Discours“ 1668 für die Landleute ein Provianthaus, für die Handwerker ein Werkhaus und für die Kaufleute

ein Kaufhaus. — HALLEY: Tables of mortality from observations made at Breslau, der Royal Society 1692 vorgelegt. — HULL, Ch. H.: The Economic Writings of Sir William Petty. Cambridge 1899. In dem „Essay in Political Arithmetick, concerning the Growth of the City of London“ von 1682 berechnet PETTY, daß die Einwohnerschaft Londons 1842 sich etwa verachtfaht haben würde, und in London etwa ebenso viel Menschen leben würden, wie auf dem Lande in England. Damit wäre dem Wachstum der Stadt ein Ende gesetzt. Wie stark das Rechnen in Prozenten zu Ausgang des 17. Jahrhunderts in der englischen Gesellschaft verbreitet war, zeigt DEFOES Roman „Roxana“. In seinem Essay: „Upon Projects“ von 1697 ist hauptsächlich von Banken und Versicherungen die Rede. Die Wahrscheinlichkeitsrechnung wandte man aber auch an bei Spiel und Wette. Vgl. hierzu S. HELANDER: Volkseinkommen und Volksvermögen in der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung. Festgabe für Sombart, Schmollers Jahrbuch 1932. Nach E. SALIN: Kapitalbegriff und Kapitallehre von der Antike zu den Physiokraten“, Vierteljahrsschr. f. Sozial- u. Wirtschaftsgesch. 1930, verwandte Nicholas Barbon in seinem „Discourse of Trade“, London 1690 zuerst den Begriff des Nationalkapitals (stock of the nation, 1. natürliches, Boden und Naturprodukte umfassend, Grundrente bringend, 2. künstliches, aus dem natürlichen hergestellten Kapital, wie Tuche, Profit ergebend).

2. Das Geld und die Handelsbilanz.

Das Mittel zur Schätzung von Vermögen und Gewinn war das *Geld*. Das ausgehende Mittelalter hatte an Mangel an Edelmetall gelitten. Man sah sich daher bei steigendem Verkehr gezwungen, den wertvollen Stoff zu strecken. Der Pfennig, ursprünglich eine Silbermünze, wurde immer geringer ausgeprägt, so daß er schließlich schwarz aussah wie ein Rabe. Wenn auch eine Stadt versuchte, besser zu prägen, so strömte fremde Münze ein, die das gute Geld verschwinden machte. Man suchte sich bei der Fülle der Münzstätten dagegen durch Münzverträge zu schützen, wie im Süden der Rappen-Münzbund oder im Norden der Bund der wendischen Städte, Lübeck, Wismar, Lüneburg und Hamburg, die einheitlich prägten und ein weiteres Gebiet des Geldumlaufes zu schaffen suchten. Allein die Gewinnsucht einzelner Münzherren, die ihr Münzregal möglichst auszunutzen suchten, blieb verhängnisvoll. So prägte im 18. Jahrhundert der Abt von Corvey Münzen, die im Hannöverschen und Hessischen umlaufen sollten. Noch Friedrich der Große griff im 7jährigen Kriege zu diesem Mittel. Seine leichten Taler sollten im Reiche zirkulieren.

Die Münztechnik gestattete bis ins 18. Jahrhundert hinein nicht, die kleine Münze gleichmäßig auszubringen. Man begnügte sich, wenn ein Pfund Pfennige, 240 Stück, zusammen ein Pfund des Münzgewichtes wogen, mochten im einzelnen schwerere und leichtere Stücke darunter sein. In solchem Falle schied der Geschäftsmann die schwereren aus oder beschnitt sie; denn auch die leichteren wurden ja noch genommen. Dieses war die Arbeit der *Kipper* und *Wipper*, die zu Beginn des 30jährigen Krieges, als sich die Kriegführenden in Deutschland durch billige Ausprägungen Mittel zu verschaffen suchten, das Unglück noch vermehrten.

Seit Ausgang des 15. Jahrhunderts hatte der Bergsegen Tirols, Sachsens und Böhmens reichliches Silber gebracht. Im Mittelalter hatte man in der Goldmünze für den auswärtigen Verkehr eine stabile Größe geschaffen. Jetzt prägte man als Ersatz der Goldmünze große Silbermünzen, die, wenn auch nicht so stabil wie die Goldmünzen, doch stabiler als die kleinen Münzen waren. Der Gulden, ja der Dukaten erschienen jetzt als große Silbermünzen. Besonderer Beliebtheit erfreute sich der in Joachimsthal in Böhmen geprägte *Taler*, der also eigentlich ein Ersatz der Goldmünzen ist. Im 16. Jahrhundert wurde der Taler in Deutschland zur Reichsmünze erklärt (Reichsmünzordnungen von 1524, 1551 und 1559).

Die kleine Münze, die sich weiter verschlechterte, blieb indes zumeist die Grundlage der Buchführung. Ein Versuch, die Goldwährung durchzuführen, wie er in Frankreich 1577 unternommen wurde, mußte dort 1602 wieder aufgegeben werden, da der Zustrom von Gold nicht regelmäßig genug war.

Die Menge des aus der neuen Welt herbeiströmenden Silbers, das von Spanien aus in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts sich über das Abendland verbreitete,

äußerte sich in einer Preissteigerung. *Bodinus* hat 1568 als einer der ersten diesen Zusammenhang aufgedeckt. Indessen stand die Preissteigerung keineswegs im gleichen Verhältnis zu der Steigerung der Edelmetallmenge. Während diese im Laufe des 16. Jahrhunderts auf das Fünf- bis Sechsfache stieg, verdreifachten sich im Durchschnitt nur die Preise. Ein großer Teil der Edelmetallzufuhr diente also dazu, den Geldverkehr auszudehnen. In Deutschland hatten schon 1530 in dem ernestinisch-albertinischen Münzstreit die sächsischen Albertiner, die im Besitze der Bergwerke waren, auf die Bedeutung stabiler Währung hingewiesen, während die Ernestiner der leichten Münze das Wort redeten, weil sie von ihr einen Vorteil dem Auslande gegenüber erhofften. In England wurde in einer 1581 veröffentlichten Schrift darauf hingewiesen, wie die Preissteigerung die verschiedenen Klassen sehr verschieden berührte. Während der Unternehmer, hier ein Hutmacher, von ihr den größten Vorteil hatte, sahen sich die auf feste Bezüge angewiesenen, die Rentner, die Festbesoldeten (die Pfarrer) und die Arbeiter, durch sie zu einer Einschränkung ihrer Lebenshaltung gezwungen.

Die Messen hatten durch die Konzentration des Zahlungsverkehrs auf ihre Zahltermine die Erledigung großer Zahlungen durch Verrechnung ermöglicht. So wird uns aus *Lyon* vom Jahre 1697 berichtet, daß die Wechselmakler in der „Loge du Change“ den größten Teil des Geldverkehrs erledigten. Während für 20 Millionen Taler auf diese Weise gezahlt wurden, brauchten nur 100 000 Taler in bar bezahlt zu werden. Ähnlich berichtet *MARPERGER*, daß in *Leipzig* zu Beginn des 18. Jahrhunderts mit wenig Federstrichen, Worten und schriftlichen Verzeichnissen in der Zahlwoche Millionen abgetan und einem großen Teil Europas die Wechselkurse vorgeschrieben wurden. So wie den Meßkaufleuten mußte den Handeltreibenden in den großen Handelsstädten daran liegen, eine anerkannte Währung zur Abwicklung internationaler Verbindlichkeiten zu haben. Diese suchte man dadurch zu gewinnen, daß man für größere Zahlungen und besonders für die Zahlung der von auswärts kommenden Wechsel städtische *Banken* einrichtete. Solche wurden in Genua seit 1586 zunächst gesondert für bestimmte Münzsorten, und in Venedig 1587 gegründet. Im Norden gewann die 1609 in Amsterdam gegründete Bank die größte Bedeutung. Sie wurde zum wesentlichen Hilfsmittel der Abwicklung des holländischen Warenverkehrs und zur Grundlage des holländischen Kapitalverkehrs. Nach dem Muster der Amsterdamer Bank wurde 1619 die Hamburger Bank gegründet. Bei der 1621 in Nürnberg gegründeten Bank hatte man auch die venezianischen Banken, den 1587 gegründeten „Banco di Rialto“ und den 1619 gegründeten „Banco del Giro“ zum Vorbild.

Die Stadtbanken gewährten den Behörden Kredit. Der Fonds des Venezianer Banco del Giro wurde sogar von alten Schuldforderungen des Staates gebildet, die, durch die Bank giriert, als Zahlungsmittel verwandt werden konnten.

In Deutschland vermochte die Nürnberger Bank durch die Inanspruchnahme während des 30jährigen Krieges ihre Stellung auf die Dauer nicht zu behaupten. Das Korrentgeld drang hier zu Ausgang des 17. Jahrhunderts durchaus durch. 1696 stellte die Bank selbst ihre Valuta auf Korrentgeld. In Hamburg jedoch behauptete sich der Taler. Anfangs hatte die kleine Münze ihm gegenüber einen wechselnden Kurs, sie verschlechterte sich ihm gegenüber ständig. 16 Schillinge machten 1 Mark Lübsch aus. 1519—1530 hatte der Taler noch 24 Schilling gegolten, also ein einhalbe Mark. 1560—1580 waren 32 Schilling, also zwei Mark nötig, einen Taler einzuwechseln. Bis 1621 sank der Wert der kleinen Münze weiter, so daß 54 Schilling auf einen Taler gingen. Da fixierte die Bank den Schilling auf $\frac{1}{48}$ Taler, so daß seitdem der Taler gleich drei Mark galt. Allerdings stand neben diesem Bancogelde das Courantgeld, dessen Wert weiter schwankte. Das Bancogeld hatte als das stabilere in der Regel ein Aufgeld gegen Courant. Nur wenn es bekannt wurde, daß die Bank ihren Kredit überspannt hatte, konnte das Verhältnis sich umkehren. Dieses

geschah in Genua, als 1746 durch die an die Österreicher zu zahlende Kontribution die Depositen der Bank angegriffen werden mußten. Ähnliches begegnete der Hamburger Bank in den 50er Jahren, als sie dem Staate mit großen Beträgen beigesprungen war. Seit 1780 brachten die Darlehen, welche die Bank von Amsterdam bei dem unglücklichen Kriege gegen England der Ostindischen Compagnie und der Stadt gewährt hatte, dies alte Institut in eine gefährliche Lage, die 1795 bei dem Einmarsch der Franzosen zu seinem Zusammenbruch führte. Gleichzeitig hatte die Hamburger Bank durch Abwicklung der Verpflichtungen des Staates und die Annahme einer festen Währung, eines bestimmten Quantums nicht geprägten Feinsilbers, ihre Verfassung gefestigt, so daß Hamburg in den 90er Jahren das Erbe Amsterdams antreten konnte.

So wie der einzelne am Abschluß des Jahres womöglich einen Überschuß über den vorigen Bestand sehen wollte, faßte man die einzelnen Volkswirtschaften als ein Ganzes auf und versuchte, ihr Aufsteigen oder ihren Niedergang in Form einer Bilanz aufzustellen. Dabei sollten die Daten des auswärtigen Handels, die man seit Ausgang des 17. Jahrhunderts genauer aufzeichnete, als Maßstab dienen. Man sprach von einer günstigen *Handelsbilanz*, wenn die Ausfuhr die Einfuhr überwog; denn dieser Überschuß mußte durch Geldeinfuhr beglichen werden. Ungünstig war die Handelsbilanz, wenn durch Einfuhr besonders fremder Fabrikate Geld außer Landes ging. Reichliche Edelmetallvorräte im Lande, vor allem in den staatlichen Kassen, waren damals ein wesentlicher Machtfaktor. Nur damit konnte der Sold für Heer und Flotte, namentlich wenn sie im Auslande fochten, bezahlt werden.

Mit Recht ist darauf hingewiesen, daß die Merkantilisten, wenn sie auf das Geld solchen Wert legten, dabei nicht den Geldbesitz als solchen im Sinne hatten. Im Gegenteil sollte das Geld zur Beschäftigung nützlicher Arbeit verwandt werden. Es sollte durchaus nicht im Kasten liegen bleiben, vielmehr daraus heraus kommen. Es sollte der *Zirkulation* dienen und als *Kapital* Verwendung finden.

Wodurch war es nun möglich, die Geldmenge im Lande zu fördern? Den *Bergwerken* gebührte hier offenbar eine wichtige Rolle. Aber schon in den sächsischen Münzschriften ist die Rede davon, daß Städte wie Köln, Antwerpen und Lübeck mehr Silbergerät hätten als das Silberland selbst. Man sah, wie Spanien seine Schätze nicht zu behalten wußte. Die Kriege verschlangen mehr, als die Silberflotten einbrachten, und für den Bezug von Getreide und Holz mußten Lizenzen gewährt werden, welche die Ausfuhrverbote für Edelmetalle durchbrachen. Vom Schmuggel ganz zu schweigen. Man sah, wie Holland das spanische Silber an sich zog, und wie die Karolusgulden in den Kellern der Bank von Amsterdam sich sammelten. So wurde in dem *Handel* das wichtigste Mittel gesehen, ein Volk zu bereichern. SERRA schrieb 1613 in Neapel seine Abhandlung über die Ursachen, die ein Reich mit Gold und Silber anfüllen könnten, auch wo keine Minen wären. Er fand, daß die Menge der Einwohner einem Reiche oder einer Stadt solche Fülle von Geldmitteln verschaffen könnte. Dazu käme die Geschicklichkeit der Menschen, wie die Genuesen, nicht zufrieden mit den Erträgen ihrer Heimat, über die ganze Welt sich verbreiteten.

Schiffahrt und Handelsverkehr waren die wichtigsten Einnahmequellen *Hollands*, die ihm sogar den Kampf gegen das übermächtige Spanien ermöglicht hatten. In Holland wußte man den Wind aber nicht nur für die Seefahrt zu nutzen. Windmühlen halfen das Wasser aus den tiefer gelegenen Landstrichen herauszupumpen, durch deren Trockenlegung besonders fruchtbare Gegenden gewonnen wurden. Windmühlen dienten aller möglichen Verarbeitung. Dem holländischen Muster suchte man überall nachzueifern. So entstanden die Windmühlen als Zeichen holländischen Einflusses. Auch in der neuen Welt zeichnen sich die Bilder des 1626 gegründeten Neu-Amsterdam, das später New York heißen sollte, durch solche Windmühlen aus. Wohl mußte Holland 1654 die Navigationsakte anerkennen und auf seine Besitzungen

in Brasilien verzichten, 1667 Neu-Amsterdam den Engländern überlassen, aber in den 70er Jahren vermochte es sich noch einmal gegen Frankreich und England zu verteidigen. Erst im 18. Jahrhundert überflügelte England die holländische Flotte. Seit dem Frieden mit Spanien 1648 gingen spanische Wolle und spanisches Silber regelmäßig nach Holland, das zum Mittelpunkt des Edelmetallhandels wurde. Holland blieb im 18. Jahrhundert die stärkste Kapitalmacht. Die Holländer pflegten die Plantagenwirtschaft auf ihren Kolonien. Amsterdam hatte Gustav Adolph gegen schwedisches Eisen und Kupfer geliehen, später dem Kaiser gegen das Quecksilber von Idria. Zu Ausgang des 18. Jahrhunderts wurde nicht nur Rußland geliehen, sondern sogar noch Polen. Hier fanden die Wechsel und Versicherungen aller Plätze ihren Markt.

In *Frankreich* glaubte man, eine günstige Handelsbilanz vor allem durch Förderung der *Industrie* erzielen zu können. So suchte *Colbert* die Industrie der Spitzen, der Seide und der Spiegel von Italien nach Frankreich zu verpflanzen. Seine Zolltarife ließen Rohstoffe billig ein, Fabrikate aber nur zu den höchsten Sätzen. Nach seinem Plane von 1664 wollte *Colbert* auch dem auswärtigen Handel seinen Beistand angedeihen lassen. Aber die Gesellschaften, die er gründete, mußten zumeist vom Hofe finanziert werden, während der Kapitalmarkt Frankreichs zu ihrer Erhaltung noch nicht stark genug war.

Erst seit 1734 der Handel mit den französischen Antillen freigegeben war, entwickelten sich diese zu den blühendsten Plantagen-Kolonien der damaligen Zeit. Zucker und Kaffee, daneben auch Baumwolle, Kakao, Ingwer und Indigo brachten vor der französischen Revolution für 185 Millionen Franken ein. Ein nicht unbeträchtlicher Teil dieser Kolonialwaren fand über Hamburg seinen weiteren Absatz nach dem Norden. *NECKER* schätzte den Wert der französischen Ausfuhr auf 300 Millionen Livres, von denen 150 Millionen auf Fabrikate zumeist der Textil-Industrie entfielen, 40 Millionen auf Wein und Spirituosen, während bei einer Einfuhr von 230 Millionen Franken nur 40 Millionen für Fabrikate zu zahlen waren, dagegen 30 Millionen für Rohseide und 26 Millionen für Rohwolle.

In *Deutschland* wurde nur zweimal der Versuch gemacht, die wirtschaftlichen Kräfte gegen das Ausland zusammenzufassen. Ein Versuch, die Mittel für die Reichsverwaltung durch Einrichtung eines Grenzzolles aufzubringen, war 1523 an dem Widerstand besonders Augsburgs gescheitert. 1597 suchte man der Aufhebung der hansischen Privilegien in England durch ein Verbot der englischen Waren im Reich, wenn auch vergeblich, entgegenzutreten. 1676 wandte man sich im Reichskriege gegen Frankreich ebenso gegen die französischen Waren. Frankreich gegenüber war die Bilanz Deutschlands nicht nur durch die Mehreinfuhr an Fabrikaten, sondern vor allem durch die an Viktualien, Wein und Kolonialwaren, ungünstig, dem nur ein kleiner Überschuß in der Ausfuhr von Rohstoffen gegenüberstand. In der Schweiz und in deutschen Territorien trugen die in fremden Diensten geleisteten Solddienste wesentlich zum Ausgleich der Zahlungsbilanz bei. Die Schweizer Regimenter, ebenso die deutschen, spielten nicht nur in der französischen Armee eine wichtige Rolle. Bekannt ist, welche Einnahmen sich der Landgraf von Hessen dadurch verschaffte, daß er seine Landeskinder den Engländern zur Verfügung stellte. Aber auch die Österreich und Preußen gezahlten Subsidien fielen ins Gewicht. Wenn die deutschen Territorien ihre Gewerbe durch das Verbot auswärtiger Waren zu fördern suchten, so wurden damit ihre deutschen Nachbarn vor allem betroffen. So erfolgte die Hebung der preußischen Wollindustrie auf Kosten Sachsens. Das Zuckermonopol Berlins legte die Ausfuhr der hamburgischen Raffinerien lahm.

In *England* hatte *Gresham* unter der Königin Elisabeth geraten, dem Kurs des englischen Geldes auf dem Antwerpener Markte die größte Aufmerksamkeit zu widmen. So verlangte noch *Malynes* zu Anfang des 17. Jahrhunderts obrigkeitliche Regulierung des Geldverkehrs über die Grenzen. Ihm traten *Misselden* und *Mun* ent-

gegen. Es waren vor allem die Probleme des ostindischen Handels, die zu einer Erörterung der Fragen der Handelsbilanz führten. Der Handel mit Ostindien ließ sich so wenig wie im Mittelalter ohne Geldausfuhr nach Indien bewerkstelligen. Der Ostindischen Compagnie war daher auch bei ihrer Gründung die Ausfuhr einer bestimmten Menge Geldes gestattet worden. *Mun* trat nun allgemein für Aufhebung der Geldausfuhrverbote ein. So gut, wie man das Getreide in den Boden säte, in der Hoffnung, später mehr davon zu ernten, solle man das Geld außer Landes gehen lassen, weil nur dadurch schließlich mehr Geld ins Land kommen könnte, Englands Schatz, um den es auch *Mun* vor allem zu tun war, somit sich vermehrte. 1663 wurde die Ausfuhr von Edelmetall freigegeben. CHILD, der auch für die Ostindische Compagnie schrieb, kam es vor allem auf einen niedrigen Zinsfuß an. Hollands Zinsfuß, der niedriger sei, als in England, bedeute eine Quelle holländischer Überlegenheit. PERRY ging weiter auf die Produktivkräfte der Länder ein. Er suchte zu zeigen, daß England weder den Vergleich mit Holland, noch mit Frankreich zu scheuen brauchte.

Als Kernstück der merkantilistischen Handelspolitik Englands sah man den Vertrag an, den *Methuen* 1703 mit Portugal abschloß. England hatte Portugal geholfen, seine Selbständigkeit gegen Spanien zu behaupten. Durch das Bündnis mit Portugal hatte England unter Karl II. Bombay und Tanager gewonnen. Portugal war auch im spanischen Erbfolgekriege der natürliche Verbündete Englands. Sein Gewerbe zu schützen, hatte Portugal schwere Zölle auf auswärtige Tuche gelegt. In dem *Methuen-Vertrage* öffnete Portugal seine Grenzen dem englischen Tuche, während England den portugiesischen Wein um ein Drittel geringer belastete als den französischen. Seit den Zeiten, da Bordeaux unter englischer Herrschaft stand, war französischer Rotwein in England das beliebteste Getränk gewesen. Jetzt aber hatten die englischen Offiziere sich daran gewöhnt, den Portwein des Bundesgenossen dem Weine des Landesfeindes vorzuziehen. Indessen konnte Portugal nur einen Teil der englischen Einfuhr von diesem Portwein bezahlen. Der Rest mußte durch das Gold beglichen werden, das man seit Ausgang des 17. Jahrhunderts in Brasilien reichlicher gefunden hatte, und das nun über Portugal nach England ging.

Ludwig XIV. hatte gehofft, die französische Gewerbemacht mit der spanischen Kolonialmacht verbinden zu können. Dies war ihm im spanischen Erbfolgekriege nicht gelungen. Spanien behielt seine Selbständigkeit, und die Assientoverträge, die einträglichen Negertransporte nach Amerika, wurden im Frieden von Utrecht den Engländern zugesprochen. Immerhin blieb der wirtschaftliche Zusammenhang zwischen Frankreich und Spanien durch die Verwandtschaft der Dynastien ein enger, das spanische Silber erfüllte auch die französische Zirkulation.

England hatte im 17. Jahrhundert durch die afrikanische Kompanie Gold aus Guinea gewonnen. Die Guinea hatte jedoch wegen ihrer Seltenheit den silbernen Schillingen gegenüber beständig an Wert gewonnen. Mit der Gewinnung des brasilianischen Goldes kehrte sich das Verhältnis um. England fixierte 1717 den Wert der Guinea auf 21 Schilling. Aber in dieser gesetzlichen Doppelwährung war das Silber zu ungünstig bewertet. Es erzielte auf dem freien Markte, in Holland, einen höheren Preis als auf der englischen Münze. Die Folge war die, daß in der englischen Zirkulation das „billigere“ Metall, das Gold, sich durchsetzte. Es zirkulierten nur mehr alte Schillinge. England wurde zu einem Lande, in dem durch seine Beziehungen zu Portugal das Gold ausschlaggebend wurde, im Gegensatz zu dem europäischen Kontinent, auf dem diese Stellung das Silber einnahm.

Schrifttum.

CAHN, I.: Der Rappen-Münzbund, 1901. 1403 bildeten Freiburg i. B., Basel, Kolmar und Breisach einen engeren Bund. Eine ähnliche Bedeutung hatte der Münzbund von 1423, der Prägung in Stuttgart, Ulm und Konstanz vorsah. — CAHN, I.: Münz- und Geldgeschichte der im Großherzogtum Baden vereinigten Gebiete I, Konstanz und das Bodenseegebiet im Mittelalter, 1911. — JESSE, W.: Der wendische Münzverein (1379). Quellen und Darstellungen zur Hansischen Geschichte, n. F. VI, 1928. —

BODIN, JEAN: Réponse aux paradoxes de M. de Malestroit touchant l'encherissement de toutes les choses et des monnaies. Paris 1568. — D'AVENEL, G.: La fortune privée à travers 7 siècles, 2. Aufl. 1904. — LOTZ, W.: Die drei Flugschriften über den Münzstreit der sächsischen Albertiner und Ernestiner um 1530, 1893. Hierzu W. ROSCHER: Geschichte der National-Ökonomik in Deutschland, I, V, 1874. — STAFFORD, W.: „Drei Gespräche über die in der Bevölkerung verbreiteten Klagen“ von 1581, deutsch herausgegeben von E. Leser, sind nach Miss Lamond überarbeitet nach einer Schrift von J. HALES: Discourse of the Common Weal, v. J. 1549. Camb. 1893. — MARPERGER, P. J.: Beschreibung der Messen und Jahrmärkte. Leipzig 1711. — VAN DILLEN, J. G.: History of the Principal Public Banks, 1934. Hierzu meine Abhandlung in der Festschrift für Bürgermeister von Melle, „Die Hamburger Bank 1619—1875“, 1933. — Nach LUZZATTO rechnete man 1595, daß die neue Welt Spanien in den letzten 64 Jahren 260 Millionen Dukaten geliefert hätte, von denen die Krone Spaniens zwei Drittel in ihren Kriegen ausgegeben hätte, während 25 Millionen den Genuesen zugeflossen und 56 Millionen im Lande geblieben wären. — SERRA: Breve trattato delle cause che possono fare abbondare li regni d'oro et argento, dove non sono miniere. Neapel 1613, abgedruckt Custodi, Scrittori classici. Er hebt hervor, daß zuerst „La quantità degli artefici“ ein Reich oder eine Stadt reich werden lasse an Geld, sodann die „qualità de genti“. — LAFFEMAS (Controlleur général unter Heinrich IV.): Trésors et richesses pour mettre l'état en splendeur, 1598. — MONTCRÉTIEN: Traité de l'Oeconomie politique, 1615. Herausgeb. von Funck-Brentano, Paris 1889. HAUSER teilt die Schätzung M.s durch Funck-Brentano nicht, er hält L. für wichtiger. — „Römischer kaiserlicher Majestät und des heiligen Reichs gemeiner Ständ Zoll.“ VON RANKE, L.: Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation, Bd. VI. — SCHMOLLER: Studien über die wirtschaftliche Politik Friedrich d. Gr. und Preußens überhaupt von 1680—1786 (Jahrb. X, 3). 1748 erklärte der König, über die Einfuhr sächsischer Linnen und Damaste beunruhigt: „Die Sachsen sollen chicaniret, ihre Waren bei der Entrée difficiliret werden.“ — MALYNES: A treatise of the Cancker of Englands Commonwealth, 1601. — MISSELDEN: Free trade, or the means to make trade flourish, 1622. Dieses Buch gab Anlaß zur Polemik mit Malynes. HECKSCHER II, IV: „Der Merkantilismus als Geldsystem“ weist darauf hin, daß die damaligen Schriftsteller einzelne Beziehungen, wie die zwischen Geldmenge und Preisniveau, wohl auch zwischen Preisniveau und Außenhandel, vor allem zwischen Außenhandel und Silberbewegung erkannten, nicht aber die ganze Verkettung überblickten. — MUN, TH.: Englands Treasure by Foreign Trade, or The Ballance of our Foreign Trade is the Rule of our Treasure, London 1664, deutsch von R. Biach, 1911. — DAVENANT, CH.: An Essay upon the Probable Methods of making a People gainers in the Ballance of Trade, 1699 (2. Aufl. 1700) sieht in der freien Verfallung von Venedig, Holland und England den Hauptgrund ihrer wirtschaftlichen Blüte. — KALKMANN, PH.: Englands Übergang zur Goldwährung im achtzehnten Jahrhundert. Straßburg 1895. — KULISCHER, I.: Les Traités de Commerce et la Clause de la Nation la plus favorisée du XVI^e, au XVIII^e Siècles. Revue d'Histoire Moderne, 1931. Der „Pacte de famille“ von 1761 stellte die Untertanen von Frankreich, Spanien und Sizilien einander gleich.

3. Staatsschulden und Kapitalbildung.

Nicht nur nebeneinander wurden die Kräfte der Volkswirtschaften gemessen. Die kapitalistische Rechnung gestattete auch, das zeitliche Hintereinander der Wirtschaft so zusammenzufassen, daß für eine höchste Entfaltung der Energie nicht nur die Ersparnisse der Vergangenheit, sondern auch die Gewinnhoffnungen der Zukunft in die Waagschale geworfen werden konnten. Bisher war die Ansammlung von Schätzen der einzige Weg gewesen, überschüssige Mittel für außerordentliche Verwendungen zur Verfügung zu halten. Noch Friedrich d. Gr. konnte bei Beginn der schlesischen Kriege auf den von seinem Vater gesammelten Schatz zurückgreifen. Vorsichtige Herrscher hatten günstige Zeiten sogar zu Anleihen benutzt, um durch sie sich solchen Schatz zu verschaffen. Jetzt aber erlangte der Kapitalmarkt in Holland und England solche Bedeutung, daß auch in Kriegszeiten der Staat sich auf ihn stützen konnte. Die Aussicht auf kriegerische Erfolge schien der wirtschaftlichen Betätigung solche Wirkungsmöglichkeiten zu bieten, daß man sein Vermögen gern zu solchem Wagnis hingab.

In *Deutschland* hatte der 30jährige Krieg das Kreditsystem vollständig erschüttert. Allerdings waren damals nur 5 Millionen Taler zu zahlen, um die Schweden zum Verlassen des Landes zu bewegen, und Hamburg und Frankfurt waren bereit, eine Million u. m. gegen genügende Sicherheit vorzuschießen. Die meisten süddeutschen Reichsstände sahen sich indes auf die Hilfe der Schweiz angewiesen. Für die Privatschulden hatte der Reichsschluß von 1654 einen Zinsnachlaß von drei

Vierteln verfügt. Allein in den meisten Fällen mußten die Gläubiger zufrieden sein, wenn sie statt des Kapitals und des ihnen gelassenen Zinsenviertels die „Terz“, d. h. ein Drittel der ursprünglichen Schuldforderung ausgezahlt erhielten.

In *Holland* dagegen sehen wir zu Beginn des 17. Jahrhunderts, wie nicht nur die Anleihen des Staates, sondern auch die Mittel für die großen Kolonialgesellschaften aufgebracht werden. Die Anteile an diesen Kolonialgesellschaften waren übertragbar, und es entwickelte sich auf der Amsterdamer Börse in ihnen ein reger Verkehr, der auch schon mit künftigen Schwankungen rechnete und sie vorweg nahm. VAN DILLEN zeigt uns, wie schon im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens die Ostindische Compagnie den Gefahren der Baisse-Spekulation ausgesetzt war. Die Generalstaaten erließen Strafindrohungen dagegen. Einem Edikt von 1610, das sich gegen Blankoverkäufe von Aktien der Ostindischen Compagnie wandte, folgte 1621 ein solches, das die gleichen Mißbräuche bei der Westindischen Compagnie verbot. Gleichwohl war um die Mitte des 17. Jahrhunderts in Amsterdam ein Terminhandel in Waren und in Aktien ausgebildet. Erst später nahmen die Juden an diesem Handel teil. Es fehlte auch nicht an Rückschlägen in diesen Geschäften. Bekannt ist die Liebe der Holländer zu ihren Blumen. In den 30er Jahren des 17. Jahrhunderts entspann sich eine solche Nachfrage nach Tulpenzwiebeln, daß man glaubte, alles Vermögen am besten in solchen Zwiebeln anlegen zu können. Manche gewannen viel an den steigenden Preisen, bis 1637 ein Umschwung eintrat und die Tulpenmanie ihr Ende fand. Der holländische Kurszettel zeigte nicht nur die Aktien der holländischen Ost- und Westindischen Compagnie auf, sondern verzeichnete auch die englische Staatsschuld und die Aktien der englischen Bank, der Englisch-Ostindischen Compagnie und der Südsee Compagnie. Um was handelte es sich bei diesen Aktien?

In *England* hatten im 17. Jahrhundert die Goldschmiede auch Depositen angenommen und waren zu den Bankiers der Vornehmen geworden, seit 1640 Karl I. die Depositen im Tower beschlagnahmt hatte. Als jedoch im Dezember 1671 in Erwartung des Krieges mit Holland Karl II. die Zahlungen des Schatzamtes einstellte, gerieten auch die Goldschmiede in große Schwierigkeiten. Erst nach der glorreichen Revolution waren die politischen Voraussetzungen für die Stabilität des englischen Kapitalmarktes geschaffen. Damals wurden verschiedene Bankprojekte erwogen. Eine Landbank wäre vor allem dem Hypothekar-Kredit der Grundbesitzer zugute gekommen. Die kaufmännischen Interessen verlangten eine Bank zur Förderung ihres Kredites. Sie sollten den Sieg davon tragen. 1694 wurde die Bank von England gegründet. Gegen die Hingabe von 1 200 000 £ St. wurde den Zeichnern dieser Anleihe außer der Verzinsung das Recht verliehen, daß nur sie als Korporation in London und Umgegend Bankgeschäfte treiben sollten. Im Gegensatz zu den Girobanken, die dem Publikum gegenüber nur Verwalter ihrer Depositen und Vermittler des Zahlungsverkehrs waren, erhielt die Bank von England das Recht der Notenausgabe. Diese Noten wurden vor allem gegen Diskontierung von Handelswechseln ausgegeben.

In den Kriegen gegen Frankreich wurden weiter 1698 gegen 2 Millionen Pfund Sterling einer neuen Ostindischen Compagnie Vorrechte gewährt. Gegen die alte Ostindische Compagnie, die allzusehr mit dem gestürzten Stuartschen Königshause verbunden erschien, hatten die Levante Compagnie und Interloper, die freien Handel nach Ostindien verlangten, Beschwerde eingelegt. Schließlich aber vereinigten sich 1709 die alte und die neue Compagnie zu dem machtvollen Unternehmen, das im 18. Jahrhundert Vorderindien dem englischen Einfluß unterwarf. 1711 wurde gegen Hingabe von 10 Millionen £ St. der Südsee-Gesellschaft das Vorrecht des Handels mit den spanischen Kolonien verliehen, auf dessen Bewilligung durch Spanien man rechnete. In der Tat erhielten die Engländer im Frieden von Utrecht das Recht der Sklavenzufuhr nach den spanischen Kolonien.

Durch den spanischen Erbfolgekrieg waren Frankreich und England in schwere

Schuldenlasten gestürzt. Da erschien der Schotte *Law*, der dem Regenten Frankreichs den Vorschlag machte, die Last der Schulden als gewinnbringendes Kapital aufzufassen. Mit seinen Bankzetteln wollte er Frankreich unabhängig machen von der Zufuhr fremden Goldes und Silbers. Durch die Fülle dieser Zettel sollte Frankreich reicher werden als England und, wenn auch auf dem Felde geschlagen, wirtschaftlich schließlich doch den Sieg davon tragen. Law hatte zuerst für Schottland eine Bank vorgeschlagen, deren Sicherheit der Boden Schottlands sein sollte. Durch Hypotheken sollte dieser Boden mobilisiert werden. Auf Grund der Bodenbelastung ausgegebene Papiere schienen Law einen sichereren Wert zu repräsentieren, als Gold und Silber. In Italien und in Holland hatte Law die Organisation des Zahlungswesens durch die Banken studiert. Verschiedene Höfe besuchend, fand Law erst nach dem Tode Ludwigs XIV. unter dem Regenten Gelegenheit, in Frankreich seine Pläne zu verwirklichen.

1716 gründete Law eine Bank, die Noten ausgab und Wechsel diskontierte, wie die Bank von England. 1717 wurde die *Compagnie d'Occident* neugegründet, der das ausschließliche Recht des Louisiana-Handels gegeben wurde. New Orleans erinnert in seinem Namen noch heute an diese Gründung. Zu den Ufern des Mississippi sollten nicht nur französische Strafgefangene geschickt werden, sondern auch in der Schweiz und in der Pfalz warb Law Auswanderer nach dieser neuen Welt. Man hoffte vor allem den Tabak dort anbauen zu können. Der Schmuggel nach den spanischen Silberländern sollte einen weiteren Anreiz geben. Der koloniale Boden spielt in dem ganzen Lawschen Unternehmen solche Rolle, daß man es schlechthin als Mississippi-Geschäft bezeichnete.

1718 wurde die Lawsche Bank zu einem Staatsinstitut verwandelt, das den Zahlungsverkehr durch ganz Frankreich übernehmen sollte. Anfangs wehrte sich die Lyoner Kaufmannschaft erfolgreich gegen die Ausdehnung des Bankprivilegs der *Banque Royale* auf Lyon. 1719 wurde aber auch Lyon dem System unterworfen. Kolonial- und Bankunternehmen sollten jedoch Law nur die Handhabe bieten zu seinem großen Plane, die Staatsschuld in Aktien zu verwandeln. Schrittweise gelang es Law 1719, dieses Ziel zu erreichen. Am 20. Juli 1719 wurden die übrigen Kolonialgesellschaften, namentlich die Ostindische, mit der Lawschen verbunden. Am 27. Juli wurde Law die Münzpacht übertragen. Bei beiden Geschäften wurden je 50000 Aktien ausgegeben, die zu den 200 000 Aktien der alten *Companie* traten. Law wußte die Stimmung, die sich für seine Papiere entwickelte, dadurch zu nutzen, daß er den Erwerb der neuen Aktien vom Nachweis von vier alten abhängig machte. Man nannte die alten *mères*, die jüngeren *filles* und *petites filles*. Der Kurs der alten Aktien, der bisher kaum das *Pari* erreicht hatte, stieg auf 110% bei der ersten, und auf 200% bei der zweiten Neu-Emission. Noch im August 1719 stiegen die Mississippi-Aktien auf das Zehnfache des Nominalwertes. Zu diesem Kurse konnte Law im September und Oktober 300 000 neue Aktien unterbringen, bei denen freilich nur 10% Anzahlung verlangt wurden, 500 Livres, sie hießen daher *Cinqcents*. Es war Law gelungen, anderen Bewerbern, dem Antisystem gegenüber die Generalpacht der Steuern zu erhalten, die zur Verzinsung der Rentenschuld des Staates dienten. Mit den neuen Aktien wurde diese Schuld des Staates von der Mississippi-Gesellschaft übernommen. Im Verlauf des Jahres stiegen die Aktien weiter. Jedermann suchte dieses Zauberpapier zu erwerben. Alle Klassen wurden von dem Spekulationsfieber ergriffen, und im Gedränge, das sich in der *Rue Quincampoix* entwickelte, kam es zu den tollsten Szenen. Der Kurs der Aktien stieg nach einigen im Dezember bis auf 20000 L, nach *Harsin* jedoch nur auf 11000. Immerhin mußte es für die Besitzer der Aktien eine Enttäuschung bedeuten, als im Dezember 1719 eine Dividende von nur 40% beschlossen wurde. Da keine weiteren Emissionen zu erwarten waren, fing man an, zu realisieren. Die Mississippis kauften Landgüter und entfalteten einen ungeheuren Aufwand; die Preise stiegen, und der Kurs der Aktien geriet ins Wanken.

Um dem Sturz der Aktien entgegenzuarbeiten, verband Law am 23. Februar 1720 Bank und Compagnie miteinander. Der Kurs der Aktien wurde am 5. März auf 9000 L., also das 18fache ihres Nominalbetrages festgelegt, und die Aktien zu diesem Kurse für umtauschbar gegen Noten erklärt. Damit waren die Aktien zu Geld gemacht. Laws Plan, Frankreich mit Geld zu erfüllen, schien erreicht. Aber es galt nun, zwischen dem Hartgeld, den Banknoten und den Aktien ein bestimmtes Verhältnis aufrecht zu erhalten. Dabei suchte Law das Hartgeld zur Scheidemünze herabzudrücken. Schon am 21. Dezember 1719 war Silber nur für Zahlungen bis zu 10 L., und Gold für Zahlungen bis zu 300 L. erlaubt worden. Am 27. Februar 1720 wurde die Barzahlung verboten bei Beträgen von mehr als 100 L. Niemand durfte mehr als 500 L. in bar in seinem Hause haben. Am 11. März wurden 3 L. in Münze zu einem zusammengelegt. Dieses veranlaßte die Besitzer von Münzen, ihren Geldbestand in Noten umzutauschen. Gleichzeitig verwandelten die Aktienbesitzer ihre Aktien in Noten, so daß der Bestand an Noten gewaltig answoll. Mehr als 2½ Milliarden L. waren bis zum Mai in Noten ausgegeben. Die Fülle der Noten drückte auf ihren Wert, so daß die Preise ständig stiegen. Dem suchte Law durch das Edikt vom 21. Mai 1720 entgegenzuwirken, das den Wert der Bankzettel auf die Hälfte, den der Aktien auf 5000 L. herabsetzte.

Mit diesem Edikt glaubte Law, für das Papier nur das getan zu haben, was frühere Herrscher in der Tarifierung der Münze wiederholt geübt hatten. War doch gerade die französische Münze in der letzten Zeit wiederholt herauf und herabgesetzt worden. Allein der Erfolg des Ediktes war ein anderer. Man faßte es als einen Bruch des Vertrauens auf, und niemand wollte diese Zettel mehr haben. Vergebens widerrief der Regent nach 8 Tagen das Edikt, eine Maßnahme, die Law mißbilligte. Die Noten fielen beständig. Im September standen sie auf 56% und galten im Februar 1721 nur mehr 5%.

Der Schreck über diesen Zusammenbruch war so groß, daß man in Frankreich das Wort Bank nicht mehr in den Mund nehmen durfte. Dieses galt bis zu den Tagen Napoleons. Die Liquidierung erfolgte in der Weise, daß die Aktionäre wieder zu Rentnern wurden, freilich zu sehr gekürztem Kurse. Am 23. November 1721 erklärte die Krone, nicht mehr als 40 Millionen Rente zur Befriedigung ihrer Gläubiger aussetzen zu können. Eine Schuld von 3 Milliarden L., unter denen neben den Renten 820 Millionen Aktien und Interessen, 28 Millionen Billets de Banque und 254 Millionen Comptes en Banque sich befanden, wurde somit auf 1,6 Milliarden zu 2½% verzinsbar gekürzt. Der Staat machte bei dieser Liquidierung ein gutes Geschäft. Die Leidtragenden waren die Geschäftsleute, auch die auswärtigen, besonders die Schweizer, die vergebens durch ihre Privilegien eine günstigere Liquidation erhofften. Die obigen Zahlen zeigen uns, daß Law es verstanden hatte, neben den Bankzetteln auch einen starken Giroverkehr in der Bank zu entwickeln. Diese Einlagen waren nun wertlos geworden; denn die Kaufleute brauchten Zahlungsmittel und keine Renten. Sie wollten keine Edelleute sein. Die Schweizer berechneten ihren Verlust auf 19 Millionen, von denen 10 Millionen L. auf Beteiligung an Mississippi-Aktien und 4 bis 5 Millionen auf den Lyoner Handel der Schweizer entfielen. Namentlich die St. Galler beklagten sich, daß die Leinwand, die sie durch die Compagnie nach dem Mississippi gesandt hatten, ihnen in jetzt wertlosen Zetteln bezahlt sei, während sie selbst ihre Verpflichtungen in gutem Gelde erlegen müßten. Schlimmer als der Verlust ihres Gutes erschien den Kaufleuten die Gefährdung ihres Kredites, der sie durch die Lawsche Krise ausgesetzt waren.

So war der Versuch Laws, der als Contrôleur Général ein Nachfolger Colberts geworden, die gesamte Wirtschaftskraft Frankreichs zusammenzufassen und damit England zurückzudrängen, gescheitert. Das Merkwürdige aber ist, daß sein Ansehen dadurch nicht litt. Auch weiterhin wurde sein Rat in Finanzsachen gehört, wenn auch nicht mehr in Frankreich. Der englische Minister Walpole schätzte ihn und ver-

wandte seine Dienste. Ja, England war auch nach dem Zusammenbruch des Lawschen Unternehmens bereit, in denselben Fehler zu verfallen. In England verfolgte man die Lawschen Versuche nicht ohne Besorgnis. Man glaubte ihnen nur mit den gleichen Mitteln entgegentreten zu können. Die Rolle der Mississippi-Gesellschaft übernahm hier die *Südsee-Gesellschaft*, die sich allerdings gegen die Konkurrenz der Bank von England durchsetzen mußte. Sie übernahm das Lotterieranleihen und wußte sich am 2. Februar 1720 die Konvertierung von 31 Millionen Pfund Sterling englischer Staatsschuld zu sichern. Gerade nachdem in Paris der Zusammenbruch erfolgt war, gelangte der Taumel in London zu voller Entfaltung. Indessen hatte London einen weiter verbreiteten Kapitalmarkt. Die Spekulation war daher nicht nur auf ein Papier angewiesen. Wenn sich auch in Change Alley ähnliche Szenen abspielten wie in der Rue Quincampoix, so stiegen die Aktien der Südsee-Compagnie doch im Juni 1720 nur auf das Zehnfache des Nominalbetrages, und neben der Südsee-Gesellschaft erstreckte sich die Spekulation auf andere Gesellschaften, deren Kurse, wie die der Afrika-Compagnie, noch stärker anstiegen, vor allem ergriff ein Gründungsfieber die weitesten Kreise. Wenn man Südsee-Aktien nur zu höheren Beträgen erwerben konnte, gab es kleinere Aktien, die man schon mit geringeren Beträgen erwerben konnte. Versicherungsgesellschaften, Fischerei-Gesellschaften, Gesellschaften für die Textilindustrie und den Landbau wurden mit geringer Anzahlungspflicht gegründet. Das Vertrauen, das man zu der Form der Aktiengesellschaft gewonnen hatte, schien so groß, daß die Unterlagen der Gewinnchancen nur ungenügend geprüft wurden. Ja, es sollen Gelder zusammengekommen sein für eine Gesellschaft, deren Zweck erst später angegeben werden sollte. Man nannte dieses Treiben die South Sea Bubbles. Der Südsee-Gesellschaft war diese Konkurrenz der Nachfrage auf dem Kapitalmarkt unerwünscht, und sie suchte sich den Agioeifer des Publikums zu sichern, indem sie gegen die anderen Gesellschaften vorging. Aber gerade damit beförderte sie den Prozeß der Ernüchterung, und die allgemeine Erschütterung der Kurse wirkte sich auch auf den Kurs ihrer Aktien aus. Er sank nach einer Generalversammlung vom 8. September, in der die Dividenden auf 30, für später auf 50 %, d. h. für die Aktionäre, die zu 1000 gekauft hatten, auf 3—5 % festgesetzt wurden, auf 640, dann auf 550, schließlich auf 180 %.

Immerhin war in England der Zusammenbruch kein so vollständiger wie in Frankreich. Die Südsee-Gesellschaft selbst blieb bestehen. Walpole nahm ihr die Last der Staatsschulden ab, sein Plan war, den beiden anderen großen Gesellschaften eine entsprechende Quote zuzuweisen. Tatsächlich hat die Bank von England fortan dem Staate die größten Dienste geleistet. Das Wichtigste war, daß weder der Kredit des Staates noch der der Privaten, wie in Frankreich, erschüttert war. Allerdings von der erhofften Tilgung der Staatsschuld mußte man absehen. Sie wuchs im 18. Jahrhundert weiter an. Aber der Staat konnte seinen Bedarf mit geringeren Lasten decken. Die Summe, die dem Staate von der Bank von England geliehen war, stieg von 1 200 000 £, die zu 8 % verzinslich waren, 1742 auf 9 800 000 £, für die nur 3 % zu entrichten waren. Die 3proz. Kongsols wurden zum sichersten Anlagepapier. Noch im Laufe der zwanziger Jahre hatte der Handel den Schlag der Bubbles überwunden.

Auf dieser Gründungsepoche beruhen die Anfänge der Pariser und der Londoner Börse. Indessen sollte die wirtschaftliche Energie sich fortan anderen Zielen zuwenden. Der Glaube an die Zauberkraft der kaufmännischen Organisationsform war dahin. Das Mißtrauen gegen die Aktiengesellschaft bestand auch in England bis ins 19. Jahrhundert. Fortan wurde das Schwergewicht auf die Organisation der Produktion gelegt. In kleinen Unternehmungen verbreitete sich das Verlagssystem auf dem Lande. Aus ihm zogen im 18. Jahrhundert England, aber auch Frankreich neue Kräfte.

Man könnte sagen, daß diese erste große Entfaltung des Kapitalismus auf den Bedarf zurückzuführen sei. Wie der Bedarf des Staates hier im Vordergrund stand,

so war es der Bedarf der Grundherren, deren Ausgaben bei Hofe sie dazu zwangen, ihre Einnahmenseite rationaler zu gestalten. Das 18. Jahrhundert sah die Entfaltung der modernen Landwirtschaft in England. Aber auch auf dem Kontinent machten sich die gleichen Tendenzen geltend.

Wir sahen, daß eine Fundierung der Bankzettel durch den Grundbesitz in England und auch von Law erwogen wurde. Diese Pläne fanden in *Preußen* ihre Verwirklichung. Die rationale Gestaltung des Hypothekenrechtes unter Friedrich Wilhelm I. und Friedrich dem Großen führte dazu, daß die Verschuldung der Grundstücke nicht als ein möglichst bald abzustoßendes Übel erschien, sondern als ein Mittel zur Steigerung ihrer Preise. Gewiß konnte durch die Möglichkeit der Verschuldung den preußischen Grundbesitzern ein Anlaß gegeben werden, sich die für intensivere Bewirtschaftung nötigen Betriebsmittel zu verschaffen. Vor allem jedoch erleichterte sie den Grundstückshandel. Der Neuerwerber brauchte ja nur einen Teil des Kaufpreises in bar zu erlegen, der frühere Besitzer konnte einen Teil der Kaufsumme in dem Grundstück als Hypothek stehen lassen, oder es wurden von anderer Seite die nötigen Mittel verschafft. Der Kreditnot, der namentlich Schlesien nach dem 7jährigen Kriege ausgesetzt war, suchte man entgegen zu arbeiten durch die *Landschaften*, die Friedrich der Große nach dem Plane des Kaufmannes *Büring* errichtete. In ihnen wurden die Rittergüter einer Provinz zusammengefaßt. Nach dem Muster der 1770 gegründeten schlesischen Landschaft wurden 1777 für die Mark, 1781 für Pommern, 1787 für West-, 1788 für Ostpreußen Landschaften ins Leben gerufen. Die Solidarhaft aller Rittergüter der Provinz stärkte den Kredit dieser Institute. Die Selbstverwaltung durch die Kreise der Rittergutsbesitzer sollte zu einer billigen Schätzung der Güter führen. Bei Fehlschätzungen durch zu hohe Bewertung der Güter haftete der Schätzende mit. Man konnte von ihm aber auch erwarten, daß er nicht zu niedrig schätzte, denn er selbst konnte in die Lage kommen, den Kredit der Landschaft zu benutzen. Die Landschaft gab *Pfandbriefe* aus. Der Schuldner hatte diese Pfandbriefe auf den Markt zu bringen. Sie waren verzinsliches Kapital. Gelegentlich konnten diese Wertpapiere aber auch als Zahlungsmittel verwandt werden und damit die Aufgabe des Geldes erfüllen. Dieses geschah in Schlesien und in Brandenburg. Man rühmte den Pfandbriefen nach, daß sie besser wären als Staatspapiergeld, hinter dem nur der Kredit des Staates stehe; sie würden lieber als Bargeld genommen werden, da bei ihrer Fundierung durch Grund und Boden sich kein Diskredit denken ließe.

Indessen zeigte sich, daß der Gedanke, durch die Beleihungsmöglichkeit verdoppelt sich der Wert der Güter, auf falscher Berechnung beruhte. Gewiß konnte unter günstiger Konjunktur der Wert eines Gutes sich mehr als verdoppeln. Die Wertsteigerung konnte aber auch wesentlich hinter dieser Verdoppelung zurückbleiben. Der Besitzer des Bodens erhielt dadurch große Vorteile, daß bei der leichten Verschuldbarkeit des Bodens das sich bildende Kapital ihm zuströmte. Dafür drohte aber schon damals die Gefahr einer Überschuldung bei allzu hoher spekulativer Steigerung der Bodenpreise.

In *Zürich* suchte man den Zustrom von Kapital auf die Landschaft dadurch zu verhindern, daß man verbot, dem Landwirt unter 5% zu leihen. Das Mandat von 1710 hatte jedoch keinen Erfolg. Der Zinsfuß für ländliche Schuldbriefe ging in den nächsten Jahrzehnten auf 4% zurück. Man suchte dem überflüssigen Kapital dadurch eine Anlage zu verschaffen, daß man eine Organisation einrichtete, welche die Anlage dieser Kapitalien im Auslande besorgen sollte. Eine ähnliche Einrichtung wie die Züricher Zinskommission, die 1755 gegründete Bank *Leu & Co.*, begegnet in Bern. *Toscana* hatte seine Industrie verloren. Es fehlte an Anlagemöglichkeiten. In *Lucca* erklärten sich die Staatsgläubiger mit einem Zinsfuß von 2½% zufrieden, wenn man nur ihr Kapital nicht zurückzahlte. In *Holland* ging der Zinsfuß im 18. Jahrhundert auf 3% und darunter zurück.

Niedriger Zins bedeutet steigende Grundstückspreise. Das Kreditsystem führte in *Preußen* bei städtischen Grundstücken schon 1770, bei ländlichen im Anfang des 19. Jahrhunderts zu einer Übersteigerung der Grundstückspreise. An Stelle spekulativer Meinungskäufe traten jetzt Realisierungen. Diese *Krise* wurde durch die politischen Ereignisse verschärft. Sie hätte sich aber auch sonst durchgesetzt. So stieg der Wert des Gutes Großbeeren von 33 000 Talern 1770 auf 160 000 Taler 1804, bei denen nur 12 000 Taler angezahlt wurden. 1816 wurde das Gut für 121 000 Taler verkauft, 1824 für 87 790 Taler. Der Rückgang der Grundstückspreise setzte sich also auch nach den Befreiungskriegen bis zum Ausgang der 20er Jahre fort. Die ost- und westpreußischen Landschaften gerieten 1810 mit ihren Zahlungen in Rückstand, die schlesischen Pfandbriefe galten 1812 nur mehr 60%. Die 54 Millionen Taler Pfandbriefe, die Niebuhr rechnete, waren also nicht mehr durchaus sicher. Der politische Zusammenbruch von 1806 mußte die Krise verschärfen. Hatte doch auch die Preußische Bank einen großen Teil ihrer Bestände in Hypotheken angelegt, und zwar gerade in den polnischen Landesteilen, die damals verloren gingen.

So hatte sich neben dem Wechselmarkt und dem Markt der Staatsschulden ein Hypothekenmarkt ausgebildet. Es ist klar, daß nicht nur bei den Staatsschulden, sondern auch bei den Warenwechseln die politischen Ereignisse die Kurse stark beeinflussten, wie sich das in den *Krisen* des Hamburger Marktes von 1763 und 1799 zeigte. Die Noten staatlicher Banken gaben den Staaten die Möglichkeit weit stärkerer fiskalischer Ausnutzung, als es früher die Münzverschlechterungen getan hatten. So wurde der Kredit der schwedischen Reichsbank in den Kriegen von 1741 und 1757 derart überspannt, daß ein starker Verfall der Währung eintrat. Von 33 ½ bis 35 Mark Kupfermünze auf den Reichstaler verschlechterte sich der Kurs 1762 auf 83,93. Schweden lernte damals aber auch schon die Gefahren einer allzu schnellen Erholung des Kurses kennen. Nach Beendigung des siebenjährigen Krieges hatte man durch entsprechende Rückzahlungen eine allmähliche Rückkehr zur alten Parität, von 70 im Jahre 1766 auf 36 im Jahre 1775, vorgesehen. Die Spekulation nahm aber diese Bewegung vorweg, und in Hamburg stand der Kurs schon 1767 auf 42. Man glaubte, Grund und Boden müsse einen festeren Wert darstellen. Das preußische Beispiel zeigte aber, daß auch dieser Wert kein unbedingter sei, sondern daß auch der Grund und Boden nur ein Glied der gesamten Volkswirtschaft bilde und daß sein Wert abhinge von der volkswirtschaftlichen Produktivität. Gleichwohl machte man in Frankreich 1789 den durch das beschlagnahmte Königs- und Kirchenland gebildeten staatlichen Grundbesitz zur Grundlage der Assignatenausgabe. Auch die dänische Währungsreform von 1803 sah Deckung der Reichsbankzettel durch hypothekarische Belastung des Grundbesitzes, die Bankhaften von 6% des Wertes, vor.

Schrifttum.

GOETHEIN, E.: Die deutschen Kreditverhältnisse und der 30jährige Krieg. Ein Neu: Nutzlich- und lustigs Colloquium von etlichen Reichstagspunkten. Leipzig 1893. — KAPPAHN, F.: Der Zusammenbruch der deutschen Kreditwirtschaft im 17. Jahrhundert und der 30jährige Krieg. Deutsche Geschichtsblätter 1912. — WIRTH, MAX: Geschichte der Handelskrisen, 4. Aufl. 1890. — EHRENBERG, R.: Die Fondsspekulation und die Gesetzgebung, 1883. — v. DILLEN: Effektenkoersen aan de Amsterdamsche Beurs 1723—1794. Economisch-historisch Jaarboek, 1931. Isaac Le Maire en de handel in actien der Oostindische Compagnie, ebenda 1930. v. D. zeigt uns aus den Akten die Bildung eines Baisse-Konsortiums im Effektenhandel 1609. Gegen ein Verbot des Zeithandels führte Le Maire aus, man handle doch auch mit Hering, der noch nicht gefangen, und mit Getreide, das noch nicht geerntet sei. Verbiete man den Zeithandel, so würde sich das Geschäft nach Hamburg, Frankfurt, Köln oder Rouen wenden; denn in England und Deutschland lege man diesen Geschäften nichts in den Weg. Die Mandate scheinen wenig Erfolg gehabt zu haben; denn aus dem Jahre 1629 ist sogar ein gedrucktes Formular für Zeitgeschäfte in Companie-Aktien erhalten. Bestimmte Termine zur Abrechnung sind wohl erst nach 1650 eingerichtet. — RICHARDS, R. D.: The first fifty Years of the Bank of England, in der History of the Principal Public Banks, 1934. Für eine Landbank trat ein ASGILL: Several Ascertainments proved in order to create another Species of Money than Gold and Silver. London 1696. Reprint, HOL-

LANDER, Hopkins, Baltimore. 1661 hatte Palmstruch in Schweden zuerst Noten ausgegeben. HECKSCHER: The Bank of Sweden in its connection with the Bank of Amsterdam. History of the Princ. Publ. Bks. 1695 erhielt die Bank von Schottland das Recht der Notenausgabe. Über Law vergleiche HARSIN: La Banque et le Système de Law. History of the Princ. Public Banks. Doctrines monétaires et financières en France du XVI^e au XVIII^e siècle. Paris 1928; Crédit public et Banque d'état en France du XVI^e au XVIII^e siècle, 1933. Meine Arbeit über „Die Verflechtung der Schweiz in die Lawsche Krise (1720)“, Festschrift der Dozenten der Universität Zürich 1914. — MANN, F. KARL: Justification du Système de Law par son Auteur. Revue d'histoire Economique et Sociale, Paris 1913. Der Graf St. Simon ließ in seinen Memoiren nichts auf Law kommen. JAMES STEUART meint in seinem „Inquiry into the principles of political economy“, 1767, in dessen 4. Buch er Law eine ausführliche Darstellung widmet, sein Unternehmen hätte sich auch nach dem Arrêt vom 21. Mai 1720 halten lassen, wenn nur regelmäßig Zinsen gezahlt wären. Harsin selbst ist der Meinung, daß nur seine Übereilung Law gestürzt habe, die Verwandlung der Rentner in Aktionäre sei eine geniale Idee gewesen. Eine Herabsetzung der Zahlungskraft des Geldes auf die Hälfte bei übermäßiger Preissteigerung hatte in Zürich der 1621 zum Wechsel- und Münzherrn ernannte Salomon Hirzel vorgenommen, vgl. L. WEISZ: S. Hirzel, S. 319. Ähnlich ging die Tschechoslowakische Republik nach dem Weltkriege vor, indem sie den Wert der Krone halbierte. Über die Stellung WALPOLES bei der Liquidierung des Südsee-Unternehmens, siehe jetzt W. MICHAEL: Englische Geschichte im achtzehnten Jahrhundert, III, Das Zeitalter Walpoles, 2, 1934. — LANDMANN, J.: Leu & Co. 1755—1905, Ein Beitrag zur Geschichte der öffentlichen und privaten Kreditorganisationen. Zürich 1905. — WEYERMANN, M.: Zur Geschichte des Immobiliarkreditwesens in Preußen mit besonderer Nutzenanwendung auf die Theorie der Bodenverschuldung. Freiburger Volkswirtschaftl. Abhandlungen, 1910. — Nach BÜSCH waren die von Friedrich d. Gr. Leipzig auferlegten Kontributionen ein wesentlicher Grund der Krise von 1763. — FALKNER, S. A.: Das Papiergeld der französischen Revolution 1789—1797. Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik, 165, 1924. — URBAN, W.: Die dänische Währungsreform v. Jahre 1813. Hamburg 1929.

D. Die Entfaltung des Kapitalismus.

I. Die Grundlagen der freien Verkehrswirtschaft.

1. Der Zusammenbruch des Merkantilismus. Die Bildung des Zollvereins.

Der Kern des Merkantilismus war das *Kolonialsystem*. England war es im 18. Jahrhundert gelungen, ein Kolonialreich aufzurichten, das die ganze Welt umspannte. Aber gerade nach den entscheidenden Siegen über Frankreich im Siebenjährigen Kriege mußte es den Abfall seiner wichtigsten Kolonien, der nordamerikanischen, erleben.

Eine Tendenz zur Universalmonarchie hatte das Reich der Habsburger und das der Bourbonen aufgewiesen. Europas Schicksal wurde eben dadurch bestimmt, daß im 16. und 17. Jahrhundert diese beiden Mächte sich die Waage hielten. Seit den Tagen Heinrich VIII. suchte England das Gewicht seiner Macht in die Waagschale zu werfen, wenn Frankreich oder Spanien das Übergewicht zu erhalten drohte. Nur dadurch, daß keine dieser großen Mächte allein ausschlaggebend wurde, war es Holland möglich geworden, seine Selbständigkeit zu behaupten. Seit den Siegen im spanischen Erbfolgekriege war England zu einer der ersten Mächte aufgerückt. Trotz seines kleineren Gebietes und seiner geringeren Bevölkerung gestattete ihm das Anwachsen seiner wirtschaftlichen Mittel, diese Stellung auszubauen. Sie wurde ihm von Frankreich streitig gemacht, das im 18. Jahrhundert England in den wichtigsten Kolonialgebieten entgegentrat.

In *Indien* gewannen zunächst die Franzosen das Übergewicht. Der Zerfall des Mongolenreiches ließ in Indien eine Reihe selbständiger Gewalten entstehen, deren Streitigkeiten die Franzosen von Pondichéry aus geschickt auszunutzen verstanden. 1752 jedoch trat Robert *Clive* Dupleix entgegen. Ihm gelang es, durch den Sieg bei Plassey 1757 Bengalen der *Companie* zu erobern. Unter *Warren Hastings*, 1772—1785, wurde die britische Herrschaft in Indien befestigt. Auch in *Nordamerika* hatten die Franzosen sich mit den Eingeborenen zu stellen gewußt. Ihr Reich hatte sich im Norden vom Lorenzstrom aus erweitert; in Kanada war Quebec ihre Hauptstadt; vom Süden, wo New Orleans ihr Stützpunkt war, strebten sie den Mississippi aufwärts. Im Gebiet der großen Seen schlossen sich ihre Forts vom Nord und Süd zusammen und bedrohten damit die englischen Kolonien, die sich damals nur an der Atlantischen Küste erstreckten. Der Siebenjährige Krieg verschaffte den Engländern den Besitz Kanadas. Den Franzosen erschien die Erhaltung ihres westindischen Besitzes damals wichtiger. Kanada, das waren nach *Voltaire*s Meinung nur einige Morgen Schnee; für die Engländer jedoch sollte dieser Erwerb verhängnisvoll werden; denn die amerikanischen Kolonien, die von der Umklammerung durch die Franzosen frei geworden waren, fühlten sich nun dem Mutterlande gegenüber auch selbständig.

Bei der Besiedlung Nord-Amerikas hatten die Kolonien teilweise eine freie Verfassung erhalten. Die 1620 mit der *Mayflower* nach New Plymouth gefahrenen Pilgerväter hatten sich selbst, wie eine altgermanische Landsgemeinde, eine Verfassung gegeben. So war auch Massachusetts 1628 von den Puritanern unter Selbstverwaltung kolonisiert worden. Connecticut und Rhode Island behielten ihre freie Verfassung bei. Virginien hingegen war 1624 zur Kronkolonie geworden, ebenso wurde 1679 New Hampshire als königliche Provinz eingerichtet. 1684 wurde der Freibrief von

Massachusetts widerrufen und 1688 Massachusetts und New York zu Kronkolonien. New Jersey, Nord- und Süd-Karolina, später auch Georgia, wurden ebenso organisiert. Der König hatte seine Gewalt in Maryland, in Delaware und 1681 auch in Pennsylvania den Eigentümern dieser Kolonien übertragen. Die glorreiche Revolution hatte auch für die Kolonien befreiend gewirkt. Wilhelm III. erneuerte die Freiheiten von Massachusetts, wenn auch nicht in dem alten Umfange. Wenn indessen einige geglaubt hatten, mit der politischen Freiheit würde auch die wirtschaftliche Freiheit in England einziehen, so sahen sie sich enttäuscht. Das Parlament hielt an der Navigationsakte fest. So sehr man die Kolonien als Rohstofflieferanten schätzte, suchte man sie doch im Bezug von Gewerbeprodukten vom Mutterlande abhängig zu halten. England hatte sich bisher aus der Ostsee mit Schiffbau-Material versorgt. Das Anwachsen der russischen Macht im nordischen Kriege, das England vergebens zu hindern gesucht hatte, brachte Walpole darauf, 1721 der Versorgung aus den Kolonien größere Aufmerksamkeit zu schenken. Der Schiffbau, der Häuserbau und die Eisenindustrie, die auf Holzkohle angewiesen war, hatten zur Entwaldung Englands geführt, während in den Kolonien noch Urwälder zu roden waren. Der Rohstoffmangel der eisenverarbeitenden Industrie ließ in England den Gedanken aufkommen, sogar die Hochöfen nach den Kolonien zu verlegen. Dafür sollte aber die Verarbeitung des Eisens durchaus dem Mutterlande verbleiben. Kein Hufnagel, so meinte man, dürfe in den Kolonien hergestellt werden. Die Auswanderung von Handwerkern nach den Kolonien wurde verboten. Selbstverständlich ließen sich diese Forderungen nicht durchführen. Einige Industrie für den lokalen Bedarf entstand auch in den Kolonien. Die nördlichen Kolonien fanden in der Schifffahrt nach Westindien einen lohnenden Erwerbszweig. Sie brachten Lebensmittel nach den Zuckerplantagen und brachten Rum zurück, der teilweise nach Afrika ging zum Einkauf von Sklaven.

Der Sieg über Frankreich gab den Engländern die Möglichkeit, die Navigationsakte strenger durchzuführen. Schon dieses mußte den Widerspruch der Kolonien reizen. Wichtiger war, daß England die Kolonien zu den Lasten des Krieges heranzuziehen suchte, der doch in der Hauptsache zu ihren Gunsten geführt war. Aber gegen die Einführung von Steuern durch das englische Parlament wandten sich die Kolonien. *Adam Smith* erklärte, wenn man die Kolonien zur Besteuerung heranzuziehen wolle, müsse man ihnen auch das Recht zur Vertretung im Parlament gewähren, und er sah voraus, daß, wenn einmal der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Macht auf die andere Seite des Ozeans sich verschoben hätte, dann auch der Sitz der Regierung folgen müsse. Die Zwangsmaßnahmen, mit denen Georg III. die Verfügungen des britischen Parlamentes durchzusetzen suchte, mußten die Kolonien vollends erbittern. Sie antworteten mit dem Boykott der englischen Waren. Man zog den holländischen Tee vor, um nicht dem Monopol der englisch-ostindischen Compagnie unterworfen zu sein, und die Vernichtung der Teekisten im Hafen zu Boston gab das Zeichen zum Aufstand.

In dem Kampfe, den die Vereinigten Staaten 1776 bis 1783 für ihre Unabhängigkeit führten, erhielten sie die Hilfe Frankreichs. *Frankreich* selbst erneuerte in den Eroberungskriegen, die der französischen Revolution folgten, noch einmal den merkantilistischen Gedanken. Es suchte den Kontinent gegen britische Waren abzuschließen und Großbritannien die Getreidezufuhr von dem Kontinent zu unterbinden. Napoleon war aber weit davon entfernt, den eroberten Gebieten Deutschlands und Italiens vollständige Handelsfreiheit mit Frankreich zu gewähren. Der Rheinbund hatte vielmehr französischen Waren ohne weiteres Eingang zu bieten, während die von ihm produzierten Waren nicht ohne weiteres in Frankreich ihren Absatz fanden. Die Freiheitskriege brachten den europäischen Ländern, besonders *Preußen* und *Österreich*, die Unabhängigkeit von dem französischen System, so daß nun eine Reihe selbständiger Mächte nebeneinander standen.

Frankreich verlor in diesen Kämpfen Haiti, in dem die Neger zur Macht kamen, Napoleon fand in dem Sklavenkinde Toussaint l'Ouverture, der sich zum Herrn der Insel aufwarf, sein Gegenstück. Durch die Besiegung Spaniens, das 1800 Frankreich Louisiana abgetreten hatte, dachte Napoleon noch einmal den kolonialen Kampf mit England aufzunehmen. 1803 jedoch sah er sich gezwungen, Louisiana aufzugeben, und er überließ es den Vereinigten Staaten. Anlässlich der Besetzung Spaniens durch die Franzosen regte sich der Widerstand der Kolonien gegen die Herrschaft des Mutterlandes. Unter *Bolívar* errangen die spanischen Kolonien in Amerika ihre Unabhängigkeit. 1822 sagte sich Brasilien als Kaiserreich von Portugal los. Die Vereinigten Staaten deckten die Unabhängigkeit der spanischen Kolonien dadurch, daß ihr Präsident *Monroe* 1823 jedes Einschreiten europäischer Mächte in Amerika als Akt der Feindseligkeit gegen die Union hinstellte.

Die Befreiung der südamerikanischen Kolonien öffnete dem nordamerikanischen und dem englischen Handel ein weites Feld. Sie war aber dadurch von besonderer Bedeutung, daß nun auch Länder, wie Deutschland, die keine Kolonien hatten, sich direkt an dem überseeischen Handel beteiligen konnten.

England selbst hatte nach dem Abfall der amerikanischen Kolonien sich zu einer Änderung seiner Kolonialpolitik veranlaßt gesehen. Den treugebliebenen kanadischen Provinzen hatte es 1791 eine Verfassung gewährt, vor allem wurden die Verhältnisse mit *Irland* neu geordnet. Schon 1779 fiel eine große Reihe von Beschränkungen des irischen Handels. 1782 erhielten die Iren ein Parlament, dessen Maßnahmen sich freilich gleich gegen England richteten. Deswegen wurde mit dem 1. Januar 1801 Irland mit Großbritannien nach dem Muster der englisch-schottischen Union handelspolitisch verbunden. *Indien* gegenüber konnte England nicht an Gewährung einer Verfassung, wie in den weißen Kolonien, denken, doch wurde die Selbständigkeit der Ostindischen Compagnie ständig eingeschränkt. Der Staat begann, ihre Politik zu kontrollieren und dem freien Handel nach Asien größere Bewegungsmöglichkeit zu gestatten. Das Handelsmonopol der Compagnie fiel 1833, 1858 gingen ihre Rechte in die Hände des britischen Staates über.

Wenn auch das Ergebnis der Kriege Englands und Frankreichs die Bildung selbständiger Staaten dies- und jenseits des Atlantischen Ozeans gewesen war, so behauptete doch England nach 1815 die Seeherrschaft und hatte sich am Indischen Ozean eine Vormachtstellung zu sichern gewußt. Holland hatte nach seiner Vereinigung mit Frankreich seine Kolonien eingebüßt. England gab ihm 1815 nicht nur seine Selbständigkeit wieder, sondern auch den wichtigsten Teil seines Kolonialreiches, die Sundainseln, zurück, behielt jedoch für sich das Kap und Ceylon.

Die neuen Reiche gingen mit *gestraffterer Organisation* aus dem Kriege hervor. Die Vereinigten Staaten, die bisher jeder für sich gestanden hatten, schlossen sich 1789 zu einer Zollgemeinschaft zusammen, deren Tarife sich zu einem Schutz besonders des heimischen Gewerbes gegen die europäische, d. h. in erster Linie die englische Konkurrenz, auswirkten. Auch in Frankreich führte erst die Revolution zur Aufhebung aller provinziellen Besonderheiten und zum Zusammenschluß der einen und unteilbaren Republik als handelspolitischer Einheit im Jahre 1791.

Die Befreiungskriege hatten Deutschland die Unabhängigkeit bewahrt, aber sehr viel schwieriger erwies sich hier der handelspolitische Zusammenschluß, da der deutsche Bund sich einer solchen Aufgabe nicht gewachsen zeigte. Hier mußte die Einheit aus dem Zusammenschluß der selbständigen Einzelstaaten hervorgehen. Ähnlich lagen die Verhältnisse in der *Schweiz*. Gegenüber den Zollmauern Frankreichs suchte man die Kantone zu einem Retorsionskonkordat zusammenzufassen. Ihm schlossen sich jedoch 1823 nur 13 ½ Kantone an, während 8 ½, unter ihnen Zürich und Genf, nicht mitmachten. Erst die politische Einigung von 1848 brachte in der Schweiz die handelspolitische mit sich. Ebenso gelangte *Italien* erst durch den Zusammenschluß des Königreichs zur Überwindung seiner handelspolitischen Zerrissen-

heit. Anders war es in Deutschland. Hier hatte zuerst *Preußen* 1818 die neugewonnenen Landesteile mit den alten Provinzen in einer handelspolitischen Einheit zusammengefaßt. Der Tarif von 1818, der im wesentlichen bis zu Beginn des neuen Jahrhunderts bestanden hat, war dadurch ausgezeichnet, daß er prinzipiell Handelsfreiheit gewährte. Die Einfuhr unterlag mäßigen Abgaben, die im Durchschnitt etwa 10% des Wertes ausmachten. Doch war auch der Transit mit solchen Abgaben belastet. Die Mäßigkeit dieser Abgaben, die Preußen damals unter den Großmächten zu dem Lande machte, das den freihändlerischen Ideen am meisten entgegenkam, erklärt sich einesteils durch die prinzipielle Stellungnahme seiner Leiter, andererseits aber auch durch die geographische Lage des Landes. Die deutschen Nachbarn, wie Hessen, dessen Weine und Tuche in den benachbarten preußischen Gebieten mit einem Male zollpflichtig wurden, mußten auch die mäßigen Abgaben des preußischen Tarifs als äußerst drückend empfinden. Zwischen den polnischen Gebieten, die an die drei Teilungsmächte gefallen waren, hatte der Wiener Kongreß prinzipielle Handelsfreiheit verlangt. Die preußischen Tarife wurden für diesen Verkehr als derart störend empfunden, daß Rußland 1823 unter Cancrin zu hohen Zöllen an der russischen Grenze übergang.

Preußen hatte gehofft, daß sich die deutschen Staaten seinen Tarifen anschließen würden. Hier aber begegnete es schärfstem Widerspruch. Nur Schwarzburg-Sondershausen folgte dieser Anregung, etwas später Rudolstadt und Anhalt-Bernburg. Die anderen anhaltinischen Teilstaaten setzten, obgleich von preußischem Gebiet umschlossen, 10 Jahre hindurch Preußen den heftigsten Widerstand entgegen. Dem preußischen Finanzminister Motz gelang es 1828, mit *Hessen-Darmstadt* einen Vertrag auf Gegenseitigkeit zu schließen. Damit war dem Selbstständigkeitsgefühl der kleineren deutschen Staaten Genugtuung gewährt, die sich gegen Zollanschlüsse gesträubt hatten. Die finanziellen Vorteile, die der Zusammenschluß gerade auch den kleineren Staaten gewährte, erwiesen sich als ausschlaggebend für den Fortgang des Werkes. 1828 war auch zwischen *Bayern* und *Württemberg* ein Zollverein zustande gekommen. Die mitteldeutschen Staaten, unter ihnen besonders Sachsen, Hessen-Kassel, Hannover, Nassau und Frankfurt, schlossen sich gegenüber dieser Übermacht zu dem *mitteldeutschen Handelsverein* zusammen. Doch gelang es Motz, diese Verbindung, die sich zwischen die östlichen und westlichen Provinzen und zwischen den Nord- und Südverein schob, zu sprengen. Anläßlich des Baues einer Chaussee zwischen Gotha, Meiningen und Koburg, die auch preußisches Gebiet berührte, wurden diese thüringischen Staaten zum Abfall bewogen und damit die Verbindung zwischen Nord und Süd hergestellt. Gleichzeitig hielt ein Vertrag mit Mecklenburg die Elbe offen.

Die revolutionäre Bewegung von 1830 kam dem sich bildenden Zollverein zur Hilfe. *Kurhessen*, das sich der Gefahr ausgesetzt sah, seinen nordsüdlichen Transit zu verlieren, schloß sich 1831 dem preußischen Verbands an. *Sachsen* wurde zum wärmsten Genossen des Zollvereins. Mit dem 1. Januar 1834 konnten die Grenzen zwischen den nord-, mittel- und süddeutschen Staaten fallen. 1835 schlossen Baden und Nassau, 1836 Frankfurt sich an. Damit waren neben 14 Millionen Preußen 12 Millionen andere Deutsche im Zollverein zusammengeschlossen, und die Grenzen dieses Verbandes machten mit 1064 Meilen weniger aus als die 1819 zu bewachenden 1073 Meilen des preußischen Gebietes. Außerhalb des Zollvereins blieb Österreich und das nordwestliche Deutschland. Hannover, Braunschweig und Oldenburg bildeten 1834 den Steuerverein, aus dem jedoch Braunschweig 1841 zum Zollverein übertrat.

Der Zollverein war eine nur auf Zeit geschlossene Vereinigung. Bei seinen Maßnahmen, die auf den durch die Beamten der Einzelstaaten beschickten *Zollkonferenzen* getroffen wurden, war Einstimmigkeit erforderlich. Es ist klar, daß unter diesen Umständen die Zusammenfassung der wirtschaftlichen Interessen besondere

Schwierigkeiten machte. In Preußen war in Sonderheit nicht nur das Beamtentum freihändlerisch eingestellt, auch die wirtschaftlichen Interessen des Landes, das im Osten vorwiegend auf den Export von Getreide und Holz eingestellt war, gingen durchaus in dieser Richtung. Gleichwohl wußte die aufkommende Industrie, der an einem Schutzzoll gelegen war, in den 40er Jahren einige Erfolge zu buchen. Die Sätze des Tarifs von 1818, der von dem Zollverein übernommen wurde, waren spezifische, d. h. auf ein bestimmtes Gewicht der Waren oder ihre Stückzahl, nicht auf ihren Wert bemessen. Dadurch wurden die gleichen Sätze bei dem starken Preisfall, dem unter den Verbesserungen der Technik in jenen Jahren die Waren unterlagen, zu einer wesentlich stärkeren Belastung der Einfuhr. Im Interesse der weiterverarbeitenden Industrie hatte man zuerst nicht nur die Rohstoffe, sondern auch die Halbfabrikate, Garn und Eisen, frei eingelassen. 1844 gelang es der Eisenindustrie, die der englischen Konkurrenz gegenüber in einer besonders mißlichen Lage war, einen Eisenzoll durchzusetzen. Erst 1846 folgte, nach lebhaftem Widerspruch der Weber, im Interesse namentlich der süddeutschen Spinner ein Garnzoll.

In Frankfurt beschäftigte man sich wohl 1848 mit der Vereinheitlichung der Handelspolitik, aber man glaubte sie von der Erlangung der politischen Einheit abhängig machen zu müssen. So blieb es vorläufig bei den Übereinkommen der einzelnen Bundesstaaten, die dadurch gefährdet wurden, daß Österreich die 1850 Preußen gegenüber gewonnene Vormachtstellung dazu benutzen wollte, auch handelspolitisch die Führung zu übernehmen. Allein Preußen wußte jetzt dem wegen seiner rückständigeren Industrie durchaus auf Schutzzölle eingestellten Österreich gegenüber die Möglichkeit einer freieren Handelsbewegung politisch auszunutzen. *Hannover* war nur unter mäßigen Tarifen geneigt, sich dem Zollverein anzuschließen. 1851 gelang es Preußen, *Hannover* zum Anschluß zu bewegen. Die süddeutschen Staaten erwogen unter dem Einfluß Österreichs gegenüber diesem Bündnis den Austritt aus dem Zollverein, sahen sich aber schließlich wegen ihrer Wirtschafts- und Finanzinteressen nicht in der Lage, auf den norddeutschen Markt zu verzichten. Zu einer zweiten Krise des Zollvereins kam es 1862, als Preußen durch einen Vertrag mit *Frankreich* den Anschluß an das westliche Netz von Handelsverträgen erreichte, das seit dem Cobdenvertrage von 1860 zwischen Frankreich und England im Sinne des Abbaues der Handelsbeschränkungen wirkte. Die Absichten Österreichs, in den Zollverein einzutreten, wurden dadurch aufs neue erschwert. Wiederum widerstrebten die Süddeutschen zunächst aus politischen Gründen, sahen sich dann aber doch aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen, sich Preußen anzuschließen.

Nach 1866 übernahmen der Norddeutsche Bund und das Zollparlament, in dem auch die süddeutschen Staaten vertreten waren, die Aufgaben des Zollvereins, bis das deutsche Reich 1871 endgültig die politische Handelseinheit Deutschlands schuf.

Schrifttum.

DAEMSTAEDTER, P.: Die Vereinigten Staaten von Amerika, ihre politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Bibliothek der Geschichtswissenschaft, 1909; Studien zur napoleonischen Wirtschaftspolitik. Vierteljahrschr. f. Sozial- u. Wirtschaftsgesch. II u. III, 1904 u. 1905. Mit Recht betont ALFRED WEBER in seiner „Kulturgeschichte . . .“ die nicht wirtschaftliche Seite der amerikanischen und der französischen Revolution, die sich gegen kapitalistische Interessen in England und Frankreich richteten. — VOELTZER, F.: Lübecks Wirtschaftslage unter dem Druck der Kontinentalsperre. Veröffentlichungen zur Geschichte der freien und Hansestadt Lübeck, 1925. — CUNNINGHAM, AUDREY: British Credit in the Last Napoleonic War. Cambridge 1910. Napoleon unterbrach die Sperre des Handels mit England, indem er Lizenzen sogar für die Ausfuhr von Getreide gewährte. Es war ihm weniger um die Aushungerung Englands zu tun, als um die Erschöpfung seiner Geldmittel, die er England durch die Kostspieligkeit solcher Getreideimporte aufzuzwingen hoffte. — TREITSCHKE: Deutsche Geschichte, Band III. — v. DELBRÜCK, RUDOLF: Lebenserinnerungen 1817—67, 1905. — BENAERTS, P.: Les Origines de la Grande Industrie Allemande, Paris 1933, ergänzt die deutschen Darstellungen aus den Berichten der französischen Konsuln in Deutschland. — ONCKEN, H.: Vorgeschichte und Begründung des deutschen Zollvereins, 1815—34, 1934, Einführung.

2. Die Bauernbefreiung und die Aufhebung der Sklaverei.

Mit der Gewinnung der äußeren Unabhängigkeit der Staaten ging die Erreichung innerer Freiheit in ihnen Hand in Hand. Der Staat, der bis dahin vor allem die Zwischeninstanzen zu bekämpfen hatte, die sich zwischen ihn und seine Untertanen schoben, mußte erkennen, daß die Freiheit seiner Untertanen die beste Stütze seiner Macht war. Nur freien Bürgern konnte in Frankreich der Widerstand gegen die Koalitionen des feudalen Europas gelingen. Nur einem freien Volke konnte Preußens König die gewaltigen Opfer zumuten, mit denen es seine Unabhängigkeit gegen den fremden Eroberer erkämpfte. Das 18. Jahrhundert betrachtete die *Freiheit* der *Person*, des *Eigentums* und der *Verträge* als unveräußerliches Naturrecht der Menschen. John Locke (1632—1704) hat diesem Gedanken vor allem Ausdruck gegeben. Ihm gegenüber konnte freilich Rousseau das Privateigentum am Boden ebensogut als Abfall von dem Naturzustand kennzeichnen, und Möser schrieb gar „Etwas zur Naturgeschichte des Leibeigentums“. Indessen machte sich die Forderung nach Freiheit als Gebot der Menschlichkeit geltend. 1525 hatte man in Zürich die Leibeigenschaft aufgehoben, weil sie gegen das göttliche Recht verstieße, das 18. Jahrhundert verlangte die gleiche Maßnahme im Namen der Humanität. Ihre Durchführung war nur durch Beseitigung der feudalen Rechte möglich. Diese aber wurden zugleich als Hemmnisse der wirtschaftlichen Entwicklung empfunden. Widerwillig und schlecht wurden unter der Grundherrschaft die Dienste geleistet. Bei freier Unternehmung ließ sich eine Hebung des Wohlstandes der Gesamtheit erwarten.

In *England* hatte bereits die Revolution des 17. Jahrhunderts die feudalen Bande beseitigt. Dadurch, daß in ihm Freiheit und Eigentum gesichert waren, hatte England im 18. Jahrhundert einen großen Vorsprung vor dem kontinentalen Europa. Dort, wo, wie in *Frankreich*, der *Schweiz*, dem *südlichen* und *westlichen Deutschland*, der Bauer Träger der Wirtschaft geblieben war, der nur zahlreichen durch ihre Art besonders drückenden Abgaben unterlag, ließen sich die neuen Verhältnisse leichter durchführen. Es galt im wesentlichen, die veralteten Lasten durch eine rationelle Steuer auf den Grund und Boden zu ersetzen. Am 4. August 1789 hob die Nationalversammlung in Frankreich die feudalen Rechte auf. Der Adel selbst war zu diesem Verzicht bereit, weil er seinerseits auch durch eine Reihe von Verpflichtungen gefesselt war, die nun dahinfielen. Mit dem Vordringen der französischen Revolution verbreitete sich die Befreiung der Bauern nach der Schweiz und dem westlichen Deutschland. Doch fehlte es nicht an dem Widerstand der alten Berechtigten. In Hannover und Kurhessen wurde 1815 die Leibeigenschaft wieder eingeführt. Erst die Erhebung von 1830 schaffte hier und in der Schweiz endgültig Wandel. In Süddeutschland wurde die Ablösung erst nach der Erhebung der Bauern im Jahre 1848 vollendet.

Im deutschen Osten stieß die Neuordnung auf größere Schwierigkeiten, weil hier mit der Bauernbefreiung die Auflösung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses verbunden war. In diesem war der Bauer teils selbständiger Wirt, teils zu Diensten bei dem Gutsherrn verpflichteter Arbeiter. Es fragte sich, was nun aus dem Bauern werden solle, und wem das Bauernland zufiele, dem Bauern oder dem Gutsherrn. In der Durchführung der Reform hatte der Staat auf seinen Domänen freie Hand, während er auf den adligen Gütern mit dem Widerstand der Gutsherren rechnen mußte. Danach gestaltete sich das Ergebnis in den verschiedenen Ländern je nach dem politischen Einfluß der einzelnen Schichten verschieden. In *Mecklenburg* z. B. verschwanden in dem ritterschaftlichen Gebiet die Bauern vollständig. Noch 1628 hatte es auf ritterschaftlichem Boden 12 000 Bauern gegeben, zu Ende des 18. Jahrhunderts waren es keine 2000 mehr. Als 1820 die Bauern befreit wurden, verloren sie zugleich alle Rechte am Boden. Nur in dem Domanium und auf den Klostergütern hielten sich Bauern. Sie wurden in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts als Erbpächter ausgebaut. Im östlichen *Schleswig-Holstein* hatte der Adel seinen Besitz

auch auf Kosten des Bauernlandes ausgedehnt. Doch gab es hier im 18. Jahrhundert Gutsbesitzer, die erkannten, daß sie ihre Einnahmen steigern konnten, wenn sie ihre Leibeigenen als freie Erbpächter ansetzten. So gründete seit 1740 Graf Rantzau auf Aschberg auf seinem Gute Erbpachtstellen. Ebenso ging 1786 Graf Holec auf Eckhof vor. 1765—1787 wurden auf den Domänen die Hoffelder parzelliert und den befreiten Bauern überlassen. 1805 wurde auch auf den adligen Gütern die Leibeigenschaft aufgehoben. Dabei suchte man jedoch das Recht der Bauern auf den Boden zu schützen. Es wurde verordnet, daß die Zahl der auf jedem Gut vorhandenen mit Land versehenen Familienstellen nicht vermindert werden dürfte.

In *Österreich* kam die Reform, die unter Maria Theresia einsetzte, den Bauern zugute. *Raab* befreite 1776 die böhmischen, 1778 die mährischen Domanialbauern von dem Robot. Die königlichen Meierhöfe wurden, wie in Schleswig-Holstein, in bäuerliche Erbpachtstellen zerschlagen und die alten Bauernstellen frei von den dem Meierhof einst geleisteten Diensten. Statt der Einnahmen aus den Meierhöfen erhielt der Fiskus jetzt die Zinsen der Erbpächter. Der Reformeifer Josefs II. ging weiter. Er hob 1781 die Leibeigenschaft, die Erbuntertänigkeit überhaupt auf. Die Urbarial-Regulierung vom 10. Februar 1789 wollte das gutsherrlich-bäuerliche Verhältnis auch zugunsten der Privatbauern regeln. Ihre Pflichten sollten in den Urbaren nicht nur gegen willkürliche Erhöhungen geschützt werden, sondern sie konnten in Geld abgelöst werden. Der Grundherr durfte nicht mehr als 18% des Bruttoertrages der bäuerlichen Stelle fordern, und auch dieses nicht mehr in natura. Eine so einschneidende Maßnahme, die noch dazu in einem Jahre durchgeführt werden sollte, ließ sich nicht aufrecht erhalten. 1790 hob Leopold II. die Patente seines Bruders auf. Doch blieben die Bauern frei, und ihr Besitz durch das 1785 erlassene Verbot der Abstiftung von Bauernstellen geschützt. Die Reformen erfuhren nach dem Tode Josefs II. eine dauernde Stockung. Erst das Jahr 1848 brachte den Ländern der böhmischen Krone die Bauernbefreiung. Von den in Geld geschätzten Leistungen der Bauern hatte der Bauer nur ein Drittel dem Grundherrn zu entschädigen, ein zweites Drittel der Entschädigung übernahm der Staat, auf das letzte Drittel mußten die Grundherren verzichten. Die Ablösung erfolgte hier also, wenn auch spät, so doch zugunsten der Bauern.

In *Preußen* war 1703 eine ähnliche Zerschlagung der Domänen in Erbpachtstellen in Aussicht genommen, wie sie später in den böhmischen Ländern und in Schleswig-Holstein erfolgte, doch gelangten diese Pläne nicht zur Ausführung, und auch die Aufhebung der Leibeigenschaft, die Friedrich Wilhelm I. 1719 für seine Domänen verkündete, blieb im wesentlichen ohne Erfolg. Als dann 1798 die Befreiung der Domänen-Bauern endgültig beschlossen wurde, hielt man jedoch die Erhaltung des Großbetriebes der Gutswirtschaft für nötig. Das, was den Domänenpächtern früher die Hand- und Spanndienste der Bauern gewährt hatten, mußte jetzt durch die Einrichtung eines eigenen Gutsbetriebes besorgt werden. Die handdienstpflichtigen Bauern wurden als Tagelöhner, als Insten, auf dem Gutshofe angesiedelt. Es mußte Zugvieh für den Gutshof, der ja bisher mit den Gespannen der Bauern gearbeitet hatte, angeschafft werden, und dafür wurde der Neubau von Ställen nötig. Bei diesen Auslagen half die Domänenkasse, die dafür von den freigewordenen spannfähigen Bauern zur Ablösung ihrer Fronen Dienstgelder erhob. Nur die größeren Bauern erhielten Eigentumsrecht, das sie zudem mit einem Einkaufsgeld erwerben mußten, auf das der Staat erst 1808 verzichtete. Das freie Eigentum war insofern für den Bauern eine zweischneidige Maßnahme, als er damit auch der Unterstützung verlustig ging, die ihm das Amt bisher in Fällen der Not gewährt hatte. 1808 wurde daher noch für zwei Jahre des Überganges diese Unterstützung gewährt. Die Bauern verloren auch die Berechtigung, dem herrschaftlichen Walde Bau- und Brennholz zu entnehmen. Der Wald fiel jetzt als freies Eigen dem Staate zu.

Erst nach der Niederlage des alten Staates wurden in Preußen auch die *Privatbauern*

befreit. Das Edikt vom 9. Oktober 1807 hob die Erbuntertänigkeit auf. Die Auflösung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses sollte in Preußen nicht den Bauern, sondern den Gutsherren den größten Gewinn bringen. Die kleinen, handdienstpflichtigen Bauern wurden zu Landarbeitern. Nur die größeren, die spannfähigen Bauern wurden freie Eigentümer, aber auch sie mußten dieses Recht gegen Landabtretung an die Gutsherren erkaufen. Im einzelnen kam das Regulierungsedikt von 1811, das auf Betreiben der Kriegspartei erlassen wurde, den Bauern mehr entgegen. Neben den Laßbauern wurden auch Pachtbauern für regulierungsfähig erklärt. Doch sollten erbliche Laßbauern ein Drittel, nicht-erbliche und Pachtbauern die Hälfte ihres Landes den Gutsherren als Entschädigung überlassen. Nach der siegreichen Beendigung des Krieges kam die *Deklaration von 1816* den Gutsherren noch weiter entgegen. Sie beschränkte die Regulierbarkeit auf die als Bauerngüter katastrierten spannfähigen Güter alten Bestandes. Hatte das Edikt von 1811 eine Regulierung von Obrigkeit wegen vorgesehen, so sollte sie jetzt nur auf Antrag eines der Beteiligten stattfinden. Damit wurde das ganze Reformwerk in den nächsten Jahrzehnten nur langsam durchgeführt. Bei dieser Regelung wurde dem Großbetrieb ein besonderer wirtschaftlicher Vorzug zugebilligt, zugleich aber auch politische Rücksicht auf den königstreuen Adel genommen. In Posen, wo diese Rücksicht fortfiel, wurde 1823 bei der Regulierung weit mehr Sorge für die Bauern getragen. Andererseits kam man in Schlesien dem Adel besonders entgegen. Hier wurde auch bei spannfähigen Gütern der Bauern ein Mindestmaß von 25 Morgen mittlerer Bodenklasse für die Regulierung gefordert. Die Dreschgärtner, die durch Anteil am Rohertrage gelohnt wurden, die zehnte Garbe bei der Getreideernte, den 19. Scheffel beim Ausdrusch, wurden 1845 für ablösbar erklärt, da diese Form der Lohnzahlung eine für die Herrschaft lästige Verpflichtung darstellte. Ihren Abschluß fand auch in Preußen die Bauernbefreiung erst durch ein Gesetz vom 2. März 1850.

Die Erklärung der Menschenrechte war von Frankreich auch auf die Schwarzen ausgedehnt worden. 1794 wurde die *Sklaverei* in Haiti aufgehoben. Hier machte 1804 ein Blutbad der Herrschaft der Weißen ein Ende. In *England* hatte Wilberforce in Fortführung von Gedanken der Quäker die Aufhebung der Sklaverei verlangt. Indessen standen die Interessen der Sklavenhalter und der Sklavenhändler, die besonders in Liverpool saßen, dem entgegen. Die ideelle Forderung sollte erst durch eine Verschiebung dieser Interessen unter einer bestimmten politischen Konstellation Erfolg haben. In dem Kriege gegen Frankreich und Spanien hatte England die Kolonien dieser Mächte in den Antillen erobert. Auf ihrem Boden, bes. auf Trinidad, richteten englische Unternehmer Plantagen ein, die den älteren Betrieben auf dem weniger günstigen Boden Jamaicas eine gefährliche Konkurrenz bereiteten. Deswegen setzten die Besitzer dieser alteingesessenen Betriebe 1807 ein Verbot des Sklavenhandels durch, das den neuen Betrieben die nötigen Arbeitskräfte entziehen sollte. Das Verbot des Sklavenhandels wurde 1815 von England als allgemeiner Grundsatz aufgestellt. Doch sollen trotz der völkerrechtlichen Verträge, die den Sklavenhandel verboten, und trotz der Jagd, die englische Kreuzer auf Sklavenschiffe eröffneten, in den nächsten Jahrzehnten noch $2\frac{3}{4}$ Millionen Sklaven von Afrika nach Amerika verschleppt worden sein. Nach der Parlamentsreform von 1830 ging England zur Aufhebung der Sklaverei über. 1832 wurden die Kronsklaven für frei erklärt, 1833 auch die Sklaven der Privaten, unter Entschädigung der Pflanzer, befreit. Es zeigte sich, daß England diese Maßnahme aus prinzipiellen Gründen ohne Rücksicht auf die aus ihr sich ergebenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten traf. Die westindischen Pflanzer wurden durch die Aufhebung der Sklaverei ihrer Arbeitskräfte beraubt, da die Bedürfnislosigkeit der Schwarzen sie hinderte, in der freien Arbeit einen ausreichenden Ersatz zu finden. Die weiter Sklaven haltenden Länder, wie Kuba und Brasilien, bedeuteten eine gefährliche Konkurrenz; dazu schädigte

das Aufkommen des Rübenzuckers den Wohlstand dieser einst so wichtigen Kolonien. Auch in Südafrika brachte die Aufhebung der Sklaverei den Engländern wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die Buren begannen 1836 nordwärts zu wandern, um sich dort selbständige Staaten zu gründen, in denen sie sich den englischen Gesetzen entziehen konnten.

1848 befreite auch Frankreich die Sklaven der ihm verbliebenen Kolonien unter Entschädigung der Besitzer. Die wichtigste Entscheidung in der Sklavenfrage jedoch brachte der Bürgerkrieg in den *Vereinigten Staaten*. Die südlichen Staaten, wie Virginien und Maryland, waren auf der Plantagenkultur aufgebaut. Sie hatten in den Unabhängigkeitskämpfen große Bedeutung; wurde doch 1790 mit Rücksicht auf sie die Bundeshauptstadt Washington in den Süden verlegt. Zu dem Tabak trat Ausgang des 18. Jahrhunderts die Baumwolle als wichtigster Exportartikel der Vereinigten Staaten. Die Plantagenbesitzer der Südstaaten wurden führend bei den Expansionsbestrebungen der Union, die 1848 von Mexiko Texas, Neu-Mexiko und Kalifornien erwarb. Indessen waren durch Einwanderung und Aufblühen der Industrie auch die Nordstaaten erstarkt. Beide Parteien kämpften um die Stellung der neu im Westen sich bildenden Staaten. Sollten sie als Sklavenstaaten das Übergewicht der Südstaaten erhalten, oder der Freiheit der Ansiedler eine neue Stätte gewähren? Als 1860 Lincoln zum Präsidenten gewählt wurde, fielen die Südstaaten von der Union ab. Die nordstaatlichen Republikaner kämpften für die Erhaltung der Union und gegen die weitere Ausdehnung der Sklaverei. Die Aufhebung der Sklaverei war jedoch anfangs kein Kriegsziel; die Sklaverei wurde vielmehr als Angelegenheit der Einzelstaaten betrachtet, so daß auch Sklavenstaaten der Union treu bleiben konnten. Erst die kriegerischen Erfolge der Südstaaten zwangen den Norden dazu, in den Schwarzen seine Verbündeten zu sehen. Den Sklaven der abgefallenen Staaten wurde am 23. September 1862 die Freiheit verkündet. Die allgemeine Aufhebung der Sklaverei erfolgte verfassungsmäßig in den Vereinigten Staaten erst 1865. Die Beseitigung der alten Arbeitsverfassung bedeutete für den Süden eine schwere wirtschaftliche Schädigung. Von ihrer Entschädigung war keine Rede. Zudem hatten sie ihre Mittel in den durch den Sieg des Nordens wertlos gewordenen Staatsschulden der Konföderation anlegen müssen. In den 80er Jahren wurde erst dem Süden mit dem Aufkommen der Industrie eine neue Aufschwungsmöglichkeit geboten. —

Die 60er Jahre brachten auch dem Osten eine Beseitigung der alten Unfreiheit. Der Krimkrieg hatte die Schwäche der feudalen Organisation Rußlands erwiesen, Alexander II. hob daher 1861 die Leibeigenschaft auf. Doch folgte dieser Maßnahme nicht, wie im Westen, die Auflösung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses. Nur die Rechtsform hatte sich verändert. Dadurch, daß die russischen Bauern mit zu kleinem und dazu noch durch Ablösungsgelder belastetem Lande ausgestattet waren, sahen sie sich gezwungen, weiterhin ihre Arbeitskraft dem Gutsherrn zur Verfügung zu stellen, und dem Gutsherrn war die Nutzung seines Bodens nur dadurch möglich, daß er ihn durch bäuerliche Kräfte bewirtschaften ließ. Erst die erneuerte Niederlage Rußlands im japanischen Kriege brachte die Vollendung der Agrarreform durch die Stolypinschen Gesetze von 1906 und 1910, die endlich auch für Rußland die Grundbedingungen einer individualistisch-kapitalistischen Landwirtschaft brachten. —

Wenn auch die Sklaverei als Rechtsform im Osten eine geringere Rolle spielte, so gerieten doch gepreßte Wanderarbeiter durch ihnen gewährte Vorschüsse in große Abhängigkeit von den Plantagenbesitzern. Ähnlich, wie einst der bevölkerungsärmere Westen des Römerreiches das Hauptfeld der Sklavenbetriebe gewesen war, entwickelten sich in Niederländisch-Indien die Plantagenbetriebe Sumatras mit Wanderarbeitern unter „pönaler Sanktion“, während man in dem dichter bevölkerten Java auf freie Arbeiter zurückgreifen konnte.

In den mohammedanischen Ländern behaupteten sich die milderen Formen der

Hausklaverei. Doch veranlaßte auch sie Sklavenjagen, die namentlich das Innere Afrikas verwüsteten. Die Berliner Afrika-Konferenz von 1885 beschloß die prinzipielle Unterdrückung des Sklavenhandels.

Schrifttum.

HASBACH, W.: Die allgemeinen philosophischen Grundlagen der von F. Quesnay & Adam Smith begründeten politischen Ökonomie. Schmollers Forschungen, X, 2, 1890. — MÖSER, J.: Patriotische Phantasien, IV, 61, 1786. — HANSEN, G.: Die Aufhebung der Leibeigenschaft und die Umgestaltung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse überhaupt in den Herzogtümern Schleswig und Holstein. St. Petersburg 1861. — KNAPP, G. F.: Die Bauernbefreiung und der Ursprung der Landarbeiter in den älteren Teilen Preußens, 1887; Grundherrschaft und Rittergut, 1897. — LUDWIG, TH.: Der badische Bauer im 18. Jahrhundert, 1896. — KNAPP, TH.: Gesammelte Beiträge zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte vornehmlich des deutschen Bauernstandes. Tübingen 1902. — HOCHSTETTER, F.: Die wirtschaftlichen und politischen Motive für die Abschaffung des britischen Sklavenhandels im Jahre 1806/1807. Schmollers Forschungen XXV, 1, 1905. — VON HALLE, E.: Baumwollproduktion und Pflanzungswirtschaft in den nordamerikanischen Südstaaten. Schmollers Forschungen XXVI, 1, 1906. — VON SCHULZE-GAEVERNITZ: Volkswirtschaftliche Studien aus Rußland, 1899.

3. Die Aufhebung der genossenschaftlichen Bindungen und die Bildung der Arbeiterklasse.

Dem Aufkommen der freien Unternehmung standen nicht nur die feudalen Bindungen entgegen, sondern auch die genossenschaftlichen. Sie machten sich in der Landwirtschaft besonders stark geltend. In Rußland wurden 1861 mit der Aufhebung der feudalen Bindungen die genossenschaftlichen sogar verschärft, da die Entschädigungen an die Gutsherren nicht den einzelnen Bauern, sondern den Gemeinden auferlegt wurden. In *England* hatten die Grundbesitzer im 18. Jahrhundert durch die *Einhegungen* ihr Eigentum abrunden können. Dabei waren freilich die kleinen Eigentümer und Pächter zu kurz gekommen. In *Frankreich* kämpfte man unter dem Ancien Régime noch um die Aufhebung des *Weidrechtes*, das fremde Gemeinden gelegentlich über die Nachbargemeinden hinaus geltend machen konnten. Erst die französische Revolution verschaffte den einzelnen die Abgeschlossenheit ihres Bodenbesitzes. Erst seitdem zeichneten die Hecken auch hier, wie in England, das Landschaftsbild aus.

In der *Allmende* konnten dem Grundherrn besondere Rechte zustehen. Sie bildete jedoch besonders für die kleineren Landwirte die Grundlage eines selbständigen Betriebes. Bei der Aufteilung der Allmenden fiel der Herrschaft, die ihre Jagdrechte geltend machen konnte, häufig der Wald zu. So behielt in Süddeutschland der Adel den Wald, wenn auch sein Umfang zur Abfindung der auf ihm lastenden Ansprüche der Bauern eingeschränkt wurde. Aber nicht nur zwischen Bauern und Grundherren konnten sich Schwierigkeiten ergeben. Neben den Bauern machten auch die nur mit kleinerem Besitz ausgerüsteten, wesentlich auf die Landarbeit angewiesenen Kreise, die Tagelöhner (Tauner), Brinksitzer oder Kätbner, ihre Ansprüche geltend. Sollte die Realgemeinde der Vollhufner oder die Ortsgemeinde der Ansässigen entscheiden? Gelegentlich ließen die Bauern die Tagelöhner ausfallen. In anderen Gebieten gelangten die kleineren Besitzer, wie die Brinksitzer auf der Geest des Regierungsbezirkes Stade, durch die Aufteilung der Allmende zu ausreichendem, abgeschlossenem Grundbesitz. In Preußen begünstigte das Gesetz von 1821 über die Gemeinheitsteilungen die Auflösung der Allmenden.

Mit der Auflösung der Allmenden fiel die Aufhebung des *Flurzwanges* zusammen. Er blieb z. B. in Weinberggegenden erhalten. Bei Aufhebung des Flurzwanges blieb die Zersplitterung der zu einem Hofe gehörenden Parzellen ein großes Hindernis wirtschaftlicher Ausnutzung des Bodens. Es wurden daher Flurbereinigungen, Zusammenlegungen, Verkoppelungen nötig, bei denen auch das Wegesystem der Gemeinde neu geordnet werden mußte. —

Im *Gewerbewesen* hatte die Zunft im 18. Jahrhundert sich vielfach zu einer Oligarchie der ansässigen Meister entwickelt. Der Andrang des Nachwuchses konnte nicht mehr auf das Eindringen in diesen geschlossenen Kreis rechnen. So bildeten die Gesellen sich zu einer Schicht unzünftiger Gewerbetreibender aus, die sich in den Vorstädten oder auf dem Lande niederließen. Diese unzünftigen Meister spielten in der Bewegung der französischen Revolution eine große Rolle. In ihrem Interesse wurden in Frankreich 1791 die Zünfte beseitigt. Die Regierung hatte bis dahin die Zünfte begünstigt, weil sie in ihnen zugleich Steuererhebungskörper sah. Jetzt trat an die Stelle der Besteuerung der Zünfte die Besteuerung der einzelnen Gewerbetreibenden durch die Patenttaxe. In ihrem Aufbau nach der Art der Gewerbetreibenden und der Wahrscheinlichkeit ihres Absatzes in größeren Städten oder kleineren Plätzen zeigte sich noch der Ursprung der französischen Gewerbesteuer.

Ebenso erfolgte in *Deutschland* die Aufhebung der Zünfte zunächst im Interesse der Unterschicht der kleinen Meister. Die preußischen Gesetze von 1811 gewährten, wie die westfälischen, die Freiheit der Gewerbeausübung. Nur blieb diese steuerpflichtig. Der zu lösende Gewerbeschein wurde in sechs Klassen in der Höhe von 1 bis 100 Talern eingeteilt. Es war möglich, verschiedene Gewerbebezüge in einer Unternehmung zu verbinden. Die Zünfte blieben als freie Verbände bestehen. Nur auf einigen Gebieten, wie bei Schornsteinfegern, Hufschmieden und Apothekern, wurde aus Gründen der öffentlichen Sicherheit ein besonderer Befähigungsnachweis verlangt. Die preußische Gewerbesteuer von 1820 erfaßte nur die größeren Unternehmungen. Handwerker, die nicht mit mehreren Gesellen arbeiteten, blieben frei.

Indessen, wie in Frankreich Turgots Aufhebung der Zünfte 1776 noch in demselben Jahre rückgängig gemacht war, regte sich auch in Deutschland der Widerspruch der Zunftmeister. 1815 führten Hannover und Kurhessen die Zunftverfassung wieder ein. So hatte auch die Schweiz die 1798 beschlossene Gewerbefreiheit 1803 wieder beseitigt, und erst die Bewegung von 1830 führte dort zu ihrem endgültigen Siege in den einzelnen Kantonen. Preußen, das 1818 sein Zollwesen vereinheitlicht hatte, ließ im Gewerbewesen die Mannigfaltigkeit des in seinen verschiedenen Gebietsteilen überkommenen Rechtes zunächst bestehen. So gab es hier nebeneinander Gebiete vollständiger Gewerbefreiheit und solche strengsten Zunftrechtes, wie in den von Sachsen abgetretenen Gebieten. Im allgemeinen kam man in den 30er Jahren den Zünften wieder mehr entgegen. Preußen erließ erst 1845 eine für den ganzen Staat geltende Gewerbeordnung, die wohl an dem Grundsatz der Gewerbefreiheit festhielt, aber insofern den alten Ordnungen entgegenkam, als sie in einer großen Anzahl von Gewerben das Halten von Lehrlingen nur den Mitgliedern einer Innung erlaubte.

Die Bewegung von 1848 war in Deutschland vor allem von den Handwerkern getragen. Sie kamen in Frankfurt zu einem Gewerbeparlament zusammen, das sich scharf gegen die Freiheit der Unternehmungen wandte. Die Nationalversammlung lehnte ihre Forderung ab. Doch kam Preußen 1849 dieser Bewegung entgegen, indem es für 70 Gewerbe den Befähigungsnachweis verlangte. Die Gesellen durften sich nicht einem fremden Gewerbe anbieten.

Es zeigte sich indessen, daß die Gewerbeordnungen dem Aufkommen des *Großbetriebes* nicht im Wege standen. Er konnte sich auch unter einer rückständigen Gesetzgebung entwickeln, die erst, nachdem die wirtschaftlichen Verhältnisse sich grundlegend geändert hatten, neuen Bestimmungen wich. So hatte sich in *England* die Baumwollindustrie neben den regulierten Gewerben entwickelt. Erst 1814 wurde das Lehrlingsgesetz der Elisabeth von 1562 aufgehoben. 1835 fanden die noch bestehenden gewerblichen Vorrechte von Korporationen durch das Munizipalitätsgesetz ihr Ende. In *Sachsen* wandte die Verwaltung das strenge Gewerbeamt auf die neu entstehenden Unternehmungen nicht an. Die *preußische Ordnung* von 1849 blieb wegen mangelnder Teilnahme der Gewerbetreibenden selbst unwirksam. 1858 ver-

langte der volkswirtschaftliche Kongreß Vereinheitlichung des Rechtes unter dem Zeichen der Gewerbefreiheit. Auf der zweiten Tagung dieser Vereinigung wandte sich gerade ein Chemnitzer Weber scharf gegen die Zünfte. Die gesetzlichen Bestimmungen erwiesen sich auch für das Aufkommen der kleinen Meister hinderlich. Daher stellte zuerst Nassau 1860 die Gewerbefreiheit von 1819 wieder her. 1861 folgten Bremen, Oldenburg und Sachsen, 1862 führte Württemberg die Gewerbefreiheit durch, 1867 Bayern. Die wirtschaftlichen Interessen drängten zur politischen Einheit. Nur auf der Grundlage der Freiheit, die Großen und Kleinen zugute kommen konnte, war die Einheit möglich. Sie wurde vom Norddeutschen Bunde in der Gewerbeordnung von 1869 festgelegt.

Für die Entwicklung des *Bergbaus* wurde es von grundlegender Bedeutung, daß Preußen 1851 die Mannigfaltigkeit der Belastungen obrigkeitlicher und nachbarlicher Art aufhob und schließlich in dem Berggesetz von 1865 die Freiheit der Unternehmung auf diesem Gebiete grundsätzlich anerkannte. So konnten sich besonders im Ruhrgebiet Zusammenschlüsse von Einzelunternehmungen in der Form von Aktiengesellschaften bilden.

Die Freiheit der Unternehmung mußte, wie wir noch sehen werden, dem Großbetriebe vor allem zugute kommen. Sein Aufbau ging mit der Bildung einer *Arbeiterklasse* zusammen. Die früheren Jahrhunderte hatten sich mit der *Armenfrage* zu befassen. Neben dem Bauern, dem Handwerker und dem Kaufmann kannte noch Fichte in seinem „Geschlossenen Handelsstaat“ keine weitere wirtschaftliche Gruppe. Indessen war von den Humanisten der Renaissance, einem Morus und Vives, der die Yperner Verordnung von 1525 veranlaßte, die Armenfrage als Aufgabe des Staates dem kirchlichen Einfluß entzogen. Wie aus den Armen Arbeiter zu schaffen wären, beschäftigte im 17. Jahrhundert in England die Reformer. *John Bellers* schlug 1695 ein College of Industry vor; in möglichst gegliederter Produktion sollten in einem 300 bis 3000 Menschen umfassenden Arbeitshause die Insassen alles, was sie brauchten, und womöglich darüber hinaus noch Überschüsse selbst erzeugen. Auch *Davenant* brachte 1699 einen Plan vor, wie die Armen zur Arbeit erzogen werden könnten. Die Hamburgische Armenordnung von 1787 setzte sich gleichfalls die Bekämpfung der Armut durch Herstellung von Arbeitsgelegenheiten zum Ziele. Man begrüßte den Verleger, der durch die Organisation des Absatzes Gelegenheit zur Arbeit schuf. Man sprach in England von den „arbeitenden Armen“, „the labouring poor“. Ihnen sollte das Existenzminimum gewährt werden. Daher erklärt sich die Lehre *Ricardos*, daß der Arbeitslohn auf die Dauer nur diesem Existenzminimum entspräche. Die entlassenen Kriegsveteranen vermehrten die Armenlasten. In England wurden den Unternehmern, die Arbeiter beschäftigten, von der Armenverwaltung Zuschüsse gewährt, um die Löhne auf die Höhe dieses Existenzminimums zu bringen. Erst das Gesetz von 1834 brach mit dieser Praxis. Es suchte die Gewährung von Unterstützung nur solchen zuteil werden zu lassen, die sich bereit fanden, in das Armenhaus zu ziehen. Mit dieser Abschreckung vor der Armenunterstützung zwang man die Leistungsfähigen, sich selbst Arbeit zu suchen. In der Tat hatte sich damals in England eine selbständige Arbeiterklasse gebildet, die ihr Gewicht in den wirtschaftlichen Fragen mehr und mehr geltend machte.

In Frankreich konnte *Louis Blanc* 1840 das Aufkommen einer Arbeiterklasse feststellen, die in der Bewegung von 1848 eine selbständige Rolle, freilich nur in der Hauptstadt, spielte. In Deutschland hat vor allem *Gothein* für Köln die Entwicklung der Arbeiterklasse nachgewiesen. 1816 gab es in dieser Stadt 18 000 Hilfsbedürftige, denen man durch Armenanstalten und Armenschulen helfen wollte. Das Proletariat wurde aus den Kreisen des Handwerks, sofern es durch die neuen Verhältnisse ent wurzelt wurde, verstärkt, aber noch 1856 gab es in Köln nur 1692 Arbeiter in 339 Fabriken, neben 5396 Gesellen und 5571 selbständigen Meistern. Wir verstehen

daher, daß in Deutschland die soziale Bewegung in den 40er Jahren vor allem von wandernden Handwerksburschen getragen wurde. 1848 gab es nur wenige Gegenden Deutschlands mit ausgesprochener Arbeiterbewegung. Immerhin lehnten die Arbeiter das Eintreten für die Handwerksforderungen ab. Der Überschuß der landwirtschaftlichen Bevölkerung hatte in den 40er Jahren in der Auswanderung nach Übersee sein Hauptziel gefunden. In den 50er und 60er Jahren nahm die aufkommende Industrie des Westens viele dieser Kräfte auf. So konnten sich in den 60er Jahren in Deutschland die Anfänge einer selbständigen Arbeiterbewegung zeigen.

Schrifttum.

SOMBART, W.: Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, 1903. — BLOCH, M.: La lutte pour l'individualisme agraire dans la France du XVIII^e siècle. Annales d'Histoire économique et sociale, 1930. — BÜCHENBERGER: Agrarwesen und Agrarpolitik, 1892. — CRAMER, TH.: Kleinbesitz und ländliche Arbeiter in Marsch und Geest des Regierungsbezirks Stade, 1906. — VON KOSTANECKI, A.: Arbeit und Armut, 1909. — NICHOLS, G.: History of the English Poor Law, Neue Auflage, von Willink. London 1904. — VON VOGHT, C.: Gesammeltes aus der Geschichte der Hamburgischen Armenanstalt, 1838. Hierzu meine Arbeit: Der Hamburger Armenfreund Caspar v. Voght in seiner internationalen Wirksamkeit. Festgabe für Emil Zürcher, 1920. — GÖTHEIN, E.: Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt Cöln vom Untergange der Reichsfreiheit bis zur Errichtung des Deutschen Reiches. Die Stadt Cöln im ersten Jahrhundert unter Preußischer Herrschaft, I, 1, 1916.

II. Der Triumph der Technik.

1. Die Förderung der Landwirtschaft.

Das neue Recht, das dem einzelnen Landwirt die volle Herrschaft über seinen Boden verlieh, war die Voraussetzung intensiverer Methoden der Landbestellung. Bei der Dreifelderwirtschaft ergab die Beweidung der Allmende und der Stoppel nur mageres Vieh. Wenig Dünger konnte auf die Felder gebracht werden. In der Nähe der Städte hatte sich in Flandern schon zu Ausgang des Mittelalters eine regelmäßige Bestellung der Felder ohne Brache durchgesetzt, indem man Weizen mit Rüben, Hafer mit Klee, Weizen mit Hanf, Weizen mit Flachs, mit Kohl und Bohnen abwechseln ließ und das Vieh im Stall fütterte. In England setzte sich diese intensivere Landwirtschaft im 18. Jahrhundert in der Umgebung Londons durch. Es handelte sich dabei vor allem darum, für den Fleischbedarf der Stadt dem Vieh bessere Nahrung zuzuführen. So bildete sich der *Norfolker Fruchtwechsel* aus, bei dem die Körnerfrucht, Weizen oder Hafer, mit Rüben und Klee wechselte. Es zeigte sich, daß die verschiedene Kultur dem Boden nicht nur Kräfte entzog, sondern ihn zugleich für die neue Bestellung vorbereitete. Eine noch intensivere Kultur ergab sich dort, wo man später die Zuckerrübe an Stelle der Brache einführte. Das tiefere Pflügen, das dieser Anbau verlangte, lockerte den Boden dann auch für den folgenden Weizenbau. Sandigere Böden wurden durch den Anbau der Kartoffel genutzt, der sich seit Ende des 18. Jahrhunderts ausbreitete. Dagegen ließ man in Gegenden, die sich durch ihre Niederschlagsmenge am Gebirge oder an der See dazu besonders eigneten, mehrere Schläge der Viehweide dienen. Bei der *holsteinischen Koppelwirtschaft* legte man alle acht Jahre etwa die Hecken nieder. So konnte die Sonne in den ersten Jahren des Turnus der Feldbestellung zugutekommen, während in den späteren Jahren der Schatten der wachsenden Hecken dem weidenden Vieh von Nutzen war.

Zu Ausgang des 18. Jahrhunderts wurden die englischen Methoden in Deutschland bekannt. THAER lehrte zugleich die Anwendung landwirtschaftlicher Buchführung. Diese Errungenschaften konnten zunächst nur die größeren Grundbesitzer anwenden. Die agrare Technik und die Marktverhältnisse begünstigten damals, namentlich im östlichen Deutschland, den großen Grundbesitz. Die sozialen Gesichtspunkte, die den Bauernschutz verlangten, vermochten sich daher gegenüber den produktions-

technischen Rücksichten nicht durchzusetzen. Wir sahen, wie in der preußischen Bauernbefreiung das Interesse der kleineren Besitzer wenig gewahrt wurde. Die größere Kreditfähigkeit, welche die Landschaften dem größeren Besitze verliehen, befähigte ihn, gerade auch Bauern guten Rechtes, wie die Kölmer, auszukaufen. Die handdienstpflichtigen Bauern, die zu Landarbeitern wurden, standen sich dabei zunächst nicht schlechter. Der Inste bekam sein Deputat in natura. Er durfte sich eine Kuh halten und hatte einen Morgen im Felde. Allein diese Rechte waren nur gewohnheitsmäßige und hingen von dem Willen des Gutsherrn ab, der später im Interesse intensiverer Kultur dem Insten diesen Morgen im Felde entzog, wohl gar den Insten kündigte und sich mit Wanderarbeitern behalf.

ADAM MÜLLER hatte es bedauert, daß der Landwirt nicht nur sich selbst und seinen Hintersassen lebte, sondern auf den Absatz seiner Produkte bedacht war. Längst hatten die Grundbesitzer an der Ostsee und an den Flußläufen sich auf diese *kommerzielle Seite* ihres Betriebes eingestellt. Die Entstehung und Ausbildung der Gutswirtschaft fand in ihr den wichtigsten Beweggrund. Der Großbetrieb des deutschen Ostens fand nach den Befreiungskriegen in dem Export von Wolle, Holz und Getreide einen Hauptgewinn. Während in England der kapitalistische Pächter hauptsächlich den Betrieb leitete, nahm ihn im deutschen Osten meist der Gutsherr selbst in die Hand, oft freilich durch einen fachmännisch ausgebildeten Verwalter unterstützt.

Die deutsche *Wolle* blieb auf dem englischen Markte bis in die 40er Jahre ausschlaggebend. Dann aber wurde sie hier durch die australische Wolle verdrängt. Neben der Wolle Australiens, das in den 30er Jahren stärker besiedelt wurde, beherrschten fortan die Wollen aus der Gegend des La Plata und von Südafrika den Markt. Deutschland hatte nach Beseitigung der englischen Getreidezölle 1846 für sein *Getreide* in England einen Markt gefunden, auf dem es ausschlaggebend blieb, bis in den 70er Jahren das russische Getreide und das der Vereinigten Staaten durch den verbilligten Seetransport es aus dem Felde schlug. In den 60er Jahren konnte *Lassalle* die preußische Grundsteuer als eine indirekte Steuer bezeichnen, weil der deutsche Landwirt in der Lage war, sie auf seinen Konsumenten, auf den englischen Markt, abzuwälzen.

Intensivere Kultur war jedoch nicht überall am Platze. Als der Freiherr von Voght in Klein-Flottbek bei Hamburg, wo ihm der Gassenkummer der Großstadt zur Verfügung stand, die englischen Methoden eingeführt hatte, und nun ferner von der Stadt gelegene Landwirte ihm nachzuahmen suchten, mußten sie die Erfahrung machen, daß für sie der Mehraufwand von Kosten sich nicht lohnte. Dieses führte an der Hand seiner Wirtschaftsbücher I. H. VON THÜNEN dazu, darauf hinzuweisen, daß nur in der Nähe der Stadt, des großen Konsumplatzes, intensivste Kultur gedeihen könnte, während, weiter entfernt von ihr, die Höhe der Transportkosten extensivere Kultur erfordere. Er stellte diese Erfahrung unter dem Bilde von Kreisen dar, die sich um den Mittelpunkt der Stadt legten. Die ideale Form des Kreises würde in der Wirklichkeit durch Hindernisse des Transportes, wie Gebirge oder Sümpfe, eingedrückt, hingegen durch günstige Verkehrsmittel, wie Flüsse, ausgebuchtet. So sollte den nächsten Kreis an der Stadt intensivste Kultur, Milchwirtschaft, Garten- und Gemüsebau, einnehmen. Schon in den zweiten Kreis setzte Thünen die Forstwirtschaft; hatten doch in früheren Zeiten die Städte für ihren Brenn- und Bauholzbedarf auf solchen Wald in ihrer Nähe das größte Gewicht gelegt. Man denke an den Sihlwald bei Zürich, den Freiburger Stadtwald, den Frankfurter, oder an die Rechte Hamburgs am Sachsenwalde. In der neueren Zeit hat gerade der billige Wasserweg zu einer Versorgung aus weiterer Ferne geführt. So lieferte schon der Schwarzwald den Holländern ihre Masten. Nach der Entwaldung Englands hatten die nordischen Länder und Kanada ihm seinen Holzbedarf zu decken.

Im 3., 4. und 5. Kreise sollten Fruchtwechsel, Koppelwirtschaft und Dreifelder-

wirtschaft ihren Platz haben. In der Tat hat sich die Dreifelderwirtschaft in entlegeneren Teilen Deutschlands lange behauptet, ja, in nordwestlichen Mooren und im bayerischen Walde fand sich bis zu Beginn des neuen Jahrhunderts die wilde Feldgraswirtschaft, die Tacitus bei den alten Germanen feststellte. Die entfernteren Kreise hielt Thünen für die Viehzucht offen, ganz am Rande sollten nur Pelzjäger noch sich zeigen. Wir denken an Kanada und an Sibirien.

Als Wolle und seit den 70er Jahren selbst Getreide für die Gewinne der deutschen Landwirtschaft nicht mehr entscheidend blieben, gewannen die tierischen Produkte, Milch und Fleisch, steigende Bedeutung. Hierfür erwies sich der *Kleinbetrieb* als geeigneter, namentlich wenn es ihm gelang, durch *genossenschaftliche Zusammenfassung* sich die Vorteile des Großbetriebes in der Verarbeitung und in dem Absatz seiner Produkte zu sichern. Gutsbutter war früher die bessere Butter gewesen. Bauernbutter fiel unregelmäßiger und schlechter aus. Seit den 80er Jahren gelang es jedoch der Genossenschaftsbutter, den besten Ruf zu gewinnen. In dem Ausbau des von Holstein übernommenen Genossenschaftswesens erlangte Dänemark, auf den Londoner Markt ausgerichtet, seit der Krisis der 80er Jahre eine hohe Vollendung, die nun wieder Deutschland als Muster dienen konnte.

Mit dem Wachsen der Städte gewann die Landwirtschaft steigende Absatzmöglichkeiten. Vom Beginn der 50er bis zu Ausgang der 70er Jahre stieg das Einkommen vom Lande in England von 47 auf 60 Millionen £ St. In Deutschland vermehrte sich die Anzahl des Rindviehs 1873—1912 von 15,8 auf 20,2 Millionen, während gleichzeitig allerdings die Schafe von 25 Millionen auf 5,8 Millionen zurückgingen.

Der Verbesserung des Bodens half die sich entwickelnde Industrie. Wenn einst die holländischen Wassermühlen der Entwässerung des Bodens gedient hatten, so führten jetzt Drainrohre zu diesem Ergebnis. Gerade dort, wo die Arbeitskräfte selten waren, in Amerika, wurden die landwirtschaftlichen Maschinen ausgebildet. Die landwirtschaftliche Maschine isoliert nicht, wie die gewerbliche, die einzelnen Arbeitsvorgänge, sondern sucht sie zu verbinden. So gehen Pflug und Säemaschine zusammen, Mähmaschine und Binder, ja heute sogar der Mähdrescher. Solche Verbindung kommt extensiver Kultur entgegen, während die intensivste Kultur, der Gartenbau, die Terrassenanlagen, wie in China, nur mit zahlreicher Handarbeit möglich sind. Wie die Rücksicht auf den Markt den bodenständigen Betrieb des Landwirts *kommerzialisiert*, so *industrialisiert* ihn die immer stärkere Anwendung der Maschinen.

Das Eindringen der *Dreschmaschine* bedeutete namentlich für Gegenden des großen Grundbesitzes eine soziale Umwälzung. Das Ausdreschen mit dem Flegel auf der Tenne hatte die Wintermonate ausgefüllt. Jetzt konnte die Maschine, bei der die Arbeitenden die Garben nur zuzureichen hatten, das gleiche in wenigen Tagen erledigen. Es kam hinzu, daß die gewerbliche Arbeit, die weiter die Wintermonate erfüllt hatte, wie Spinnen und Weben, jetzt von den Fabriken billiger besorgt werden konnte. Es wurden daher weniger dauernde Arbeitskräfte auf dem Gute nötig. Nur ein Teil der Gutsarbeiter, namentlich die mit der Viehpflege betreuten, mußte in gehobener Stellung festgehalten werden. Das übrige konnte durch billigere Wanderarbeiter besorgt werden. In England hatten die landwirtschaftlichen Verbesserungen schon zu Ausgang des 18. Jahrhunderts eine große Menge von Arbeitskräften auf dem Lande freigesetzt. In Deutschland begann dieser Prozeß in den 60er Jahren sich stärker geltend zu machen. Es war vor allem der Pächter, dem an rationellster Ausnutzung des Bodens während seiner Pachtzeit gelegen sein mußte. Da verschwanden gelegentlich die alten Lehmhütten der Kossäten, aber nicht um hygienischen Landarbeiterwohnungen Platz zu machen, sondern statt dessen wurden für die Wanderarbeiter Holzbaracken errichtet. Dort, wo der Gutsherr selbst die Wirtschaft führte, erhielt sich das patriarchalische Verhältnis länger, aber es zerfiel

schließlich auch dort. Dem Rittergut in seiner alten Bedeutung entzogen seit den 80er Jahren die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse immer mehr die Grundlage.

Zur rationelleren Bebauung des Bodens trugen seit den 40er Jahren *Liebig's Werke* über die Agrarchemie wesentlich bei. Die intensivste Kultur wiesen die Rübenböden des mittleren Deutschlands auf. In den Zuckerfabriken, zu deren Bau sich vielfach die Landwirte als Aktionäre mit der Verpflichtung einer bestimmten Rübenlieferung zusammengetan hatten, gelang es den Errungenschaften der chemischen Industrie, wachsende Ausbeute zu erzielen. Waren 1870 noch 12 kg Rüben nötig, um 1 kg Zucker zu erzeugen, so genügten dazu 1910 bereits 6 kg. Der Abfall der Rübenschnitzel bot ein geschätztes Viehfutter. Durch die Gründung wurde es möglich, auch den Sandböden größere Erträge abzugewinnen. Die Kartoffel, die man einst in Frankreich nur für die Armen für gut genug hielt, wurde nicht nur zur Volksnahrung, sondern sie diente der Schweinemast und wurde zur Grundlage der Brennereiindustrie. Auch bei ihr bildeten die Abfälle, die Schlempe, ein ausgezeichnetes Viehfutter.

In der Düngung des Bodens kamen neben den tierischen Abfällen mineralische Bestandteile zu größerer Wirkung, in Deutschland Kali und seit den 80er Jahren der Abfall des Hüttenprozesses, das Thomasmehl, ferner Phosphate. Die Technik der Landwirtschaft konnte zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf große Erfolge hinweisen, gesteigerte Bodenerträge, veredelte Viehrassen, verbesserte Ausnutzung des von der Natur Gebotenen. Es fragte sich freilich, ob mit diesem technischen Aufschwung nicht schwere Mißstände für die soziale Gliederung in der Landwirtschaft verbunden waren. VON DER GOLTZ wies schon in den 70er Jahren auf die hier drohenden Gefahren hin.

Schrifttum.

YOUNG, ARTHUR: A six week's tour through the Southern Counties of England and Wales, 1768. Travels in France, 1792. General report on enclosures, 1807. — THAER: Einleitung zur Kenntnis der englischen Landwirtschaft. Hannover 1798—1800. — MÜLLER, AD.: Agronomische Briefe, in Schlegels Deutschem Museum 1812. — VON THÜNEN, J. H.: Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie, I. Hamburg 1826. — CLAPHAM, J. H.: An economic history of modern Britain, I: The early railway age 1820—1850, 1926; II: Free trade and steel 1850—1886, 1932. Economical Development of France and Germany 1815—1914. Cambridge 1921. — v. D. GOLTZ: Geschichte der deutschen Landwirtschaft, 1902/03. — AEREBOW, F.: Agrarpolitik, 1928.

2. Das Eindringen der Maschine in das Gewerbe.

Im Gewerbe hatte der *Verleger*, wie ihn uns SAVARY in seinem „Vollkommenen Kaufmann“ schildert, wohl die Leitung insofern in der Hand, als er den Rohstoff lieferte und die Art des zu Leistenden angab; im übrigen blieb der Meister in seiner Werkstatt selbständiger Arbeiter, und nur den Absatz des Produktes auf Messen und Märkten ließ sich der Verleger angelegen sein. Man hatte wohl der besseren Aufsicht wegen in großen gemeinsamen Räumen, alten Schlössern oder Klöstern, eine Reihe von Arbeitenden, wie Spinner, zusammengesetzt. Aber auch in diesen „*Manufakturen*“ verrichtete zunächst jeder seine Arbeit für sich. Eine vollständige Umwälzung im Gewerbewesen erfolgte erst, als die Anwendung mechanischer Kraft allgemein Eingang fand, und der Arbeiter dadurch zum Bediener der *Maschine* wurde. Seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts vollzog sich dieser Übergang zur *Fabrik* zunächst in der englischen Textil-Industrie.

Die Italiener hatten zur *Seidenzwirnerei* mit Wasserkraft getriebene Maschinen aufgestellt. 1716 gelang es John Lombe, auf einer Reise nach Italien das Geheimnis dieser Fabrikation den Italienern abzusehen und nach England zu bringen. 1718 errichtete sein Bruder Thomas Lombe am Dervent, in der Nähe von Derby, die erste englische Fabrik. Es war ein 500 Fuß langes Gebäude mit 5—6 Stockwerken und 460 Fenstern, in dem 300 Arbeiter beschäftigt wurden. Das Wasser des Dervent trieb ein Rad, durch das die Apparate in Bewegung gesetzt wurden, die den Faden

drehten. Andere derartige Fabriken entstanden. Im ganzen jedoch blieb die Seidenindustrie am längsten bei den alten Betriebsformen. Als in der Baumwollindustrie, der Wollindustrie und der Leinenindustrie längst der Handwebstuhl verschwunden war, fand man ihn in der Seidenindustrie noch in Tätigkeit.

Ausschlaggebend für die Neuentwicklung sollte die *Baumwollindustrie* werden. Bisher war die Wollindustrie das Hauptgewerbe Englands gewesen. Sie war in ihrem Aufbau von den im Lande an den Wasserläufen zerstreuten Produktionsstätten an bis zu dem Absatz in den Tuchhallen der Städte bis ins einzelne geregelt, und diese Regelungen wandten sich gegen den seit dem 17. Jahrhundert aufkommenden neuen Konkurrenten: 1720 wurde in England das Tragen baumwollener Tuche verboten. Bisher waren nur die Inder imstande gewesen, reinbaumwollene Gewebe herzustellen. In Europa verwandte man die Baumwolle nur als Einschlag in leinene Kette. Die Barchentweberei blühte zu Ausgang des Mittelalters in Ulm. 1736 erlangte man in England eine Ausnahme von dem Verbot von 1720 für das Tragen solcher gemischten Gewebe, da diese auch in England hergestellt wurden. Im 18. Jahrhundert galt es, wachsender Bevölkerung Kleidung zu verschaffen. Das Eindringen der Naturwissenschaften, besonders die Ausbildung der Lehren der Mechanik, bot die Grundlage zu ihrer Anwendung in der Technik. 1733 erfand KAY die Schnellschütze. Er mußte die Erfahrungen machen, die kaum einem Erfinder erspart blieben. Zuerst wandten sich die Weber gegen seine Erfindung. Dann stahlen ihm die Fabrikanten von Leeds ihre Ergebnisse. Aber nun stellte sich für die beschleunigte Arbeit der Weber ein Mangel an Garn heraus. Man mühte sich, diesem *Garnmangel* abzuhelpfen. Dieses gelang in der Zeit nach dem Siebenjährigen Kriege. 1765 erfand *Hargreave* seine Jenny, die, während das Spinnrad nur einen Faden drehte, jetzt mehrere Fäden zugleich zu drehen gestattete; zunächst waren es 8, bald aber schon 80. Damit konnte eine Spinnerin das Werk von 6—8 Arbeiterinnen verrichten. Noch entscheidender wurde *Arkwrights* Waterframe von 1767, bei dem der Hand die Arbeit abgenommen und vier Paaren Walzen überlassen wurde. Damit gelang es, einen Baumwollfaden herzustellen, der auch als Kette diente. 1773 konnte zuerst in Derby ein rein baumwollenes Gewebe hergestellt werden, und daraufhin 1774 die Aufhebung des Verbotes von 1720 beantragt werden. Arkwright war ein Barbier gewesen, der sich durch geschicktes Umhören in den Besitz des neuen Verfahrens gebracht hatte und es richtig auszunutzen verstand. Jedoch wurde, als dieses herauskam, sein Patent 1785 widerrufen. Es konnten sich also neben ihm andere Baumwollfabriken entwickeln. 1779 verstand es *Crompton* mit seiner Mule, die Grobheit des Waterframe-Fadens und die Feinheit des Jennyfadens zu einem zugleich feinen und starken Faden zu verbinden.

Der verbilligten Massenproduktion, die mit diesen Erfindungen in der Spinnerei einsetzte, kam man im ganzen freudig entgegen, weil sie einem schwer empfundenen Mangel abhalf. Als jedoch *Cartwright* 1785 den mechanischen Webstuhl erfand, richtete sich die Wut der Weber gegen diese Erfindung. 1792 wurde seine Fabrik zerstört. Solchen Widerstand fand die Einführung des Kraftstuhles auch auf dem Kontinent. Man denke an Hauptmanns Weber. In Uster, im Kanton Zürich, ging die neuerstellte Fabrik 1832 in Flammen auf. Das Eindringen der Maschinerie in das Gewerbe dürfen wir uns nicht nach dem Maße des heutigen Tempos des technischen Fortschritts vorstellen. Ein halbes Jahrhundert war nötig, die mechanische Spinnerei und die Dampfmaschine zu allgemeiner Anwendung zu bringen, ein weiteres, durch den Kraftstuhl den Handweber zu verdrängen. Noch 1830 gab es in der englischen Baumwollindustrie neben 60 000 Kraftstühlen 240 000 Handwebstühle. 1850 wurden in der Baumwollindustrie neben 71 000 durch Dampf gewonnenen PS 11 000 PS durch Wasser erzeugt; in den anderen Textilindustrien waren es 13 000 PS neben 34 000 PS aus Dampfmaschinen. 1825 erfand Roberts nach einem Streik den Selfactor, aber erst in den 60er Jahren drang der Selfactor in England durch. In der Wollweberei wurden erst die 70er Jahre des 19. Jahrhunderts entschei-

dend für den Kraftstuhl. Die seidenen Taschentücher wurden noch in den 80er Jahren auf Handstühlen gewebt. Auch für Belgien wird die langsame Verdrängung der Handarbeit bestätigt. Immerhin konnte die Baumwollindustrie, die sich in England besonders in Lancashire im Umkreise von Manchester entwickelte, 1801 bereits 7 Millionen £ von der englischen Gesamtausfuhr von 18 Millionen £ stellen. 1843 waren es 24 Millionen £ von 50 Millionen £ des englischen Exports. Eine gewaltige Produktivkraft war damit in England entstanden, deren Ausbildung nicht wenig dazu beitrug, England die Mittel seines Widerstandes gegen Frankreich zu verschaffen. Vergebens versuchte Napoleon, durch alle möglichen Aufmunterungen dem ein Gegenstück in seinen Staaten entgegenzustellen. Frankreich blieb in seiner Seidenindustrie überlegen. *Jacquard* erfand ihr 1808 den Webstuhl für gemusterte Seidenstoffe.

In *Deutschland* suchte man noch in den 30er und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts der Leinenindustrie durch Förderung der Handfertigkeit aufzuhelfen. Erst die 80er Jahre brachten den endgültigen Zusammenbruch des Kleinbetriebs. Auch hier stellte sich die Baumwollindustrie an die Spitze. Um Augsburg herum entwickelten sich die größten Spinnereien. Zu den sächsischen und Elberfelder Fabriken traten 1871 die auf hoher Stufe stehenden Elsässer. Die Vorzüge des Großbetriebs in der Textilindustrie konnten es nahe legen, an seine allgemeine Überlegenheit zu glauben. In Amerika drang er besonders in den 60er Jahren in der Schuhindustrie durch. Auf dem europäischen Kontinent zeigte die Statistik der 90er Jahre jedoch auf vielen Gebieten eine merkwürdige Festigkeit des Kleinbetriebs, der sich gelegentlich auch die Maschine zunutze machen konnte. So blieb die Schneiderei nach Erfindung der Nähmaschine im wesentlichen Kleinbetrieb. Im Baugewerbe begünstigte ihn die Art der Beschäftigung. Mochte die Herstellung von Schlössern auf die Fabrik übergehen, das Anbringen in den einzelnen Häusern blieb Sache des Handwerks. Wohl ging die Führung des Gewerbes auf die Großindustrie über. Manchen Kleinbetrieben wurde die Grundlage ihres Daseins entzogen. In anderen gab es eine Verschiebung. Die Fabrik mochte dem Tischler die Bearbeitung der Bretter abnehmen, und ihn damit von einer höchst ungesunden Tätigkeit entlasten, die eigentliche Verarbeitung zu Gebrauchsgegenständen blieb ihm erhalten. Für den Wasservorrat des Hauses hatte einst der Küper zahlreiche Gefäße herstellen müssen. Jetzt besorgte dem Städter der Großbetrieb einer Wasserleitung seinen Bedarf. Aber eben diese gab einem neuen Kleinbetriebe, dem Installateur, seine Wirkungsmöglichkeit. In Solingen gestattete die Kraft, daß 1910 doppelt soviel Arbeiter im Kleinbetrieb als in der Fabrik ihre Werkstätte fanden.

Man überlegte sich im 18. Jahrhundert in England angesichts des steigenden *Holz mangels*, ob man nicht die Gewinnung des Eisens den holzreichen amerikanischen Kolonien überlassen sollte, so daß England sich nur die Verarbeitung des Eisens vorbehalten hätte. Es galt, einen Ersatz für die Holzkohle als Feuerungsmaterial der Hochöfen zu finden. 1735 gelang es Abraham *Darby*, aus Steinkohlen Koks zu gewinnen. 1766 führten die *Cranages* mit Kohlenkoks geheizte Reverberier-Hochöfen ein, die eine wesentlich bessere Ausnutzung des Eisens gestatteten. Das Ersatzgut Kohle gewann damit nicht nur erhöhte Bedeutung. Bisher hatte sie nur dem Hausbrand gedient, jetzt wurde sie zur Unterlage der industriellen Unternehmung. Auch das Eisen eröffnete eine neue Zeit. Es trat an die Stelle von Holz und Stein. 1779 konnte die Severnbrücke aus Gußeisen errichtet werden. Dem Eisen folgte der Stahl. 1740 gelang es dem Uhrmacher *Huntsman*, Gußstahl herzustellen. Er legte damit den Grund zu der Blüte *Sheffields*.

Schon zu Ausgang des 17. Jahrhunderts hatte der Marburger Professor Denis *Papin* eine Dampfmaschine konstruiert, aber die Weserschiffer hatten sein Fahrzeug zerstört. In England hatte der Schmied *Newcomen* 1720 eine Dampfmaschine konstruiert. Aber erst dem Schotten *James Watt* war es vergönnt, der Dampfmaschine

zum Siege zu verhelfen. Es kam vor allem darauf an, eine Pumpe zu bedienen, die gestattete, das Wasser aus den Kohlenbergwerken herauszubringen. Dieses hatte die Newcomensche Maschine nur unvollkommen besorgt, es gelang Watt weit besser. 1769 stellte Watt in der Nähe von Edinburgh den „Beelzebub“, seine erste Maschine, auf. 1774 verband er sich mit Boulton in Soho nördlich von Birmingham. Die Dampfmaschine sollte dem weitverzweigten Betriebe, der alle möglichen Metallwaren herstellte, als Antrieb dienen. Anfangs glaubte Watt, daß seine Dampfmaschine für die Textilindustrie wohl kaum in Betracht käme, doch sollte sie gerade in der Baumwollindustrie ein Hauptgebiet ihrer Anwendung finden, von dort aus auf die übrigen Textilindustrien und andere Gewerbe sich verbreiten.

Kohle und *Eisen* wurden nunmehr die Grundlagen des gewerblichen Aufbaus. England war an beiden besonders reich, zudem lagen Kohle und Eisen am Wasser in günstiger Verkehrslage zueinander. Der Schwerpunkt der englischen Wirtschaft, der bisher in den weizenreichen Ebenen des Südens gelegen hatte, verschob sich jetzt nach den Kohlengebieten des Nordens. Manchester wurde Mittelpunkt der Textilindustrie, Birmingham Mittelpunkt der Eisenindustrie. Frankreich war ungünstiger gestellt als England durch seinen Mangel an Kohle. Dadurch war die Entwicklung der französischen Industrie langsamer als die englische. In Frankreich blieb der kleine Betrieb maßgebend, in dem die Geschicklichkeit der Arbeiter den Ausschlag gab. Man denke an die Luxusindustrie von Paris. Anders in Belgien, wo 1817 der Engländer Cockerill in Seraing seine Maschinenfabrik gründete. In Deutschland brachten die 50er und 60er Jahre des 19. Jahrhunderts die entscheidende Wendung zum Aufkommen der Großindustrie. Man bedurfte fremder Hilfe und fremden Kapitals in den ersten Anfängen. Noch heute erinnert der Name Hibernia an die Unternehmungen des Iren Mulvany, bald aber erstarkten die eigenen Kräfte, und die große Entwicklung namentlich des Ruhrgebiets konnte dazu führen, daß man sagte, nicht nur durch Blut und Eisen, sondern durch Kohle und Eisen sei das Reich zusammengeschmiedet.

Die *Eisenindustrie* gewann in den 60er Jahren durch das *Bessemer*-Verfahren einen großen Aufschwung. *Krupp*, dessen Spezialität der Gußstahl, beschäftigte 1870 schon 12 000 Arbeiter, die Gutehoffnungshütte wurde 1873 in eine Aktiengesellschaft mit 10 Millionen Taler Kapital umgewandelt. In ihren Betrieben, die auch alle Produktionsstadien bis zur fertigen Maschine und Brücke umfaßten, fanden damals 8300 Arbeiter ihre Beschäftigung. Deutschland hatte besonderen Vorteil von dem *Thomasverfahren*, bei dem es gelang, auch phosphorhaltige Erze zu verwenden. Die lothringische *Minette* bot der deutschen Eisenindustrie solchen Rohstoff. Die 80er Jahre sahen dadurch eine große Ausdehnung der deutschen Eisenindustrie. Hatten sonst die Kohlen der Ruhr das Eisen angezogen, so wurden jetzt viele Werke in das Gebiet der lothringischen *Minette* verlegt. Den Aufschwung der Eisenindustrie mögen einige Zahlen illustrieren:

Die großbritannische Eisengewinnung betrug:

1740	17 350 t	1830	678 000 t
1788	68 000 t	1853	2 700 000 t
1806	258 000 t	1870	6 059 000 t

In Deutschland wurden im Zollverein 1834 128 500 t Eisen erzeugt. 1870 waren es 1 260 000 t. 1850 wurden noch 63% der Hochöfen mit Holzkohle geheizt, 1863 nur mehr 1,3%. Deutschland mußte noch 1857 ein Drittel seines Bedarfes besonders an Schienen einführen. In den 60er Jahren konnte man zum Export übergehen. Dieser war in den feinen Stahlerzeugnissen aus Solingen und den benachbarten Plätzen stets stattlich gewesen. Maschinen und Eisenwaren standen 1912 mit 630,3 und 580,9 Mill. Mark an der Spitze der deutschen Ausfuhr.

Seit den 80er Jahren sah sich England der steigenden Konkurrenz Deutschlands

und der Vereinigten Staaten gegenüber. Seit den Tagen des Zollvereins gehörte Luxemburg zum deutschen Zollgebiete. Die deutsche Eisen- und Stahlgewinnung stieg folgendermaßen:

	Eisen t	Stahl t
1880	2 729 000	1 548 000
1890	4 658 000	3 164 000
1900	8 521 000	7 372 000
1910	14 794 000	13 149 000

England war mit 10 172 000 t Eisen und 7 613 000 t Stahl ins Hintertreffen geraten, während freilich die Vereinigten Staaten mit 26,1 Millionen t Roheisen den einzelnen europäischen Staaten weit vorausgekommen waren.

1875 hatte Preußen Dampfmaschinen von 600 000 PS besessen. 1912 statt dessen das Zehnfache, 6 182 116 PS. Hatte im 18. Jahrhundert tierische Hilfskraft zusammen mit Wind- und Wassermühlen die Leistungsfähigkeit des Menschen etwa verdoppelt, so verzehnfachte sie die Hilfskraft des Dampfes, zu der sich seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts die Elektrizität gesellte.

Die *Maschinenarbeit* brachte billige Massenproduktion. Die größere Billigkeit, mit der namentlich die Bekleidung nunmehr bestritten werden konnte, kam der Menge der Verbraucher zugute. 1779 kostete ein Pfund Garn Nr. 40 192 Pence, 1830 14 ½ Pence, während gleichzeitig der Preis der dazugehörigen 18 Unzen Baumwolle von 24 Pence auf 7 ¼ Pence herabging. Während also früher der Preis durch das Spinnen verachtfacht wurde, erfuhr er später nur eine Verdoppelung. Die britische Garn-erzeugung stieg von 1820—80 auf das Zehnfache, von 100 Millionen Pfund auf über eine Milliarde. Gewiß hatten die erfolgreichen Unternehmer den größten Vorteil von dieser Entwicklung. Ihre großen Gewinne gestatteten ihnen, Rücklagen zu machen und den Produktionsapparat weitgehend zu verbessern. Aber auch die Lage der Arbeiter verbesserte sich materiell. Der Arbeiter in der Baumwollfabrik von Lancashire verdiente schließlich das Dreifache des Handwebers. England sah 1850 bis 1874 eine Lohnsteigerung von 50%. Auch in Deutschland stiegen die Löhne 1850—65 um 25%, während die Lebensmittel gleichzeitig nur um 17% stiegen.

Die Maschine war aber nicht nur in der Lage, mehr und billiger zu erzeugen. Sie arbeitete auch exakter. 1790 konnte Boulton eine Maschine herstellen, welche die einzelnen *Münzen* so exakt herausbrachte, daß ein Stück genau so viel wog wie das andere. Das war bisher nur bei den Goldmünzen, allenfalls bei den schwereren Silbermünzen möglich gewesen. Auch fremde Regierungen, wie Frankreich und Rußland, beeilten sich, von der Boultonschen Erfindung Gebrauch zu machen.

In den ersten Maschinen wurde sehr viel Holz verwandt. Allmählich drängte das Eisen, später der Stahl die Holzteile immer mehr zurück. Damit ging eine größere Exaktheit der Ausführung und eine Normalisierung der Typen Hand in Hand. Anfangs war jede Maschine ein Kunstwerk für sich gewesen. Seit den 50er Jahren bemühte man sich mehr um die Massenherstellung und die Austauschbarkeit der einzelnen Teile.

Die englische Landwirtschaft hatte im 18. Jahrhundert unter dem Gesetz des *steigenden Ertrags* gestanden. Mehr Aufwendungen auf den Boden lohnten sich nicht nur entsprechend den angewandten Kosten, sondern mit höheren Reinerträgen, so daß die Physiokraten und *Adam Smith* diese Überschüsse dem Mitwirken der Naturkraft zuschreiben konnten. Während der napoleonischen Blockade mußte England die Erfahrung machen, daß die Kräfte seines Bodens nicht unerschöpflich wären. Auch Böden geringerer Ergiebigkeit mußten bei dem Wachsen der Bevölkerung in Angriff genommen werden. Dieses brachte *Ricardo* dazu, daß er für den Getreidebau das Gesetz des *abnehmenden Ertrags* feststellte. Bei fortschreitender Kultur müßte von Böden erster Güte zu solchen zweiter und dritter übergegangen werden, bei denen höhere Kosten aufzuwenden wären, die Bevölkerung also, um ihre Nahrung zu gewinnen, höhere Preise zu bewilligen hätte. Diesem Gesetz wurde aus den neuaukommenden Ländern in der Mitte des 19. Jahrhunderts lebhaft widersprochen. In

Amerika behauptete *Carey*, zuerst nähme man die leichteren Böden in Anbau und ginge dann erst zu den schwereren über, die den auf sie verwandten Aufwand reichlicher lohnten. Man denke an die spätere Gewinnung der fetten Marschböden im deutschen Mittelalter. In Deutschland wies *Rodbertus* darauf hin, daß, wenn er seine pommerschen Felder drainierte, er aus dem gesteigerten Ertrage des Bodens nicht nur seine Kosten gedeckt bekäme, sondern Überschüsse erzielte. Immerhin sollte sich später auch für Deutschland und die Vereinigten Staaten, hier besonders für das Gebiet an der atlantischen Küste, das Gesetz des abnehmenden Ertrages bei gleichbleibender Kultur als wirksam erweisen. Die Industrie dagegen arbeitete, so lange sie auf die Abnahme ihrer Produkte rechnen konnte, mit wachsenden Erträgen. Nur sie war in der Lage, die wachsende Bevölkerung aufzunehmen. Bei den steigenden Massen der europäischen Bevölkerung im 19. Jahrhundert trat der Anteil der ländlichen Bevölkerung immer mehr zurück. In Großbritannien hatte die ländliche Bevölkerung noch 1811 34% der Gesamtbevölkerung ausgemacht, 1861 waren es nur mehr 10%. Ähnlich ging in Deutschland der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung von 42,51% 1882 auf 28,6% 1907 zurück, während der Anteil der Industrie gleichzeitig von 35,51% auf 42,7% anstieg. Die Bevölkerung wuchs von 1849 bis 1910 von rund 35 Millionen auf 65 Millionen. Dabei blieb die ländliche Bevölkerung mit 25—26 Millionen ziemlich stabil, während die städtische von 10 auf fast 40 Millionen stieg.

In dieser Entwicklung blieb Frankreich wegen seines Mangels an Kohle zurück. Auch war die französische Kohle ungünstiger gelegen, während Großbritannien hier einen besonderen Vorteil hatte. Die Kohlengewinnung gestaltete sich in den europäischen Ländern folgendermaßen. Es förderten in Millionen Tons:

	Großbritannien	Deutschland Kohle Braunkohle		Frankreich	Belgien
1871	118	29,4	8,5	13,3	13,7
1913	292	191,5	87,5	40,8	22,8

Nach CLAPHAM kostete die Kohle ab Grube 1912 in Großbritannien 11,25 Franken, in Deutschland 13,25 Franken, in Frankreich 15,63 Franken. Aber auch in Eng-

land und Deutschland mußte man die Erfahrung machen, daß auf die Dauer die tiefer liegenden Schichten der Kohle, in Deutschland handelte es sich hierbei im Ruhrgebiet um die weiter nordwärts gelegenen Felder, nur mit erhöhten Kosten abzubauen waren. In Großbritannien entfielen auf den einzelnen Bergmann 1851 264 t Kohle, 1881 403 t, 1891 aber nur 358 t. Der Kohlenbergbau steht also auch unter dem Gesetze des abnehmenden Ertrags. Es ist die Aufgabe der Technik, durch Ersatzgüter oder durch Ausgestaltung der Weiterverarbeitung diesem Gesetze entgegenzuarbeiten. Der Mangel an Eisenerzlagern konnte, nachdem das Zeitalter des Eisens die ganze Wirtschaft mit eisernen Apparaten erfüllt hatte, z. T. dadurch ausgeglichen werden, daß man Altmetall sammelte, um es in neue Formen zu gießen.

Während Amerika seine Überlegenheit besonders dort zeigte, wo die mechanische Kraft mit ihrer gleichmäßigen Leistung in Anwendung kommen konnte, beruhte Englands Stärke auf seinem geschulten Personal. Deutschland zeigte schon 1840 in den Anfängen der chemischen Industrie eine von dem Engländer Bowring anerkannte Überlegenheit. Seine technischen Hochschulen halfen ihm besonders dort, wo die wissenschaftliche Behandlung der Probleme in Frage kam, wie in der chemischen Industrie bei der Herstellung der Teerfarben und in der optischen Industrie: Abbes Gründung des Zeißwerkes. In der elektrischen Industrie gewannen seit Ausgang des 19. Jahrhunderts Amerika und Deutschland einen Vorsprung vor England und Frankreich, den diese Länder erst während und nach dem Weltkriege einholten.

Schrifttum.

SOMBART, W.: Der moderne Kapitalismus. III: Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, 1927. — MANTOUX, P.: La révolution industrielle au XVIII^e siècle. Paris 1905. —

DECHESNE, L.: Histoire économique et sociale de la Belgique, 1932. — RAPPARD, E.: La Révolution industrielle et les origines de la protection légale du travail en Suisse, 1914. — WIENFELD: Ein Jahrhundert rheinischer Montan-Industrie 1815—1915, 1916.

3. Die Umwälzung der Verkehrsmittel. Die Schaffung des Weltmarktes.

Im Zeitalter des Merkantilismus hatten die Seemächte durch ihre Verkehrslage und ihre inneren Verkehrsmittel, *Holland* durch seine *Kanäle*, *England* durch seine *Küstenschiffahrt* einen anerkannten Vorsprung genossen. Die übrigen Länder wetteiferten, sich die gleichen Vorteile zu verschaffen. England baute seit dem 18. Jahrhundert sein Kanalnetz aus. Der 1758—1765 von Brindley für den Herzog von Bridgewater erbaute Kanal verband Liverpool mit Manchester und verschaffte den Kohlen des Herzogs besseren Absatz. Durch den Kanal verbilligten sich die Kohlen in Manchester um 40%. In England unternahmen Aktiengesellschaften den Bau der Kanäle und der Chausseen und erhoben dafür Gebühren. In Frankreich trug der Staat weitgehend die Kosten des Ausbaues des Wegenetzes. Napoleon baute die von Paris ausgehenden Chausseen als Heeresstraßen. Auch dem Kanalbau widmete er seine Aufmerksamkeit. Noch unter Louis Philipp verdoppelte sich das französische Kanalnetz.

Ein neues Zeitalter aber eröffnete die *Eisenbahn*. Man hatte zunächst versucht, der Kohle einen besseren Zugang zu gewähren durch Holzschienen, die dann durch eiserne ersetzt wurden. Von der Grube zum Wasserwege wurden die Kohlenwagen auf diesen Schienen zuerst mit Pferden oder Hunden gezogen. Dann setzte die Dampfmaschine ein. 1825 wurde zwischen Stockton und Darlington die erste Eisenbahn eröffnet. In Deutschland forderte Harkort 1826, wenn auch vergeblich, für das Wuppertal eine Kohlenbahn. Es war eine Überraschung, als bei der Wettfahrt *Stephensons* Lokomotive sich auch als ein schnelleres Beförderungsmittel erwies, so daß in der ersten größeren Linie, die zwischen Liverpool und Manchester 1830 eröffnet wurde, die Personenbeförderung den ersten Platz einnahm. *List* erkannte in Amerika die große Bedeutung, welche die Eisenbahn für die Nutzbarmachung der Kohlenschätze hatte. Er entwarf für Deutschland den Plan eines einheitlichen Bahnnetzes, das in Verbindung mit der Douanenlinie des Zollvereins die Grundlage für den Ausbau der deutschen Produktivkräfte bilden sollte. 1839 konnte die von ihm begründete Bahn zwischen Leipzig und Dresden eröffnet werden.

Anfangs überwogen bei dem Bahnbau lokale Interessen. Nachbarstädte suchten ihre Verbindung. Dann aber wuchsen diese Linien zu einem System zusammen, das man weiter planmäßig ausbaute. England wurde in den 40er Jahren von einem Fieber des Bahnbaues erfaßt, das nicht ohne Rückschlag bleiben konnte. Nicht alle Linien erfüllten die auf sie gesetzten Hoffnungen. Bei weiteren Fahrten glaubte man zunächst, verschiedene Routen kombinieren zu müssen, da der Verkehr für den Ausbau mehrerer Strecken doch wohl nicht ausreichen würde. So hielt man zur Verbindung Englands mit Schottland nur eine Linie für möglich. Bei dem Verkehr von Frankfurt nach Mannheim und Heidelberg bewilligte man nur eine Linie, die sich dann in der Mitte zwischen den beiden Städten trennte. So führte man auch die Linie von Hamburg südwärts in die Mitte zwischen Hannover und Braunschweig nach Lehrte.

England wandte auf die Eisenbahnen zunächst die Sätze des Kanalrechts an. Man glaubte, das Publikum vor zu hohen Gebühren der Eisenbahnen schützen zu müssen. Es ergab sich aber, daß die Ermäßigung der Tarife bis zu einem gewissen Grade für die Bahn höchst vorteilhaft war, da sie ihr steigenden Verkehr zuführte. Auf der anderen Seite zeigte sich bald, daß der Streckendienst nicht, wie in dem Kanal, allen möglichen Fahrzeugen zur Benutzung überlassen werden konnte. Die Bahnleitung erhielt das Monopol der Beförderung auf ihrer Strecke einfach dadurch, daß sie nur ihre Lokomotiven mit dem nötigen Wasser belieferte.

Die Eisenbahnen mußten denjenigen Ländern besonders zugute kommen, die

bisher hinter den durch Wasserwege begünstigten zurückstanden. So baute *Belgien* mit Staatsmitteln sein Bahnnetz aus, durch das es neben dem holländischen Wasserwege für seinen Hafen Antwerpen einen direkten Zugang zum rheinischen Gebiete bekam. Die Rheinländer begrüßten diese Bewegung, weil die Linie Köln—Antwerpen sie von dem monopolistischen Abschluß der Rheinstraße durch die Holländer unabhängig machte. Durch das Bahnnetz wurden die einzelnen Teile des Landes enger miteinander verbunden. *Goethe* erkannte, welches Mittel zur Einheit *Deutschland* in dem verbesserten Straßennetz erwuchs. Ein Land wie *Belgien* wurde durch das Bahnnetz so zusammengeschlossen, daß es sich wie eine Stadt fühlen konnte. Auf der anderen Seite brachten die Bahnen erst die Bodenschätze des Landes zur Geltung. Durch die Verbilligung der Kohlentarife, welche der Minister von der Heydt durchsetzte, wurde es ermöglicht, daß die schlesische Kohle auf dem Berliner Marke mit der englischen konkurrierte. Ebenso konnte unter diesen verbilligten Tarifen, die Kohle zur Hauptfracht der Eisenbahnen machen, die Ruhrkohle ihren Radius weit in Mitteldeutschland ausdehnen. Die Eisenbahn eröffnete der Saarkohle den Zutritt nach Süddeutschland.

Die Eisenbahnen lockerten die Seßhaftigkeit der Bevölkerung auf. Sie ermöglichten die Zusammendrängung der Bevölkerung an den günstigsten Arbeitsplätzen. Die Großstädte wuchsen in Deutschland, und der Schwerpunkt der Bevölkerung verschob sich nach den durch ihre Verkehrslage oder durch ihre Kohlengrundlage ausgezeichneten Gebieten.

Österreich ging vor in der Bewältigung gebirgigen Geländes. 1853 wurden durch die Semmeringbahn Wien und Triest einander nahe gebracht. 1867 folgte die Brennerbahn. 1871 waren durch die Untertunnelung des Mont Cenis Frankreich und Italien miteinander verbunden. Nach großen Schwierigkeiten konnte 1881 die Gotthardbahn eröffnet werden, an deren Bau Italien und Deutschland sich beteiligt hatten.

Auch für die ausgedehnten Flächen der Vereinigten Staaten wurde der Ausbau des Bahnnetzes von größter Bedeutung. Nur mit seiner Hilfe konnte sich in der Mitte des Landes die Groß-Industrie aufbauen. Pittsburg wurde durch den Kohlenreichtum seines Gebietes zu einem Mittelpunkt der Eisenindustrie. Aber die Erze kamen vom Oberen See aus der Gegend von Duluth. Zwischen diesen Punkten brachten Eisenbahn und Schifffahrt Kohle und Eisen einander näher, so daß Plätze wie Chicago und Cincinnati Sitze der Industrie wurden. Zunächst waren von der atlantischen Küste die Linien ins Innere geführt, wie das New York Central- und das Pennsylvanian-System. Dann wurde das Felsengebirge überquert, 1869 konnte die erste Pacificbahn eröffnet werden. In Asien erschloß England Indien durch Bahnen. Rußland vollendete 1904 die sibirische Bahn.

Der Wasserverkehr blieb nicht zurück. Das *Dampfschiff* hatte auf Flüssen und Seen sogar eine Zeitlang einen Vorsprung vor der Eisenbahn. Schon 1825 konnte der Holländer Roentgen den König Friedrich Wilhelm III. auf einem Rheindampfer herumfahren. Für die Überseefahrt behauptete sich dagegen noch lange das Segelschiff. Londons Hafen wies bis zur Mitte des Jahrhunderts das bunte Bild der Segler auf. Die Schiffe waren von Holz gebaut, und dieses ermöglichte den Vereinigten Staaten einen solchen Ausbau ihrer Flotte, daß sie 1860 die Hälfte der englischen Tonnage aufwies. Erst in den 60er Jahren gelang es, die Compoundmaschine auch für die Überseefahrt leistungsfähig zu gestalten, und man ersetzte im Schiffbau das Holz durch das Eisen. Dadurch erreichte England für die nächsten Jahrzehnte die volle Überlegenheit im Schiffbau, während die amerikanische Flotte durch den Bürgerkrieg vernichtet wurde. Der Schiffsverkehr nahm eine große Steigerung. Jetzt war man auch hier vom Winde unabhängig, dessen Ausbleiben einst die Flotten im Sunde oder bei dem Tore von Gibraltar oft Wochen lang zurückgehalten hatte. Man konnte jetzt mit regelmäßigerer Fahrtzeit rechnen. Die Schiffs-

frachten sanken, und das amerikanische Getreide wurde in den 70er Jahren zu unerhört niedrigen Preisen auf den europäischen Markt gebracht.

Auch die natürlichen Schifffahrtswege hatten unter den *Abgaben* zu leiden. Die Befreiung Belgiens beseitigte die Sperre der Schelde, unter der Antwerpen gelitten hatte. 1857 wurde der Sundzoll abgelöst, 1861 der Stader Zoll, 1863 der Scheldezoll. 1867 wurden die Rheinschifffahrtsabgaben, 1870 die letzten Elbzölle beseitigt. Dafür gelang die Herstellung neuer Wasserwege. Lesseps vollendete den *Suezkanal*, der 1869 feierlich eröffnet wurde. Später erst folgte der Panamakanal, bei dem die Franzosen vergeblich gegen die Ungunst des Klimas und der stets die Dämme wieder zerreißen Gebirgsflüsse ankämpften. Die Vereinigten Staaten erst vermochten durch die Anwendung der Tropenhygiene und mit Aufwendung weiterer ungeheurer Mittel ein Werk zu vollenden, das für sie auch von hervorragendem strategischen Interesse war. Durch den Suezkanal ergab sich eine neue Verbindung nach Indien. England hatte seine Vollendung daher zunächst nicht begrüßt. Mit seinen Dampfschiffen wurde es aber bald der Hauptbenutzer der neuen Wasserstraße. Disraeli verstand es, durch Erwerb der Kanalaktien von dem verschuldeten Khedive England einen Einfluß auf das Unternehmen zu gewinnen. Später besetzte England Ägypten.

Die Schiffe gewannen immer größere Ausmaße. 1820 war der Durchschnitt der den Londoner Hafen füllenden Schiffe 215 t groß gewesen. Die von der Cunard-Linie mit Regierungsunterstützung gebauten Dampfer *Lusitania* und *Mauretania* faßten 32 000 Br.-Reg.-T. Der in Deutschland 1910 in Bau gegebene *Imperator* faßte 52 000 t, der *Bismarck* sollte 60 000 t enthalten. Die Dampfer dienten der Massenauswanderung, die nach den Vereinigten Staaten hinströmte. Sie brachten Massengüter von dort zurück. Die englische Schifffahrt wurde dadurch begünstigt, daß sie Kohle exportierte und die Waren von Übersee als Rückfracht mitbringen konnte. Der britische Schiffsverkehr wuchs ungemein. 1834 hatte er 6,3 Millionen t betragen, 1847 waren es 14,3 Millionen, 1870 36,6 Millionen, 1890 74,3 Millionen t.

An diesem Verkehr nahm Deutschland den regsten Anteil. Hinter London mit 875 000 Reg.-T. folgte 1842 Hamburg mit 269 855 Reg.-T. erst hinter Liverpool, Amsterdam, Triest, Rotterdam und Marseille. 1905 stand Hamburg mit einer Schiffsankunftszahl von 10 382 000 Reg.-T. als erster Kontinentalhafen dicht hinter London, mit 10 814 000 Reg.-T. Die britische Flotte hatte 1870 von 5 691 000 Reg.-T. nur 1 113 000 Dampfer besessen. 1880 hatte sie 3 000 000 Reg.-T. Dampfer, denen Deutschland nur 216 000 Reg.-T. an die Seite stellen konnte. 1910 besaß England von 11,7 Millionen t 10,7 Millionen t Dampfer. Deutschland folgte ihm an zweiter Stelle, es hatte von 3 Millionen t 2,5 Millionen t Dampfer. Von einem Zehntel der englischen Flotte hatte es sich zu einem Viertel aufgeschwungen. Überall zeigte sich neben der britischen Flagge die deutsche.

Noch in den vierziger Jahren hatte List sich gegen Getreidezölle gewandt, weil damals größere Getreidetransporte sich nur in Zeiten der Not zu lohnen schienen. Mit den 70er Jahren setzten die billigen Massentransporte des überseeischen Getreides ein. Rußland trat Rumänien zur Seite, den Vereinigten Staaten Kanada, Argentinien und Australien. Das überseeische Fleisch konnte zunächst nur als Extrakt in Büchsen Verwendung finden. Dann kamen Kühlhäuser und Kühltropfen; neben argentinischem erschien Neuseeländer Fleisch auf dem Markte. Auf der anderen Seite sorgten geheizte Wagen und geheizte Schuppen dafür, daß die Kälte Früchten und Gemüse nicht schadete.

Ebenso wichtig wurde die Verbesserung des *Nachrichtendienstes*. In den Kriegen der französischen Revolution hatte man angefangen, mit optischen Telegraphen Zeichen zu geben. In Göttingen konstruierten 1833 Wilhelm Weber und Gauß den ersten elektrischen Telegraphen. 1849 hatte Werner Siemens Frankfurt a. M. und

Berlin mit dem Telegraphen in Verbindung gesetzt. 1851 verband ein Kabel England mit dem Kontinent. Nach unendlichen Schwierigkeiten, wiederholtem Reißen des Kabels, wurde 1866 das erste Unterseekabel durch den Atlantischen Ozean gelegt. 1869 wurde die Verbindung Indiens mit Ägypten hergestellt. 1852 hatte Werner Siemens Rußlands Telegraphennetz erstellt. Dem Telegraphen folgte das Telephon. Durch diese Verständigungsmittel war die ganze Welt zu einem Markt geworden. Wenn auch die Waren einige Zeit zu ihrem Transporte brauchten, konnte man sich doch jeden Augenblick über die vorhandenen Vorräte orientieren. Die wichtigsten Artikel wurden von den Weltmarktpreisen abhängig. Die englische Zollgesetzgebung der 20er und 30er Jahre des 19. Jahrhunderts mußte noch ausgehen von dem englischen Preise des Getreides. Regulierungsversuche um die Jahrhundertwende hatten mit dem Weltmarktpreise zu rechnen.

Das Briefeschreiben war, solange das Porto nach Gewicht und Entfernung abgestuft war, eine teure Sache gewesen. Auf den Vorschlag *Rowland Hills* führte England 1840 den Einheitstarif von einem Penny für den Brief ein. Geschäftswelt und Publikum konnten sich jetzt der Post bei jeder Gelegenheit bedienen. In Deutschland zeigte sich die staatliche Zersplitterung auch in dem Postwesen. Die Thurn und Taxissche Post, einst von dem Kaiser als Reichslehen verliehen, konnte sich doch nur in den kleineren deutschen Staaten Geltung verschaffen, die größeren, Preußen, Sachsen, Hannover usw. entwickelten ihr eigene Post. Der Norddeutsche Bund brachte mit dem 1. Januar 1868 nicht nur die Vereinheitlichung des Postgebietes, sondern auch den Einheitstarif von einem Silbergroschen. Wie der Telegraph über die Landesgrenzen hinwegführte, mußten auch die Postsäcke über die verschiedensten Länder befördert werden. 1874 brachte Stephan in Bern den *Weltpostverein* zustande.

Diese Änderungen mußten auch die Formen des Handels beeinflussen. Hatte einst der Kaufmann seine Ware auf gut Glück, in Konsignation, hinausgesandt, so konnte er jetzt auf Aufträge warten, sein Angebot als Drucksache oder mit Kabel auf den Markt werfen. Die Landwirtschaft hatte mit ihren Überschüssen immer schon einen Handel ermöglicht. Jetzt hatte der Handel in die Produktion übergreifen und mit Hilfe der Technik die moderne Industrie gegründet, die für ihre Absatzwege auf die Mittel des Weltverkehrs angewiesen war. Dieser Weltverkehr erschloß aber auch neue Rohstoffgebiete, die teils mit maschineller Landwirtschaft, wie im Norden der Vereinigten Staaten und in Kanada, teils in Plantagenkultur betrieben wurden, wie der Baumwollanbau in den amerikanischen Südstaaten oder die Kautschukproduktion in Hinterindien. Alle diese Gebiete bestimmten nicht nur den Aufbau der Weltwirtschaft, sondern wurden auch durch ihre Erschütterungen mitbetroffen. Durch die Verkehrsmittel und den Nachrichtendienst war die ganze Welt zu einer wirtschaftlichen Schicksalsgemeinschaft verbunden worden.

Schrifttum.

COHN, G.: Nationalökonomie des Handels und Verkehrswesens, 1898. — LOTZ, W.: Verkehrsentwicklung in Deutschland 1800—1900, 3. Aufl. 1910. — VON DER LEYEN, A.: Die nordamerikanischen Eisenbahnen in ihren wirtschaftl. und politischen Beziehungen, 1885. — ST. DAGGETT: Railroad Reorganization. Harvard Economic Studies IV, 1908. — HILGARD-VILLARD, H.: Lebenserinnerungen, 1906. — SCHUMACHER, H.: Die Wanderung der Großindustrie in Deutschland und in den Vereinigten Staaten, 1910. — BERGER, L.: Der alte Harkort, 1902. — BERGENGRÜN, A.: Staatsminister August Freiherr von der Heydt, 1908. — DE BOER, M. G.: Leven en Bedrijf van G. M. Roentgen, Grondvester van de Nederlandsche Stoomboot-Maatschappij thans Maatschappij voor Scheeps-en Werktuigbouw „Fijenoord“. Rotterdam 1923. — VON SIEMENS, W.: Lebenserinnerungen, 1889. — WIEDENFELD, K.: Transportwesen. Grundriß der Sozialökonomik, V/III 1930. — A. SARTORIUS VON WALTERSHAUSEN: Die Entstehung der Weltwirtschaft, 1931. — HARMS, B.: Deutschlands Anteil an Welthandel und Weltseefahrt, 1916. — WEBER, ADOLF: Weltwirtschaft, 1932.

III. Die finanzielle Organisation der neuen Zeit.

1. Die Begründung und Aufrechterhaltung stabiler Währung.

Die Produktionsumwege, welche die moderne Technik einschlug, erforderten die Aufbringung gewaltiger Mittel. Zu der Organisation des Großbetriebes mußte die Ausbildung der finanziellen Organisation treten.

Zukunftswerte sollten geschaffen werden. Dafür mußte mit dem Festbleiben der gegenwärtigen Werte gerechnet werden. So wurde die Stabilität der Währung zur Grundlage alles weiteren Aufbaues.

Englands Doppelwährung war im 18. Jahrhundert durch das Einströmen des brasilianischen Goldes zu einer tatsächlichen Goldwährung geworden. Als diese Zuflüsse nachlieen, und die Gefahr bestand, daß nun Silber zur tatsächlichen Wahrungsgrundlage würde, degradierte man das Silber. Man beschränkte 1774 die Zahlkraft des Silbers und stellte 1798 seine Prägung ein.

Die *Bank von England* hatte schon 1745 in der Panik, die durch den Marsch des katholischen Prätendenten auf England entstanden war, das Recht erhalten, von der Bareinlosung ihrer Noten abzusehen. 1797, als eine Landung der Franzosen drohte, wurde ihr dieses Recht aufs neue gewährt. Dieses Mal sollte die Nichteinlösung der Noten zwei Jahrzehnte hindurch zu Recht bestehen. BÜSCH glaubte den Noten das Schicksal der Assignaten vorhersagen zu müssen. Wodurch kam es, daß die Noten der Bank von England gleichwohl, wenn auch zeitweise mit beträchtlichem Aufgeld (1809 stieg das Disagio von 3 auf 14%, 1813 standen die Noten 71,1%), sich als Zahlungsmittel erhielten? Hinter den Noten stand die Unterschrift einer als solide bekannten Verwaltung und die Autorisation des Staates. Aber beides hätte nicht genügt, wenn nicht die Kaufleute der City sich feierlich bereit erklärt hätten, die Noten der Bank von England als Zahlungsmittel zu nehmen. Es kam hinzu, daß der Staat, der der Bank gegenüber verschuldet war, diese Schuld als eine feste stehen ließ und nicht weiter erhöhete. Er konnte sich für den Aufwand des Krieges an den Kapitalmarkt der Londoner Börse wenden. Dort brachte er neue 3proz. Konsols, wenn auch zu stark gedrücktem Kurse (tatsächliche Verzinsung 1804 5 1/2%), heraus. Die Bank von England jedoch gab ihre Noten nur gegen Handelswechsel heraus, in denen sie eine kurzfristige, bankmäßige Deckung besaß.

Gleichwohl konnte ein Uerma der Ausgabe nicht vermieden werden. Diskontierte doch die Bank zu dem gleichbleibenden Satze von 5%. Unter dem Einfluß starker Zahlungen an das Ausland, die durch ungünstige Ernten und den Alliierten zu zahlende Subsidien nötig geworden waren, stieg das Agio besonders in den Jahren 1811—1813, doch ging es nach siegreicher Beendigung des Krieges gegen Napoleon so stark zurück, daß 1819 die Aufnahme der Barzahlungen zu der alten Parität vorgesehen werden konnte. England ging damals endgültig zur Goldwährung über. Das Silber wurde zur Scheidemünze, einem bewußt minderwertig geprägten Gelde in beschränkter Menge und mit beschränkter Zahlungskraft, das aber stets gegen Wahrungsgeld umtauschbar blieb.

England hatte in der Inflation eine Preissteigerung, die den Unternehmern, insonderheit den Pächtern, zugute kam, alle festen Einkommen, wie Renten und Löhne, jedoch entwertete, in den Kauf nehmen müssen. Die Stabilisierung begünstigte wieder die festen Einnahmen und schädigte die Pächter, denen man deswegen durch das Verbot fremder Getreideeinfuhr höhere Preise sicherte. RICARDO hatte in seinen „Proposals“ 1816 vorgeschlagen, die innere Zirkulation durch eine bestimmte Menge von Noten zu bestreiten, während das Edelmetall nur in größeren Abschnitten für den äußeren Verkehr zur Verfügung stehen sollte. So hatte schon Schottland seit 1763 seinen Verkehr geregelt. Die schottischen Banken hielten eine Goldreserve in London und bestritten mit ihren Noten den inneren Verkehr. Indessen zog man in England den Umlauf von Goldmünzen vor. Die Banknoten dienten nur für größere Beträge

neben der Scheidemünze für die kleineren. Die Notenausgabe der Bank von England wurde 1844 so geregelt, daß ihr nur ein festes Kontingent nicht in bar gedeckter Noten gewährt wurde. Da der Zahlungsmittelbedarf verschieden ist, nicht nur nach den Jahreszeiten, sondern vor allem in Krisenzeiten gewaltig anschwillt, mußte dieses Kontingent bereits 1847, dann wieder 1857 und 1866 überschritten und deswegen die Peelsche Bankakte suspendiert werden.

Die Sicherheit der Währung erschien damals als das Wichtigste, ihr opferte man die nötige Elastizität. Wir werden sehen, wie diese dem englischen Zahlungswesen auf anderem Wege zuteil wurde. Die Sicherheit der Währung war aber die Voraussetzung, daß London sich zum Mittelpunkt des internationalen Zahlungsverkehrs entwickeln konnte. Die Wechsel der ganzen Welt fanden in London ihren sichersten Markt.

Frankreich, dessen Währung unter dem Ancien Régime durch häufige Änderungen im fiskalischen Interesse gelitten hatte, erhielt 1803 eine feste Grundlage seines Münzwesens. Die damals vorgesehene Doppelwährung wirkte sich zunächst praktisch als Silberumlauf aus, bis um die Mitte des Jahrhunderts durch die kalifornischen, dann durch die australischen Goldfunde das Gold zu dem billigeren Metall wurde, so daß in den 50er und 60er Jahren die Napoléons d'or den französischen Umlauf erfüllten. 1865 schloß Frankreich mit Belgien, der Schweiz und Italien die lateinische Münzunion. Als anfangs der 70er Jahre durch ausgedehnte Silberproduktion ein Abfluß des Goldes drohte, wurde die Silberprägung zunächst beschränkt und 1878 ganz eingestellt. Die lateinische Münzunion war damit zu einer „hinkenden Goldwährung“ übergegangen. Die silbernen 5-Frankstücke blieben gesetzliches Zahlungsmittel. Es konnte vorkommen, daß die Banque de France, wenn Gold verlangt wurde, dieses nur gegen eine Prämie abgab. Indessen funktionierte diese Währung in der Hauptsache doch als Goldwährung.

1806 hatte Napoleon der *Banque de France* ihre endgültige Verfassung verliehen. Sie pflegte, wie die Bank von England, die Notenausgabe gegen Wechsel. 1848 erlangte sie das Monopol der Notenausgabe für ganz Frankreich. 1870 konnte sie dem Staate die größte Hilfe gewähren. Ihre Noten erhielten sich, wie die der Bank von England nach 1797, in ihrem Werte. Das Kontingent ihrer Ausgabe war sehr hoch bemessen, so daß Bargeld und Noten noch bis heute den Zahlungsverkehr Frankreichs weitgehend ausmachen.

In *Deutschland* machte sich die staatliche Zersplitterung auch im Geldwesen geltend. Doch setzte sich der preußische Taler als Zahlungsmittel immer mehr durch. Im Süden herrschte der Gulden, der von dem österreichischen Gulden etwas verschieden war. 1838 hatte man es mit einem Doppeltaler für den Zollverein versucht. 1857 wurde der Vereinsthaler als gemeinsame Münze von Österreich und dem Zollverein angenommen. Erst 1871 konnte zur Vereinheitlichung des deutschen Münzwesens geschritten werden. Die französische Kriegsentschädigung gestattete es dem Deutschen Reiche, gleichzeitig zur Goldwährung überzugehen. Die neuen Goldmünzen, die auf der einen Seite den Reichsadler, auf der anderen das Zeichen der den Einzelstaaten gewährten Münzstätte trugen, waren ein Symbol der Reichsverfassung. Das Silber sollte zur Scheidemünze werden. Allein die Schwierigkeiten, die sich bei der Einziehung auch dadurch ergaben, daß man zu schnell mit der Ausgabe der neuen Münzen vorgegangen war, führten dazu, daß man zunächst von der völligen Beseitigung der Taler absah. Sie wurden erst 1909 eingezogen. Bis dahin war also auch die deutsche Währung eine hinkende Goldwährung, wenn auch mit einem beträchtlich kleineren Silberbein als in der lateinischen Münzunion.

1847 war die Preußische Bank nach dem Muster der englischen und französischen Institute neu geordnet und konnte in den nächsten Jahren ihre Aufgabe als Mittelpunkt des Wechselverkehrs voll erfüllen. Die preußische Regierung stand der damals verlangten Freigabe des Notenrechtes entgegen, doch wurden in den kleineren

Nachbarstaaten Banken gegründet, deren Noten, wie einst das schlechte Geld, die Nachbarstaaten überschwemmt. Sachsen-Meiningen und Sachsen-Koburg hatten Guldenwährung. Sie gaben aber Talerscheine aus, weil diese Aussicht auf weiteren Umlauf hatten. Der Privatbank zu Gotha, der Geraer Bank und der Niedersächsischen Bank zu Bückeburg wurde das Recht unbeschränkter Notenausgabe gewährt. Gewiß verlangte die ausgedehntere Zirkulation neben den Münzen andere Zahlungsmittel. RICARDO hatte gesagt, daß die Errichtung einer Bank, die diese besorgte, der Entdeckung einer Mine in dem Staate gleichkomme. Allein die große Mannigfaltigkeit des deutschen Papierumlaufes in den 50er und 60er Jahren machte ihn zugleich zu einer unsicheren Grundlage des Verkehrs. Das neue Reich machte ein Ende mit dem einzelstaatlichen Papiergeld und ersetzte es durch die Reichskassenscheine; vor allem wurde 1875 die Reichsbank gegründet, die die Geschäfte der Preußischen Bank übernahm. Die Hamburger Bank hatte bis dahin an ihrer alten Form festgehalten, als Kredit-Institut nur in Zeiten der Not zu funktionieren. Sie hatte sich damit in Hamburg selbst durch zwei 1856 gegründete Institute, die Vereinsbank und die Norddeutsche Bank, die den regelmäßigen Wechselverkehr pflegten, überflügeln lassen. Jetzt übernahm die Reichsbank ihre Geschäfte, nicht ohne den Giroverkehr, in dessen Bewältigung das Hauptverdienst der Hamburger Bank bestanden hatte, ihrerseits für das ganze Reich auszubilden. Dieser Giroverkehr erlangte in Deutschland neben der Notenausgabe große Bedeutung.

Auch in England hatte 1844 die Bank von England nicht das alleinige Recht der Notenausgabe erhalten. Neben ihr durften einige Londoner Privatbankiers und Aktienbanken außerhalb Londons Noten ausgeben. Allein die ihnen gewährten Kontingente schmolzen immer mehr zusammen, so daß praktisch die Noten der Bank von England das Feld beherrschten. So mußte die Reichsbank Banken neben sich dulden, deren Notenrechte nicht ohne weiteres aufgehoben werden konnten. Allein ihre Rechte wurden beschnitten, so daß die Zahl derer, die von ihnen Gebrauch machten, ständig zurückging. Schließlich behaupteten sich nur in den größeren Mittelstaaten, Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden, die sog. Privatnotenbanken, deren Kontingente erst jetzt aufgehoben sind.

Nach den in England gemachten Erfahrungen wurde der Reichsbank kein festes Kontingent auferlegt, es war nur, wenn eine bestimmte Notenmenge überschritten wurde, von der Bank eine 5proz. Steuer an das Reich abzuführen. Die Bank von England war als private Aktiengesellschaft aufgebaut, die aber stets in engster Fühlung mit der Regierung blieb. Auch in Frankreich und in Deutschland wurde die Form der Aktiengesellschaft gewählt, um die Selbständigkeit gegenüber den Staatsfinanzen festzulegen. Indessen ernannte der Staat in Frankreich den Gouverneur, in Deutschland den Präsidenten der Bank.

Die 50er und 60er Jahre standen im Zeichen steigender Preise, wie sie durch die verstärkte Goldgewinnung mit hervorgerufen wurden. Seit 1873 gingen die Preise zurück. Dieser Rückgang erklärt sich teilweise durch die Überspannung der Spekulation zu Beginn der 70er Jahre, der ein Rückgang folgen mußte. Sie erklären sich auch dadurch, daß die großen Investitionen, die der Ausbau des Bahnnetzes in Europa mit sich gebracht hatte, und die nach dem Kriege notwendig gewordene Erneuerung des Kriegsmaterials zu einem gewissen Abschluß gekommen waren. Gleichzeitig ging aber auch die Goldzufuhr zurück, so daß man, namentlich in den Vereinigten Staaten, der zu knappen Golddecke durch Bimetallismus aufzuhelfen suchte, um dem Preisfall entgegenzutreten. Die *Bland-Bill* von 1878 sah starke Ausprägungen von Silber mit unbeschränkter Zahlungskraft vor, 2 Millionen Dollar pro Monat. Die *Sherman-Bill* von 1890 sah von einer Silberprägung ab, verpflichtete aber den Staat zu weiteren starken Ankäufen, so daß er etwa ein Drittel der Weltproduktion aufnahm. Es sollten gegen das hinterlegte Silber Silberzertifikate ausgegeben werden.

Mit dem Einsetzen der Goldproduktion in Transvaal verlor die bimetallistische

Agitation ihre Grundlage. Hatte noch in den 70er Jahren der Geologe Sueß von dem Versagen der Goldproduktion gesprochen, das bei dem bis dahin gefundenen Flußgolde in der Tat zu beobachten war, so konnte jetzt das Gold bergmännisch abgebaut werden. Es ergab sich nicht nur eine große Fülle des Goldes, in einem Jahre das 20fache der früheren brasilischen Ausbeute, sondern auch eine Regelmäßigkeit der Ausbeute. Seit den 90er Jahren stiegen die Preise wieder an. Auch hier ist die Geldbewegung nicht die einzige Ursache gewesen. Wie die Auswirkung der Erfindungen der 50er Jahre, wurden jetzt die Erfindungen auf dem Gebiete der elektrischen und chemischen Industrie in die Waagschale geworfen. Wie damals eine freiere Politik den Markt erweitert hatte, so taten es jetzt bessere soziale Gesetze. Allein der Einfluß der verstärkten Goldbasis auf das Währungswesen der Welt war unverkennbar. Nicht das Gold wurde jetzt billiger im Verhältnis zum Silber, wie es den veränderten Produktionskosten entsprochen hätte; sondern dadurch, daß nun mehrere Staaten zur Goldwährung übergehen konnten und die Nachfrage nach Silber damit nachließ, verschlechterte sich der Kurs des Silbers. Das Silber, das bis dahin immer noch ein wichtiges Währungsmetall gewesen war, behauptete sich in dieser Stellung schließlich fast nur mehr in China. Von der klassischen Relation von 1:15 ging sein Kurs herunter auf 1:40 im Jahre 1902.

Österreich und *Rußland* waren durch ihre kriegerischen Verwickelungen in die Papierwirtschaft geraten. Den Barzahlungen wurde jetzt nicht die alte Silberbasis, sondern das Gold zugrunde gelegt. Das Sinken des Silberpreises hatte 1879 Österreich veranlaßt, die freie Prägung des Silbers aufzugeben. Es wollte seine Währung nicht an diesen sinkenden Wert binden. So konnte der Papiergulden einen höheren Kurs erlangen, als seiner Silberdeckung entsprochen hätte. 1892 verschaffte die Österreich-Ungarische Bank sich durch Goldanleihen einen Goldschatz. Die damalige ungünstige Konjunktur verhinderte jedoch die Bank, allgemein die Goldzahlung aufzunehmen. Dafür begann sie 1894, den Devisenmarkt zu beherrschen. Dadurch, daß sie aus ihrem Bestande von Gold und Golddevisen den Bedarf des Verkehrs an auswärtigen Zahlungsmitteln deckte, schloß sie den Kurs der Krone an den der Goldwährungsländer an. Gelegentlich konnte die Bank auch mit Goldsendungen in das Ausland einspringen, wie Ende März 1907.

Rußland konnte unter den günstigeren Verhältnissen von 1896 die volle Aufnahme der Barzahlungen in Gold durchführen. Allerdings wurde dabei der Rubel, dessen alte Parität gleich 3,24 Mk. gewesen war, devalviert auf 2,16 Mk., den Kurs, der sich für den Papierrubel im Durchschnitt der Jahre 1884—1895 durchgesetzt hatte. Die Durchführung dieser Stabilisierung wurde Rußland nicht nur durch die Anhäufung eines großen Goldschatzes möglich, sondern auch dadurch, daß die Baisse-Spekulation in Rubelnoten von Berlin aus von dem Hause Mendelssohn durch den berühmten Russenschwanz unterbunden war.

Die *Vereinigten Staaten* hatten sich 1893, als Indien die Silberprägung einstellte, veranlaßt gesehen, die Sherman-Bill aufzuheben. Der Sieg Mc. Kinleys über Bryan 1897 brachte ihnen die Goldwährung, die 1900 proklamiert wurde. *Japan* verschaffte die von China gezahlte Kriegsentschädigung die Mittel, 1897 zur Goldwährung überzugehen.

Die Staaten, welche dem internationalen Zahlungsverkehr auf der Goldbasis sich anschlossen, brauchten ihren inneren Verkehr nicht, wie England, die Skandinavischen Staaten, Deutschland und Rußland, mit Gold zu bestreiten. Es genügte, wenn der zentralen Bank die Mittel in Gold zur Verfügung standen, um durch Leistung der notwendigen Zahlungen den Kurs der Landeswährung mit dem Golde aufrecht zu erhalten. So waren in Holland, das 1874 die freie Silberprägung eingestellt hatte, Silbergulden und Banknoten die Zahlungsmittel des inneren Verkehrs, während Holland zwischen den Goldwährungsländern England und Deutschland durch die Tätigkeit seiner Bank ebenfalls mit Gold aufwarten konnte. Länder mit starkem

Silberumlauf hätten allzu große Kosten aufwenden müssen, wenn sie diesen weitgehend durch Gold hätten ersetzen wollen. Ja, das Papier tat, wie schon RICARDO wußte, wie Österreich es bewies, und wie KNAPP es hervorhob, die gleichen Dienste.

Ostasien hatte seit dem Altertum das Edelmetall des Abendlandes bei sich aufgespeichert. *Indien* war einer der stärksten Konsumenten des aus Europa seit den 50er Jahren abströmenden Silbers geworden. Allein das Sinken des Silberwertes brachte seine Finanzen in schwere Gefahr. Viele Zahlungen an England, wie die Ruhegehälter seiner Beamten und die Zinsen der Eisenbahnanleihen, waren in Gold zu leisten und bedeuteten daher in Silber eine wachsende Bedrückung. Indien stellte daher 1893 die Silberprägung ein. Es hoffte damit auf einen festen Kurs mit dem Pfund Sterling zu gelangen. Dieser Kurs von 16 d. auf die Rupie wurde allerdings erst 1898 erreicht. 1899 wurde der englischen Goldmünze gesetzliche Zahlungskraft beigelegt. Eine ähnliche Regelung wurde für Hinterindien getroffen. Vorher schon war sie 1877 in Holländisch-Indien eingeführt. Die Vereinigten Staaten ließen auf den Philippinen Silber für die innere Zirkulation prägen, während der Kurs an den Gold-Dollar geknüpft blieb.

Süd-Amerika hatte in seinen mannigfachen politischen Wirren zum Papier gegriffen. In *Argentinien* war der Papierpeso auf den 30. Teil des Goldpeso gesunken. 1880 legte man 25 Pesos auf einen zusammen. 1891 hatte sich jedoch wieder ein starkes Agio herausgebildet. Dann aber setzte der wirtschaftliche Aufschwung des Landes ein. 1899 wurde eine Konversionskasse gegründet, die den Kurs, der bis auf 460 heraufgegangen war, auf 227,27 stabilisieren sollte. Dieses gelang erst im Jahre 1902. 1910 jedoch verfügte die Konversionskasse dank der gesteigerten Ausfuhr Argentinens über einen Goldschatz, der nur von den Vereinigten Staaten, Rußland und Frankreich übertroffen wurde. Dabei blieb das Papier das Zahlungsmittel des inneren Verkehrs. *Brasilien* und *Chile* ahmten das argentinische Beispiel nach, wenn auch nicht mit dem gleichen Erfolge.

Das Ergebnis war, daß nach den Schätzungen des amerikanischen Münzdirektors 1908 einem Goldvorrat der Welt von etwa 30 Milliarden Mark etwa die Hälfte, nicht ganz 15 Milliarden Mark an Silber und 18 Milliarden Mark an ungedecktem Papier gegenüber standen. Die Vereinigten Staaten waren mit 6,7 Milliarden zwar die stärksten Goldbesitzer. Allein das meiste Gold, 18,6 Milliarden, befand sich in Europa. Bei dem Silber fiel der ostasiatische Anteil, bei dem Papier der südamerikanische besonders stark ins Gewicht. Allein praktisch hatte der Weltverkehr in dem Golde die Grundlage für den Ausgleich seiner Zahlungen gefunden.

Schrifttum.

POWELL, E.: *The Evolution of the Money Market*. London 1915. — ANGELL, J.: *The Theory of International Prices*. Harvard Ec. St. 28, 1926. Die Auffassung Ricardos, daß die Entwertung der englischen Banknoten zur Zeit der Restriction lediglich einem Übermaße der Ausgabe zuzuschreiben wäre, findet in den Daten der Kurse keine Bestätigung. Der Kurs stand auch bei verhältnismäßig geringer Notenmenge schlecht und konnte sich erholen trotz stärkerer Notenausgabe. — BACHMANN, G.: Die Gründung der Bank von Frankreich durch Napoleon I., 1908. Schweizer Bankiers spielten damals in Paris eine große Rolle. Dem Neuenburger Perrégaux, dem Präsidenten der Caisse des Comptes Courantes, vertraute Napoleon die Leitung der neuen Notenbank an. Die Aktionäre entsandten dazu den Züricher Hottinger. Vgl. hierzu L. WEISZ: Hottinguer & Co. N. Z. Z. 1934. — HELFFERICH, K.: Die Reform des deutschen Geldwesens, 1898. — MACHLUP, F.: Die Goldkernwährung, 1925. — SCHAEFER, C.: Klassische Valuta-Stabilisierungen, 1922. — ESSELEN, J.: Konjunktur und Geldmarkt 1902—1908, 1909. — KNAPP: Staatliche Theorie des Geldes, 1905. Knapp wendet sich gegen die Metallisten. Er betont die Bedeutung der Proklamation für die Wirkungskraft des Geldes. Dem ist freilich entgegenzuhalten, daß solcher rechtlichen Proklamierung die Bereitschaft der Wirtschaft zur Annahme des Geldes entsprechen muß, die nicht immer vorhanden ist, z. B. nicht bei ungeschickter Stückelung der Münzen, wie bei den alten 20-Pfennigstücken. Mit Unrecht gibt man jedoch Knapp Mitschuld an der deutschen Inflation. Er spricht vielmehr von der Notwendigkeit „tiefgreifender exodromischer Maßregeln“. Feste Währungspolitik fordere entschlossenes Auftreten gegen die Stauung akzessorischer Geld-

arten. Daran eben ließ es der Präsident der Reichsbank Havenstein während und nach dem Kriege fehlen. — REITLER, A.: Devisenverkehr und Devisenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Kriegseignisse. Zürich 1917.

2. Die Ausbildung des Zahlungs- und Kreditverkehrs durch die Banken.

Für den modernen Geldverkehr ist neben der Münzgesetzgebung die Verfassung der *zentralen Bank* fast wichtiger geworden. Ihre Stellung ist dadurch eine besonders schwierige, daß sie durch ihre Notenausgabe ja nicht nur die Menge der *Zahlungsmittel* beeinflußt, sondern, weil diese Noten gegen Wechsel u. dgl. hingegeben werden, zugleich im Mittelpunkt des *Kreditverkehrs* steht. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts hat die Bank von England diese Aufgabe erkannt und versucht, ihr durch ihre *Diskontpolitik* entgegenzukommen. Die zentrale Bank soll nicht um jeden Preis Geschäfte machen. Ihre volkswirtschaftliche Aufgabe besteht vielmehr darin, unter Umständen mit Preisgabe von Gewinnen den Markt zu regulieren. Law hatte die Spekulation zur Siedehitze entflammt, um dann ebenso plötzlich abzubremesen. Die moderne Diskontpolitik gibt während des Taumels der Spekulation durch Erhöhung ihrer Diskontrate ein Warnungszeichen, ist umgekehrt, wenn alles darniederliegt, bereit, mit billigen Bedingungen aufzuhelfen. Indessen findet solches Entgegenkommen gegen die Wirtschaft seine Grenze in den Rücksichten auf die Sicherheit der Währung. Wenn diese als Grundlage vor allem des internationalen Handelsverkehrs angesehen wird, müssen ihr Kreditwünsche der Produktion geopfert werden. Dadurch erklärt sich die Verschiedenheit der Diskontpolitik in den einzelnen Ländern.

London hatte von seiner Stellung als Mittelpunkt des internationalen Waren- und Schiffsverkehrs zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein gut Teil an die kontinentalen Häfen abgeben müssen. Es blieb aber Mittelpunkt des internationalen Zahlungs- und Kapitalverkehrs. Daher stand für die *Bank von England* die Sicherheit der Währung durchaus im Vordergrund. Im Burenkriege hatte sich England die Herrschaft über das wichtigste Goldvorkommen gesichert. Dieses Gold strömte nach London. Aber es wurde von dort bei Zahlungsverpflichtungen Englands auch wieder abgezogen. Wenn solche Goldabzüge bedenklich zu werden schienen, erhöhte die Bank von England ihren Diskontsatz, um damit womöglich Gold ins Land zu ziehen. Bei diesen Fluktuationen mußte die Bank von England ihren Satz sehr häufig ändern. *Frankreich* gestattete sein durch die Ersparnisse der Bevölkerung sich anhäufender Reichtum, dem keine entsprechenden Verwendungsmöglichkeiten im Inlande sich öffneten, seinen Diskont gleichbleibend niedrig zu halten. Der *deutsche Diskontsatz* war vor dem Kriege stets höher, einerseits wegen der geringeren Kapitalkraft Deutschlands, dann aber auch weil die größere Unternehmungslust Deutschlands eine drängende Nachfrage nach Kredit hervorrief. Deutschland mußte seinen Diskont häufiger ändern als Frankreich. Die Rücksicht auf seine Industrie ließ jedoch die zentrale Bank die Änderungen zögernder vollziehen als in England. In *Belgien* überwogen die Interessen der Exportindustrie. Diese ließen die belgische Diskontpolitik selbst die Rücksicht auf die Stabilität der Währung zurücksetzen. Trotz der lateinischen Münzunion konnte der belgische Franken schlechter stehen als der französische.

Wie die Diskontpolitik unter Umständen auf Gewinne zu verzichten hatte, war auch die *Devisenpolitik*, wie sie abhängige Länder zu pflegen hatten, mit Opfern verbunden. Die Österreich-Ungarische Bank mußte sich die Beherrschung des Devisenmarktes 1894—1896 mit einem Rückgang ihrer Gewinne erkaufen, die freilich, nachdem diese Herrschaft erreicht war, wieder anstiegen.

An die zentrale Bank schloß sich eine Fülle anderer Organisationen an, die sich im 19. Jahrhundert besonders reich entwickelten. Der Kaufmann pflegte neben dem Warengeschäft den Geldverkehr, und im 18. Jahrhundert nannten sich viele Kaufleute, um die Bedeutung dieses Geschäftszweiges hervorzukehren, *Bankier*. An den

Umschlagsplätzen schloß sich das Bankgeschäft an die Besorgung des Transportes an. Man bat seinen Korrespondenten an solchem Platze, die Ware entweder dort zu verkaufen oder weiter zu senden und die nötigen Zahlungen zu besorgen. Kommission, Spedition und Wechsel finden sich daher an Plätzen wie Frankfurt und Basel in einer Hand vereinigt. Der Bankier leistete Zahlungen am Platze, wobei diese, falls sie sich zwischen seinen Deponenten abspielten, durch Umschreibung in seinen Büchern vermittelt werden konnten. Der Wechsel diente dem Zahlungsverkehr mit auswärtigen Plätzen. Die bekannten Geschäftshäuser der großen Handelsplätze standen in regem Wechselverkehr miteinander. Dabei konnte sowohl dem Kunden im Kontokorrentverkehr am Platze wie nach auswärts zugleich Kredit erteilt werden.

Neben den Privatbankier traten *Depositenbanken*, die sich in England besonders stark entwickelten. Die erste Aktienbank, die sich in London 1834 niederließ, die London and Westminster Bank, begegnete starkem Widerspruch bei der Bank von England und bei den Londoner Privatbankiers. Diese hatten seit 1773 unter sich einen Abrechnungsverkehr eingerichtet. Über die Guthaben bei den Banken konnte man durch *Scheck* verfügen, der entweder zur Auszahlung gelangte oder, wenn der Empfänger auch Kunde der Bank war, zu einer Umschreibung in ihren Büchern führte. Statt nun diese Schecks gegenseitig auszuzahlen, taten sich die Kommiss der etwas über 40 Banken zusammen, um die einander ausgleichenden Beträge durch Abrechnung zu erledigen, so daß nur das Saldo auszuzahlen war. Bei diesem *Clearing* konnten offenbar größere Zahlungen durch einen kleineren Bestand von Zahlungsmitteln beglichen werden. Erst 1854 wurden die Aktienbanken zu diesem Clearing zugelassen. Damit nahm es erst einen größeren Aufschwung. Nicht nur der Geschäftsmann, sondern auch der Privatmann gewöhnte sich daran, den Banken seine Kasse anzuvertrauen und mittels Scheck über diese Guthaben zu verfügen. Der einzelne Scheck erspart so wenig wie der einzelne Wechsel eine Zahlung, er verschiebt sie nur. Aber dadurch, daß der Kreis, der an diesem Verkehr sich Beteiligenden allgemein wurde, von der Stadt auf das ganze Land sich ausdehnte, konnten die meisten Beträge durch Umschreibung erledigt werden. Diese Umschreibung ist keineswegs kostenlos, aber sie erspart Bargeld. Die Beschränkung der Zahlungsmittel, welche die Peelsche Bankakte von 1844 vorsah, wurde dadurch aufgehoben, daß seit den 50er Jahren der Scheckverkehr die Masse der englischen Zahlungen bewältigte. So brauchte das Kontingent der Bank von England bis 1914 nicht erhöht zu werden. Es wuchs nur dadurch, daß ihm die Notenrechte der Privatbankiers und Aktienbanken, die darauf verzichteten, zufielen. In den Ländern dagegen, in denen der Scheckverkehr weniger ausgebildet war, wie in Deutschland und Frankreich, mußte, entsprechend dem Anwachsen des Verkehrs, das Kontingent wiederholt erhöht werden.

Wir sehen also, daß hier eine Organisation des Zahlungsverkehrs geschaffen wurde, die dem gesteigerten Bedarf fast ebenso wirksam entgegenkam, wie die Vermehrung der Zahlungsmittel durch die gesteigerte Goldproduktion. Nicht als ob das Bargeld vollständig ersetzt werden könnte. Es bleibt notwendig im Kleinverkehr, besonders für Lohnzahlungen. Im Geschäftsverkehr jedoch kann der Umsatz des Bargeldes weitgehend erspart werden. Es bleibt nur nötig als Deckung dieses Verkehrs. Dabei handelt es sich bei den Geschäftsumsätzen um größere Beträge, die häufiger umgeschlagen werden. Schon in den 60er Jahren konnte man in England den Rückgang des Gebrauchs der großen Banknoten beobachten. Man konstatierte, daß bei den größeren Geschäften 97 $\frac{1}{4}$ % der Umsätze durch Wechsel und Schecks beglichen wurden, 2% durch Banknoten und nur $\frac{3}{4}$ % durch Hartgeld. Der englische Clearingverkehr fand seit 1864 in den Noten der Bank von England seinen Rückhalt, die damit zum Mittelpunkt dieses Verkehrs wurde.

Der Scheckverkehr bürgerte sich auch in *Amerika* durchaus ein. Die Menge der

Depositen, der Grundlage des Scheckverkehrs, stieg nach FISHER von 1866 bis 1913 auf das Siebenfache von 600 Millionen \$ auf 4,4 Milliarden \$, während die Zahl der Noten sich gleichzeitig nur verdoppelte von 300 auf 700 Millionen \$. Die Umschreibung leistete das Zehnfache des Barverkehrs. 35 Milliarden wurden in den Vereinigten Staaten durch Geld übertragen, 364 Milliarden durch Scheck. Dabei gehen in den Vereinigten Staaten jährlich 150 Milliarden durch das Clearing. Allein den Vereinigten Staaten fehlte die zentrale Bank. Es hatte eine solche gegeben. Ihr Privileg wurde aber 1836 fallen gelassen, da man von ihr eine kapitalistische Beherrschung des Geschäftslebens befürchtete. Zunächst erteilten die Einzelstaaten das Recht der Notenausgabe. 1863 folgten die Nationalbanken, deren Emission dadurch sichergestellt wurde, daß man ihre Deckung in Staatspapieren verlangte. Damit war der Elastizität des Geldumlaufes ebenso wenig gedient, wie nach dem Schweizer Gesetz von 1881, das dort die gleiche Deckungsart durch Wertschriften vorsah. In Zeiten außerordentlichen Bedarfes, wie 1860, 1873, 1893 und noch 1907 mußte der Clearingverkehr sich mit Schuldverschreibungen behelfen, die von seiner Vereinigung ausgestellt waren. Wenn hinter dieser Vereinigung auch die wichtigsten Banken des Landes standen, so war ihr Kredit doch geringer als der einer zentralen Bank mit staatlichem Notenausgaberecht. Wir verstehen daher, daß diese *Clearing-Loan-Certificates* nur mit Aufgeld genommen wurden.

Dadurch, daß die Depositenbanken alle erreichbaren Vermögensbestände an sich zogen, machten sie diese nicht nur dem Verkehr dienstbar, sondern eröffneten mit ihnen auch eine wichtige Kreditquelle. Durch sie wurde die ganze Wirtschaft des Landes in den kapitalistischen Betrieb eingespannt. Das bedeutete eine große Verstärkung der Ausdehnungsmöglichkeiten der Wirtschaft. Nicht nur die Technik, sondern auch diese Erleichterungen des Zahlungs- und Kreditverkehrs brachten den Ländern, die sich ihrer bedienten, einen großen wirtschaftlichen Aufschwung. Sie waren eine der Grundlagen der englischen Blüte in den 50er bis 70er Jahren des 19. Jahrhunderts. Auch der deutsche Aufschwung um die Jahrhundertwende ist der stärkeren Benutzung dieses Mittels zu danken. Frankreich wußte es weniger zu nutzen. Es bedurfte für seine Zahlungen etwa das Dreifache des englischen Zahlungsmittelbestandes. Deutschland stand in der Mitte und näherte sich immer mehr dem englischen Beispiele. Genauere Berechnungen liegen erst aus neuerer Zeit vor. Danach stand 1929 einer Bargeldmenge von 5,2 Milliarden Mark ein Guthabenbestand von 14 Milliarden gegenüber. Da unter diesen die Guthaben der Geschäftswelt etwa 10 Milliarden ausmachten und diese einer wesentlich schnelleren Umlaufgeschwindigkeit unterliegen, zeigt sich auch in Deutschland die überragende Bedeutung des bargeldlosen Verkehrs.

Die internationale Zusammenarbeit der Banken erwies sich dadurch, daß 1839 die Bank von England sich 2½ Millionen £ von der Bank von Frankreich leihen ließ und 900 000 £ von Hamburg. Auch dem internationalen Zahlungsverkehr mußte die Verbesserung des Nachrichtendienstes zugute kommen. Neben Wechsel und Scheck trat die drahtliche Anweisung, das cable-transfer. Wie die Goldwährung als Grundlage des internationalen Zahlungsverkehrs so half die Organisation der Kreditinstitute, die ständig wachsende Beträge miteinander abrechneten, dazu, das Netz des Weltmarktes immer enger zu ziehen.

3. Die Kreditversorgung der Produktion. Die Wirtschaftskrisen.

Bei dem langsamen Wachsen der englischen Großindustrie konnte ihr Aufkommen weitgehend durch Überschüsse finanziert werden, die aus früherem Geschäftsbetriebe zur Verfügung standen. Auch als seit den 60er Jahren die Erweiterung der Unternehmen es mit sich brachte, daß weitere Kapitalien mit Aktionärsrechten ausgestattet werden mußten, blieben diese Aktien zumeist in dem Kreise des Geschäftsinhabers und seiner Freunde. Ganz anders auf dem Kontinent, wo die

Großindustrie als etwas neues eingeführt wurde und sofort eine große Konzentration der Mittel verlangte. Zu den Kapitalanlagen der früheren Zeit, den Staatspapieren und Pfandbriefen, trat seit den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts mit großen und wachsenden Ansprüchen die Industrie-Aktie. Ihre Ausbildung hatte die Aktie in den Kolonialunternehmungen gefunden; Banken und Versicherungsgesellschaften hatten sich ihrer besonders bedient. Im Zeitalter der Eisenbahnen wurde ihr abstrakter, ziffernmäßig begrenzter Anspruch zum Hauptmittel der industriellen Organisation.

Auf der *Börse* fanden nach Beendigung der napoleonischen Kriege zunächst die Staatsanleihen, die sich aus ihrer Liquidierung ergaben, ihren Absatz. Die großen Finanzhäuser, die Hope in Amsterdam, die Baring in London, neben den Bethmanns vor allem die Rothschilds in Frankfurt, hatten dadurch eine andere Stellung als die großen Geldgeber im Zeitalter der Fugger, daß sie sich auf das ihnen in wohlgeordneten Börsen entgegengebrachte Angebot des kapitalbesitzenden Publikums stützen konnten. Niemand wußte dieses Instrument besser zu benutzen, als das Haus Rothschild, dessen Brüder in den verschiedenen Hauptstädten, in London, Paris, Wien und Neapel sich verteilt hatten. Der Landgraf von Hessen hatte dem alten Rothschild sein Vermögen anvertraut, das das Haus ihm aus den Kriegswirren in England zu retten wußte. Dann hatte es den Engländern die Zahlung ihres Kriegsbedarfs und ihrer Subsidien auf dem Kontinent vermittelt. Dadurch, daß die Zinsen der neuemittierten Anleihen auch in £ St. gezahlt werden konnten, wurde ihnen der Absatz auf der Londoner Börse gesichert. Nicht nur der alten Welt wurde durch solche Anleihen geholfen, seit den 20er Jahren leistete das Haus Rothschild den neu erstandenen südamerikanischen Staaten den gleichen Dienst. Auch sie wurden durch ihren alsbald sich einstellenden Finanzbedarf an den Londoner Markt gekettet. Wie einst das Haus Fugger dem alten Glauben gedient hatte, unterstützte das altgläubige Haus Rothschild die Regierungen der Restauration. In der Zeit bis 1848 war sein Einfluß auch politisch bedeutungsvoll. Als 1830 durch die Erhebung Belgiens ein europäischer Krieg drohte, hat gewiß vor allem die Friedensliebe des preußischen Königs ihn verhindert, aber auch die finanziellen Einflüsse des Hauses Rothschild halfen zu diesem Ergebnis.

Zur Förderung der Industrie hatte St. Simon die Gründung einer zentralen Bank vorgeschlagen. Seine Ideen glaubten die Gebrüder Pereire 1852 mit der Gründung des *Crédit Mobilier* verwirklichen zu können. Mit einem Aktienkapital von 60 Millionen Franken und dem Recht, 600 Millionen Franken Obligationen auszugeben, sollte er das Kapital Frankreichs sammeln, um es den neuen großen Unternehmungen, den Eisenbahnen und der mit ihrem Bau aufkommenden Eisenindustrie zur Verfügung zu stellen. In der Tat hat der *Crédit Mobilier* in den 50er und 60er Jahren zur Ausbreitung des französischen Kapitalismus gewaltig beigetragen. Nicht nur in Frankreich wurde gegründet. Nach dem Muster des *Crédit Mobilier* entstanden die Österreichische und die Schweizerische Creditanstalt. Banken und Bahnen nahmen die Form von Aktiengesellschaften an, deren Aktien zunächst von dem Mutterinstitut selbst übernommen wurden, so auch in Spanien. Der langsame Ausbau des spanischen Bahnnetzes und die hinter den Erwartungen zurückbleibenden Ergebnisse seiner Linien sollten dem *Crédit Mobilier* in den 60er Jahren verhängnisvoll werden. Dazu trat eine überspannte Ausnutzung der Börsenspekulation. Der Kurs der Aktie, die mit 1100 Franken herausgebracht war, stieg 1856 auf 1982 Franken, war aber im Juni 1866 auf 420, im November 1867 auf 145 Franken gesunken. Illiquide Immobilier-Anlagen an dem Pariser Baumarkt, vor allem an dem Marseiller Hafen, waren der Hauptgrund seiner Schwierigkeiten. Schon vor den großartigen Betätigungen des *Crédit Mobilier* hatte die 1822 in Brüssel gegründete *Société Générale* sich dem Anlagegeschäft gewidmet. Vorsichtiger als der *Crédit Mobilier* setzte es in Frankreich der *Crédit Lyonnais* fort, gleichzeitig das Depositengeschäft pflegend.

Diese Verbindung von Depositengeschäft und Kapitalanlage wurde auch für das deutsche Bankwesen bestimmend. *Mevissen*, der auch dem St. Simonismus nicht fern stand, gründete 1848 in Köln den Schaffhausenschen Bankverein neu als Aktiengesellschaft und 1853, im Gegensatz zu den Rothschilds in Frankfurt, die Darmstädter Bank. In Berlin gründete *Hansemann* die Discontogesellschaft, zunächst für den Kleinbetrieb, nach der Neugründung von 1856 aber auch für den Großbetrieb. Die Berliner Handelsgesellschaft schloß sich an. 1870 gründete G. v. Siemens die Deutsche Bank, die das Depositengeschäft besonders pflegte; die Dresdner Bank trat als fünftes großes Institut hinzu. Alle diese Banken bekamen in der neugegründeten Reichshauptstadt ihren Hauptsitz. Frankfurt, das zur Zeit des Deutschen Bundes den Mittelpunkt des deutschen Bankgeschäftes gebildet hatte, wurde in den 70er Jahren durch Berlin überflügelt. In den Großbetrieben der Schwerindustrie fanden die deutschen Banken ihre Hauptanlage. Die Berliner Handelsgesellschaft unterstützte später besonders die elektrische Industrie. Aber auch das Auslandsgeschäft wurde nicht vernachlässigt. Die deutschen Banken hatten vor allem in London ihre Niederlassung.

Überall vollzog sich ein starker Konzentrationsprozeß des Bankgewerbes. Die Zahl der Betriebe ging immer mehr zurück, während der Umfang der einzelnen Unternehmungen durch Gründung von Filialen sich erweiterte. So schmolzen in England 1890—1913 die Privatbankiers von 38 auf 8 zusammen, die Aktienbanken gingen von 104 auf 43 zurück, während die Anzahl ihrer Bankstellen sich gleichzeitig von 2203 auf 5802 vermehrte.

In Deutschland und in England verbanden sich die Institute der Hauptstadt mit den in der Provinz aufgekommenen Banken. So schmolzen die London and Westminster und die London and County Bank, die besonders in den landwirtschaftlichen Distrikten ihre Kunden hatte, zusammen. In Deutschland gliederte sich die Deutsche Bank 1897 die Bergisch-Märkische Bank in Elberfeld und den Schlesischen Bankverein in Breslau an und faßte damit Fuß in den Hauptindustriebezirken Rheinland-Westfalens und Schlesiens. Sie stand hinter der Gründung der Bank für orientalische Eisenbahnen in Zürich, die 1890 für den Ausbau der anatolischen Bahn gegründet wurde, ein Unternehmen, dem 1901 auch die Konzession zum Bau der Bagdadbahn erteilt wurde. Die Disconto-Gesellschaft ließ sich die Sanierung der von Strousberg übernommenen rumänischen Bahnen angelegen sein. In der Finanzierung der rumänischen Erdölproduktion begegneten sich Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft.

Die englischen Depositenbanken betrieben nur kurzfristige Kreditgeschäfte. Sie finanzierten die Wechselmakler und die Börse, die Stockbroker. Die Finanzierung größerer Unternehmen wurde an der Londoner Börse durch besondere Promotors vorgenommen. Der Zustrom von Kapital wurde dadurch erleichtert, daß es sich auch mit den kleinsten Beträgen, der £-Aktie, beteiligen konnte. So kamen seit 1889 die Summen der Chartered Company zusammen, die Cecil Rhodes Südafrika erobern half. Die Londoner Börse übte eine strenge Aufsicht in der Zulassung der Anleihen fremder Staaten. Aber während es ihr nur um die finanzielle Sicherheit der Gläubiger zu tun war, wurden die Börsen auch im politischen Interesse benutzt. Als Bismarck den russischen Anleihen den deutschen Markt versagt hatte, wandte sich Rußland nach Paris, wo es ein offenes Ohr für seine Wünsche fand. Die von Frankreich gewährten Anleihen sollten jedoch nicht nur dem wirtschaftlichen Aufbau des Landes dienen. —

Es konnte nicht ausbleiben, daß bei den der Industrie gewährten Darlehen Fehlschläge eintraten. England, das in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts den größten Aufschwung aufwies, wurde auch von den heftigsten *Krisen* erschüttert. 1815 mußte es erkennen, daß der Absatz auf dem Kontinent, auf den es nach dem Frieden gehofft hatte, wegen der Erschöpfung durch den Krieg seinen Erwartungen

nicht entsprach. Die Erschließung Südamerikas ließ die Engländer wahllos alles Mögliche dorthin senden. 1825 führte dieses zu einer Handelsstockung. Die Krise des amerikanischen Bankwesens schlug zu Ausgang der 30er Jahre nach England über. Gleichzeitig zog der Zusammenbruch der Banque de Belgique London in Mitleidenenschaft. Die Krise von 1847 folgte dem Übereifer in der Gründung von Eisenbahnen (Railway mania). In den Vereinigten Staaten waren die Krisen bis 1907 in engster Verbindung mit dem Ausbau des Bahnnetzes. Die Herstellung der Güter entfernter Ordnung konnte nicht ohne Erschütterung des regelmäßigen Ganges der Wirtschaft sich vollziehen. Bei dem Ausbau einer Bahn, eines Tunnels, eines Kanals, später eines Elektrizitätswerkes wurden für eine gewisse Zeit Arbeitskräfte und Kapitalien gebunden. Fanden diese Arbeitskräfte später sofort wieder Beschäftigung? Entsprach den investierten Kapitalien sofort eine genügende Ausnutzung der Anlage, die ihre Verzinsung sicherte? Mußten nicht bei der Berechnung der Kosten und der späteren Verwendungsmöglichkeit oft die größten Fehler unterlaufen? Bei jedem Bau muß wohl mit Überschreitung der ursprünglich festgesetzten Kosten gerechnet werden, vor allem wenn die Natur unerwartete Hindernisse in den Weg stellt. Der Suezkanal kostete das Doppelte der veranschlagten Summe. Bei der Gotthardbahn war die zuerst vorgesehene Bausumme nahezu verbraucht, als man nur erst die Zugänge zum Gotthard durch das sumpfige Tessin gebaut hatte. Es war ein neuer Zugschuß und eine Reduktion des ursprünglichen Bauprogramms nötig, das Werk zu vollenden. Henri Villard erbaute die Northern Pacific Bahn, aber gerade als der letzte goldene Bolzen feierlich im Beisein eines Indianerhäuptlings eingeschlagen war, traf ihn die Nachricht, daß wegen Überschreitung des Bauprogramms um 14 Millionen \$ ihm die Inangasetzung der Bahn nicht möglich war.

Gewiß wird in Zeiten der Geldfülle auch manches schwindelhafte Unternehmen gegründet. Geld wird gewährt, auch wo der Erfolg nicht sicher zu sein scheint. Indessen ist die rhythmische Wiederkehr der Krisen, die mit der Ausbildung des Kapitalismus verbunden schien, auf tiefere Ursachen zurückzuführen. Sie hängt mit der Entwicklung des Produktionsapparates zusammen. Man konnte hoffen, durch ausgedehnte Beobachtung, durch statistische Erfassung der Handels- und Produktionsbewegung die Handhabe zu gewinnen, dieser Schwankungen immer mehr Herr zu werden. Der Ablauf der Wirtschaft brauchte nicht durch Krisen unterbrochen zu werden, er konnte sich in dem Auf und Ab der *Konjunkturen* vollziehen.

In England hatten die Unvollkommenheiten der Bankverfassung die Krisen der 30er und 40er Jahre verschärft. Die Überwindung der Krise von 1857, die wiederum durch übertriebene Kreditgewährung in Amerika hervorgerufen war, gelang England verhältnismäßig rasch, da sich ihm bei dem Versagen der amerikanischen Verbindungen der ostindische Markt öffnete. Die Krise der 60er Jahre war auf politische Gründe zurückzuführen. Der Sezessionskrieg schnitt England die Zufuhr der amerikanischen Baumwolle ab. Die Krise von 1873 brach in Wien aus, wo man die Möglichkeiten der neuen Zeit in einem übertriebenen Bauprogramm überschätzt hatte. Die 80er Jahre sahen in Frankreich den Krach Bontoux, der versucht hatte, die katholischen Kapitalien gegen die jüdische Finanz in Paris zusammenzufassen. Die Baringkrise von 1890, die durch das Versagen des argentinischen Marktes hervorgerufen war, wurde dadurch bekämpft, daß die Bank von England an der Spitze anderer Londoner Bankhäuser die Verpflichtungen des zeitweilig in Schwierigkeiten geratenen Hauses übernahm. In dieser Solidarität der Bankinstitute des führenden Landes konnte man mit Recht ein Zeichen der Beherrschbarkeit der Gefahren erblicken. Die letzte Krise vor dem Weltkriege, die 1907 die Vereinigten Staaten erschütterte, wurde vor allem durch die Unvollkommenheiten der dortigen Bankverfassung verhängnisvoll.

Durch die kapitalistische Verflechtung waren die einzelnen Teile der Welt in die engste Verbindung gekommen. Wo Not sich zeigte, konnte sofort eingegriffen werden.

1817 hatte es in Europa noch eine *Hungersnot* gegeben. Seit der Mitte des Jahrhunderts war von dergleichen für Europa nicht mehr die Rede, und jeder Bahnbau erlöste auch in Asien weitere Gegenden von dieser Gefahr. Dafür mußte man es in den Kauf nehmen, daß jede Absatzstockung auch die entferntesten Glieder der Tauschgemeinschaft ergriff. Die amerikanischen Zusammenbrüche von 1857 wurden bis in das letzte Schweizer Dorf hineingespürt. Aber konnte nicht so, wie die Krise von 1907 durch die notwendig gewordenen Goldsendungen nach Amerika die europäischen Banken in Mitleidenschaft gezogen hatte, durch eine Reform des amerikanischen Bankwesens dieser Krisenherd verstopft werden?

In der Tat gelang es 1913, in dem *Federal Reserve System* den Vereinigten Staaten zwar nicht eine zentrale Bank, aber eine ähnlich wirkende Institution zu verschaffen. Entsprechend dem weiten Umfange des Landes sollten etwa ein Dutzend Federal Reserve-Banken geschaffen werden, die mit verschiedenem Zinsfuß arbeiten konnten. In New York konnte ja der Zinsfuß niedriger sein als etwa im agraren Westen. Die bestehenden Banken wurden nicht aufgehoben. Sie sollten vielmehr die Unterlage des Systems bilden. Die National-Banken mußten, andere Banken konnten die Aktionäre der Federal Reserve-Banken werden. Durch das Federal Reserve Board erhielten die Reserve-Banken ihre Spitze. Die Federal Reserve-Noten sollten, wie das in Europa üblich war, in Wechseln ihre bankmäßige Deckung finden. So wie die Währungsschwierigkeiten Amerikas 1897 ihr Ende gefunden hatten, war jetzt erst mit dem Federal Reserve-System die Bankverfassung geschaffen, durch die die Vereinigten Staaten sich voll in den internationalen Zahlungs- und Kreditverkehr eingliedern konnten. Die neugeschaffene Institution hatte jedoch nicht lange der allgemeinen Zusammenarbeit zu dienen. Sie wurde vielmehr das Mittel, das den Vereinigten Staaten half, im Weltkriege zum größten Gläubigerlande zu werden.

Schrifttum.

MORIZ-EICHBORN, K.: Das Soll und Haben von Eichborn & Co. in 175 Jahren. Breslau 1903. — LENZ, F. und O. UNHOLTZ: Die Geschichte des Bankhauses Gebr. Schickler. Berlin 1912. — CONTE CORTEI, E. C.: Der Aufstieg des Hauses Rothschild, 1927. — v. WIESEB, C. W.: Der finanzielle Aufbau der englischen Industrie, 1919. — PLENGE, J.: Gründung und Geschichte des Crédit Mobilier, 1903. — KAUFMANN, E.: Das französische Bankwesen mit besonderer Berücksichtigung der drei Depositengroßbanken. Ergänzungsheft 1 des Archivs f. Sozialw. u. Sozialpol. 1911. — HANSEN, J.: Gustav von Mevissen, ein rheinisches Lebensbild 1815—1899, 1906. — DÄBRITZ, W.: Gründung und Anfänge der Disconto-Gesellschaft Berlin, 1931. — HELFFERICH, K.: G. von Siemens, 1921. — FÜRSTENBERG, H.: Carl Fürstenberg, die Lebensgeschichte eines deutschen Bankiers 1870—1914, 1930. — RIESSER: Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration, 3. Auflage 1910. — Die Schweiz gab aus Anlaß der schweizerischen Landesausstellung von 1914 ein Sammelwerk über die Banken heraus: JÖHR, A.: Die Schweizerischen Notenbanken 1826 bis 1913. — BURCKHARDT, C. F. W.: Zur Geschichte der Privatbankiers in der Schweiz. — STAMPFLI, A.: Die schweizerischen Kantonalbanken. — WEBER-SCHURTER, J.: Die schweizerischen Hypothekenbanken. — WETTER, E.: Die Lokal- und Mittelbanken der Schweiz. — SPIETHOFF, A.: Krisen. Handwörterbuch der Staatsw. 4. Aufl. Bd. 6. — BOUNIATIAN, M.: Geschichte der Handelskrisen in England im Zusammenhang mit der Entwicklung des englischen Wirtschaftsleben 1640—1848, 1908. — TUGAN-BARANOWSKY, M.: Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England, 1901. — ROSENBERG, H.: Die Weltwirtschaftskrisis von 1857—1859. Beiheft 30 zur Vierteljahrschr. f. Sozial- u. Wirtschaftsgesch. 1934. — SCHUMACHER, H.: Die Ursachen der Geldkrisis von 1907, 1908. — WARBURG, P.: The Federal Reserve System, its origin and growth, 1930. — ÄKERMAN, J.: Ökonomischer Fortschritt und ökonomische Krisen, 1932.

E. Der Widerstand gegen die Einseitigkeiten der kapitalistischen Ordnung.

I. Der nationale Abschluß.

1. Der Aufbau der Wirtschaft durch Erziehungszölle.

Die Erschließung der Welt kam zunächst vor allem *England* zugute. Mit englischer Spurweite wurden von englischen Ingenieuren die ersten Eisenbahnen auf dem Kontinent gebaut. Die englische Flagge beherrschte das Weltmeer. Englischen Gesellschaften gehörten die Kabel, welche die Kontinente miteinander verbanden. Dieser Lage paßte England seine Handelspolitik in der Mitte des 19. Jahrhunderts an.

Die Londoner Kaufmannschaft ersuchte 1820 die Regierung, die Maßnahmen der Kriegszeit, Einfuhrverbote und prohibitive Zölle, abzubauen, da sie der Entwicklung des Außenhandels im Wege standen. In den zwanziger Jahren gelang es Huskisson jedoch nur, wie Pitt, der in den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts in Verfolg der Lehren des Ad. Smith ebenso vorgegangen war, die Unübersichtlichkeit des Zolltarifs durch Vereinheitlichung der Sätze zu beseitigen. Man hatte während des Krieges jeden auftretenden Finanzbedarf durch neue Zuschläge gedeckt, so daß man 1815 1500 Einzelgesetze zählte. Neben der größeren Übersichtlichkeit brachte der Tarif von 1825 auch eine Aufhebung von Verboten z. B. für fremde Seidenwaren; die Einfuhrzölle für andere Textilien wurden ermäßigt. England schloß eine Reihe von Schiffsverträgen, die Ausländer auch in den Kolonien zuließen, freilich unter erhöhten Zollsätzen.

Die Vorzugsstellung, welche den englischen Landwirten die Unterbrechung des Verkehrs mit dem Kontinent in der Kriegszeit gewährt hatte, fiel mit dem Frieden dahin. Das baltische Getreide hätte nun wieder frei auf den englischen Markt kommen können. Das *Korngesetz* von 1815 gestattete die Einfuhr jedoch nur in Teuerungszeiten, d. h. wenn der Quarter Weizen 80 Sch. galt oder 36 M. der Doppelzentner. 1828 wurde statt dessen ein *gleitender Zollsatz* eingeführt. Bei steigendem Preise auf dem englischen Getreidemarkte sollten die Zollsätze ermäßigt, bei sinkendem erhöht werden. Man hoffte dadurch einen gleichmäßigen Preis zu erzielen. Es stellte sich jedoch heraus, daß der Zoll, der ja erst nach Abschluß der Produktionsperiode festgesetzt wurde, keineswegs zum Ausgleich der durch die natürlichen Bedingungen, den verschiedenen Ausfall der Ernten, hervorgerufenen Preisschwankungen diente, vielmehr diese Schwankungen durch Hinzufügen eines neuen unsicheren Elementes noch erhöhte. Wenn mit einer Ermäßigung des Zolles gerechnet werden konnte, hielten die Importeure mit der Einfuhr zurück, und das verminderte Angebot ließ dann die Preise noch höher steigen, als es sonst der Fall gewesen wäre. Umgekehrt, wenn mit Erhöhung der Zölle zu rechnen war. Dann suchte man noch möglichst viel zu den niedrigen Sätzen einzuführen und senkte dadurch den Preis stärker, als es sonst geschehen wäre.

Die Kornzölle, welche die Lebenshaltung der größeren Menge der Bevölkerung verteuerten, wurden in England als einseitige Begünstigung einer Klasse empfunden.

Das in England herrschende Pachtsystem ließ den Preisvorzug in erhöhter Rente den Grundbesitzern zufließen. Bei der beschränkten Ausdehnung des englischen Bodens hatten sie unter der steigenden Nachfrage nach Getreide während des Krieges ihre Renten stark erhöhen können. Es war auch schlechterer Boden in Angriff genommen, der nur das hineingesteckte Kapital und die hineingesteckte Arbeit lohnte. Die besseren Böden hatten eine Differential-Rente erzielt. *Ricardo* konnte den Satz aufstellen, daß nicht, wie die Physiokraten angenommen hatten, die Fruchtbarkeit des Bodens, sondern vielmehr sein Mangel die Grundrente hervorriefe. Der wachsenden Bevölkerung stellte sich der verhältnismäßig knappere Boden gegenüber. Sollte dieser Vorzug der Grundbesitzer auf Kosten der Gesamtheit durch künstliche Mittel, wie die Getreidezölle, noch erhöht werden? *Ricardo* hielt Getreidezölle für gerechtfertigt, wenn sie der inneren Belastung der heimischen Getreideproduzenten entsprächen. Es mußte damit gerechnet werden, daß bei Zulassung der auswärtigen Konkurrenz diejenigen Getreideböden, deren Bebauung sich nur unter erhöhten Preisen gelohnt hatte, ihre Produktion einstellten. Die Grundbesitzer konnten dann allerdings zu einer anderen Produktion, vielleicht sogar zu einer vorteilhafteren, übergehen. Indessen waren die Grundbesitzer Englands nicht gesonnen, ohne weiteres auf ihre Stellung zu verzichten.

Im englischen Parlament waren die Grundbesitzer ausschlaggebend. Kleine, heruntergekommene Nester hatten das Recht, Abgeordnete zu entsenden, während die neuaufgekommenen Städte, wie Manchester und Birmingham, ohne Vertretung blieben. Die Reform von 1832 beseitigte dies Mißverhältnis und gewährte den Fabrikanten Einfluß im Parlament. Jetzt erst konnte der Kampf gegen die Kornzölle mit Erfolg geführt werden. Von Manchester, dem Mittelpunkt der Baumwollindustrie, aus verbreitete die *Anti-Kornzoll-Liga* ihre Propaganda unter der Führung von Cobden und Bright. Indessen war es der Führer der Tories, Sir Robert Peel, der in den vierziger Jahren den entscheidenden Sieg des Freihandels zustande brachte. 1842 wurden die Getreidezölle derart gesenkt, daß der englische Getreidepreis, der im Durchschnitt der letzten Jahre 28 Prozent über dem französischen gestanden hatte, nur mehr 14% höher blieb.

Wiederholte Mißernten, namentlich auch der Ausfall der Kartoffelernten in Irland, erwiesen die Notwendigkeit der auswärtigen Zufuhr. 1846 wurde die *Aufhebung* der *Kornzölle* beschlossen. Dieser Forderung der Whigs stimmte mit Peel die Mehrheit der Tories zu, und das Häuflein der starren Tories, das sich um Disraeli sammelte, konnte für die nächsten Jahrzehnte nicht daran denken, eine Bekämpfung des Freihandels als Parole auszugeben. Denn die englische Wirtschaft erlebte in dieser Zeit ihre höchste Blüte. Den Hauptvorteil hatten die Arbeiter der Industrie, deren Reallohn sich erhöhte; aber auch die Fabrikanten wußten den Vorteil der neuen Lage zu schätzen, da sie mit Lohnerhöhungen nicht so stark, wie es sonst nötig gewesen wäre, vorzugehen brauchten. Sie konnten mit verringerten Produktionskosten die Konkurrenz aufnehmen. Die gesteigerte Aufnahmefähigkeit des englischen Marktes kam aber auch der englischen Landwirtschaft zugute, die erst seit den 70er Jahren unter dem verbilligten Angebot der überseeischen Getreideproduktion zu leiden hatte.

Die Durchführung der Reform war Peel dadurch möglich geworden, daß er, um den von der Aufhebung der Getreidezölle zu erwartenden Ausfall zu decken, 1842 die *Einkommensteuer* wieder eingeführt hatte. Im 17. und 18. Jahrhundert hatte man sich bei dem gesteigerten Verkehr besonders auf die indirekten Abgaben gestützt. Die direkte Steuer war wegen der Belästigung der privaten Sphäre verhaßt. Sie erschien Montesquieu als ein Zeichen der Unfreiheit. Pitt hatte 1796 die englische Grundsteuer für ablösbar erklärt. Aber, wie Frankreich in der Not des Krieges zur allgemeinen Wehrpflicht gegriffen hatte, führte England zur Deckung des Kriegsbedarfs die Einkommensteuer ein. Sie war jedoch so unbeliebt, daß sie 1816 aufgehoben wurde. Auch jetzt wurde sie zunächst nur vorübergehend eingeführt. Sie

wurde aber bald zu einem Pfeiler der englischen Staatseinkünfte. Der wachsende Wohlstand Englands spiegelte sich in ihren steigenden Ergebnissen, mit denen der Staat an dieser Aufschwung teilnehmen konnte, wieder. Zudem hatte sie den Vorteil, daß bei besonderem Bedarf, wie im Krim-Kriege, ihre Sätze erhöht werden konnten. Sie stellte also den in jedem Budget so notwendigen elastischen Faktor dar.

Gleichzeitig mit den Getreidezöllen wurden die Zölle auf Rohstoffe und Manufacturen beseitigt oder erniedrigt. Bei einer Reihe von Zöllen bedeutete dies für den Staat keinen wesentlichen Ausfall, da die heimische Produktion in der Lage war, den ganzen Bedarf zu decken. Die Aufhebung der Abgaben auf Rohstoffe kam der englischen Industrie, ebenso wie die Aufhebung der Getreidezölle, zugute als eine Erniedrigung ihrer Produktionskosten. Auf die Fabrikatzölle konnte sie verzichten, da sie sich jeder auswärtigen Konkurrenz durchaus gewachsen fühlte. Die Weltausstellung von 1851 brachte diese Lage zum Ausdruck. Das, was Colbert mit den negativen Maßnahmen seiner Zölle im 17. Jahrhundert für Frankreich zu erreichen gehofft hatte, gelang jetzt England durch die positiven Mittel seiner Schienen und seiner Maschinen. Es durfte sich als die *Werkstatt der Welt* betrachten.

Die Peelsche Reform wurde von *Gladstone* 1853 fortgesetzt. Sie fand ihren Abschluß in dem Tarif von 1860, der gleichzeitig mit dem Handelsvertrag in Kraft trat, den *Cobden* mit Frankreich abgeschlossen hatte.

Frankreich hatte, wie England, nach dem Kriege 1816 sich stark abgeschlossen. Hier blieb jedoch nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Industrie, gerade gegenüber der englischen Konkurrenz, auf Schutzzölle angewiesen. Der Tarif sollte der „Solidarität der Protektionistischen Interessen“ Ausdruck verleihen. *Napoleon III.* konnte nicht hoffen, daß sein Parlament, wie in England, durch Herabsetzung der Tarife den freihändlerischen Tendenzen entgegenkam. Aber er konnte von sich aus Verträge schließen, durch welche diese Herabsetzung erreicht wurde. Frankreich war also auf den Weg der Verträge gewiesen, die es in den sechziger Jahren ausbaute. Dabei ging Frankreich nicht zu völligem Freihandel über, wie England, sondern ermäßigte seine Sätze nur stark. Zu dieser Ermäßigung trug die Meistbegünstigungsklausel bei, die in die Verträge eingesetzt wurde. Nach ihr sollten künftige Herabsetzungen der Zollsätze, die einem anderen Staate gewährt würden, ohne weiteres auch den früheren Vertragsgegnern zufallen. Solche Verträge schloß Frankreich, wie wir sahen, mit dem Zollverein, mit Belgien, der Schweiz, Italien und Österreich ab.

Auch England ging in den sechziger Jahren zu *Handelsverträgen* über. Man hatte anfangs gehofft, die Vorteile, welche der Freihandel brachte, würden den anderen Mächten so einleuchtend sein, daß sie von sich aus zu der gleichen Maßnahme sich entschlossen. Gewiß wurde die Aufnahmefähigkeit der fremden Märkte für englische Waren dadurch, daß sie besser nach England verkaufen konnten, gestärkt. Aber mit Herabsetzung seiner Sätze zögerte das Ausland. Da halfen die Verträge. Es könnte scheinen, daß Länder, welche, wie die Schweiz 1849 oder England 1860, auswärtige Waren frei zugelassen hatten, bei solchen Verträgen dem Auslande nichts mehr zu bieten hätten. Indessen ist der Warenverkehr nicht das einzige, was zwischen zwei Staaten zu regeln ist. Auch über den Personenverkehr und über den Kapitalverkehr können Bestimmungen getroffen werden. So kam die Schweiz 1864 Frankreich dadurch entgegen, daß es den französischen Juden die bisher nicht in allen Kantonen bestehende Niederlassungsmöglichkeit bewilligte. England kam Belgien durch Gestattung einer Anleihe auf dem englischen Markte entgegen; dem Zollverein und Belgien wurde Gleichberechtigung ihrer Untertanen mit den Engländern in den englischen Kolonien zugestanden. Zudem gewannen die Vertragsschließenden die Sicherheit, daß England, das seine Sätze autonom erniedrigt hatte, sie während der Dauer des Vertrages nicht autonom wieder erhöhte.

Der Freihandel war in England vor allem dadurch notwendig geworden, daß die

wachsende Bevölkerung nur in der Exportindustrie Aufnahme finden konnte. Manche Freihändler hofften, daß der freie Verkehr der englischen Industrie eine dauernde Überlegenheit sichern, die übrige Welt auf der Stufe der Nahrungsmittel- und Rohstofflieferanten festhalten würde. Das Bestreben anderer Länder, England in der Gewinnung der Manufakturkraft nachzueifern, mußte sie zu *Gegnern des Freihandels* machen.

Die englische Entwicklung wurde auf dem Kontinent keineswegs überall als nachahmenswert empfunden. Man sah die Schattenseiten des Fabriksystems, die elende Lage der englischen Fabrikarbeiter und die Krisen, die das Wirtschaftsleben erschütterten. Man glaubte sich dagegen schützen zu können, indem man auf diese ganze Entwicklung verzichtete. Dieser Strömung hat vor allem SISMONDI Ausdruck gegeben. Aus einem Bewunderer des A. SMITH machte ihn die Krise von 1815 zu seinem Gegner. Der Anhäufung von Menschenmassen in den englischen Fabrikstädten stellte er den behäbigen Hof des Berner Bauern gegenüber. Hier fand keine Trennung der Klassen statt, wie in der englischen Landwirtschaft zwischen Pächter und Grundbesitzer. Es war wenig Gelegenheit für andere Erwerbsquellen geboten und dadurch ein Hemmnis für die Bevölkerungsvermehrung gegeben, in der SISMONDI mit MALTHUS ein Unglück sah.

In Deutschland hatte es nicht an Gegnerschaft gegen die Bauernbefreiung gefehlt. ADAM MÜLLER pries das patriarchalische Verhältnis, das zwischen Gutsherrn und Bauern gewaltet hätte, und wollte nichts davon wissen, daß die Anforderungen des Marktes beiden Teilen bei der Befreiung Vorteil brächten. Die Forderungen der Handwerker gegen das Vordringen des Großbetriebes hatte WINKELBLECH sich zu eigen gemacht, der Marburger und Kasseler Chemieprofessor, der unter dem Pseudonym KARL MARLO seine „Untersuchungen über die Organisation der Arbeit oder System der Weltökonomie“ schrieb.

Im Gegensatz zu diesen Strömungen trat FRIEDRICH LIST auf das energischste für die Industrialisierung Deutschlands ein. Neben seiner Landwirtschaft müsse es seine Manufakturkraft entwickeln. Freiheit und Einheit der Nation, die die Voraussetzung einer solchen Ausbildung der Wirtschaftskräfte wären, würden durch sie wiederum die stärkste Förderung gewinnen. Den Satz der Physiokraten, daß der Wohlstand des Bauern allein den Wohlstand des Landes bedeute, kehrte List dahin um, daß er nachwies, auch der Landwirt würde von dem Aufkommen der Industrie im eigenen Lande den größten Vorteil haben. Als Hauptmittel zur Erstarkung der Industrie aber stellte er den *Schutzzoll* hin.

LIST gab zu, daß der SMITHsche Gedanke, bei freiem Verkehr würde sich eine Arbeitsteilung herausstellen, bei der jedes Land diejenigen Erwerbszweige pflegen würde, in denen es die günstigsten Produktionsbedingungen aufwiese, für seine Zeit Geltung gehabt haben möge. Durch das Aufkommen von *Maschinen* habe sich aber das Bild vollkommen geändert. Die „große Gewerbsrevolution“, die sich in England gerade während des Krieges und nach ihm vollzogen, habe England einen derartigen Vorsprung gewährt, daß England bei freiem Handelsverkehr alle Ansätze des Auslandes zur Bildung einer selbständigen Manufakturkraft zerstören würde. Den Ausgleich könnte nur ein dieser zu gewährender Schutzzoll bieten, der von dem Konsumenten ein vorübergehendes Opfer verlangte, hinter dem sich aber eine Industrie zu entwickeln vermöchte, die durch innere Konkurrenz so erstarkte, daß sie schließlich auch der auswärtigen Konkurrenz voll gewachsen sei, so daß sie mit billigeren Preisen den heimischen Markt versorgte. LIST empfahl also einen *Erziehungszoll* auf *Manufakturwaren* als vorübergehende Maßnahme. In seinem „Nationalen System“ schreibt er, daß da, wo eine Gewerbeindustrie bei einem anfänglichen Schutz von 40—60% nicht aufkommen und bei einem fortgesetzten Schutz von 20—30% sich nicht auf die Dauer behaupten könnte, die Grundbedingungen der Manufakturkraft fehlten.

LIST hatte in den Vereinigten Staaten und in Frankreich den Gegensatz gegen

England beobachtet und gefördert. Hatte FICHTÉ in seinem „Geschlossenen Handelsstaat“ gemeint, eine Schließung könne nur nach Einrücken in die natürlichen Grenzen erfolgen und diese seien durch das Vorhandensein ausreichender Produktionsmöglichkeiten gegeben, die ständigen Kämpfe zwischen England und Frankreich bewiesen, daß diese Länder eigentlich zusammengehörten, so schien LIST das damalige Bündnis zwischen England und Frankreich den wirtschaftlichen Interessen Frankreichs nicht zu entsprechen. Frankreich müsse vielmehr auf Erneuerung des *Kontinental systems*, eines Zusammenschlusses der Mächte des europäischen Kontinents gegen die Insularsuprematie Englands, bedacht sein. Für Deutschland erstrebte er den Zusammenschluß Österreichs mit dem Zollverein. Ihre Interessensphäre sollte sich über die Türkei erstrecken. Die Wege nach Indien durch das Rote Meer und den Persischen Meerbusen sollten weder in den ausschließlichen Besitz von England kommen, noch durch asiatische Barbarei unzugänglich bleiben. „Offenbar würde die Übertragung der Obhut über diese wichtigen Punkte an Österreich allen europäischen Nationen die besten Garantien gewähren.“ Nach der Befreiung Südamerikas seien eigene Kolonien für die europäischen Staaten keine Notwendigkeit mehr. LIST glaubte, daß die Tropen wegen des Reichtums ihrer Natur dauernd nur als Rohstoff- und Nahrungsmittel-Erzeuger in Betracht kämen, während die gemäßigte Zone allein die Manufakturkraft auszubilden berufen sei. England sollte, wenn es die wirtschaftliche Selbständigkeit des Kontinents anerkannt hätte, sich an die Spitze Europas setzen, um der drohenden Überlegenheit der Vereinigten Staaten entgegenzutreten. In seinen letzten Jahren bemühte sich LIST um eine englisch-deutsche Allianz.

Wir sahen, wie der Zollverein den LISTschen Ideen in den vierziger Jahren dadurch entgegenkam, daß Zölle auf Eisen und Garn beschlossen wurden. Im ganzen überwog jedoch in Deutschland für die nächste Zeit die freihändlerische Welle. In einer Denkschrift von 1847 konnte der Hamburger KIRCHENPAUER den Freihandel geradezu als das deutsche System hinstellen, unter dem auch die Industrie sich kräftig entwickelt habe. Preußens Vorstellungen von 1846 halfen mit dazu, daß England 1849 ein wichtigstes Glied seines Schutzsystems, die Navigationsakte, aufhob, für die selbst ADAM SMITH eingetreten war mit der Begründung, Verteidigung sei besser als Reichtum. Wir zeigten, wie auch hier in den folgenden Jahren die positiven Mittel, das eiserne Dampfschiff, England die Stellung erhielten, die es einst nur durch Ausschluß der Fremden erreichen zu können geglaubt hatte. Die Schwierigkeiten der Versorgung halfen zur Durchführung der Maßnahme von 1849, ebenso wie zu der von 1846. Es kam darauf an, daß Nahrungsmittel herbeigeschafft wurden. Es sollte einerlei sein, ob britische oder auswärtige Schiffe dies besorgten.

Man kann von einer Herrschaft des Freihandels in den sechziger Jahren sprechen, die im wesentlichen durch die West- und Mitteleuropa umfassenden Handelsverträge begründet wurde. Während diese Tarifbindungen vorsahen, beschränkten sich die Verträge mit den überseeischen Gebieten zumeist allgemein auf die Zulassung gegenseitigen Verkehrs unter dem Zeichen der Meistbegünstigung. Rußland selbst ging 1850 zu gemäßigten Sätzen über. Bis dahin war Polen außerhalb der russischen Zollgrenze geblieben, hatte aber auch nach dem schutzzöllnerischen Tarif von 1822 zu billigeren Sätzen nach Rußland einführen können. Jetzt wurde Polen in das russische Zollgebiet einbezogen.

Auch die *Vereinigten Staaten* hatten 1846 und 1857 ihre Tarife ermäßigt. Nach der Krise von 1857 wuchs jedoch in Amerika die schutzzöllnerische Stimmung. Kanada, das bis dahin Vorzugszölle auf dem englischen Markte genossen hatte, begrüßte die Beseitigung dieser Begünstigung durch den Freihandel des Mutterlandes keineswegs. Die Selbständigkeit, die ihm für die Aufbringung seiner Finanzen seit 1839 gewährt war, benutzte es vielmehr dazu, seit 1858 seine Finanzzölle auf europäische Waren schutzzöllnerisch auszubauen. In den Vereinigten Staaten hatte CAREY stärker noch als LIST Schutzzölle verlangt. Er trat sogar dafür ein, daß Englands Gläubigerstel-

lung dadurch bekämpft werden sollte, daß die Vereinigten Staaten ihr Geld entwerteten. So wie die Physiokraten und ADAM SMITH den Freihandel vor allem im Interesse der Landwirtschaft verlangt hatten, waren die Südstaaten durch ihren Export von Baumwolle Vertreter des Freihandels. Der Norden jedoch verlangte für seine aufkommende Industrie Schutzzölle, die sich besonders gegen die englische Konkurrenz richteten. Der *Morilltarif* von 1861 erfüllte ihren Wunsch. Vor allem trug der Sezessionskrieg, in dem die Nordstaaten Sieger blieben, zur Erhöhung der Zölle bei. Bei den Tarifierhöhungen von 1862 und 1864 wurde zugleich die innere Produktion mit starken Abgaben belastet. Diese fielen nach Beendigung des Krieges dahin, während ein Versuch, auch die Zölle abzubauen, 1867 am Widerspruch der Interessenten scheiterte. Bei dem englischen Freihandel waren die Zölle auf wenige Hauptartikel des inländischen Konsums, wie Tabak, Tee und alkoholische Getränke, beschränkt worden. Als 1872 die Finanzlage der Vereinigten Staaten sich gebessert hatte, hob man dort gerade die Finanzaufgaben auf Tee und Kaffee auf, während die Schutzzölle auf Manufakturwaren beibehalten wurden.

So fand hier die Forderung des nationalen Abschlusses, die bisher vor allem für die Erziehung zum Industriestaat begründet war, praktische Anwendung.

Schrifttum.

SIMONDE DE SISMONDI: Nouveaux principes d'économie politique ou de la richesse dans ses rapports avec la population. Paris 1819. — BIERMANN, E.: Karl Georg Winkelblech (Karl Marlo), sein Leben und sein Werk, 1909. — LIST, FRIEDRICH: Das nationale System der politischen Ökonomie, 1841. Die Werke Lists, seine Schriften, Reden, Briefe, liegen jetzt in den acht stattlichen Bänden, welche die List-Gesellschaft 1927—33 herausgegeben hat, vor. 1934 wurde in Reutlingen das List-Archiv eröffnet. — BRENTANO, L.: Eine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands, III. Bd. Die Zeit der Befreiung und Neuorganisation, 1928 u. 29. — CAREY, H. C.: Letters to the President. Philadelphia 1858. The Way to Outdo England without Fighting her, 1865. — TAUSSIG, F. W.: The Tariff History of the United States, 7. Ausg. 1923.

2. Der Erhaltungszoll. Koloniale Gründungen.

Die Besiedlung des Mississippitales erfolgte unter anderen Bedingungen als frühere Kolonisationen. Wenn bisher, auch in Amerika, es den Siedlern in erster Linie um die Gewinnung einer eigenen, für ihren Bedarf produzierenden Heimstätte zu tun war, richteten sich die Bewirtschafter der *Prärie* von vornherein darauf ein, für fernen Absatz zu arbeiten. Noch in den dreißiger Jahren schüttelte man den Kopf über die ersten, die es wagten, von dem Waldboden zur *Prärie* überzugehen. Man bediente sich noch des Holzpfluges, da man annahm, das Eisen vergifte den Boden. Die Erfolge des eisernen Pfluges auf dem *Prärie*boden eröffneten eine neue Zeit. Um 1840 strebte alles nach diesen Gebieten, die noch 1822 der Präsident Monroe als Indianerland erklärt hatte. Nach dem Bürgerkrieg setzte eine weitere starke Besiedlung des Landes ein. Regierungsland wurde in Vierecken von 65 Hektar ausgetan. Der Handel organisierte den Anbau, der möglichst gleichmäßige Sorten zu liefern hatte. Eisenbahnen erschlossen das Land. An ihren Stationen erhoben sich Getreidesilos. Das Getreide wurde als gleichförmige Masse in diese Speicher oder von der Bahn in Schiffe gepumpt und konnte als vertretbare Ware auf der Börse von Chicago gehandelt werden. Der amerikanische Farmer war bei dem Mangel an Arbeitskräften auf die Anwendung von Maschinen angewiesen. Mit ihrer Hilfe bewirtschaftete er seine Felder womöglich selbst.

Zu der Billigkeit dieser Produktion, die durch keine hohe Grundrente belastet war, trat die Billigkeit des Transports im Lande und über See. Mit dem amerikanischen strömte auch das südrussische Getreide über Odessa auf den europäischen Markt. Die Landwirte Deutschlands sahen sich nicht nur auf den westlichen Märkten verdrängt, sondern im Lande selbst senkte jetzt die auswärtige Konkurrenz die Preise. Das machte namentlich die Großgrundbesitzer des deutschen Ostens aus

Freihändlern zu Schutzzöllnern. Man konnte der Überschwemmung mit auswärtigem Getreide auch durch eine Umstellung begegnen, wie sie in der Schweiz und in Dänemark erfolgte, wo bewußt das Schwergewicht auf die Erzeugnisse der Viehwirtschaft, Butter und Käse, verlegt wurde. Mit Förderung der landwirtschaftlichen Erziehung und Verbesserung des Wegenetzes unterstützte man hier die Landwirtschaft. In Deutschland jedoch wurde der *Getreidezoll*, der im wesentlichen den Großgrundbesitzern des Ostens zugute kam, zur Forderung der Landwirtschaft.

Die deutschen Landwirte hätten jedoch diese Forderung nicht durchsetzen können, wenn sie allein auf sich angewiesen wären, da sie bei der Verschiebung der Bevölkerung zur Industrie nur eine Minderheit darstellten. Noch 1873 hatten sie ihr Interesse am Freihandel dadurch bewiesen, daß sie die Aufhebung der Eisenzölle verlangten. Sie gebärdeten sich als die Hauptabnehmer der Eisenindustrie. Gewiß waren landwirtschaftliche Maschinen wichtig geworden, aber in den Eisenbahnen und der Industrie selbst hatte die Eisenindustrie doch einen stärkeren Absatz. Die *Eisenzölle* sollten bis 1877 vollständig beseitigt sein. Diese Maßnahme traf die deutsche Eisenindustrie in einem sehr ungünstigen Moment. Die Krise von 1873 hatte gerade sie sehr stark mitgenommen. Dazu hatte sie unter der Konkurrenz englischen und französischen Eisens zu leiden. Dieses wurde durch eine Ausfuhrprämie staatlich begünstigt. Billige Auslandsverkäufe, wie sie die Industrie in Krisenzeiten zu ihrer Entlastung vornimmt, sind oft der Anlaß zu zollpolitischen Gegenmaßnahmen des Absatzlandes geworden. Die stets schutzzöllnerisch gerichtete deutsche Eisenindustrie setzte sich jetzt an die Spitze der Schutzzoll-Bewegung. Sie verband sich mit der notleidenden Landwirtschaft und forderte den Schutzzoll als nationale Maßnahme zur *Erhaltung* der heimischen Produktivkräfte. Auf List konnte sich diese Bewegung nicht unmittelbar berufen, denn er hatte ausdrücklich Getreidezölle abgelehnt und nur den erzieherischen Schutzzoll verlangt. Der erhaltende Schutzzoll wurde indessen auch nur als vorübergehende Maßnahme hingestellt. Man durfte annehmen, daß bei stärkerer Besiedlung der Vereinigten Staaten dies Land selbst zum Hauptabnehmer seiner Produkte werden und damit seine Exportfähigkeit allmählich verlieren würde.

Diese schutzzöllnerische Strömung machte *Bismarck* sich zunutze, als er 1877 daran ging, dem Reiche eine selbständige Begründung seiner *Finanzen* zu geben. Dem Reich waren bei seiner Gründung die französischen Kriegsentschädigungen zugute gekommen. Man hatte in der Reichsverfassung Matrikularbeiträge der Einzelstaaten vorgesehen. Aber das Reich sollte nicht zum lästigen Kostgänger der Einzelstaaten werden. Als eigene Einnahme des Bundesstaates kamen vor allem die Zölle in Betracht. Unter den Finanzzöllen hätte man besonders auf die Belastung des Kaffees zurückgreifen müssen. Ein beweglicher Kaffeezoll wurde von Bennigsen vorgeschlagen. *Bismarck* jedoch wollte dem Reichstag nicht das Bewilligungsrecht gewähren, welches das englische Parlament durch die bewegliche Einkommensteuer besaß. Der Tropfen demokratischen Öls, mit dem der Kaiser gesalbt sei, sollte nicht zum Eimer werden. Mit dem Übergang zu Schutzzöllen konnte *Bismarck* hoffen, seiner Politik eine sichere Mehrheit zu geben. Er meinte: „Wir müssen den Schutzzöllnern einen Schnaps geben; sie sind unsere sichersten Verbündeten bei der Steuerreform.“

So wurden die Verhandlungen mit Österreich um Erneuerung des ablaufenden Handelsvertrages 1877 abgebrochen, und 1878 ging das Deutsche Reich zum Schutzzoll über. Dieser Übergang brachte für die Exportinteressen Deutschlands zunächst keine Schädigung, da es wegen der Meistbegünstigung noch an den bestehenden Tarifbindungen der Verträge teil hatte. 1879 jedoch kündigte Frankreich den Cobden-Vertrag. In England selbst führte die Depression dazu, daß dem Dogma des Freihandels die Forderung nach Fair Trade entgegentrat, d. h. nach schlechterer Behandlung derjenigen Länder, die britische Produkte von ihren Märkten fernhielten. Doch war dieser Bewegung in England kein Erfolg beschieden.

Strenge Freihändler hatten in England die Mittel, die zur Behauptung der Kolonien nötig waren, mißbilligt. Wollten sie nicht freiwillig bei England bleiben, so sollte man sie ziehen lassen. Diese Klein-Engländer konnten sich jedoch im Lande nicht durchsetzen. John Stuart Mill selbst, der übrigens auch dem erzieherischen Schutzzoll sein Recht einräumte, trat für die koloniale Aufgabe *Großbritanniens* ein. Weit entfernt, auf irgendeine Kolonie zu verzichten, baute England sein koloniales Weltreich derart aus, daß seine Fläche sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts verdoppelte. 1876 nahm die Königin von England den Titel einer Kaiserin von Indien an. Das Britische Nordamerika wurde 1867 zu einer Herrschaft, Dominion, zusammengefaßt. Ebenso schlossen sich die australischen Kolonien 1900 zum Common Wealth of Australia zusammen. Nach dem Burenkrieg erfolgte der Zusammenschluß der Südafrikanischen Union.

China wollte die Einfuhr des ostindischen Opiums verhindern. Da erreichte England durch den Opiumkrieg 1842 die Aufhebung des Regierungs-Monopols für den auswärtigen Handel, die Öffnung chinesischer Häfen und die Abtretung Hongkongs. 1854 trat *Japan* unter dem Einflusse der Vereinigten Staaten aus seiner Abgeschlossenheit heraus. 1860 zwangen Engländer und Franzosen durch die Zerstörung des Sommerpalastes China im Frieden von Peking zu weiteren Konzessionen. *Rußland*, das sich zum Beschützer der chinesischen Unabhängigkeit aufwarf, konnte dafür seine Grenze bis zum Stillen Ozean ausdehnen, wo seit 1872 Wladiwostok sein Hafen wurde. Wie in den 20er Jahren die Öffnung Amerikas von Preußen und den Hansestädten durch Verträge gesichert war, so ließ die Aussendung einer preußischen Flotte 1861 durch Verträge mit Japan, China und Siam Deutschland an der Erschließung Ostasiens teilnehmen.

Neben England hatte *Frankreich* im 19. Jahrhundert ein großes Kolonialreich aufbauen können. Unter der Juli-Monarchie mit England verbündet, ging es 1833 von der Bekämpfung der Barbaresken zur Eroberung Algiers vor. Aber erst 1847 war Abdelkader endgültig vertrieben. Vom Senegal aus stieß Frankreich zum Niger vor, so daß sich ein großes westafrikanisches Reich bildete. Bismarck tastete 1871 diesen Besitz nicht nur nicht an, er ermunterte die Franzosen sogar zu seiner Erweiterung, damit sie durch dieses Betätigungsfeld den Verlust Elsaß-Lothringens verschmerzten. Neben den afrikanischen Besitzungen wurden für Frankreich besonders die ostasiatischen wichtig. 1884 konnten sie ihren Besitz in Tongking durch die Anerkennung des Protektorats über Anam von seiten Chinas abrunden.

Seit dem Ausgang der 70er Jahre verengte sich der Lebensraum der Erde. Deutsche Pioniere wie Godeffroy hatten in der Südsee und an der afrikanischen Küste ihre Faktoreien aufgebaut. Sie sahen sich um die Ergebnisse ihrer Arbeit betrogen, wenn diese Niederlassungen unter eine fremde Flagge gestellt wurden und die von ihnen erworbenen Besitzrechte am Boden nicht anerkannt wurden, wie das auf den Fidschi-Inseln und am Gabun in Westafrika der Fall war. Der Versuch, das Reich zur Übernahme der Besitzungen des Hauses Godeffroy auf Samoa zu bewegen, scheiterte. 1884 jedoch ging *Deutschland* zum Erwerb von Kolonien in Afrika und in der Südsee über. Damals hatte Rußland durch Ausdehnung seiner Besitzungen in Mittelasien sich der afghanischen Grenze genähert. Wie schon 1878, als die Russen vor Konstantinopel lagen, die englische Flotte ihnen entgegengetreten war, so schien jetzt ein Konflikt zwischen der größten Landmacht und der größten Seemacht um Indien bevorzustehen. Diesen Moment einer Bindung Englands benutzte Bismarck. Die deutsche Flagge wurde in Südwest-Afrika, in Togo und Kamerun gehißt. Die Neuguinea-Compagnie konnte die Nordostküste dieser Insel besetzen. Peters erwarb 1885 der Gesellschaft für deutsche Kolonisation Ostafrika, die einzige abgerundete deutsche Kolonie, die sich unter Lettow-Vorbeck im Weltkriege behaupten konnte.

Der König der Belgier hatte sich die Forschungsreisen Stanleys zunutze gemacht.

1885 wurde der *Kongostaat* anerkannt, der 1908 von Belgien übernommen wurde. 1880 hatten sich die Engländer in Ägypten festgesetzt. Bei der Ausdehnung dieses Besitzes nach Süden stieß Kitchener 1895 auf den Vorstoß der Franzosen, die von ihrem westafrikanischen Reich einen Zugang nach dem Roten Meere suchten; in Faschoda mußten die Franzosen dem englischen Anspruch auf den Sudan weichen. Das Ergebnis war, daß 1900 in Afrika französischen und englischen Besitzungen von 10,2 und 9,2 Mill. qkm deutsche und belgische Kolonien von 2,3 Mill. qkm und portugiesische von 2 Mill. qkm gegenüberstanden. In Asien stand neben dem Britischen Reich, das sich auch auf Hinterindien ausgedehnt hatte, mit etwa 300 Mill. Einwohnern das Niederländische Inselreich mit 37 ½ Mill. Einwohnern.

Wenn auch in den 80er Jahren der Konflikt zwischen England und Rußland vermieden wurde, so brachten die 90er Jahre durch das Vorgehen Japans und der Vereinigten Staaten neue Verschiebungen. *Japan* erreichte durch die Besiegung Chinas die Vorherrschaft über Korea. Es mußte jedoch 1895 im Verträge von Shimonoseki den Russen die Mandschurei überlassen. Deutschland konnte 1898 Kiautschou erwerben. Das Jahr 1900 sah vereinigte Streitkräfte der europäischen Mächte unter deutschem Oberbefehl gegen die chinesischen Boxer auftreten. 1905 jedoch setzten sich die Japaner nach dem Siege über Rußland auch in der Süd-Mandschurei fest. Die *Vereinigten Staaten* griffen 1898 Kuba an und erwarben nach der Besiegung Spaniens die Reste seines Kolonialbesitzes, Portorico und die Philippinen, während Kuba nominell selbständig blieb.

Die durch die verstärkten Rüstungen notwendig werdenden Ausgaben äußerten neben den Erfordernissen, welche auch seit den 90er Jahren die aufkommende elektrische Industrie stellte, ihren Einfluß auf dem Kapitalmarkte. Der Zinsfuß, der in den 80er Jahren, wie schon einmal im 18. Jahrhundert, unter 3% heruntergegangen war, zeigte jetzt eine steigende Tendenz.

Während die bis dahin noch freien Gebiete der Erde aufgeteilt wurden, verschärfte sich die Spannung zwischen den Mächten. *Frankreich* hatte 1871 im Frankfurter Frieden die Meistbegünstigung mit Deutschland dauernd festgelegt. Gerade um Deutschland von seinem Markte fernzuhalten, erhöhte es 1892 seine Sätze stark. Die Winzer Südfrankreichs, die bis dahin hauptsächlich am Freihandel festgehalten hatten, waren durch die Verheerungen der Reblaus, die sie der Konkurrenz italienischen und spanischen Weines aussetzten, auch ins Lager des Schutzzolls hinübergeschwenkt. Der Méline-Tarif erschwerte die Verhandlungen dadurch, daß er nach spanischem Muster einen Mindesttarif festsetzte, unter den die Unterhändler in ihren Bewilligungen nicht gehen durften. Kam keine Tarifbindung zustande, so galten die Sätze des Maximaltarifs. Unter diesem Tarif gelangte Frankreich zu einem Zollkriege mit seinem nächsten Nachbarn, der Schweiz, der nur durch ein Entgegenkommen Frankreichs unter die Sätze seines Minimaltarifs beendet werden konnte. Die *Vereinigten Staaten* bekannten sich mit dem McKinley-Tarif von 1890 zu einem Hochschutzzoll, unter dem für viele europäische Waren die Ausfuhr unmöglich gemacht wurde.

Unter diesen Umständen entschloß sich *Deutschland* unter Caprivi zu einer Ermäßigung seines Tarifes, um durch Handelsverträge die Ausdehnungsmöglichkeit seines Exportes zu sichern. Die 1878 beschlossenen Getreidezölle hatten keine fühlbare Wirkung auf den inneren Preis gehabt. Erst die Erhöhungen 1885 von 1 Mk. auf 3 Mk., 1887 auf 5 Mk. pro 100 kg ließen dem Konsumenten die Abgabe fühlbar werden. Wie in England in den 40er Jahren, kam der durch eine ungünstige Ernte hervorgerufene Notstand dem Entschluß zum Abbau zugute. Viele Landwirte wurden jetzt selbst zu Abnehmern auswärtigen Getreides. Es kam sogar die Aufhebung des Getreidezolls in Frage, eine Maßnahme, zu der Frankreich bei seinen hohen Sätzen sich, wenn auch nur vorübergehend, entschließen mußte. Statt dessen wurde in Deutschland der Getreidezoll durch die Verträge, die 1891 zuerst mit

Österreich, dann auch mit Italien, Belgien, der Schweiz, schließlich 1894 auch mit Rußland geschlossen wurden, auf 3,50 Mk. ermäßigt. Diese Verträge waren damit begründet worden, daß Deutschland entweder Menschen oder Waren ausführen mußte. Die 90er Jahre brachten einen starken Aufschwung der deutschen Ausfuhr, während die Auswanderung zurückging, ja fremde Wanderarbeiter zugezogen wurden, im Osten Hunderttausende von polnischen Landarbeitern, in den Bergwerken italienische Erdarbeiter.

Mit dem Tarif von 1902 ging Deutschland zu Minimalzöllen nach französischem Muster über für die Agrarprodukte. Die erhöhten Sätze von 5,50 Mk. für Weizen, 5 Mk. für Roggen und Hafer und 4 Mk. für Malzgerste konnten durch Verhandlungen nicht herabgesetzt werden. Man erklärte sich bereit, dafür auch Zollerhöhungen des Auslandes hinzunehmen. Der schweizerische Bundesrat teilte mit: „Gegenseitiger Freihandel wurde von Deutschland abgelehnt. Wir traten mit großem Widerstreben auf den Grundsatz der gegenseitigen Erschwerung der Einfuhr ein“. Bezeichnenderweise konnte unter diesem Tarif der erste Vertrag nicht mit dem befreundeten Österreich, sondern erst 1904 mit dem durch den japanischen Krieg geschwächten Rußland abgeschlossen werden. Rußland hat diesen Vertrag als wirtschaftliche Schädigung empfunden. In gleicher Weise trugen die Zollkriege, die Österreich-Ungarn gegen Serbien und Rumänien wegen der Schweineeinfuhr führte, zum Aufkommen einer feindlichen Stimmung bei. Die rumänischen Zölle nahmen dem siebenbürgischen Gewerbe einen großen Teil seines Absatzes. Dafür entwickelte sich in Rumänien eine Industrie, deren Leiter vielfach Deutsche aus Siebenbürgen waren.

Immerhin stellte eine englische Untersuchung 1904 fest, daß die Belastung englischer Güter durch die Zölle in Deutschland 25%, in Italien 27% betrage, in Frankreich 34%, in Österreich 35%, in den Vereinigten Staaten dagegen 73% und in Rußland 131%. So unangenehm die Zölle im einzelnen empfunden wurden, stellten sie doch vielfach nur ein Gegengewicht dar gegenüber der Verbilligung der Transporte durch die modernen Verkehrsmittel. In den Vereinigten Staaten selbst konnten europäische Waren im Westen konkurrieren, da die Fabrikwaren des Ostens durch die Landfracht mehr verteuert wurden, als die Belastung der ausländischen Ware durch den Zoll ausmachte.

Schrifttum.

SERING, M.: Die landwirtschaftliche Konkurrenz Nordamerikas in Gegenwart und Zukunft. Landwirtschaft, Kolonisations- und Verkehrswesen in den V. St. und in Britisch-Nordamerika, 1887. — BIEHL, M.: Die Wirtschaft des fernen Westen. Ihre natürlichen Grundlagen und der heutige Stand der Erschließung. Hamburgische Universität, Abhandlungen aus dem Gebiet der Auslandskunde, Bd. 32, 1929. — GERLOFF, W.: Die Finanz- u. Zollpolitik des Deutschen Reiches nebst ihren Beziehungen zu Landes- und Gemeindefinanzen von der Gründung des Norddeutschen Bundes bis zur Gegenwart, 1913. — v. SCHULZE-GÄVERNITZ: Britischer Imperialismus und englischer Freihandel des zwanzigsten Jahrhunderts, 1906. Volkswirtschaftliche Studien aus Rußland, 1899. — COPPIUS, A.: Hamburgs Bedeutung auf dem Gebiete der deutschen Kolonialpolitik, 1905. — MEYER, H.: Das deutsche Kolonialreich, 1909. — SCHLIDER, S.: Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft, 1912.

3. Der Abschluß als Dauermaßnahme.

Der Weltkrieg brachte eine große Verschiebung der wirtschaftlichen Schwerpunkte. *England* konnte wohl seinen Alliierten leihen, sah sich selbst aber auf die Finanzhilfe der Vereinigten Staaten angewiesen, die in kurzer Zeit aus einem Schuldnerland zu dem größten Gläubigerland der Welt wurden. England nahm den Beistand seiner Kolonien in Anspruch, denen es dementsprechend weitere Rechte gewähren mußte. Das Britische Weltreich baute sich nach dem Kriege als ein Bund gleichberechtigter Staaten auf, als das „British Commonwealth of Nations“. Neben Großbritannien konnten Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika, Irland und Indien selbständige

Mitglieder des Völkerbundes werden. Das katholische Irland wurde 1922 zum Irischen Freistaat erklärt und errichtete 1924 Zölle, die sich gegen die englische Einfuhr wandten. *Indien* war zum wichtigsten Absatzgebiet der Baumwollindustrie Lancashires geworden. Die billigen britischen Kattune hatten in dem Ursprungsland der Baumwolle den eingeborenen Handwerker zum Erliegen gebracht. In der Vorkriegszeit hatten sich die von England Kanada gewährten Darlehen derart ausgewirkt, daß Kanada seine Bestellungen hauptsächlich in den Vereinigten Staaten tätigte, wodurch diese in den Stand gesetzt wurden, mehr ostasiatische Güter zu kaufen; die dadurch gesteigerte Kaufkraft Indiens kam England durch die größere Aufnahmefähigkeit für Manchester-Ware zugute. Jetzt entwickelte Indien trotz Gandhi, der zur eigen gewebten Tracht zurück wollte, eine Baumwollindustrie und eine Eisenindustrie, die sich mit Schutzzöllen gegen die englische Konkurrenz wehrten.

Lists Auffassung, daß die Tropen keine Industrie entwickeln könnten, wurde durch die Tatsachen widerlegt. Die Tropenhygiene machte auch hier das Arbeiten erträglich, und wenn auch die Maschinen größerer Abnutzungsgefahr unterlagen, so wußte auch dagegen die Technik Mittel zu finden. Während des Weltkrieges, der den überseeischen Ländern die Zufuhr der europäischen Industrieprodukte abschloß, sahen sie sich gezwungen, ihren Bedarf an diesen Dingen selbst herzustellen. So mußte der Balfour-Bericht 1925 das Aufkommen einer Industrie in den Rohstoffländern feststellen, wodurch den europäischen Industriestaaten ein wichtiger Teil ihres Absatzes verloren ging. Gerade die große Stapelindustrie Englands, die der Baumwollwaren, wurde notleidend. Ihr war während des Krieges die japanische Industrie als gefährlicher Konkurrent erwachsen, der ihr nicht nur die ostasiatischen, sondern auch die südamerikanischen Märkte streitig machte. Die amerikanische Industrie konnte mit ihrer Kapitalkraft der englischen in Südamerika die Vorhand abgewinnen, ja in den englischen Kolonien gegenüber der britischen Einfuhr vordringen. In Kanada betrug schon 1913 die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten fast das Vierfache der englischen.

Wenn während der industriellen Revolution der Schwerpunkt des englischen Wirtschaftslebens sich von dem Süden nach dem kohlenreicheren Norden verschoben hatte, London gelegentlich von Manchester seine Impulse bekam, so gruppieren sich die während und nach dem Kriege aufgebauten Industrien, wie die Automobilindustrie, die elektrische und die chemische, wieder mehr um den großen Konsummittelpunkt London.

Die *Vereinigten Staaten*, denen der Krieg die Mittel zur Führung der Weltwirtschaft zugewandt hatte, waren doch nicht gewillt, die Folgerungen aus dieser Lage zu ziehen. Die Menge der Neger bildete für die herrschende weiße Rasse ein ernsthaftes Problem; die Staaten des Westens, die sich vor der Gefahr einer überwiegenden Einwanderung aus dem asiatischen Osten sahen, hatten sich dagegen, ebenso wie Australien, durch Einwanderungsverbote geschützt. Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten, die sich früher hauptsächlich aus den nordeuropäischen Ländern zusammengesetzt hatte, war in der letzten Zeit vor dem Kriege überwiegend aus dem europäischen Süden und Osten bestritten worden. Während des Krieges hörte diese Einwanderung auf. Der Überschuß der Neger-Bevölkerung ersetzte sie vielfach in der Industrie. Ja die billigeren Löhne führten zum Aufbau einer Industrie im Süden, die der Textilindustrie Neuenglands und der Eisenindustrie des Nordens an die Seite trat. Nach dem Kriege verschlossen die Vereinigten Staaten auch der europäischen Einwanderung ihre Tore. Die Vorzüge des amerikanischen Marktes sollten nur den ansässigen Arbeitern zugute kommen. Nur ein bestimmtes Kontingent wurde zugelassen, nach dem Gesetz vom 19. Mai 1921 3% von den 1910 in den Vereinigten Staaten ansässigen Ausländern. Auch dies Kontingent konnte nicht immer ausgenutzt werden wegen der finanziellen Anforderungen, die an den Einwanderer gestellt wurden.

Auch gegen die Einfuhr fremder Waren, mit denen doch das Ausland allein seine Schulden hätte verzinsen können, sperren sich die Vereinigten Staaten. Sie erhöhten 1922 und 1930 ihre Zölle. Dabei wurde der Zollschatz in ganz anderer Weise als bisher begründet. Gewiß hatte auch der erziehende und der erhaltende Schutzzoll, der als vorübergehende Maßnahme gedacht war, die Tendenz, zu einer bleibenden Einrichtung zu werden. Wenn die für die Anpassung an die neuen Bedingungen vorgesehene Zeit herannahte und eine Aufhebung von Prämie oder Zoll in Frage stand, wußten die Interessenten es in der Regel glaubhaft zu machen, daß ihre Erstarkung noch nicht weit genug vorgeschritten sei, sie also noch weiter des Schutzes bedürften. In der Tat konnte ja auch, wenn die eine Konkurrenz an Bedeutung eingeübt hatte, eine neue, vielleicht gefährlichere auftauchen, so wenn in den 90er Jahren neben dem nordamerikanischen Getreide das argentinische auf dem Weltmarkt bedeutungsvoll wurde. Indessen wurde der Schutzzoll in den Vereinigten Staaten als soziale Maßnahme begründet; man stellte es so dar, als wäre die Konkurrenzfähigkeit des Auslandes nur durch seine niedrigen Löhne zu erklären. Der Schutzzoll sollte den Arbeiter gegen diese Konkurrenz schützen. Während tatsächlich gerade die Industrien, die geringere Löhne zahlten, da sie unter ungünstigen Bedingungen produzierten, auf den Schutz gegen die ausländische Konkurrenz angewiesen waren, stellte man den Fordney-McCumber-Tarif von 1922 als Magna Carta für den amerikanischen Lebensstandard des Arbeiters hin. Adam Smith hatte der internationalen Arbeitsteilung das Wort geredet, nach der jedes Land sich am besten stünde, wenn es diejenige Produktion entwickelte, für die es die besten Vorbedingungen aufwiese. RICARDO hatte diese Lehre dahin erweitert, daß die relativen Kosten zu berücksichtigen wären. Auch wenn ein Land in einer Produktion einem anderen überlegen wäre, könne es sich bei der Einfuhr der betreffenden Ware aus dem schwächeren Lande besser stehen, wenn es sich auf diejenige Produktion beschränkte, in der seine Überlegenheit noch größer wäre. Diese Überlegung gilt nicht nur im auswärtigen, sondern auch im inländischen Verkehr. Solchem Ausgleich durch Anpassung an den Weltmarktpreis stellten die Amerikaner die Auffassung entgegen, der Zoll solle gerade so bemessen sein, daß er einen Ausgleich des Unterschiedes zwischen den heimischen und den ausländischen Produktionskosten bedeute. Damit war der Zoll als *Dauermaßnahme* empfohlen. Diese Lehre, welche also mit der Fortdauer von Betrieben rechnet, die unter ungünstigen Produktionsverhältnissen arbeiten, war in Österreich 1905 von SCHÜLLER vertreten. Ihr hatte GRUNTZEL das Übersehen des dynamischen Elementes entgegengehalten. Sie wurde zur Grundlage des Schutzzolls, an dessen Wirksamkeit für den wirtschaftlichen Aufbau die Amerikaner ebenso glaubten, wie die Engländer an den Freihandel. In England war dem Freihandel die Fair-Trade-Bewegung als schutzzöllnerische entgegengetreten. In den Vereinigten Staaten bedeutete umgekehrt gegenüber dem Hochschutzzoll, welcher der auswärtigen Einfuhr prinzipiell feindlich gegenüberstand, die Fair-Trade-Bewegung eine freierem Verkehr günstige Richtung, wenn sie diesen auch mit Ausgleichsabgaben belasten, unter dieser Bedingung jedoch zulassen wollte.

Der Kapitalreichtum der Vereinigten Staaten veranlaßte sie dazu, nicht nur ihre eigene Produktion stark auszudehnen, sondern auch den südamerikanischen Rohstoffproduzenten durch Anleihen eine starke Erweiterung ihrer Produktion zu gestatten. Die Kohlschätze, die Wasserkraften, das Ölvorkommen gewähren den Vereinigten Staaten besonders dort einen Vorzug, wo diese Kraftquellen verwandt werden können. Der amerikanische Arbeiter ist auf Maschinenverwendung eingestellt. Eine Überlegenheit der Amerikaner macht sich überall dort geltend, wo geschulte Arbeit mit Maschinen in Frage steht. Der Aufschwung des amerikanischen Wirtschaftslebens in der Nachkriegszeit wurde durch die Ausweitung der Bedarfe gekennzeichnet. Das Auto begann seinen Siegeszug. Ein großartiges Netz von Autostraßen wurde gebaut. Radio und Grammophon wurden zu notwendigen Aus-

rüstungsgegenständen des Hauses. Wie aber, wenn jeder leistungsfähige Amerikaner mit einem Auto versehen war, wenn er das einfachere Auto durch ein besseres ersetzt hatte, wäre dann die Fortsetzung der Arbeit in den Autofabriken durch auswärtigen Absatz gesichert? Für die Anschaffung derart großer Gebrauchsgegenstände, wie das Auto, die man aus den Überschüssen des Einkommens abzahlen konnte, bildeten die Amerikaner die Konsumfinanzierung aus. So konnte man auch dem Ausland Kredite gewähren zum Bau von Straßen und zur Anschaffung amerikanischer Waren. Wie aber stand es mit der Leistungsfähigkeit dieser Schuldner?

Der Großräumigkeit des amerikanischen Kontinents, des russischen Weltreiches und auch des Britischen Empire hatte List den Gedanken eines europäischen Kontinentalraumes entgegengesetzt, der sich bis nach Vorderasien erstrecken sollte. Eine *mitteleuropäische Verbindung* dieser Art schien sich im Weltkriege anzubahnen. Sein Ausgang zerschlug auch die bestehenden Gebiete. Rußland verlor seine westlichen Provinzen. Österreich-Ungarn wurde in eine Reihe selbständiger Territorien aufgelöst. Statt der Vereinigten Staaten von Europa, die ihre Hilfskräfte, wie z. B. Wasserwerke zur Verteilung elektrischer Energie, nach gemeinsamem Plane hätten ausbilden können, schlossen sich alle diese neuen Staatsgebilde feindselig gegeneinander ab. Der Aufbau der Staatsverwaltung, die Rüstungen, mit denen die neuen Staaten sich schützten, verlangten erhöhte Staatseinnahmen, zu denen Zölle sich am bequemsten darboten. Dem Finanzausgang-Interesse des Staates trat der Schutzzollbedarf der Produzenten in den neu sich abschließenden Gebieten zur Seite. Während des Krieges war auch der Personenverkehr an den Grenzen unterbunden gewesen. Die Verkehrsmittel gestatteten jetzt raschere und massenhafte Verbindung in einem geographisch zusammengehörigen Gebiete. Die Zollschranken aber stellten sich dem entgegen und führten zu einer unwirtschaftlichen Zersplitterung der Kräfte.

Deutschlands Wirtschaft hatte im Kriege am schwersten gelitten. Die Friedensbedingungen machten ihm einen Aufbau fast unmöglich. Die Leistungen Deutschlands im Kriege hatten auf seine Gegner einen solchen Eindruck gemacht, daß sie ihm alles zutrauten. Frankreich hatte die Abgabe der 5 Milliarden, welche Deutschland 1871 von ihm verlangte, verhältnismäßig leicht aufbringen können. Es hatte nicht aufgehört, ein Gläubigerland zu sein. Das jedoch, was dem erschöpften und durch den Frieden um besonders leistungsfähige Gebiete beraubten Deutschland zugemutet wurde, überstieg alle Grenzen. Deutschland verlor nicht nur seine Kolonien, sondern seine gesamten Auslandsanlagen. Freiheit und Eigentum waren die Grundlagen der wirtschaftlichen Entwicklung gewesen. Im 19. Jahrhundert hatte man sich bemüht, diese Grundlagen auch im Kriege anzuerkennen. Die Freiheit der Privatpersonen und das private Eigentum hatte man in den Landkriegen geschont. So hatten die Deutschen 1870 die Banque de France nicht angetastet, weil sie nicht Staatseigentum war. Jetzt aber erkannten die Engländer voran im Kriege weder die Freiheit feindlicher Zivilpersonen, noch ihr Eigentum an. Die Rechtsansprüche, welche die Kaufmannschaft des Mittelalters als international bindend festgelegt hatte, fielen jetzt dahin. Eigentum gab es nur, sofern der Staat seine Untertanen darin schützen konnte. Japan hatte nach seinem Siege über Rußland auf Kriegsentschädigung verzichtet. Deutschland wurde in Versailles unter dem Titel der Reparationen eine untragbare Last aufgebürdet. Die Möglichkeit, seine Wirtschaft aufzubauen und der ihm aufgebürdeten Last zu genügen, konnte ihm nur durch auswärtige Hilfe, wie sie ihm besonders von den Vereinigten Staaten geleistet wurde, gegeben werden. Aus einem Gläubigerland wurde Deutschland ein Schuldnerland.

Eine Zeitlang konnte es scheinen, als ob die Kriegswirtschaft wieder in die Bahnen der früheren Friedenswirtschaft einlenkte. Deutschland war für die erste Nachkriegszeit die Möglichkeit einer selbständigen Handelspolitik genommen. Wie eine Kolonie unter dem Merkantilsystem sollte es für auswärtige Waren einen Absatzplatz bilden, ohne seinerseits die gleichen Bedingungen zu erhalten. Durch die

Ruhrbesetzung war ein wichtigstes Wirtschaftsgebiet seinem Einfluß entzogen. Erst hinter der Linie der Besetzung konnten Zölle wirkungsvoller erhoben werden. Das Reich zerfiel also zollpolitisch in verschiedene Wirtschaftsgebiete. Doch wurde die einseitige Meistbegünstigung des Versailler Vertrages 1925 fallen gelassen, so daß Deutschland seine Handlungsfähigkeit wieder erlangte. Die Vereinigten Staaten, welche den Versailler Vertrag nicht unterschrieben hatten, boten ihm einen Handelsvertrag, der im Gegensatz zu der bisherigen Praxis der Vereinigten Staaten die Meistbegünstigung enthielt, aber keine Tarifbindungen brachte. England gewährte das gleiche. Selbst Frankreich sah sich 1927 durch die Rücksicht auf das ihm wieder zugefallene Elsaß-Lothringen veranlaßt, mit Deutschland einen Vertrag zu schließen, in dem es nicht nur einen großen Teil seiner geplanten Sätze zurückschraubte, sondern auch eine wenn auch listenmäßig beschränkte Meistbegünstigung gewährte.

Nur unter gegenseitigem Vertrauen hätte sich der zwischenstaatliche Verkehr weiterentwickeln können. Er wurde indes einer zu starken Belastungsprobe ausgesetzt. Der Aufschwung der Vereinigten Staaten, der durch geldpolitische Maßnahmen, übermäßige Gewährung von Krediten, künstlich durchgehalten war, brach 1929 zusammen. Durch die New Yorker Börse, der alle Welt ihre Gelder zuströmen ließ, wurde die Finanzierung von Unternehmungen sehr erleichtert. Dem durch die Kapitalknappheit auf das Doppelte und Dreifache der Vorkriegszeit erhöhten Zinsfuß in Deutschland stand ein ausnehmend niedriger in New York gegenüber. Doch hatte man sich in den Vereinigten Staaten mit Gründungen übernommen. Eisenbahnaktien waren zu einem soliden Papier geworden. Um so undurchsichtiger stand es mit den elektrischen Anlagen, den „Public utilities“, die jetzt das ganze Land erfüllten. Als sich die Unmöglichkeit einer den gesteigerten Kursen entsprechenden Verzinsung herausstellte, stürzten die Kurse. Die Krise erreichte dadurch ein unerhörtes Ausmaß, daß sie nicht nur die Industrie erfaßte, sondern ebenso stark die Rohstoffproduzenten in Mitleidenschaft zog. Das Ausbleiben der amerikanischen Kredite veranlaßte Deutschland zu den größten Einschränkungen. Die Aufnahmefähigkeit für das gesteigerte Angebot der überseeischen Rohstoffe gab in ganz Europa nach.

Wien hatte versucht, auch nach der Zerstückelung der österreichischen Grenzen seine Stellung als Umschlagsplatz und Kapitalgeber für den europäischen Südosten aufrecht zu erhalten. Im Messeverkehr gelang ihm das einigermaßen gegenüber den neuaufgekommenen Prager Messen. Die den Nachfolgestaaten gewährten Kredite wurden ihm jedoch verhängnisvoll. Die österreichische Kreditanstalt brach 1931 trotz des Einflusses des Hauses Rothschild, dem sie gedient hatte, zusammen. Die Krise erfaßte im Juli *Deutschland*, das durch den Abzug der ihm kurzfristig gewährten Gelder geschwächt war. *England* selbst sah sich im September genötigt, seine 1925 mit amerikanischer Hilfe wieder eingerichtete Goldwährung preiszugeben. Ja, es führte zum Schutz seiner Industrie Schutzzölle ein. Noch mehr, es garantierte seiner Landwirtschaft einen Weizenpreis von 45 Sh. pro Quarter, das Doppelte des freien Marktes. Der Zuschuß hierfür wurde durch eine Abgabe vom Weizenmehl aufgebracht, durch die der Brotpreis um $\frac{1}{2}$ ₤ für den Laib von 4 Pfd. verteuert wurde.

Australien hatte schon früher (1929) seine Zahlungen eingeschränkt. Südafrika, das Goldland, folgte schließlich auch der Abwertung des £ St., der sich die skandinavischen Länder anschlossen. Japan, ein Hauptkriegsgewinner, das gerade wieder zur Goldwährung übergegangen war, gab diese 1932 auf und unterbot mit seinem stark entwerteten Yen alle Waren und Frachten. Zu dem Abschluß der Zollgrenzen trat die Verschiedenheit der Währungsgrundlage als weiteres trennendes Moment zwischen die Staaten. Die Umsätze des Welthandels hatten 1800 2 Milliarden Mark ausgemacht, 1830 6,5 Milliarden; 1870 waren sie auf 38 Milliarden gestiegen, 1900 auf 79 Milliarden, 1913 hatten sie 160 Milliarden erreicht. 1929 standen sie auf

284 Milliarden, 1933 nur mehr auf 99 Milliarden. Der Welthandel ging also von 1929—1933 auf ein Drittel seines Wertes und zwei Drittel seines Volumens zurück.

Es schien, als ob die gemeinsame Not, die sich in den erschreckenden Ziffern der Arbeitslosen zeigte, bei der auf der einen Seite unabsetzbare Vorräte sich häuften, auf der anderen Massen Hunger litten, alle Völker zu gemeinsamen Maßnahmen zusammenführen müßte. Das Gegenteil war der Fall. Die Wirtschaftskonferenz, welche 1933 in London zusammentrat, wurde dadurch zur Erfolglosigkeit getrieben, daß die Vereinigten Staaten, das goldreichste Land der Welt, im Interesse ihrer verschuldeten Farmer das Abgehen vom Goldstandard erklärten. Die Krise führte also dazu, daß die Länder ihren Waren-, Reise- und Kapitalverkehr auf das äußerste beschränkten und suchen mußten, aus eigenen Mitteln, so gut es ging, mit der herrschenden Not fertig zu werden.

Schrifttum.

SERING, M.: Die Weltkrise und die Neuordnung Europas, Tribute, Abrüstung, Donaauraum, mit einem Anhang über die Höhe der deutschen Leistungen, 1932. Sering weist auf den Unterschied der Bewertung der deutschen Leistungen nach französischer und nach deutscher Berechnung hin. Frankreich behauptete, nur 20 $\frac{3}{4}$ Milliarden Mark erhalten zu haben, während Deutschland 67 $\frac{2}{3}$ Milliarden Goldmark aufgebracht hatte. In der Tat wurden ungleiche Werte getauscht! Deutschland verlor die Rohstoffgebiete an seinen Grenzen, die durch die Eingliederung in die deutsche Wirtschaft ihren Wert erhalten hatten. Die Rombacher Hüttenwerke in Lothringen, ein Objekt von 1,4 Milliarden Mark, wurden zu 2,5% ihres Wertes versteigert! Die polnisch gewordene Kohle Oberschlesiens wurde von dem Oderweg abgedrängt und durch eine mit französischem Geld gebaute Bahn, die Magistrale, nach dem neuen Hafen Gdingen gebracht. Durch den englischen Kohlenstreik von 1926 wurde die Kohle zu dem wichtigsten Ausfuhrgut Polens und zu einem Rückgrat seiner Wirtschaft, aber zu welchen Kosten?

Die polnische Textilindustrie von Lodz verlor durch den Krieg den russischen Absatz, für den sie vergebens in den Staaten Südost-Europas einen Ersatz suchte, da diese eine eigene Textilindustrie aufbauten. Ungarn verlor durch die Abtretungen, die sein Gebiet verkürzten, die Grundlage der Budapester Mühlenindustrie. Hatte es sich bisher aus Böhmen mit Textilien versorgt, so ließ es jetzt eine eigene Textilindustrie für seinen Bedarf sorgen. Die Einwanderungsverbote schädigten Länder, die, wie Italien, auf die Heimsendungen seiner Auswanderer angewiesen waren, ebenso wie die Abschneidung der Wareneinfuhr die Länder des industriellen Exports.

„Internationale Konferenz für Agrarwissenschaft in Bad Eilsen. Vorträge und Verhandlungen über die Weltagrarkrise“, 1934. Darin der einleitende Vortrag von SERING über die Weltwirtschaftskrise. — SIEVEKING, H.: Die Gestaltung der Handelspolitik in den wichtigsten Ländern. Sammlung Göschen 1930. — SCHÜLLER, R.: Schutzzoll und Freihandel, die Voraussetzungen und Grenzen ihrer Berechtigung, 1905. — GRUNZEL, J.: Theorie des zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehrs. Wien 1924. — SELIGMAN, E.: The Economics of Instalment Selling, A Study in Consumer's Credit, with special Reference to the Automobile. New York 1927. — BENHAM, F.: Das englische Währungsexperiment. Währungspolitische Zeitfragen 2, Berlin 1933. — SOMARY, F.: Die Ursachen der Krise 1932. Bankpolitik, 3. Aufl. 1934. Somary macht auf die Leichtsinngigkeit der amerikanischen Gründungen, namentlich bei den Investment-Trusts, im Gegensatz zu der englischen Vorsicht bei derselben Geschäftsform aufmerksam. 50 der meistgehandelten Werte an der New Yorker Börse stiegen 1921—1929 von durchschnittlich 164% auf 312%. Die Aktien der General Electric erreichten 1929 das sechzehnfache des Kursstandes von 1921. Die den Maklern gewährten Darlehen, die 1919 1 $\frac{1}{2}$ Milliarden Dollars betragen hatten, stiegen 1926 auf 3 Milliarden \$, 1929 auf 8 $\frac{1}{2}$ Milliarden \$. 1931 waren sie auf 1 $\frac{1}{2}$ Milliarden \$ wieder gesunken und betragen 1934 nur mehr 200 Millionen \$.

II. Die soziale Frage.

1. Die politische Richtung der Arbeiterbewegung. Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Der Handwerksgehilfe konnte damit rechnen, einmal selbständiger Meister zu werden. Bei dem Emporkommen der großen Industrie mochte es dem geschickten und gewandten Handwerker noch glücken, zum Unternehmer aufzurücken. Die Masse der Handwerker fand jedoch als Arbeiter in der Fabrik ein Unterkommen. Der Großbetrieb hatte die Tendenz zur Aufsaugung der kleinen und mittleren Be-

triebe. Wenn im Verlagssystem wohl auch größere Unternehmungen vorkamen, so entfielen doch in der Regel auf einen Verleger etwa zehn handwerkliche Meister. Der Unternehmer in der Fabrik beschäftigte bald Hunderte und Tausende. Dazu ballten sich die Fabriken in den Städten zusammen. Die Fabrikarbeiter füllten die neu aufschießenden Wohnquartiere. Durch dies Zusammenarbeiten und Zusammenleben empfanden sie sich als eine neue Gruppe, mochten sie aus ländlichen oder städtischen Verhältnissen hervorgegangen sein. Als Arbeitern stand ihnen keine Möglichkeit mehr offen, zur Selbständigkeit aufzurücken. Sie waren an die Disziplin des Betriebes gebunden. Sie mußten sich im Gegensatz fühlen zu dem Besitzer der Fabrik und der Maschine, der ihnen die Arbeitsbedingungen diktierte. Auf der anderen Seite waren sie freie Bürger. Ja, in den Fabrikorten schienen sie die Masse der Staatsbürger auszumachen. Konnten sie da nicht als Masse auftreten und ihre Macht im Staate dazu benutzen, günstigere Arbeitsbedingungen zu erzielen?

Das Streben der Arbeiter schließt sich anfangs an politische Bewegungen an. In Paris fand 1795 Gracchus Babeuf, die französische Revolution müsse durchgeführt werden zu einer Republik der Gleichen. Damals aber standen noch keine Arbeitermassen hinter ihm. Das änderte sich 1830. Die Arbeiter fochten für die Freiheit, aber sie hatten das Gefühl, daß die Früchte des Sieges nur den bürgerlichen Unternehmern zugute kämen. Der Kampf um die Reformbill hatte in England die Gemüter bewegt. Die Arbeiter, deren Lage in den 30er Jahren durch das Einleben der Maschinenwirtschaft besonders schwierig war, verlangten für sich eine neue „magna charta libertatum“. Sie hofften, durch Petitionen beim Parlament eine freiere Stellung im Arbeitsverhältnis erreichen zu können. Die *Chartisten* nahmen in den 40er Jahren eine drohende Haltung an, und es mußten Truppen gegen sie aufgeboten werden. Dann aber brach die Bewegung zusammen. Seit den 50er Jahren versuchten die englischen Arbeiter auf friedlichem Wege weiterzukommen. Sie überließen die Vertretung ihrer Angelegenheiten im Parlament den dort herrschenden Parteien. Die Konservativen, die Tories, die den Fabrikanten wegen der Durchführung des Freihandels zürnten, machten die Sache der Arbeiter zu der ihrigen. Mit ihrer Hilfe wurde 1847 das Zehnstundengesetz durchgebracht, das zunächst allerdings nur in der Baumwollindustrie für Frauen und Kinder eine längere Arbeitszeit untersagte. Ebenso gelangte 1871 mit konservativer Hilfe die Trade Unions Act zur Annahme, durch welche nach genauen Untersuchungen die Gewerkschaften gesetzlichen Schutz erlangten.

Erst in den 90er Jahren entschlossen sich die englischen Arbeiter zu selbständiger politischer Betätigung, und erst im neuen Jahrhundert erlangte diese Bewegung durch den Widerstand gegen für die Trade Unions ungünstige Urteile stärkeren Nachdruck. 1903 zogen die ersten Arbeitervertreter in das englische Parlament ein. Der englischen Arbeiterpartei war es aber nicht, wie zu der Chartistenzeit, um den Umsturz der bestehenden Verhältnisse zu tun. Waren in ihr doch auch die Fabier vertreten. Sie arbeitete vielmehr im Rahmen der bestehenden Verfassung, die sie bestrebt war den neuen Verhältnissen anzupassen. Nach dem Kriege erlangte die englische Arbeiterpartei erhöhte Bedeutung; ihr Führer Macdonald konnte an die Spitze des nationalen Zusammenschlusses treten.

In *Frankreich* erklärte Louis Blanc, nachdem durch die Revolutionen von 1789 und 1830 der feudale Adel von der Bourgeoisie zurückgedrängt wäre, sei jetzt die Stunde gekommen, wo das Proletariat an Stelle der Bourgeoisie zur Herrschaft berufen sei. Ihm schwebte eine Umwandlung der Großbetriebe, wie der Eisenbahnen, in Staatsbetriebe vor unter Selbstverwaltung der Arbeiter. 1848 konnte er in Paris die Ateliers Nationaux einrichten, deren Arbeiter mit der Herstellung von Uniformen für die Nationalgarde beschäftigt wurden. Blanc mußte jedoch die Erfahrung machen, daß nur in Paris die Arbeiterschaft die Mehrheit besaß, während auf dem Lande bei den Wahlen die bauerlichen Interessen überwogen. 1871 wurde der

Aufstand der Kommune in Paris niedergeschlagen. Die französischen Sozialisten traten 1893 in das Parlament ein, 1899 stellten sie in Millerand einen Minister, dessen Opportunismus später Jaurès und Briand entgegentraten.

Eine *deutsche Arbeiterpartei* wurde 1863 durch Lassalle begründet. So wie Napoleon als Prätendent Louis Blanc nähergetreten war, näherten sich in gemeinsamem Gegensatz gegen den Liberalismus Bismarck und Lassalle. Durch das allgemeine Wahlrecht des Norddeutschen Bundes, später des Reiches hoffte Bismarck die Arbeitermassen zu gewinnen. Neben dem Lassalleschen Arbeiterverein wurde 1869 durch Bebel und Liebknecht, die Anhänger von Karl Marx, in Eisenach die sozialdemokratische Arbeiterpartei begründet. 1875 verschmolzen unter polizeilichem Druck die bis dahin streng sich befühenden Lassalleaner und Eisenacher auf dem Gothaer Kongreß. Die radikale Haltung der infolge der Krise stark anwachsenden Partei veranlaßte Bismarck 1878 zu dem Sozialistengesetz, das bis 1890 die Arbeiterbewegung hemmte, aber das Anwachsen der sozialistischen Stimmen nicht hinderte.

Positiv kam Bismarck den Arbeitern durch die Versicherungsgesetze entgegen. Schon Napoleon III. versuchte, durch Versicherungseinrichtungen dem Arbeiter bei Aussetzen seines Verdienstes eine Rente zu verschaffen. Aber diese Einrichtungen waren freiwillig. In Deutschland hatte Schäffle die obligatorische Versicherung als eine Hauptforderung für den Arbeiterstand aufgestellt. In seinem Sinne wurde 1883 die Krankenversicherung, 1884 die Unfallversicherung und 1889 die Invaliditäts- und Altersversicherung geschaffen.

Erst seit 1890 wurde unter Wilhelm II. auch der Arbeiterschutz in Deutschland kräftiger gepflegt. Die sozialdemokratische Partei, die bis dahin auf einen baldigen Umsturz gehofft hatte, erkannte die zu der allmählichen Hebung der Arbeiterklasse beitragenden Maßnahmen, wie Genossenschaften und Gewerkschaften, an.

Eingriffe des Staates in das Arbeitsverhältnis wurden von den Unternehmern abgelehnt, weil sie Herr im Hause bleiben wollten. Dem Familienbetriebe entsprach wohl das alte Handwerk, bei dem Arbeitsstätte und Wohnraum meist unter einem Dache waren. Die moderne Fabrik stellt eine neue Einheit dar. Das Haus des Unternehmers ist seine Villa, die nicht in dem Fabriksbezirke zu liegen braucht. Die in der Fabrik notwendige Disziplin hat vielmehr zu Vergleichen mit dem Heere Anlaß gegeben. Hier marschieren die Arbeiter-Bataillone auf, und Carlyle erinnerte die Unternehmer an ihre Pflichten als Hauptleute der Industrie. Indessen waltet beim Heerwesen öffentliches Interesse vor, während die einzelne Fabrik auf eigenen Füßen stehen muß.

Das patriarchalische Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter kann zu weitgehender Fürsorge für die Arbeiter führen. Bergwerke müssen für Wohngelegenheit sorgen. Pensionskassen werden eingerichtet. Einige Unternehmungen lassen sich auch die Erziehung und Unterhaltung ihrer Arbeiter angelegen sein. So richtete Owen 1800 New Lanark als eine Musteranstalt ein. Sir Titus Salt gründete in Saltaire ein Theater und ein Schwimmbad. Indessen blieben unter seinen Nachfolgern die Löhne in Saltaire hinter denen der Umgegend zurück. Es bestand die Gefahr, daß die Wohltaten der Unternehmer den Arbeiter allzusehr an den Betrieb ketteten. Man sprach sogar von dem Entstehen einer neuen Feudalität.

Die Unternehmer gebrauchten ihre Übermacht durchaus nicht immer in humanem Sinne. Schon 1674 griff die Züricher Regierung ein, um der Schmälerung des Lohnes der Seidenarbeiter durch ihre Verleger entgegenzutreten, und erließ in der Fabrikordnung von 1717 einen umfassenden Lohntarif. Die aufkommende Maschinenindustrie wirkte schon zu Ausgang des 18. Jahrhunderts so verheerend, daß die Ärzte ein Einschreiten verlangten. 1802 wurde das erste Gesetz „zur Bewahrung der Gesundheit und Moral der Lehrlinge in den Baumwollfabriken“ für *England* erlassen, das jedoch ohne großen Erfolg blieb. Erst seit 1833 Fabrikinspektoren geschaffen wurden, konnte energischer gegen Mißstände vorgegangen werden. Das Eingreifen

gegen hygienische Mißstände begegnet nicht nur dem Widerstand der Unternehmer, sondern vielfach auch der Arbeiter. Den Arbeitern ist es vor allem um höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit zu tun. Die Kinderarbeit wird von den Eltern vielfach als Zuschuß zum Familieneinkommen benutzt. Gegen sie treten in Sonderheit die Lehrer auf, wenn ihnen die Übermüdung ihrer Schüler durch diese Arbeit auffällt. So verdankt Deutschland seinen Kinderschutz 1903 dem Lehrer Agahd. Die Sonntagsarbeit wird besonders von den Geistlichen bekämpft.

Die englische Zehnstundenbill von 1847 wurde von der Baumwollindustrie ausgedehnt auf andere Industrien, 1867 auch auf kleinere Betriebe. 1878 wurden die einzelnen Gesetze zusammengefaßt, aber die Entstehung des Arbeiterschutzes in diesen drei Etappen tritt noch in dieser Zusammenfassung hervor. Die englische Gesetzgebung beschränkte sich auf den Schutz von Frauen und Kindern. Man glaubte, die erwachsenen Männer müßten für sich selber sorgen. Tatsächlich wurde durch die Einschränkung der weiblichen Arbeit in den Textilfabriken auch ihre Arbeit begrenzt. In der Schweiz wurde dagegen 1877 der elfstündige Maximalarbeitstag auch für die Männer beschlossen und für Kinder und Frauen die Nachtarbeit untersagt. Vorher hatten schon der Kanton Glarus und andere Kantone sich zu dem Arbeiterschutz entschlossen.

1848 hatte *Karl Marx* im „Kommunistischen Manifest“ die Proletarier aller Länder zur Vereinigung aufgerufen. Die politische Bewegung in den einzelnen Staaten glaubte zunächst, durch Beeinflussung der Zentrale Einfluß gewinnen zu können. Es zeigte sich aber überall, daß auch bei demokratischem Wahlrecht in den Ländern, ja in den Einzelstaaten die Arbeiter trotz des Anwachsens ihrer Zahl nur eine Minderheit darstellten. Direkten Einfluß konnten sie zunächst nur in den Kommunen gewinnen, wo sie zu praktischer Arbeit berufen wurden. Von da aus mochte sich ihr Einfluß auf die größeren politischen Gebilde verbreitern. So gewannen in der Schweiz manche arbeiterfreundliche Bestimmungen zunächst nur in einzelnen Gemeinden Geltung, andere wurden in den Kantonen beschlossen. Erst 1908 wurde dem Bunde das Recht verliehen, auch in den Kleinbetrieben des Gewerbes einzugreifen. Des Arbeitsnachweises, sofern er nicht von den Beteiligten selbst geregelt wurde, hatten sich in Deutschland zuerst private Vereine angenommen, dann folgten einzelne Städte, schließlich Provinzen und Länder, bis es 1903 zu einer Reichsstelle für den Arbeitsnachweis kam.

Dem lokal begrenzten Arbeiterschutz konnte entgegengehalten werden, daß jenseits der Grenze Betriebe, denen solche Einschränkungen fehlten, mit ihren Waren den besser geordneten Unternehmungen eine Schmutzkonkurrenz machen würden. Macaulay hatte 1847 den Arbeiterschutz damit empfohlen, daß die Stärkung der Arbeiterschaft, die unter ihm zu erhoffen war, als die beste Waffe im Konkurrenzkampf sich erweisen würde. Ungünstige Arbeitsverhältnisse des Auslandes brächten auch mangelhafte Produkte mit sich, die England nicht zu fürchten brauchte. Immerhin blieb eine internationale Regelung erwünscht, für die die Schweiz bei ihrem vorbildlichen Vorgehen besonderes Interesse haben mußte. 1890 wurde in Berlin eine internationale Arbeiterkonferenz einberufen, die es im wesentlichen mit Anregungen bewenden lassen mußte. Doch wurde in Basel ein internationales Institut geschaffen, das die Gesetze der einzelnen Staaten sammeln und verbreiten sollte. Durch solche internationalen Vergleiche wurde immerhin zum Wettstreit auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes angeregt. 1906 kam in Bern eine internationale Verabredung zustande, wonach die Nachtarbeit der Frauen und der die Gesundheit gefährdende Gebrauch des Weißphosphors verboten wurde.

In Deutschland hatten zuerst Militärs auf die Schwächlichkeit des Nachwuchses aus den Fabrikgegenden hingewiesen. 1891 setzte in Deutschland ein energischerer Arbeiterschutz ein. Die Sonntagsarbeit wurde verboten, die Frauenarbeit auf elf Stunden, 1908 auf zehn Stunden beschränkt, ebenso die Arbeit der Jugendlichen

geregelt. Der Bundesrat konnte gegen Mißstände in besonderen Gewerben Verordnungen erlassen. Er tat das, indem er z. B. 1896 die Nachtarbeit in den Bäckereien verbot.

Der Arbeiterschutz war vor dem Kriege besonders in Australien ausgebildet. Die Arbeiter benutzten hier ihre politische Macht, nicht nur die Arbeitszeit, sondern auch den Lohn obrigkeitlich zu regeln. Eine solche Regelung wurde in Europa nur gegenüber den besonders großen Mißständen in der Hausindustrie versucht. Die Fabrikarbeit bot dem Arbeiter nicht nur höhere, sondern auch sicherere Löhne. Während der Verleger oder gar der Zwischenmeister seine Arbeitsnachfrage jederzeit einstellen konnte, hatte der Fabrikant ein Interesse daran, seine Maschinen nicht stille stehen zu lassen, da sie ihm Zins fraßen. Die Großbetriebe der Fabriken konnten leichter kontrolliert werden, als die weitverteilten Werkstätten des Kleinbetriebes, in denen die Durchführung des Arbeiterschutzes mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Daher verlangten die englischen Arbeiter selbst in den 80er Jahren in der Strumpfindustrie Überführung der Arbeit in die Fabriken. Marx sah 1864 in dem englischen Arbeiterschutz, dem er schon in seinem „Kapital“ die physische und moralische Regeneration des englischen Arbeiterstandes zugeschrieben hatte, und in der Kooperation die Anzeichen einer neuen Zeit.

Während Deutschland auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes dem englischen Beispiel erst später folgte, übernahm es in der *Arbeiterversicherung* die Führung. Man hatte sich zuerst damit geholfen, daß man den Unternehmern eine verschärfte Haftpflicht auferlegt hatte (Haftpflichtgesetz 1871) und den Arbeitern die Bildung privater Kassen erleichterte (Hilfsskassengesetz 1876). Die obligatorische Arbeiterversicherung setzte 1883 mit der *Krankenversicherung* ein. Bei ihr wurde das Schwergewicht auf die von Vertretern der Arbeiter und Unternehmer geleiteten Ortskrankenkassen gelegt, die durch die Größe ihres Betriebes zu einer schematischen Regelung der einzelnen Fälle getrieben wurden, während die freien Hilfskassen bewußt zurückgedrängt wurden. Da in ihnen die einzelnen Mitglieder eine größere Übersicht über die Verwaltung behielten, hätte das Eigeninteresse der Versicherten hier einem Mißbrauch der Versicherung besser entgegentreten können. Das *Unfallversicherungsgesetz* von 1884 faßte die Unternehmer in Berufsverbänden zusammen, um sie leistungsfähig zu erhalten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen bei Unfällen im Betriebe. Die *Alters- und Invalidenversicherung* kam erst 1889 zustande; in ihr wurde außer den Beiträgen der Arbeiter und Unternehmer bei jeder Rente ein Reichszuschuß von 50 Mk. gewährt. Die Invalidenversicherung wurde nach Erhöhung der Zollsätze von 1902 i. J. 1911 durch die Witwen- und Waisenversicherung ergänzt. Die Ansprüche des durch einen Unfall Geschädigten blieben jedoch größer, und es konnte sich die Frage ergeben, wieweit Unfälle, die nicht unmittelbar im Betriebe erfolgten, oder Berufskrankheiten, die nicht plötzlich einsetzten, noch zu den Unfällen zu rechnen wären. 1911 wurden die einzelnen Gesetze in der Reichsversicherungsordnung zusammengefaßt, doch ohne daß die Mannigfaltigkeit der Verwaltung vereinheitlicht wurde. Für die Angestellten wurde vielmehr eine besondere Versicherung geschaffen, obgleich sie unter geringeren Kosten an die bestehenden Anstalten hätten angeschlossen werden können.

In England hatte man die Sorge für die Erwerbslosigkeit der Arbeiter privaten Vereinen, den „friendly societies“, überlassen. Einem strengen Liberalen wie Bright erschien jeder Eingriff des Staates in das Arbeitsverhältnis als ein Unglück. In Deutschland selbst hatte man die Männer, die für staatliche Maßnahmen auf diesem Gebiete eintraten und die sich 1872 in dem „Verein für Sozialpolitik“ zusammenschlossen, Wagner, Schmoller, Brentano an der Spitze, als Kathedersozialisten angegriffen. Im neuen Jahrhundert wandte sich auch die englische Sozialpolitik von der einseitig manchesterlichen Freiheitsauffassung ab und nahm sich, wie Lloyd George selbst erklärte, das deutsche Beispiel zum Muster. Dabei setzte England von

vornherein größere staatliche Mittel ein. So kam dort 1908 das Alterspensionsgesetz zustande, 1911 die Krankheits- und Invaliditätsversicherung und 1911 die Arbeitslosenversicherung.

Die Arbeitslosenversicherung wurde in Deutschland erst nach dem Kriege eingeführt. Die Krisenzeit, bei der 1932 die Arbeitslosen auf mehr als sechs Millionen anstiegen, erwies, daß in solchen Fällen die Versicherung nicht ausreichte, sie vielmehr durch staatliche Unterstützung ergänzt werden mußte.

Schrifttum.

HERKNER, H.: Die Arbeiterfrage. 1894, 7. Aufl. 1921. — SOMBART, W.: Sozialismus u. soziale Bewegung im 19. Jahrhundert. 1896, 5. Aufl. 1905, 10. Aufl. 1924. — VON ZWIEDINECK-SÜDENHORST, O.: Sozialpolitik, 1911. — LANDMANN, J.: Die Arbeiterschutzgesetzgebung der Schweiz, 1904. — HEYDE, L.: Abriß der Sozialpolitik, 1935. — MANES, A.: Die Arbeiterversicherung, Slg. Göschen 1905. Ins Land der sozialen Wunder, eine Studienfahrt durch Japan und die Südsee nach Australien und Neuseeland, 1911. — SCHACHNER, R.: Die soziale Frage in Australien und Neuseeland, 1911. — STEGFRIED, A.: Neuseeland, eine sozial- u. wirtschaftspolitische Untersuchung, übersetzt und in einzelnen Teilen erweitert von M. Warnack. Moderne Wirtschaftsprobleme Bd. III, 1909. — OGG, F. A.: Economic Development of Modern Europe. New York 1917. — WALTER, H. A.: Die neuere englische Sozialpolitik, mit einem Geleitwort von Lloyd George, 1914.

2. Gewerkschaften und Genossenschaften.

Die Handwerksgelesen mochten in einigen Innungen neben den Zunftmeistern ihre eigenen Laden haben. Durch ihre Beweglichkeit, ihr Wandern konnten sie umfassendere Verbände gründen, die den Meistern gefährlich wurden. Die wandernden Handwerksgelesen waren in Frankreich in geheimen Orden verbunden. In Deutschland erließ der Deutsche Bund Verordnungen gegen wandernde Handwerksburschen in den 30er Jahren, namentlich wenn sie in die Schweiz wollten. In der Tat wurde die kommunistische Bewegung zunächst von wandernden Handwerkskern, wie dem Schneider Weitling, getragen.

Wir sahen, wie unter dem Verlagssystem Zünfte der Arbeiter Zünften der Verleger gegenüberstanden. An diese Entwicklung konnte die Arbeiterbewegung anknüpfen. In einigen Gewerben, wie bei den Buchdruckern, scheint dieser Zusammenhang klar. Zumeist jedoch handelte es sich um neuaufgekommene Berufe und um Arbeitermassen, die aus anderen Umgebungen, zumal ländlichen, zusammengeströmt waren. Hier mußte mühsam in den Arbeitern das Gefühl ihrer Zusammengehörigkeit geweckt werden. Owen war in England der große Prediger des Zusammenschlusses der Arbeiter als Produzenten und als Konsumenten. Der einzelne Arbeiter sah sich rettungslos den Bedingungen ausgeliefert, die der Unternehmer ihm stellte oder die er auf dem Markte vorfand. Nur durch gemeinsames Auftreten konnte man hoffen, selbständig als Partei im Wirtschaftskampfe aufzutreten.

Eine allgemeine Zusammenfassung der Arbeiter, wie sie in den 20er und 30er Jahren in England in der General Trades-Union versucht wurde, konnte jedoch wegen der Mannigfaltigkeit der hier zusammengefaßten Interessen keinen Erfolg haben. Erst nach dem Zusammenbruch der Chartisten-Bewegung erlangten die Gewerkschaften in den 50er und 60er Jahren größere Bedeutung. Man ging jetzt davon aus, die Berufsgenossen in Gruppen zusammen zu fassen. Wenn dies etwa bei den Maschinenbauern eines Platzes gelungen war, dehnte sich die Organisation auf weitere Gebiete aus und suchte schließlich alle Fachgenossen des Landes zu organisieren. So konnte Allan 1850 die Maschinenbauer in der Trade-Union der Amalgamated Engineers organisieren. Die englischen *Trade-Unions* faßten besonders Fuß in den großen Stapelindustrien des Landes, bei den Baumwollspinnern und Webern, bei den Maschinenbauern und bei den Bergleuten. Hier suchten die Arbeiter aus eigener Kraft durch ihre Organisation günstige Arbeitsbedingungen zu erreichen. Ihre Waffe dabei war der Streik. Bei massenhafter Niederlegung der Arbeit mußten

die Maschinen stillestehen. Allein auch das Verdienst der Arbeiter fiel dahin. Sie konnten also einen Streik nicht lange aushalten. Beiträge zur Gewerkschaft konnten einen Fonds bilden, der ihre Ausdauer stärkte. Aber gerade wenn solche Fonds gebildet waren, mußte es den Arbeitern daran liegen, sie nicht leichtsinnig aufs Spiel zu setzen. Wir sehen daher im Anfang Streiks um die Anerkennung der Organisation durch die Arbeitgeber. Ist diese erreicht, so suchen beide Gruppen womöglich durch Verhandlungen zum Ziele zu kommen. Die Organisation der Arbeiter ruft eine Organisation der Arbeitgeber in den einzelnen Erwerbszweigen hervor. An die Stelle des individuellen Arbeitsvertrages, in dem der Unternehmer seine volle Überlegenheit ausnutzen kann, tritt der *Kollektiv-Vertrag*, festgesetzt nach Übereinkunft der beiderseitigen Organisationen, deren Vertreter die besonderen Interessen ihrer Gruppe mit diplomatischem Geschick wahrzunehmen haben.

1889 greift mit dem Streik der Londoner Dockarbeiter die Bewegung auf die ungelerten Arbeiter über. Sie können sich nicht auf ihre eigene Kraft verlassen und sehen sich darauf angewiesen, die Sympathien des Publikums für sich zu gewinnen. Damals verwandte sich der Kardinal Manning für die Streikenden.

Der Staat konnte den Organisationen feindlich gegenüberreten. So bestand in England 1799—1824 ein Koalitionsverbot. Ebenso wurden unter dem Sozialistengesetz in Deutschland alle Verbände aufgelöst. Wir sahen, wie 1871 die Gewerkschaften in England rechtliche Anerkennung erlangten. Ein Fall, der zunächst gegen sie zu sprechen schien, hatte die öffentliche Meinung gegen sie erregt. Als man aber daran ging, vor einem Eingreifen eine gründliche Untersuchung der Gewerkschaften anzustellen, ergab diese ihre glänzende Rechtfertigung. Sie wurden als ein wichtiges Glied der neuen Arbeitsverfassung anerkannt. In Deutschland gewährte die Gewerbeordnung von 1869 das Streikrecht. Die Organisation der Arbeiter selbst unterlag jedoch den mannigfachsten einzelstaatlichen Beschränkungen, die erst 1908 durch ein Reichsgesetz beseitigt wurden.

Arbeitsstreitigkeiten, bei denen zu dem Streik der Boykott treten konnte, z. B. wo es sich um Kämpfe in der Brauindustrie handelte, bedeuteten indessen nicht nur eine Schädigung der gesamten Volkswirtschaft; die Erbitterung, mit der diese Kämpfe geführt wurden, namentlich wenn die Unternehmer Streikbrecher einzustellen suchten, die von den Streikenden an der Aufnahme der Arbeit gehindert wurden, enthielt auch eine ernsthafte politische Gefahr. Disraeli erinnerte an das Wort Platons, daß sich hier zwei Staaten im Staate gegenüberstünden. Die Öffentlichkeit hatte daher das größte Interesse, den Ausbruch von Arbeitsstreitigkeiten zu verhindern. In England wurde 1889 die Arbitration Act erlassen, nach der Schiedsrichter zu beurteilen hatten, auf wessen Seite das bessere Recht wäre. Die Conciliation Act von 1896 ging weiter, indem sie nicht nur Anwendung des alten, sondern Schaffung neuen Rechtes gestattete.

In *Deutschland* gelang es vor dem Kriege den Gewerkschaften nicht, in der Großindustrie entscheidende Bedeutung zu gewinnen. Nach dem Krimnitschauer Streik schlossen sich die Arbeitgeber zu einem starken Verbandszusammen, der Verhandlungen mit den Arbeitern ablehnte, da er ihre Organisation nicht anerkannte. So in der Textilindustrie, in der Maschinenindustrie und im Bergbau. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung litt an politischer Zersplitterung. Die ersten Gewerkschaften waren in den 60er Jahren von liberaler Seite ins Leben gerufen. Diese Hirsch-Dunckersche Gruppe war unter den Berliner Maschinenbauern und unter den Bergarbeitern des Ruhrgebietes vertreten. Sie war gut organisiert, aber ihre parteiliche Gebundenheit hinderte sie an weiterer Verbreitung. Mit den 90er Jahren gewann die Gewerkschaftsbewegung in den sozialdemokratischen Kreisen weiten Anklang. Ihre freien Gewerkschaften erfaßten die meisten Arbeiter, die sich organisierten. Deren politische Einseitigkeit rief jedoch als Gegenbewegung die christlichen Gewerkschaften hervor, die namentlich im katholischen Rheinland um sich griffen. Im Ruhrgebiet

bildeten die polnischen Arbeiter zwei weitere Gruppen, so daß sich die Bergwerksbesitzer hier tatsächlich fünf verschiedenen Organisationen gegenüber sahen, die sich wohl unter Umständen zusammenschlossen, gelegentlich aber auch bitter befehdeten. 1913 standen neben 2½ Millionen in den freien Gewerkschaften Organisierten 106 000 Hirsch-Dunckersche und 343 000 christliche Arbeiter.

In Deutschland gelang es vor allem im Buchdruckergewerbe, eine Organisation durch die Zusammenarbeit von Unternehmern und Arbeitern zustande zu bringen. Das Sozialisten-Gesetz hatte zwar auch hier die Verbände zerschlagen. 1896 aber kam ein Tarif-Vertrag zustande. Erbitterte Kämpfe gingen voran. In ihnen hatte jede Seite versucht, der anderen eine Gruppe abspenstig zu machen. Bei dem Friedensschluß gaben beide Teile diese Gruppen preis. Neben den Buchdruckern brachten es vor allem die Bauhandwerker 1912 nach langen Kämpfen zu einem Reichstarifvertrage. Lokale Bindungen, zuerst in den großen Städten, waren vorangegangen. So waren es in Deutschland die kleineren Betriebe mit handwerkerlichen Traditionen, in denen die neue Organisation vor allem sich durchsetzte. Die Vereinbarungen wurden in umfangreichen Aktenstücken festgesetzt. In ihnen wurde vor allem die Arbeitszeit geregelt und der Arbeitslohn. Wichtig war auch die Arbeitsvermittlung. Bei den Buchdruckern verpflichteten die Unternehmer sich, nur Arbeiter der Organisation anzustellen, die Arbeiter, nur bei organisierten Unternehmern Arbeit anzunehmen. Durch gegenseitige Übereinkunft wurde im Druckereigewerbe die Einführung der Maschinen erleichtert. In den Kollektiv-Verträgen konnte die Schlichtung vorkommender Differenzen, etwa durch ein Schiedsgericht, vorgesehen werden.

In England legte man auf die Vertretung durch die einzelnen Berufszweige das größte Gewicht. Neben 260 Einigungsämtern in einzelnen Industrien standen 1909 17 Bezirksämter. In Victoria und Neuseeland stützte sich die Gesetzgebung auf die Gewerkschaften. Die Industrial Conciliation and Arbitration Act von Neuseeland suchte 1894 Streiks dadurch zu verhindern, daß die Organisationen der Unternehmer und Arbeiter sich an die Einigungsämter und das Schiedsgericht zu wenden hatten, deren Urteile Gesetzeskraft erlangten. In Kanada wurden 1907 Streiks nicht verboten. Vor dem Ausbruch von Arbeitsstreitigkeiten durch Streik oder Aussperrung war jedoch der Streitfall einem Einigungsamt zu unterbreiten. Man hoffte durch Untersuchung der Frage, auch wenn der Spruch des Einigungsamtes von den Parteien nicht angenommen wurde, die Lage soweit geklärt zu haben, daß die Parteien selbst erkennen sollten, ob sie für ihre Sache die Teilnahme der öffentlichen Meinung beanspruchen dürften.

Während hier die Gewerkschaft zur Mitarbeit in der industriellen Organisation sich bereit erklärte und der Frieden im Gewerbe als das Ziel erschien, trug die Bewegung in *Frankreich* einen durchaus anderen Charakter. Der *Syndikalismus* wollte nicht mit dem Unternehmer zusammenarbeiten, sondern ihn womöglich beseitigen. In den kleineren Unternehmungen Frankreichs schien ein solches Ziel nicht ausgeschlossen. Die radikale Richtung erlangte in der „Confédération Générale du Travail“ in Frankreich die Oberherrschaft, weil hier nach Vereinen und nicht nach Stimmen entschieden wurde, so daß eine kleine Organisation in der Provinz ebensoviel Recht hatte, wie die Zehntausende großstädtischer Großbetriebe. Die Kongresse der englischen Trade-Unions, welche die gemeinsamen Interessen der Arbeiterbewegung zusammenfaßten, zeichneten sich durch gemäßigte Sprache aus; in der C. G. d. T. indessen erklangen die schärfsten Töne. Man erhoffte von einem Generalstreik den Sieg der Arbeiterklasse. Seit 1884 hatte erst Frankreich ein freies Vereinsrecht, das die Bildung von Syndikaten ermöglichte, erhalten. Damals wurden die Bourses de Travail errichtet, Arbeitsvermittlungsstätten, die aber nicht von den Unternehmern benutzt wurden, da sie ganz in den Händen der Arbeiter waren. Sie wurden aber der Anlaß zu der Bildung von Arbeiterorganisationen in den einzelnen

Erwerbszweigen. Auf den Kongressen trafen sich die Vertreter der Verbände und die Vertreter der Arbeiterbörsen.

Neben der radikalen Richtung, die in den Kongressen vorherrschte, wurde die reformistische besonders von den Arbeitern der Großbetriebe vertreten. Doch herrschten bei den Eisenbahnern der verschiedenen Linien je nach der Art ihrer Behandlung verschiedene Strömungen. Es konnte nicht ausbleiben, daß gegenüber der radikalen Richtung, die doch die Lage der ruhigen Arbeiter zu wenig berücksichtigte, eine starke Gegenbewegung einsetzte. Dies waren die wirtschaftsfriedlichen Gelben, die ihren Namen daher erhalten haben sollen, daß sie bei einer Versammlung die ihnen von den radikalen Syndikalisten eingeschlagenen Fensterscheiben mit gelbem Papier zuklebten. Die englische und auch die deutsche Bewegung hoffte auf die Einsicht der Massen. Der Syndikalismus jedoch glaubte allein dem Vorwärtsstürmen einer entschlossenen Minderheit vertrauen zu dürfen. —

Der einzelne Unternehmer sah sich für den Aufbau seiner Fabrik wohl auch auf fremde Hilfe angewiesen. Bei größerem Kapitalbedarf mußten den beitragenden Kapitalisten besondere Rechte gewährt werden bis zu der Form der Aktiengesellschaft. Konnten da nicht die Arbeiter hoffen, durch genossenschaftlichen Zusammenschluß auch die Leitung der Produktion zu erringen? In der Tat glaubte OWEN an die Zukunft *genossenschaftlicher* Produktion. Ihr widmete er einen großen Teil seiner Kraft. New Harmony, das er in Amerika 1824 gründete, sollte das Muster zu allgemeiner Organisation sein. Indessen behaupten sich Kolonien auf genossenschaftlicher Grundlage nur, wo sie von der Entsagungskraft Begeisterter getragen werden. LIEFMANN konnte in Amerika Kolonien der Wiedertäufer finden, die sich durch ihren Zusammenschluß vor allen Verfolgungen seit der Zeit der Reformation erhalten hatten. In der Regel lockert sich der genossenschaftliche Zusammenschluß bei dem Herannahen der Verkehrswirtschaft. Deswegen zogen die Mormonen in die Gegend des großen Salzsees. New Harmony selbst nahm den Platz einer religiösen Genossenschaft ein, die weiter westwärts wanderte, und litt unter den Meinungsverschiedenheiten seiner Teilnehmer. Bei den Ikariern, den Anhängern des Franzosen Cabet, die in den 40er Jahren herauszogen, ergaben sich bezeichnenderweise Mißstimmungen dadurch, daß die älteren Siedler die Anrechte an den von ihnen gepflanzten Weinstöcken nicht ohne weiteres mit den Neuankommenden teilen wollten. Im Mutterlande konnten Genossen wohl einen Großbetrieb gründen. Schwierigkeiten ergaben sich, wenn günstige Konjunktur eine Ausdehnung des Betriebes zuließ. Sollte man die neuen Arbeitskräfte als Genossen aufnehmen oder als Lohnarbeiter anstellen? Tat man das erstere, so ging beim Rückschlag der Konjunktur das Unternehmen zugrunde. Wählte man das letztere, so konnte das Unternehmen wohl sich halten, es hatte aber das genossenschaftliche Prinzip aufgegeben und war zu einer geschlossenen Gesellschaft geworden.

So hatten die *Produktiv-Genossenschaften* keinen Erfolg. Die genossenschaftliche Bewegung sollte jedoch größeren Umfang gewinnen durch die Zusammenfassung des Konsums. Der Gedanke, durch gemeinsamen Einkauf günstigere Bedingungen zu erlangen, wurde in England durch *King* aufgenommen, der in Brighton und anderen Plätzen Genossenschaften gründete und 1828 den Cooperator herausgab. *Owens* Propaganda für die Konsumgenossenschaften wurde dadurch verhängnisvoll, daß er sie mit seiner 1832 gegründeten Arbeiterbank verband. Hier sollten Waren eingeliefert werden, deren Gegenwert in Noten nach der auf sie verwandten Arbeitszeit erteilt wurde. Der Empfänger der Noten konnte damit entsprechende Waren beziehen. Es zeigte sich jedoch, daß dieser Bank nur solche Waren zukamen, die als Gebrauchsgegenstände, wie Tische und Kleider, keinen gleichmäßigen Absatz fanden, während die Nahrungsmittel, die doch die Handwerker vor allem eintauschen wollten, ausblieben. Nach kurzer Zeit mußte diese Arbeiterbank geschlossen werden, und ihr Zusammenbruch riß viele Konsumgenossenschaften mit sich. In England wurde

erst 1844 durch die „Redlichen Pioniere von Rochdale“ die Konsumgenossenschaft auf feste Grundsätze gestellt. Ein paar Flanellweber taten sich zusammen und eröffneten einen dürrtigen Laden. Dadurch aber, daß sie Barzahlung verlangten, sich neutral erklärten und vor allem etwaige Überschüsse nicht auf die Einlagen verteilten, sondern nach dem Ausmaß des Konsums, dehnte sich ihr Betrieb bald aus. Zahlreiche neue Gründungen entstanden, und 1863 konnte in Manchester die Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine gegründet werden.

In Deutschland nahm sich *Schulze-Delitzsch* der genossenschaftlichen Bewegung an. Die mannigfachsten Gründungen in Stadt und Land wurden angeregt. Bedeutungsvoll wurden indessen vor allem die Kreditgenossenschaften, die dem Kleinbetriebe dienen. Auf dem Lande hatte *Raiffeisen* der Not der 40 Jahre durch solche Kreditgenossenschaften entgegenzuwirken gesucht. Produktivgenossenschaften fanden vor allem in der Landwirtschaft Anwendung, wo sie dem Kleinbetriebe, namentlich in der Milchwirtschaft, die Vorzüge des Großbetriebes auf gewerblichem und kommerziellem Gebiete verschafften. Wie die gewerkschaftliche Bewegung, erreichte die konsumgenossenschaftliche Bewegung in Deutschland erst in den 90er Jahren größere Bedeutung, namentlich seit die sächsischen Arbeiter in größeren Massen sich ihr zuwandten. Eine Großeinkaufsgesellschaft wurde 1894 in Hamburg gegründet.

Die Konsumgenossenschaft mußte in den Hauptgegenständen des täglichen Verbrauches die Stütze ihres Geschäftes sehen; das war Mehl, Butter, in England besonders der Tee, in Deutschland der Kaffee, in der Schweiz der Wein. Bei Gebrauchsgegenständen, die keinem gleichmäßigen Absatz unterliegen, zeigte sich das Warenhaus überlegen, bei dem die Textilien die Hauptstütze des Geschäftes waren. Die Konsumgenossenschaft, die zunächst den Kleinverkauf zusammenfaßte, konnte nicht nur zum Großhandel, sondern auch zur Produktion übergehen. So erwarben die englischen Konsumgenossenschaften Teeplantagen in Ceylon, die deutschen gründeten z. B. eine Seifenfabrik. Dadurch wurden die Konsumgenossenschaften selbst zu Unternehmern. Obgleich sie das Arbeitsverhältnis aufs beste zu regeln bestrebt waren, blieben Konflikte mit den Gewerkschaften nicht aus. Die Angestellten sollten wohl günstige Arbeitsbedingungen und einen guten Lohn erhalten, die Gewinne der Betriebe aber mußten den Konsumenten, die doch die eigentlichen Träger der Organisationen waren, zugute kommen. Die Konsumgenossenschaften wandten sich an alle Volksklassen, wenn auch die Arbeiter ihre Hauptmitgliederzahl ausmachten.

Durch Gewerkschaften und Genossenschaften erlangten die Arbeiter eine selbständige Stellung in der Wirtschaft. Als Produzenten waren sie in der Lage, auf dem Arbeitsmarkte ihr Interesse zur Geltung zu bringen, als Konsumenten traten sie geschlossen auf dem Warenmarkte auf. Indessen blieben sie ein Glied der wirtschaftlichen Verfassung. Der Gedanke, durch die Gewerkschaften den Arbeitsmarkt zu beherrschen oder in den Konsumgenossenschaften die Vorstufe zu einer Regelung der gesamten Produktion zu sehen, mußte zurücktreten.

Schrifttum.

BRENTANO, L.: Die Arbeitergilden der Gegenwart, zur Geschichte der englischen Gewerkvereine, 1871, zur Kritik der engl. Gewerkvereine 1872. — VON SCHULZE-GAEVERNITZ, G.: Zum sozialen Frieden, eine Darstellung der sozialpolitischen Erziehung des engl. Volkes im 19. Jahrh., 1890. — WEBB, S. u. B.: The History of Trade Unionism, 1894, neue Aufl. 1920, übersetzt von E. Bernstein 1895, 2. Aufl. 1896. „The cooperative Commonwealth“; „Die genossenschaftliche Gemeinwirtschaft“, übers. von Aug. Müller 1924. — IMLE, F.: Gewerbliche Friedensdokumente, Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Tarifgemeinschaften in Deutschland, 1905. — SCHWITTAU, G.: Die Formen des wirtschaftlichen Kampfes (Streik, Boykott, Aussperrung usw.). Eine volkswirtschaftliche Untersuchung auf dem Gebiete der gegenwärtigen Arbeitspolitik, 1912. — KAUFMANN, H.: Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg. Zum 25jährigen Bestehen 1894—1919, 1919.

3. Die Betriebsorganisationen.

Wenn auch der Arbeiter durch seine Gewerkschaftssekretäre Einfluß auf die Festlegung des Arbeitsvertrages gewann, so spielte sich doch sein Leben vor allem in dem Betriebe ab, wo er nicht den Leitern des Unternehmens, sondern Unterführern, wie Werkmeistern und Vorarbeitern, gegenüberstand. Gerade hier konnte es zu Reibungen kommen, z. B. im Bergbau, wenn lediglich Vertreter der Unternehmer über die Abnahmefähigkeit der beförderten Ladungen oder das Nullen der Wagen entschieden. Was nützte den Arbeitern politische und gewerkschaftliche Organisation, wenn sie nicht auch im Betriebe ihre Interessen wahrnehmen konnten?

So wie in Deutschland den Gewerberichten nur die Möglichkeit gegeben wurde, auch als Einigungsämter zu wirken, sah die Novelle zur Gewerbeordnung von 1891 *Arbeiterausschüsse* nicht, wie man erhofft hatte, als obligatorische Einrichtung vor, sondern nur als freiwillige. Indessen gingen einige Unternehmer dazu über, von sich aus ihren Arbeitern im Betriebe selbständige Rechte zu gewähren.

Es handelte sich dabei um zweierlei; einmal darum, den Arbeitern Einfluß auf die *Arbeitsordnung* zu gewähren. Selbstverständlich mußte auch der Unternehmer, um die Leistungsfähigkeit seines Betriebes zu sichern, Rücksicht darauf nehmen, wie die Kräfte der Arbeiter am sparsamsten zu verwenden wären. Allein über gewisse Fragen, wie die Einteilung der Arbeitszeit, ob durchgearbeitet werden sollte oder eine längere Mittagspause einzuschieben wäre, konnten doch die Beteiligten selbst am besten entscheiden. Sodann handelte es sich darum, das Interesse der Arbeiter am Betriebe dadurch zu stärken, daß sie *Teilnahme* an den *Gewinnen* erhielten. In einigen Betrieben hing das Gedeihen der Unternehmung so sehr von der Anteilnahme der Arbeiter ab, daß Freese von seiner Jalousie-Fabrik behauptete, der Einrichtung der Gewinnbeteiligung einen großen Teil seiner günstigen Geschäftsergebnisse zu verdanken.

Zwei besonders erfolgreiche Unternehmungen leisteten in der Heranziehung ihrer Arbeiter Vorbildliches. Die Zeiß-Werke in Jena wurden von *Abbe* 1891 der Karl-Zeiß-Stiftung übertragen. Das gewaltige Werk wurde damit als das Ergebnis nicht nur des genialen Erfinders, sondern ebenso seiner Mitarbeiter und der Wissenschaft anerkannt; beiden sind die wirtschaftlichen Ergebnisse weitgehend zugute gekommen. In Frankreich hat der Hersteller der gußeisernen Öfen, *Godin*, in seinem Familistère von Guise eine ähnliche Einrichtung getroffen. Von Fourier beeinflusst baute er neben seiner Fabrik 1859 das Palais social, das große Wohnhaus. In einem Anbau wurden Krippen und Kleinkinderschulen eingerichtet. Bäder und Spielplätze schlossen sich an die Gebäude an. 1880 errichtete Godin seine Stiftung, die durch sein Testament von 1887 ergänzt wurde. Es ist eigenartig, wie beide Stiftungen, so sehr sie auf das Wohl der Arbeiter bedacht waren, doch die Leitung des Unternehmens und der Stiftung in die Hände einzelner besonders Verantwortlicher legten. Godin sah einen „Administrateur Gérant“ vor, der zwar von der Assemblée Générale gewählt wurde, aber nur unter ganz besonderen Bedingungen, wenn seine Führung Geschäftsverluste brachte, eine ungenügende Berücksichtigung der Räte erfolgte oder wenn er sein persönliches Interesse dem des Familistère vorzog, abgesetzt werden konnte. Abbe sprach es 1897 in einer Versammlung der Geschäftsangehörigen aus, es sei ein Glück, daß nicht alle Teilhaber auch mit zu verwalten hätten; denn es hätte schon Schwierigkeiten genug gemacht, nur 2—4 Personen zu übereinstimmenden Entschlüssen zu bringen. Es fehlt nicht an Betrieben mit ähnlichen Einrichtungen, wie sie Chaix 1872 in seiner Druckerei einführte und Patterson in Dayton (Ohio) in seiner Fabrik der Kassen-Registrier-Apparate.

Bei all diesen Einrichtungen handelt es sich um besonders erfolgreiche Unternehmungen. Als allgemeine Maßnahme begegnet die Frage der Gewinnbeteiligung größeren Schwierigkeiten. Es müssen erst einmal Gewinne da sein. Der Arbeiter hat kein Interesse daran, allzusehr von dem Schwanken der Erträge betroffen zu werden.

Gewiß wird letzten Endes auch der Arbeitslohn durch die Konjunktur bestimmt. Aber dadurch, daß er vorher festgesetzt wird, hat er eine größere Beständigkeit als der allen Schwankungen nach oben und nach unten unterworfenen Unternehmerlohn. Wenn man den festen Lohn niedrig hält und ihn durch Überschüsse aus etwaigen Gewinnen ergänzt, fühlt sich der Arbeiter benachteiligt. Ihm liegt mehr an höherem, gleichmäßigem Lohn. In Frankreich und Amerika hat man versucht, die Arbeiter dadurch zu gewinnen, daß man sie zu Mitaktionären der Unternehmen machte. Diese Arbeiteraktien bedeuten für den Arbeiter nur bei günstigem Geschäftsgang einen Vorteil und binden ihn allzusehr an den Betrieb. Sicherer wird er seine Ersparnisse einer Sparkasse zuführen. Aus diesen Erwägungen hat die Arbeiteraktie in Deutschland weniger Anklang gefunden.

Bei dem Wachsen der Unternehmungen wurde für den einzelnen Arbeiter die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Betriebe fast wichtiger, als sein besonderes Fachinteresse. Ein Arbeiter bei Krupp oder bei der AEG. oder bei Sulzer in Winterthur fühlte sich in erster Linie als diesem Betriebe zugehörig. So konnte die Frage nach der Organisation im Betriebe wichtiger werden als jede andere. Wie in der politischen Organisation und bei den Fachgenossen machten sich zwei Richtungen bei dem Ausbau der Arbeitervertretung im Betriebe geltend. Eine radikale hoffte, mit solcher Organisation den Unternehmern das Heft aus der Hand reißen zu können. Während des Krieges, als angelernete Arbeitskräfte, z. B. beim Granatendrehen, Unternehmern, die auf sicheren Absatz rechnen konnten, unverhältnismäßige Gewinne verschafften, gewann diese radikale Richtung überall Einfluß. In England und Amerika gingen die „Shop Stewards“ in diesem Sinne vor. In Rußland fehlte es an einer gewerkschaftlichen und politischen Organisation der Arbeiter. Wenn sie aus den großen Werken strömten, war eine Organisation als *Betriebsräte* für sie das Gegebene. In Deutschland selbst traten so die Angestellten der Warenhäuser und der Banken auf.

Die Betriebsräte wurden in Rußland zur Grundlage der staatlichen Verfassung. Auch in Deutschland fehlte es nicht an entsprechenden Tendenzen. Die spartakistische Bewegung wollte an Stelle des aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Reichstages eine Volksvertretung, die sich auf den Arbeiter- und Soldatenräten aufbaute. Indessen erwies sich hier die staatliche Macht stärker, als daß es zu solcher Interessentenvertretung gekommen wäre. Im wirtschaftlichen Aufbau wußten die Gewerkschaften eine stärkere Stellung zu behaupten. Sie waren dadurch gestärkt worden, daß auch auf Unternehmenseite die intransigente Richtung, die von Verhandlungen mit den Arbeitern nichts wissen wollte, zurücktrat. Stinnes als Vertreter der Arbeitgeber fand sich mit Legien, dem Führer der großen organisierten Arbeiterverbände, in dem Gedanken der *Arbeitsgemeinschaft*, die Regelung durch gemeinschaftliche Verträge der Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen vorsah. Doch waren schon 1916 durch das Hilfsdienstgesetz bei dem Hindenburg-Programm, das die Industrie zur höchsten Anspannung ihrer Leistungen aufrief, in den Betrieben von mehr als 50 Arbeitern Arbeiterausschüsse eingesetzt. Die Betriebsräte blieben eine Einrichtung der Industrie, wenn sie auch nur zur Mitarbeit der Arbeiter in der Betriebsorganisation, nicht zur Beseitigung der Unternehmer wirkten; der weitere Aufbau fand in Deutschland nur in dem „vorläufigen Reichswirtschaftsrat“ seinen Ausdruck.

In *England* wurden auf Grund des Whitleyberichtes 1917 „Works Committees“ eingerichtet, die im Gegensatz zu den „Shop Stewards“ zur Mitarbeit mit den Unternehmern berufen wurden. Der Gedanke, den Arbeitern selbst die Leitung des Betriebes zuzuwenden, wurde durch den *Gildensozialismus* vertreten. Hiernach sollten die Arbeiter in großen Fachgruppen organisiert, wie sie sich aus der Berufsstatistik ergaben, womöglich alle Aufgaben der Verwaltung übernehmen. Praktisch hat sich der Gildensozialismus im Baugewerbe betätigt, wo durch konsumgenossenschaftliche oder obrigkeitliche Förderung ihm die nötigen Mittel zu Hilfe kamen.

Es ist unvermeidlich, daß bei umfangreichen Organisationen die Masse der Teil-

haber sich nur gelegentlich äußern kann, im übrigen auf das Wählen von Vertretern sich beschränkt. Diese bilden dann eine Gruppe von eigenem Schwergewicht. Zwischen Volk und Staatsvertretung schieben sich die Parteinteressen, die, um sich zu behaupten, jüngeren Kräften und Ideen den Eingang versperren. Die Verwaltung großer Konsumvereine oder Gewerkschaften gelangt in die Hand eines Beamtentums, das der Gefahr bürokratischer Erstarrung erliegt. Die nationalsozialistische Bewegung hat daher wieder auf die Organisation im Betriebe zurückgegriffen, bei der sie die Gemeinsamkeit der Interessen von Unternehmer und Arbeiter betont und ihre gemeinsame Verantwortung gegenüber der Volksgemeinschaft.

Schrifttum.

FREESE, H.: Das konstitutionelle System im Fabrikbetriebe, 1900. — AUERBACH, F.: Ernst Abbe, sein Leben, sein Wirken, seine Persönlichkeit, 1918. — HONEGGER, H.: Godin u. das Familistère von Guise, ein praktischer Versuch der Verwirklichung von Fouriers Utopie, ein Beitrag zum Problem der industr. Demokratie und zum Problem der Organisation von Arbeitersiedlungen. Zürcher Studien N. F. 6. 1919. — KAUTSKY: Georgien, eine sozialdemokratische Bauernrepublik, 1919, schrieb ganz im Gegensatz zu dem schwarzen Bilde, das Marx von dem Kapitalismus entwarf, es sei hier noch wenig kapitalistisches Elend zu finden gewesen, „um so größer die Fülle des Elends, die das Stocken der kapitalistischen Entwicklung angehäuft hatte, Elend hervorgewachsen aus Feudalismus, Absolutismus und Krieg“, und er meinte, Betriebsräte würden sich durchsetzen, wenn es ihnen gelänge, wie Arbeiterschutz und Gewerkschaften, die Produktivität der Arbeit zu erhöhen. — PLAUT, TH.: Entstehen, Wesen und Bedeutung des Whitleyismus, des engl. Typs der Betriebsräte. Wesen und Bedeutung des Gildensozialismus, 1922. — VON GOTTL-OTTLILLENFELD, F.: Fordismus. Kieler Vorträge 10, 1924.

III. Das Vordringen monopolistischer Gebundenheit.

1. Die Unternehmervverbände.

Bei der Einrichtung einer freien Marktwirtschaft hatte man gedacht, diese würde viele kleine Unternehmungen ins Leben rufen. Tatsächlich begünstigte sie den Großbetrieb, dem sie ein weites Feld des Absatzes eröffnete, das dieser durch maschinelle Massenproduktion auf kapitalistischer Basis ausnutzen konnte. Die Klassiker identifizierten Unternehmer und Kapitalbesitzer. Mit der Ausdehnung des Kapitalbedarfes fielen die Funktionen des Leiters der Produktion und der Kapitalbesitzer auseinander. Die selbständigen Unternehmer wurden durch Aktiengesellschaften verdrängt. Dem selbständigen Unternehmer mußte an der Erhaltung der Unabhängigkeit seiner Fabrik liegen, deren Besonderheiten er aufgebaut hatte. Anders die Haltung des Aktionärs, dem es nur auf die Verzinsung seines Kapitals ankam, einerlei aus welcher Form der Unternehmung sie gewonnen wurde. Eine Aktiengesellschaft war daher leichter geneigt, auch gegen den Willen ihres Direktors einem Verbands- oder einer Verstaatlichung zuzustimmen, wenn hierbei ihre Interessen gesichert erschienen.

Eine Vorzugsstellung suchte der unabhängige Unternehmer dadurch zu gewinnen, daß er neue Handelswege aufspürte oder Verfahren entdeckte. Wenn dann andere kamen, sich auf demselben Felde zu betätigen, so daß von einem Vorzug nicht mehr die Rede sein konnte, so mühte man sich, neue Gebiete zu erschließen. So hat das Hamburger Haus Hertz nicht nur als erstes 1844 Sansibar-Kauri-Muscheln nach Westafrika gebracht, es betätigte sich auch im asiatischen und im südamerikanischen Handel. Abbe nahm keine Patente. Wenn andere Mikroskope ebenso herstellen konnten, wie die Zeiß-Werke, so hatten diese in Fernrohren schon etwas neues erfunden. Allein wenn Millionen in einem bestimmten Betriebe investiert waren und Tausende von Arbeitern durch ihn beschäftigt wurden, mußte der Leitung an der Erhaltung dieses Betriebes gelegen sein. Statt daß die Konkurrenten in der Krise durch gegenseitiges Unterbieten sich den Markt immer mehr verdarben, lag der Gedanke nahe, durch Zusammenschluß den Markt zu beherrschen.

Solche Zusammenschlüsse haben wir bereits kennengelernt. Sie begegneten im 16. Jahrhundert im deutschen Bergbau. War die Holländisch-Ostindische Compagnie nicht auch ein Zusammenschluß kleinerer Unternehmungen, um den ostasiatischen Markt monopolistisch auszubeuten? Die Geschichte der Newcastler Kohlenverkaufsorganisation bringt alle Probleme der modernen Kartellorganisation. Nur daß solche Zusammenschlüsse seit den 80er Jahren besonders in den Vereinigten Staaten und in Deutschland für die Organisation der Industrie maßgebend wurden.

Man hat die *Kartelle* wohl Kinder der Not genannt. Sie sahen ihre Hauptaufgabe darin, durch Zusammenschluß der Produzenten auf einem bestimmten Gebiete ihre Stellung den Abnehmern gegenüber zu stärken. Anschaulich hat uns Kirdorf geschildert, wie früher die Fabrikanten Verkaufsanträge der Kohlenproduzenten geringerschätzig zu behandeln pflegten, da sie damit überschüttet wurden. Als aber das Kohlsyndikat die Produzenten zusammenfaßte, wandte sich das Blatt. Solche Zusammenfassung ist indes nicht einfach. Wenn die Schwächeren sich ihr geneigt zeigen, glauben die Stärkeren, allein noch besser fortzukommen, und müssen durch besondere Vergünstigungen gewonnen werden.

Bestimmte Gebiete eignen sich besonders für den Zusammenschluß der Unternehmer. Dort, wo die Möglichkeit der Beherrschung eines Rohstoffgebietes vorliegt, wie bei Kali und Kohle, finden wir die ersten derartigen Verbindungen. Aber auch wo große Kapitalien festgelegt sind, wie in der Eisenindustrie, wo neue Unternehmungen nur unter riesigen Kapitalaufwendungen möglich wären, ohne daß die neuen Hochöfen hoffen könnten, durch Erweiterung des Absatzes neben den alten Raum zu finden, liegt Anlaß zur Verständigung vor. Gelegentlich, wie in der Amsterdamer Diamantschleiferei, kann sich ein Unternehmerverband auch auf besonders qualifizierte Arbeitskräfte stützen.

Unternehmerverbände sind auch unter dem Freihandel möglich. Sie stützen sich dann auf besondere klimatische Vorzüge, wie der Bradforder Färberverband in England. Oder sie genießen den Vorteil des Frachtenschutzes, wie bei dem Zement-Trust. Indessen gewähren *Schutzzölle*, wie sie die Vereinigten Staaten und Deutschland aufgebaut hatten, einen besonderen Anreiz zum Zusammenschluß. Es ist den Unternehmern möglich, das Angebot auf dem heimischen Markte zusammenzufassen und billiger an die umstrittenen Märkte des Auslandes zu liefern. Diesen Fall hatte List nicht vorgesehen, nach dessen Meinung der Zoll wegen der Konkurrenz unter den Unternehmern dem Konsumenten nur ein vorübergehendes Opfer zumuten sollte. Durch den Zusammenschluß war es möglich, daß eine durchaus herangewachsene Industrie, die den heimischen Markt beherrschte, ja auf den Export angewiesen war, dauernd den heimischen Preis um den Zollbetrag über dem Weltmarktpreis hielt.

In der spezialisierten weiterverarbeitenden Industrie waren solche Zusammenschlüsse schwieriger. Hier mußte man sich darauf beschränken, allgemeine Normen festzustellen. Die Konsumenten der Eisenindustrie sind die eisenverarbeitenden Gewerbetreibenden, denen die Preispolitik des Kartells ihren Rohstoff verteuerte. Auf der anderen Seite kam das billige deutsche Eisen der auswärtigen Konkurrenz zugute, so daß z. B. die Flußdampfer für die Rheinschiffahrt in Holland gebaut wurden.

Für die Unternehmer kam nicht nur der *horizontale* Zusammenschluß in Betracht, bei dem die Betriebe einer Produktionsstufe sich verbinden, sondern auch der *vertikale*, bei dem ein Unternehmen die verschiedensten Produktionsstufen zusammenfaßt, so wenn Hüttenwerk und Kohlenzeche verbunden werden, oder Spinnerei und Weberei, oder Rohzuckerfabrik und Raffinerie. Das Rheinisch-Westfälische Kohlsyndikat war 1893 gegründet. Bei seiner Erneuerung 1903 wußten sich die Hüttenzechen besondere Vorteile zu verschaffen. Die reinen Werke der weiterverarbeitenden Industrie, wie bei Draht und Blechen, mußten sich zu Syndikatspreisen eindecken, während die gemischten Werke sich nur ihre Selbstkosten zu berechnen hatten.

Dem deutschen Kartell kam es auf die Erhaltung aller seiner Mitglieder, auch der kleineren an. Bei den amerikanischen *Trusts* wurde der Verbandsleitung die gesamte Regelung anvertraut, so daß sie die weniger rentablen Unternehmungen stilllegen konnte und die Produktion auf die bestgehenden Betriebe beschränkte, wie dies bei dem Whisky-Trusts 1890 der Fall war. Indessen ging der Konzentrationsprozeß auch in Deutschland weiter. Die stärkeren Mitglieder kauften die Anteile der kleineren auf und legten ihre Betriebe still.

An der Gründung von Unternehmerverbänden hatten die *Banken* ein großes Interesse. Es war ihnen darum zu tun, an Stelle der Mannigfaltigkeit verschieden entwickelter Betriebe eine große möglichst gleichmäßige Organisation sich gegenüberzusehen. Bei dem Stahlwerksverband gelang es 1904 zunächst nur, die A-Produkte, Halbzeug, Schienen, Träger ganz zu erfassen, während die B-Produkte, Stäbe, Draht, Blech, Röhren, Guß einer leichteren Bindung überlassen blieben. Das Bankkapital beteiligte sich bei seiner Gründung, indem es den Widerstand der Leitung des Phönix zu überwinden mußte.

Bei der Gründung von Unternehmerverbänden konnten sich ähnliche Schwierigkeiten ergeben, wie bei der Gründung von Aktiengesellschaften. So wie der Einzelunternehmer bei der Einbringung seines Betriebes oder seiner Patente in die Gesellschaft die Gewinnaussichten vielleicht überschätzte und ihm dafür ein allzu großes Aktienpaket ausgestellt wurde, so wurde beiden Trust-Gründungen in den Vereinigten Staaten die gläubige Menge mit Papiermassen beglückt, deren Ansprüche sich nachher als „Wasser“ herausstellten. Amerika erfaßte zu Beginn des neuen Jahrhunderts ein Gründungsfieber in Trusts. Der *Effekten-Kapitalismus* zeigte hier seine merkwürdigsten Blüten. In Amerika pflegte man die eigentlichen Kosten des Unternehmens mit Obligationen, Bonds, zu bestreiten, die das alte Europa aufbringen mochte. Auf die Mehrgewinne hin, die das Unternehmen versprach, das *earning power*, wurden den Gründern Aktien, Shares, ausgegeben. Bei der Umgründung von gutgehenden Unternehmungen erweiterte man das neue Aktienkapital maßlos. Bei einem 1902 gegründeten Schiffbau-Trust wurden auf bisher mit 12,5 Milln. \$ bewertete Anlagen 71 Milln. \$ Effekten ausgegeben. So mußte er bald zusammenbrechen. Bei der Gründung des Stahl-Trusts ließ sich Carnegie 1901 mit 320 Milln. \$ Aktien und Obligationen auskaufen. Es wurden damals 1,2 Milliarden an Aktien ausgegeben bei Anlagen, die bisher mit 400 Mill. \$ bewertet waren. Dem Morganschen Schiffahrts-Trust half die günstige Konjunktur des Weltkrieges, das Wasser der übermäßigen Kapitalsummen bei seiner Gründung auszupumpen.

Wir erwähnten, welche Rolle die New-Yorker *Börse* noch bei dem Aufschwung der Vereinigten Staaten in der Nachkriegszeit spielte. In Deutschland trat diese Rolle zurück. Dies war nicht nur das Ergebnis des Börsengesetzes von 1896, das die Formen ihres Geschäftes erschwerte. Wollte man damit den Kapitalismus als solchen treffen, so erreichte man doch nur sein Zurückgehen an einer Stelle, wie es in Amerika Jackson 1836 bei Auflösung der zentralen Bank ergangen war. In den Vereinigten Staaten entwickelte sich der Kapitalismus um so stärker in Unternehmerverbänden und Börse, bei uns in Unternehmerverbänden und Banken. Im Anfang beruhte der Reiz der einzelnen Papiere in ihren wechselnden Kursen. Bei günstigen Ergebnissen ließ man sie beliebig steigen, auch wenn dann ein um so stärkerer Rückschlag erfolgte. Je mehr nicht nur einzelne Spekulanten, sondern das Anlage suchende Publikum sich an dem Kauf von Effekten beteiligte, wandten die Banken sich einer anderen Politik zu. Sie benutzten ihren Einfluß dazu, die Dividenden und damit den Kurs der Papiere gleichmäßiger zu gestalten. Größere Überschüsse einzelner Jahre wurden nicht ohne weiteres verteilt, sondern die Reserven damit aufgefüllt, auf das auch bei Rückschlägen keine allzu starken Dividendenkürzungen zu erfolgen brauchten.

Wir können also bei Banken und Unternehmerverbänden eine Tendenz zur Stabilisierung der Konjunkturen wahrnehmen. Der schwankende Unternehmergewinn

sollte womöglich durch eine gleichbleibende Art von Rente ersetzt werden. Es fragte sich, wie weit diese Tendenz sich durchsetzen konnte. Die Unternehmerverbände behielten in sich ein dynamisches Element. Sie waren nur auf Zeit geschlossen. Dadurch, daß alles suchte in die neuen Verhandlungen möglichst stark einzutreten und dabei seinen Betrieb auch über den zur Zeit vorliegenden Bedarf ausdehnte, konnten sich geradezu neue Störungsursachen ergeben. Vor allem kamen solche Sicherungen des Unternehmergewinns nur einer Gruppe der Wirtschaft zugute, gerade den durch ihre Kapitalausrüstung und den gleichmäßigen Absatz ihrer Produkte sowieso begünstigten. Die kleineren Betriebe der weiterverarbeitenden Industrie mußten die Rückschläge um so schärfer empfinden, wenn der Absatz stockte und die Kohlenpreise die gleichen blieben. Und war nicht gerade die Verschiedenheit der Einkommen, die durch die Unternehmerverbände nur stärker festgelegt wurde, ein Moment der Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts? Der Unternehmer war geneigt, seine Überschüsse immer aufs neue in das Unternehmen zu stecken, das dadurch unverhältnismäßig anwuchs, während die Konsumkraft der Massen erlahmte.

Anläßlich der Gründungsvorgänge bei Aktiengesellschaften und Unternehmerverbänden konnte man wohl den Banken eine überragende Stellung im Wirtschaftsleben zusprechen. Indessen gab es Zweige der Wirtschaft, wie bei uns die chemische Industrie, die auf ihre Hilfe weniger angewiesen waren, und in der letzten Krise zeigte es sich bei uns und in Amerika deutlich, daß die Banken der schwächere Teil waren, während die Industrieverbände sich besser zu behaupten wußten.

Neben der Tendenz, die Rente der Unternehmungen zu stabilisieren, steht die andere, eine solche Stellung zu erringen, die die Ausbeutung eines *Monopols* gestattet. Ein absolutes Monopol zu behaupten, wird immer schwer sein, wenn nicht der Staat die Konkurrenz verbietet. Viele Unternehmerverbände müssen sich mit einer Vorzugsstellung begnügen. Outsiders mag es gelingen, von der Sanierung des Marktes durch den Verband dadurch zu profitieren, daß man seine Preise unterbietet. Mit latenter Konkurrenz muß immer gerechnet werden. Das deutsche Kali-Kartell umfaßte 1879 vier Unternehmungen. 1909 mußte mit 52 verhandelt werden. Ein neues Verfahren kann die alte Stellung untergraben.

Eine größere Menge von Unternehmern kann nur dann eine Vorzugsstellung genießen, wenn sie in der Preisbildung durch staatliche Maßnahmen, wie Zölle oder Steuerbegünstigung eines Kontingents, begünstigt wird. Letzteres war bei der deutschen Zuckerindustrie bis 1902 der Fall. Der deutsche Zucker wurde im Ausland um den halben Preis dessen verkauft, was er im Inland erzielte. Der Aufbau der englischen Marmeladen-Industrie und das Zurückbleiben des deutschen Obstbaues hängen damit zusammen. Ähnlich verödete die Spiritusbörse, als sich der Ring der Spiritusproduzenten bildete, den schließlich das staatliche Monopol ablöste. Im übrigen wird ein starkes Unternehmen suchen, entweder mit den schwächeren Konkurrenten sich zu verständigen oder sie niederzunkonkurrieren, so daß es allein auf der Strecke bleibt. Solcher Konzentration begegnen wir vor allem in der elektrischen Industrie und bei dem Petroleum.

Durch den Besitz der Röhrenleitungen, der pipe lines, gelang es der Standard Oil Company von New Jersey, die Kontrolle über einen großen Teil der amerikanischen Petroleumproduktion zu gewinnen und durch den Aufbau einer glänzenden Absatzorganisation weite Gebiete des Auslandes zu beherrschen. Vor dem Kriege konnte Deutschland hoffen, durch eine Gegenorganisation, die sich besonders auf das rumänische Petroleum und auf Konkurrenzgesellschaften der Standard Oil in den Vereinigten Staaten stützte, Einfluß zu gewinnen. Während des Krieges baute England mit niederländischer Hilfe seine Ölinteressen gewaltig aus. Die Shell-Gruppe suchte unter der Führung Deterdings die asiatischen Vorkommen zusammenzufassen und griff auch nach Amerika über. In der Anglo-Persischen Gesellschaft sicherte sich der englische Staat die Mehrheit. Bei der Konferenz in Genua erschien 1922 die ver-

schiedenen Petroleum-Interessen fast wichtiger, als die Schicksale der Völker. Die Vereinigten Staaten sahen sich bei dem Nachlassen der alten Fundstätten zeitweilig durch das englische Vordringen bedrängt. Dann aber griffen sie aus und drängten die Engländer zurück. Die Russen besaßen mit ihrem Naphtha eine starke Reserve im internationalen Handelsverkehr. Die beiden Hauptunternehmungen verständigten sich untereinander. Sie haben auch in Deutschland ihr Vertretung. Neben ihnen sind gerade auch in den Vereinigten Staaten kleinere Betriebe aufgekomen.

Nirgend zeigt sich der monopolistische Charakter der Unternehmungen stärker, als im *Verkehrswesen*. Nicht nur gibt es zwischen zwei Punkten nur eine beste und billigste Verbindung. Ein Bahnnetz, das ein gewisses Gebiet umspannt, hat für dieses die gleiche Bedeutung, wie ein Stromsystem. Die Anwohner sind auf seine Benutzung angewiesen. Die Macht der Eisenbahnen konnte dadurch gestärkt werden, daß man, um ihren Bau zu finanzieren, ihnen Land oder Bergbaukonzessionen gewährte. Dies geschah in den Vereinigten Staaten namentlich bei den Pacificbahnen, aber auch in Österreich bei der Staatsbahn, die bei finanziellen Schwierigkeiten des Staates einer privaten Aktiengesellschaft zusammen mit Bergbaukonzessionen überlassen wurde. Als dann später der Staat die Bahnen wieder an sich nahm, blieben der Gesellschaft ihre Bergbauunternehmungen, so daß der Name Staatsbahn weder in der ersten, noch in der zweiten Silbe sich mit dem eigentlichen Unternehmen deckte. Amerikanische Eisenbahnen haben ihre Monopolstellung gelegentlich so ausgenutzt, daß man sie mit dem Ungeheuer des Oktopus verglich, das seine Opfer umschlang und ihnen alle Kraft aussaugte. Ein Monopolunternehmen braucht auf die Konkurrenz keine Rücksicht zu nehmen. Es kann daher seine Preise über die Produktionskosten erhöhen. Es braucht nur auf die Zahlungsfähigkeit seiner Abnehmer Rücksicht zu nehmen, die es allerdings stark zu beachten hat. Die monopolistische Stellung der Eisenbahnen veranlaßte den Staat, sich ihrer zu bemächtigen, da nur ein einheitlich verwaltetes Bahnnetz den Ansprüchen der Volkswirtschaft Genüge zu leisten schien.

Bismarcks Pläne eines Reichseisenbahnsystems scheiterten an den Finanzansprüchen Preußens und der Mittelstaaten. Doch ging Preußen in den 80er Jahren zur Verstaatlichung der in seinen Grenzen und in den anliegenden Gebieten Thüringens und der Hansestädte gelegenen Bahnen vor. 1896 schlossen sich die hessischen Bahnen an. Die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft stand mit den Reichsbahnen Elsaß-Lothringens in Verbindung. Daneben gab es Staatsbahnen in Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen und einzelne Privatbahnen, wie die Lübeck-Büchener. Erst 1920 wurden die Bahnen der Einzelstaaten dem Reiche übergeben.

Die Bedeutung, welche die Zusammenfassung der Wirtschaftskräfte erlangt hat, zeigt sich darin, daß während die Klassiker von dem Konkurrenzpreise ausgehen, monopolistische Unternehmungen nur gelegentlich erwähnen, die neuere Theorie Monopolpreis und Konkurrenzpreis nebeneinander behandelt, wohl gar vom Monopolpreis ausgeht, bei dem die Tarife der Eisenbahnen als Beispiel gelten.

Schrifttum.

LIEFMANN, R.: Kartelle und Trusts, 1905, 7. Aufl. 1927. Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften. Eine Studie über den modernen Kapitalismus und das Effektenwesen, 1909. — WIEDENFELD, K.: Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, 1912. — STUBMANN, P. F.: Ballin, Leben und Werk eines deutschen Reeders, 1926. — BERKENKOPF, P.: Die Neuorganisation der deutschen Großisenindustrie seit der Währungsstabilisierung, 1928. Deutsche Industriewirtschaft, 1933. — VON BECKERATH, H.: Der moderne Industrialismus, 1930. — DENNY, L.: We fight for oil, 1928. — NEUMANN, F.: Die Gestaltung des Preises. Schönbergs Handbuch der politischen Ökonomie, 4. Aufl. I. Volkswirtschaftslehre, 1896. — EDGEWORTH: Papers relating to Political Economy, 1925, I. Sect. II.: „Theory of Monopoly.“

2. Sozialkapitalistische Ansätze.

Der Schwerpunkt der modernen Wirtschaft liegt in den großen Unternehmungen und Finanzkonzernen. Auch wenn die Form der Aktiengesellschaft gewählt ist, kann doch der Einfluß in der Hand Weniger liegen, sei es daß das Stimmrecht auf eine kleine Gruppe von Aktionären beschränkt wird, oder daß die Bestimmung über eine Gesellschaft einer anderen, in Amerika einer Holding-Company, übertragen wird mit geringerem Nominalkapital, bei der also ein kleineres Aktienpaket zur Mehrheitsbildung genügt. Trotz seiner formalen Rechte war der Einfluß des einzelnen Aktionärs in der Generalversammlung gering. Wie konnte er ihre Termine wahrnehmen, wenn sie fern seinem Wohnort lagen? Da übertrug man die Vertretung seiner Ansprüche der Bank, bei der die Aktien im Depot lagen. In den Vereinigten Staaten hat sich die Beteiligung der Menge des Publikums am Aktienbesitz erst nach dem Kriege herausgebildet. Gegenüber der Undurchsichtigkeit, in der die Direktoren vielfach ihre Bilanzen zu halten wußten, namentlich wo es sich um ein Schachtelsystem verschiedener Unternehmungen handelte, verlangte man hier eine besondere Vertretung zum Schutze der Aktionäre.

Vorzugsstellungen ergaben sich besonders dadurch, daß eine Gruppe sich des kapitalistischen Mittels besser bedienen konnte, als eine andere. Darauf beruhte die Vormacht des Handels im Anfang der kapitalistischen Bewegung, die Überlegenheit des Großbetriebes in Landwirtschaft und Gewerbe vor dem Kleinbetriebe. Aber konnte nicht dieser das gleiche Mittel sich zu Nutze machen? In der Tat sehen wir den Wucher dort zurückgedrängt, wo die *Kreditgenossenschaften* sich entwickeln. Sie blühten besonders im Hessen-Darmstädtischen, während sie im früher Kurhessischen weniger Anklang fanden, wo daher auch der Wucher sich länger behauptete.

Der Gedanke einer *Demokratisierung der Rente* wurde in Frankreich schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vertreten. Der Kreis der Staatsgläubiger sollte sich nicht auf eine kleine Gruppe beschränken, sondern womöglich alle Sparer des Landes umfassen. In der Tat wurden die französischen Sparer nicht nur die Grundlage des französischen Staatskredites, sondern auch von Unternehmungen, wie der Suez-Kanal, allerdings auch von Panama und den russischen Anleihen.

Haben wir in den Bankgebäuden wirklich die Burgen des Kapitalismus zu sehen? Können nicht hinter einer Hypothekenbank viele kleine Teilhaber als Gläubiger einem großen Schuldner, dem eine stattliche Hypothek gewährt wird, gegenüberstehen? Die Kreditbanken sammeln die Bestände des ganzen Landes durch ihre Depositenkassen und führen ihre Kredite zumeist der Industrie zu. In Krisenzeiten werden statt der Aktien Staatspapiere begünstigt. Neben dieser allgemeinen Tendenz behalten die einzelnen Kreise der Anlegenden ihre besonderen Neigungen. Dechesne zeigt, wie in Belgien die Grundbesitzer ihre Überschüsse vor allem in Hypotheken und Staatspapieren anlegten, während die Finanzierung der Industrie anfangs allein durch das Handelskapital erfolgte. Die Gliederung der Institute kommt dem besonderen Anlagebedarf entgegen.

Wohl bildeten sich im Kriege einzelne große Vermögen durch Kriegslieferungen. Im ganzen bedeutete die Steuerbelastung, die er mit sich brachte, vollends die Inflation eine Vernichtung gerade der größeren Vermögen, während durch die Sparkraft der Massen erst nach der Stabilisierung wieder eine langsame Kapitalbildung einsetzte. In Deutschland trat der Gegensatz in der Aufbringung des Kapitals darin zutage, daß die Sparkassen ihren Geschäftsumfang auf Kosten der Banken ausdehnten. Aber während die Banken vor allem der industriellen Expansion dienen, finden die Sparkassen ihre Hauptaufgabe darin, durch hypothekarische Beleihung Bauten für den Wohnungsbedarf zu fördern.

Dort, wo der Boden in der Hand Weniger sich befand, denen allein eine große Steigerung der Grundrente zugute kam, wie im Westen der Vereinigten Staaten oder in den Städten Amerikas und in England, lag der Gedanke nahe, daß allein die

ungleiche Bodenverteilung an allem Übel schuld sei. Durch die *Bodenreform*, Wegsteuerung der Grundrente, wie sie Henry George vorschlug, oder durch Nationalisierung des Bodens, hoffte man die soziale Frage zu lösen. Dort, wo der Boden in der Hand vieler kleiner Besitzer war, die ihn auch selbst bearbeiteten oder nutzten, konnte diese Lehre weniger Fuß fassen. Es kamen für den Boden die verschiedenen Verwendungsarten in Betracht. Eine Steigerung der Rente ergab sich besonders dort, wo der Übergang zu einer günstigeren Verwendung möglich wurde, also wenn das Land in einen näheren THÜNENSchen Kreis einrückte, besonders wenn Ackerland zu Bauland wurde. Auf der anderen Seite konnte dem Knapperwerden einer Bodenart dadurch entgegengearbeitet werden, daß Verkehrsmittel fernerliegenden Boden heranzogen. So dehnten die Städte sich über den Kreis ihrer Mauern aus, und durch Vorortsbahnen wurden Gegenden zu Wohngebieten, die bisher nur als Sommerfrische in Betracht gekommen waren. Hier kam es darauf an, daß eine zielbewußte Kommunalpolitik für die Bereitstellung genügenden Bodens sorgte.

Durch die kapitalistische Entwicklung allein war es möglich geworden, eine stark vermehrte Bevölkerung zu ernähren. Wenn auch Kapitalgewinn und Bodenrente vor allem einer Minderheit zugute kamen, so konnte man doch wahrnehmen, daß der besser gestellte Teil der Arbeiterschaft, vor allem die wachsende Zahl der Angestellten, immer mehr Teil an diesem Besitz gewann. Das größte Elend hatte die Arbeiterklasse bei dem Übergang in die neuen Verhältnisse erlitten. Jetzt konnte man von dem Aufsteigen des Arbeiterstandes zuerst in England, dann aber auch in Deutschland reden. Die Verelendungstheorie wurde von den Sozialisten selbst aufgegeben. Es war nicht wahr, daß der Kapitalismus den Arbeiter zum Pauper machte; im Gegenteil, die Armen wurden zu Arbeitern. In den 70er Jahren hoffte man in England, die Armenfrage, die im Anfang des Jahrhunderts eine so drohende Belastung gebildet hatte, ganz beiseite lassen zu können. Auch in Deutschland dachte man, durch die Arbeiterversicherung die Armenlasten wesentlich zu erleichtern. Dies trat nicht ein. Aber der Grund war, daß gesteigerte Mittel gestatteten, die Armenversorgung reichlicher auszugestalten. Das Existenzminimum, dargestellt durch das, was der letzte Arbeiter, der gerade noch Anstellung findet, verdient, oder durch das, was für den Unterstützten als zum Leben notwendig angesehen wurde, wies eine steigende Tendenz auf. Gleichwohl fragte es sich, mit welchen Opfern dieser materielle Fortschritt erkauft wurde.

Das Arbeitstempo war bei den beschleunigten Verkehrsmitteln und Nachrichtenübermittlungen ein immer schnelleres geworden. Hätte es sonst in der Woche einige Posttage gegeben, so warf jetzt die Post mehrmals am Tage dem Geschäftsmann Nachrichten aus allen Teilen der Welt auf den Tisch. Das Telefon ermöglichte mit fernen Plätzen eine schnellere Verständigung, als sie sonst durch das Zusammentreten der Bewohner einer Stadt, etwa zur Börsenzeit, möglich gewesen war. Die Folgen dieser Hast der Entschlüsse blieben für den Geschäftsmann nicht aus. Immer mehr spezialisierte sich der einzelne auf seinen Betrieb. Jene Übersicht über die Gesamtlage, jene Anteilnahme an allen Äußerungen der Kultur, durch die das Bürgertum im 18. Jahrhundert und weit bis ins 19. hinein nicht nur Träger der nationalen Idee, sondern auch Stütze aller gemeinnützigen Bestrebungen gewesen war, wurde immer seltener. Es ist bekannt, wie ein Mann wie Mevissen, der selbst noch universal gebildet war und schöpferisch an dem politischen und wirtschaftlichen Aufbau des Vaterlandes sich betätigte, dagegen anzukämpfen suchte, indem er auch für den Geschäftsmann die Unterlage einer allgemeinen, wenn auch, wie in den Handelshochschulen, besonders gerichteten Hochschulbildung verlangte vor der später notwendigen Eingliederung in einen besonderen Beruf.

Der Arbeiter mußte unter der mechanischen Arbeit an der *Maschine* besonders leiden. Dem Handwerker, selbst noch dem hausindustriellen Teilarbeiter, bedeutete seine Arbeit die Herstellung eines sinnvollen Ganzen, während in der Fabrik nur eine

Teilfunktion in Betracht kam. Die Maschine steht namentlich den Arbeitern, die neu in eine Fabrik eintreten, wie ein Ungeheuer gegenüber, dessen Bewegungen der Arbeiter stumm folgen muß. Allein, wem schon von Jugend auf das Getöse der Maschinen vertraut ist, der gewinnt ihnen gegenüber eine andere Stellung. Er lernt sich als Beherrscher der Maschine fühlen. In der Tat kam diese Stimmung in den älteren Industrieländern zum Ausdruck. Eine Freude an der Exaktheit der Maschine und der von ihr geleisteten Arbeit konnte sich durchsetzen. Geschickte Unternehmer wußten durch Prämien das Interesse der Arbeitenden an ihrer Arbeit wachzurufen und an der Einführung von Verbesserungen des Arbeitsprozesses, die sie etwa entdeckten. Freilich wird dieser Bewegung wieder entgegen gearbeitet, wenn durch fortschreitende Mechanisierung, wie am laufenden Band, die Tätigkeit des einzelnen auf eine nur durch den Lauf der Maschine ausgelöste Teilfunktion herabgedrückt wird. SOMBART spricht hier von Vergeistigung des Betriebes unter gleichzeitiger Entseelung, wie wir sie z. B. in der Schuhindustrie ausgebildet sehen. An stumpfsinniger Arbeit fehlt es nicht. Ihr muß dann durch kürzere Arbeitszeit ein Gegengewicht geboten werden. Nirgend ist wohl die Lage elender, als bei den Konfektionsarbeitern, bei denen die Gleichförmigkeit der Arbeit mit überlangen Arbeitszeiten zusammengeht.

Gewiß kann die Maschine verheerend wirken, aber das Arbeitsmittel braucht nicht den Arbeiter zu erschlagen. Der moderne Arbeiter fühlt sich als Herr über diese Mittel. Und sollte es mit dem kapitalistischen Rahmen nicht ebenso gehen können? Gewiß kann die rechenhafte Durchdringung der Wirtschaft verwüstend wirken. Es ist eben die Aufgabe, sie zu meistern. Nirgend zeigt sich die Scheußlichkeit der kapitalistischen Entwicklung krasser, als in den Wohnquartieren der 80er Jahre und den Geräten, mit denen uns diese Zeit beschenkte. Aber ist dem nicht eine Gegenbewegung entgegengetreten? Eine neue Kunst ließ uns wieder auf die Schönheit des Materials und auf die Güte der hineingesteckten Arbeit achten. Und diese Bewegung kam in der Neugestaltung des städtischen Bauens den Massen zugute. SCHUMACHER schildert uns, wie bei der dritten deutschen Kunstgewerbeausstellung in Dresden 1906 der Anspruch der Firmen auf Berücksichtigung im Ausstellungsraum zurücktreten mußte vor der Forderung, daß die einzelnen Gruppen der Raumkunst Künstlern übergeben wurden, die die Ausführung ihrer Gedanken den Firmen übertrugen. Hier war das Kapital in den Dienst der Schaffenden gestellt.

Schrifttum.

RIPLEY, W.: Main Street and Wall Street, 1927. — KEYNES, I. M.: Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages, Übers. v. Bonn u. Brinkmann, 1920. Mit der Frage der Kapitalbildung haben sich die Konferenzen der Friedrich-List-Gesellschaft in Pyrmont und Eilsen 1928 und 1929 beschäftigt. — *Untersuchungs-Ausschuß für das Bankwesen*. Untersuchung des Bankwesens, 1933, Statistik 1934. — GEORGE, HENRY: Fortschritt und Armut, eine Untersuchung über die Ursache der industriellen Krisen und der Zunahme der Armut inmitten wachsenden Reichtums. Das Mittel dagegen, 1879. — OPPENHEIMER, F.: Die soziale Frage und der Sozialismus, 1912. Theorie der reinen und politischen Ökonomie, 1910. — DAMASCHKE, A.: Die Bodenreform, Grundsätzliches u. Geschichtliches zur Erkenntnis und Überwindung der sozialen Not, 1903. — VON MANGOLDT, R.: Die städtische Bodenfrage. Eine Untersuchung über Tatsachen, Ursachen und Abhilfe, 1907. — A. SPIETHOFF, Boden und Wohnung, 1934. — ROSCHER, W.: System der Volkswirtschaft, 5, System der Armenpflege und Armenpolitik, 3. Aufl. ergänzt von CHR. KLUMKER, 1906. — NAUMANN, FR.: Neudeutsche Wirtschaftspolitik, 1906. — SCHUMACHER, F.: Stufen des Lebens. Erinnerungen eines Baumeisters, 1935.

3. Der Einfluß der staatlichen Ordnung.

Im Kriege mußte die Wirtschaft ganz auf den Bedarf des Staates eingestellt werden. Der Staat aber sah sich vor der Verpflichtung, für die Ernährung der Bevölkerung zu sorgen, um die er sich sonst bei genügender Erwerbsgelegenheit nicht mehr hatte zu kümmern brauchen. Neben die Organisation der Rohstoffwirtschaft mußte die Kriegsernährungswirtschaft treten. Der Staat regelte die Verteilung, in-

dem er zuerst Höchstpreise festsetzte, dann aber, damit die knappen Vorräte nicht nur den reichlicher Zahlenden zugute kämen, Bedarfsscheine, Brotkarten, Fleischkarten, Fettkarten usw. ausstellte. Von der Regelung der Verteilung mußte zur Förderung der Produktion geschritten werden, teils indem man günstige Preise garantierte, in einigen Ländern auch durch Anbauzwang. Die einzelnen Gruppen der Wirtschaft wurden zusammengefaßt, um eine gleichmäßige Belieferung ihrer Mitglieder zu erreichen und die Gewinne für ihre Leistungen festzusetzen.

Dort, wo der Staat auf eine wohlausgebaute Wirtschaft zurückgreifen konnte, wurde die Versorgung erleichtert. So kamen der Heeresverwaltung die Kaffeevorräte zugute, die sich in Hamburg durch den Terminhandel gesammelt hatten. Die entsprechenden Getreidevorräte lagen leider in Rotterdam. Noch im Sommer 1914 wurde die Ausfuhr deutschen Getreides durch das System der Einfuhrscheine gefördert. Es war verhängnisvoll, daß die Finanzen des Reiches sich vor allem auf den Getreidezoll stützten, der gleich zu Beginn des Krieges aufgehoben wurde, um fremde Zufuhr zu erleichtern. Eine Finanzierung des Krieges durch Steuern unterblieb. Alles wurde auf dem Anleihewege beschafft, durch den man sich über den Ernst der finanziellen Lage täuschte.

Auch nach dem Kriege wurde die Regelung des Außenhandels beibehalten, damit nicht durch übermäßige Einfuhr das Land zu sehr von Zahlungsmitteln entblößt würde, oder durch übermäßige Ausfuhr Lebensnotwendiges verloren ginge. Die knappen Vorräte ließen auch die Brotkarte noch weiter bestehen. Da man anfangs nicht wußte, auf wie lange Zeit man sich einzurichten habe, wurden die einzelnen Maßnahmen von Fall zu Fall erlassen, und erst später nahm die Organisation geordnete Formen an. Man war aber schließlich froh, als die Bindungen des Außenhandels fallen konnten und bei den landwirtschaftlichen Produkten Produzent und Konsument sich wieder unmittelbar gegenüberstanden.

So wie bei der Eisenbahn an die Stelle einzelner Privatunternehmungen ein einheitlicher Staatsbetrieb getreten war, schien es möglich, auch auf anderen Gebieten Großbetriebe, die mit einem Stabe von Privatbeamten arbeiteten, der öffentlichen Hand zuzuführen. Die *Sozialisierung* sollte 1919 von der Übernahme der Kohle, des Eisens und der Elektrizitätswerke ausgehen. In der Kohlenwirtschaft wurde Unternehmern und Arbeitern, den Konsumenten und dem Reiche eine Vertretung eingeräumt. Der Kohlenkommissar bestimmte den Kohlenpreis. Aber es war klar, daß in diesen Organisationen die Unternehmer mit ihrer Sachkunde die einflußreichste Stellung einnahmen. Der Eisenwirtschaftsbund war nicht in der Lage, zwischen Eisenlieferern und Verbrauchern, zwischen Unternehmern und Arbeitern ausgleichend zu wirken. Man beschränkte sich hier später auf freie Verträge zwischen der eisenschaffenden und der eisenverarbeitenden Industrie, namentlich über Vergütungen an die letztere bei dem Export ihrer Produkte.

Die Technik stand nicht still. Sie überschlug sich vielmehr in Verbesserungen. Künstliche Ermäßigungen des Zinsfußes und künstliche Erhöhung des Arbeitslohnes, wie sie die Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten hervorrief, hatten eine übertriebene wirtschaftliche Ausnutzung der neuen Erfindungen zur Folge. Dieser Tendenz zur *Rationalisierung* glaubte sich auch Deutschland aus Konkurrenzgründen nicht verschließen zu sollen. Dabei konnte es sich schließlich nur auf auswärtige, kurzfristige Kredite stützen. Die Banken begünstigten Zusammenschlüsse, wie den der Vereinigten Stahlwerke 1926, in denen sich Rhein-Elbe-Union, Phönix, Thyssen und Rheinstahl zusammenschlossen. Mit 700 Millionen Mark beherrschten sie 40,4% der Rohstahlgemeinschaft und 28,66% des Kohlensyndikates.

In *Rußland* brachte der Zusammenbruch die Herrschaft der Bolschewiken, die sich auf die Industriearbeiterschaft stützten und die Bourgeoisie vernichteten. Dem Staate fiel zunächst die ganze Regelung der Wirtschaft zu. In der Neuen Ökonomischen Politik (Nep) modifizierte Lenin 1922 das ursprüngliche Programm dahin, daß neben

dem kollektivistischen Sektor in Industrie und Außenhandel der individualistische, namentlich in der Landwirtschaft, stand. Die Masse der Bauern schien durch den Fortfall der Großgrundbesitzer und der alten Ablösungslasten, auch wenn sie nur Nutznießer des Bodens waren, jetzt erst zu selbständiger Wirtschaft berufen. Allein 1928 ging Stalin auch zur Kollektivierung der Landwirtschaft über. Rußland ist von einem fanatischen Streben nach der neuesten Technik ergriffen. Namentlich soll mit allen Kräften die Industrie der Produktionsmittel aufgebaut werden. Aber auch in der Landwirtschaft sollen die weiten Flächen der Staatsländereien mit Hilfe von Traktoren umgebrochen werden. Schon das Aufkommen der Zaren vernichtete in Rußland den Mittelstand, wie er sich z. B. in Nowgorod gebildet hatte. Nachdem die Revolution den Bürger hinweggefegt hatte, konnten sich unter den reicheren Bauern Ansätze eines neuen Mittelstandes bilden. Gerade gegen diese, die Kulaken, die vielleicht etwas mehr Vieh hatten, als die anderen, wandte sich die Kollektivierung der Landwirtschaft. Während sich also im Westen die wirtschaftliche Entwicklung gerade auf die mittleren Schichten stützte, fehlen diese im Osten. Dabei verlangt die Bedienung der Maschinen auch in den Getreidefabriken sachkundige Führung. Aus welchen Kreisen sollen die Ingenieure genommen werden, deren Rußland in so großen Mengen bedarf?

Der *italienische Faschismus* stützt sich gerade auf die Masse der kleinen selbständigen Wirte. Die Privatinitiative wurde auf dem Gebiete der Produktion als wirksamstes und nützlichstes Instrument im Interesse der Nation bezeichnet. In der Carta del Lavoro wurden 1927 die Berufsorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammengefaßt. Bei Streitigkeiten entschied das Arbeitsgericht, die Magistratura del Lavoro. 1930 fanden die Korporationen in dem Nationalrat der Korporationen ihre Spitze.

Starke Eingriffe in die Wirtschaft hatte auch in den *Vereinigten Staaten* die Staatsgewalt während des Krieges vorgenommen. So hatte sie die Eisenbahnen unter ihre Verwaltung gebracht. Der Krise zu steuern, unternahm Roosevelt 1933 eine Neuorganisation der Industrie. Nach der National Industrial Recovery Act sollten für die einzelnen Berufe Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter eingerichtet und unter ihrer Mitarbeit für die Arbeitsbedingungen Codes aufgestellt werden. Wohl gab es in den Vereinigten Staaten eine Gewerkschaftsbewegung, die sich aber nur auf einigen Gebieten hatte durchsetzen können. In anderen lehnten die Unternehmer, wie z. B. der Stahltrust, die Anerkennung der Gewerkschaften ab. Mit der NIRA wurden nun überall Gewerkschaften geschaffen. Allein am 27. Mai 1935 erklärte der oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten diese Verordnungen für verfassungswidrig. Der Präsident will sich daraufhin beschränken, bei Firmen, die Regierungsaufträge erhalten, die Arbeitsbedingungen zu überwachen. Dem Zusammenbruch der Preise in der Landwirtschaft, namentlich bei Getreide und Baumwolle, suchte man durch obrigkeitliche Übernahme von Vorräten und durch Prämien bei Einschränkung der Ackerfläche entgegenzuarbeiten. Der Überschuldung der Landwirte sollte durch die Bundesorganisation der Federal Land Banks begegnet werden, die zu billigeren Bedingungen eine Umschuldung erleichterten.

Bei der Regelung des Angebots von Rohstoffen besteht die Gefahr, daß neuaufkommende Konkurrenz die Verabredung, auch wenn sie verschiedene Länder erfaßt, unwirksam macht. Die Kaffee-Valorisation in Brasilien, die 1906 das Überangebot der Kaffeepflanzer durch Fernhaltung großer gelagerter Mengen vom Markte aufnahm, hatte wegen des Ansteigens des Kaffeekonsums schließlich Erfolg. Während des Krieges erfolgten verschiedene solche Vorratsbildungen. England hatte in den Kautschukplantagen Hinterindiens ein Mittel, den Vereinigten Staaten für den Bedarf ihrer Autoindustrie mit dem Kautschuk die Zinsen seiner Schuld abzutragen. Durch die Einschränkungen des Stevensonplanes suchte es den Preis hochzuhalten. Allein 1928 brach dieser Plan vor allem unter der Konkurrenz Niederländisch-

Indiens zusammen. 1933 gelang bei der Weltwirtschafts-Konferenz nur eine Tee-Valorisation. 1933 wurde auch eine Beschränkung der Weizenanbaufläche durch Vertrag zwischen 16 Ländern angeordnet. Doch machte hierbei das Aufkommen Argentinians Schwierigkeit. Die Brüsseler Zuckerkonferenz hatte 1902 durch die Abschaffung der Exportprämien den Zuckermarkt geregelt. Während des Krieges drängte der Rohrzucker den Rübenzucker zurück. Kuba wurde unter amerikanischem Einfluß zum Haupt-Zuckerproduzenten, daneben Java. Der Chadbourneplan, der 1931 den Anbau zu regeln suchte, konnte 1935 nicht erneuert werden.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts zog sich der Staat bewußt von der Regelung der Wirtschaft zurück. Bei dem Aufkommen der Maschinen versagten die alten Ordnungen, und man glaubte, die wirtschaftliche Entwicklung namentlich in der Industrie sich selbst überlassen zu sollen. Es konnte um die Mitte des Jahrhunderts der Gedanke aufkommen, daß diese Produktivkräfte, die ja mit der Wirtschaft auch das private und öffentliche Leben verändert hatten, der eigentlich gestaltende Faktor in der Gesellschaft wären. Im Kriege dienten diese Kräfte als Zerstörungsmittel. Da die Politik der Nachkriegszeit versagte, es ihr nicht gelang, ein neues Gleichgewicht der Mächte zu schaffen, stellte man eine Zeitlang wieder alles auf die Wirtschaft. Die Wirtschaftsführer sollten ausgleichen, was die Politiker zerrissen hatten. Aber es zeigte sich, daß sie das nicht vermochten. In der Wirtschaft selbst hatte man nur die Ausdehnung der Produktion vor Augen und dachte nicht an den notwendigen Ausgleich zwischen Erzeugung und Bedarf, Kapitalbildung und Investition. So mußte die Führung wieder der Politik zufallen.

Gegen die Arbeitslosigkeit hatte sich die Versicherung als machtlos erwiesen, aber auch auf die Unterstützung konnte es hier nicht allein ankommen. Die Ansätze, die schon von früheren Regierungen zur Arbeitsbeschaffung gemacht waren, übernahm in *Deutschland* die *Nationalsozialistische Regierung* als wichtigste Aufgabe. Es gelang ihr in der Tat, die bedrohliche Zahl der Arbeitslosen wesentlich herabzudrücken. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern Gemeldeten ging von 6 Millionen Ende Januar 1933 auf 2,3 Millionen Ende 1934 zurück. Wir erwähnten schon, wie in Deutschland der Schwerpunkt der Arbeitsverfassung im Gegensatz zu Italien in die Betriebe verlegt wurde. Die Entscheidung über Arbeitsstreitigkeiten, bei der schon früher die öffentlichen Schlichter wesentlich mitwirkten, ist den Treuhändern der Arbeit anvertraut, also einer regionalen Organisation.

Der Nationalsozialismus tritt der Zusammenballung der kapitalistischen Organisationen entgegen. Während das Reich noch 1932 durch Ankauf eines Aktienpakets Einfluß auf die Vereinigten Stahlwerke zu gewinnen suchte, wurden diese im November 1933 in 12 Betriebsgesellschaften auseinandergelegt. Ähnlich verfuhr man mit den unter dem Einfluß des Bankkapitals zusammengebrachten Schiffahrtsinteressen. Im Interesse der selbständigen Einzelhändler wurde auf dem Gebiete des Absatzes der Großbetrieb bekämpft. 1928 waren auf Warenhäuser und Konsumvereine noch 9% des Umsatzes entfallen, 1935 war ihr Anteil auf 5% gesunken.

Die frühere Wirtschaftspolitik hatte den Großgrundbesitz begünstigt, teils wegen seiner Machtstellung, nach dem Kriege auch, weil man ihn allein für fähig hielt, die Ernährung der Großstädte sicher zu stellen. Jetzt förderte man in erster Linie den Bauernstand. Zu seiner Erhaltung wurde das Erbhofgesetz erlassen. Gleichzeitig wurde die Entschuldung der Landwirtschaft in Angriff genommen. Das Reichsnährstandsgesetz entzog die landwirtschaftliche Produktion dem freien Markte und suchte unter obrigkeitlicher Regelung zwischen Produzenten und Konsumenten zu vermitteln. Bei der guten Ernte von 1933 wurde dem Preissturz, bei der minderguten 1934 allzuhoher Preissteigerung entgegengetreten.

Aber nicht in diesen Einzelheiten beruht das Wesen der Neuordnung, sondern in der Neueinstellung der Führenden zur Wirtschaft überhaupt. Sie hat sich als Dienerin des Volksganzen zu fühlen. Der Staat übernimmt damit eine große Verant-

wortung. Er ruft aber auch alle seine Glieder zur Mitarbeit auf. Das, was Deutschland an äußeren Gütern fehlt, soll durch den Einsatz jedes einzelnen und die Zusammenfassung aller Kräfte in der nationalen Organisation ersetzt werden. Stets mußte der Zusammenhang des Wirtschaftlichen mit der politischen Organisation betont werden. Es ist klar, daß die Wirtschaft eine andere sein muß in den Tagen der hellenischen Hopliten und der römischen Legionäre, eine andere in den Tagen, da die preußischen Landwehr-Regimenter aus dem Walde auf das Schlachtfeld von Waterloo zur Entscheidung heranrückten, und heute unter den Tanks. Den Primat der Politik muß die Volkswirtschaft anerkennen, ihre Aufgabe bleibt groß genug. Sie darf mit jenem Finanzminister sagen: „Sorgen Sie für gute Politik, so werde ich Ihnen für gute Finanzen sorgen.“

Schrifttum.

SLEVEKING, H.: Schweizerische Kriegswirtschaft. Veröffentlichungen der deutschen Handelskammer in der Schweiz, 1922. — Die *Carnegie*-Stiftung gab in vielen Bänden heraus eine „*Economic and Social History of the World War*“. Vgl. darin bes. A. SKALWEIT: Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft, 1927. PRATO, G.: *Il Piemonte e gli effetti della guerra sulla sua vita economica e sociale*, 1925. — Strukturwandlungen der deutschen Volkswirtschaft. Vorlesungen, herausgegeben von B. HARMS, 1928. Über die Lage der deutschen Wirtschaft nach dem Kriege wurde eine Enquete veranstaltet von dem „Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft“. Der zwanzigste Band über „den deutschen Außenhandel unter der Einwirkung weltwirtschaftlicher Strukturwandlungen“ erschien 1932. — WISKEMANN, E.: *Wirtschaftsgeschichte II. 1800—1933*. Handelshochschulbibliothek 19, II, 1933. — *Jahrbuch für nationalsozialistische Wirtschaft*, herausgegeben von O. MÖNCKMEIER, 1935.

Sachverzeichnis.

- Abbe 193, 195.
 Abrechnungswesen 15, 76, 120, 163.
 Adel 30, 65, 96, 137.
 Aegypten 12ff., 25, 27, 32, 40, 47, 177.
 Ahnenverehrung 22, 24.
 Aktiengesellschaft 110, 117, 125, 128, 165, 195, 197.
 Alaunmonopol des Papstes 89.
 Alexander 33, 73.
 Alexandria 33, 34.
 Allmende 53, 141.
 Amalfi 65.
 Amsterdam 109, 111, 120ff., 125.
 Anleihen 83, 84ff., 125ff., 157.
 Anti-Kornzoll-Liga 170.
 Antwerpen 90, 107, 155.
 Appenzeller 61.
 Araber 13, 42, 46, 49, 50, 92.
 Arbeit 11, 14, 18, 20, 72.
 Arbeiter 18, 78f., 143f. 184ff.
 Arbeiteraktie 194.
 Arbeiterausschuß 193.
 Arbeiterschutz 185f.
 Arbeiterversicherung 185, 187f.
 Arbeitsgemeinschaft 194.
 Arbeitskraft 20, 40.
 Arbeitsordnung 193.
 Arbeitsmittel 19, 72.
 Argentinien 161, 205.
 Arme 56, 83, 143.
 Arier 6, 23.
 Aristoteles 7, 72.
 Askese 24, 56, 99.
 Asoka, indischer König, 24.
 Assignaten 130.
 Assyrer 13, 15, 26.
 Astrologie 16, 17, 31, 34, 41.
 Augsburg 89, 122.
 Azteken 17.
 Babylon 12ff., 15, 25, 41.
 Bagdad 49f.
 Banken 16, 32, 34, 39, 50, 83f., 120, 125ff., 162ff., 166, 197.
 Bank von England 125, 157, 159, 164.
 Bauern 5, 6, 13, 20, 26, 30, 35ff., 47, 52, 60, 72, 105f., 145.
 Bauernbefreiung 137ff.
 Bauernkrieg 61, 106.
 Bauernschutz 106.
 Baumwolle 23, 148, 151.
 Bazar 50.
 Beamte 13, 18, 20, 26, 95f., 99.
 Benediktiner 57.
 Beneficium 46, 56, 81.
 Bergbau 11, 13, 19, 21, 26, 33, 39, 79, 90f., 104, 110, 143, 150, 196.
 Berieselung 13, 22, 50.
 Besançon 90f.
 Betriebsräte 194.
 Bevölkerung 20, 33, 40, 43f., 60, 106, 117, 144, 201.
 Bimetallismus 159.
 Bismarck 175, 185, 199.
 Boden 13, 18, 20, 30, 38, 46, 116.
 Bodenreform 201.
 Böhmen 106.
 Börse 90, 128, 165f., 182, 197.
 Bramahnen 23.
 Brasilien 92, 100, 104, 123, 134, 161.
 Bronze 1, 29.
 Brotkarte 203.
 Brügge 69, 165.
 Brunnenystem in China 20.
 Buchdruck 21, 73.
 Buchführung 74, 80.
 Buddha 24.
 Bücher, K., 3, 43, 48, 68, 70, 74, 114.
 Burg 11, 66.
 Cable-transfer 164.
 Calvin 99, 111.
 Cantillon 115.
 Capitulare de villis 55.
 Carl Martell 49, 55f.
 Casa di S. Giorgio 86.
 Cato major 38.
 Champagner Messen 68.
 Chartisten 184.
 Cheops-Pyramide 13.
 Chinesen 18ff., 42, 50, 72, 76, 93, 95, 146, 176.
 Cimbern 44.
 Clearing 163.
 Clearing-Loan-Certificates 164.
 Colbert 97f., 107, 111, 122, 127, 171.
 Colonen 40.
 Commenda 15, 75.
 Companien 94f., 109, 125.
 Compera salis 86.
 Condottieri 88, 96.
 Crassus 38.
 Crédit Lyonnais 165.
 Crédit Mobilier 165.
 Cypem 13f., 69.
 Dampfmaschine 149.
 Dampfschiff 154f.
 Deiche 58.
 Dharma 23.
 Diadochen 33.
 Diokletian 43f., 48.
 Diskontpolitik 162.
 Doppelwährung 123, 158.
 Dorfsiedlung 53, 59.
 Dreifelderwirtschaft 53, 145.
 Dreschmaschine 146.
 Dschudras 23.
 Echnaton 14.
 Effektenkapitalismus 197.
 Eigentum 10, 11, 181.
 Einhegung 106, 141.
 Einkommensteuer 170.
 Einzelhof 54, 58.
 Eisen 1, 8, 13, 29, 89, 150f.
 Eisenbahn 153f, 167, 199, 204.
 Entail 107.
 Erziehungszoll 172.
 Familie 8, 18, 21, 22.
 Federal-Reserve System 168.
 Feudalität 25, 46, 81, 95.
 Fermier 116.
 Flandern 78, 98.
 Florenz 67, 75f., 78, 83, 86.
 Frankfurt 70, 99, 112, 153, 166.
 Freihandel 171, 173.
 Friesen 64.
 Friedrich d. Gr. 96, 101, 111, 116, 124.
 Friedrich Wilhelm I. 101, 111, 116.
 Fruchtwechsel 41, 144.
 Fugger 89ff.
 Geld 20, 32, 119, 158f., 164.
 Geldwirtschaft 20, 31, 33, 43, 75, 103ff.
 Genossenschaft 10, 146, 191ff.
 Genuesen 47f., 76f., 85, 88, 90f., 121.
 Germanen 6, 8, 42, 52.

- Geschenkhandel 9, 14.
 Geschlechter 10, 17, 22, 24,
 30, 35, 49, 53, 72.
 Geschlossenheit der Güter 59.
 Gesellschaften 110, 112.
 Gesetze 15, 27.
 Gesindezwangsdienst 105f.
 Getreideversorgung 32, 34, 36,
 43, 62, 87, 111, 113, 174.
 Getreidezoll 169, 175, 177f.,
 203.
 Gewerbe 11, 13, 16, 21, 23,
 30, 32, 40, 43, 50, 72, 112,
 142, 149.
 Gewerbefreiheit 143.
 Gewerkschaften 188ff., 192,
 195.
 Gewinnbeteiligung 193.
 Gildensozialismus 194.
 Godin 193.
 Gold 16, 34, 66, 75, 119, 123,
 127, 157f., 159f.
 Gregor d. Gr. 55.
 Großbetrieb im Gewerbe 40,
 142, 149.
 Großgrundbesitz 30, 47.
 Großhandel 76.
 Grundherrschaft 30, 35, 40,
 55, 58, 61.
 Grundsteuer 49.
 Gulden 75, 119.
 Gutsherrschaft 105, 138.

 Hackbau 4, 8, 10.
 Hahn, E. 4, 7, 11.
 Haiti 134, 139.
 Hamburg 67, 69, 70, 114, 120,
 122, 130, 143, 145, 159, 164.
 Hammurabi 15.
 Halbpacht 60, 63.
 Handel 9, 10, 21, 26, 27, 28, 30,
 34, 39, 42, 49f., 64f., 71,
 74, 78, 114, 121.
 Handelsbilanz 121 ff.
 Handelskapital 104, 115.
 Handelsstadt 71.
 Handelsverträge 123, 136, 177f.
 Handlungsbücher 73, 80.
 Handwerk 16, 21, 23, 26, 28,
 30, 32, 38, 43, 50, 63, 71 f.,
 78, 149, 183.
 Hansen 68 f., 85, 90, 97.
 Häuptling 9.
 Hausierer 101.
 Herde 11.
 Herrenschicht 6, 10, 11, 12, 23,
 36, 50.
 Herrnhuter 102.
 Herrscher 12, 22.
 Hethiter 15.
 Hirten 8, 10.
 Hörigkeit 60.
 Holland 94, 102, 107, 111, 113,
 121 f., 125, 134, 160, 177.
 Hopliten 30, 206.
 Hufe 54.

 Hugenotten 98, 101 f.
 Hungersnot 113, 168, 183.
 Hypotheken 32, 125, 130.

 Ibn Khaldun 50.
 Indogermanen 6, 8.
 Inflation 127, 130, 157.
 Inkas 17.

 Jäger 4, 6, 8, 10.
 Jahrmarkt 66, 70.
 Japan 22 f., 93, 176 f., 182.
 Juden 26—28, 49, 64, 84, 100f.,
 125, 165 ff., 171.
 Justinian 39, 45 f.

 Kaffee-Valorisation 204.
 Kaiser 18, 40, 42, 46 f., 56, 66,
 81, 89, 96.
 Kalender 13, 17.
 Kameralistik 97.
 Kanäle 98, 153, 155, 167.
 Kapitalismus 18, 37, 43, 61, 79,
 115, 118, 201.
 Kapitalmarkt 87, 124 ff., 165f.
 197.
 Karawanen 15, 17, 27, 49, 65,
 95.
 Karma 23.
 Karolinger 42, 55 f., 80 f.
 Kattun 108, 112.
 Kaufleute 15, 17, 21, 23, 28, 97,
 109.
 Kautschuk 204.
 Klöster 42, 55, 57, 73.
 Klosterhöfe 54.
 Königtum 14, 15, 26, 33, 36,
 56, 60, 95.
 Kohlengewinnung 152.
 Kohlenkartellin Newcastle 110,
 196.
 Kohlensyndikat, Rheinisch-
 Westfälisches 196.
 Kolonien 31, 82, 87, 94 f., 113,
 122, 132, 134, 166, 176 f.
 Kommerzialgewerbe 114.
 Kommunismus 10, 11, 18.
 Konfuzius 18 f.
 Konsumvereine 191 f., 195, 205.
 Kreditgenossenschaften 192.
 Kreditverkehr 9, 15f., 70, 73,
 80, 115, 164.
 Kreuzfahrer 47, 68.
 Krisen 125, 130, 166ff., 182.
 Kupfer 8, 13, 16, 26, 34, 89.

 Landesherr 71.
 Landschaften 129.
 Landstadt 71.
 Laotse 19, 21.
 Law 126f.
 Legionen 36, 206.
 Lehnverfassung 25, 46, 56, 81f.
 Leibeigenschaft 105, 137, 140.
 Leibrenten 85, 117.
 Leihe 9, 58, 62, 64.

 Leipzig 112, 114, 120.
 Leonardo da Vinci 73.
 Limes 42 f.
 List, Fr. 7, 153, 172, 179, 196.
 Lohnwerk 34.
 London 69, 71, 108 f., 117, 128,
 154, 157, 162.
 Lübeck 69, 72, 121.
 Lyon 71, 90, 98, 101, 120, 126.

 Magie 2, 3, 5, 9, 12, 16, 19, 23ff.,
 27f., 39.
 Manchester 170.
 Markt 10, 66.
 Marschhufe 59.
 Marx, K. 115, 118, 187.
 Maschine 25, 147, 172, 202.
 Medici 76, 87.
 Meierhof 62, 106.
 Menschheit 2, 10, 18, 33, 137.
 Merchant Adventurers 109, 117.
 Merkantilismus 97, 107, 112,
 181.
 Merowinger 42.
 Mesopotamien 12.
 Messe 66, 68, 70, 94, 112, 114,
 120.
 Mesta 60.
 Métayage (Halbpacht) 60, 116.
 Methuenvertrag 123.
 Mevissen 166, 201.
 Mexico 17, 93.
 Mississippi-Compagnie 126.
 Mönchtum 24, 56, 99.
 Monopol 33, 90, 112, 198f.
 Münzen 31, 35, 75, 151, 158.
 Münzverschlechterung 43, 79,
 130.
 Mun 123.
 Mutterrecht 5, 8, 22f.

 Nationalsozialismus 195, 205.
 Navigationsakte 113, 173.
 Neger 104, 179.
 New York 101, 121, 168, 182,
 197.
 Nomaden 4, 20, 26, 37.
 Normannen 46.
 Nowgorod 69, 93, 95.
 Nürnberg 71, 84, 90, 120.

 Oase 12.
 Oikonomia 32.
 Ostender Compagnie 95.
 Ostindische Compagnie, Hol-
 ländische 94, 109f., 196, Eng-
 lische 94, 125, 132, 134.

 Palast 11, 48.
 Papiergeld 20, 127, 157, 161.
 Patrizier 36, 71.
 Pera 48.
 Perser 17, 24, 28, 46ff.
 Peru 17.
 Petty 100, 117.
 Pfandbriefe 129f.

- Pflugkultur 4ff. 10, 20.
 Phöniker 29.
 Physiokraten 113, 116.
 Plantagenbau 29, 103, 140, 156.
 Plebejer 36.
 Polizeigewerbe 114.
 Portugiesen 92ff., 102, 177.
 Post 17, 156.
 Preisänderungen 16, 34, 87, 127, 157, 159.
 Preiswerker 43, 70.
 Priester 16.
 Primitive 1ff., 12.
 Produktionskapital 150, 164ff.
 Produktionsmittel 167.
 Produktivgenossenschaft 191.
 Pronoia 46f.
 Propheten 26f.
 Puritaner 100, 102.

Quecksilber 89.

Rechtswissenschaft, Römische 39.
 Reformation 99.
 Renaissance 116.
 Rentenkauf 61, 82.
 Rentner 72.
 Residenzstädte 112.
 Ricardo 2, 116, 143, 151, 157, 161.
 Ritterorden 62, 96.
 Rodbertus 2 (Aufsätze in den Jahrb. f. NÖ. u. Stat. 1864ff.)
 Rothschilds 165.
 Rußland 11, 46, 50, 93, 95, 173, 203f.

 Salz 22, 37, 79, 89.
 Savary 108, 147.
 Schafherden 60.
 Schatz 15, 45, 48, 124.
 Schick 163.
 Schifffahrt 9, 15, 29, 41, 68f., 79, 94, 154f.
 Schmiede 11, 40, 63, 71f.
 Schnurkeramiker 7, Nach Schuchhardt war Odysseus nicht wie die übrigen homerischen Helden ein Schnurkeramiker, sondern ein bandkeramischer Illyrier.
 Schrift 12f., 20, 26, 29, 31f., 49, 52, 73.
 Schuldrecht 16, 28, 30, 32, 37, 83.
 Schutzzoll 172, 175, 196.
 Schwarzwälder Uhrenindustrie 101.
 Seedarlehen 32, 39.
 Seelenwanderung 23.
 Seestadt 68, 71.
 Seide 21f., 46, 77, 98, 112, 147.
 Seisachtheia 32.
 Septimius Severus 41, 44.
 Silber 16, 34, 66, 89, 93, 119, 160.
 Silva herkunja 8.
 Sippen 53.
 Sklaverei 28f., 32, 36, 38, 40, 43, 79, 103ff., 139f.
 Smith Ad. 2, 7, 73, 113, 116, 169, 172f.
 Söldner 15, 33, 45, 99, 122.
 Soldatengüter 47.
 Sombart W. 74, 88, 118, 144, 188, 202.
 South Sea Bubbles 128.
 Spekulation 38, 87, 125f., 130, 165f., 182.
 Sprache 1f.
 Staatsbetrieb 94, 199.
 Staatsgläubiger 86, 125ff.
 Staatskredit 38, 88, 127ff.
 Staatsschulden 86, 125f., 157, 165.
 Staatswerkstätten 22, 33, 46.
 Stadt 2, 11, 12, 14, 22f., 26, 29f., 36, 42, 50, 59, 62ff., 66, 98, 107.
 Stadtherr 50.
 Stahlwerksverband 197.
 Stamm 9.
 Stapelrecht 68, 97, 107, 114.
 Statistik 116.
 Steinzeit 1, 7f.
 Steuern 45, 82, 86.
 Steuerpacht 37, 76, 96.
 Süßmilch 117.
 Syndikalismus 190.

 Taler 119f., 158.
 Tanks 206.
 Taxordnung Diokletians 43.
 Technik 8, 21, 25, 68, 148, 204.
 Telegraf 155f.
 Tell Amarna 14.
 Tempel 11f., 15, 26, 33f., 42, 55.
 Territorien 58, 81.
 Theben 14.
 Thomas v. Aquino 72, 99.
 Thünensche Kreise 145, 201.
 Totemtier 8, 10.
 Totenkult 16.
 Trade-Unions 188.
 Tribut 9, 32, 50, 66.
 Trusts 197f.
 Tulpenmanie 125.

 Überschüsse 62, 74, 115.
 Uhren 39, 73, 98, 101.
 Urkommunismus 11.

 Vaterrecht 8, 22f.
 Venedig 46, 48, 65, 68f., 82, 86, 94, 120.
 Vereinigte Staaten 133, 173, 179f., 182, 199, 204.
 Vereinödung 62.
 Verkehr 8f., 14f., 43, 97.
 Verkehrsabgabe 49, 97.
 Verkehrsmittel 181, 201.
 Verlag 77f., 108, 147.
 Versicherung 76.
 Vorratsbildung 11.

Waldhufe 59.
 Waräger 46.
 Wasserleitung 23, 42, 149.
 Wasserwirtschaft 18, 20, 35.
 Waterloo 206.
 Weber 39, 77f.
 Wechsel 75f., 108, 120, 130, 163.
 Welser 78, 89.
 Welthandel 182.
 Weltmarkt 33, 69, 90f., 156, 161, 164, 196.
 Werkstatt 32, 34, 186.
 Werkzeug 1.
 Wildbeuter 3, 8.
 Wisby 68.
 Wissenschaft, Hellenische 31.
 Wolle 60, 77f., 98, 112, 145.
 Wucher 66, 83.
 Wüstungen 61.

Zahlungsverkehr 164.
 Zauber 2, 12, 19, 41, 72.
 Zeitgeschäfte 88, 125, 130.
 Zeremonien 2, 10, 23, 27.
 Zinn 29, 89.
 Zins 10, 16, 34, 37, 82, 87, 111, 115, 165.
 Zinsfuß 129.
 Zisterzienser 57, 62.
 Zoll 63, 67, 85, 96, 180.
 Zollverein 135.
 Zucker 103, 147, 198, 205.
 Zürich 72, 101, 108, 129, 137.
 Zufluchtsstätte 11.
 Zunft 71, 77ff., 96, 107ff., 142.
 Zwangsanleihen 85f.

Grundfragen deutscher Wirtschaftspolitik. Von Dr. phil. Paul Hövel,
Berlin. VII, 192 Seiten. 1935. RM 4.50

Ein Buch, das jedem Klarheit über Notwendigkeit, Umfang und Zielsetzung der wirtschaftlichen Neuordnung gibt. Es zeigt, was bisher schon zur Gesundung der deutschen Volkswirtschaft geleistet wurde und was in kommenden Jahren und Jahrzehnten noch zu tun bleibt. Die Arbeit entspricht den Forderungen wissenschaftlicher Sauberkeit wie Unbestechlichkeit, und ist in Gedankenführung und Wortwahl so klar, daß sie von jedem interessierten und nachdenkenden Leser verstanden werden kann.

^(W)**System der Handelspolitik.** Von Hofrat Prof. Dr. Josef Gruntzel, Wien.
Dritte, umgearbeitete Auflage. V, 516 Seiten. 1928. RM 26.—

Ein neuer Weg zur Erforschung und Darstellung volkswirtschaftlicher Vorgänge. Von Hans Bolza. Mit 68 Abbildungen. VIII,
85 Seiten. 1935. RM 4.80

^(W)**Die Leistungen des Kapitalhandels.** Von Diplomkaufmann Dr. Ernst
Stegar. („Betriebswissenschaftliche Forschungen des Wirtschaftsverkehrs“,
Heft 10.) 81 Seiten. 1934. RM 3.20

Einführung in die Finanz- und Wirtschaftsmathematik. Von
Prof. Dr. phil. A. Timpe, Berlin. Mit 70 Textabbildungen. VI, 217 Seiten.
1934. RM 9.—

^(W)**Einführung in die mathematische Statistik.** Von Prof. Oskar N.
Anderson, Sofia. Mit 9 Textabbildungen. V, 314 Seiten. 1935.
RM 22.—; gebunden RM 23.60

^(W)**Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart** in Darstellungen
führender Fachgelehrter. Herausgegeben von Prof. Hans Mayer, Wien,
in Verbindung mit Prof. Frank A. Fetter, Princeton, New Jersey, und Prof.
Richard Reisch, Präsident der Österreichischen Nationalbank, Wien. In vier
Bänden.

Band I: Gesamtbild der Forschung in den einzelnen Ländern. XII, 280 Seiten. 1927. RM 18.—; gebunden RM 19.50

Band II: Wert. Preis. Produktion. Geld und Kredit. VII, 413 Seiten. 1932. RM 39.—; gebunden RM 40.50

Band III: Einkommensbildung. Allgemeine Prinzipien, Lohn, Zins, Grundrente, Unternehmergewinn, Spezialprobleme. Mit 4 Abbildungen. IV, 341 Seiten. 1928. RM 26.—; gebunden RM 27.50

Band IV: Konjunkturen und Krisen. Internationaler Verkehr. Hauptprobleme der Finanzwissenschaft. Ökonomische Theorie des Sozialismus. Mit 14 Abbildungen im Text. V, 375 Seiten. 1928. RM 32.—; gebunden RM 33.50

^(W)**Theorie der Produktion.** Von Dr. Erich Schneider, Privatdozent an der Universität Bonn. Mit 39 Textabbildungen. V, 92 Seiten. 1934. RM 6.60

^(W)**Marktform und Gleichgewicht.** Von Heinrich von Stackelberg, Köln. VI, 139 Seiten. 1934. RM 9.60

^(W)**Angebot und Nachfrage.** Von Hubert D. Henderson, Oxford. Zweite, verbesserte Auflage. (Wirtschaftswissenschaftliche Leitfäden, Band I.) Nach der sechsten englischen Auflage neu übersetzt von Friedrich Thalmann. Mit 2 Abbildungen. VII, 166 Seiten. 1935. RM 3.90

^(W)**Prices in the Trade Cycle.** By Gerhard Tintner. (Austrian Institute for Trade Cycle Research, in Cooperation with the London School of Economics and Political Science.) With 2 Figures, 37 Tables and 60 Graphs. Foreword by Prof. Oskar Morgenstern. XII, 204 Pages. 1935. Gebunden RM 23.80

^(W)**Das Geld.** Von D. H. Robertson, Cambridge. Zweite, verbesserte Auflage. (Wirtschaftswissenschaftliche Leitfäden, Band II.) Nach der achten englischen Auflage neu übersetzt von Karl Bode. Mit einem Geleitwort von Professor Dr. Joseph Schumpeter. XII, 183 Seiten. 1935. RM 3.90

^(W)**Internationale Kapitalbewegungen.** Von Ragnar Nurkse. (Beiträge zur Konjunkturforschung, Band 8.) X, 248 Seiten. 1935. RM 7.80

^(W)**Die Funktion der Bank.** Einführung in die gegenwärtigen Geld- und Bankprobleme. Von Antonio de Viti de Marco. Aus dem Italienischen übersetzt von Hans Fried. VI, 75 Seiten. 1935. RM 3.90

Die Lehre vom Wirtschaftsbetrieb. (Allgemeine Betriebswirtschaftslehre.) Von Professor Dr. W. Prion, Berlin.

Erstes Buch: Der Wirtschaftsbetrieb im Rahmen der Gesamtwirtschaft. VIII, 162 Seiten. 1935. RM 7.50; gebunden RM 8.50

Zweites Buch: Der Wirtschaftsbetrieb als Wirtschaft (Unternehmung). IV, 217 Seiten. 1935. RM 9.60; gebunden RM 10.60

Drittes Buch: Der Wirtschaftsbetrieb als Betrieb (Arbeit). In Vorbereitung.
